Kurze Geschichte der DDR

Herrn
R. von Solgalewitsch
von seine Freunde.

Wologda
1968.

Stefan Doernberg

Kurze Geschichte der DDR

Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin

Stefan Doernberg

KURZE GESCHICHTE DER DDR

Dietz Verlag Berlin

1964

Mit 32 Illustrationen,
davon 22 Zentralbild, 2 Dietz Verlag, Bildarchiv, 2 Murza,
2 Zentrales Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft,
1 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 1 NBI, 1 Museum für Deutsche Geschichte,
1 Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin, Bildarchiv
Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1964
Printed in the German Democratic Republic
Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Peter Schulz
Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/90
ES 14 E · EVP 9,20

Vorbemerkung

Die Deutsche Demokratische Republik besteht erst 15 Jahre. Historisch gesehen ist das keine große Zeitspanne, und doch ist ihre Geschichte so reich an Ereignissen, daß ihre Darstellung im Rahmen eines Buches nicht leicht fällt. Dies ist verständlich, denn die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ist die Geschichte der größten deutschen Revolution, mit der eine neue Epoche im Leben des deutschen Volkes begann.

In dem vorliegenden Band konnten nicht alle wichtigen Ereignisse die ihnen gebührende Würdigung finden. Der Verfasser war gezwungen, sich auf die Hauptlinien in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem Kampf für die Sicherung des Friedens, für den Auf-

bau des Sozialismus und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat zu beschränken.

Bei der zusammenfassenden Darstellung und Wertung der Geschichte des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates konnte sich der Verfasser auf vorhandene wissenschaftliche Untersuchungen stützen, so vor allem auf den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", auf die Arbeiten Walter Ulbrichts „Zur Geschichte der neuesten Zeit", „Des deutschen Volkes Weg und Ziel" und andere Aufsätze sowie auf den Sammelband „Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", die von der Parteihochschule „Karl Marx" herausgegebenen Vorlesungen und einige Monographien, so die Arbeit von Werner Horn „Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie der DDR (1951-1955)".

Des weiteren hatte der Autor die Möglichkeit, unveröffentlichte Ausarbeitungen von Günter Benser, Heinz Heitzer und Werner Horn einzusehen und auszuwerten.

Insgesamt gesehen, stecken die Forschungsarbeiten zu dem jüngsten, aber zugleich bedeutungsvollsten Abschnitt unserer Geschichte jedoch noch immer in ihren Anfängen.

Der Verfasser möchte an dieser Stelle auch all denen danken, die sich zur Durchsicht des Manuskripts bereit erklärten und durch ihre wertvollen Hinweise die Ausarbeitung des Buches unterstützten, so vor allem Rolf Badstübner, Herbert Bertsch, Heinz Heitzer, Herbert Hepke, Peter Klein, Werner Rosenberg, Siegfried Thomas und Wilhelm Wehling.

Berlin, im Juni 1964 Stefan Doernberg

Statt einer Einleitung

Im Herbst 1964 sind es anderthalb Jahrzehnte, daß auf deutschem Boden zwei Staaten bestehen. Es sind nicht einfach ein ostdeutscher und ein westdeutscher Staat, sondern sie unterscheiden sich grundlegend in ihrem ganzen Charakter und Wesen.

Der eine deutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik, ist hervorgegangen aus dem Kampf der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Der andere deutsche Staat, die Bundesrepublik Deutschland, setzt in jeder Hinsicht die alte und verhängnisvolle Politik des imperialistischen Deutschen Reiches fort.

In der Deutschen Demokratischen Republik herrscht das Volk, an dessen Spitze die fortschrittlichste und auch zahlenmäßig größte Klasse, die Arbeiterklasse, steht. Dies findet seinen Ausdruck in der Zusammensetzung des Parlaments, der Regierung, der Justiz, der Armee und der Polizei, vor allem aber darin, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Reichtümer des Landes, die überwiegende Mehrzahl der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, die Forschungsinstitute und Warenhäuser dem Volke gehören und von seinen Vertretern geleitet werden.

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen herrscht eine Minderheit, die imperialistische Großbourgeoisie, über das Volk, das niedergehalten wird und keinen Anteil hat an der Leitung und Lenkung des Staates und der Wirtschaft.

Die Bildung eines Staates wird in den meisten Ländern als Nationalfeiertag begangen. Es gibt wohl kaum einen zweiten Staat, der seine Geburtsstunde so verleugnet wie der westdeutsche. Aber das geschieht nicht zufällig.

Blicken wir zurück auf die ereignisvollen Tage und Wochen im Herbst 1949, als sich, vier Jahre nach dem Zusammenbruch der faschistischen Wehrmacht und des Hitlerregimes, auf deutschem Boden zwei so unterschiedliche deutsche Staaten herausbildeten.

Ein Tag tritt deutlich sichtbar hervor: der 7. Oktober 1949. An diesem Tag konstituierten sich die 330 aus den allgemeinen geheimen Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß hervorgegangenen Mitglieder des Deutschen Volksrates zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Sie setzten die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft, wählten das Präsidium der Provisorischen Volkskammer und beauftragten entsprechend den Bestimmungen der Verfassung die stärkste Fraktion der Provisorischen Volkskammer, die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen

Republik zu benennen. Die Provisorische Volkskammer proklamierte die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, und vollzog so einen Akt der Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Ein grundlegend neuer deutscher Staat war entstanden, und seine Geburtsstunde wird mit Recht seit 1949 als nationaler Feiertag des deutschen Volkes begangen, dem weit über die Grenzen Deutschlands hinaus große historische Bedeutung zukommt.

Die Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte in Erfüllung der von Hunderten Betrieben, auf Bauernversammlungen und Kundgebungen in Universitäten und Forschungsstätten eingebrachten einmütigen Forderung nach Bildung eines selbständigen, fortschrittlichen und friedliebenden deutschen Staates. Über vier Jahre lang hatten die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes einen beharrlichen Kampf geführt, damit eine demokratische und friedliebende Regierung für ganz Deutschland entstehe. Im Herbst 1949 war durch das Zusammenspiel der deutschen Großbourgeoisie und der verantwortlichen Politiker der USA, Großbritanniens und Frankreichs und mit Unterstützung der rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie die Spaltung Deutschlands vollzogen worden. Die Besatzungszonen der Westmächte wurden vom deutschen Nationalverband abgetrennt, und es entstand der westdeutsche Separatstaat mit der anmaßenden und irreführenden Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland und dem Provinzstädtchen Bonn als Hauptstadt. Die Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 war die Antwort auf diesen von den Westmächten und den Vertretern der westdeutschen Bourgeoisie geschaffenen nationalen Notstand und das Ergebnis des Kampfes um ein antifaschistisch-demokratisches, friedliebendes Deutschland.

Während der 7. Oktober als nationaler Feiertag für

immer in die Geschichte des deutschen Volkes eingegangen ist, sehen sich die Machthaber in Bonn außerstande, den Geburtstag ihres Staates zu bestimmen. Was sollten sie auch angeben? Vielleicht den 15. September 1949, an dem Konrad Adenauer mit seiner eigenen Stimme, die den Ausschlag gab, sich zum Bundeskanzler wählte? (Von den 402 Abgeordneten wurden 202 Stimmen für den eingeschworenen Separatisten und Feind der nationalen Einheit Deutschlands, den Repräsentanten des westdeutschen Monopolkapitals und Interessenvertreter einflußreicher und mächtiger amerikanischer Konzerne abgegeben.) Oder sollten sie lieber den 21. September nehmen, an dem die Hohe Kommission, der die Bevollmächtigten der drei imperialistischen Besatzungsmächte angehörten, ihre Tätigkeit aufnahm und das Besatzungsstatut in Kraft setzte? Es gäbe natürlich auch noch andere Möglichkeiten. So käme noch der 8. April 1949 in Frage, an dem die USA, Großbritannien und Frankreich in Washington die Zusammenlegung der von ihnen besetzten drei Zonen zu einem Bundesstaat beschlossen, der 12. Mai 1949, an dem die Westmächte das von ihnen abgeänderte „Grundgesetz" für diesen Separatstaat bestätigten, beziehungsweise der 23. Mai 1949, an dem es in Kraft gesetzt wurde, oder auch der 7. September 1949, an dem sich im westlichsten Zipfel Deutschlands, in der linksrheinischen Kreisstadt Bonn, der drei Wochen zuvor gewählte Bundestag konstituierte.

Wie man sieht, ist es wirklich nicht leicht, einen Tag zu finden, den man zum Nationalfeiertag deklarieren könnte. Zu sehr trägt das ganze Geschehen, das zur Gründung der Bundesrepublik führte, den Stempel der Absage an die Nation und der Unterwerfung unter die imperialistischen Besatzungsmächte.[1]

[1] In Bonn hat man sich lediglich dazu durchgerungen, die Dienstgebäude am 23. Mai, einer Art Verfassungstag, zu beflaggen. Einen Staatsfeiertag gibt es in dem auf sein angebliches Ausschließlichkeitsrecht pochenden Staat der Spalter nicht.

Die Gründung des Bonner Staatsgebildes war kein Akt der nationalen Selbstbestimmung, sondern ein Akt des nationalen Verrats. Mit ihm wurde der hoffnungslose Versuch unternommen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und zumindest erst einmal in einem Teil Deutschlands dort wieder anzuknüpfen, wo am 8. Mai 1945 mit dem totalen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, seines Staates, seiner Armee, seiner Ideologie, ja der gesamten herrschenden Klasse das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte sein unrühmliches Ende gefunden hatte.

Der von den Regierungen der westdeutschen Länder gemeinsam mit den westlichen Besatzungsmächten eingesetzte Parlamentarische Rat, der, hinter verschlossener Tür, ohne eine Vollmacht des deutschen Volkes und ohne das deutsche Volk zu befragen, das Grundgesetz für den zu bildenden westdeutschen Separatstaat ausarbeitete, beendete seine Arbeit nicht zufällig am 8. Mai 1949. Auch auf diese Weise tat er kund, daß die Bundesrepublik Deutschland die Geschichte des imperialistischen Deutschen Reiches – einschließlich der des faschistischen „Großdeutschen Reiches" – fortzusetzen gedachte.

Trotz dieser offensichtlichen Bestrebungen konnten die Bonner Machthaber jedoch nicht, wie sie wollten, weil sich die Welt von 1945 bis 1949 grundlegend verändert hatte. Das sozialistische Weltsystem war entstanden, und ein Drittel der Menschheit hatte für immer dem System der Ausbeutung, der Unfreiheit und des Krieges den Rücken gekehrt. Vor allem auch in Deutschland waren Veränderungen eingetreten, die den Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte des deutschen Volkes bedeuteten.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war daher nicht nur die notwendige Antwort auf die Spaltung Deutschlands und den damit entstandenen nationalen Notstand, sie war zugleich die Krönung des antifaschistisch-demokratischen Befreiungskampfes, der staatsrechtliche

Ausdruck dafür, daß Imperialismus und Militarismus im Osten Deutschlands mit ihrer Wurzel beseitigt und die gesamte Macht, die politische wie die wirtschaftliche, in die Hände des werktätigen Volkes übergegangen waren. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der schwerste Schlag, den der deutsche Imperialismus nach seinem Zusammenbruch im Mai 1945 erlitt. Sie bedeutete einen Wendepunkt nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch in der Geschichte Europas, da mit der Deutschen Demokratischen Republik zum ersten Mal ein deutscher Staat des Friedens und des Fortschritts entstanden war, ein Staat, der nicht, wie vorangegangene deutsche Staaten, die Sicherheit seiner Nachbarn und den Weltfrieden gefährdete, sondern ein starkes Bollwerk im gemeinsamen Kampf aller friedliebenden Völker der Welt war und ist.

So war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik das wichtigste Ergebnis des Kampfes um die Ausmerzung des Faschismus und der Anstrengungen, die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, die sich so eindringlich aus dem vom deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieg – dem verbrecherischsten und blutigsten Krieg, den die Geschichte der Menschheit kennt – und aus der infolge dieses Krieges hereingebrochenen nationalen Katastrophe ergaben.

Die Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den Jahren 1945 bis 1949 ist ein Bestandteil der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik.

So paradox es auch klingt. Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut, taten alles, um ein einheitliches demokratisches Deutschland und nicht einen Staat in den Grenzen der heutigen Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Bis zum letzten Tag machten sie hierzu alle nur denkbaren Anstrengungen, während die reaktionären Kräfte der deutschen Großbour-

geoisie mit Unterstützung ihrer ausländischen Klassenverbündeten schon seit 1945 auf die Gründung ihres Separatstaates hinsteuerten, dessen Geburtsstunde sie angesichts der nationalen Schmach heute am liebsten verleugnen. Der Kampf um die Verhinderung der Spaltung, um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland, das von der Oder bis zum Rhein reicht, gehört daher zur Geschichte des rechtmäßigen deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Geburt des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, dem 7. Oktober 1949, ging die ereignisreiche umwälzende Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1949 voraus, die erste Etappe der volksdemokratischen Revolution, der größten deutschen Revolution, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und damit den Anbruch der neuen Epoche in der Geschichte des gesamten deutschen Volkes zum Inhalt hat. Ebendeshalb kann man die Geschichte der DDR nur dann schreiben, wenn man die Darstellung mit dem 8. Mai 1945 beginnt. In der diesem Tag folgenden vierjährigen Zeitspanne, sehr stark schon 1945/1946, wurden die Weichen der weiteren deutschen Entwicklung gestellt.

I. Kapitel

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Osten Deutschlands. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949)

1. Totaler Zusammenbruch und Befreiung

In den späten Abendstunden des 8. Mai 1945 setzten die Vertreter des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht, Keitel, von Friedeburg und Stumpff, in Berlin-Karlshorst im Stab der siegreichen Sowjetarmee ihre Unterschrift unter die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation. Sie besiegelten gegenüber den vier Mächten der Anti-Hitler-Koalition das Eingeständnis der totalen Niederlage, die der deutsche Imperialismus und Militarismus in dem von ihm entfesselten zweiten Weltkrieg erlitten hatte.

Die herrschenden Klassen Deutschlands hatten im Verlauf der Jahrhunderte zahlreiche Raubkriege geführt. Viele von ihnen hatten sie verloren, doch nie war ihre Niederlage so erdrückend wie die im Frühjahr 1945. Der Zusam-

menbruch des deutschen Imperialismus hatte alle Bereiche erfaßt. Es gab keine zentrale Reichsregierung mehr, und auch die anderen Bestandteile der Staatsmacht des deutschen Imperialismus waren weitgehend zerfallen. Der gesamte Unterdrückungsapparat, dieser wichtigste Teil des imperialistischen Staates, war im Feuer des zweiten Weltkrieges und im Ergebnis der Niederlage des deutschen Militarismus und Imperialismus zusammengebrochen und auseinandergefallen. So verfügte der deutsche Imperialismus im Mai 1945 über keine Armee und besaß auch keine Polizeiformationen mehr. Auch der riesige und weitverzweigte Apparat zur ideologischen Beeinflussung und Irreführung der Volksmassen (Presse, Rundfunk, Film und anderes), auf dem die Herrschaft des Imperialismus beruht, war 1945 gleich dem Terrorapparat nicht mehr intakt.

Hinzu kam die gewaltige wirtschaftliche Schwächung des deutschen Imperialismus. Er hatte fast sämtliche Positionen im Ausland eingebüßt und mußte sich einer bedeutenden Begrenzung seiner wirtschaftlichen Macht in Deutschland selbst fügen.

So war der deutsche Imperialismus in einem Maße geschwächt wie selten zuvor eine herrschende Klasse in der Geschichte. Zu einer selbständigen politischen Aktion, zur Weiterführung der alten Politik war der deutsche Imperialismus und Militarismus 1945 allein nicht imstande.

Trotzdem wäre es nicht richtig, bei dieser Charakterisierung der Situation von 1945 stehenzubleiben. Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und Militarismus erfolgte im Ergebnis des Krieges, das heißt durch äußere Faktoren, nicht aber durch die revolutionäre Aktion der Volksmassen. Die restlose Zerschlagung des imperialistischen Staates mußte noch das Werk der Volksmassen mit der Arbeiterklasse an der Spitze sein. Aber nicht nur das. Die Situation von 1945 war weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß auch die antiimperialistischen fortschrittlichen Kräfte

unseres Volkes im Ergebnis der antinationalen Politik der herrschenden Klassen wesentlich geschwächt waren. Die Reihen der klassenbewußten Arbeiter und anderer Demokraten und Antifaschisten waren stark dezimiert. Von den 300 000 Mitgliedern, die die KPD Anfang 1933 zählte, war über die Hälfte Verfolgungen durch das faschistische Terrorregime ausgesetzt gewesen. Zehntausende Kommunisten waren ermordet worden, viele hatten sich nur durch Emigration dem Mordterror entziehen können. Die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte waren zunächst nicht organisiert, ihr politisch-ideologischer Zustand war sehr uneinheitlich. Zwar spürten die Menschen, daß eine grundlegende Veränderung in allen Bereichen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens notwendig sei. Aber nur wenige hatten klare Vorstellungen, wie diese Veränderungen aussehen mußten, welchen Weg es im Kampf um ein neues Deutschland zu beschreiten galt.

So hatte der 8. Mai 1945 eine doppelte Bedeutung. Er war der Tag des Zusammenbruchs des faschistischen deutschen Imperialismus, seiner Armee, seines Staates, seines politischen Terrorsystems, und der Tag der Befreiung des deutschen Volkes von seinen schlimmsten Feinden, den Verderbern der deutschen Nation. Mit ihm endete das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte und begann die Epoche des Aufstiegs unserer Nation in eine lichte Zukunft. Konnte das eine, der Zusammenbruch des Faschismus, das Ergebnis des heldenhaften Kampfes des Sowjetvolkes und der freiheitliebenden Kräfte in der Anti-Hitler-Koalition sein, so mußte das Neue, der Aufstieg der deutschen Nation, das Werk des deutschen Volkes selbst sein. Die einzig berufene Kraft, die die Führung in diesem Ringen übernehmen konnte und mußte, war die Arbeiterklasse. Die große Befreiungstat des Sowjetvolkes und seiner Armee eröffnete unserem Volke die große nationale Chance, die Lebensinteressen der

deutschen Nation zu verwirklichen. Diese Chance mußte genutzt werden.

Weiße Fahnen, wohin man blickte. Sie hingen in Städten und Dörfern, auf Fabriken und Verwaltungsgebäuden, aus den Fenstern der Wohnungen. Tage-, ja wochenlang bestimmten sie das Bild in Deutschland im Frühjahr 1945. Auch dieses Bild war einmalig in der Geschichte, genauso einmalig wie der tiefe Zusammenbruch des faschistischen deutschen Imperialismus, wie die nationale Katastrophe. Die Mehrheit unseres Volkes erkannte nicht, daß die totale Niederlage der faschistischen Welteroberer die Befreiung der Nation von ihren schlimmsten Feinden, von Barbarei und Untergang bedeutet und den Weg in eine schöne, menschenwürdige Zukunft eröffnet.

Aber es gab 1945 in Deutschland nicht nur weiße Fahnen. Waren es auch zunächst nur wenige, die die Befreiung vom Faschismus aufrichtig als den Beginn eines neuen Zeitalters begrüßten und tatkräftig Hand anlegten, um den demokratischen Neubeginn zu ermöglichen, so bestimmte doch ihr Handeln immer mehr das Geschehen in jenen Tagen. Diese beherzten Männer und Frauen waren vor allem Mitglieder der Kommunistischen Partei und andere Antifaschisten, die selbst in der schwarzen Nacht des Faschismus nie den Glauben an eine glückliche Zukunft unseres Volkes aufgegeben hatten. In tiefster Illegalität hatten sie sich zusammengefunden, um den Menschen die Wahrheit zu verkünden und den faschistischen Verbrechern durch die Schädigung ihrer Kriegsmaschine in den Arm zu fallen, um so, sei es auch mit bescheidenen Mitteln, den Tag der Befreiung vorzubereiten. Viele von ihnen waren soeben erst der Hölle der faschistischen Konzentrationslager und Zuchthäuser entronnen. Kaum, daß die Armeen der Alliierten sie vom Tode errettet hatten, setzten sie ihre ganze Kraft und ihre durch die Faschisten untergrabene Gesundheit dafür ein, daß das normale Leben in den Städten und Dörfern

wieder in Gang kam, die Not und der Hunger gelindert und die Seuchengefahr gebannt wurden.

Zu diesen Aktivisten der ersten Stunde gehörten immer mehr auch solche Menschen, die erst in der Zeit des faschistischen Krieges und vor allem angesichts der nationalen Katastrophe, in die die faschistischen Machthaber Deutschland gestürzt hatten, zu der Erkenntnis gelangt waren, daß ein völlig neuer Weg beschritten werden müsse, um unserem Volk eine glückliche und friedliche Zukunft zu sichern und dem vom deutschen Imperialismus und Faschismus geschändeten deutschen Namen in der Welt wieder einen guten Ruf zu verschaffen.

Sie alle, an ihrer Spitze die Vertreter der Arbeiterklasse, begannen ihr großes Werk unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen. In einigen wenigen Orten erzwangen die wahren deutschen Patrioten die kampflose Übergabe der Städte an die siegreiche Sowjetarmee und verhinderten sinnlose Zerstörungen und weitere Opfer der Bevölkerung. So geschah dies zum Beispiel in Greifswald durch die mutige Tat des dortigen Stadtkommandanten, Oberst Petershagen. In anderen Orten gelang es den Antifaschisten, das Ausmaß der Zerstörungen einzuschränken, indem sie Sprengladungen entfernten und somit die Vernichtung von Brücken, Betrieben und Einrichtungen der städtischen Versorgung verhinderten, Zerstörungen, die zur damaligen Zeit keinerlei militärischen Wert hatten, aber das Leben der Bevölkerung auf lange Zeit hinaus wesentlich erschweren mußten.

Den maßgeblichen Anteil an der Leitung der Wiederaufbauarbeiten in den ersten Tagen nach der Befreiung hatte die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die KPD hatte als einzige Partei dem Hitlerfaschismus vom ersten bis zum letzten Tag ungebrochen und konsequent organisierten Widerstand entgegengesetzt und bereits in den Jahren des Faschismus, vor allem auf ihren

Konferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939) sowie durch die von ihr geleitete Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland", die politische Grundlinie des demokratischen Wiederaufbaus ausgearbeitet.

Noch als im Stadtkern von Berlin erbitterte Kämpfe tobten, traf am 30. April 1945 eine Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD unter Leitung von Walter Ulbricht mit dem Flugzeug aus der Sowjetunion ein, wo viele deutsche Antifaschisten politisches Asyl gefunden hatten und sich zu dieser Zeit auch das Zentralkomitee der KPD befand. Die Initiativgruppe stellte sich die Aufgabe, die ersten Schritte zur Überwindung der Kriegsfolgen und zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzuleiten. Sie nahm sofort Verbindung auf zu Mitgliedern der KPD und verschiedenen antifaschistischen Widerstandsgruppen, zu Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratischen Politikern. Tag und Nacht waren die Mitglieder der Initiativgruppe tätig, um die ersten Aufräumungsarbeiten zu organisieren, mit Unterstützung der sowjetischen Stadtkommandantur Hunger und Seuchengefahr zu bannen und den Menschen die wahren Ursachen der nationalen Katastrophe zu erklären, ihnen den Weg in eine neue, glückliche Zukunft zu weisen.

Im zerstörten Berlin führte die Initiativgruppe in den ersten Maitagen 1945 zahlreiche Gespräche mit Politikern verschiedener Richtungen. Ihrer Aktivität ist es zu verdanken, daß sich bereits am 17. Mai 1945 der erste Magistrat von Groß-Berlin konstituieren konnte, dem Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Politiker angehörten. An der Spitze des Magistrats stand der parteilose Demokrat Dr. Arthur Werner. Weitere Initiativgruppen des Zentralkomitees der KPD waren in Sachsen unter Leitung von Hermann Matern und Anton Ackermann und in Mecklenburg unter Leitung von Gustav Sobottka tätig.

Durch die Anstrengungen der Aktivisten der ersten Stunde kam das normale Leben allmählich wieder in Gang.

Die Kriegszerstörungen und das von den Faschisten hinterlassene Chaos hatten jedoch ein solches Ausmaß, daß die Aktivisten der ersten Stunde sie allein nicht überwinden konnten. Die Mehrzahl der Bevölkerung war noch niedergedrückt und verängstigt, viele Menschen hatten jede Hoffnung auf eine Wiedergesundung Deutschlands aufgegeben.

In dieser Situation erwies die Sowjetunion der deutschen Bevölkerung großzügige Unterstützung, um die ärgste Not zu bannen. In den einzelnen Städten und Kreisen setzten sich die sowjetischen Militärkommandanten aktiv dafür ein, daß eine geregelte Versorgung der Bevölkerung organisiert wurde, die Verkehrsmittel ihren Betrieb wieder aufnahmen und andere Maßnahmen getroffen wurden, um das normale wirtschaftliche und kulturelle Leben wieder in Gang zu bringen.

Besonders schwierig war die Situation in Berlin und Dresden, die wohl am stärksten durch den Krieg gelitten hatten. Um trotz aller eigenen Schwierigkeiten die ersten Hilfsmaßnahmen für die deutsche Bevölkerung einzuleiten, traf am 9. Mai 1945 der Stellvertretende Vorsitzende der Sowjetregierung, A. I. Mikojan, in Berlin ein. Am 19. Mai berichtete er in der „Prawda" über die sowjetischen Maßnahmen. „Unsere Moral und die Tradition der Sowjetvölker fordern eine menschliche Behandlung der friedlichen Bevölkerung des besiegten Landes. Wohl haben wir die Hitlerarmee in schweren Kämpfen zertrümmert und Berlin besetzt, doch lassen unsere Moral wie auch unsere Traditionen nicht zu, Not und Leiden der friedlichen deutschen Bevölkerung gleichgültig mitanzusehen ... Das Sowjetkommando hat durch die Stadtverwaltungen von Berlin und Dresden die Versorgung der Bevölkerung dieser Städte mit Lebensmitteln organisiert ... Gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen in Berlin und Dresden mach-

ten sich die Truppen der Roten Armee an die Wiederherstellung der städtischen Wirtschaft. Ingenieure und Techniker der Roten Armee leiten die Arbeit der Deutschen bei der Wiederherstellung der Kraft- und Wasserwerke, der Säuberung der Straßen von Schutt usw."

Die sowjetischen Militärkommandanten betrachteten es als ihre wichtigste Aufgabe, nicht nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern eine rasche Überwindung der Kriegsfolgen zu organisieren und den demokratischen Neuaufbau zu fördern. Diese Sorge um das Wohl der Bevölkerung entsprach dem Charakter der Sowjetarmee als der Armee eines sozialistischen Staates.

Viele Menschen in Deutschland verstanden dies damals nicht. Verblendet vom Antikommunismus, im Banne der faschistischen Greuelpropaganda glaubten sie nicht, daß die erste Hilfe von den Angehörigen der Sowjetarmee kommen würde. Sie glaubten dies um so weniger, als ihnen nicht unbekannt war, welches Leid das faschistische Deutschland dem Sowjetvolk zugefügt hatte, welche Verbrechen vom deutschen Faschismus in der Sowjetunion und überall dort, wo der Faschismus seine blutigen Stiefel hingesetzt hatte, verübt worden waren.

Die großzügige Hilfe, die das Sowjetvolk den Menschen in Deutschland bei der Überwindung des vom Faschismus hinterlassenen Chaos bereits zu einer Zeit gewährte, als die dem Sowjetland vom Hitlerfaschismus zugefügten Wunden noch bluteten, wird das deutsche Volk nie vergessen. Die gesamte Tätigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht ging von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus aus und war darauf gerichtet, dem deutschen Volk zu helfen, ein neues, demokratisches Leben aufzubauen und sein Selbstbestimmungsrecht in einem friedliebenden und demokratischen deutschen Staat zu verwirklichen.

Die sowjetischen Militärkommandanten hatten die Anweisung, so schnell wie möglich arbeitsfähige deutsche

Selbstverwaltungsorgane zu bilden und die Initiative der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zu fördern. Die Bildung der neuen Selbstverwaltungsorgane verlief in den einzelnen Orten sehr unterschiedlich. In einigen Orten entstanden sie gleich in den Stunden der Befreiung durch das selbständige Handeln deutscher Antifaschisten, die von sich aus das Rathaus besetzten, die Naziaktivisten im Ort dingfest machten und sämtliche Verwaltungsposten mit Vertretern des Volkes besetzten. Die sowjetischen Besatzungsbehörden erkannten die so entstandenen neuen Verwaltungsorgane an.

In den meisten Städten und Dörfern mußten die neuen Selbstverwaltungsorgane jedoch von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt werden. Die sowjetischen Militärkommandanten nahmen zumeist nach ihrer Ernennung sofort mit Vertretern der verschiedenen Schichten der Bevölkerung Verbindung auf. Dann wählten sie von den aufbauwilligen Männern und Frauen, die sich zur Tätigkeit in den Selbstverwaltungen bereit erklärten, jene aus, die ihnen am geeignetsten erschienen, im Ort nicht unbekannt waren, bereits vor 1933 eine demokratische Einstellung hatten und auch späterhin nie für den Faschismus eingetreten waren. In einigen Fällen wurden auch ehemalige Häftlinge der faschistischen Zuchthäuser und Konzentrationslager als Bürgermeister eingesetzt, die zwar aus anderen Orten stammten, jedoch in den Kreisen der Antifaschisten in dem jeweiligen Ort nicht unbekannt waren. Verständlicherweise war es für die Militärkommandanten nicht leicht, eine richtige Wahl zu treffen. So blieb die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane in der ersten Zeit mitunter dem Zufall überlassen. Sie hing davon ab, inwieweit die demokratischen Kräfte aktiv in Erscheinung traten und organisiert waren. Wenn es besonders schwierig war, einen Vertreter der ortsansässigen Bevölkerung zum Bürgermeister zu ernennen, wurden ehemalige Angehörige der

deutschen Wehrmacht mit der Leitung der Verwaltungsorgane betraut, die als Frontbeauftragte des Nationalkomitees „Freies Deutschland" am antifaschistischen Kampf teilgenommen hatten.

Die sowjetischen Besatzungsorgane verfuhren bei der Benennung der leitenden Mitarbeiter der neuen Selbstverwaltungen bewußt auf solche Weise, weil sie daran interessiert waren, nicht nur arbeitsfähige und zuverlässige antifaschistische Verwaltungsorgane ins Leben zu rufen, sondern zugleich solche demokratischen Institutionen, die das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung hatten und imstande waren, die verbreitete Lethargie zu überwinden und die Bevölkerung für den demokratischen Neuaufbau zu gewinnen. Die Initiativgruppen des ZK der KPD unterstützten nach Kräften die sowjetischen Militärkommandanten beim Aufbau der neuen Selbstverwaltungen, entsprach doch die Politik der sowjetischen Besatzungsorgane auch in dieser Frage voll und ganz den nationalen Interessen des deutschen Volkes, der Entfaltung eines demokratischen Lebens und einer gesunden politischen Aktivität der Volksmassen.

So konnten bereits in den ersten Wochen in gemeinsamer Arbeit der deutschen Antifaschisten und der Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht die schlimmsten Kriegsfolgen beseitigt und die elementaren Lebensbedingungen wiederhergestellt werden.

Am 5. Juni 1945 verkündeten die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in einer gemeinsamen Deklaration, daß die oberste Gewalt in Deutschland für die Zeit, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen erfüllt, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergeben, von den Oberbefehlshabern Großbritanniens, der USA, der Sowjetunion und Frankreichs auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt wird. Zugleich gaben sie bekannt, daß Deutschland für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird. Das Gebiet von Groß-Berlin,

das innerhalb der sowjetischen Besatzungszone gelegen war, sollte, da Berlin zugleich Sitz des Alliierten Kontrollrates war, von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt werden. Zur gemeinsamen Leitung des Gebiets von Groß-Berlin wurde eine Interalliierte Kommandantur gebildet.

Entsprechend dieser Vereinbarung besetzten die Truppen der vier Mächte Anfang Juli die ihnen zustehenden Zonen, deren Grenzen bereits im September 1944 gemeinsam festgelegt worden waren. Sowjetische Truppen rückten in Westsachsen, in Thüringen und in die Provinz Sachsen ein. Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurden in den ihnen zugewiesenen drei Sektoren Berlins einquartiert. In ihrer ersten Sitzung erklärte die Interalliierte Kommandantur von Berlin alle bisher erlassenen Verordnungen des Magistrats sowie alle für die sowjetische Besatzungszone ergangenen Anordnungen und Befehle auch weiterhin für ganz Berlin als rechtsgültig.

2. Das Programm des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus

Angesichts der tiefen nationalen Katastrophe begannen die Menschen in Deutschland, vor allem die Werktätigen, darüber nachzudenken, ob nicht ein völlig neuer Weg in Deutschland gegangen werden müsse. Noch nie zuvor hatte der Friedenswille solche tiefen Wurzeln geschlagen. Zugleich herrschte jedoch in breiten Teilen des Volkes eine große Verwirrung. Wie sollte es weitergehen? Wo war der Ausweg aus dem Chaos? Richtige politische Zusammenhänge verstanden die meisten nicht zu sehen, sie erkannten daher durchaus nicht, daß die wahre Ursache für das nationale Unglück in dem System des Imperialismus und Mili-

tarismus zu suchen war. Der Ungeist des Militarismus und der Rassentheorie war selbst in die Reihen der Arbeiterklasse eingedrungen. Die geistige Verwirrung, die die zwölfjährige Hitlerzeit in den Köpfen der Menschen hinterlassen hatte, war noch schwerer zu beseitigen als die Trümmer in den Städten und Dörfern. So froh die Menschen waren, den Krieg überlebt zu haben, so einig sie sich auch darin waren, daß etwas Neues kommen müsse, so unklar war ihnen der Weg in die Zukunft.

Antwort auf alle die Fragen, die damals die Menschen in Deutschland bewegten, gab das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf vom 11. Juni 1945.

Die Sowjetische Militärverwaltung (SMA) hatte am 10. Juni, nur einen Monat nach der Beendigung der Kampfhandlungen, die Bildung demokratischer Parteien und Organisationen zugelassen. Dieser Beschluß war die erste Amtshandlung der soeben gebildeten SMA. In den Westzonen dagegen gestatteten die imperialistischen Besatzungsmächte erst viele Monate später die Ausübung der elementarsten demokratischen Rechte, wobei die Bildung von politischen Parteien zunächst nur auf Kreisebene erlaubt wurde. Mit der schnellen Zulassung antifaschistischer Parteien bewies die Sowjetunion, daß sie den demokratischen Kräften des deutschen Volkes großes Vertrauen entgegenbrachte.

Die erste Partei, die mit einem Programm an die Öffentlichkeit trat, war die Kommunistische Partei Deutschlands, an deren Spitze Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht standen. Sie war auch die einzige Partei, die ein solch klares, bis zu Ende durchdachtes und wissenschaftlich begründetes Programm zur Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes verkündete, das in der folgenden Zeit seine historische Bewährung voll und ganz bestanden hat. Und dies war nicht zufällig so.

Die KPD war hierzu imstande, weil sie ihre gesamte Politik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ausarbeitete und als Partei der Arbeiterklasse von den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes ausging. Sie konnte gradlinig den Weg fortsetzen, der von der Brüsseler Konferenz, auf der die Strategie und Taktik zum Sturz des Hitlerfaschismus und zur Schaffung einer Volksfront ausgearbeitet worden war, über die Berner Konferenz und den Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland" während des Krieges zur Verkündung des Manifestes vom 11. Juni 1945 führte, in dem das Programm zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat dargelegt wurde.

In ihrem Aufruf zeigte die KPD überzeugend die Ursachen für die nationale Katastrophe auf. Eindringlich bewies sie, daß die Hauptschuldigen für die gewissenlosen Abenteuer und Verbrechen des Hitlerregimes die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, sowie die Träger des Militarismus waren. Der Aufruf vermittelte die wichtige Lehre der deutschen Geschichte, daß es nur durch die feste Einheit der Arbeiterklasse und die Herstellung eines engen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Intelligenz, den demokratischen Kreisen des Mittelstandes und anderen demokratischen Kräften möglich ist, ein Wiederaufleben der Reaktion zu verhindern, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und so den Weg zum Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschlands freizulegen.

Zur Sicherung des demokratischen Neuaufbaus in ganz Deutschland entwickelte die KPD ein konkretes Aktionsprogramm, das folgende Forderungen enthielt:

„1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei ... Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten ...

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit ... Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten ... Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern ...

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes ... Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes ... Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten ...

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden ...

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes ...

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Be-

triebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden."[2]

Dies war das Programm einer grundlegenden antiimperialistischen Umwälzung und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland, der Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten.

Die von der KPD formulierten Aufgaben entsprachen nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern denen aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme der Monopolkapitalisten, Militaristen und Junker. Der Aufruf der KPD beruhte auf einer exakten Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen, der Situation in ganz Deutschland und ist eines der bedeutendsten Dokumente des schöpferischen Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 setzte sich mit dem verderblichen Einfluß des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung auseinander. Er warnte vor einer Wiederholung der reformistischen Politik von 1918, durch die ein Sieg des Volkes über die imperialistischen Kräfte in der Novemberrevolution von den rechten Führern der Sozialdemokratie verhindert und in deren Ergebnis schließlich die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglicht wurde. Die Überwindung und

2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 18/19.

Zerschlagung der reformistischen Vorstellungen, mit denen die Arbeiterklasse und andere Schichten der Werktätigen in Jahrzehnten verseucht worden waren, bildete eine der Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus.

Manche Menschen glaubten damals, es genüge, die schlimmsten Auswüchse des faschistischen Terrorregimes zu beseitigen und einfach wieder die Zustände der Weimarer Republik einzuführen. Aber war nicht gerade die bürgerliche Weimarer Republik das Sprungbrett für Hitlers Machtergreifung gewesen? Die deutsche Geschichte lehrte doch eindeutig, daß eine friedliche Zukunft des deutschen Volkes nur gesichert sein kann, wenn den Schuldigen an den imperialistischen Kriegen, den Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzern und ihren Handlangern, alle ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel genommen werden.

Das Manifest des Zentralkomitees der KPD war auch eine klare Absage an jegliches Sektierertum. Die KPD ging bei der Festlegung ihrer strategischen Orientierung davon aus, daß es angesichts des Kräfteverhältnisses in Deutschland unter Berücksichtigung des Grades des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse sowie auch der Tatsache, daß Deutschland von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung besetzt worden war, die die oberste Gewalt ausübten, falsch und äußerst schädlich wäre, den Kampf um die unmittelbare Errichtung des Sozialismus zu führen. Hierfür fehlten die wichtigsten Voraussetzungen.

Zwölf Jahre Faschismus hatten bei vielen Arbeitern das Klassenbewußtsein verschüttet. Die Arbeiterklasse verfügte noch nicht über eine einheitliche, starke revolutionäre Partei, die sie in dem komplizierten Kampf um die Errichtung des Sozialismus hätte führen können. Für die sozialistische Revolution ist es ferner notwendig, die Masse der werktätigen Bauern und der fortgeschrittenen Intelligenz zu ge-

winnen. Allein auf die zahlenmäßig geringe Schicht der klassenbewußten Arbeiter gestützt, kann die sozialistische Revolution nicht siegen.

Die Erfahrungen der internationalen und vor allem der deutschen Arbeiterbewegung beweisen, daß es nicht möglich ist, in einem Sprung zum Sozialismus zu gelangen. Mit der politischen und ökonomischen Entmachtung der imperialistischen Großbourgeoisie, vor allem ihrer aggressivsten und reaktionärsten Teile, und der Entfaltung der politischen Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in diesem revolutionär-demokratischen Kampf müssen erst die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen werden, um die politische Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten und die sozialistische Revolution zum Erfolg zu führen. Ebendeshalb galt es 1945, zunächst die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen. Im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung mußte vor allem auch die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung geschmiedet werden. Nur auf diesem Weg war es möglich, die auch in Deutschland herangereifte gesetzmäßige Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus einzuleiten.

Der Aufruf der KPD wurde in ganz Deutschland mit breiter Zustimmung aufgenommen. Er hatte sehr wesentlichen Einfluß auf das politische Denken der Menschen, und seine Grundsätze fanden in den verschiedensten politischen Proklamationen der ersten Monate nach der Befreiung vom Faschismus ihren Niederschlag. Das war verständlich, drückte er doch mit äußerster Prägnanz die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes aus, entsprach er doch den Vorstellungen, die sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus bei den Angehörigen der verschiedensten Schichten der Bevölkerung entwickelt hatten, selbst wenn diese meist noch sehr unklar waren. Der Aufruf der KPD trug wesentlich dazu bei, daß die Menschen die Lehren der

Geschichte zu begreifen begannen und den Kampf für ein neues, ein demokratisches und antifaschistisches Deutschland aufnahmen.

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des Aufrufs der KPD konstituierte sich am 15. Juni 1945 in Berlin der Zentralausschuß der SPD als provisorische Leitung für ganz Deutschland. An seiner Spitze standen Otto Grotewohl, Max Fechner, Helmut Lehmann und andere sozialdemokratische Funktionäre, die sich eindeutig für die Aktionseinheit mit der KPD und für eine tiefgreifende antifaschistisch-demokratische Umwälzung einsetzten. Ihm gehörten aber auch einige rechtsorientierte Funktionäre der SPD an, wie zum Beispiel Gustav Dahrendorf, die in der ersten Zeit mit ihrer politischen Konzeption zwar noch nicht offen hervortreten konnten, jedoch, wie sich sehr bald zeigte, im Grunde genommen die alte Politik der rechten Führung der SPD aus den Jahren der Weimarer Republik fortzusetzen gedachten.

In dem bei der Konstituierung des Zentralausschusses beschlossenen Aufruf bekannte sich die Führung der Sozialdemokratie zu einer antifaschistisch-demokratischen Politik und setzte sich für solche Maßnahmen ein, deren Verwirklichung auf die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus hinauslief. Der Zentralausschuß der SPD erklärte in seinem Aufruf, er begrüße „auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern ... Wir wollen vor allem den Kampf um die Neuge-

staltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben."[3]

Um das gemeinsame Handeln der beiden Arbeiterparteien im Kampf um die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland zu gewährleisten, beschlossen die Führungen der KPD und der SPD am 19. Juni 1945, einen gemeinsamen Arbeitsausschuß aus je fünf Vertretern zu bilden. Beide Parteien verpflichteten sich, bei der Liquidierung der Überreste des Nazismus und beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik eng zusammenzuarbeiten, gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen durchzuführen und gemeinsam die Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land zu vertreten.

Diese Abmachung wurde von den Mitgliedern der KPD und der SPD in ganz Deutschland einmütig gebilligt. In den Städten und Kreisen entstanden ebenfalls Ausschüsse der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD. Das war der erste große Schritt zur Überwindung der Spaltung, die zu Beginn des ersten Weltkrieges von den reformistischen Führern der Sozialdemokratie in die Arbeiterklasse hineingetragen worden war und sich so verderblich auf die deutsche Arbeiterbewegung und die Geschicke des ganzen deutschen Volkes ausgewirkt hatte.

Die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD ermöglichte es der Arbeiterklasse, an der Spitze des Volkes den Kampf um die Errichtung eines friedliebenden antifaschistisch-demokratischen Deutschlands aufzunehmen und somit ihre historische Mission zu erfüllen.

Außerordentliche Bedeutung kam der Bildung einheit-

3 Ebenda, S. 29 u. 31.

licher, freier, revolutionärer Gewerkschaften zu. Mitte Juni hatte sich in Berlin auf Initiative kommunistischer Gewerkschafter ein vorbereitender Gewerkschaftsausschuß konstituiert. An den Beratungen, die unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht stattfanden, nahmen Vertreter verschiedenster Gewerkschaftsrichtungen teil, so die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre Hans Jendretzky und Roman Chwalek, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre Hermann Schlimme und Bernhard Göring sowie Jakob Kaiser als Vertreter der früheren christlichen Gewerkschaften und Ernst Lemmer als Funktionär der früheren Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Dieser Ausschuß beschloß am 15. Juni einen Aufruf, in dem er die Herstellung der Gewerkschaftseinheit forderte:

„Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen, demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden ... Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen."[4]

Ende Juni/Anfang Juli 1945 bildeten sich in Berlin auch zwei bürgerlich-demokratische Parteien: die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). In den Gründungsaufrufen der CDU vom 26. Juni 1945 und der LDPD vom 5. Juli 1945 widerspiegelte sich die damalige politische Situation im Bürgertum. Die deutsche Bourgeoisie hatte dem Hitlerfaschismus, seinem Terrorregime und seiner Aggressionspolitik bis zur Niederlage im zweiten Weltkrieg ihre uneingeschränkte Unterstützung gegeben, ja mehr noch, sie hatte als Klasse den Machtantritt des Faschismus 1933 herbeigeführt. Sie konnte jetzt nicht schlechtweg an ihrer alten Politik anknüpfen und die Tätigkeit der führenden Parteien

[4] Ebenda, S. 33.

der Weimarer Republik fortsetzen, da sich diese in den Augen des Volkes völlig diskreditiert hatten.

Von allen befreiten Ländern Europas war Deutschland 1945 auch das einzige, in dem die Bourgeoisie über keine eigene politische Organisation verfügte. Sie mußte sich diese erst wieder neu schaffen.

Bei der Gründung der bürgerlich-demokratischen Parteien machte sich von Anfang an der Einfluß verschiedener Teile des Bürgertums geltend. Sowohl die demokratischen Kräfte als auch Vertreter des Monopolkapitals hatten daher an der Gründung der CDU und der LDPD im Sommer 1945 Anteil. Dabei war der Einfluß der demokratischen Kräfte insgesamt gesehen stärker, obwohl ihr zahlenmäßiger Anteil an den leitenden Gremien der CDU und der LDPD, vor allem in Berlin, zunächst geringer war als der Anteil jener Politiker, die eine großbürgerliche Politik vertraten und die Interessen des Monopolkapitals wahrnahmen.

Die Ursachen hierfür lagen darin, daß die imperialistische Großbourgeoisie durch ihre Rolle, die sie in den zwölf Jahren des Faschismus gespielt hatte, in ihrer politischen Wirksamkeit wesentlich eingeengt war. Die Volksmassen in Deutschland, vor allem aber die internationale Öffentlichkeit, forderten so nachdrücklich eine antifaschistisch-demokratische Politik, daß auch im Bürgertum jene demokratischen Politiker, die aus der jüngsten deutschen Geschichte die richtigen Lehren gezogen hatten, den größten Anklang fanden. Ebendeshalb enthielten bereits die Gründungsaufrufe der CDU und der LDPD ein Bekenntnis zu einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Die KPD hatte sich in ihrem Aufruf für die Bildung eines politischen Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien ausgesprochen. Das Rückgrat dieser Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte war die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD. In vielen klären-

den Gesprächen gelang es, auch die Führungen der CDU und der LDPD davon zu überzeugen, daß der antifaschistisch-demokratische Neuaufbau, die Überwindung der Kriegsfolgen und die Ausmerzung des Faschismus eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte erfordern.

Am 14. Juli 1945 wurde dann auf Initiative der KPD der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet. Die KPD, die SPD, die CDU und die LDPD bildeten einen gemeinsamen Ausschuß aus je fünf Mitgliedern, dessen Aufgabe es war, die gemeinsame antifaschistische Politik abzustimmen. Unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit beschlossen die vier Parteien, eine feste Einheitsfront zu bilden. Als wichtigste Aufgabe bezeichneten sie ihre Zusammenarbeit bei der Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und bei dem Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, im Kampf gegen das Gift der Naziideologie sowie gegen alle imperialistischen und militaristischen Ideologien. Es wurde festgelegt, daß der gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien unter wechselndem Vorsitz tagen werde und seine Beschlüsse nur einstimmig, das heißt mit Zustimmung aller Parteien, fassen könne.

Die Gründung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien stellte etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte dar. Bisher war es den herrschenden Ausbeuterklassen immer gelungen, die Volksmassen zu spalten und dies für ihre Unterdrückung auszunutzen. Mit der Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blocks wurde die für die Bedingungen von 1945 beste Form einer antifaschistischen Volksfront gefunden, für die sich die KPD bereits in den Jahren des Faschismus eingesetzt hatte.

Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde zum politisch-organisatorischen Ausdruck des Bünd-

nisses der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten, dem Mittelstand und den demokratischen Kräften des Bürgertums. Dies bedeutete, daß jene starke, alle Klassen und Schichten der Bevölkerung umfassende Kraft entstand, die allein fähig war, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und damit die Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation zu verwirklichen.

Die führende Kraft im antifaschistisch-demokratischen Block war von Anfang an die Arbeiterklasse, die, dank der Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD, durch ihr geschlossenes Auftreten und durch die kluge Politik der marxistisch-leninistischen Kräfte die gesamte Politik des antifaschistisch-demokratischen Blocks prägte. So hatte sich bereits knapp zwei Monate nach Beendigung des Krieges in Berlin und in der ganzen sowjetischen Besatzungszone ein reges politisches Leben entwickelt. In den westlichen Besatzungszonen dagegen war zu dieser Zeit die politische Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften noch nicht zugelassen beziehungsweise konnte sich lediglich auf lokaler Ebene in einigen Orten vollziehen.

3. Das Potsdamer Abkommen und die Rolle der Sowjetischen Militärverwaltung

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und die gemeinsamen Beschlüsse des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien stellten die Grundlage für eine wahrhaft demokratische deutsche Politik dar. Diese neue deutsche Politik stand im vollen Einklang mit den Lebensinteressen aller Völker, die Sicherungen gegen eine erneute Aggression des deutschen Imperialismus verlangten. Besonders

deutlich zeigte sich das in der prinzipiellen Übereinstimmung des am 2. August 1945 von den Regierungschefs der drei führenden Großmächte der Anti-Hitler-Koalition – Stalin, Truman und Attlee – im Schloß Cecilienhof unterzeichneten Potsdamer Abkommens mit dem fast zwei Monate früher verkündeten programmatischen Aufruf des Zentralkomitees der KPD.

Das Potsdamer Abkommen, das für ganz Deutschland die völkerrechtliche Grundlage für eine restlose Beseitigung des Faschismus und Militarismus schuf und damit sehr wesentlich den Kampf der demokratischen Kräfte unterstützte, legte folgende Hauptziele einer vereinbarten Deutschlandpolitik der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens fest: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands; Vernichtung der Nazipartei, all ihrer Gliederungen, Unterorganisationen und Ämter; Schaffung von Sicherheiten, die es ein für allemal verhindern, daß diese Partei und ihre Gliederungen wiederaufleben könnten; Verhinderung jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda; Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage; Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft des deutschen Imperialismus, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.

Diese konsequent demokratischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens waren das Ergebnis des entscheidenden Anteils der Sowjetunion an der Zerschlagung der faschistischen Aggressoren, der es dem ersten sozialistischen Staat ermöglichte, die Abfassung des Potsdamer Abkommens ausschlaggebend zu beeinflussen. Für eine antifaschistische Politik setzten sich 1945 die Volksmassen in allen Staaten der Anti-Hitler-Koalition mit solchem Nachdruck ein, daß die Regierungen der Westmächte den eindeutigen Forderungen der Öffentlichkeit Rechnung tragen mußten. Das Zustandekommen des Potsdamer Abkommens wurde auch

zweifellos dadurch erleichtert, daß es in Deutschland selbst seit über einem Monat ein Dokument gab, in dem eine demokratische deutsche Politik verkündet wurde, und daß dieses historische Dokument, der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, ein solch breites zustimmendes Echo in ganz Deutschland gefunden hatte.

Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien begrüßte das Potsdamer Abkommen, das dem deutschen Volk die große Chance seiner Neugeburt als friedliche, demokratische Nation gab und den demokratischen Kräften unseres Volkes die Unterstützung der Großmächte und des von ihnen geschaffenen Alliierten Kontrollrates zusicherte. Die Verwirklichung der demokratischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens mußte jedoch in erster Linie das Werk des deutschen Volkes selbst sein, dem niemand die Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung abnehmen konnte.

Auf der Potsdamer Konferenz wurden die Ostgrenzen Deutschlands neu festgelegt. Die Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion kamen darin überein, daß die „früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, ... unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen“[5].

Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens sollte auf der Friedenskonferenz erfolgen. Zugleich beschlossen die alliierten Mächte ein Abkommen über die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war. Allein in die sowjetische Besatzungszone kamen etwa 3,5 Millionen Umsiedler, hauptsächlich aus den polnischen Westgebieten und dem Sudetengebiet der Tschechoslowakei. Die neue Grenz-

[5] Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1954, S. 33.

ziehung und die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung hatten das Ziel, den Frieden und die Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn Deutschlands zu sichern, die von der deutschen Aggression so furchtbar heimgesucht worden waren.

Auf der Potsdamer Konferenz wurde des weiteren festgelegt, daß Deutschland Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar zu zahlen hat, wobei diese sowohl durch die Demontage von Industrieausrüstungen als auch durch Lieferungen aus der laufenden Produktion erfolgen sollten. Von der Gesamtsumme der Reparationen waren 50 Prozent für die Sowjetunion und Polen bestimmt, die am meisten unter den Folgen der Aggression des deutschen Imperialismus gelitten hatten. Daß es sich bei der Demontage wie auch bei den Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion nur um eine teilweise Wiedergutmachung der gewaltigen Zerstörungen handeln konnte, ist schon allein daraus zu ersehen, daß die Gesamtsumme des durch die faschistischen Eroberer der Volkswirtschaft der UdSSR und der Bevölkerung der Sowjetunion zugefügten Schadens 128 Milliarden Dollar betrug.

Späterhin verzichtete die Sowjetunion überdies großzügig auf einen großen Teil der ihr zugestandenen Reparationssumme. Unter den 676 Betrieben, die in der sowjetischen Besatzungszone demontiert wurden, befanden sich fast 600 reine Rüstungsbetriebe. Etwa 200 Betriebe, die für die Demontage vorgesehen waren, ließ die Sowjetunion in Deutschland; damit entsprach sie einer Bitte der Partei der Arbeiterklasse. Sie gingen zunächst unter der Bezeichnung SAG-Betriebe (Betriebe Sowjetischer Aktiengesellschaften) in das Eigentum der Sowjetunion über und lieferten einen beträchtlichen Teil ihrer Produktion zum Zwecke der Wiedergutmachung.

Anfang 1947 übergab die Sowjetunion ein Drittel dieser Betriebe in das Eigentum der Landesregierungen. 23 SAG-

Betriebe kamen im Mai 1950, 66 weitere Betriebe im Mai 1952 und die restlichen 33 Betriebe am 1. Januar 1954 in den Besitz des deutschen Volkes.

Die SAG-Betriebe waren Schulen neuer technologischer Methoden. In ihnen wurden dank der Anwesenheit sowjetischer Ingenieure die Errungenschaften der sowjetischen Technik eingesetzt und den deutschen Arbeitern die Erfahrungen der sowjetischen Neuerer übermittelt. Gleichzeitig waren sie Vorbild in der sozialen und kulturellen Betreuung der Arbeiter und Angestellten. Sie trugen sehr wesentlich zum friedlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bei, da sie wichtige Erzeugnisse, darunter Benzin, Kraftwagen, Kunstdünger, an die deutsche Industrie und Landwirtschaft lieferten.

Die Sowjetunion verlangte auf der Potsdamer Konferenz, unverzüglich eine deutsche Zentralregierung zu bilden, um so die Einheit Deutschlands zu wahren und das deutsche Volk bei der Durchsetzung seines Selbstbestimmungsrechtes auf demokratischer Grundlage zu unterstützen. Die USA verweigerten jedoch ihre Zustimmung und unterbreiteten statt dessen einen Plan für eine Aufteilung Deutschlands. Sie mußten ihn jedoch wieder zurückziehen. Der Haltung der Sowjetunion war es zu verdanken, daß das Potsdamer Abkommen ausdrücklich die Einheit Deutschlands respektierte und festlegte, in ganz Deutschland demokratische Verhältnisse und freie Betätigungsmöglichkeiten für alle demokratischen Parteien zu schaffen. Es wurde vereinbart, zentrale deutsche Verwaltungen für das Finanzwesen, das Transportwesen, das Verkehrswesen, den Außenhandel und die Industrie mit Staatssekretären an der Spitze zu errichten, die unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein sollten.

Angesichts dieses durch die Westmächte verschuldeten Fehlens einer zentralen deutschen Regierung verfügte die Sowjetische Militärverwaltung, den Provinzial- und Lan-

desverwaltungen das Recht einzuräumen, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Verwaltungen der Länder und Provinzen waren damals die höchsten deutschen Körperschaften. Die Präsidenten und Vizepräsidenten der fünf Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mark Brandenburg und Mecklenburg) waren von der SMA auf Vorschlag der demokratischen Parteien im Juli bestätigt worden. Von den Präsidenten waren drei Mitglieder der SPD und zwei parteilos. Zu den Vizepräsidenten gehörten sechs Kommunisten, vier Sozialdemokraten, fünf bürgerliche Demokraten und drei Parteilose. Sie stützten sich in ihrer Tätigkeit auf die Zusammenarbeit der Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks.

Erstmalig in der Geschichte und wahrscheinlich auch letztmalig hat nach 1945 ein sozialistischer Staat Besatzungsfunktionen ausgeübt. Verständlicherweise mußte daher Neuland beschritten werden, und es wurden sehr interessante und in vieler Hinsicht einmalige Erfahrungen gesammelt. Gerade in der Besatzungspolitik der Sowjetunion, in der Tätigkeit der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, zeigte sich die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, das humanistische Wesen des Sozialismus, der proletarische Internationalismus, die Durchsetzung der Leninschen Prinzipien in der Außenpolitik eines sozialistischen Staates unter besonderen Bedingungen.

Die Sowjetische Militärverwaltung stand vom ersten Tage an konsequent auf der Seite der Volksmassen in Deutschland und handelte als ihr Klassenverbündeter. Sie gewährte den deutschen Werktätigen eine demokratische Entscheidungsfreiheit, wie es sie selbst in den besten Zeiten der bürgerlichen Demokratie nicht gegeben hatte. Andererseits half sie, die reaktionären Kräfte zu bändigen. Ohne sich in die Fragen der Gestaltung der Gesellschafts-

ordnung im neuen Deutschland einzumischen, erwies sie den demokratischen Kräften unseres Volkes, den Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Angehörigen des Mittelstandes eine unschätzbare Hilfe im Kampf um den Aufbau eines friedliebenden, antiimperialistischen und demokratischen Deutschlands. Diese Hilfe erfolgte in vielfacher Hinsicht.

Die Sowjetunion schützte die demokratische Initiative der Volksmassen und ihre revolutionären Errungenschaften vor den Anschlägen der inneren und äußeren Reaktion, unterstützte den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und hatte durch die Übermittlung der reichen Erfahrungen, die das Sowjetvolk im Kampf gegen den Imperialismus sammeln konnte, sowie durch eine umfangreiche ideologische Aufklärungsarbeit bedeutenden Anteil an der Schulung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes und der antifaschistisch-demokratischen Umerziehung breitester Schichten.

Dem Schutz der jungen Demokratie vor den Anschlägen der Reaktion dienten vor allem die Maßnahmen, die von der SMA in der Erfüllung des Potsdamer Abkommens zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung getroffen wurden. Schon allein die Anwesenheit der sowjetischen Arbeiter-und-Bauern-Armee legte den Kräften der Reaktion Zügel an, so daß sie es nicht wagen konnten, Mittel der Gewalt gegen die Volksmassen anzuwenden. Die sowjetischen Organe halfen den Selbstverwaltungen auch dabei, Feinde der Demokratie und Saboteure des friedlichen Aufbaus dingfest und unschädlich zu machen. Schließlich verhinderte die sowjetische Besatzungsmacht jegliche Einmischungsversuche von seiten der imperialistischen Mächte.

Die meisten Befehle der SMA dienten dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau. So ergriff die SMA solche Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Wirtschaft, wie Belieferung mit kontingentierten Rohstoffen, Versorgung

der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriewaren, Festlegung einheitlicher Preise und ähnliche, die einheitlich für die ganze sowjetische Besatzungszone gelöst werden mußten. Sie verfügte auch zahlreiche Hilfsmaßnahmen für die Neubauern, Umsiedler und Rentner, so für den Bau von Zehntausenden Neubauernhöfen, teilte aus ihren Beständen Saatgut und Treibstoff für die Landwirtschaft zu, ordnete den Druck von neuen Schulbüchern und eine zusätzliche Schulspeisung an.

Die SMA erließ auf Antrag der demokratischen Organisationen eine Reihe von Befehlen, mit denen alte Forderungen der deutschen Werktätigen erfüllt wurden. So wurden von der SMA das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit eingeführt, die völlige Gleichberechtigung der Frau gewährleistet, Maßnahmen für den Jugendschutz verkündet und der Achtstundentag gesichert. Eine ganz besondere Bedeutung hatte die große politische und ideologische Hilfe der SMA. Die Sowjetische Militärverwaltung errichtete einen eigenen Verlag, der den Namen „SMA-Verlag" erhielt und zahlreiche marxistische Arbeiten, Bücher fortschrittlicher Autoren vieler Länder, vor allem aber Übersetzungen der sowjetischen Literatur, herausbrachte.

Die Tageszeitung der SMA, die „Tägliche Rundschau", informierte die deutsche Bevölkerung ausführlich über das Weltgeschehen, verbreitete die Wahrheit über die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder und nahm zu allen wichtigen Problemen der politischen Entwicklung in Deutschland Stellung. Sie leistete eine große Arbeit bei der Überwindung der nazistischen Ideologie und der Entwicklung eines wahrhaft demokratischen Bewußtseins. Von besonderer Bedeutung waren die täglichen Aussprachen, die Mitarbeiter der SMA mit den leitenden Funktionären der demokratischen Selbstverwaltungen, der Parteien und Organisationen sowie vielen anderen Menschen führten. Die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die hier

in Deutschland, fern der Heimat, ihren Dienst verrichteten, verfolgten mit wachem Interesse den Kampf der deutschen Werktätigen für ein demokratisches Deutschland.

Es war nur verständlich, wenn zum Beispiel ein sowjetischer General, der selbst aus einer Bauernfamilie stammte, dem Präsidenten einer Landesverwaltung Ratschläge dafür gab, wie man die Machenschaften der Gegner der Bodenreform durchkreuzen und die Massen der Bauern in den aktiven politischen Kampf einbeziehen konnte.

Dieser Erfahrungsaustausch, für den es keiner besonderen Anweisungen bedurfte, war für einen Vertreter eines sozialistischen Staates etwas Selbstverständliches. Er erwuchs aus dem großen Gefühl des proletarischen Internationalismus und der Gemeinsamkeit des Interesses an der Sicherung des Friedens und der Erfüllung der Hoffnungen und Wünsche der werktätigen Menschen. Die Übermittlung der reichen Erfahrungen, die das Sowjetvolk in seinem revolutionären Kampf und bei der Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und der Technik gesammelt hatte, war vielleicht die wichtigste und wirksamste Hilfe, die die SMA in den vier Jahren ihres Bestehens unserem Volke erwiesen hat. Ihr besonderes Augenmerk legten die Mitarbeiter der SMA dabei meistens auch darauf, daß die Erfahrungen nicht schematisch übernommen wurden. Es kam nicht selten vor, daß die sowjetischen Offiziere, die sehr eingehend die deutschen Verhältnisse studierten, vor einer solchen vereinfachten Übertragung bestimmter Erfahrungen der Sowjetunion warnten. In den Aussprachen mit den Vertretern der Selbstverwaltung, der Parteien und Organisationen gaben die Mitarbeiter der SMA stets von neuem den Hinweis, an die demokratischen und fortschrittlichen Traditionen anzuknüpfen und zugleich schöpferisch die Erfahrungen der internationalen revolutionären Bewegung auszuwerten.

Das große Verdienst der sowjetischen Besatzungsorgane,

ihre unschätzbare Hilfe bestanden nicht zuletzt darin, daß sie mit allen Mitteln dazu beitrugen, Lethargie, Gleichgültigkeit, Untertanengeist und politische Passivität zu überwinden und eine politische Initiative, ein nationales Verantwortungsgefühl und ein demokratisches Staatsbewußtsein der Volksmassen in Deutschland zu wecken und zu fördern.

Ausgehend von der prinzipiellen marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daß die Volksmassen die wahren Schöpfer der Geschichte sind, war die Sowjetunion bestrebt, so schnell wie möglich die Verantwortung für die Lösung aller politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen in die Hände des deutschen Volkes und seiner Machtorgane zu legen.

4. Die demokratische Bodenreform

Die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus erforderte tiefgehende sozialökonomische Veränderungen. Den imperialistischen Kräften mußten ihre ökonomischen Reichtümer, vor allem die Produktionsmittel, entrissen werden, denn auf diesen basiert bekanntlich ihre politische Macht. Die KPD hatte daher in ihrem Aufruf als eine der Hauptaufgaben im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung die Enteignung der Kriegsschuldigen gefordert; nur so konnte den imperialistisch-militaristischen Kräften für immer die Grundlage ihrer Klassenherrschaft entzogen werden. Die Kriegsschuldigen waren in erster Linie die Monopolkapitalisten, die Besitzer der Konzernbetriebe und Banken, die 1933 die faschistische Diktatur errichtet hatten und in deren Auftrag das faschistische Regime den Krieg entfesselt hatte, um die Weltherrschaft zu erobern. Zu den Hauptschuldigen gehörten aber nicht minder die Großagrarier, die Besitzer der Latifun-

dien und Güter, die gemeinsam mit den Monopolkapitalisten den Faschismus hochgepäppelt und den Aggressionskrieg herbeigeführt hatten.

Die Junker stellten einen Hort der Reaktion und des Militarismus dar. Politisch und auch ökonomisch mit dem Monopolkapital so eng verschmolzen, daß sie bei all den besonderen Merkmalen, die ihnen anhafteten, im Grunde genommen zu einem Bestandteil der Klasse der imperialistischen Großbourgeoisie geworden waren, standen sie dem historischen Fortschritt genauso feindlich gegenüber wie eh und je. Auf die deutschen Junker von 1945 traf noch immer das zu, was Friedrich Engels ein halbes Jahrhundert vorher zu ihrer Kennzeichnung geschrieben hatte. Er hatte damals hervorgehoben, daß sie es waren, „die den spezifisch preußischen Charakter der Bürokratie wie des Offizierskorps der Armee geschaffen haben und erhalten; deren Hochmut, Beschränktheit und Arroganz das deutsche Reich preußischer Nation im Inland ... so verhaßt und im Ausland ... so wenig respektiert gemacht haben"[6].

Eine Demokratisierung auf dem Lande, ohne die der gesamte demokratische Neuaufbau scheitern mußte, war nur denkbar, wenn das Abhängigkeitsverhältnis der Landarbeiter und Bauern von den Großgrundbesitzern beseitigt wurde. Diese beherrschten auf Grund ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung das ganze Leben im Dorf. Auf dem heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik besaßen rund 6000 Großgrundbesitzer vor der Bodenreform eineinhalbmal soviel Boden wie 300 000 Klein- und Mittelbauern. Auf etwa ein Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe entfielen 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während 29 Prozent der Betriebe (gemeint sind die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Fläche von 10 bis 100 Hektar) über 53 Prozent der landwirtschaftlichen

6 Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, S. 504.

Nutzfläche und die Höfe der Kleinst-, Klein- und Mittelbauern mit einem Hof bis zu 10 Hektar, die 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachten, nur über 17 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten. Ihren Bodenbesitz hatten sich die Großagrarier dadurch zusammengeraubt, daß sie Generationen von Bauern von ihrer Scholle verdrängten.

Dieser Zustand mußte durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes beseitigt werden. Jetzt sollte und mußte der Boden wieder denen gehören, die ihn bearbeiteten. 1945 mußte Wirklichkeit werden, was in den bürgerlichen Revolutionen – angefangen vom Bauernkrieg 1525 über die Revolution von 1848/49 bis zur Novemberrevolution 1918 – nicht erreicht werden konnte. Auf Initiative der KPD fanden in den Dörfern im Sommer 1945 zahlreiche Versammlungen statt, auf denen Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler zu der im Aufruf der KPD enthaltenen Forderung nach Durchführung einer demokratischen Bodenreform Stellung nahmen.

Wie richtig und wie notwendig diese Forderung der KPD war, wieweit sie den Interessen und Wünschen der Landarbeiter und der landarmen Bauern entsprach, bewies die breite Zustimmung der Bauern zu den Vorschlägen der KPD. Immer machtvoller entfaltete sich im Spätsommer 1945 eine Bewegung für die sofortige Durchführung der Bodenreform.

Aber nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt fand die Forderung der KPD nach einer Bodenreform starke Unterstützung. In den Beratungen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, aber auch in den Reihen der Arbeiterklasse und selbst unter den Mitgliedern der eigenen Partei leistete die Führung der KPD eine große Arbeit, um Klarheit über die Notwendigkeit der Bodenreform zu schaffen. Das war vor allem deshalb notwendig, weil nur durch die demokratische Bodenreform ein festes

Bündnis der Arbeiter und Bauern entstehen konnte – die wichtigste Voraussetzung für den Sieg des werktätigen Volkes über seinen schlimmsten Feind: den Imperialismus und Militarismus.

Die KPD bereitete den Entwurf einer Verordnung über die demokratische Bodenreform vor, die die Präsidien der Landes- beziehungsweise Provinzialverwaltungen beschließen sollten, und unterbreitete diesen Entwurf sowohl den Blockausschüssen der Länder und Provinzen als auch den entsprechenden Verwaltungsorganen. Über die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Bodenreform konnte verhältnismäßig rasch Einigkeit erzielt werden. Selbst die Gegner einer demokratischen Entwicklung, denen es gelungen war, sich zum Teil einflußreiche Stellungen in den Führungen der bürgerlichen Parteien und auch in den Verwaltungsorganen zu verschaffen, konnten es nicht wagen, die Junker und Großgrundbesitzer offen in Schutz zu nehmen. Zu sehr war deren Schuld, dank der Aufklärungstätigkeit der KPD, bereits breiten Teilen der Bevölkerung bekannt, und zu gering war der Anklang, den die Junker in den Städten und Dörfern noch hatten.

Größere Diskussionen gab es darüber, wie die Bodenreform durchgeführt werden sollte, was mit dem Boden der enteigneten Großgrundbesitzer zu geschehen habe. Während die KPD vorschlug, den enteigneten Boden an die Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler aufzuteilen, um deren Wunsch nach eigener Scholle zu befriedigen, wurde in den Beratungen des Blocks auch die Meinung vertreten, daß es richtiger wäre, die enteigneten Güter den Landesverwaltungen zu übergeben oder sie genossenschaftlich zu bewirtschaften.

Diese Meinung wurde einerseits von aufrichtigen Anhängern der Bodenreform, vor allem aus der Sozialdemokratischen Partei, vorgebracht, die die wirklichen Interessen und Wünsche der Landbevölkerung nicht genügend kann-

ten und vor allem nicht begriffen, daß ohne die Aufteilung des Großgrundbesitzes kein festes Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft entstehen konnte. Auch einige Kommunisten glaubten, in Unkenntnis der marxistisch-leninistischen Agrartheorie sowie der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, daß es möglich sein könnte, eine ganze Etappe der revolutionären Umwälzung zu überspringen und sich sofort auf die Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften zu orientieren, obwohl hierfür sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten.

Diese falschen und sektiererischen Auffassungen wurden durch die beharrliche politisch-ideologische Arbeit der Führung der KPD verhältnismäßig schnell überwunden. Auch das Leben selbst, die Erfahrungen, die bei der Durchführung der Bodenreform gesammelt wurden, lehrten, daß nur die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Landarbeiter und landarmen Bauern, die Schaffung von weit über hunderttausend Neubauernhöfen der richtige Weg war, der sowohl im Interesse der Bauernschaft als auch der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes lag.

Die Gegner der Bodenreform traten ebenfalls gegen die Aufteilung der großen Güter auf. Sie tarnten ihre feindliche Einstellung dadurch, daß sie überspitzte Maßnahmen forderten, die Bodenreform zu einer rein administrativen Angelegenheit der Verwaltungsorgane machen wollten und vorschlugen, die enteigneten Güter den Landesverwaltungen zur Nutzung zu übergeben. Da sie die Übernahme der Güter durch die Landesverwaltungen nur als ein Provisorium ansahen, glaubten sie, auf diese Weise den Großgrundbesitz doch noch erhalten zu können. Zugleich hofften sie, damit einen Keil zwischen die neuen Verwaltungsorgane und die Bauernschaft zu treiben und das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu untergraben. In den Beratungen zur Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform

wurden diese Auffassungen von den Vertretern der KPD entschieden zurückgewiesen. Anfang September 1945 erließen die fünf Landes- und Provinzialverwaltungen die gesetzlichen Verordnungen zur Durchführung der demokratischen Bodenreform.

Die erste Verordnung wurde am 3. September 1945 in Halle für die Provinz Sachsen beschlossen. An ihrer Vorbereitung hatte Walter Ulbricht entscheidenden Anteil. Die inhaltlich gleichlautenden Verordnungen über die demokratische Bodenreform sahen die Enteignung des Grund und Bodens aller Gutsherren mit über 100 Hektar Besitz sowie der Kriegsverbrecher, Kriegsschuldigen und aller aktiven Anhänger des Naziregimes vor. Die Enteignung erfolgte entschädigungslos. Ziel der Bodenreform war es, die bereits bestehenden kleinen Bauernhöfe bis zu 5 Hektar zu vergrößern, selbständige Bauernwirtschaften für Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler zu schaffen sowie kleinere Parzellen für Arbeiter und Angestellte für den Gemüseanbau bereitzustellen.

Die Durchführung der Bodenreform lag in den Händen der werktätigen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler. Sie bildeten in den Dörfern aus den Bodenbewerbern Gemeindekommissionen, deren Aufgabe es war, die Aufteilung des Großgrundbesitzes vorzunehmen. Diesen Gemeindekommissionen gehörten etwa 40 000 Männer und Frauen an; sie entschieden sehr schnell und unbürokratisch, welche Güter enteignet und aufgeteilt werden sollten. In zwei Monaten enteigneten sie 11 465 Betriebe mit 2,9 Millionen Hektar Gesamtfläche. Unter den enteigneten Gütern befanden sich die Besitzungen des Herrn Malte von Putbus mit 18 850 Hektar, des Fürsten zu Stolberg mit 17 381 Hektar, des Grafen Hermann von Arnim mit 15 800 Hektar, des Fürsten von Schönburg-Waldenburg mit 10 588 Hektar. Der größte Teil des Bodens wurde unter die Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler aufgeteilt. Einige Saat-

zucht- und Viehzuchtgüter gingen in den Besitz der Länder über.

Die Aufteilung der junkerlichen Güter und die Übergabe der Urkunden an die neuen Besitzer des Bodens gestalteten sich zu wahren Volksfesten. Der Landrat und der Bürgermeister steckten gemeinsam mit den Bauern das Land der Neubauern ab. Oft segneten Dorfpfarrer die Übergabe des Bodens an die Neubauern. In allen Dörfern waren die Häuser und Straßen mit Grün, mit roten Fahnen und Losungen wie „Junkerland in Bauernhand!", „Stadt und Land - Hand in Hand!" geschmückt.

Die Landarbeiter und Bauern führten die Bodenreform mit Hilfe der neuen demokratischen Selbstverwaltungsorgane in einem solch schnellen Tempo durch, daß die Junker nicht imstande waren, ihre Kräfte zu organisieren und der revolutionären Aktion der Volksmassen im Osten Deutschlands wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Bodenreform glatt und konfliktlos vor sich gegangen wäre. Die Gutsbesitzer unternahmen alles nur denkbare, um ihrer gerechten Bestrafung zu entgehen. Mit den verschiedensten Schlichen versuchten sie, die Aufteilung ihrer Güter zu verhindern. Zahlreiche Gutsbesitzer boten ihre Besitzungen durch Mittelsmänner den Landesverwaltungen als Mustergüter zum Anbau von Saatgut oder zur Aufzucht von Herdbuchvieh an, um deren Aufteilung zu verhindern, da sie hofften, zu einem späteren Zeitpunkt ihren Besitz zurückzubekommen. Dabei rechneten sie vor allem mit einer Unterstützung der amerikanischen und englischen Imperialisten. Andere Gutsbesitzer wiederum versuchten, noch schnell ihre Ländereien unter Familienangehörige oder von ihnen abhängige Personen aufzuteilen. Schließlich gab es auch solche, die rückwirkend Verträge mit ausländischen Gesellschaften abschlossen, um durch den Verkauf ihrer Güter der Bodenreform zu entgehen. All diese Machenschaften wurden durch

die Bodenreformkommissionen und die demokratischen Selbstverwaltungsorgane verhindert. Trotzdem blieb die Wühltätigkeit der Junker insofern nicht ganz ohne Wirkung, als manche Landarbeiter und Bauern zunächst davor zurückschreckten, Bodenanteile zu übernehmen. Sie fürchteten eine Rückkehr der Gutsherren und Vergeltungsmaßnahmen. Erst als sie die Festigkeit der neuen, demokratischen Ordnung zu erkennen begannen, überwanden sie ihre Schwankungen und die Furcht vor dem „gnädigen Herrn".

Ende 1945, als sich die Positionen der Reaktion in Westdeutschland bereits wieder in bestimmtem Maße gefestigt hatten, schickten die Junker und Großgrundbesitzer ihre Interessenvertreter in den beiden bürgerlichen Parteien, vor allem die damaligen Vorsitzenden der CDU, Hermes und Schreiber, zu einem Generalangriff gegen die Bodenreform vor. Auf Antrag der KPD beriet der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien über eine gemeinsame Erklärung, die eine allseitige Hilfe für die Neubauern forderte. Die reaktionäre Führung der CDU lehnte jedoch eine Unterstützung der Neubauern unter den fadenscheinigsten Vorwänden ab.

Hermes und Schreiber wollten, daß die Neubauern sich allein überlassen werden. Sie wollten eine Festigung der Neubauernwirtschaften verhindern, um später auch öffentlich eine Revision der Bodenreform aus ökonomischen Gründen fordern zu können. Diese Haltung der reaktionären Führer der CDU löste eine breite Welle der Unzufriedenheit unter den Neubauern aus. Auch die Mehrzahl der Mitglieder und Funktionäre in den Provinzial- und Landesverbänden der CDU, die mit dem Volk mehr verbunden war und die Nöte der Landbevölkerung besser kannte, verurteilte die versteckten Angriffe der reaktionären Führer gegen die Bodenreform. Hermes und Schreiber blieben isoliert und wurden in einer außerordentlichen

Vorstandssitzung der CDU im Dezember 1945 aus der Führung dieser Partei ausgeschlossen.

Große Unterstützung wurde der Bodenreform durch die Sowjetische Militärverwaltung zuteil. Auf Vorschlag der Selbstverwaltungsorgane und des antifaschistisch-demokratischen Blocks schuf die SMA gesetzliche Bestimmungen über die Kredithilfe für die Neubauern sowie die Bereitstellung von Baumaterialien und finanziellen Mitteln für den Bau neuer Gehöfte. Sie half den Neubauern, das notwendige Saatgut zu erhalten, und überließ ihnen Pferde und anderes Vieh aus dem Besitz der Sowjetarmee. Sie übergab Flugplätze und Truppenübungsplätze an den Bodenfonds zur Aufteilung an die Neubauern. Darüber hinaus erwiesen die Mitarbeiter der SMA den demokratischen Kräften des deutschen Volkes eine unschätzbare Hilfe durch zahlreiche wertvolle Ratschläge, Aussprachen usw.

Im Ergebnis der Bodenreform erhielten über 330 000 Landarbeiter und Bauern mehr als 2 Millionen Hektar Land. Die Neubauernhöfe hatten eine Durchschnittsgröße von etwa 7 bis 8 Hektar. Außerdem bekamen etwa 180 000 Arbeiter, Handwerker und Angestellte durchschnittlich je 0,5 Hektar Gartenland zum Gemüseanbau, und etwa 50 000 Altbauern erhielten Waldzulagen von durchschnittlich etwa 1,5 Hektar.

Im Verlauf der Bodenreform entstanden Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe, denen sowohl Neubauern als auch Altbauern beitraten. Diese Ausschüsse übernahmen einen großen Teil der Maschinen und Geräte der enteigneten Grundbesitzer, Molkereien, Werkstätten und andere Einrichtungen. An vielen Orten schufen sie Ausleihstationen oder Maschinenhöfe, aus denen dann später die Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) hervorgingen. Die Ausschüsse schlossen sich zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) zusammen, die im Frühjahr 1946 52 000, am

1. Juni 1946 bereits 255 000 und im September 1947 schon 480 000 Mitglieder zählte.

Durch die Entwicklung der gegenseitigen Bauernhilfe im Dorfe trug die VdgB sehr wesentlich dazu bei, daß sich die Neubauernwirtschaften erfolgreich entwickeln konnten und nicht in die Abhängigkeit kapitalistischer Kräfte gerieten. Die VdgB förderte den genossenschaftlichen Gedanken unter der Bauernschaft. Sie hatte großen Anteil an einer bedeutenden, einmalig in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft dastehenden Aktion, einem Viehaustausch, durch den die Bauern in den vom Kriege besonders stark betroffenen Gebieten 208 000 Rinder, 27 000 Pferde, 44 000 Schweine und 133 000 Ziegen und Schafe aus anderen Gebieten zu angemessenen Preisen erhielten.

Die Bodenreform gestaltete sich zu der größten und erfolgreichsten revolutionären Aktion der Massen, die Deutschland in seiner Geschichte bis dahin erlebt hatte. Nach der entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker, die die grundlegende Veränderung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse auf dem Lande zeitigte, existierte die reaktionäre Ausbeuterklasse der Großgrundbesitzer und Junker im Osten Deutschlands nicht mehr. Jetzt bestimmten die Werktätigen das Leben des Dorfes. Die Bodenreform leitete die endgültige Bauernbefreiung im Osten Deutschlands ein und ließ das feste Bündnis der werktätigen Bauernschaft mit der Arbeiterklasse, aus deren Hand sie den Boden erhalten hatte, entstehen. Dieses Bündnis war das Unterpfand für die erfolgreiche endgültige Entmachtung des deutschen Imperialismus und Militarismus im Osten Deutschlands. Die werktätigen Bauern wurden zu aktiven Kämpfern für eine demokratische Entwicklung.

5. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Im Herbst 1945 zeigten sich die ersten bedeutenden Erfolge in der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung auf allen Gebieten. Mit der demokratischen Bodenreform begann ein neues Kapitel in der Entwicklung des deutschen Dorfes. Aber auch in den Städten hatte sich bereits viel verändert. Durch die unermüdlichen Anstrengungen der antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane, der freien Gewerkschaften und der von den Arbeitern und Angestellten gewählten Betriebsräte war in der Mehrzahl der Betriebe die Produktion wieder in Gang gekommen. Die allerschlimmsten Kriegsfolgen konnten beseitigt werden. Die Arbeiter und Angestellten und die von ihnen gewählten Betriebsräte hatten in den Industriebetrieben das Mitbestimmungsrecht weitgehend durchgesetzt und über die gesamte Produktion eine Arbeiterkontrolle errichtet. Die Leitungen der Betriebe, vor allem der Großbetriebe, aber auch andere Institutionen und Einrichtungen wurden von Naziaktivisten und anderen reaktionären Kräften gesäubert. Die ersten Schritte zur demokratischen Erneuerung des geistigen und kulturellen Lebens waren getan, die Schulen hatten wieder ihre Pforten geöffnet, und mit der Entfernung aller Nazilehrer und der Gewinnung Zehntausender Werktätiger für den Beruf des Neulehrers war auf gemeinsame Initiative der Führungen der KPD und der SPD die demokratische Schulreform eingeleitet worden.

All diese Erfolge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands wurden durch das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse ermöglicht, dessen Grundlage die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD war. Im gemeinsamen revolutionären Handeln zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und

beim Aufbau der neuen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung waren sich die Mitglieder der KPD und der SPD immer näher gekommen, hatte sich die Aktionseinheit gefestigt, war die Einsicht in die Notwendigkeit der organisatorischen Vereinigung beider Parteien weiter gewachsen. Ende 1945 mehrten sich die Forderungen aus der Arbeiterschaft, die Aktionseinheit weiter zu vertiefen und die unverzügliche Verschmelzung von KPD und SPD vorzubereiten. Aus vielen Großbetrieben, Städten und Dörfern sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland trafen bei den zentralen Leitungen der KPD und der SPD Entschließungen ein, in denen gefordert wurde, schnellstens eine einige Partei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen.

Hatten die Aktionseinheit und die Klärung wesentlicher Fragen im gemeinsamen antifaschistisch-demokratischen Kampf die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich beide Parteien zu einer revolutionären Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus steht, vereinigen konnten, so war es die gesamte Situation des Klassenkampfes in Deutschland, die diesen Übergang zur organisatorischen Vereinigung von KPD und SPD nunmehr zwingend notwendig machte.

Ende 1945 zeichnete sich in Deutschland eine bedeutende Zuspitzung des Klassenkampfes ab. Die Kräfte der Reaktion sammelten sich in Westdeutschland unter den Fittichen der imperialistischen Besatzungsmächte, die die Verwirklichung der auch von den Westmächten im Potsdamer Abkommen beschlossenen Maßnahmen zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung in zunehmendem Maße sabotierten. Die Leitungen der Konzerne nahmen in Westdeutschland, aber auch in den von amerikanischen, britischen und französischen Truppen besetzten Westsektoren Berlins, ihre Tätigkeit wieder auf und versuchten von hier aus, die demokratische Entwicklung in Ostdeutschland zu unterminieren. In dieser Zeit tauchten die ersten Pläne

zur Schaffung eines Westblocks unter Teilnahme Westdeutschlands auf. Konrad Adenauer, einer der führenden Politiker der westdeutschen CDU, erklärte im Oktober 1945 englischen und amerikanischen Korrespondenten gegenüber, das beste nach seiner Ansicht wäre, „sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden"[7].

In West- und Süddeutschland entstanden föderalistische Parteien, die die Aufspaltung Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Auch in den Führungen der CDU und der LDPD Ostdeutschlands aktivierten die reaktionären Kräfte ihre Tätigkeit und versuchten, den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu sprengen. Das stark angeschlagene, aber noch keineswegs zerschlagene deutsche Monopolkapital verstärkte seine Bemühungen, sich mit Hilfe seiner ausländischen Klassenverbündeten erneut zu organisieren. Die herrschenden Kreise der USA, Großbritanniens und Frankreichs erkannten sehr gut, daß in Deutschland eine Entscheidung ausgetragen wird, die von größter Bedeutung für die Entwicklung des Klassenkampfes in ganz Europa sein mußte. Sie begannen daher ihre Anstrengungen zu forcieren, um die Westzonen in ein Bollwerk ihrer aggressiven Bestrebungen gegen die Sowjetunion und die jungen volksdemokratischen Staaten sowie in einen Damm gegen die demokratische Bewegung in Westeuropa zu verwandeln.

Die weitere Entwicklung in Deutschland hing jetzt in entscheidendem Maße davon ab, inwieweit es der organisierten Arbeiterklasse gelänge, durch die Festigung ihrer Einheit ihre eigene Stärke zu vervielfachen und an der Spitze des Volkes ihre historische Mission zu erfüllen. Der Sieg der demokratischen Volkskräfte über einen so erfahrenen Feind wie die deutsche imperialistische Großbourgeoisie, die sich unmittelbar auf die Hilfe des ausländischen

7 Paul Weymar: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 281.

Monopolkapitals stützte, konnte nur dann errungen werden, wenn an der Spitze der Arbeiterklasse eine einheitliche, geschlossene marxistische Führung stand. In dieser Situation kam der auf Initiative der KPD am 20. und 21. Dezember 1945 einberufenen gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern aus den Ländern und Provinzen eine außerordentliche Bedeutung zu. An dieser Tagung nahmen von jeder der beiden Parteien etwa 30 Delegierte teil, weshalb sie als die erste Sechziger-Konferenz der KPD und der SPD auf dem Wege zur Einheit in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingegangen ist. Die Konferenz faßte den Beschluß, die Aktionseinheit weiter zu vertiefen und die organisatorische Verschmelzung der SPD und der KPD zu einer einheitlichen Partei der sozialistischen Bewegung in Deutschland vorzubereiten. Der Konferenz lag unter anderem ein von Walter Ulbricht ausgearbeiteter Entwurf einer Erklärung über die Grundsätze und Ziele der Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse vor. Dieser Entwurf wurde einer gemeinsamen Studienkommission, bestehend aus je vier Vertretern der KPD und der SPD, übergeben, damit auf seiner Grundlage und im Einklang mit der auf der Beratung erzielten Übereinstimmung das Gründungsdokument der Sozialistischen Einheitspartei ausgearbeitet und den Mitgliedern beider Parteien zur Stellungnahme vorgelegt werden konnte.

In der Dezemberberatung wurde Klarheit darüber erzielt, daß die Vereinigung von KPD und SPD auf dem Boden des Marxismus erfolgen müsse. Dies bedeutete, wie es in der Entschließung der Konferenz hieß, im Programm der Partei „im Minimum die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werk-

tätigen" festzulegen; „im Maximum soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im ‚Kommunistischen Manifest', im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind"[8].

Die Sechziger-Konferenz leitete die zweite Phase im Kampf um die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung ein. Ihre Beschlüsse fanden die einmütige Zustimmung der Mitglieder beider Parteien und breiter Teile der Werktätigen in ganz Deutschland. Vor allem waren es die Parteiorganisationen der Großbetriebe, die sich für eine unverzügliche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien aussprachen. So forderten die Parteiorganisationen der KPD und der SPD im Braunkohlenrevier Senftenberg in einer gemeinsamen Entschließung die zentralen Leitungen der KPD und der SPD auf, die Vereinigung beider Parteien in Kürze zu verwirklichen: „Die Funktionäre beider Parteien fordern von den oberen Instanzen, dahingehend Schritte zu unternehmen, daß den Wünschen der unteren politisch organisierten Schichten in dieser Hinsicht Rechnung getragen wird."[9]

Ähnliche Beschlüsse faßten die Bergarbeiter in Zwickau, die Eisenbahner in Chemnitz, Parteiorganisationen in zahlreichen Städten und Dörfern. Die Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrsbetriebe legten fest, daß die Betriebsgruppen der KPD und der SPD in Zukunft nur noch vereint tagen werden. So wuchs die Bewegung von unten immer mehr an. Der Wunsch, die unselige Spaltung zu überwinden, erfaßte die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Auch in den Westzonen Deutschlands wuchs der Wille zur Einheit rasch. In zahlreichen Orten Westdeutschlands, auch hier vor

[8] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 351/352.
[9] Ebenda, S. 369.

allem in Großbetrieben, kam es zu gemeinsamen Vereinbarungen der Parteiorganisationen der KPD und der SPD über die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung.

Die Gegner der Einheit innerhalb der Sozialdemokratie, an ihrer Spitze die Gruppe um Kurt Schumacher, die in den Westzonen mit Unterstützung der Besatzungsmächte die Führung der SPD an sich gerissen hatte, konnten angesichts dieser Massenstimmung zunächst nicht offen gegen die Schaffung der Einheitspartei auftreten. Sie sahen sich gezwungen zu manövrieren. Vor allem versuchten sie, bei leitenden Funktionären und Mitgliedern der SPD Mißtrauen gegenüber den Kommunisten hervorzurufen. Sie konzentrierten ihre Anstrengungen darauf, wenigstens in Westdeutschland die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und den Einfluß der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung und des wachsenden Einheitsstrebens im Osten Deutschlands einzudämmen.

Mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte gelang es der Schumacher-Gruppe, auf Bezirksleiterkonferenzen der SPD in der britischen und der amerikanischen Zone am 4. und 5. Januar 1946 unter Mißachtung der Forderungen der Mitgliedermassen Beschlüsse durchzusetzen, die sich gegen die Haltung des Zentralausschusses der SPD und damit gegen die Vorbereitung der Vereinigung mit der KPD aussprachen. Die von ihnen betriebene Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begründeten Schumacher und seine Anhänger damit, daß, solange ein einheitliches deutsches Reich nicht bestehe, auch die organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht gegeben sei.

Andererseits lehnten sie die Einberufung eines Reichsparteitages mit der demagogischen These ab, man müsse erst die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Aufhebung der Besatzungszonen durch die vier Mächte abwarten. In Wirklichkeit verhielt es sich gerade umge-

kehrt. Nur das einheitliche Auftreten der Arbeiterklasse und die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland konnten auch ermöglichen, die Einheit Deutschlands zu wahren. Niemand, weder die deutsche Reaktion noch die imperialistischen Kreise der USA, Großbritanniens und Frankreichs, hätte angesichts der Einheit der deutschen Arbeiterklasse die Einheit Deutschlands zerstören können. Mit ihrer Politik der Spaltung der Arbeiterklasse, die nur dem Monopolkapital diente, trugen die einheitsfeindlichen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie erheblich zur Spaltung Deutschlands bei.

So zeigten sich bereits Anfang 1946 sehr deutlich zwei Wege, die zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen führen mußten. Walter Ulbricht deckte in einem Rundfunkinterview den Inhalt der grundsätzlich verschiedenen Politik auf, die sich in der Einstellung zur Einheit der Arbeiterklasse widerspiegelte.

„Es gibt zwei Wege; der eine ist der Weg der Einigung der Arbeiterklasse, der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, weil nur dadurch jenes Kraftzentrum geschaffen werden kann, das der Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung dient ... Der andere Weg, den eine Gruppe sozialdemokratischer Führer im Westen gehen will, ist der alte Weg, der in der Weimarer Republik zur schrittweisen Liquidierung der demokratischen Errungenschaften geführt hat. Er wird wieder dahin führen, daß diese Sozialdemokraten eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingehen und sich im Schlepptau dieser Kreise bewegen werden."[10]

Die weitere Entwicklung, die im Osten Deutschlands zur Errichtung des ersten deutschen Friedensstaates und zum Aufbau des Sozialismus geführt hat, im Westen Deutschlands dagegen zur Errichtung des klerikal-militaristischen

10 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 524.

Obrigkeitsregimes, zum Wiederaufleben der Reaktion und des Militarismus und zum bedingungslosen Einschwenken rechter Führer der SPD auf den aggressiven NATO-Kurs der Vorbereitung eines Atomkrieges, hat restlos bestätigt, wie berechtigt die Warnung Walter Ulbrichts war, die er Anfang 1946 aussprach.

Gelang es den rechten Führern der Sozialdemokratie auch, die Einheitsbewegung in den Westzonen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden zunächst einzudämmen, Vereinbarungen auf zentraler und Landesebene zu verhindern und die praktische Durchführung von Abmachungen dort zu beeinträchtigen, wo sie bereits zwischen den beiden Parteien geschlossen worden waren, so war es ihnen doch nicht möglich, die machtvolle Bewegung zur Vereinigung zwischen KPD und SPD in Ostdeutschland aufzuhalten. Die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone, die zum Unterschied von den Sozialdemokraten in Westdeutschland frei und ungehindert zu allen Fragen der Vereinigung Stellung nehmen konnte, lehnte die Machenschaften der Schumacher-Gruppe und ihrer Anhänger entschieden ab. Am 11. Februar faßte der Zentralausschuß der SPD in Berlin den Beschluß, für den 19. April 1946 den 40. Parteitag der SPD nach Berlin einzuberufen, der die Aufgabe haben sollte, über die Vereinigung mit der KPD zu entscheiden.

Dieser Beschluß fand die begeisterte Zustimmung der Mitglieder der SPD und darüber hinaus der gesamten Arbeiterklasse. Dies wurde besonders auf dem 1. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes im Februar 1946 deutlich, der im Namen von zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern eine spezielle Entschließung für die baldige Vereinigung von KPD und SPD faßte. War die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien die Voraussetzung für die Schaffung einheitlicher, revolutionärer Gewerkschaften gewesen, so trug nunmehr die bestehende Gewerkschafts-

einheit zur Vereinigung der beiden Parteien bei. Viele parteilose Arbeiter erklärten, daß sie die baldige Vereinigung von KPD und SPD unterstützen und der Sozialistischen Einheitspartei nach ihrer Gründung sofort beitreten wollen.

Am 26. Februar 1946 tagte in Berlin eine weitere gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD, die als zweite Sechziger-Konferenz in die Geschichte der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingegangen ist. Sie bestätigte den Entwurf einer programmatischen Erklärung über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den die im Dezember 1945 gebildete Studienkommission der beiden Parteiführungen ausgearbeitet hatte, und legte ihn den Parteiorganisationen zur Stellungnahme vor.

Zur ideologischen Vorbereitung der Vereinigung war inzwischen die erste Nummer der theoretischen Zeitschrift „Einheit" erschienen. Die Kommunistische Partei brachte in ihrem Verlag zahlreiche grundlegende Werke des Marxismus-Leninismus heraus. Zehntausende Mitglieder der KPD und der SPD, die bisher nicht die Möglichkeit gehabt hatten, konnten sich jetzt erstmalig mit den Grundfragen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut machen.

Im März und April wurde dann die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wirklichkeit. Zunächst in den Betrieben, den Dörfern und Städten, dann auf Kreiskonferenzen und schließlich auf Landesparteitagen beschlossen die Organisationen der KPD und der SPD ihre Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Als den Gegnern der Einheit klar wurde, daß sie die Vereinigung der SPD und der KPD nicht mehr verhindern konnten, versuchten sie, zumindest in Berlin, wo sie von den imperialistischen Besatzungsmächten offen gefördert wurden, die Spaltung aufrechtzuerhalten. Sie bildeten eine

illegale, ihnen hörige Berliner Bezirksleitung und setzten diese der rechtmäßigen Berliner Bezirksleitung der SPD entgegen. Die westlichen Besatzungsmächte mischten sich nunmehr offen in die innerparteiliche Tätigkeit der SPD in Berlin ein. Sie behinderten in den von ihnen besetzten Sektoren Berlins die rechtmäßige Berliner Bezirksleitung und den Zentralausschuß der SPD in ihrer Arbeit. Sie untersagten zahlreiche Versammlungen in Westberlin, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam über die Vereinigung ihrer Parteien beraten wollten. Den Spaltern dagegen erwiesen die Besatzungsmächte jegliche Unterstützung. So überließen sie ihnen die Seiten der amerikanisch lizenzierten bürgerlichen Zeitung „Der Tagesspiegel" und der von den britischen Militärbehörden herausgegebenen Zeitung „Der Berliner". Schumacher wurde mehrmals mit britischen Militärflugzeugen nach Berlin gebracht, wo er unter dem Schutz der Militärpolizei auf Versammlungen gegen die Vereinigung der SPD mit der KPD hetzte und die Tätigkeit der Spalterfraktion anleitete.

Am 31. März organisierten die Spalter mit tatkräftiger Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte innerhalb der Berliner SPD eine sogenannte Urabstimmung über die Frage der Vereinigung, die mit einer wüsten Hetze gegen die Kommunistische Partei und den Zentralausschuß der SPD vorbereitet wurde; die Einheitsgegner schreckten vor schlimmsten antisowjetischen Verleumdungen nicht zurück. Die Positionen der Spalter waren jedoch so schwach, daß sie es nicht wagen konnten, die Einheit der Arbeiterbewegung offen abzulehnen. In der Urabstimmung wurden daher die zwei verwirrenden Fragen gestellt: Bist du für eine sofortige Vereinigung der beiden Parteien? (Ja/Nein) Bist du für ein Bündnis der beiden Parteien? (Ja/Nein).

Von den 66 300 Mitgliedern der Berliner SPD lehnten nur 18 951 die sofortige Vereinigung ab. Ein Bündnis beider Parteien wurde sogar nur von 5707 Berliner Sozial-

demokraten, das heißt von lediglich acht Prozent, verworfen.

Damit war deutlich, daß die Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten für die Vereinigung mit der KPD eintrat und daß sogar von jenen, die, unter dem Einfluß der rechten Führer und dem Druck der Besatzungsmächte, die organisatorische Vereinigung beider Parteien nicht unterstützten, die überwältigende Mehrheit eine enge Zusammenarbeit, also die Aktionseinheit beider Parteien wünschte. Die Spalter setzten sich jedoch über diesen Willen der Berliner Sozialdemokraten hinweg. Mit Unterstützung der Besatzungsmächte erklärten sie am 7. April in Zehlendorf ihre von der Groß-Berliner Organisation der SPD abgespaltene Fraktion zur SPD Berlin. Seit diesem Tag kam von ihnen kein Wort mehr zur Zusammenarbeit der beiden Parteien. Dagegen vertieften sie die Spaltung der Arbeiterklasse immer mehr, gingen alsbald in Berlin eine Koalition mit den Vertretern des Monopolkapitals und der reaktionären Führung der CDU gegen die SED ein und trugen somit dazu bei, daß die demokratische Entwicklung, die nach 1945 zunächst in ganz Berlin bedeutende Fortschritte gemacht hatte, in den Westsektoren wieder rückgängig gemacht und die Macht des Monopolkapitals restauriert werden konnte.

Dem wahren Streben der Berliner Sozialdemokraten trug der Bezirksparteitag der SPD für Groß-Berlin am 13. April 1946 Rechnung, der die Vereinigung der Berliner Parteiorganisationen der SPD mit der KPD beschloß.

In Anbetracht der Tatsache, daß den Spaltern von ihren ausländischen Gesinnungsgenossen, vor allem in England, Frankreich und den USA, jede Hilfe zuteil wurde, daß ihnen darüber hinaus vom deutschen und vom ausländischen Monopolkapital beträchtliche finanzielle Mittel, Presseorgane, Rundfunksender, Transportmittel einschließlich Flugzeugen, ja sogar polizeilicher Schutz zur Verfügung

gestellt wurden, um ihre Spaltungstätigkeit durchzuführen, muß die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als ein Sieg der deutschen Arbeiterklasse nicht nur über den deutschen, sondern auch über den internationalen Imperialismus gewertet werden.

Ostern 1946 war der große Tag der deutschen Arbeiterbewegung gekommen. Am 19. April traten in Berlin an verschiedenen Tagungsorten der 15. Parteitag der KPD und der 40. Parteitag der SPD zusammen. Am Parteitag der KPD nahmen die Delegierten von etwa 600 000 Kommunisten Ostdeutschlands und etwa 200 000 Kommunisten Westdeutschlands teil; zum Parteitag der SPD waren außer den Delegierten von etwa 680 000 Sozialdemokraten Ostdeutschlands zahlreiche Vertreter sozialdemokratischer Organisationen aus Westdeutschland erschienen, obwohl die Spaltergruppe um Schumacher die Teilnahme an dem von der rechtmäßigen gesamtdeutschen Leitung der SPD einberufenen Parteitag unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei untersagt hatte und die westlichen Besatzungsmächte die Fahrt nach Berlin nicht gestatteten. Beide Parteitage stimmten getrennt über die Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ab.

Am 21. April 1946 konstituierten sich die 1055 Delegierten, unter ihnen 233 Vertreter der KPD und der SPD aus Westdeutschland, im Admiralspalast in Berlin, dem heutigen Gebäude des Metropoltheaters, als Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Als im Saal die Ouvertüre aus der Oper „Fidelio" von Beethoven verklungen war, betraten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl – symbolisch von links und rechts kommend – die Bühne und reichten sich unter minutenlangem stürmischen Beifall der Delegierten und Gäste, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten, die Hände.

Der Vereinigungsparteitag beschloß das programmatische

Dokument der geeinigten marxistischen deutschen Arbeiterbewegung, die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands". Es gliederte sich entsprechend der strategischen Orientierung auf die Vollendung der antifaschistisch-demokratischen Revolution als Voraussetzung für den späteren Übergang zur sozialistischen Revolution in ein Programm-Minimum und ein Programm-Maximum.

Das Programm-Minimum enthielt folgende Gegenwartsforderungen des Kampfes für die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland:

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung aller Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole. Übergabe der Unternehmen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des reaktionären Militarismus. Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Aufbau der Selbstverwaltungen auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Langfristige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative.

7. Demokratische Steuerreform. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf.

9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte bei allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. Achtstundentag als gesetzlicher normaler Arbeitstag. Aufbau einer einheitlichen Sozialversicherung.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens, kulturelle Erneuerung Deutschlands.

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik. Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit anderen Nationen.

Im Programm-Maximum wurde das Ziel des weiteren Kampfes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eindeutig formuliert:

„Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrükkung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden."[11]

[11] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 8.

Die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" waren eine klare Absage an den Reformismus. Sie enthielten im Einklang mit der Lehre von Marx, Engels und Lenin die prinzipielle Feststellung, daß die Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist, die sich mit den übrigen Werktätigen verbündet.

Die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" waren eine schöpferische Anwendung der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Verhältnisse in Deutschland nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes. Sie begründeten die Möglichkeit des friedlichen Hinüberwachsens der antifaschistisch-demokratischen Revolution in die sozialistische. Es hieß in ihnen: „Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten."[12]

Der Vereinigungsparteitag wählte Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zu gleichberechtigten Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündung des Kommunistischen Manifestes durch Karl Marx und Friedrich Engels. Mit ihr trat eine gewaltige Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und damit der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland ein. Noch nie in der deutschen Geschichte hatten die Kräfte des Fortschritts eine

[12] Ebenda, S. 9.

derartig starke und einflußreiche Führung. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse festigte die Hegemonie der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und sicherte deren konsequente Durchführung.

Da die Verschärfung des Klassenkampfes und die wachsende Gefahr der Spaltung Deutschlands unbedingt ein sehr schnelles Tempo bei der Vereinigung von KPD und SPD erforderten, mußten zu dem Zeitpunkt, als die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet wurde, noch manche politischen und parteiorganisatorischen Fragen ungelöst bleiben. Es konnten auch lediglich die ersten Schritte zur Überwindung der tiefen ideologischen Unterschiede beziehungsweise Meinungsverschiedenheiten unternommen werden, die bis dahin zwischen den Mitgliedern beider Parteien bestanden. Außerdem stand die SED vor der Aufgabe, die nazistische Ideologie völlig auszumerzen, unter deren Einfluß in den Jahren der faschistischen Diktatur auch ein nicht geringer Teil der Werktätigen geraten war.

Dieser Kampf für die weitere Konsolidierung der Partei und die Schaffung der ideologischen Einheit auf der Grundlage der Theorie des Marxismus-Leninismus ist in die Geschichte der SED als der Kampf um ihre Verwandlung in eine Partei neuen Typus eingegangen. Er vollzog sich vor allem in der Periode vom II. bis zum III. Parteitag der SED, also in den Jahren 1947 bis 1950.

Die Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei war von größter nationaler Bedeutung. Von der Kampfkraft der Partei, ihrer politisch-ideologischen Geschlossenheit und ihrer Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden, hing wesentlich ab, inwieweit die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe bei der Sammlung aller friedliebenden demokratischen und patriotischen Kräfte des Volkes zum Kampf für die Lebensinteressen der Nation verwirklichen konnte.

6. Die endgültige Entmachtung des Monopolkapitals

Nach der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnte die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen demokratischen Kräften darangehen, die schwierigste und wichtigste Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Revolution zu lösen: die restlose ökonomische Entmachtung der imperialistischen Großbourgeoisie.

Die Monopolkapitalisten waren die Herren des imperialistischen Deutschlands, die Hauptschuldigen an der Errichtung des Faschismus und der Entfesselung des zweiten Weltkrieges. In unserem Jahrhundert hatte die imperialistische Großbourgeoisie das deutsche Volk in den Abgrund des ersten und des zweiten Weltkrieges und in die in ihrem Ergebnis eingetretenen nationalen Katastrophen gestürzt. Schon allein dies genügte als Beweis dafür, daß die imperialistische Großbourgeoisie nicht fähig war, an der Spitze der Nation zu stehen, daß die Politik der herrschenden imperialistischen Kräfte im krassen Widerspruch zu den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes stand. Deshalb war es eine der Hauptlehren aus der deutschen Geschichte, die imperialistische Großbourgeoisie sowohl ökonomisch als auch politisch zu entmachten.

Da die politische Macht der imperialistischen Großbourgeoisie ihre Grundlage in der ökonomischen Allmacht der großen Monopole und Konzerne hat, konnten die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus nur dann beseitigt werden, wenn den Schuldigen an der nationalen Katastrophe die ökonomischen Machtmittel genommen und diese in das Eigentum des Volkes übergeben wurden. Auch für Deutschland galten voll und ganz die Worte Lenins: „Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ‚idealsten' demokratischen Umge-

staltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden . . ."[13]

Der Kampf um die ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals, die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen begann gleich in den ersten Tagen nach der Befreiung vom Faschismus. Die klassenbewußten Arbeiter gingen daran, die Betriebsleitungen von aktiven Faschisten zu säubern, die Produktion wieder in Gang zu setzen – oftmals gegen die Sabotage der alten Betriebsleitungen – und die einzelnen Betriebe aus den Konzernen herauszulösen. Dies waren erste, sehr wichtige Schritte, mit denen der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 in die Tat umgesetzt wurde.

Die Monopolherren waren gegen eine Ingangsetzung der Wirtschaft. Sie wollten das Chaos, das der deutsche Imperialismus durch seine verbrecherische Kriegführung hinterlassen hatte, mit allen Mitteln beibehalten und sogar verschärfen. Sie meinten, je mehr die Not des Volkes wachse, um so leichter würde es ihnen fallen, die Schuld hierfür von sich abzuwälzen und die neuen, demokratischen Selbstverwaltungsorgane sowie die sowjetische Besatzungsmacht dafür verantwortlich zu machen. Durch die Verlagerung von Maschinen und weiteren Werkeinrichtungen nach Westdeutschland, die Hortung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die Entnahme wichtiger technischer Unterlagen und anderes hemmten sie den Wiederaufbau.

Im Sommer und Herbst 1945 wählten die Belegschaften auf Initiative der Kommunisten Betriebsräte, die die Interessen aller Arbeiter und Angestellten zu vertreten hatten, unabhängig davon, ob sie gewerkschaftlich organisiert waren oder nicht. Die Betriebsräte beschränkten sich nicht – wie in der Weimarer Republik – darauf, die Arbeiter vor Unternehmerwillkür zu schützen und bei Entscheidungen über Lohnfragen, Entlassungen sowie anderen sozialen

[13] W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 14.

Fragen die Interessen der Belegschaft wahrzunehmen. Sie widmeten ihre Aufmerksamkeit immer mehr der Säuberung der Betriebsleitungen von aktiven Nazis, hatten Anteil an der Ausmerzung nazistischen Gedankenguts, wirkten aktiv an der Umstellung der Betriebe auf die Produktion von Waren für friedliche Zwecke mit und hinderten reaktionäre Unternehmer daran, den Betrieb nach den Westzonen zu verlagern. Die Betriebsräte setzten das Mitbestimmungsrecht der Belegschaft in allen entscheidenden Fragen des Betriebes, darunter der Produktionsplanung, der Preisgestaltung usw., durch. Sie zwangen die Betriebsleitungen, den Betriebsräten alle Unterlagen über die Geschäftsführung zur Einsichtnahme zu unterbreiten. Jegliche Verfügung der Betriebsleitung mußte vom Betriebsrat gegengezeichnet werden. Die Monopolherren, ihre Beauftragten und die anderen reaktionären Unternehmer besaßen nicht mehr das alleinige Verfügungsrecht in den Betrieben.

Die Durchsetzung eines solch weitgehenden Mitbestimmungsrechtes bedeutete im Grunde genommen die Einführung einer Arbeiterkontrolle. Dies war ein äußerst wichtiger Schritt zur völligen politischen und ökonomischen Entmachtung der Schuldigen an der nationalen Katastrophe Deutschlands. Mit Hilfe des Mitbestimmungsrechtes und der Arbeiterkontrolle lernten die Werktätigen, wie sie die Betriebe ohne Großkapitalisten leiten können. Auch für den unmittelbaren wirtschaftlichen Wiederaufbau hatte die Arbeiterkontrolle eine große Bedeutung. Es gab damals genügend Unternehmer, die aus der Not des Volkes ein Geschäft machen wollten. Sie begannen daher, aus wertvollen Rohstoffen und Materialien, an denen es mangelte, Aschenbecher oder Blumenständer zu produzieren, anstatt wirklich notwendige Erzeugnisse herzustellen. Die Arbeiter mußten auch kontrollieren, ob das, was sie produzierten, wirklich und zu angemessenen Preisen in die Hände der Bevölkerung gelangte. Die Betriebsräte führten die Arbeiterkon-

trolle und das Mitbestimmungsrecht auf revolutionäre Art ein, ohne den Erlaß eines entsprechenden Gesetzes abzuwarten. Erst unter dem Einfluß dieser Aktionen und nach langwierigen Bemühungen der sowjetischen Vertreter, die sich konsequent für die demokratischen Rechte der Werktätigen in ganz Deutschland einsetzten, verabschiedete der Alliierte Kontrollrat schließlich im April 1946 das Betriebsrätegesetz.

Die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes und die Errichtung der Arbeiterkontrolle trugen wesentlich dazu bei, das Klassenbewußtsein der Werktätigen zu heben, die zu erkennen begannen, welch gewaltige Kraft die Arbeiterklasse darstellt, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt. Zugleich wuchs auch die Erkenntnis, daß ein umfassendes Mitbestimmungsrecht, eine restlose Mitwirkung und Mitentscheidung in allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens nur dann möglich sind, wenn die Betriebe der Kriegsschuldigen in das Eigentum des Volkes übergehen. Von Monat zu Monat, besonders seit dem Herbst 1945, wuchs die Zahl der Entschließungen, in denen sich Betriebsbelegschaften für die Enteignung der Monopolkapitalisten und anderer Kriegsverbrecher aussprachen. Die gesetzlichen Verordnungen über die Enteignung des Monopolkapitals wurden jedoch erst im Sommer 1946 erlassen, also fast ein Jahr nach der Verabschiedung der Verordnungen über die demokratische Bodenreform.

Die Hauptgründe dafür, daß die wichtigste Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf sozialökonomischem Gebiet erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden konnte, sind folgende:

1. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse mußte nach der Befreiung vom Faschismus erst wieder geweckt werden. Die Masse der Arbeiterklasse war noch keineswegs bereit, für die Nationalisierung der Monopolbetriebe zu kämpfen.

Mehr noch, eine große Aufklärungsarbeit mußte geleistet werden, um den Werktätigen die Schuld der Monopolherren an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Auslösung und Führung des verbrecherischen Hitlerkrieges klarzumachen. Dies alles dauerte seine Zeit.

2. Die Kraft des bewußtesten Teiles der Arbeiterklasse war zunächst darauf konzentriert, echte antifaschistisch-demokratische Machtorgane zu schaffen. Daneben standen solche Aufgaben wie die Einbringung der Ernte, die Ingangsetzung der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe sowie der Fertigwarenindustrie, die Unterbringung der vielen Flüchtlinge und Umsiedler und die Beschaffung von Wohnraum für die Millionen Obdachlosen. Angesichts der damaligen Schwäche der Arbeiterklasse und der Tatsache, daß die KPD nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus sich zunächst noch im Stadium des organisatorischen Wiederaufbaus der Partei befand, hätte eine Orientierung auf den unmittelbaren Kampf für die Enteignung des Monopolkapitals zu einer Zersplitterung der ohnehin noch geringen Kräfte führen müssen.

3. Das Hauptinstrument bei der ökonomischen Entmachtung des Monopolkapitals mußten die neuen, demokratischen Verwaltungsorgane sein. Diese waren jedoch zunächst zu einer solch entscheidenden revolutionären Maßnahme noch nicht fähig. Auch die Bundesgenossen der Arbeiterklasse im Kampf um die Ausrottung des Faschismus waren noch keineswegs bereit, die Enteignung der Monopolherren aktiv zu unterstützen. Der bewußte Teil der Arbeiterklasse allein, ohne genügende Unterstützung der Verwaltungsorgane, ohne den Beistand der gesamten Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten sowie des Mittelstandes, konnte die Aufgabe nicht mit Erfolg lösen.

4. Das Monopolkapital stellte eine bedeutend größere Kraft dar als die Junker. Es verfügte über einen weitaus stärkeren Einfluß unter den von ihm abhängigen Schich-

ten der Bevölkerung sowie über engste Verbindungen zum ausländischen Imperialismus. Der Widerstand der Monopolherren mußte deshalb zweifellos viel stärker sein als der der Junker. Andererseits war der Bodenhunger der Landarbeiter und Umsiedler 1945 weit größer als das Streben der Arbeiterklasse nach Überführung der Konzernbetriebe in Volkseigentum. (Nicht zufällig dauerte es nach der Enteignung der Monopolherren noch Jahre, bis sich breite Teile der Arbeiterklasse dessen bewußt wurden, daß die Betriebe nunmehr ihnen gehörten.) Deshalb konnte bereits im September 1945 die Bodenreform in Angriff genommen werden, während erst fast ein Jahr später die Gesetze zur Überführung der Betriebe der Kriegsverbrecher in Volkseigentum erlassen wurden.

5. Eine größere Anzahl von Werken befand sich unter alliierter Kontrolle. Dabei handelte es sich vor allem um ehemalige Rüstungsbetriebe. Da jedoch die meisten Großbetriebe in der einen oder anderen Form im Verlauf des Krieges zu Rüstungsbetrieben geworden waren, unterstanden gerade die bedeutendsten Betriebe nicht der Verfügungsgewalt der deutschen Organe. Die Wiedergutmachung der vom deutschen Imperialismus den Völkern der Sowjetunion und anderen Völkern Europas zugefügten Schäden sollte in erster Linie durch die Demontage von Industrieausrüstungen erfolgen. Der Prozeß der Demontage zog sich verständlicherweise über eine ganze Zeitspanne hin, und es dauerte bis zum Frühjahr 1946, ehe endgültig entschieden war, welche Betriebe unter die Demontage fallen sollten.

Das Potsdamer Abkommen sah vor, die monopolkapitalistischen Vereinigungen und ihre Kapitalkonzentration in ganz Deutschland zu liquidieren. Da die Vertreter der Westmächte die Erfüllung dieser Aufgabe zu verschleppen suchten, sah sich die Sowjetische Militärverwaltung gezwungen, wenigstens auf dem Gebiet der sowjetischen Be-

satzungszone die Beschlagnahme des Eigentums aller Naziaktivisten, Kriegsverbrecher, der Naziorganisationen und des faschistischen Staates anzuordnen. Diesem Ziel dienten die am 30. und 31. Oktober 1945 erlassenen Befehle Nr. 124 und 126. Sie stellten eine große Hilfe für die demokratischen Kräfte unseres Volkes dar. Die Monopolherren konnten nicht mehr über ihr Eigentum verfügen. Sie durften ihren Besitz weder verlagern noch veräußern. Ihrer Wühltätigkeit und den Versuchen, Maschinen und Werkeinrichtungen nach Westdeutschland zu verlagern, wurde ein Riegel vorgeschoben.

Die Befehle der SMA berücksichtigten entsprechende Anordnungen beziehungsweise Vorschläge der deutschen Selbstverwaltungsorgane von Sachsen, Thüringen und einzelner Städte. Die endgültige Entscheidung über das Eigentum der Monopolherren überließ die SMA ausdrücklich dem deutschen Volk. Die Durchführung der Befehle legte die SMA in die Hand der deutschen Selbstverwaltungsorgane. Spezielle Kommissionen, denen Vertreter der Verwaltungsorgane, der Parteien, der Gewerkschaften und der Betriebe angehörten, entschieden darüber, welche Betriebe beschlagnahmt werden sollten. Da die Belegschaften beziehungsweise die Betriebsräte an der Entscheidung beteiligt waren, welcher Unternehmer als Naziaktivist, einflußreicher Anhänger des faschistischen Regimes oder Kriegsgewinnler in die Kategorie der Kriegsschuldigen fiel, trug die Durchführung der Befehle Nr. 124 und 126 sehr beträchtlich dazu bei, das antifaschistisch-demokratische Bewußtsein zu heben. Die historische Schuld des deutschen Monopolkapitals wurde in sehr konkreter Form vor den Werktätigen enthüllt.

Im Frühjahr 1946 übergab die SMA die von ihr beschlagnahmten Betriebe völlig in die Verfügungsgewalt der Landes- und Provinzialverwaltungen. Ihr weiteres Schicksal sollte nun das deutsche Volk bestimmen. Dank der un-

ermüdlichen Aufklärungsarbeit der KPD war die Forderung, die beschlagnahmten Betriebe zu enteignen, inzwischen zur Forderung der breiten Massen geworden. Dies zeigte sich besonders klar auf dem 1. Kongreß des FDGB im Februar 1946, der die Übereignung aller Betriebe von Kriegsverbrechern an die Landes- und Provinzialverwaltungen forderte. Im Mai 1946 beantragte dann der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Sachsen auf Initiative der SED bei der Landesverwaltung die Durchführung eines Volksentscheids über die Enteignung der Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und ihre Übergabe in das Eigentum des Volkes. In dem gemeinsam abgefaßten Aufruf der SED, der CDU, der LDPD und des FDGB zur Begründung des Volksentscheids hieß es:

„Warum sollen die genannten Betriebe in die Hände des Volkes übergehen? Weil die Kriegsverbrecher der zwei Weltkriege unser Heimatland in Not und Elend gestürzt haben! Und diese Feinde der Nation werden ihre Verbrechen wiederholen, solange ihnen das Volk ihre wirtschaftlichen Machtmittel beläßt. Niemand kann verantworten, daß diese Verbrecher ihre Reichtümer behalten, nachdem sie unzählige Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Millionen heimatloser Frauen und Kinder in unsägliches Elend gestürzt haben."[14]

Die Landesverwaltung stimmte dem Antrag des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu und legte fest, daß die wahlberechtigte Bevölkerung Sachsens am 30. Juni 1946 in einem Volksentscheid über das weitere Schicksal der Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher abstimmen solle. Da das Monopolkapital die Hauptschuld an dem vom Hitlerfaschismus entfesselten zweiten Weltkrieg trug, waren es vor allem die Monopolbetriebe, die auf die Enteignungsliste gesetzt wurden. Jetzt

[14] Sächsische Zeitung (Dresden), 27. Mai 1946.

erhielten die Monopolkapitalisten die gerechte Strafe für ihre Verbrechen.

Von Westdeutschland und von Westberlin aus betrieben die Monopolkapitalisten und ihre Interessenvertreter eine umfangreiche Propaganda gegen den Volksentscheid. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Kriegsschuld des deutschen Monopolkapitals zu leugnen, und stellten bereits damals die verlogene These auf, daß Adolf Hitler allein – vielleicht noch einige wenige aus seiner engsten Umgebung – die Politik des faschistischen Deutschlands bestimmt und den Krieg entfesselt habe und die Verantwortung für ihn und die in seinem Verlauf verübten Verbrechen trage. Sie behaupteten, daß die SED nach dem Volksentscheid die Enteignung aller Privatbetriebe und die sofortige Aufhebung jeglichen Privateigentums beabsichtige. Die weitere Entwicklung hat restlos aufgedeckt, wie verlogen auch diese Behauptung war. Nach dem Volksentscheid und der Entmachtung des Monopolkapitals hat es keine weiteren Gesetze zur Enteignung privatkapitalistischer Unternehmer gegeben, geschweige denn zur Beseitigung jeglichen Privateigentums. Aber 1946 konnte diese Propaganda des Monopolkapitals noch manche Menschen irreführen. Schließlich erklärten die Interessenvertreter des Monopolkapitals, man solle solch tiefgreifende Umgestaltungen doch nur einheitlich in allen Ländern und Provinzen Deutschlands durchführen und müsse daher abwarten, bis die westlichen Alliierten ihre Zustimmung zu diesen Maßnahmen gäben beziehungsweise die Entwicklung in den Westzonen so weit wäre, daß man dann für ganz Deutschland ein einheitliches Gesetz beschließen könne. Die damaligen Vorsitzenden der CDU, Kaiser und Lemmer, traten im Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit der Forderung auf, daß man die Enteignung einer künftigen gesamtdeutschen Körperschaft überlassen solle. Da die imperialistischen Kreise gleichzeitig die Schaffung der Einheit

Deutschlands sabotierten und in ihrer Politik zur Spaltung Deutschlands auf die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte rechnen konnten, war diese Forderung die reinste Demagogie. Durch diesen Trick wollten sie den Volksentscheid auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Diese wie auch andere verlogene Argumente gegen den Volksentscheid wurden von der Führung der SED und den demokratischen Kräften in den anderen Parteien energisch zurückgewiesen. Angesichts der einmütigen Forderung der Volksmassen, die Kriegsschuldigen zu enteignen und zu bestrafen, eine Forderung, die auch von der Mehrzahl der Mitglieder der CDU erhoben wurde, konnten es Kaiser, Lemmer und andere Interessenvertreter des Monopolkapitals nicht wagen, offen gegen den Volksentscheid zu hetzen. Mehr noch, sie sahen sich gezwungen, einen Aufruf für den Volksentscheid mitzuunterschreiben und in Worten für die Enteignung der Kriegsverbrecher einzutreten.

Alle Schichten der Bevölkerung hatten an der Vorbereitung des Volksentscheids in Sachsen Anteil. Die Landesleitungen der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen, Betriebsbelegschaften, Handwerker, Gewerbetreibende und Künstler setzten sich aktiv für das Gelingen des Volksentscheids ein. Auch die Leitungen der evangelischen und der katholischen Kirche befürworteten die Enteignung der Kriegsverbrecher. Am 30. Juni 1946 stimmten 77,7 Prozent aller Wähler in Sachsen für die entschädigungslose Enteignung aller Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsschuldigen und für die Übergabe dieser Betriebe in die Hände des Volkes. Das war ein gewaltiger Sieg der demokratischen Kräfte, denen es in kaum einem Jahr gelungen war, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen und die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus restlos zu beseitigen.

Die demokratische Entscheidung über die Enteignung der Monopolkapitalisten war ein revolutionärer Akt von größter Bedeutung, mit dem ein entscheidender Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfrage – zur Beseitigung des Imperialismus und Militarismus, die unser Volk in zwei Weltkriege und zwei nationale Katastrophen gestürzt hatten – getan wurde.

Sachsen gab das Beispiel auch für die anderen Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone. Im Juli und August 1946 erließen die Provinzial- und Landesverwaltungen der übrigen vier Provinzen und Länder auf Antrag des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien ebenfalls Gesetze über die Enteignung der Kriegsschuldigen und die Überführung der Betriebe in das Eigentum des Volkes.

7. *Die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*

Durch die Verordnung über die demokratische Bodenreform und die vom Volksentscheid sanktionierte Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten waren bis zum Sommer 1946 die gesetzlichen Grundlagen für die völlige Beseitigung des Imperialismus und Militarismus und die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung geschaffen. In der gleichen Zeit hatten sich die neuen, demokratischen Selbstverwaltungsorgane gefestigt. Sie waren die Keimzellen eines neuen, demokratischen deutschen Staates, in dem die Macht vom werktätigen Volk mit der Arbeiterklasse an der Spitze ausging.

Ein sehr wesentlicher Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war die grundlegende demokratische Erneuerung des gesamten geistigen Lebens, die Ausmerzung der nazistischen Unkultur und die Durchfüh-

rung der demokratischen Schulreform. Die Zeit des Faschismus – das waren Jahre des kulturellen Verfalls. Die faschistischen Propagandaeinrichtungen hatten die große Masse unseres Volkes mit Ideen des Rassenwahns und chauvinistischer Überheblichkeit verhetzt, um sie moralisch und geistig für die Kriegsabenteuer des deutschen Militarismus zu drillen. Ohne die barbarische Naziideologie auszurotten, ohne eine tiefgreifende geistige Erneuerung waren die Sicherung des Friedens und die demokratische Umgestaltung undenkbar.

Bereits Ende Juni 1945 trafen sich fortschrittliche Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in Berlin und bildeten unter dem Vorsitz von Johannes R. Becher den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Am 4. Juli 1945 verkündete er sein Gründungsmanifest.

Mit Unterstützung der SMA konnten zahlreiche Theater und Kinos ihre Pforten wieder öffnen. Theaterstücke, die zu den Schätzen der Weltkultur gehören und in den Jahren des Faschismus verboten waren, erlebten ihre Wiederaufführung. Im neuen, demokratischen Deutschland wurden die Werke von Heinrich Heine und Thomas Mann, von Bertolt Brecht, Lion Feuchtwanger und vielen anderen, die unverlierbarer Besitz der deutschen Nationalkultur sind, wieder gedruckt, gespielt und gelesen. Träger der geistigen Erneuerung war vor allem die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse. In den Mittelpunkt ihrer ideologischen Arbeit stellte sie die Aufklärung des Volkes über die verhängnisvolle Rolle des deutschen Faschismus und Militarismus, die Verbreitung der großen weltgeschichtlichen Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels sowie der Ideen des Humanismus und der Völkerfreundschaft. So wurde mit der Beseitigung der schlimmsten wirtschaftlichen Zerrüttung das Chaos im Denken und Fühlen von Millionen Menschen, das der Hitlerfaschismus hinterlassen hatte, allmählich überwunden.

Ein besonders wichtiger Bestandteil der demokratischen Umgestaltung auf kulturellem Gebiet war die demokratische Schulreform. Durch die aufopferungsvolle Arbeit der demokratischen Verwaltungsorgane und mit Unterstützung der SMA konnte bereits im Herbst 1945 wieder überall mit dem regelmäßigen Schulunterricht begonnen werden. Große Anstrengungen waren hierzu notwendig, denn viele Schulen waren durch den Krieg zerstört, es mangelte an Lehrmitteln, Schulbänken und Kohlen für die Heizung. Das schwerste war jedoch die Heranbildung neuer Lehrer. Etwa drei Viertel der Lehrer, in manchen Orten bis zu 90 Prozent, waren Mitglieder der Nazipartei gewesen. Ihnen konnte man die demokratische Erziehung der Jugend nicht anvertrauen. Nach ihrer Entlassung aus dem Schuldienst fehlten etwa 50 000 Lehrkräfte für einen geordneten Schulbetrieb.

Es galt daher, eine außerordentlich große Arbeit zu leisten und Zehntausende Werktätige, die sich bereit erklärten, den Lehrerberuf zu ergreifen, in Kurzlehrgängen auf ihre verantwortliche Tätigkeit vorzubereiten. So ist es vor allem das Verdienst dieser pädagogisch meist wenig erfahrenen, aber aufrichtig um die Zukunft der deutschen Jugend bemühten Neulehrer, daß in den Städten und Dörfern der geregelte Unterricht wieder aufgenommen werden konnte und die heranwachsende Generation im Geiste der Demokratie, des Friedens und der Völkerverständigung erzogen wurde.

Am 18. Oktober 1945 legten das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD in einem gemeinsamen Aufruf den Standpunkt der Arbeiterklasse zur Durchführung einer demokratischen Schulreform dar. In diesem von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unterzeichneten Aufruf hieß es:

„War es von jeher schon das Erbübel der deutschen Schule, Untertanen statt selbständig denkende Menschen

zu erziehen, so erniedrigte die Naziherrschaft die Schule völlig zur Drillanstalt für ihren Raubkrieg."[15]

Um eine wirkliche demokratische Erneuerung der deutschen Schule zu ermöglichen, enthielt der Aufruf folgende Grundforderungen für eine Schulreform:

Die heranwachsende Generation muß frei von nazistischen und militaristischen Gedanken in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen Denken und Handeln erzogen werden. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. Das Ziel der demokratischen Schulreform ist die Schaffung eines einheitlichen Schulsystems, das die geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten der Jugend allseitig entwickelt, ihr eine hohe Bildung vermittelt und allen Befähigten, ohne Rücksicht auf Herkunft, Stellung und Vermögen der Eltern, der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes frei macht. Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen, sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnis und Weltanschauung zerrissen werden. Dies erfordert eine klare Trennung von Kirche und Schule.

Dürch die gemeinsamen Anstrengungen fortschrittlicher Lehrer, der Werktätigen und der Antifaschisten in den neuen Verwaltungsorganen wurden diese Grundforderungen in mühevoller Arbeit verwirklicht. Anfang 1946 nahmen auch die Universitäten und Hochschulen ihren Lehrbetrieb wieder auf. Sie entwickelten sich zu Bildungsstätten des Humanismus und der freien fortschrittlichen Wissenschaft.

Am 1. September 1946 trat in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone ein von den Landes- und Provinzialverwaltungen beschlossenes einheitliches Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule in

15 Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 210.

Kraft. Das Gesetz sah die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Schulsystems vor, in dem die Grundsätze der von der KPD und der SPD im Herbst 1945 gemeinsam geforderten und bereits eingeleiteten demokratischen Schulreform gesetzlich verankert wurden. Alle Kinder besuchten nun zuerst die Grundschule, die besten Schüler konnten anschließend zur Oberschule gehen, um sich die Reife für den Besuch der Hoch- und Fachschulen zu erwerben. Die ländlichen einklassigen Schulen, in denen Schüler der verschiedensten Altersstufen gezwungen waren, gemeinsam in einem Klassenraum und mit nur einem Lehrer am Unterricht teilzunehmen, wurden allmählich beseitigt. An ihrer Stelle entstanden Zentralschulen. Das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen wurde im Osten Deutschlands ein für allemal gebrochen.

Im September 1946 fanden in der sowjetischen Besatzungszone Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Ihnen folgten am 20. Oktober die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen. Diese Wahlen im Herbst 1946 waren die ersten wahrhaft demokratischen Wahlen in der Geschichte Deutschlands. Bei allen früheren Wahlen, auch in den Jahren der Weimarer Republik, waren die Werktätigen an einer wirklich freien Wahlbetätigung behindert. Durch ihren Staatsapparat, ihre politische und ökonomische Vormachtstellung, nicht zuletzt durch die Monopolisierung der Meinungsbildung, beeinflußten die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie stets die Wahlen in ihrem Sinn. Ganz anders war das im Herbst 1946. Jetzt gehörten die Presse und der Rundfunk nicht mehr der Reaktion, sondern standen den Volksmassen für die Vorbereitung der Wahl zur Verfügung. Die Polizei schützte die Bevölkerung vor den Anschlägen faschistischer Elemente, sie war ein Organ des Volkes und nicht mehr ein Instrument der Großbourgeoisie. Auf Grund ihrer Zusammensetzung und ihres konsequenten Eintretens für die Belange der Bevölkerung, ge-

gen faschistische Elemente, gegen Schieber und Schmarotzer hatte sie sich die Ehrenbezeichnung „Volkspolizei" erworben. Auch der gesamte Staatsapparat, der die Wahlvorbereitungen leitete, diente jetzt den Volksmassen und nicht mehr einer kleinen Gruppe von Ausbeutern. Der Hauptunterschied zu allen früheren Wahlen lag darin, daß die Junker und Monopolherren politisch und ökonomisch im Herbst 1946 bereits weitgehend entmachtet waren.

Die Reaktion versuchte, die beiden bürgerlichen Parteien – CDU und LDPD – für ihre Ziele zu mißbrauchen. Reaktionäre Kräfte in diesen Parteien hofften, in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte und den Demokratischen Block sprengen zu können. Mit einer verlogenen Wahlpropaganda versuchten sie, die SED und die anderen demokratischen Kräfte für die als Folge des faschistischen Krieges entstandenen Schwierigkeiten, so zum Beispiel in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit den notwendigsten Gütern, verantwortlich zu machen. Die SED und die demokratischen Kräfte innerhalb der CDU und der LDPD traten diesen Verleumdungen und den Anschlägen auf die demokratische Einheit des Volkes entschieden entgegen. So deckte die SED in der Wahlvorbereitung die Ursachen für die vom Faschismus herbeigeführte nationale Katastrophe und ihre Folgen auf und zeigte an Hand der zurückliegenden Entwicklung, daß die demokratische Erneuerung und ein Wiederaufstieg Deutschlands nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Volkskräfte möglich seien. Die SED setzte sich entschieden dafür ein, daß die antifaschistisch-demokratischen Parteien auch nach den Wahlen, in denen sie mit getrennten Listen auftraten, ihre im verflossenen Jahr bewährte Zusammenarbeit im antifaschistisch-demokratischen Block fortsetzen.

Bei den Wahlen im Herbst 1946 konnte die SED etwa die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen. Das Wahlergeb-

nis hatte eine doppelte Bedeutung. Es stellte vor allem eine Niederlage jener reaktionären Kräfte dar, die durch Wahlen die kapitalistisch-imperialistischen Machtverhältnisse restaurieren wollten und gedachten, dafür ihre Positionen in der CDU und LDPD ausnutzen zu können. Darüber hinaus trug die Entscheidung der Wähler zur Festigung der führenden Stellung der konsequentesten fortschrittlichen Kraft, der revolutionären Arbeiterbewegung, gegenüber den schwankenden Elementen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Demokratie im antifaschistisch-demokratischen Block bei. Die Wahlen festigten das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und den Mittelschichten und stärkten die führende Rolle der Arbeiterklasse, das Unterpfand für die weitere Demokratisierung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens. Der Wahlsieg der SED bewies zugleich, welche große Bedeutung die einheitliche Partei der Arbeiterklasse hatte.

In den fünf Landtagen erhielten die SED insgesamt 249 Abgeordnetensitze, die CDU 133, die LDPD 122, die VdgB 15 und der Kulturbund einen Sitz.

Die Stimmen verteilten sich in den einzelnen Ländern und Provinzen folgendermaßen:

	SED	CDU	LDPD	VdgB	Kulturbund
Mecklenburg	547 663	377 808	138 572	43 260	—
Thüringen	816 864	313 824	471 415	55 093	—
Sachsen	1 595 281	756 740	806 163	57 229	18 565
Brandenburg	634 786	442 206	298 311	83 271	—
Sachsen-Anhalt	1 063 889	507 397	695 685	56 630	—
Insgesamt	4 658 483	2 397 975	2 410 146	295 483	18 565

Im Ergebnis der Wahlen entstanden in Deutschland erstmals Parlamente, die wirklich die Interessen des Volkes vertraten und der weiteren antifaschistisch-demokratischen Umwälzung dienten. Die neugewählten Landtage be-

stimmten die neuen Regierungen, deren Bildung wiederum auf der Grundlage der Blockpolitik erfolgte. Als stärkste Fraktion hatte die SED in allen fünf Ländern und Provinzen das Recht, aus ihren Reihen den Ministerpräsidenten zu benennen. In Sachsen-Anhalt schlug sie jedoch vor, den bisherigen Präsidenten der Provinzialverwaltung, Professor Hübner, der der LDPD angehörte, zum Ministerpräsidenten zu berufen, da er sich beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung große Verdienste erworben hatte. Insgesamt gehörten den fünf Länderregierungen 21 Mitglieder der SED, 9 Mitglieder der LDPD, 8 Mitglieder der CDU und ein Vertreter der VdgB an.

Die neuen Landtage unterschieden sich auch der sozialen Zusammensetzung nach sehr wesentlich von allen früheren deutschen Parlamenten. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte waren über die Hälfte der Abgeordneten Arbeiter, Angestellte, werktätige Bauern und Vertreter der Intelligenz.

Die Landtage und Landesregierungen waren in der damaligen Zeit die obersten deutschen Machtorgane. Zwar waren bereits 1945 von der SMA deutsche Zentralverwaltungen für das Verkehrswesen, das Nachrichtenwesen, die Brennstoffindustrie, Handel und Versorgung, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Finanzen, Gesundheitswesen, Arbeits- und Sozialfürsorge, Volksbildung und Justiz gebildet worden. Zum Unterschied von den Landes- und Provinzialverwaltungen erhielten diese Zentralverwaltungen jedoch nicht das Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Sie waren unabhängig voneinander arbeitende Organe zur Unterstützung der Tätigkeit der SMA. Ihre Aufgabe bestand hauptsächlich darin, die Erfahrungen der Länder und Provinzen zusammenzufassen und auszuwerten und die SMA bei der Ausarbeitung von Verfügungen, die das wirtschaftliche Leben der gesamten sowjetischen Besatzungszone betrafen, zu beraten.

Die neugewählten Landtage leisteten einen großen Beitrag zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Sie schufen neue, demokratische Landesverfassungen und verabschiedeten Gesetze, die dem wirtschaftlichen Aufbau und der Durchsetzung der demokratischen Grundrechte des Volkes dienten. Auf Beschluß der Landtage wurden alle Bodenschätze und Bergwerke nationalisiert sowie gesetzliche Vorkehrungen getroffen, die ein Wiedererstehen kapitalistischer Großbanken und Versicherungskonzerne nicht zuließen.

Die als Folge des verbrecherischen Krieges ohnehin schon schwierige Wirtschafts- und Versorgungslage verschärfte sich infolge des außergewöhnlich strengen Winters 1946/1947 noch mehr. Es gab keine Kohlen, stundenlange Stromsperren hemmten das wirtschaftliche Leben, und überall mangelte es an den wichtigsten Rohstoffen. Die Arbeitsproduktivität war vielerorts auf einen Tiefstand gesunken. Die reaktionären Elemente frohlockten über die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und setzten alles daran, die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu untergraben. Angesichts des Wiederauflebens der Reaktion in den Westzonen und der Unterstützung, die das deutsche Monopolkapital durch die Westmächte erfuhr, glaubten die Vertreter der imperialistischen Großbourgeoisie, die in den Führungsgremien der CDU und der LDPD auch in Ostdeutschland noch bedeutenden Einfluß hatten, stark genug zu sein, um einen Generalangriff gegen die demokratischen Umgestaltungen wagen zu können. In den Landtagen, in der Presse und in Veranstaltungen forderten sie die Überprüfung des Volksentscheids und der Bodenreform. Auf diese Weise glaubten sie, eine Rückgabe der enteigneten Betriebe und Ländereien an die alten Besitzer, die Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, erreichen zu können. Besonders hartnäckig entbrannte der Kampf in Sachsen und in Thüringen, die wegen ihrer volkswirtschaftlichen Be-

deutung das besondere Augenmerk imperialistischer Kreise auf sich gelenkt hatten.

Die Angriffe der Reaktion scheiterten jedoch. Die Arbeiterklasse beantwortete sie mit entschiedenen Kampfmaßnahmen. So erklärten 950 Vertreter sächsischer Industriebetriebe auf einer außerordentlichen Betriebsrätetagung in Bautzen am 24. Januar 1947 in einer Entschließung, die sie der Landesregierung in Dresden übermittelten: „Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich die schwer erkämpften Errungenschaften wieder entreißen zu lassen, und ist bereit, diese mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Die Arbeiterschaft verlangt, daß der Wille des Volkes, bekundet durch den Volksentscheid, respektiert wird."[16]

Die Betriebsrätetagung erklärte im Namen der Arbeiter die Bereitschaft, wenn notwendig den Generalstreik auszurufen, um die Reaktion in die Schranken zu weisen. Auch weitere Versuche, die revolutionären Errungenschaften der Volksmassen anzutasten, scheiterten an der eindeutigen Haltung der Werktätigen, die durch die SED die notwendige klare Anleitung in ihrem Kampf erhielten.

Die geschlagenen Ausbeuterklassen konnten die demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands nicht mehr rückgängig machen. Die imperialistische Großbourgeoisie, die die Hauptschuld an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des verbrecherischen Raubkrieges trug, hörte im Osten Deutschlands auf, als Klasse zu bestehen. Damit war zugleich der erste und bedeutungsvollste Schritt zur Beseitigung des Ausbeutungssystems überhaupt getan.

Die Entmachtung des Imperialismus und Militarismus war die Voraussetzung für den friedlichen Aufstieg und die Souveränität des Volkes. Um dies in ganz Deutschland

[16] Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949, Berlin 1959, S. 372.

deutlich zu machen, galt es jetzt, in den volkseigenen Betrieben die Produktion rasch zu steigern und hierzu vor allem die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die weitere Entwicklung der volkseigenen Betriebe sowie der gesamten Volkswirtschaft hing in entscheidendem Maße davon ab, daß sich eine neue Einstellung zur Arbeit herausbildete. In den volkseigenen Betrieben war die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Der von den Arbeitern der volkseigenen Betriebe geschaffene Wert kam jetzt den Werktätigen selbst, dem ganzen Volk zugute und nicht mehr der Kapitalistenklasse. Je mehr Werte die Arbeiter schufen, um so schneller konnten die Wunden des Krieges geheilt werden. Dies war jedoch dem größten Teil der Arbeiterklasse noch keineswegs klar.

Die reaktionären Kräfte, die Interessenvertreter der Konzernherren, versuchten auf ihre Weise in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Heuchlerisch verlangten sie, man solle den Arbeitern erst mehr zu essen, mehr Kleidung und Schuhe geben, bevor man eine höhere Arbeitsproduktivität verlange. Dabei wußten sie nur zu gut, daß es keine Reserven an Lebensmitteln und anderen Waren gab und eine Verbesserung der Versorgungslage nur durch vermehrte Anstrengungen erreicht werden konnte. Den wirklichen Ausweg zeigte die SED. Sie trat offen vor die Werktätigen mit der einzig möglichen, wenn auch nicht gleich populären Losung „Mehr produzieren, gerecht verteilen, besser leben". Beharrlich erklärten die Partei der Arbeiterklasse und die Führung des FDGB den Werktätigen, daß nur durch eine neue Arbeitsmoral der Tiefstand in der Arbeitsproduktivität überwunden und damit ein Ausweg aus jener schweren Lage gefunden werden konnte, in die das deutsche Volk durch den deutschen Imperialismus und Militarismus gebracht worden war. In den volkseigenen Betrieben entwickelte sich allmählich ein neues Verhältnis der Arbeiter zur Produktion. Dies fand seinen Ausdruck in den

ersten Anfängen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 1947. Zunächst ging es darum, die als Folge des Krieges weitgehend eingerissene Arbeitsbummelei zu überwinden. Einen großen Anteil bei dieser schwierigen Überzeugungsarbeit zur Verbesserung der Arbeitsmoral hatten die Gewerkschaften und die Freie Deutsche Jugend.

Durch ihre Taten schufen die Werktätigen im Osten Deutschlands die Voraussetzung dafür, daß die Industrieproduktion 1947 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel anwuchs. Trotzdem erreichte sie jedoch erst 53,7 Prozent des Vorkriegsstandes.

8. Der Kampf um die Verhinderung der Spaltung Deutschlands

Die Jahre 1945 bis 1949 werden in die deutsche Geschichte unter anderem als die Jahre der Spaltung Deutschlands eingehen. Wie begann sie? Wo liegen ihre Ursachen?

Sehr verbreitet ist die Meinung, daß die Spaltung die unweigerliche Folge der Besetzung Deutschlands durch die vier Großmächte gewesen sei. Zwar konnte die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen nicht ohne Folgen bleiben, aber es wäre trotzdem falsch, bereits hieraus die Gründe für die Spaltung abzuleiten. Um die Unrichtigkeit dieser Ansicht nachzuweisen, genügt es schon, die Entwicklung Österreichs zum Vergleich heranzuziehen. Österreich war ebenfalls in vier Besatzungszonen aufgeteilt, und auch in Wien, der Hauptstadt Österreichs, waren die Truppen der vier Besatzungsmächte stationiert. Trotzdem ist es bekanntlich nie zur Spaltung Österreichs gekommen.

Beträchtlichen Einfluß auf die gesamte Entwicklung in Deutschland nach dem 8. Mai 1945, damit auch auf die na-

tionale Einheit, hatte zweifellos die Politik der vier Großmächte. In Potsdam war es noch gelungen, zu gemeinsamen Vereinbarungen über die Grundsätze der Besatzungspolitik in Deutschland zu gelangen.

Die Sowjetunion war dafür eingetreten, in Deutschland in möglichst kurzer Frist eine demokratische deutsche Zentralregierung zu schaffen. Die USA und Großbritannien lehnten jedoch diesen Vorschlag ab, gaben aber ihre Zustimmung, daß das Potsdamer Abkommen die Bildung von einigen deutschen Zentralverwaltungen vorsah, die zur Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beitragen sollten. Im Alliierten Kontrollrat kam es jedoch nicht zu einer Einigung über die Bildung dieser Zentralverwaltungen. Ihr widersetzten sich vor allem zunächst die Vertreter Frankreichs, das sich an das Potsdamer Abkommen nicht vollinhaltlich gebunden fühlte, da Frankreich das Abkommen nicht mitunterzeichnet hatte. Im Grunde genommen handelte es sich jedoch – bei allem Vorhandensein einiger Widersprüche zwischen den Westmächten – um ein Spiel mit verteilten Rollen. Frankreich wurde in seinem Veto gegen die Bildung von deutschen Zentralverwaltungen durch die USA und Großbritannien bestärkt, die sich in der ersten Zeit nach außen damit begnügen konnten, keinerlei Schritte zu unternehmen, um die Einhaltung des Potsdamer Abkommens zu sichern.

Spätestens seit der Jahreswende 1945/1946 machten die Westmächte den Bruch des auch von ihnen unterzeichneten Potsdamer Abkommens zur Generallinie ihrer Deutschlandpolitik. Ihr Ziel war es, eine wahrhaft demokratische Entwicklung zu verhindern, sich das ökonomische und militärische Potential Deutschlands unterzuordnen und somit die eigene Vormachtstellung zu festigen und die Sowjetunion zu schwächen. Als ihnen klar wurde, daß sie die demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands nicht verhindern können, daß darüber hinaus die Erfolge der antifaschistisch-

demokratischen Umwälzung immer mehr auch auf die Westzonen ausstrahlten, schlugen die Westmächte den Kurs ein, die Westzonen abzuspalten. Sie wollten die von ihnen besetzten deutschen Gebiete in einen aggressiven imperialistischen Block gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten einbeziehen und sie in ein Bollwerk gegen die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sowohl in Deutschland als auch in Europa verwandeln.

Diese Bestrebungen deckten sich voll und ganz mit den Interessen der ausschlaggebenden Teile des deutschen Monopolkapitals. Ihre Konzeption bestand in der Rettung ihrer ökonomischen und politischen Machtpositionen durch die Unterordnung unter das westliche, vor allem das amerikanische Monopolkapital und in der unverhüllten Preisgabe der Idee des deutschen Nationalstaates.

Am offensten brachte diese Konzeption John Foster Dulles zum Ausdruck, der am 17. Januar 1947 vor der amerikanischen Verlegervereinigung die Formel prägte, man müßte „mehr in Kategorien der wirtschaftlichen Einheit Europas, als in Kategorien des Potsdamer Diktats denken, das die Verlautbarung enthält, Deutschland soll ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes darstellen“[17].

Bei der Verwirklichung ihrer Bestrebungen wurden sie von rechten Führern in der Sozialdemokratie unterstützt, die die Notwendigkeit einer konsequenten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung leugneten und die gemeinsame Aktion aller demokratischen Kräfte zu verhindern suchten.

Da die rechten Führer der SPD nichts so sehr fürchteten wie die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage, erhofften sie – in ihrem Bestreben, diese Einheit mindestens in den Westzonen zu verhindern – von der Spaltung Deutschlands, daß es ihnen leichter fallen würde, den von der Einigung der Arbeiterklasse im

17 J. F. Dulles: Alternatives for Germany, New York 1947, S. 3.

Osten Deutschlands ausgehenden Einfluß auf die Werktätigen in Westdeutschland einzudämmen.

Die Spaltung Deutschlands entsprach verständlicherweise den imperialistischen Zielen der amerikanischen, englischen und französischen Politik. Die herrschenden Kreise der Westmächte hatten auch kein nationales Interesse an der Erhaltung der Einheit Deutschlands. Woher sollten sie es auch haben? Das deutsche Monopolkapital jedoch, sein politischer Hauptexponent, die CDU/CSU, die Führer der anderen bürgerlichen Parteien und auch die rechten Führer der SPD, sie alle gaben bewußt den einheitlichen deutschen Nationalstaat preis, opferten die Interessen der Nation ihren Klassen- und Sonderinteressen. Sie taten dies aus Angst davor, daß sich der Wille des Volkes in einer demokratischen Entscheidung in einem einheitlichen Deutschland durchsetzen könnte. Sie taten es, um unter den Fittichen der imperialistischen Besatzungsmächte zumindest für die Westzonen Deutschlands das Rad der Geschichte aufzuhalten und die historisch überlebte Herrschaft des Monopolkapitals beizubehalten.

Die deutsche Arbeiterklasse und alle demokratischen und patriotischen Kräfte unseres Volkes führten einen harten Kampf, um die Spaltung Deutschlands zu verhindern und die Herstellung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates zu ermöglichen. Dieser Kampf war deshalb besonders schwer, weil er gegen die gemeinsame Front des deutschen Monopolkapitals und des internationalen Imperialismus mit dem amerikanischen Monopolkapital an der Spitze geführt werden mußte. Er wurde dadurch kompliziert, daß auch in Deutschland selbst nicht wenige, verblendet durch Antikommunismus und Antisowjetismus, dem Ringen um die nationale Einheit entweder passiv gegenüberstanden oder gar in Verkennung der Interessen des deutschen Volkes und ihrer eigenen Interessen die Spaltungspolitik des deutschen Monopolkapitals und seiner aus-

ländischen Bundesgenossen in den imperialistischen Staaten unterstützten.

Wenn manche Politiker sich heute in Westdeutschland damit herausreden wollen, daß die Spaltung Deutschlands das Werk ausländischer Mächte gewesen sei, so gilt es, eindeutig festzustellen: Ohne das aktive Zutun der führenden Politiker der deutschen Bourgeoisie, ohne die Politik rechter Führer der Sozialdemokratie und erst recht nicht gegen den gemeinsamen Willen und die gemeinsame Aktion aller deutschen Parteien wäre es nie zur Spaltung Deutschlands gekommen.

Die Partei der deutschen Arbeiterklasse hat unermüdlich für eine solche Aktion, für die Erhaltung der Einheit Deutschlands gekämpft. In seinem Manifest an das deutsche Volk bezeichnete der Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 den Kampf für ein einheitliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland als wichtigste Aufgabe. „Wir stehen an einer Wende. Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will.

Nur die Vernichtung der Kräfte des Militarismus und des Imperialismus, der Aufbau einer lebendigen und kämpferischen Demokratie und der durch Taten bekundete aufrichtige Friedenswille kann das deutsche Volk in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen zurückführen ...

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein!“[18]

Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unternahm daher zahlreiche Schritte, um der Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland den Weg zu bahnen. So richtete der Parteivorstand bereits am 7. Mai 1946

[18] Dokumente der SED, Bd. I, S. 25.

einen offenen Brief an alle Sozialdemokraten und Kommunisten in den Westzonen, in dem er eindringlich darauf hinwies, daß die Überwindung der Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse die wichtigste Voraussetzung für eine demokratische Neugeburt Deutschlands sei.

Die Führung der SED tat dies zu einem Zeitpunkt, als die Kräfte des Monopolkapitals in den Westzonen immer frecher ihr Haupt erhoben, eine Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens sabotierten und sich im steigenden Maße wieder den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltungsorgane verschafften. Die westdeutsche SPD sah sich in einer Entschließung zur Lage in der britischen Besatzungszone, die sie am 26. September 1946 faßte, zu der Feststellung veranlaßt: „In der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben."[19]

Nur die Einheit der Arbeiterklasse und aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hätte verhindern können, daß sich die imperialistisch-militaristischen Machtverhältnisse in Westdeutschland restaurierten. Nur durch die Einheit der demokratischen Kräfte, die Entmachtung der Großgrundbesitzer und Konzernherren und die demokratische Umgestaltung des gesamten politischen und kulturellen Lebens in Westdeutschland konnte ein einheitlich-demokratisches Deutschland entstehen.

Mit der Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse wurde in Westdeutschland jedoch die entscheidende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts in einem solchen Maße geschwächt, daß die imperialistisch-militaristischen Kräfte allmählich wieder das Übergewicht erhielten. Das waren die Voraussetzungen dafür, daß die Politik der Spaltung Deutschlands im Herbst 1946 in ein neues Stadium eintreten konnte.

Der amerikanische Außenminister Byrnes proklamierte

[19] Der Sozialdemokrat (Berlin), 27. September 1946.

am 6. September 1946 in einer Rede in Stuttgart die Abspaltung der Westzonen und die Abkehr von der auf der Potsdamer Konferenz zugesagten Einheit Deutschlands als die offizielle Politik der USA. Zur gleichen Zeit wurde der Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zur sogenannten Bizone sowie die Bildung eines Wirtschaftsrates und weiterer Zweizonen-Ausschüsse beschlossen, denen fast ausschließlich Vertreter der imperialistischen Großbourgeoisie angehörten.

Diese Maßnahmen zur Spaltung Deutschlands dienten, wie Walter Ulbricht in einer Erklärung zu der Rede von Byrnes und ihrer Unterstützung durch die westdeutschen Ministerpräsidenten im „Neuen Deutschland" am 12. September 1946 betonte, dem taktischen Zweck, fertige Tatsachen zu schaffen, bevor sich der antifaschistisch-demokratische Wille des Volkes genügend entwickelt hatte.

Angesichts der wachsenden Gefahr, daß Deutschland gespalten würde, unterbreitete der Parteivorstand der SED am 19. September 1946 der Öffentlichkeit Diskussionsvorschläge über für ganz Deutschland einheitliche Grundrechte des deutschen Volkes und zwei Monate später, am 14. November 1946, den Entwurf einer Verfassung für eine einheitliche deutsche demokratische Republik. Der Entwurf dieser Verfassung ging von dem Grundgedanken aus, „daß nur durch eine demokratische Volksrepublik die Einheit der Nation, der soziale Fortschritt, die Sicherung des Friedens und die Freundschaft mit den anderen Völkern gewährleistet ist"[20].

Kampf um die Einheit Deutschlands bedeutete in dieser Periode Kampf um die Beseitigung der Überreste des faschistischen Regimes und seiner monopolkapitalistischen Grundlagen, bedeutete Kampf um den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland.

[20] Dokumente der SED, Bd. I, S. 114.

Zum Unterschied von zahlreichen bürgerlichen Politikern und rechten Führern der westdeutschen Sozialdemokratie, die die Lösung der Deutschlandfrage zur alleinigen Angelegenheit der vier Großmächte erklärten, setzte sich die SED entschieden dafür ein, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands eine Sache des deutschen Volkes sein muß.

So forderte sie, die Vorbereitungen einzuleiten für einen gesamtdeutschen Volksentscheid über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands. Die bürgerlichen Parteien in Westdeutschland und die Führung der SPD verwarfen jedoch bereits damals den Gedanken einer solchen demokratischen Volksabstimmung und stellten sich damit gegen das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Diese zwei Linien in der Haltung zu den Grundfragen der Nation zeigten sich noch deutlicher, nachdem die Westmächte, die sich vollends von den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens losgesagt hatten, im Frühjahr und Sommer 1947 gemeinsam mit den Kräften des deutschen Monopolkapitals immer offener dahin steuerten, einen separaten Westzonenstaat zu bilden. Die SED unternahm weitere Schritte, um eine gesamtdeutsche Aussprache aller politischen Parteien und Massenorganisationen herbeizuführen, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorzubereiten und die Einheit Deutschlands durch die Anstrengungen des deutschen Volkes zu wahren.

Im Juni 1947 fand in München die erste – sie war zugleich auch die letzte – Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder aus ganz Deutschland statt. Die Ministerpräsidenten der Länder der sowjetischen Besatzungszone schlugen vor, als erstes über Maßnahmen zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit zu verhandeln. Die der CDU/CSU und der SPD angehörenden Vertreter der west- und süddeutschen Länder weigerten sich, zu dieser Grundfrage der Nation Stellung zu nehmen.

Für sie war die Spaltung Deutschlands schon eine beschlossene Sache. Die Münchner Konferenz endete ergebnislos.

Im September 1947 tagte der II. Parteitag der SED in Berlin. Er betonte erneut, daß der Kampf um die Einheit Deutschlands die dringendste Aufgabe des deutschen Volkes ist. Er schlug vor, auf einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien und Ländervertretungen und durch einen Volksentscheid den Willen des deutschen Volkes nach Herstellung der Einheit Deutschlands unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Durch die gemeinsamen Anstrengungen aller deutschen Parteien und vorbereitet durch die Bildung deutscher Zentralverwaltungen, wie sie bereits im Potsdamer Abkommen zugesagt waren, sollte eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung entstehen, die dann Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament durchzuführen hätte. Dieser Regierung fiele vor allem die Aufgabe zu, an den Verhandlungen über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages teilzunehmen, deren Vorbereitung die Sowjetunion gefordert hatte.

Wichtigster Bestandteil des Kampfes um die Einheit Deutschlands mußte die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands sein. Walter Ulbricht entwickelte daher auf dem II. Parteitag die Grundzüge für einen deutschen Plan, in dessen Mittelpunkt die Wiederherstellung der durch den faschistischen Krieg zerrütteten Volkswirtschaft, die allseitige Festigung der demokratischen Errungenschaften, die wirtschaftliche und politische Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung standen.

Im Herbst 1947 wurde es deutlich, daß die Schaffung einer gesamtdeutschen Volksbewegung für die Herstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr verzögert werden durfte. Der USA-Imperialismus hatte mit der Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans den kalten Krieg gegen

die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder vom Zaune gebrochen und forcierte die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges, um die amerikanische Weltherrschaft aufrichten zu können. Dabei setzte er seine Hoffnungen vor allem auf das damalige amerikanische Monopol in der Herstellung von Atombomben. In den westeuropäischen Ländern und in Westdeutschland hatten es die vereinten Kräfte der inneren Reaktion und des amerikanischen Imperialismus vermocht, die demokratische Bewegung zeitweilig zurückzudrängen und die von den Volksmassen dieser Länder angestrebte grundlegende demokratische Umgestaltung zu verhindern. Dies war ihnen nur möglich, weil es in diesen Ländern nicht gelang, die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, der führenden Kraft in der nationalen und demokratischen Befreiungsbewegung, herzustellen, weil die rechten Führer der Sozialdemokratie mit Hilfe der giftigen Waffe des Antikommunismus die Spaltung aufrechterhielten und bestrebt waren, sie weiter zu vertiefen.

Die Sowjetunion hatte auf der Moskauer Konferenz des Rates der vier Außenminister im März/April 1947 ein Programm zur Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage allgemeiner freier Wahlen sowie zum Abschluß eines Friedensvertrages mit dieser Regierung vorgeschlagen.

Die Vertreter der drei Westmächte lehnten unter den verschiedensten Vorwänden diese Vorschläge ab. Sie mußten sich jedoch bereit erklären, die Verhandlungen über die Vorbereitung einer Friedensregelung mit Deutschland fortzusetzen und auf der nächsten Außenministerkonferenz in London, im November 1947, erneut die Deutschlandfrage zu behandeln.

In Vorbereitung dieser für das weitere Schicksal Deutschlands bedeutungsvollen Außenministerkonferenz in Lon-

don entwickelte sich eine breite Bewegung für eine deutsche Initiative zur Herstellung der Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Der Parteivorstand der SED schlug erneut vor, eine gesamtdeutsche Vertretung aller Parteien und Massenorganisationen zu bilden. Sie sollte in London die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes vortragen. Die führenden Politiker der bürgerlichen Parteien in Westdeutschland sowie Kaiser und Lemmer von der damaligen Führung der CDU in Berlin lehnten jedoch die gemeinsame Einberufung einer Beratung aller Parteien über die Grundfragen der Nation ab. Adenauer erklärte im Namen der westdeutschen CDU/CSU: „Im Hinblick auf die außerordentlich ungeklärte internationale Lage vor der Londoner Außenministerkonferenz empfehle ich allen interessierten politischen Kreisen in Deutschland möglichste Zurückhaltung."[21]

Das Volk sollte also passiv bleiben und tatenlos zusehen, wie das Land zerrissen wurde! Der Parteivorstand der westdeutschen SPD sprach ebenfalls dem deutschen Volk das Recht ab, über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Er erklärte am 6. November 1947, daß der Wille des deutschen Volkes erst dann verantwortlich kundgetan werden könne, wenn sich die vier Großmächte geeinigt hätten und eine zentrale deutsche Regierung gebildet worden sei.

In Wirklichkeit verhielt es sich gerade umgekehrt. Nur durch das einheitliche Bekenntnis des deutschen Volkes – und die Führungen der Parteien waren verpflichtet, dieses zu formulieren – konnten die Westmächte, die keinerlei Interesse an der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hatten, gezwungen werden, die Verpflichtungen von Potsdam einzuhalten und gemeinsam mit der Sowjetunion, die sich energisch für die nationalen Belange des deutschen Volkes einsetzte, Maßnahmen zur Wahrung der Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertra-

[21] Hannoversche Neueste Nachrichten, 15. November 1947.

ges zu treffen. Die Hauptschuld für die Spaltung Deutschlands trifft daher alle jene Politiker, die unter den verschiedensten Vorwänden gesamtdeutsche Verhandlungen, wie sie von der SED vorgeschlagen wurden, ablehnten.

Aber weder Adenauer noch Kaiser, weder die westlichen Militärbehörden noch Schumacher konnten die Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden aufhalten.

Am 26. November 1947 wandte sich die SED unmittelbar an das deutsche Volk und rief zur Durchführung eines Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin auf. Obwohl nur zehn Tage für die Vorbereitung des Kongresses verblieben, trafen aus allen Teilen Deutschlands weit mehr Delegierte ein, als der Tagungsraum fassen konnte. Trotz Verfolgung und Verbotes waren aus Westdeutschland über 650 Delegierte gekommen. Alle Organisationen und Parteien waren auf dem Volkskongreß vertreten, der nach eingehender Diskussion über die Grundfragen der deutschen Nation eine aus Vertretern ganz Deutschlands zusammengesetzte Delegation wählte, die den deutschen Standpunkt vor den Außenministern in London darlegen sollte.

Zwar verweigerte die britische Regierung der Delegation des Deutschen Volkskongresses die Einreise nach England und verhinderte mit Unterstützung der USA und Frankreichs, daß der Standpunkt des deutschen Volkes auf der Londoner Außenministerkonferenz von deutschen Vertretern vorgetragen werden konnte. Die Stimme der deutschen Patrioten war jedoch nicht mehr zu überhören. Eine neue Etappe im nationalen Kampf des deutschen Volkes hatte begonnen. Der Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und für die demokratische Umwälzung in ganz Deutschland rückte in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Volkskongreßbewegung.

„Das wahre Interesse Deutschlands besteht in seinem

Kern in zwei Dingen: in seiner demokratischen Neugeburt und in ihrer Voraussetzung, nämlich einem gerechten Frieden"[22], betonte Otto Grotewohl in seinem Referat auf dem I. Deutschen Volkskongreß.

Auf der Londoner Außenministerkonferenz hatte die Sowjetunion vorgeschlagen, sofort eine demokratische Regierung für ganz Deutschland zu bilden und mit dieser einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, zu dem die Großmächte innerhalb von zwei Monaten ihre Gedanken unterbreiten sollten. Die Westmächte lehnten jedoch diese Vorschläge ab, und am gleichen Tage, an dem sie auch den Empfang der Delegation des Deutschen Volkskongresses verhinderten, sprengte der amerikanische Außenminister die Konferenz, die ergebnislos und ohne Festsetzung eines Termins für ein erneutes Zusammentreffen der Außenminister abgebrochen wurde.

Es war offensichtlich, daß es sich bei den Westmächten um ein abgekartetes Spiel handelte, mit dem Ziel, endlich die Bahn frei zu machen für eine völlige Spaltung Deutschlands und die Einbeziehung der Westzonen in ihren antisowjetischen Block. Sehr deutlich brachte das die führende amerikanische Tageszeitung „New York Herald Tribune" zum Ausdruck, als sie am 20. Dezember 1947 schrieb: „Wir sind am Ende der Straße angelangt; das Zeitalter Jaltas ist vorbei ... Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen."

Deutlicher konnten wohl die imperialistischen Pläne der Westmächte nicht gekennzeichnet werden. Nachdem sie den endgültigen Bruch mit der Politik der Anti-Hitler-Koalition und den in Teheran, Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen für gemeinsame Bemühungen zur Verhinderung eines neuen Krieges vollzogen hatten, ergriffen die

[22] Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 160.

Westmächte jetzt in schneller Folge weitere Maßnahmen, um die Bizone zu einem Separatstaat auszubauen.

Anfang Januar 1948 erhielten die Ministerpräsidenten der Länder der Bizone von den Militärgouverneuren der USA und Großbritanniens die Anweisung, den Zweizonen-Wirtschaftsrat zu einem de-facto-Parlament zu erweitern; die Anzahl der Mitglieder des Wirtschaftsrates wurde verdoppelt. Weiterhin wurden ein Oberster Gerichtshof, eine Länderunionsbank mit den Befugnissen einer Notenbank und andere staatliche Einrichtungen geschaffen. Der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, unterbreitete der amerikanischen Regierung den Vorschlag, eine westdeutsche Armee in einer Stärke von 500 000 Mann zu schaffen.

In der zweiten Märzhälfte 1948 legten die Vertreter der Westmächte die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates lahm, indem sie sich weigerten, Auskunft über ihre Besatzungspolitik zu geben, die im krassen Widerspruch zu den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens stand. Sie verhinderten die weitere Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates, der auf der Potsdamer Konferenz als gemeinsames Organ der Besatzungsmächte für die Durchführung einer einheitlichen Politik in ganz Deutschland geschaffen worden war.

Diesen weiteren Schritten zur Spaltung Deutschlands trat die Volkskongreßbewegung entgegen, die zu einer umfassenden demokratischen Bewegung anwuchs, wie es sie bis dahin in der deutschen Geschichte nicht gegeben hatte. Die Volkskongreßbewegung betrachtete sich mit Recht als die Erbin der besten demokratischen und humanistischen Traditionen in der Geschichte Deutschlands. So forderte der II. Deutsche Volkskongreß, der am 17. und 18. März 1948 anläßlich des 100. Jahrestages der Revolution von 1848 zusammentrat, dazu auf, das Vermächtnis vieler Generationen deutscher Patrioten, darunter der Vorkämpfer für die

demokratische Einheit Deutschlands in der Revolution von 1848, zu erfüllen und eine ungeteilte deutsche demokratische Republik zu schaffen. Er beschloß, in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 ein Volksbegehren zu einem Volksentscheid für die Einheit Deutschlands durchzuführen.

Obwohl die Volksbefragung in den Westzonen Deutschlands verboten wurde und die imperialistischen Besatzungsmächte viele Patrioten wegen der Sammlung von Unterschriften verhafteten, setzten 15 von 38 Millionen Wahlberechtigten in ganz Deutschland ihren Namen auf die Listen des Volksbegehrens. Während die Bestimmungen der Weimarer Verfassung verlangten, daß sich 10 Prozent der Wahlberechtigten für einen Volksentscheid aussprechen müßten, damit dieser durchgeführt wird, hatten sich 1948 etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten in ganz Deutschland für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands ausgesprochen. Es war somit unschwer zu erkennen, wie ein solcher Volksentscheid ausfallen würde.

Die imperialistischen Besatzungsmächte und die führenden Politiker der bürgerlichen Parteien und der SPD in Westdeutschland brüskierten jedoch dieses demokratische Willensbekenntnis der Volksmassen. Im Juni 1948 wurden die sogenannten Londoner Empfehlungen angenommen, an deren Ausarbeitung neben den Vertretern der drei westlichen imperialistischen Mächte und der Beneluxstaaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) auch Adenauer und Schumacher beratend mitgewirkt hatten. Diese Empfehlungen sahen vor, einen separaten westdeutschen Staat zu bilden und damit die Spaltung Deutschlands endgültig zu vollziehen. Als erster Schritt hierzu wurde am 18. Juni 1948 für die drei Westzonen eine separate Währungsreform verkündet. Damit zerstörten die imperialistischen Kräfte die normalen Beziehungen zwischen Ostdeutschland und den Westzonen und zogen einen tiefen Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Gleichzeitig zerrissen sie auch die Einheit Berlins, das zur sowjetischen Besatzungszone gehörte. Am 23. Juni 1948 führten die drei westlichen Sektorenkommandanten die Separatwährung auch in den Westsektoren Berlins ein. Das einheitliche Wirtschaftsleben Berlins wurde gespalten, und einige Dienststellen des Magistrats, an deren Spitze Gegner der demokratischen Entwicklung standen, wurden in die Westsektoren verlegt. Bis dahin hatte der gesamte Magistrat von Groß-Berlin in der Parochialstraße unweit des Alexanderplatzes seinen Sitz gehabt. Die einheitliche Verwaltung der Stadt kam zum Erliegen. Mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens, der Lahmlegung des Alliierten Kontrollrates und der Förderung der militaristischen und revanchistischen Kräfte des Imperialismus, deren Treiben laut Potsdamer Abkommen in ganz Deutschland ein Ende gesetzt werden sollte, zerstörten die Westmächte selbst die Rechtsgrundlage, auf der ihre Anwesenheit in Berlin beruhte.

Die Werktätigen im demokratischen Teil Berlins griffen daraufhin zur Selbsthilfe und bildeten am 30. November 1948 einen neuen demokratischen Magistrat mit Friedrich Ebert als Oberbürgermeister. Der demokratische Magistrat setzte all die Beschlüsse in die Tat um, die die Stadtverordnetenversammlung in den vergangenen Jahren angenommen hatte, um wahrhaft demokratische Verhältnisse zu schaffen, die aber durch den Einspruch der Vertreter der Westmächte in der Interalliierten Kommandantur bis 1948 nicht verwirklicht werden konnten. Hierzu gehörte vor allem das 1947 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gesetz zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Jetzt wurden im demokratischen Teil Berlins alle Konzernbetriebe in Volkseigentum überführt.

Die separate Währungsreform in Westdeutschland und ihre Ausdehnung auf Westberlin zwangen die Sowjetische Militärverwaltung, die sich bis zum letzten Moment be-

müht hatte, die Westmächte zu einer einheitlichen Währungsreform für ganz Deutschland zu bewegen, eine Reihe von Gegenmaßnahmen zu treffen. Sie sollten verhindern, daß das jetzt in Westdeutschland ungültige alte Geld in die sowjetische Besatzungszone und nach Berlin einströmte und dort die Wirtschaft zerrüttete. Der Güter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone, einschließlich Westberlin, wurde zeitweilig eingestellt. Die Westmächte benutzten die von ihnen bewußt ausgelöste Berlinkrise als Vorwand, um eine Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten zu entfachen. Sie versuchten damit zugleich von der Bildung eines Militärblocks in Westeuropa und von ihrer Spaltungspolitik abzulenken. Amerikanische Militärs drohten, mit Panzern nach Westberlin durchzubrechen. Einige westdeutsche und Westberliner Parteiführer erklärten provokatorisch: „Berlin ist einen Krieg wert."

Die Sowjetunion unternahm alles, um den gefährlichen Kriegsherd, der durch die Haltung der Westmächte entstanden war, zu beseitigen. Auf ihre Initiative hin kam am 30. August 1948 in Moskau ein Übereinkommen mit den Westmächten zustande, wonach in ganz Berlin die Währung der sowjetischen Besatzungszone eingeführt werden sollte. Die alliierten Vertreter sollten in Berlin die notwendigen Maßnahmen vereinbaren.

Die sowjetische Besatzungsmacht und die deutschen Behörden in der sowjetischen Besatzungszone machten auch zahlreiche Angebote, um die vollständige Versorgung der Westberliner Bevölkerung zu gewährleisten. Die Westmächte aber inszenierten eine sogenannte Luftbrücke, die wesentlich dazu beitrug, die von den Imperialisten gewünschte Kriegshysterie und Frontstadtstimmung in Westberlin zu schüren. Darüber hinaus wurde die Luftbrücke für die von einer Wirtschaftskrise bedrohte amerikanische und

englische Flugzeugindustrie zu einem außerordentlich lohnenden Geschäft, das ihr monatlich 50 Millionen Mark Profit einbrachte. Außerdem diente sie der praktischen Kriegsvorbereitung. Amerikanische Militärs machten kein Hehl daraus, daß sie Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln sammelten. Als die Westmächte erkannten, daß sie mit Hilfe der Luftbrücke Westberlin als Vorposten des kalten Krieges und künftiger militärischer Abenteuer behaupten können, hintertrieben sie die Moskauer Abmachung über die Wiederherstellung der Einheit Berlins.

John Foster Dulles legte in einer Rede vor Schriftstellern am 24. Januar 1949 in Paris die wahren Ziele der aggressiven Kräfte der USA dar, die sie mit der von ihnen selbst bewußt herbeigeführten „Berliner Blockade" verfolgten: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können ... Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen."[23] Die Westmächte fanden bei ihrer abenteuerlichen Politik die Unterstützung der maßgeblichen bürgerlichen Politiker und rechter Führer der SPD in Westberlin, die an einer friedlichen Regelung der Berlinfrage ebenfalls nicht interessiert waren. In der Folgezeit bauten sie gemeinsam mit den Westmächten Westberlin systematisch zu einem Provokationszentrum aus. Seine Hauptfunktion sollte darin bestehen, die demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands zu stören. Unter den Fittichen der imperialistischen Besatzungsmächte wurde Westberlin zu einem Zentrum von Agenten und Spionageorganisationen.

Die imperialistischen Besatzungsmächte verboten den Kulturbund und andere demokratische Organisationen, und

[23] Zit. nach: George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland (1945—1950), Berlin 1958, S. 223.

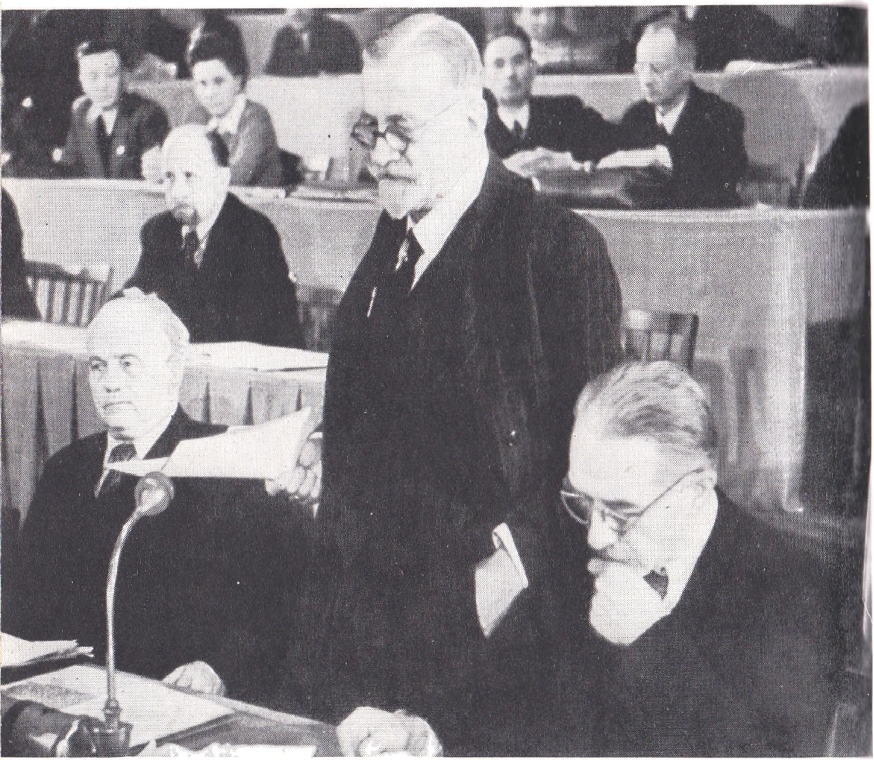
„Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen ... Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!" Diese eindringlichen Worte enthielt der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, das erste politische Manifest einer deutschen Partei nach dem Ende des zweiten Weltkrieges

Unvergeßliche Tage der Befreiung. Sowjetsoldaten teilten an die Bevölkerung in Berlin aus ihren Feldküchen Essen aus und halfen so, den schlimmsten Hunger zu überwinden

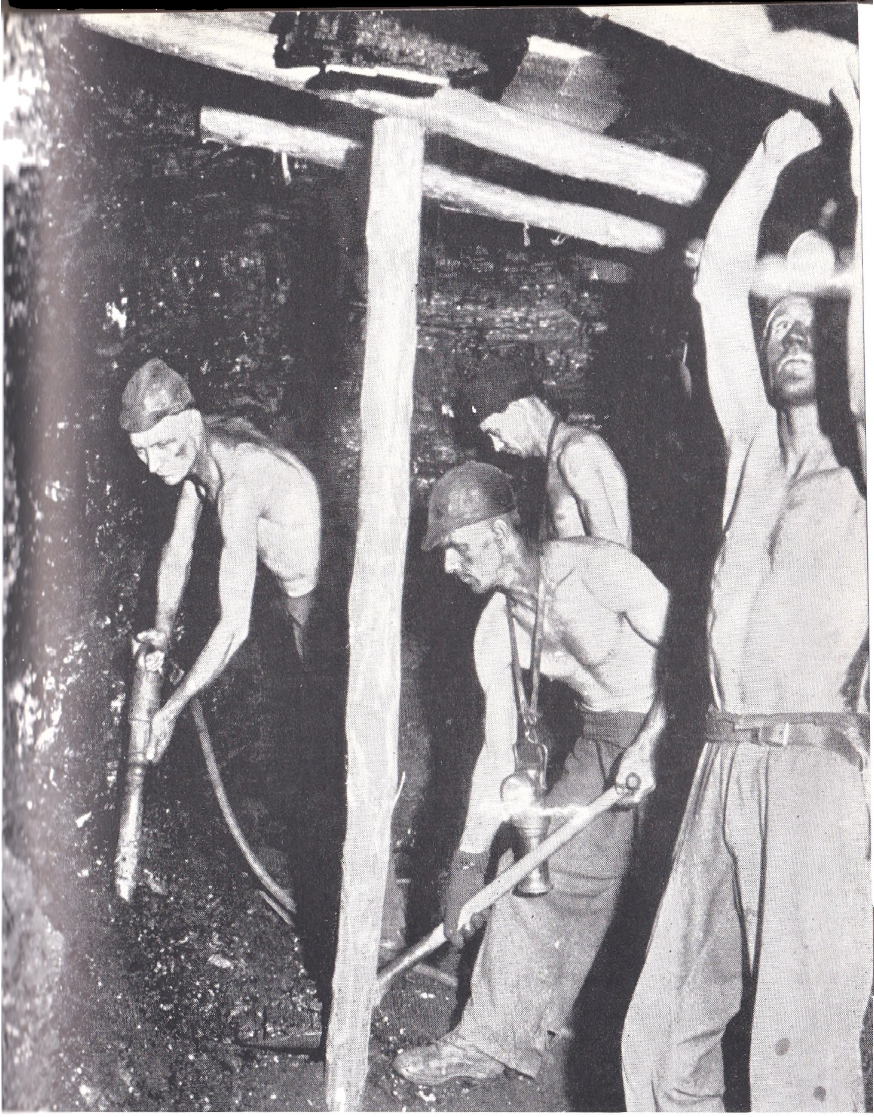
Der jahrhundertealte Traum der Bauern von der eigenen Scholle wurde Wirklichkeit. Doch der Beginn war oft schwer. Fehlte es auch an Geräten und Pferden, so war die erste Bestellung des Bodens ein Feiertag

Das Präsidium des historischen Vereinigungsparteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (21. bis 22. April 1946)

Über Dreiviertel aller sächsischen Wähler stimmten bei dem Volksentscheid am 30. Juni 1946 für die endgültige Entmachtung der Kriegsverbrecher und Konzernherren. In den Betrieben hatten die Arbeiter auf demokratische Weise darüber befunden, welche Werke auf die Enteignungsliste gesetzt werden sollten



Am 6. Dezember 1947 trat in Berlin der I. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Blick auf das Präsidium des Kongresses (in der ersten Reihe von links nach rechts: die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien Wilhelm Pieck [SED], Wilhelm Külz [LDPD], Otto Nuschke [CDU])



Adolf Hennecke vom „Karl-Liebknecht"-Schacht in Zwickau erfüllte am 13. Oktober 1948 seine Tagesnorm mit 380 Prozent und gab damit den Anstoß zur Aktivistenbewegung

Der große deutsche Dichter Thomas Mann besuchte im August 1949 anläßlich des Goethejahres Weimar. Er würdigte die Erfolge des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus, mit dem das Vermächtnis der besten Deutschen Erfüllung fand und das Kulturerbe des deutschen Volkes gewahrt wurde

mit ihrer Hilfe wurden auch die Gewerkschaften gespalten. Durch ihre bewußte und mit den Besatzungsmächten abgestimmte Spaltungstätigkeit hatten rechte Führer der SPD und die reaktionären Leitungen der CDU und LDPD in Berlin die Bezirke des amerikanischen, englischen und französischen Sektors von der bisher einheitlichen deutschen Hauptstadt losgetrennt und damit gewaltsam eine Grenze rund um das Verwaltungs- und Währungsgebiet Westberlin gezogen. All dies trug zu einer außerordentlichen Verschärfung des kalten Krieges bei, und noch nie seit 1945 war der Weltfrieden durch die imperialistischen Kräfte so bedroht wie im Sommer und Herbst 1948.

9. Aufbau aus eigener Kraft

Mitte 1948 war eine neue Situation in der deutschen Nachkriegsentwicklung eingetreten, die vor allem durch drei Faktoren gekennzeichnet war:

1. Durch die von den herrschenden Kreisen der westdeutschen Bourgeoisie und den imperialistischen Mächten herbeigeführte faktische Spaltung Deutschlands. Am krassesten dokumentiert wurde diese durch die separate Währungsreform, in deren Folge die Westzonen wirtschaftlich vom deutschen Nationalverband abgespalten wurden und die Züge eines separaten Staatsgefüges annahmen.

2. Durch die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands. Im Frühjahr 1948 hatten die revolutionären Umgestaltungen, die zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung führten – die demokratische Bodenreform, die Überführung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Volkseigentum, die Entnazifizierung in allen

Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens –, ihren Abschluß gefunden. Auf friedlichem Wege, ohne Bürgerkrieg hatte die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft, den städtischen Mittelschichten und anderen Teilen der Bevölkerung die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die erste Etappe der volksdemokratischen Revolution, vollzogen. Der Hauptwiderspruch, der sich in Deutschland in der Epoche des Imperialismus herausgebildet hatte, der Widerspruch zwischen den Ausbeutungs- und Eroberungsinteressen der imperialistischen Großbourgeoisie auf der einen Seite und den Lebensinteressen der Volksmassen auf der anderen Seite, war im Osten Deutschlands durch die politische und wirtschaftliche Entmachtung der imperialistischen Großbourgeoisie, durch die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung anderer Schichten grundsätzlich gelöst.

3. Durch die Verhinderung einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in Westdeutschland und den sichtbar gewordenen Beginn einer Restauration der alten imperialistisch-kapitalistischen Machtverhältnisse in den Westzonen. Den demokratischen und friedliebenden Kräften in Westdeutschland war es nicht gelungen, die Lebensinteressen des Volkes gegen die gemeinsame Front der deutschen und ausländischen imperialistischen Kräfte und der sie unterstützenden rechten Führer der Sozialdemokratie durchzusetzen.

Bedeutenden Einfluß auf die Situation in Deutschland hatte die Zuspitzung der internationalen Lage, wie sie 1948 zu verzeichnen war. Der amerikanische Imperialismus hatte den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder ausgelöst und versuchte, durch die atomare Erpressung, die forcierte Aufrüstung, die Schmiedung eines aggressiven Paktsystems und andere Maßnahmen, die der Vorbereitung und Entfesselung eines

dritten Weltkrieges dienten, die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems rückgängig zu machen. Deutschland war der neuralgische Punkt in diesen Plänen der imperialistischen Mächte.

Das Neue in der Weltsituation war die grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, die durch den Sieg der volksdemokratischen Revolution in zahlreichen Ländern Ost- und Südosteuropas und deren Abfall vom System des Imperialismus eingetreten war. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Ostdeutschland war ein wesentlicher Bestandteil dieses weltweiten Prozesses.

Im Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hatten sich die Machtverhältnisse und die Klassenstruktur grundlegend verändert. In den Landtagen, den Landesregierungen und den örtlichen Verwaltungsorganen übte die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und den städtischen Mittelschichten die gesamte Macht aus. Dabei hatte sich die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß erworben. Ihre Vertreter bekleideten die wichtigsten Funktionen. Der gesamte Verwaltungsapparat war erneuert worden. Etwa 520 000 ehemalige Naziaktivisten und Anhänger des faschistischen Regimes waren im Verlauf der Entnazifizierung aus den verschiedensten Verwaltungen und anderen öffentlichen Institutionen entfernt worden. An ihre Stelle waren ehemalige Arbeiter, Angestellte und andere Werktätige getreten, die die Interessen des Volkes wahrnahmen.

Durch die Bodenreform und die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher hatte die Klasse der imperialistischen Großbourgeoisie zu bestehen aufgehört. Es gab im Osten Deutschlands keine Monopolkapitalisten, Bankherren und Großgrundbesitzer mehr. Damit waren aber die Positionen des Kapitalismus auch insgesamt wesentlich geschwächt. So gehörten in der Landwirtschaft den kapitalistischen Be-

trieben nur noch 32 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (gegenüber 63 Prozent vor der Bodenreform). Die werktätigen Bauern waren zur eindeutig vorherrschenden Kraft geworden. In der Industrie entfielen auf die kapitalistischen Betriebe lediglich 39 Prozent der Bruttoproduktion. Da die in das Eigentum des Volkes überführten Betriebe der großen Konzerne vornehmlich zur Schwerindustrie gehörten, war die volkswirtschaftliche Rolle des volkseigenen Sektors noch bedeutender. Im Grunde genommen befanden sich die Schlüsselpositionen der Industrie, die Kommandohöhen der Wirtschaft in den Händen des Volkes und seiner antifaschistisch-demokratischen Machtorgane.

Die tiefgreifenden ökonomischen Umgestaltungen trugen auf ihre Weise dazu bei, daß sich die Rolle der demokratischen Kräfte, vor allem der Arbeiterklasse, im gesamten politischen Leben weiter festigte. Dies wurde besonders mit der Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) am 12. Februar 1948 deutlich. Wichtigster Bestandteil der DWK waren die Hauptverwaltungen der volkseigenen Betriebe. Widerspiegelten die Landtage und Landesregierungen die Situation von 1946, so entsprach die Zusammensetzung der DWK bereits dem Kräfteverhältnis von 1948, das sich durch die Enteignung der Monopolkapitalisten und die Schaffung eines mächtigen volkseigenen Sektors sowie die Vertiefung der gesamten antifaschistisch-demokratischen Entwicklung weiter zugunsten der demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse verändert hatte.

Die DWK erhielt von der Sowjetischen Militärverwaltung das Recht, Verfügungen zu erlassen, die für das gesamte Gebiet der sowjetischen Besatzungszone rechtsverbindlich waren. Sie war damit die höchste zentrale Instanz zur Leitung der gesamten Volkswirtschaft.

Mit der Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung hatte sich seit dem 8. Mai 1945

eine tiefe Umwälzung vollzogen, die ihrer Bedeutung und Tragweite nach eine Revolution war.

„Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer *Klasse* in die Hände einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer *Revolution,* sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffes"[24], schrieb W. I. Lenin.

Im Osten Deutschlands war die Macht aus den Händen der imperialistischen Großbourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der anderen demokratischen Schichten übergegangen. Die Zerschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und das nach 1945 entstandene Kräfteverhältnis hatten es der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ermöglicht, diese tiefe Revolution in relativ friedlichen Formen – im harten Klassenkampf, doch ohne Bürgerkrieg – zum Siege zu führen.

In schöpferischer Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie auf die konkreten Kampfbedingungen in Deutschland hatte die SED den Beweis erbracht, wie in einem hochindustrialisierten Land, einer ehemaligen Hochburg des Imperialismus, auf friedlichem und demokratischem Wege die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus vernichtet werden können. Jetzt, im Sommer 1948, erwuchsen neue Aufgaben: Sowohl die Notwendigkeit, die Positionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf gegen die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands zu stärken, als auch die inneren Gesetzmäßigkeiten der volksdemokratischen Revolution in Ostdeutschland machten die beschleunigte, allseitige Festigung und Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, den Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung erforderlich. Das wichtigste war, die Produktivkräfte

[24] W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, S. 26.

rasch zu entfalten und den volkseigenen Sektor in der Industrie zu stärken und auszubauen.

Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung begann mit dem von der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED im Juni 1948 beschlossenen Zweijahrplan. Immer stärker entfaltete sich in Ostdeutschland der neue Inhalt der Arbeiterbewegung: die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse, die bereits Keime sich entwickelnder sozialistischer Produktionsverhältnisse waren.

Die Ausarbeitung des Zweijahrplans für die Jahre 1949 bis 1950, dem ein Halbjahrplan für die Zeit vom Juli bis Dezember 1948 vorausgehen sollte, war zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Allein mit kurzfristigen Plänen war es nicht möglich, das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion wieder zu erreichen, geschweige denn zu übertreffen. Diese neuen Aufgaben erforderten ein Vorausdenken für längere Zeit. Die volkseigene Industrie konnte sich nur bei gegenseitiger Abstimmung einzelner Industriezweige entwickeln. Um die Entwicklungsgesetze des volkseigenen Sektors – so vor allem das Gesetz der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft –, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhen, durchzusetzen, mußte zur langfristigen Planung übergegangen werden.

In der damaligen Zeit machte ganz besonders die Wiederherstellung der Betriebe der Hüttenindustrie, des Kohlenbergbaus und anderer wichtiger Industriebetriebe bedeutende langfristige Investitionen notwendig. Der Halbjahrplan und der Zweijahrplan orientierten auf die vorrangige Erhöhung der Eisen- und Stahlerzeugung, der Kohleförderung und der Energieerzeugung sowie auf die Verbesserung des Transportwesens, um die Grundlagen für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft zu schaffen.

Der Zweijahrplan sah vor, die Produktion bis 1950 um 35 Prozent gegenüber 1947 zu steigern. Das war eine große Aufgabe, die nur durch die Anspannung aller Kräfte gelöst werden konnte.

Der Entwurf des Zweijahrplans, der von der SED den Werktätigen zur Diskussion unterbreitet worden war, fand ein breites Echo. Die Arbeiter, Angestellten, Bauern und Angehörigen der Intelligenz begrüßten den Plan und sagten ihre Unterstützung zu. Nach eingehender Diskussion im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde der Zweijahrplan von der Deutschen Wirtschaftskommission zum Gesetz erhoben.

Zusätzliche Schwierigkeiten für die Volkswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone entstanden durch die Spaltungspolitik der imperialistischen Kräfte. Nachdem die westlichen Besatzungsmächte, unterstützt von den führenden Politikern der westdeutschen Bourgeoisie, mit der separaten Währungsreform einen tiefen Graben durch Deutschland gezogen hatten, sperrten sie darüber hinaus alle Lieferungen aus Westdeutschland. Da es im Osten Deutschlands nur ungenügend Steinkohlen- und Eisenerzvorkommen gibt und einige wichtige Industriezweige, so die Hüttenindustrie, nur sehr schwach entwickelt waren, hofften die Imperialisten durch eine solche Blockade den friedlichen Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone zu verhindern. Auf diese Weise wollten sie den großen Einfluß, den das Beispiel der demokratischen Entwicklung im Osten Deutschlands auf den Kampf der westdeutschen Werktätigen hatte, zunichte machen. Die Werktätigen verstärkten ihre Anstrengungen zur Entwicklung der Friedenswirtschaft. Eine große Hilfe erwies die Sowjetregierung, die fast den ganzen Bedarf an Roheisen, Walzstahlerzeugnissen, Nichteisenmetallen, Baumwolle, Wolle, Speisefetten und anderem durch Lieferungen aus der UdSSR deckte. Die Einfuhr aus der Sowjetunion

stieg 1948 gegenüber 1947 auf fast das Sechsfache an. Zugleich wuchs auch die Einfuhr aus den volksdemokratischen Ländern. So verdreifachte sich zum Beispiel die Einfuhr aus Polen, das vor allem Steinkohle und Koks lieferte.

Den Hauptanteil an der Entwicklung der Friedenswirtschaft mußten jedoch die deutschen Werktätigen selbst tragen. Im Herbst 1948 erfuhr die Aktivistenbewegung einen neuen großen Aufschwung. Er wurde eingeleitet durch die bahnbrechende Tat des Bergmanns Adolf Hennecke aus dem Ölsnitz-Zwickauer Steinkohlenrevier. Am 13. Oktober 1948 erfüllte Hennecke durch eine Verbesserung des Arbeitsvorgangs und seine sorgfältige Vorbereitung das Arbeitssoll zu etwa 380 Prozent. Diese vorbildliche Tat durchbrach den verhängnisvollen Kreislauf: Erst mehr essen, dann mehr arbeiten, der sich unter dem immer noch starken Einfluß der bürgerlichen Ideologie in den Köpfen vieler Arbeiter festgesetzt hatte. Die Aktivistenbewegung, anfangs noch belächelt oder sogar verspottet, wuchs nun dank der Erziehungsarbeit der SED und der Gewerkschaften zu einem breiten Strom an. Besonders starken Anteil an der Aktivistenbewegung hatten die Mitglieder der FDJ. Sie stellten sich die Aufgabe, bestimmte Mehrleistungen zu vollbringen, um zu zeigen, daß man in den volkseigenen Betrieben anders arbeiten müsse als früher für die Großaktionäre. Im Laufe eines Jahres wuchs die Zahl der Jungaktivisten von 4000 auf 19 000 an. Auf dem Erfurter Kongreß der jungen Aktivisten im April 1949 wandte sich Walter Ulbricht mit dem Appell an die Jugend, jeder müsse ein Meister seines Faches sein. *„Wir wollen, daß die Aktivisten zu wirklich allseitig geschulten Menschen werden"*, sagte Walter Ulbricht, denn die Aktivisten sind *„die Träger der Zukunft Deutschlands.* Von den Aktivisten in den volkseigenen Betrieben hängt die künftige Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Kultur ab ... *Lernen, lernen und*

nochmals lernen, das ist das Wichtigste für jedes Mädel und für jeden Jungen."[25]

Die außerordentliche Bedeutung der Aktivistenbewegung bestand darin, daß die Aktivisten ihre Leistungen in dem Bewußtsein vollbrachten, durch die Steigerung der Produktion den Weg zu einem schöneren Leben und zur weiteren Festigung der demokratischen Ordnung zu bahnen.

Die Ergebnisse eines solchen Arbeitsaufschwungs blieben nicht aus. Der ursprüngliche Vorschlag der SED für den Zweijahrplan hatte für 1950 ein Produktionsniveau vorgesehen, das 81 Prozent des Umfangs der Vorkriegsproduktion von 1936 ausmachen sollte. Nach der Übererfüllung des Solls im zweiten Halbjahr 1948 konnte ein weitaus höheres Ziel, und zwar 95 Prozent vom Stand des Jahres 1936, gesteckt werden. Ende 1949 ließen die Erfolge das Ziel nochmals erhöhen, und zwar auf 103 Prozent. Der tatsächlich erreichte Umfang der Industrieproduktion der Deutschen Demokratischen Republik betrug 1950 noch wesentlich mehr: 110,6 Prozent im Vergleich zu 1936. Das war der beste Beweis, zu welch großen Arbeitstaten die Arbeiterklasse fähig ist, wenn sie nicht mehr ausgebeutet wird, sondern Herr der Produktionsmittel ist und im Staat die Macht ausübt.

Große Aufgaben stellte der Zweijahrplan auch der Landwirtschaft. Vor allem galt es, die Hektarerträge zu steigern, alle brachliegenden Ländereien für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar zu machen und den Bestand an Nutzvieh und Geflügel wesentlich zu erhöhen. Die Landwirtschaft erhielt bedeutend mehr Kunstdünger, und in der sowjetischen Besatzungszone lief die serienmäßige Herstellung von Traktoren an.

Eine große Hilfe erhielten die werktätigen Bauern durch

[25] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 405 u. 407.

die Maschinen-Ausleih-Stationen, die seit März 1949 als gemischte staatlich-genossenschaftliche Betriebe bestanden (51 Prozent des Aktienkapitals wurde von der DWK gestellt, 44 Prozent von der VdgB und 5 Prozent von den Genossenschaften). Die MAS wurden mit von der Sowjetunion gelieferten 1000 Traktoren, 540 Lastkraftwagen und anderen Maschinen ausgestattet und erhielten eine umfangreiche finanzielle Unterstützung durch die demokratischen Staatsorgane. Die MAS entwickelten sich zu Hauptstützpunkten der Arbeiterklasse und der demokratischen Staatsorgane auf dem Lande. Durch sie wurden den werktätigen Bauern die neuesten Erkenntnisse der Agrarwissenschaft zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vermittelt. Sie halfen, die werktätigen Bauern vor der Ausbeutung der Großbauern zu schützen, das Kräfteverhältnis auf dem Lande zugunsten der demokratischen Kräfte weiter zu verändern und den Einfluß der großbäuerlichen kapitalistischen Elemente zurückzudrängen. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft wurde weiter gefestigt.

Im Ergebnis der Arbeitserfolge der Werktätigen in Stadt und Land verbesserten sich auch allmählich die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Wesentlich erhöhte sich die Einfuhr aus der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern. Im Herbst 1948 entstanden die ersten Läden der Staatlichen Handelsorganisation (HO), in denen die Bevölkerung ohne Marken Lebensmittel und Gebrauchsgüter kaufen konnte. Über zehn Jahre gab es in Deutschland schon Lebensmittelkarten. Jetzt zeigten sich die ersten Ansätze, diese Geißel der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, die mit der Losung „Kanonen statt Butter" eingeleitet worden war, durch die Anstrengungen der Werktätigen zu überwinden. Zunächst waren die Preise in den HO-Läden noch sehr hoch. So kosteten ein Kilogramm Butter 130 DM, ein Kilogramm Zucker 35 DM. Bis zum

Sommer 1949 konnten die Preise bereits um die Hälfte herabgesetzt werden. Die HO-Läden trugen sehr wesentlich zum Kampf gegen Schieber und Spekulanten bei.

Dem gleichen Ziel dienten auch die Volkskontrollausschüsse, die vor allem den Handel überprüften. Großhändler und Unternehmer, die sich durch ungesetzliche Preiserhöhungen und Schiebergeschäfte auf Kosten der werktätigen Bevölkerung bereicherten, hatten sich dafür zu verantworten. So wurden zum Beispiel in Betrieben der Textilindustrie in Glauchau und Meerane für sechs Millionen Mark Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren beschlagnahmt, die nach Westberlin und Westdeutschland verschoben werden sollten. Die Schuldigen an diesen Schiebergeschäften erhielten entsprechend der einmütigen Forderung der Werktätigen strenge Strafen.

Auch auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Sozialfürsorge und der Volksbildung kam das Neue zum Durchbruch. Immer mehr Werktätige erhielten die Möglichkeit, auf Kosten der Sozialversicherung zur Kur zu fahren; sie verbrachten ihren Urlaub in Heimen, die früher nur von den begüterten Schichten aufgesucht wurden. In den Städten und Dörfern entstanden neue Schulen. Es wurden Vorstudienanstalten geschaffen, an denen junge Arbeiter und Bauern Hochschulreife erwerben konnten, die ihnen der Kapitalismus verwehrt hatte. Das humanistische Kunstschaffen, besonders Literatur, Theater und Film, erfuhr eine großzügige Unterstützung durch die antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane.

Diese ersten Erfolge, die davon kündeten, daß ein neues, fortschrittliches Deutschland im Entstehen begriffen war, in dem alle Macht vom Volke ausging, Politik und Wirtschaft nur dem Volkswohl dienten und erstmalig die Lebensinteressen der Nation erfüllt wurden, basierten auf harten Anstrengungen und vielen Opfern. Die entmachteten Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer hatten

ihre Hoffnung noch keineswegs aufgegeben, daß sie auch in Ostdeutschland die demokratische Entwicklung rückgängig machen und ihre alten Machtpositionen in Politik und Wirtschaft wiederaufrichten könnten. Sie erhielten Auftrieb vor allem durch die Entwicklung in den Westzonen, aber auch durch die gesamte internationale Situation, der die Entfesselung des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten den Stempel aufdrückte. Die Zahl ihrer Anhänger oder derjenigen, auf die sie sich in ihrer Politik stützen konnten, war zu dieser Zeit auch im Osten Deutschlands keineswegs gering. Es gab noch viele Menschen, die die Richtigkeit des antifaschistisch-demokratischen Weges nicht begriffen, die die antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane, die Maßnahmen zur Wirtschaftsplanung, ja sogar die Schaffung des volkseigenen Sektors in der Industrie für die noch schwierige wirtschaftliche Situation verantwortlich machten, obwohl diese das Ergebnis des vom deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieges war.

Unter den bürgerlichen Politikern, den Privatunternehmern, den kapitalistischen Elementen in Industrie, Landwirtschaft und Handel gab es nicht wenige, die nach wie vor einen Staat nach dem Muster der Weimarer Republik wünschten. Sie waren gegen eine weitere Stärkung der Position der Arbeiterklasse, gegen die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, für die Zulassung von kapitalistischen Unternehmerverbänden und für eine stärkere Förderung der kapitalistischen Betriebe.

Da zur damaligen Zeit zumindest nach außen noch bestimmte Beschränkungen des Monopolkapitals in Westdeutschland wirksam waren, meinten diese Kreise, daß in den Westzonen doch ein solches Regime einer verbesserten bürgerlichen Demokratie bestände, daß dort die kleinen und mittleren Unternehmer größere Entwicklungsmöglichkeiten hätten und zugleich einige Schranken gegen eine

Allmacht des Monopolkapitals errichtet worden seien. Die weitere Entwicklung hat bewiesen, daß diese Vorstellungen illusionär waren. Es kann keinen Mittelweg geben zwischen einer wahrhaft demokratischen Ordnung, die zur sozialistischen Entwicklung tendiert, und einer kapitalistischen Ordnung, in der über kurz oder lang das Monopolkapital alle entscheidenden Positionen in Politik und Wirtschaft besetzt und der staatsmonopolistische Kapitalismus alle Schichten der Bevölkerung niederhält. Aber 1948/1949 fehlte noch diese praktische Erfahrung, und die vor allem im Kleinbürgertum und unter den kleinen und mittleren kapitalistischen Unternehmern vorhandenen Illusionen erleichterten es den Interessenvertretern des Monopolkapitals, gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung und ihre Festigung, gegen die wachsende Hegemonie der Arbeiterklasse aufzutreten.

So kam es in der CDU und in der LDPD zu verstärkten Auseinandersetzungen zwischen den reaktionären und den demokratischen Kräften. Die reaktionären Elemente wandten sich gegen die Aufrechterhaltung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und vor allem gegen die Festigung der demokratischen Umgestaltung. Sie sprachen sich gegen den Zweijahrplan, gegen die Förderung der volkseigenen Betriebe und gegen die Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft aus. Im Grunde genommen handelten sie im Interesse und zum Teil auch im direkten Auftrag der in den Westzonen wiedererstarkenden Kräfte des Monopolkapitals, die alle Anstrengungen unternahmen, um ihre alten Positionen auch in Ostdeutschland zurückzuerhalten, um ganz Deutschland auf den alten verderblichen Weg der Vorbereitung eines Aggressionskrieges zurückzuführen.

Dank der Haltung, die die Mehrheit der Mitglieder an den Tag legte, und der Unterstützung durch die Arbeiterklasse und ihre Partei konnten sich jedoch in diesen Aus-

einandersetzungen die demokratischen Kräfte um Otto Nuschke, Reinhold Lobedanz, August Bach und andere in der CDU, Wilhelm Külz, Johannes Dieckmann, Hans Loch und andere in der LDPD durchsetzen. Den westdeutschen imperialistischen Kreisen und ihren Helfershelfern gelang es nicht, den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, diese große Errungenschaft der patriotischen Kräfte des deutschen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, zu sprengen.

Im Frühjahr 1948 bildeten sich in der sowjetischen Besatzungszone zwei neue Parteien: Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). In der DBD schlossen sich vor allem Bauern und Landarbeiter zusammen, in der NDPD Handwerker und Gewerbetreibende sowie ehemalige Berufsoffiziere, die einen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit gezogen und mit dem Nazismus und Militarismus restlos gebrochen hatten. Die beiden neuen Parteien bekannten sich zur engen Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse und traten für die feste Einheit aller demokratischen Kräfte ein. Der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde erweitert und konstituierte sich am 3. September 1948 als Demokratischer Block, dem nunmehr die SED, die CDU, die LDPD, die DBD, die NDPD sowie die größten demokratischen Massenorganisationen, der FDGB und die FDJ, angehörten. 1952 wurde auch der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) in den Demokratischen Block aufgenommen.

Im Januar 1949 trat die 1. Parteikonferenz der SED zusammen. Sie faßte wichtige Beschlüsse zur weiteren Stärkung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und formulierte die Grundsätze ihrer weiteren Politik. Als wichtigste politische Aufgabe bezeichnete sie, die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone allseitig zu festigen, denn nur so konnte

der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage erfolgreich geführt werden.

Die SED stellte auf ihrer Parteikonferenz fest, daß sich die Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung als die führende Kraft erwiesen habe. „Die besondere Rolle der Arbeiterklasse besteht darin", hieß es in der Entschließung der Parteikonferenz, „daß sie im Unterschied zu den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten die demokratische Linie konsequent und ohne Schwankungen durchführte, die Überreste des Faschismus und Militarismus entschieden beseitigte und die Selbständigkeit, Energie und Initiative aller Werktätigen in Stadt und Land entwickelte. Dadurch hat die Arbeiterklasse breite Volksmassen für den Kampf um Demokratie, Frieden und die Einheit Deutschlands gewonnen."[26]

Jetzt galt es, die führende Rolle der Arbeiterklasse weiter zu erhöhen. Walter Ulbricht betonte daher in seinem Referat, die Arbeiterklasse müsse sich ihre führende Rolle tagtäglich dadurch erwerben, daß sie sich in den Betrieben und im demokratischen Staatsapparat an die Spitze des Kampfes um die Erfüllung des Wirtschaftsplans stellt, die Erkenntnisse der fortschrittlichen Wissenschaft aneignet und unter der Führung ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei, eine breite Bewegung für den demokratischen Aufbau entfaltet.

Die Parteikonferenz forderte nachdrücklich, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und anderen Schichten weiter zu stärken sowie die Blockpolitik der SED mit allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen zu festigen und zu entwickeln.

Die SED ging bei der Ausarbeitung ihrer Politik davon aus, daß die Periode der antifaschistisch-demokratischen

[26] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 192.

Umwälzung noch nicht abgeschlossen war, daß die Festigung des volkseigenen Sektors, der Übergang zur langfristigen Planung, die Weiterentwicklung der demokratischen Verwaltungsorgane und andere Maßnahmen demokratische und nicht unmittelbar sozialistische Aufgaben waren.

Die demokratische Bewegung ist jedoch in unserem Jahrhundert nicht durch eine hohe Mauer von der sozialistischen Revolution getrennt. Zwischen beiden besteht eine dialektische Einheit. Je tiefer die Demokratie, je konsequenter ihre Festigung, um so mehr wird das Hinüberwachsen der demokratischen in die sozialistische Revolution gefördert, die historisch heute in der ganzen Welt auf der Tagesordnung steht. Den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz lag daher die schöpferische Anwendung der Leninschen Theorie vom Hinüberwachsen der demokratischen in die sozialistische Revolution zugrunde, jener objektive Prozeß, für den die günstigsten Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Auf dem Wege des ökonomischen Wettbewerbs mit dem privatkapitalistischen Sektor galt es, das Übergewicht des volkseigenen Sektors in der gesamten Wirtschaft herzustellen und die wirtschaftlichen Grundlagen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen. Diese Politik, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeitet wurde, entsprach den Interessen der Arbeiterklasse und aller Schichten der Bevölkerung. Sie wurde daher auch vom Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen gebilligt. Mit der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Entwicklung der Friedenswirtschaft im Osten Deutschlands wurde der Beweis angetreten, daß ein friedlicher und demokratischer Aufstieg Deutschlands nur ohne die Herrschaft des Monopolkapitals, nur durch die restlose Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus möglich ist.

10. Das historische Jahr 1949

Im Winter 1948/1949 spitzte sich die internationale Situation durch die Aggressionspolitik der imperialistischen Mächte außerordentlich zu. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges wurde immer bedrohlicher. Die Kriegsvorbereitungen liefen auf Hochtouren. Der amerikanische Imperialismus traf die letzten Maßnahmen, um die von ihm abhängigen europäischen kapitalistischen Staaten im Nordatlantikpaktsystem zu einem einheitlichen Kriegsblock zusammenzuschmieden. Der kalte Krieg drohte zu einem heißen zu werden.

Eine besondere Rolle hatten die auf einen neuen Krieg hinsteuernden aggressiven Kräfte des amerikanischen Imperialismus den Westzonen Deutschlands zugedacht. Das Gebiet an Rhein und Ruhr sollte wieder zum Waffenarsenal werden, und die Hitlergenerale sollten die Aufgaben übernehmen, eine neue deutsche Aggressionsarmee aufzubauen und die von ihnen gesammelten „Osterfahrungen" der NATO zu übermitteln. Dem westdeutschen Staat, den die imperialistischen Mächte gemeinsam mit den imperialistischen Kräften Deutschlands aus der Taufe heben wollten, war die Funktion des Sturmbocks gegen das sozialistische Lager zugedacht.

Die imperialistischen Kräfte glaubten, daß es ihnen demnächst möglich sein werde, ihre aggressiven Absichten zu verwirklichen, die volksdemokratischen Länder zu überrollen und der Sowjetunion ihren Willen aufzuzwingen. Sie gaben sich dieser Hoffnung hin, da es ihnen nach der Zurückdrängung der demokratischen Bewegung in den westeuropäischen Ländern gelungen zu sein schien, sich ein festes Hinterland für ihre militärischen Abenteuer zu sichern. Sie gaben sich dieser Hoffnung vor allem auch deshalb hin, weil sie meinten, noch für Jahre hinaus einen gewaltigen Vorsprung in der Herstellung atomarer Waffen

zu haben, der es ihnen ermöglichen würde, die sozialistischen Länder unter Druck zu setzen und im Kriegsfall durch die Anwendung der Atomwaffen niederzuschlagen.

Doch das Jahr 1949 zeigte, daß das Illusionen waren. Im Frühjahr 1949 entfaltete sich in der ganzen Welt und besonders in den westeuropäischen Ländern eine gewaltige Bewegung zur Beseitigung der Kriegsgefahr. Die kommunistischen Parteien gaben Erklärungen ab, daß sie im Falle eines Überfalls auf die Sowjetunion an der Spitze der Werktätigen den Kampf für die Niederlage der imperialistischen Regierungen, für die Zerschlagung des imperialistischen Systems aufnehmen würden. Diese Erklärungen fanden einen starken Widerhall bei der Bevölkerung. Den aggressiven Kräften des Imperialismus wurde deutlich, daß es ihnen noch keineswegs gelungen war, ein sicheres Hinterland für ihre militärischen Abenteuer zu schaffen. Im Frühjahr 1949 entstand darüber hinaus die Weltfriedensbewegung, die größte und umfassendste organisierte Bewegung in der Geschichte. Die Vertreter von über 600 Millionen Menschen in den verschiedensten Teilen der Welt verkündeten auf dem Weltfriedenskongreß in Paris und auf dem parallel tagenden Kongreß in Prag (hier hatten sich jene Delegierten versammelt, denen von der französischen Regierung die Einreise verweigert worden war) ihren eindeutigen Willen, alles zu unternehmen, um den Kriegstreibern in den Arm zu fallen und der Menschheit den Frieden zu sichern. Die Friedenskräfte waren im Vormarsch, und die aggressiven Kreise der imperialistischen Mächte mußten dies in ihrer Politik berücksichtigen.

Im September 1949 veröffentlichte die Sowjetregierung eine Mitteilung, daß in der Sowjetunion atomare Waffen erprobt würden und es somit den sowjetischen Wissenschaftlern gelungen sei, das Atommonopol der USA end-

gültig zu durchbrechen. So hatte sich sowohl das politische als auch das militärische Kräfteverhältnis weiter zugunsten des sozialistischen Lagers, zugunsten der friedliebenden Völker, zugunsten des Friedens verändert.

Die Westmächte mußten dieser Entwicklung und dem positiven Echo, das die friedliebende Außenpolitik der Sowjetunion fand, Rechnung tragen. Im Mai 1949 wurde auf Initiative der Sowjetregierung vereinbart, die im Sommer 1948 nach der separaten Währungsreform erfolgten beiderseitigen Beschränkungen im Verkehr und in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Westzonen, der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und den Westsektoren Berlins aufzuheben. Die Regierungen der Westmächte stimmten zu, auf einer neuen Tagung des Rates der Außenminister in Paris das Deutschlandproblem gemeinsam mit der Sowjetunion zu erörtern.

Zwar lehnten sie auch auf dieser Konferenz (23. Mai bis 20. Juni 1949) die konkreten und konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, die sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages wie schon auf den früheren Tagungen des Außenministerrates ab; sie mußten sich jedoch dazu bekennen, nichts zu unternehmen, was die Spaltung Deutschlands und die bestehenden Spannungen weiter vertiefen könnte.

In dem Kommuniqué der Pariser Tagung, das am 20. Juni 1949 unterzeichnet wurde, hieß es:

„Im Sinne der Absichten der Minister, ihre Bemühungen um die Erreichung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, werden sich die Besatzungsbehörden in Berlin gemeinsam auf Viermächtegrundlage beraten. Zu diesem Zweck können die einzelnen Besatzungsbehörden deutsche Sachver-

ständige und Organisationen, nachdem sie sich vorher verständigt haben, anhören."[27]

Mehr noch als früher hing die weitere Entwicklung in Deutschland vom Handeln des deutschen Volkes ab. In beiden Teilen Deutschlands gab es verantwortliche deutsche Machtorgane, die bei aller Verschiedenheit ihres Aufbaus, ihres Charakters und ihrer politischen Zusammensetzung 1949 bereits über weit größere Machtbefugnisse verfügten, als das in den Jahren vorher der Fall gewesen war. In beiden Teilen Deutschlands gab es festgefügte Parteien und Organisationen, die in der Bevölkerung über einen, wenn auch unterschiedlichen, so doch zumeist starken Einfluß verfügten und imstande waren, eine aktive deutsche Politik zu betreiben. Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands brachte daher in einer Erklärung zum Abschluß der Pariser Außenministerkonferenz erneut den Willen und die Entschlossenheit zum Ausdruck, „mit allen Parteien, Organisationen, Vereinigungen und Personen, ohne Unterschied parteipolitischer oder weltanschaulicher Auffassungen, zusammenzuarbeiten. Die Vereinbarungen der Pariser Außenministerkonferenz werden auf dem Papier bleiben, wenn nicht der starke entschlossene Wille des deutschen Volkes dahintersteht."[28]

Im Osten Deutschlands konnten die Volksmassen ihren Willen offen und frei zum Ausdruck bringen. Am 15. und 16. Mai 1949 fanden in der sowjetischen Besatzungszone allgemeine geheime Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 95 Prozent stimmten zwei Drittel aller Wähler für die von den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen gemeinsam vorgeschlagenen Kandidaten für den III. Deutschen Volkskongreß und für die Ziele der Volkskongreßbewegung: die Sicherung der demokratischen Einheit

[27] Tägliche Rundschau (Berlin), 21. Juni 1949.
[28] Dokumente der SED, Bd. II, S. 261.

Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages. Sie bekannten sich damit zu der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung, zu den demokratischen Errungenschaften im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus.

Der aus diesen allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgegangene III. Deutsche Volkskongreß, der Ende Mai 1949 in Berlin zusammentrat, bestätigte die Verfassung für eine demokratische deutsche Republik, die erste wirklich demokratische Verfassung in der Geschichte Deutschlands. Im Unterschied zum westzonalen Grundgesetz, das hinter verschlossenen Türen entstand und auf Anweisung der imperialistischen Besatzungsmächte mehrfach abgeändert wurde, um dann schließlich erst nach Bestätigung durch die Besatzungsmächte in Kraft zu treten, war die vom III. Deutschen Volkskongreß beschlossene Verfassung unter breiter Mitwirkung der Volksmassen ausgearbeitet worden.

Der Verfassungsentwurf war von einem vom Deutschen Volksrat gewählten Ausschuß, dem unter dem Vorsitz Otto Grotewohls 32 Mitglieder – Vertreter aller Parteien und Bevölkerungsschichten, darunter neun Vertreter aus den Westzonen – angehörten, formuliert worden. In ihm fanden die Ergebnisse der umfassenden Diskussion Berücksichtigung, die bereits seit dem Herbst 1946 zu dem ersten Entwurf einer Verfassung für eine künftige deutsche demokratische Republik geführt wurde; diesen Entwurf hatte der Parteivorstand der SED der Öffentlichkeit in ganz Deutschland vorgelegt.

Nachdem der Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrats seinen Entwurf im Oktober 1948 veröffentlicht hatte, nahm die Bevölkerung in etwa 9000 Versammlungen, in Zeitungen und Zeitschriften zu seinem Inhalt Stellung. 503 Abänderungsvorschläge und 15 000 weitere Stellungnahmen gingen zu dem Verfassungsentwurf ein und wurden vom III. Deutschen Volkskongreß berücksichtigt.

Die vom III. Deutschen Volkskongreß angenommene Verfassung bestätigte den gesellschaftlichen Fortschritt, der im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erzielt worden war. Sie legte die Grundrechte und die demokratischen Freiheiten der Bürger fest und erhob das Prinzip „Alles durch das Volk – alles für das Volk!" zum obersten Gesetz. Die Entmachtung der Konzern- und Bankherren, der Großgrundbesitzer und Junker wurde verfassungsmäßig verankert. Die Verfassung enthielt die notwendigen Bestimmungen für die völlige Durchsetzung und Sicherung der Volkssouveränität.

Der III. Deutsche Volkskongreß wählte aus seinen Reihen den Deutschen Volksrat, der die Aufgabe hatte, den Kampf gegen die drohende Spaltung Deutschlands, für die Sicherung des Friedens und eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung zu leiten. Nach einer Vereinbarung, die im Demokratischen Block getroffen worden war, gehörten dem Deutschen Volksrat 90 Vertreter der SED, 45 der CDU, 45 der LDPD, 15 der NDPD, 15 der DBD, 30 des FDGB, 10 der FDJ, 10 des DFD, 5 der VdgB, 10 der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), 5 der bäuerlichen Genossenschaften, 10 des Kulturbundes, 5 der SPD-Berlin an sowie 35 Persönlichkeiten, die keine der genannten Parteien beziehungsweise Organisationen vertraten. Die Verteilung der Sitze zwischen den Parteien erfolgte entsprechend dem Wahlergebnis der Landtags- und Gemeindewahlen vom Herbst 1946.

Gewählt von den über 2000 Delegierten, die aus den allgemeinen geheimen Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangen waren, sowie den 528 Delegierten, die verschiedenste Organisationen und Vereinigungen aus Westdeutschland entsandt hatten, war der Deutsche Volksrat die einzige legitime Vertretung aller Schichten der Bevölkerung, der Repräsentant des ganzen deutschen Volkes.

Alle Bemühungen der Volkskongreßbewegung, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen demokratischen Parteien, der Gewerkschaften sowie der Deutschen Wirtschaftskommission, durch gemeinsame Aussprachen mit entsprechenden Vertretern Westdeutschlands die notwendigen Schritte einzuleiten, um die drohende Spaltung Deutschlands zu verhindern und die Voraussetzungen für die Entstehung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates zu schaffen, scheiterten an der Ablehnung der führenden westdeutschen Politiker. Zwei Faktoren waren es, die vornehmlich einen aktiven Widerstand der Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Spaltung Deutschlands und die Bildung des Bonner Separatstaates verhinderten:

1. Die zunehmende antikommunistische und antisowjetische Hetze, die angesichts der Tatsache, daß es in den Westzonen nie eine richtige Entnazifizierung des politischen, wirtschaftlichen und vor allem auch des geistigen Lebens gegeben hatte, vielfach auf günstigen Nährboden fiel.

2. Die erneute Vertiefung der Spaltung in den Reihen der Arbeiterbewegung durch die Führer der SPD, die mit ihrer Politik die Restauration der kapitalistischen Staatsmacht und der Monopole mit ermöglicht hatten. Die rechten Führer der SPD bekämpften wütend die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Ostdeutschland, nahmen zugleich aktiv an der Durchsetzung aller auf die Zerschlagung der deutschen Einheit gerichteten Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und der westdeutschen Reaktion teil oder deckten sie durch eine Scheinopposition, mit der sie die Massen von energischen Aktionen gegen die Zerreißung Deutschlands und gegen die reaktionäre Entwicklung in den Westzonen abhielten.

Hinzu kam die Politik der imperialistischen Besatzungsmächte, die nach der wirtschaftlichen nun auch Schritt um Schritt die staatliche Spaltung Deutschlands einleiteten.

Kaum war die Tinte unter dem gemeinsamen Kommuniqué der Pariser Außenministertagung getrocknet, als unter den Fittichen der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen am 14. August 1949 Wahlen zu einem westdeutschen Bundestag durchgeführt wurden. Am 7. September 1949 konstituierten sich der Bundestag und der aus den Vertretern der Länder bestehende Bundesrat in Bonn, um am 12. September Theodor Heuss zum Bundespräsidenten zu wählen. Am 15. September wählte der Bundestag Konrad Adenauer zum Kanzler, der dann fünf Tage später die aus einer Koalition von CDU/CSU, SPD und Deutsche Partei bestehende Regierung bildete. Am nächsten Tag, am 21. September, trat das Besatzungsstatut in Kraft, das die höchste Gewalt in die Hände der imperialistischen Besatzungsmächte und der von ihnen eingesetzten Hohen Kommission legte und das Besatzungsregime auf unbestimmte Zeit verlängerte.

Die wichtigsten Souveränitätsrechte waren dem Bonner Staat vorenthalten und wurden nach wie vor von den Besatzungsmächten ausgeübt. So war es der Bonner Regierung versagt, eine eigene Außenpolitik zu betreiben, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten zu unterhalten und in allen die Einheit Deutschlands betreffenden Fragen selbständig zu handeln. Die Besatzungsmächte behielten sich das Recht vor, falls sie es für notwendig erachteten, das Grundgesetz oder einzelne Teile außer Kraft zu setzen und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen. Die Situation in Deutschland hatte sich damit grundlegend verändert.

Die Zerreißung der nationalen Einheit Deutschlands war zur Tatsache geworden.

Angesichts dieses durch die völlige Spaltung Deutschlands heraufbeschworenen nationalen Notstands rief die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur Bildung einer Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf. Der

Parteivorstand der SED schlug in seiner Entschließung vom 4. Oktober 1949 eine Plattform vor, auf deren Grundlage sich alle patriotischen Kräfte für den gemeinsamen Kampf verständigen konnten.

„Diese Plattform", erklärte der Parteivorstand der SED, „muß alle großen nationalen Fragen umfassen, die heute das ganze deutsche Volk vereinen. Solche Fragen sind vor allem: Einheit Deutschlands, Friedensvertrag, Abzug aller Besatzungstruppen in einer festzusetzenden kurzen Frist nach Abschluß des Friedensvertrages, restlose Entmilitarisierung, Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit und Souveränität des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage."[29]

Ende September, noch stärker Anfang Oktober 1949 wurde angesichts des nationalen Verrats der Bonner Spalterregierung immer lauter die Forderung erhoben, eine wahrhaft demokratische deutsche Regierung zu bilden, die berufen ist, für das Volk zu sprechen. 5700 Werktätige des Benzinwerkes Böhlen bei Leipzig forderten eine wahrhaft demokratische und unabhängige Regierung, die die Interessen des werktätigen Volkes vertritt. Die 3000 Arbeiter und Angestellten des Berliner Kabelwerkes Oberspree erklärten in einer Entschließung:

„Wir Arbeiter und Angestellte des KWO sind nicht bereit, das aus Westdeutschland neu heraufziehende Verhängnis abzuwarten. Uns fällt der Aufbau der friedlichen Industrie nicht leicht. Deshalb können wir nicht länger die feindseligen Taten der Gauleiter der fremden Unterdrükker hinnehmen... Wir fordern hiermit den Deutschen Volksrat auf, alle Schritte zur Bildung einer deutschen Regierung einzuleiten."[30]

Erwartungsvoll blickten Millionen Deutsche, die in der Schaffung einer wahrhaft deutschen Regierung den zur Zeit

[29] Ebenda, S. 364.
[30] Neues Deutschland, 2. Oktober 1949.

wichtigsten Schritt zur Überwindung des nationalen Notstandes sahen, auf den Deutschen Volksrat.

Am 5. Oktober 1949 faßten das Präsidium des Deutschen Volksrats und der Demokratische Block in einer gemeinsamen Sitzung entsprechend den Forderungen der Volksmassen folgenden Beschluß:

„Zur Wahrung der nationalen Interessen des deutschen Volkes im Wege der nationalen Selbsthilfe, wird ... der vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 gewählte Deutsche Volksrat aufgefordert, sich gemäß der vom 3. Deutschen Volkskongreß beschlossenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zur provisorischen Volkskammer umzubilden und eine verfassungsmäßige Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen."[31]

Am 7. Oktober 1949 trat dann der Deutsche Volksrat in Berlin zusammen. Tausende von Menschen hatten sich in den Abendstunden auf den Straßen Berlins versammelt, vor allem im Stadtzentrum und unmittelbar vor dem Gebäude des Deutschen Volksrats, und warteten voller Ungeduld und Hoffnung, während die Provisorische Volkskammer zusammentrat und die Deutsche Demokratische Republik proklamierte.

Sie nahm das Gesetz zur Bildung der Regierung einstimmig an und setzte die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Gemäß der Verfassung benannte die SED als stärkste Fraktion den Vorsitzenden des Parteivorstandes Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten der DDR.

Die von ihm gebildete und am 12. Oktober von der Volkskammer bestätigte Provisorische Regierung bestand aus Vertretern aller antifaschistisch-demokratischen Parteien: 8 Mitglieder der Regierung gehörten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an, 4 der Christlich-De-

31 Ebenda, 6. Oktober 1949.

mokratischen Union, 3 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, einer der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, einer der National-Demokratischen Partei Deutschlands, und ein Regierungsmitglied war parteilos.

War die erste Maßnahme der imperialistischen Westmächte nach der Errichtung des reaktionären Bonner Staates die Verkündung des Besatzungsstatuts, mit dem die oberste Gewalt in die Hand der drei Besatzungsmächte gelegt wurde, so bestand die erste Handlung der Regierung der UdSSR darin, daß sie am 10. Oktober 1949 alle Verwaltungsfunktionen, die bisher noch der Sowjetischen Militärverwaltung zustanden, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergab. Dieser historische Akt vollzog sich im gleichen Raum in Berlin-Karlshorst, in dem die Generale der geschlagenen faschistischen Wehrmacht am 8. Mai 1945 die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatten.

Dort, wo die gesetzmäßige Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg besiegelt worden war, erhielt nunmehr der ebenso gesetzmäßige Sieg der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes über die Verderber der Nation, der seinen Ausdruck in der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gefunden hatte, durch die Sowjetunion seine internationale Anerkennung.

Auf einer gemeinsamen Tagung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer wurde am 11. Oktober 1949 der Vorsitzende des Parteivorstandes der SED, Wilhelm Pieck, zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte Wilhelm Pieck: „Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdlichen Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat, unternehmen wir die ersten Schritte der staatlichen Selbständigkeit des deutschen Volkes ... Ich appelliere an das ganze

deutsche Volk, gemeinsam seine Kräfte für die Erhaltung der Einheit seines Vaterlandes und für die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages einzusetzen."[32]

Am nächsten Tag betonte Otto Grotewohl in der ersten Regierungserklärung: „Die Regierung geht aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung... Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. Daher halten es die Mitglieder der deutschen Regierung für ihre erste Verpflichtung, zu den Aktivisten zu gehen, die den Aufbau unserer Wirtschaft und des Staates tragen, ohne den unsere Arbeit sinnlos sein müßte. Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen."[33]

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stimmte auf zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen dem historischen Akt zu, der in diesen Tagen in Berlin vollzogen worden war. Die größte Kundgebung, die die deutsche Hauptstadt je erlebt hatte, fand am Abend der Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten der Republik statt. Hunderttausende Menschen, darunter Delegationen aus allen Teilen der jungen Republik und auch aus Westdeutschland, voran die Jugend, begrüßten die Wahl des ersten Arbeiterpräsidenten und die Geburt des neuen Deutschlands, des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

In einem gewaltigen Fackelzug zog die Jugend an der vor der Humboldt-Universität, Unter den Linden, errichteten Tribüne vorbei, auf der Wilhelm Pieck stand, um dem Präsidenten zu geloben, ihre ganze Kraft für den Auf-

[32] Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 303.

[33] Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. I, S. 491 u. 507.

bau der Republik, für ein friedliebendes demokratisches Deutschland einzusetzen.

In den historischen Oktobertagen des Jahres 1949 fand die antifaschistisch-demokratische Umwälzung ihre sichtbare Krönung. An die Stelle des im zweiten Weltkrieg zusammengebrochenen und durch die revolutionäre Tat des deutschen Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Osten Deutschlands endgültig zerschlagenen imperialistischen Staates war der erste wahrhaft demokratische, friedliebende deutsche Staat getreten, in dem die Macht der Arbeiterklasse und ihren Bundesgenossen, der werktätigen Bauernschaft und den anderen demokratischen Schichten, gehörte.

Gestützt auf die neue Qualität, die die Staatsmacht durch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erhalten hatte, konnte nunmehr der Prozeß des Hinüberwachsens der demokratischen in die sozialistische Etappe der Revolution in ein neues Stadium treten. Die Entwicklung der revolutionär-demokratischen Arbeiter-und-Bauern-Macht zu einer Staatsmacht, die voll und ganz die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübt, vollzog sich im Osten Deutschlands nicht durch einen einmaligen Akt, sondern war die Folge allmählicher qualitativer Veränderungen auf friedlichem Wege. Sie war Ergebnis eines hartnäckigen Klassenkampfes und Ausdruck einer tiefgehenden Revolution.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist das bedeutendste Ereignis in diesem Prozeß des Hinüberwachsens der ersten in die zweite Etappe der volksdemokratischen Revolution. Mit ihr erhielten die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse jene staatliche Basis, die es ermöglichte, die antifaschistisch-demokratische Ordnung – das Vorbild eines einheitlichen demokratischen Deutschlands – zu stärken und den nächsten Schritt zu tun, um die Revolution in der Rich-

tung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus weiterzuführen und zu vertiefen.

Die Entwicklung im Osten Deutschlands war eine erneute Bestätigung für die Richtigkeit der Leninschen Theorie von der Revolution im Zeitalter des Imperialismus, der allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen.

In Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik entstand im Oktober 1949 die staatliche Basis für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat. Sie wurde geboren im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes: die Bändigung und Beseitigung des Militarismus und Imperialismus. Auf ihr Banner schrieb sie die Worte Frieden und Völkerfreundschaft.

II. Kapitel

Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (1949 bis 1955)

1. Die ersten Schritte der jungen Republik

Die erste Amtshandlung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestand darin, daß ihre Minister am Tage nach der Bestätigung der Regierung, am 13. Oktober 1949, in die Großbetriebe gingen, dort vor den Werktätigen Rechenschaft über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ablegten und das Regierungsprogramm erläuterten. Und der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, schlug am 26. Oktober der Bundesrepublik vor, Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutschen Staaten über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands aufzunehmen.

Auf außenpolitischem Gebiet begann die Regierung ihre Tätigkeit damit, daß sie in einer an alle Regierungen ge-

richteten Erklärung die Treue der Deutschen Demokratischen Republik zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens betonte und sich zu den Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung bekannte. Als erste innenpolitische Maßnahme beschloß die Regierung, die Renten und die Lebensmittelrationen zu erhöhen.

Diese ersten Amtshandlungen kennzeichneten den Charakter des neuen deutschen Staates, der am 7. Oktober 1949 entstanden war. Es war der Staat der Arbeiter und Bauern, der Staat des Friedens, der Staat des Fortschritts und des Humanismus, der erste deutsche Staat, in dem das Prinzip galt „Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz". Die Deutsche Demokratische Republik war der rechtmäßige deutsche Staat, denn sie war aus dem Kampf der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zur Lösung seiner nationalen Lebensfrage durch die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus hervorgegangen und bot damit ein Beispiel für die Beherzigung der Lehren der deutschen Geschichte. Diese Rechtmäßigkeit zeigte sich in dem klaren Bekenntnis zu den Grundsätzen der gemeinsamen Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition, so vor allem des Potsdamer Abkommens, das auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik restlos verwirklicht wurde.

Die Rechtmäßigkeit der Deutschen Demokratischen Republik ergab sich daraus, daß der Arbeiter-und-Bauern-Staat die Ziele zum Gesetz erhob, für die die friedliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes gegen den Hitlerfaschismus gekämpft und ungeheure Opfer gebracht hatten.

Die Rechtmäßigkeit kam auch darin zum Ausdruck, daß die DDR die friedlichen Interessen des gesamten deutschen Volkes vertrat und sich in ihrer Politik aktiv für die Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer, fried-

liebender, unabhängiger und in der Welt geachteter Staat einsetzte.

Schließlich ergab sich die Rechtmäßigkeit der DDR vor allem daraus, daß ihre Gründung ein Akt der Selbstbestimmung des deutschen Volkes war, daß zum ersten Mal in der deutschen Geschichte der Grundsatz „Die Staatsmacht geht vom Volke aus" verwirklicht wurde und die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten des Volkes die Ausübung der Staatsmacht übernahm.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik löste ein breites internationales Echo aus. Bereits am 15. Oktober 1949 wurde die DDR durch die Regierung der UdSSR anerkannt. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion folgte der Austausch von diplomatischen Vertretungen der DDR mit Bulgarien, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und Albanien.

Aus vielen Ländern der Welt trafen in Berlin Telegramme und Briefe ein, in denen begrüßt wurde, daß es jetzt auf deutschem Boden einen friedliebenden und demokratischen Staat gab, der dem Fortschritt des gesamten deutschen Volkes den Weg bahnte. Zahlreiche Grußadressen, in denen die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf das wärmste begrüßt wurde, sandten auch fortschrittliche Kräfte aus Westdeutschland, unter ihnen Betriebsräte, Politiker und Kulturschaffende.

Die beiden großen deutschen Dichter Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, die nach dem Machtantritt des Faschismus Deutschland verlassen mußten, schrieben in einem Telegramm an Wilhelm Pieck: „Lieber, sehr verehrter Präsident Wilhelm Pieck. Erlauben Sie uns, Ihnen und dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl unsere herzlichsten Wünsche auszusprechen. Wir brauchen Ihnen nicht zu ver-

sichern, mit welch tiefer Teilnahme wir das Schicksal der jungen Republik unter Ihrer beider Führung verfolgen."[1]

Zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, mit grundverschiedener Politik auf dem Boden einer Nation – das war die neue Lage, die Realität im Herbst 1949. Natürlich konnte niemand im voraus die Dauer dieses Zustands bestimmen. Würden die Spaltung Deutschlands und das Bestehen von zwei deutschen Staaten zwei Jahrzehnte oder länger andauern, würden die Volksmassen des westdeutschen Staates, beeinflußt durch das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, die Gesetzmäßigkeit des historischen Fortschritts und die Lebensinteressen der Nation schon in wenigen Jahren durchsetzen, oder würde es den imperialistischen Kräften in Westdeutschland mit Unterstützung ihrer ausländischen Bundesgenossen und Schirmherren möglich werden, die Flammen des Bürgerkrieges in Deutschland zu entzünden, um den Versuch zu unternehmen, ihre Betriebe und Güter, die in der DDR Volkseigentum geworden waren, zurückzuerhalten?

Wie die Entwicklung in Deutschland weitergehen sollte, hing in letzter Instanz vom deutschen Volke selbst ab, davon, ob die demokratischen, friedliebenden Kräfte oder die restaurativen, imperialistischen Kräfte schneller an Stärke gewinnen würden. Die zukünftige Gestaltung Deutschlands war also abhängig von den weiteren Veränderungen des Kräfteverhältnisses in Deutschland, aber auch in der Welt.

Klar war dabei eins: Ein beharrlicher, harter und längerer Kampf stand in Deutschland bevor. Die Bedingungen dieses Kampfes um die Lösung der nationalen Lebensfragen des Volkes waren gegenüber den Jahren 1945 bis 1949 komplizierter geworden; denn die imperialistischen Kräfte hatten eine Staatsgrenze mitten durch Deutschland gezogen. Sie hatten mit der Errichtung des Bonner Staates die gesamte Situation verschärft, die Rückgewinnung aller

[1] Neues Deutschland, 25. Oktober 1949.

verlorenen Machtpositionen und zu diesem Zweck die Wiederaufrüstung zum Punkt 1 ihrer Regierungspolitik gemacht und die Hetze gegen den anderen deutschen Staat, den Staat der Arbeiter und Bauern, und gegen die Sowjetunion und alle Länder des sozialistischen Weltsystems zu ihrer Staatsdoktrin erhoben.

Andererseits konnte der Kampf um die Lösung der Lebensfragen der Nation nunmehr auf einer höheren Stufe ausgetragen werden, da die demokratischen, friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, jetzt einen eigenen Staat hatten. Sie waren dadurch stärker als je zuvor, und ihre Möglichkeiten, diesen Kampf erfolgreich zu führen, waren enorm gewachsen.

Wie sollte es nun weitergehen?

Die Antwort hierauf gaben der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in seinem bereits am 4. Oktober beschlossenen Dokument „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in seiner ersten Regierungserklärung.

Zwei Aufgaben hieß es gleichzeitig zu lösen:

Die revolutionären Errungenschaften des Volkes, die Arbeiter-und-Bauern-Macht im deutschen Staat des Friedens, der Deutschen Demokratischen Republik, mußten weiter gefestigt und die antiimperialistische nationale Volksbewegung für die Sicherung des Friedens und die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands mußte erweitert werden. Diese Aufgabenstellung hat sich seit 1949 grundsätzlich nicht verändert, und das ist verständlich.

Mit der Entmachtung des Imperialismus und Militarismus und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde in einem Teil Deutschlands die nationale Lebensfrage des Volkes gelöst. Um die Lebensfrage der

gesamten Nation zu lösen, mußte man die Basis des friedliebenden, fortschrittlichen Deutschlands stärken und festigen, mußte man also alles tun, damit die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik noch rascher und besser voranschritt. Um den Frieden in Deutschland endgültig zu sichern und der Nation den Weg für eine friedliche und glückliche Zukunft zu bahnen, müssen die Hauptfeinde der deutschen Nation, die deutschen Imperialisten und Militaristen, zurückgedrängt und schließlich überwunden werden. Dazu ist es notwendig, die Mehrheit des Volkes für den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu gewinnen. Die gemeinsame Front gegen den Imperialismus und Militarismus kann nicht breit genug sein. Sie muß von der Arbeiterklasse bis tief hinein in die Reihen des Bürgertums reichen. Dafür gibt es die erforderliche objektive Voraussetzung; denn der Imperialismus und Militarismus bedroht die Interessen aller Schichten der Bevölkerung, die Interessen der gesamten Nation.

Zwischen diesen beiden Aufgaben – die Deutsche Demokratische Republik zu stärken und die antiimperialistische gesamtnationale Bewegung zu erweitern und zu aktivieren – besteht natürlich ein äußerst enger Zusammenhang. Doch wird, ausgehend von der jeweiligen konkreten historischen Situation, der Inhalt dieser Aufgaben unterschiedlich sein.

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 war zwar die Spaltung zur Tatsache geworden, aber es bestanden noch reale Voraussetzungen, um sie verhältnismäßig rasch zu überwinden.

Der Restaurationsprozeß des deutschen Imperialismus war noch nicht abgeschlossen, seine Macht noch keineswegs genügend gefestigt. Die demokratischen Kräfte hatten auch in Westdeutschland noch bestimmte Möglichkeiten, sich zu organisieren und legal am politischen Leben teilzunehmen.

Die wahre Macht wurde in den Westzonen auch nach der Gründung des Bonner Staates zunächst noch von den imperialistischen Besatzungsmächten ausgeübt. Da sie es waren, die einen besonders unrühmlichen Anteil an der Spaltung Deutschlands hatten, bestand die reale Möglichkeit, eine breite nationale Front zu schaffen, die die Interessen des deutschen Volkes gegenüber den ausländischen imperialistischen Besatzungsmächten wahrte und den Hauptschlag zunächst gegen die ausländischen Feinde der Nation richtete.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik traten deshalb dafür ein, eine solche umfassende gesamtdeutsche nationale Front zu schaffen, die nicht nur die Arbeiterklasse und andere werktätige Schichten, sondern auch Vertreter der Bourgeoisie in sich vereinigte, und an der nicht nur Anhänger einer demokratischen Entwicklung teilnahmen, sondern auch solche Politiker, die zwar ein kapitalistisches Deutschland wünschten, sich jedoch von der Vormundschaft durch die ausländischen Imperialisten frei machen wollten. Natürlich war diese Orientierung mit einem bestimmten Risiko verbunden. Aber die Hoffnung war durchaus begründet, daß in der offenen demokratischen Auseinandersetzung die Arbeiterklasse und die anderen Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts den Sieg davontragen würden. Unter den damaligen Bedingungen hätte die Zurückdrängung und Überwindung des Einflusses der ausländischen Imperialisten unweigerlich einen Sieg der breiten nationalen Bewegung für ein unabhängiges souveränes Deutschland bedeutet, da in diesem unabhängigen, friedliebenden deutschen Staat die demokratischen Kräfte die Oberhand gewonnen hätten.

Bereits im Frühjahr 1949, angesichts der drohenden staatlichen Zerreißung Deutschlands, hatte der III. Deutsche Volkskongreß gefordert, den Rahmen der nationalen Be-

wegung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu erweitern und eine nationale Front aller deutschen Patrioten zu schaffen. Sie sollte breiter sein als die Volkskongreßbewegung und die Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung ganz Deutschlands, ungeachtet weltanschaulicher und politischer Unterschiede, umfassen, die an einem einheitlichen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland interessiert waren.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hatte am 4. Oktober 1949 die Plattform für einen Zusammenschluß aller deutschen Patrioten in einer nationalen Front ausgearbeitet.

Vor seiner Konstituierung als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik formulierte der Deutsche Volksrat auf seiner letzten Tagung am 7. Oktober 1949 die Ziele einer Nationalen Front des demokratischen Deutschland und erklärte: „Wir rufen alle Arbeiter, Angestellte, Bauern, Techniker, Wissenschaftler und Künstler, die gesamte Jugend sowie die nationalbewußten Unternehmer, jede deutsche Frau, jeden deutschen Mann, welcher Partei sie angehören und zu welcher Weltanschauung sie sich bekennen mögen, auf, für die Ziele der Nationalen Front einzutreten. Die Zugehörigkeit zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist unabhängig von der politischen, sozialen und weltanschaulichen Stellung des einzelnen. Nur eins ist nötig angesichts des nationalen Notstandes: Die Herstellung der Kampfgemeinschaft aller gutwilligen, aller ehrlichen Patrioten, die Frieden, Einheit und Freiheit des Vaterlandes wünschen."[2]

Dieser Aufruf fand starken Widerhall in beiden Teilen Deutschlands. Viele Menschen, die der Volkskongreßbewegung ferngestanden hatten, bekannten sich zu den Zielen der Nationalen Front, zu den Bemühungen für die Wiederherstellung eines friedliebenden, unabhängigen, einheit-

2 Dokumentation der Zeit (Berlin), 1949, Heft 2, S. 50.

lichen deutschen Staates. Am 7. Januar 1950 konstituierte sich das Sekretariat der Deutschen Volkskongreßbewegung als Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Zugleich begann die Umwandlung der Volksausschüsse in Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Am 3. Februar 1950 konstituierte sich der Nationalrat als ihr Führungsgremium. Zwei Wochen später, am 15. Februar 1950, beschloß er das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Es enthielt folgende Hauptforderungen:

Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands und Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Berlins als der Hauptstadt Deutschlands;

Beseitigung des Besatzungsstatuts;

Kampf gegen die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und gegen seine Einbeziehung in Atlantikpakt und Europarat;

strikte Unterbindung und Verbot jeder Kriegs-, Völker- und Rassenhetze auf deutschem Boden;

Kampf gegen die Demontagen, den Ausverkauf und die Überfremdung deutscher Unternehmen durch die anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten;

völlige Freiheit für den deutschen Außenhandel, Beseitigung aller ihm von den westlichen Imperialisten auferlegten Beschränkungen;

Entwicklung des Innenhandels zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland, ungeachtet der Gegenmaßnahmen amerikanischer Interessengruppen;

Kampf um die Demokratisierung Westdeutschlands und gegen die Renazifizierung, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten systematisch durchgeführt wurde und die die alten traditionellen militaristischen und faschistischen Verderber Deutschlands, die Großkonzerninhaber,

die Junker und kriegslüsternen Generale und ihren Anhang, wieder zur Macht gebracht hatte.

Der Nationalrat erklärte nachdrücklich, die Hauptstützen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland seien die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung. Er betonte, daß durch die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik das starke Zentrum des Kampfes um die Wiedergeburt eines einigen Deutschlands auf demokratischer Grundlage geschaffen worden sei. „Am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik lernen alle friedliebenden Deutschen, was das deutsche Volk aus eigener Kraft – ohne sich in amerikanische Schuld und Knechtschaft zu begeben – vermag, wenn es sich der alten Verderber Deutschlands, der Konzernherren, der Junker, kriegshetzerischer Generäle, bankrotter Politikanten, anglo-amerikanischer Agenten entledigt, gründliche demokratische Reformen durchführt, einen konsequenten Kurs auf die Verteidigung des Friedens nimmt und sich das Vertrauen und die Freundschaft aller friedliebenden Völker, der gewaltigen, unter der Führung der Sowjetunion stehenden Weltfriedensfront erwirbt ...

Je schneller die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik im ganzen deutschen Volk sichtbar werden, je schneller die Deutsche Demokratische Republik die gewaltigen Schwierigkeiten des Aufbaues meistert und die furchtbaren Folgen des Krieges überwindet, desto schneller werden die Massen Westdeutschlands und Westberlins sich in ihrer gewaltigen Mehrheit in die Front des demokratischen Deutschland einreihen und zu ihren aktiven Kämpfern werden."[3]

Die weitere Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, die weitere Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht waren die grundsätzlichen Voraussetzungen, um im Kampf um

3 Neues Deutschland, 16. Februar 1950.

die Lösung der nationalen Lebensfragen und die Sicherung des Friedens Erfolge erringen zu können.

Die Arbeiterklasse mußte jetzt lernen, Staat und Wirtschaft qualifiziert zu leiten. Dazu mußte sie ihre führende Rolle in Staat und Wirtschaft und ihr Bündnis mit den anderen Schichten der Bevölkerung stärken und ausbauen. Das erste Jahr der jungen Deutschen Demokratischen Republik stand daher im Zeichen der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschloß eine Reihe von Gesetzen über die Rechte und Pflichten der Werktätigen und die Verbesserung ihrer sozialen und materiellen Lage, die der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung dienten und zu einer Stärkung der Position der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen im wirtschaftlichen und politischen Leben beitrugen. Das bedeutungsvollste war das am 19. April 1950 beschlossene Gesetz der Arbeit. Es sicherte jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik das Recht auf Arbeit zu und enthielt den Grundsatz, daß jedem Bürger ein seinen Fähigkeiten entsprechender Arbeitsplatz nachgewiesen werden müsse. Die demokratischen Umgestaltungen hatten die Voraussetzung dafür geschaffen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die kapitalistische Geißel der Arbeitslosigkeit ein für allemal beseitigt war. Die Annahme des Gesetzes der Arbeit erfolgte zu einem Zeitpunkt, als es in Westdeutschland 1,6 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose gab, das heißt, über zehn Prozent der westdeutschen Arbeiter und Angestellten waren erwerbslos.

Die 1949 und 1950 auf der Grundlage der Verfassung beschlossenen Gesetze führten zu einer spürbaren Verbesserung der Lage aller Schichten der Bevölkerung, zu einer Erweiterung ihrer demokratischen Rechte. So legte das Landarbeiterschutzgesetz (12. Dezember 1949) eine Reihe

Maßnahmen zum Schutz der Landarbeiter vor übermäßiger Ausbeutung durch die kapitalistischen Großbauern und Landwirte fest, beschränkte die Arbeitsdauer für alle Landarbeiter auf durchschnittlich acht Stunden und gewährte ihnen das Recht auf einen bezahlten Jahresurlaub.

Das Jugendförderungsgesetz (8. Februar 1950) sah unter anderem vor, verantwortliche Funktionen in der Leitung des Staates und der Wirtschaft an Jugendliche zu übertragen, die Arbeitszeit für Jugendliche auf wöchentlich 42 bis 45 Stunden festzulegen und allen Jugendlichen bis zu 18 Jahren einen erhöhten Jahresurlaub zu gewähren.

Die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes (16. März 1950) sah Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Intelligenz vor und legte fest, besonders hervorragende Leistungen durch die Verleihung von Nationalpreisen und Ehrenbezeichnungen zu würdigen.

Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (27. September 1949) beinhaltete umfassende Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind sowie zur Einrichtung von Kinderkrippen und Kindergärten. Es garantierte die volle Gleichberechtigung der Frauen im politischen und wirtschaftlichen Leben.

Zu dem großen Gesetzwerk, das im ersten Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen wurde, gehörten auch das Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht, die sich keine Kriegsverbrechen hatten zuschulden kommen lassen (11. November 1949), das Gesetz über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre (17. Mai 1950), das Gesetz zur Förderung des Handwerks (9. August 1950), der Beschluß über die Verbesserung der Lage der

Bergarbeiter und der Arbeitsverhältnisse im Bergbau der DDR (10. August 1950), das Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern (8. September 1950), das Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik (8. September 1950) sowie eine Reihe von Beschlüssen zur Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung durch die Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und Industriewaren und die Erhöhung der Löhne für bestimmte Gruppen der Werktätigen.

Die sichtbaren Erfolge bei der Überwindung der Kriegsfolgen und beim Aufbau der Friedenswirtschaft bewiesen überzeugend, daß die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der Deutschen Demokratischen Republik den richtigen Weg beschritten hatten.

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Leitung des Staates war die Gewähr dafür, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik die Gesetzmäßigkeiten des historischen Fortschritts immer mehr durchsetzen konnten.

Beim Aufbau der neuen Staatsorgane der Republik, an deren Spitze Vertreter aller Parteien des Demokratischen Blocks standen, übernahmen vor allem zahlreiche klassenbewußte Arbeiter verantwortliche Funktionen. Der Anteil der Vertreter der Arbeiterklasse entsprach im wachsenden Maße ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung und der politischen Rolle, die die Arbeiterklasse als die führende Kraft der volksdemokratischen Revolution ausübte.

Die leitenden Funktionäre der neugegründeten Ministerien und staatlichen Dienststellen kamen vor allem aus der Deutschen Wirtschaftskommission, ihren Hauptverwaltungen und den Vereinigungen der volkseigenen Betriebe, aus den Länderregierungen, aber auch aus den Parteien und

Gewerkschaften und nicht zuletzt unmittelbar aus der Sphäre der materiellen Produktion.

Zur Festigung der demokratischen Grundlagen der jungen Staatsmacht trug auch die Bildung der Obersten Staatsanwaltschaft und des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik (Dezember 1949) sowie die Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit (Februar 1950) bei. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht nahm immer besser ihre Funktion wahr, die revolutionären Errungenschaften der Werktätigen vor den Anschlägen der Konterrevolution zu schützen und jegliche Versuche einer Restauration der imperialistisch-kapitalistischen Verhältnisse zunichte zu machen.

Wie notwendig das war, zeigte sich daran, daß die herrschenden imperialistischen Kreise in Westdeutschland nach der Bildung des Bonner Staates zu einer verstärkten Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik übergingen, wobei sie sich auf die in der Deutschen Demokratischen Republik noch vorhandenen reaktionären Elemente stützen konnten. So wurden Ende 1949 in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg und Mecklenburg Untergrundorganisationen und Agentengruppen ausgehoben, denen in der Mehrzahl frühere Offiziere der faschistischen Wehrmacht und ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen angehörten und die zum Teil bewaffnet waren. In der Landesregierung Sachsen-Anhalt wurde zur gleichen Zeit die verbrecherische Tätigkeit einer Gruppe leitender Angestellter aufgedeckt, die im Auftrag westdeutscher Monopole große Vermögenswerte (Patente, technische Dokumentationen und anderes) von in der DDR zugunsten des Volkes enteigneten Konzernbetrieben nach Westdeutschland verschob. Ähnliche Erscheinungen gab es auch in anderen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik. So legte Ende 1949 die Landeskommission für Staatliche Kontrolle in Mecklenburg zehn leitenden Angestellten landwirtschaftlicher Ge-

nossenschaften das Handwerk. Sie hatten Werte in einer Höhe von über 30 Millionen Mark entwendet und nach Westdeutschland überführt.

Ein besonders großes Ausmaß nahm die organisierte Entwendung von Buntmetallen an. Bis Ende März 1950 wurden 5,5 Millionen Kilogramm Buntmetalle beschlagnahmt, die nach Westdeutschland verschoben werden sollten, um auf diese Weise die Volkswirtschaft der DDR zu desorganisieren. Es erhöhte sich auch die Zahl der Sprengstoffanschläge und anderer Diversionsakte gegen die volkseigene Wirtschaft.

Die nach der Gründung des Bonner Staates von den westdeutschen imperialistischen Kräften betriebene Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Deutsche Demokratische Republik zeigte sich auch im Wiederauftreten reaktionärer Kräfte in CDU und LDPD. Diese reaktionären Kräfte der Bourgeoisie antworteten auf die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Einleitung eines Feldzuges gegen die demokratischen Zustände und die seit 1945 erkämpften revolutionären Errungenschaften. Sie wandten sich gegen die Grundzüge der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und die auf die Einheit des Volkes gerichtete Politik des Demokratischen Blocks. Dazu nutzten sie ihre Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat und ihren Einfluß in den bürgerlichen Parteien aus. So wandte sich der damalige stellvertretende Vorsitzende der CDU, Hugo Hickmann, Ende 1949/Anfang 1950 gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, während er zugleich die Adenauer-Regierung in Schutz nahm und ein besseres Verhältnis zu ihr forderte. Vor allem aber setzten er und seine Anhänger wie auch die reaktionären Kräfte in der LDPD sich dafür ein, die demokratischen Umgestaltungen insgesamt zu überprüfen, um sie Schritt für Schritt wieder rück-

gängig zu machen. Gleichzeitig proklamierten sie die Forderung nach Auflösung des Demokratischen Blocks, da sie von einer Aufspaltung der demokratischen Kräfte die Möglichkeit erhofften, den Boden für eine Restauration der imperialistisch-kapitalistischen Machtverhältnisse und für das Anwachsen des Einflusses der reaktionären Kräfte vorzubereiten.

Wie sie ihre Positionen im Staatsapparat für die Wühltätigkeit gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht ausnutzten, zeigt das Wirken der damaligen Finanzminister Rohner in Sachsen und Moog in Thüringen, die einerseits die Steuerhinterziehungen größerer privatkapitalistischer Unternehmer deckten, andererseits rigoros gegen Handwerksmeister und kleinere Unternehmer vorgehen ließen, um diese gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht aufzubringen.

Die reaktionären Politiker hatten jedoch ihre Kräfte und vor allem ihren Einfluß unter den Volksmassen sichtlich überschätzt. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen wandten sich in Demonstrationen und Kundgebungen entschieden gegen die Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Deutsche Demokratische Republik wieder der Herrschaft der Großbourgeoisie zu unterwerfen.

Die entschlossene Haltung der Volksmassen trug dazu bei, die Schwankungen bei beträchtlichen Teilen des Mittelstandes, darunter bei Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union und der Liberal-Demokratischen Partei, zu überwinden. Durch das entschiedene Auftreten der Werktätigen wie auch der demokratischen Kräfte innerhalb der CDU und der LDPD wurden die Reaktionäre endgültig isoliert. Sie wurden politisch geschlagen und aus ihren Stellungen in den Parteien und im Staatsapparat entfernt.

In diesen Auseinandersetzungen festigte sich noch mehr die Rolle der fortschrittlichen Kräfte um Otto Nuschke, Reinhold Lobedanz und Gerald Götting in der Führung

der CDU und um Hans Loch, Johannes Dieckmann und Max Suhrbier in der Führung der LDPD. Den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wurde es dadurch möglich, noch besser die wahren Interessen der Mittelschichten zu vertreten und so ihren Beitrag im Kampf um die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und die Sicherung des Friedens zu leisten.

Durch ihre Teilnahme an dem von der imperialistischen Bourgeoisie Westdeutschlands inszenierten Anschlag auf die Deutsche Demokratische Republik verwirkten die an einer Restauration der imperialistisch-kapitalistischen Machtverhältnisse interessierten Vertreter der mittleren Bourgeoisie Anfang 1950 das Recht, auch weiterhin an der Ausübung der Staatsgewalt in gewissem Maße beteiligt zu sein. Nunmehr lag die gesamte Verantwortung für die Geschicke des Staates, lag die Staatsmacht restlos in den Händen der Arbeiterklasse, die sie im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen und demokratischen Schichten des Volkes ausübte.

In den Auseinandersetzungen mit den reaktionären Kräften Ende 1949/Anfang 1950 bestand der Demokratische Block seine Bewährungsprobe. Die Führungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der National-Demokratischen Partei Deutschlands und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands setzten sich konsequent dafür ein, die Gegner einer demokratischen und antiimperialistischen Entwicklung zu entlarven und politisch zu zerschlagen sowie die enge Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte weiter zu festigen. Sie wurden dabei von den demokratischen Führungskräften in der CDU und der LDPD unterstützt.

Am 1. Februar 1950 faßte der Demokratische Block eine Entschließung, in der es hieß: „Die Erklärungen aller Parteiführungen für die konsequente Durchführung der demokratischen Grundsätze des Blocks und für die Entfernung

solcher Elemente, die gemeinsame Beschlüsse mißachten oder ihnen entgegenhandeln, werden zur Festigung der Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und Massenorganisationen führen.

Der Demokratische Block lenkt die Aufmerksamkeit auf folgende Hauptaufgabe: Die Annahme des Volkswirtschaftsplanes für 1950 durch die Provisorische Volkskammer sowie die Behandlung des Haushaltsplanes, des Gesetzes über die Steigerung der Erträge der Landwirtschaft, des Gesetzes zur Sicherung der Volksernährung und des Jugendgesetzes geben dem Block Anlaß, die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufzufordern, in allen Orten und in den größeren Städten, in den Stadtteilen gemeinsame Funktionärversammlungen über die nächsten gemeinsamen Aufgaben sowie über die Schaffung und Verbesserung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland durchzuführen."[4]

Die politischen und sozialökonomischen Veränderungen hatten dazu geführt, daß das Trennende zwischen den Parteien des Demokratischen Blocks allmählich zurücktrat, während sich das Gemeinsame zwischen ihnen festigte und entwickelte. Die enge Zusammenarbeit aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen vertiefte sich mehr und mehr.

Angesichts der Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland und der Gefahr, die der gesamten deutschen Nation von den wiedererstehenden Kräften des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland drohte, erkannten immer breitere Teile aller Schichten der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, daß es in der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus einerseits, an deren

4 Neues Deutschland, 3. Februar 1950.

Spitze die Arbeiterklasse stand, und den Kräften des Imperialismus, der Reaktion und des Krieges andererseits, die vom Monopolkapital und seinen Politikern geführt wurden, nur eine Alternative gab: gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung weiter voranzugehen bei der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Diese Erkenntnis ließ alle Parteien des Demokratischen Blocks am 29. März 1950 übereinkommen, ein gemeinsames Wahlprogramm zu den Wahlen auszuarbeiten, die für den 15. Oktober 1950 angesetzt waren. In zahlreichen Stellungnahmen begrüßte die Bevölkerung diesen Beschluß, wobei in vielen Versammlungen die Forderung erhoben wurde, nicht nur ein gemeinsames Wahlprogramm, sondern auch eine gemeinsame Kandidatenliste aller Parteien aufzustellen.

Am 16. Mai 1950 faßte daher der Demokratische Block den Beschluß, den Wählern eine gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front vorzulegen. Die Verteilung der Sitze für die neuen Volksvertretungen wurde am 6. Juli 1950 vom Demokratischen Block beschlossen. Dieser Beschluß fand seine endgültige Bestätigung auf dem I. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im August 1950. Der Kongreß nahm das gemeinsame Wahlprogramm an, wählte den aus Vertretern aller Schichten der Bevölkerung zusammengesetzten Nationalrat und berief den bekannten Wissenschaftler Prof. Dr. Correns zum Präsidenten des Nationalrats.

Die Wahlen am 15. Oktober 1950 brachten einen überwältigenden Sieg für die Nationale Front des demokratischen Deutschland. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent stimmten 99,7 Prozent der Wähler für das Programm und die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Sie stimmten damit für den seit 1945 eingeschlagenen Weg, für die weitere Stärkung der Arbei-

ter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, für den Frieden und ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland.

Von den nunmehr 400 Abgeordneten der neuen Volkskammer gehörten 100 der SED, 60 der CDU, 60 der LDPD, 30 der NDPD, 30 der DBD, 40 dem FDGB, 20 der FDJ, 15 dem DFD, 20 dem Kulturbund, 15 der VVN, 5 der VdgB, 5 den Genossenschaften an. In der Regierung waren weiterhin alle politischen Parteien der DDR vertreten. Die Staatsmacht stützte sich somit auch in der neuen Etappe der Entwicklung auf das Mehrparteiensystem.

2. Der Beginn der sozialistischen Revolution – die Annahme des ersten Fünfjahrplans

Die gesamtnationale Situation – sowohl die Verschärfung des Kampfes zwischen den beiden Hauptkräften in Deutschland als auch die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik – setzte den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der DDR auf die Tagesordnung. Das war der einzige Weg, um die Positionen der friedliebenden demokratischen Kräfte des gesamten deutschen Volkes im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage zu stärken und eine Restauration imperialistischer Verhältnisse im Osten Deutschlands ein für allemal unmöglich zu machen.

Der Übergang zur sozialistischen Umwälzung entsprach den inneren Gesetzmäßigkeiten der 1945 begonnenen volksdemokratischen Revolution. Ähnlich wie in anderen Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg mit dem System des Imperialismus gebrochen hatten und zur Errichtung der

sozialistischen Gesellschaftsordnung übergegangen waren, vollzog sich die volksdemokratische Revolution auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik in zwei Etappen. Obwohl ihnen die Bedeutung von Revolutionen mit eigener, abgeschlossener Zielsetzung zukommt, stellen die antifaschistisch-demokratische Revolution und die sozialistische Revolution einen einheitlichen und kontinuierlichen revolutionären Prozeß dar.

Die zwei Etappen der volksdemokratischen Revolution sind nicht schematisch voneinander zu trennen, da bereits in der antifaschistisch-demokratischen Revolution erste Elemente des Sozialismus entstanden, andererseits im Verlauf der sozialistischen Revolution noch einige Aufgaben von allgemein-demokratischem Charakter vollendet werden mußten. So wuchs die antifaschistisch-demokratische Revolution allmählich in die sozialistische hinüber, und es gibt auch kein bestimmtes Datum, von dem man sagen könnte, hier endete die antifaschistisch-demokratische und begann die sozialistische Revolution. Der entscheidende Einschnitt im Prozeß des Hinüberwachsens der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution ist jedoch zweifellos die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie stärkte qualitativ die Hegemonie der Arbeiterklasse, so daß sich mit der Annahme der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und des ersten Gesetzwerkes des Arbeiter-und-Bauern-Staates, in der Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften und schließlich durch die Volkswahlen im Oktober 1950 eine Staatsmacht herausbildete, die die Funktionen der Diktatur des Proletariats erfüllen konnte.

Die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze wurde in Politik und Wirtschaft zur anerkannten führenden Kraft der Deutschen Demokratischen Republik. Damit war die wichtigste Voraussetzung gegeben, um in der Deutschen Demokratischen Republik

mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus beginnen zu können. Durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die Überführung der Betriebe des Monopolkapitals in Volkseigentum und die Aufteilung des Großgrundbesitzes waren die stärksten und ausschlaggebenden Schichten der kapitalistischen Ausbeuterklasse bereits völlig entmachtet. 68 Prozent der gesamten Industrieproduktion entfielen im ersten Halbjahr 1950 auf den volkseigenen Sektor. Dem Kapitalismus war damit auch ökonomisch das Rückgrat gebrochen. Jetzt kam es darauf an, das Volkseigentum weiter zu festigen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse durchzusetzen und zu stärken und die Grundlagen dafür zu schaffen, daß das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen restlos beseitigt werden konnte.

Die neuen Aufgaben, die sich aus der gesamtnationalen Lage im Jahre 1950 ergaben, standen im Mittelpunkt der Beratungen des III. Parteitages der SED im Juli 1950. Diese Lage war gekennzeichnet durch die Herausbildung der zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher politischer und sozialökonomischer Ordnung, die erfolgreiche Erfüllung des Zweijahrplans und die Zurückdrängung der reaktionären Kräfte in der DDR. International gesehen hatte sich das Kräfteverhältnis durch die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems weiter zugunsten des Sozialismus verändert. Zugleich aber hatte die Kriegsgefahr nach der Auslösung der imperialistischen Aggression in Korea bedeutend zugenommen.

Wilhelm Pieck unterstrich im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes an den III. Parteitag, die SED müsse ihre gesamte Politik so führen, „daß unsere Maßnahmen die Vereinigung des deutschen Volkes unter dem Banner des demokratischen und friedliebenden Deutschlands fördern“[5].

[5] Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 50.

Der Parteitag erklärte den Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, unabhängiger und antifaschistisch-demokratischer Staat und für den Abschluß eines Friedensvertrags auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte in beiden Teilen Deutschlands. Der Parteitag schlug eine solche Lösung der nationalen Probleme vor, die nicht nur den Interessen aller Werktätigen entsprach, sondern auch für bestimmte Kreise der Bourgeoisie annehmbar war.

Der Parteitag unterstrich, daß der Weg der Demokratisierung der einzig mögliche Weg zur Einheit Deutschlands sei. Das bedeutete, daß, im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen, auch in Westdeutschland die kapitalistischen Monopole aufgelöst, eine demokratische Bodenreform durchgeführt und die Entnazifizierung und Entmilitarisierung vollzogen werden mußten. Der Parteitag forderte, alle dem Potsdamer Abkommen widersprechenden Maßnahmen rückgängig zu machen, das jeder Demokratie hohnsprechende Besatzungsstatut zu beseitigen und durch die Entmachtung der Monopolherren und Junker sowie die Entfernung aller Naziaktivisten aus den leitenden Ämtern in Staat und Wirtschaft den Weg zu einem einheitlichen, friedliebenden, unabhängigen und demokratischen Deutschland zu ebnen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hielt somit an der Konzeption fest, die Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden und fortschrittlichen Kräften des deutschen Volkes einerseits und den reaktionären imperialistischen Kräften andererseits in einem einheitlichen deutschen Staat zu führen und in diesem Kampf die Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes in ganz Deutschland für eine demokratische Lösung der nationalen Frage zu gewinnen. Ausgehend von dieser Grundkonzeption und geleitet von ihrer Verantwortung gegenüber der gesamten Nation und der internationalen Arbeiterklasse, vertagte die Parteiführ-

rung der SED die Entscheidung über den entsprechend dem Entwicklungsstand in der DDR objektiv herangereiften Übergang zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Solange es noch Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung in Westdeutschland und damit die rasche Schaffung eines demokratischen und friedliebenden einheitlichen Deutschlands gab, galt es, diese vollauf zu nutzen. Eine solche, damals noch mögliche Entwicklung hätte am besten sowohl der Sicherung des Friedens als auch der Lösung der nationalen Lebensfrage des ganzen deutschen Volkes gedient.

Dabei konnte kein Zweifel bestehen, daß sich dieses einheitliche, demokratische und friedliebende Deutschland, das die Vergangenheit bewältigte und daher keinen Platz für ein Wiedererstehen des Militarismus und Imperialismus bot, im Einklang mit den Gesetzmäßigkeiten der modernen Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab, entwickeln mußte. Um die Schaffung eines solchen friedliebenden, demokratischen Deutschlands zu ermöglichen, das nur durch die Zurückdrängung der imperialistischen Kräfte erkämpft werden konnte, mußte die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der DDR allseitig gefestigt werden. Dies aber konnte nur geschehen, wenn die führende Rolle der Arbeiterklasse weiter gestärkt, der volkseigene Sektor ausgebaut und die langfristige Planung weiter durchgesetzt wurden.

Die Partei der Arbeiterklasse verschwieg nicht, daß jede Maßnahme zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung einen weiteren Schritt darstellte, der näher an den Aufbau des Sozialismus heranführte. Die deutsche und die internationale Entwicklung in der Gegenwart haben deutlich genug bewiesen, daß jedes Vorwärtsschreiten nach der Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus die bereits im Verlauf der antiimperialistischen Revolution unter Führung der Arbeiter-

klasse entstandenen sozialistischen Elemente stärkt und objektiv den Übergang zum Aufbau des Sozialismus beschleunigt. Ebendeshalb kann man davon sprechen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und mit der Durchführung des vom III. Parteitag der SED vorgeschlagenen ersten Fünfjahrplans für die Jahre 1951 bis 1955 bereits den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus einleitete.

Der Entwurf des ersten Fünfjahrplans war das wichtigste Dokument des III. Parteitages der SED. Den Plänen der imperialistischen Großbourgeoisie, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und einen neuen Krieg vorzubereiten, stellte die SED die Politik des friedlichen Aufbaus und der schöpferischen Arbeit zum Wohl des Volkes gegenüber.

Bei der Ausarbeitung der Richtlinien für den Fünfjahrplan ging die SED von der erfolgreichen Erfüllung des Zweijahrplanes für 1949/1950 aus, der in Vorbereitung des III. Parteitages der SED von den Werktätigen der DDR vorfristig, in 1½ Jahren, erfüllt wurde. Der Vorkriegsstand konnte dank den Anstrengungen der Werktätigen und der Entfaltung der Aktivistenbewegung wieder erreicht und überschritten werden. 1950 betrug die Industrieproduktion gegenüber dem Vorkriegsstand von 1936 110,6 Prozent. Während die Energiewirtschaft, die Chemieindustrie, die optische Industrie und einige andere Zweige den Stand von 1936 um über 50 Prozent überschritten hatten, lagen die Metallurgie, die Baustoffindustrie und die Nahrungsmittelindustrie noch wesentlich unter dem Vorkriegsstand. In der Landwirtschaft waren die Hektarerträge der Vorkriegszeit bei Getreide und Kartoffeln wieder erreicht, bei anderen Fruchtarten jedoch noch nicht ganz. Auch der Viehbestand (außer Pferde und Schafe) der Vorkriegszeit war 1950 wieder erreicht. Es muß

jedoch berücksichtigt werden, daß die Bevölkerung der DDR gegenüber dem Stand von 1936 durch die Eingliederung der Umsiedler um fast drei Millionen, das heißt um fast ein Fünftel, angewachsen war. Somit lag die Pro-Kopf-Erzeugung – sowohl in der Industrie als vor allem auch in der Landwirtschaft – noch beträchtlich unter dem Vorkriegsniveau. Eine der Hauptaufgaben mußte deshalb die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein.

Die Richtlinien des Fünfjahrplans sahen vor, die infolge der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft der DDR zu vermindern, die Industrieproduktion bis Ende 1955 gegenüber dem Vorkriegsstand von 1936 zu verdoppeln und somit die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Lebensstandard der Vorkriegszeit erreicht und auf vielen Gebieten sogar überschritten werden konnte.

Nach eingehender Diskussion durch die Bevölkerung, durch die demokratischen Parteien und Massenorganisationen wurde der vom III. Parteitag der SED vorgeschlagene erste Fünfjahrplan der DDR von der Volkskammer beschlossen und zum Gesetz erhoben. Der Plan wurde zum Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für den neuen Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Er wurde in Westdeutschland und darüber hinaus im Ausland stark beachtet.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik fand bei diesem grandiosen Aufbauwerk die großzügige Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Am 29. September 1950 wurde die Deutsche Demokratische Republik als gleichberechtigtes Mitglied in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgenommen. Durch den Abschluß von Handelsverträgen sowie Abmachungen über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten wurden weitere wichtige Ver-

einbarungen getroffen, die die friedliche Aufbauarbeit der Deutschen Demokratischen Republik unterstützten.

Es genügt, darauf hinzuweisen, daß sich der Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik mit den sozialistischen Staaten von 1950 bis 1955 auf fast das Dreifache erhöhte. Die Versuche der imperialistischen Kräfte, über die Deutsche Demokratische Republik eine Wirtschaftsblockade zu verhängen, waren damit in ihren Auswirkungen weitgehend eingedämmt.

Im Juni 1950 besuchten Regierungsdelegationen der DDR, die von Walter Ulbricht als Stellvertreter des Ministerpräsidenten geführt wurden, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Bei diesen ersten außenpolitischen Verhandlungen auf Regierungsebene wurden wichtige Abkommen über die gemeinsame Friedenspolitik der volksdemokratischen Staaten und der DDR, die Erweiterung des Außenhandels und die technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit getroffen. Walter Ulbricht unterzeichnete am 6. Juni in Warschau eine deutsch-polnische Deklaration, die eine Markierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze in Monatsfrist vorsah. Nachdem diese vorgenommen worden war, unterzeichneten die Ministerpräsidenten beider Staaten, Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz, am 6. Juli 1950 in Zgorzelec das Abkommen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze, die nun für immer eine Grenze des Friedens und der Freundschaft von zwei brüderlich verbundenen Nachbarstaaten war.

So bedeutungsvoll die vielseitige Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik durch die sozialistischen Bruderländer war, den Hauptanteil bei der Entwicklung der Volkswirtschaft mußte die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik selbst leisten.

Die endgültige Überwindung der Folgen des Krieges

und der Spaltung Deutschlands sowie die ständige Hebung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes erforderten, die Produktivkräfte rasch zu entwikkeln, die Arbeitsproduktivität zu steigern und hierbei Schritt für Schritt die Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung durchzusetzen.

Mit Beginn des ersten Fünfjahrplans wurde der ökonomische Wettstreit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen in Deutschland immer mehr zur Hauptfront der Auseinandersetzung. Die Ausgangsposition der Deutschen Demokratischen Republik war in diesem Wettstreit in vielerlei Hinsicht wesentlich ungünstiger als die des imperialistischen Westdeutschlands.

Vor allem wirkten sich sehr stark die bedeutenden Disproportionen aus, die noch aus der Zeit der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands herrührten. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 Prozent, bei Steinkohle nur 2 Prozent und bei Stahl etwa 7 Prozent auf das Gebiet der DDR. Der Anteil des auf diese Zweige angewiesenen Maschinenbaus dagegen machte vor dem Krieg fast 32 Prozent aus. Während es in der DDR 1949 nur ein Hüttenwerk mit vier veralteten Hochöfen, die Maxhütte Unterwellenborn, gab, verfügte Westdeutschland über 121 moderne Hochöfen.

Durch die Spaltungspolitik der imperialistischen Mächte und die von ihnen erlassenen Blockademaßnahmen war das gegenüber Westdeutschland industriell wesentlich schwächer entwickelte Gebiet der DDR von seinen wichtigsten Rohstoffquellen und der an Rhein und Ruhr konzentrierten Grundstoffindustrie getrennt. Das westdeutsche Monopolkapital nutzte diese Lage und die objektiv noch in vielfacher Hinsicht daraus resultierende ökonomische Abhängigkeit der DDR von Westdeutschland zu großangelegten Störaktionen gegen die Volkswirtschaft des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates aus.

Hinzu kam, daß auf dem Gebiet der DDR die Kriegszerstörungen, die Verwüstungen der Städte, der Industrie und der Verkehrsanlagen sowie der Landwirtschaft ungleich umfangreicher und folgenschwerer waren als in Westdeutschland. Die faschistischen Machthaber hatten an der Ostfront den Kampf gegen die Truppen der Sowjetarmee Ende April/Anfang Mai 1945 bis 5 Minuten nach 12 geführt, während sich zur gleichen Zeit viele Einheiten der Wehrmacht geschlossen den Armeen der Westmächte ergaben. Die Werktätigen im Osten Deutschlands vollbrachten in den Nachkriegsjahren auch zusätzliche Leistungen, indem sie durch die Lieferung von Industrieausrüstungen und anderen Erzeugnissen nicht geringe Reparationsverpflichtungen erfüllten, um wenigstens einen Bruchteil der Schäden wiedergutzumachen, die der faschistische deutsche Imperialismus durch seinen Raubkrieg in der Sowjetunion und in Polen angerichtet hatte. Die ebenfalls auf der Potsdamer Konferenz vereinbarten Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion wurden von den Westmächten hintertrieben.

Bei der Einschätzung der Startbedingungen für den ökonomischen Wettbewerb muß auch berücksichtigt werden, daß die USA – die im Kriege keinen direkten Schaden erlitten hatten, aber sich märchenhafte Kriegsgewinne zuschanzen konnten und dadurch ihr ökonomisches Potential wesentlich verstärkten – den Aufbau Westdeutschlands zur Hauptaggressionsbasis der NATO mit großen Kapitalinvestitionen und anderen Unterstützungen für das deutsche Monopolkapital verbanden. Die westdeutschen Monopolherren konnten daher nicht nur ihre Produktionseinrichtungen im wesentlichen retten, sondern waren auch imstande, bedeutende technische Neuausrüstungen und Modernisierungen vorzunehmen. Auch das verschaffte ihnen einen beträchtlichen Vorsprung.

Diese schwerwiegenden Disproportionen machten es er-

forderlich, in der DDR eine eigene Schwerindustrie und vor allem eine eigene metallurgische Basis und einen eigenen Schwermaschinenbau aufzubauen. Nur so konnten für lange Sicht die Voraussetzungen für einen allseitigen und kontinuierlichen Aufschwung aller Zweige der Volkswirtschaft und damit für eine ständige Hebung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung geschaffen werden.

Am 1. Januar 1951, dem Tag des Beginns des ersten Fünfjahrplans, wurde der Grundstein zum Hochofen I des Eisenhüttenkombinats Ost gelegt. Dieses Werk war das wichtigste Objekt des ersten Fünfjahrplans. Seine Errichtung war ein Ausdruck der Freundschaft und der Zusammenarbeit der DDR mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen, die das Erz beziehungsweise die Steinkohle für das neue Hüttenwerk lieferten. Die Sowjetunion stellte außerdem wichtige technische und wissenschaftliche Dokumentationen und Projektierungsunterlagen uneigennützig zur Verfügung.

Bis Ende 1952 wurden die ersten vier Hochöfen des Kombinats errichtet. Zu gleicher Zeit entstand im Westen der DDR ein weiterer Gigant der metallurgischen Industrie, die Eisenwerke West bei Calbe. Dort wurde ein Produktionsverfahren angewandt, für das es in der Welt noch kein Vorbild gab: das von einem Forschungskollektiv unter Leitung von Professor Säuberlich entwickelte Niederschachtofenverfahren. Dieses Verfahren ermöglichte es, die eigenen Eisenerzvorkommen der Republik zu verwerten, die nur einen geringen Eisengehalt besitzen und deshalb nicht in Hochöfen verhüttet werden können.

Nach wenigen Jahren deckten die Eisenwerke West den Bedarf der Republik an Gießereiroheisen und machten die DDR unabhängig von den Bezügen aus Westdeutschland. Die Errichtung einer eigenen metallurgischen Basis der DDR erforderte, die Versorgung der neuen Hüttenwerke mit Koks zu sichern. Die Volksrepublik Polen und

die Tschechoslowakei konnten nur einen Teil des Bedarfs der Deutschen Demokratischen Republik decken. Westdeutschland blockierte die Lieferung von Hüttenkoks aus dem Ruhrgebiet, um auf diese Weise die Durchführung des Fünfjahrplans zu gefährden.

Mit großzügiger Förderung der Regierung erarbeiteten daher Prof. Dr. Rammler und Dr. Bilkenroth ein Verfahren, um hüttenfähigen Koks aus Rohbraunkohle zu erzeugen. In der in weniger als einem Jahr neu errichteten Großkokerei Lauchhammer konnte bereits im Juni 1952 die planmäßige Produktion von Braunkohlenhochtemperaturkoks aufgenommen werden. Bis Ende des Jahres wurden die ersten 20 000 Tonnen produziert. In den folgenden drei Jahren wurden weit über eine Million Tonnen Koks erzeugt. Die Störmaßnahmen der imperialistischen Kräfte des Westens wurden somit auf diesem Gebiet weitgehend unwirksam gemacht.

Zu den weiteren großen Bauvorhaben des ersten Fünfjahrplans gehörte die Errichtung beziehungsweise der Ausbau von Betrieben des Schwermaschinenbaus, die die notwendigen Produktionsmittel sowie Ausrüstungen für die anderen Industriezweige, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen liefern. An der Ostseeküste wuchsen im schnellen Tempo die neuen volkseigenen Werften empor. Bereits Ende April 1952 lief in Rostock das erste in der DDR gebaute Hochseehandelsschiff vom Stapel.

Die Pläne der imperialistischen Kräfte, die ungleichen ökonomischen Bedingungen der beiden deutschen Staaten auszunutzen, um die DDR in die Knie zu zwingen, scheiterten. Im steigenden Maße erkannten die Werktätigen der DDR, daß der Kampf um die Sicherung des Friedens von der ökonomischen Stärkung ihres Staates abhing. Die großen Wettbewerbsbewegungen, besonders in der Grundstoffindustrie, waren ein anschaulicher Beweis hierfür.

Im Spätsommer 1951 verboten die Hohen Kommissare

der imperialistischen Westmächte und die Adenauer-Regierung die bereits vereinbarten Lieferungen von Blechen und anderen Walzwerkerzeugnissen aus Westdeutschland in die DDR. Das verursachte Komplikationen bei der Versorgung der Volkswirtschaft der DDR, obwohl die Walzwerke der Republik in den ersten acht Monaten des Jahres ihre Planauflage beträchtlich überboten hatten. Die Walzwerker der DDR beantworteten die Blockademaßnahmen der imperialistischen Kräfte mit einem Sonderwettbewerb, in dem sie sich das Ziel stellten, im September den Produktionsausstoß um 30 Prozent zu erhöhen. Dieses hochgesteckte Ziel wurde nicht nur erreicht, sondern sogar überboten.

Die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung trug sehr wesentlich dazu bei, daß die Aufgaben des ersten Jahres des Fünfjahrplans in der Industrie übererfüllt wurden. Die Industrieproduktion konnte gegenüber 1950 um 23 Prozent gesteigert werden.

Bedeutende Leistungen wurden auch in der Entwicklung der Landwirtschaft vollbracht. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat unterstützte die werktätigen Bauern durch den Aufbau der Maschinen-Ausleih-Stationen, die auf Kosten des Staates mit zahlreichen neuen Maschinen und Geräten ausgerüstet wurden. So stieg allein die Zahl der Traktoren von 8571 im Jahre 1949 auf 22 185 im Jahre 1952 (umgerechnet auf 30 PS). Die Gesamtleistungen der MAS für die werktätigen Bauern verdreifachten sich in diesem Zeitraum.

In der Arbeiterklasse und in allen anderen Schichten der Bevölkerung entstand eine Atmosphäre des Lernens. Eine besondere Aktivität bewies die Freie Deutsche Jugend, deren Delegierte auf der ersten Funktionärkonferenz der FDJ im November 1950 der Forderung Walter Ulbrichts begeistert zustimmten, einen Feldzug der Jugend für die Aneignung der Wissenschaft und Kultur zu eröffnen. Neue Hoch- und Fachschulen wurden geschaffen. Tausende junge Menschen, die im kapitalistischen Deutschland keine Mög-

lichkeiten hatten, eine Oberschule zu besuchen, nahmen ihr Studium an den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten auf und erwarben die Hochschulreife.

All das trug dazu bei, daß aus den Reihen der Arbeiterklasse eine neue, mit dem Volk eng verbundene, dem Sozialismus ergebene Intelligenz hervorging. Gemeinsam mit ihr nahmen die demokratisch gesinnten Kräfte aus den Reihen der Wissenschaftler, Ingenieure und Kulturschaffenden, die bereits im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung aktiv für die Belange des Volkes eingetreten waren, einen bedeutsamen Anteil am Aufbau des neuen Lebens. Die humanistische deutsche Kultur und Wissenschaft hatte in der DDR ihre wahre Heimstatt gefunden.

3. Deutsche an einen Tisch. Der Kampf der DDR für gesamtdeutsche freie Wahlen

In der Geburtsstunde der Deutschen Demokratischen Republik hatte der Parteivorstand der SED in seiner grundlegenden Entschließung „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" auf den engen Zusammenhang zwischen der nationalen Frage in Deutschland und der Sicherung des Friedens hingewiesen. Er machte auch auf die Gefahr aufmerksam, „daß der westdeutsche Separatstaat zu einer Basis für die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Revanchegedankens wird"[6]. Bald zeigte sich, wie richtig diese damals ausgesprochene Warnung war. Während sich die Machthaber in Bonn und ihre ausländischen Bundesgenossen in der ersten Zeit noch tarnen mußten und Adenauer sogar lautstark beteuerte, daß es nie eine Wiederauf-

[6] Dokumente der SED, Bd. II, S. 360.

rüstung in Westdeutschland geben werde, änderte sich die Lage nach einem Jahr bereits grundlegend. Unter Ausnutzung der durch die imperialistische Intervention in Korea entstandenen außerordentlichen Zuspitzung der internationalen Lage und der damit verbundenen antikommunistischen Hysterie gingen die Bonner Machthaber und die imperialistischen Westmächte offen zur Remilitarisierung Westdeutschlands über.

Im September 1950 beschlossen die Außenminister der drei Westmächte auf einer Konferenz in New York, Westdeutschland offiziell in das imperialistische Kriegspaktsystem einzubeziehen und westdeutsche Truppenteile aufzustellen. Zunächst sollten sie als „bewegliche Polizeikräfte" getarnt werden. Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs entsprachen damit dem Wunsch Adenauers, den er in einem geheimen Rüstungsmemorandum am 29. August 1950 an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy geäußert hatte. Die Beschlüsse der Westmächte wurden wenige Tage später von der Ratstagung der NATO bestätigt. Diese sprach sich in ihrem Schlußkommuniqué für die „Verwendung des deutschen Menschenpotentials und deutscher Hilfsquellen" aus, damit der Bonner Staat „seinen Beitrag am wirkungsvollsten leisten kann"[7].

Worum es den NATO-Mächten ging, schrieb einige Monate später, am 20. Mai 1951, der bekannte amerikanische Senator Taft in der „New York Times": „Es ist billiger, den Krieg mit Soldaten fremder Nationen zu führen – sogar wenn wir aufrüsten müssen –, als mit amerikanischen Boys, und vor allen Dingen sparen wir dabei amerikanische Menschenleben."

Die imperialistischen Kreise Westdeutschlands und ihre Politiker vom Schlage Adenauers erhoben die Remilitarisierung zu ihrem Hauptanliegen, um als erstes die gewalt-

[7] Zit. nach: Weißbuch über den Generalkriegsvertrag, Berlin (1952), S. 16.

same Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik vorzubereiten. Sie wollten gemeinsam mit ihren Bundesgenossen zu einem ihnen genehmen Zeitpunkt aus Deutschland ein zweites Korea machen und einen dritten Weltkrieg entfesseln, von dem sie sich die Zurückrollung oder noch besser die Vernichtung des Sozialismus im Weltmaßstab versprachen.

Die Gefährlichkeit dieser Politik wurde von den Außenministern der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Staaten auf ihrer Beratung in Prag im Oktober 1950 aufgedeckt. An der Prager Konferenz nahm auch die Deutsche Demokratische Republik gleichberechtigt teil. Die Prager Konferenz forderte von den Westmächten, sie sollten zur gemeinsamen Politik auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse zurückkehren. Sie setzte sich für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Unterzeichnung dieses Vertrages ein. Um den Friedensvertrag und die Herstellung der Einheit Deutschlands vorzubereiten, schlug die Prager Konferenz vor, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat auf paritätischer Grundlage aus Vertretern beider deutschen Staaten zu schaffen. Er sollte die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung vorbereiten und an der Ausarbeitung des Friedensvertrages mitbeteiligt sein.

Die Politik der sozialistischen Staaten war damit auf die Sicherung des Friedens und die rasche Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen Staat gerichtet. Das war eine Konzeption, die sowohl den Interessen aller seinerzeit vom Hitlerfaschismus überfallenen Völker als auch – und nicht zuletzt – den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprach.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte sich seit ihrer Gründung unablässig dafür eingesetzt, daß das deutsche Volk selbst, ohne ausländischen Druck, eine demokratische

Entscheidung über die Gestaltung seiner Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands treffen solle. Walter Ulbricht betonte nachdrücklich in einer Rede über die Aufgaben der neuen Staatsorgane am 4. Februar 1950: „Wir sind dafür, daß in ganz Deutschland eine Abstimmung über die Schaffung eines einigen Deutschlands, für einen Friedensvertrag und für den Abzug der Besatzungstruppen bestimmte Zeit nach Abschluß des Vertrages stattfindet."[8]

In ihrer ersten Regierungserklärung, am 15. November 1950, setzte sich die nach den Volkswahlen neugebildete Regierung der DDR unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Otto Grotewohl erneut für gemeinsame Maßnahmen der beiden deutschen Staaten zur Sicherung des Friedens und zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands ein. Die Regierung der DDR erklärte, daß das deutsche Volk in einer Volksbefragung selbst darüber entscheiden soll, ob die Vertreter der beiden deutschen Staaten einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bilden sollen. Zugleich sprach sich die Regierung der DDR für Besprechungen von Vertretern beider deutschen Staaten über die Bildung und die Aufgaben eines paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Rates aus, der die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung vorbereiten sollte: „Wir glauben auch, daß dieser Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte."[9]

Zwei Wochen später, am 30. November 1950, richtete Otto Grotewohl einen Brief an den westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem er vorschlug, Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konsti-

8 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 564.

9 Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 268.

tuierenden Rates und damit über die Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands aufzunehmen.

Am 15. Dezember 1950 beschloß die Volkskammer das Gesetz zum Schutz des Friedens, das jegliche Kriegspropaganda und Völkerhetze unter Strafe stellte und ein weiterer Beitrag zur Lösung der nationalen Lebensfrage, zur Beherzigung der Lehren der Geschichte war.

Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik fanden in ganz Deutschland Zustimmung und Unterstützung. Die westdeutschen Machthaber sahen sich gezwungen zu manövrieren. Nach sieben Wochen Schweigen lehnte Adenauer unter fadenscheinigen Vorwänden die Vorschläge der DDR ab, setzte sich jedoch in Worten für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen ein. Es ergab sich also die Situation, daß sich sowohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als auch die Bonner Regierung für die Wiedervereinigung Deutschlands durch gesamtdeutsche allgemeine und geheime Wahlen aussprach. Dennoch ist es bekanntlich zu diesen Wahlen nicht gekommen. Was war die Ursache?

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik machte sofort die größten Anstrengungen, um diese Wahlen so schnell wie möglich durchzuführen, und zwar bevor die Remilitarisierung Westdeutschlands weiter vorangeschritten und die Spaltung Deutschlands damit noch mehr vertieft war.

Die Bonner Regierung dagegen gab angesichts der breiten Zustimmung zu den Vorschlägen der DDR lediglich ein Lippenbekenntnis zu gesamtdeutschen Wahlen ab, stellte jedoch zugleich Bedingungen und äußerte Vorbehalte, die nur den einen Zweck hatten, die Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahlen hinauszuzögern, um die Remilitarisierung und die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Es ergab sich folgende bezeichnende Situation: Die Volkskammer, der Präsident und die Regierung der DDR, die Parteien und die Nationale Front unterbreiteten Dutzende Vorschläge zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die beiden deutschen Staaten, ihre Parlamente und Regierungen sollten gemeinsam von den vier Großmächten den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 fordern, Vereinbarungen über Stärke und Ausrüstung der Polizeiformationen und andere gemeinsame Schritte zur Sicherung des Friedens treffen. Von offizieller westdeutscher Seite dagegen traf in Berlin kein einziger Vorschlag ein. Die Deutsche Demokratische Republik vertrat bereits damals den einzig richtigen, von hoher nationaler Verantwortung zeugenden Standpunkt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen und friedliebenden Staat in erster Hinsicht eine Sache des deutschen Volkes sein müsse, daß das deutsche Volk ohne ausländische Vormundschaft imstande sei, eine deutsche Nationalversammlung zu wählen, daß die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes das höchste Gebot der Stunde sei.

Die Deutsche Demokratische Republik begnügte sich nicht damit, ihre Vorschläge an die Regierung und die anderen offiziellen Stellen der Bundesrepublik zu richten. Da die westdeutschen Machthaber Verhandlungen von Vertretern beider deutschen Staaten ablehnten, die Entscheidung über die Wiedervereinigung Deutschlands den Großmächten überließen und so bekundeten, daß sie das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes für ihre egoistischen Klasseninteressen und ihre antinationalen Revanchebestrebungen verkauften, mußte das deutsche Volk selbst sprechen und handeln. Otto Grotewohl verlangte daher in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer am 14. März 1951, „das Volk aus allen Teilen und aus allen Schichten

Deutschlands muß sich selbst an den gemeinsamen Tisch setzen. Angehörige aller politischen Parteien, Vertreter der Gewerkschaften, Vertreter der Wirtschaft, der Bauern und der Industrie, Vertreter des Handwerks, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer, Ingenieure und Techniker, Frauen, Sportler, Jugendliche, Vertreter aller Gruppen und Schichten des Volkes müssen sich über alle Zonengrenzen hinweg die Hände reichen zum gemeinsamen Handeln und gemeinsamen Gespräch. Aus einem Tisch müssen Hunderte und Tausende von Tischen mit Gesprächsteilnehmern aus allen Schichten, aus allen Zonen und aus allen Gegenden Deutschlands werden."[10]

Auf Tagungen und Beratungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, auf Gewerkschafts- und Bauernkonferenzen, auf wissenschaftlichen Tagungen, auf der Konferenz des gesamtdeutschen Kreises für Handel und Industrie in Leipzig (März 1951), der gesamtdeutschen Kulturtagung in Leipzig (Mai 1951), der gesamtdeutschen Berg- und Metallarbeiterkonferenz in Halle (Juli 1951), dem ersten Deutschlandtreffen (Mai 1950) und den III. Weltfestspielen der Jugend in Berlin (August 1951), der Tagung des Europäischen Arbeiterkomitees gegen Remilitarisierung in Berlin (September 1951), der gesamtdeutschen Konferenz der Kulturschaffenden in Berlin (Januar 1952) und anderen Begegnungen in der DDR trafen sich Menschen aus beiden Teilen Deutschlands und bekundeten ihren Willen, gemeinsam für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland einzutreten. Auch in Westdeutschland fanden zahlreiche gesamtdeutsche Begegnungen statt, so bei einem Schriftstellergespräch in Starnberg (März 1951), auf dem Kongreß der Widerstandskämpfer in Gelsenkirchen (April 1951), der gesamtdeutschen Bauernkonferenz in Kassel (April 1951), der gesamtdeutschen Bergarbeiterkonferenz in Essen (Januar 1952), den Kongressen für gesamtdeutsche

[10] Ebenda, S. 340.

Verständigung in Mönchen-Gladbach (März 1952) und Düsseldorf (Mai 1952).

All diese Begegnungen bewiesen, daß der Ruf nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage von niemandem überhört werden konnte. Die westdeutschen Machthaber schlugen daher folgende Taktik ein: Sie traten in Worten auch weiterhin für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ein, schufen zugleich fertige Tatsachen, indem sie insgeheim mit der Remilitarisierung begannen und die Verhandlungen mit den Westmächten über die Eingliederung der Bundesrepublik in das imperialistische Kriegspaktsystem fortsetzten. Dabei versuchten sie, die Bevölkerung mit der Behauptung irrezuführen, daß die deutsche Frage nur durch die Großmächte gelöst werden könne, die auch gesamtdeutsche Wahlen anordnen müßten. So vertieften sie in Absprache mit den imperialistischen Besatzungsmächten, hinter deren Rücken sie sich verkrochen, die Spaltung Deutschlands immer mehr.

Die DDR ließ jedoch in ihren Anstrengungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht nach. Im November 1951 setzte die Volkskammer der DDR eine Kommission unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht ein, die den Entwurf eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung ausarbeitete. Dieser Entwurf basierte auf dem Wahlgesetz der Weimarer Republik und ging davon aus, daß, ungeachtet der unterschiedlichen Verhältnisse in den verschiedenen Teilen Deutschlands, gesamtdeutsche Wahlen unter gleichen demokratischen Bedingungen durchgeführt werden können. Die Volkskammer billigte am 9. Januar 1952 diesen Entwurf eines Wahlgesetzes und unterbreitete ihn dem Bonner Bundestag und dem deutschen Volk zur Stellungnahme. Die Bonner Regierung lehnte auch diesen Vorschlag der DDR ab. Statt dessen forderte sie mit Unterstützung der Westmächte, daß die Wahlen unter Kontrolle der UNO und einer von ihr

bestimmten Kommission durchgeführt werden sollten. Die Behandlung der Deutschlandfrage vor der UNO war statutenwidrig, da für sie nach Artikel 107 der UNO-Charta die für die deutsche Nachkriegsregelung unmittelbar verantwortlichen vier Mächte und deren Einrichtungen (so vor allem der Rat der Außenminister) zuständig waren. Was darüber hinaus die von den Westmächten geplante Einsetzung einer Kommission betraf, die eine Entscheidung darüber treffen sollte, ob und unter welchen Bedingungen gesamtdeutsche Wahlen stattfinden könnten, so war dieser Vorschlag für das deutsche Volk geradezu beleidigend. Mit Recht erklärte die sowjetische Delegation in der UNO, „daß man Deutschland nicht als eine kulturlose, rechtlose und rückständige Kolonie betrachten kann, in der keine politischen Parteien bestehen und in der es noch keine Parlamentswahlen gegeben hat“[11].

Die Westmächte setzten jedoch die statutenwidrige Behandlung der Deutschlandfrage vor dem 2. Politischen Sonderausschuß der UNO durch.

Die imperialistischen Mächte wollten das für sie damals günstige Kräfteverhältnis in der UNO, in der die amerikanische Abstimmungsmaschine noch einwandfrei funktionierte, ausnutzen, um ihrer auf die Annexion der DDR gerichteten Politik den Schein einer völkerrechtlichen Rechtmäßigkeit zu geben.

Am 4. Dezember 1951 wurden die Regierungen der DDR und der Bundesrepublik aufgefordert, ihre Vertreter zur UNO-Vollversammlung nach Paris zu entsenden, um dort zum Problem der Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen Stellung zu nehmen. Der Vertreter der Adenauer-Regierung, von Brentano, und der Westberliner Bürgermeister Reuter setzten sich am 8. Dezember dafür ein, daß die Wahlen unter den Bajonetten der amerikanischen Inter-

11 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Berlin (1957), S. 286.

ventionstruppen und unter der Aufsicht solcher damals von den USA vollständig abhängigen Staaten stattfinden sollten, wie Brasilien, Island, die Niederlande und schließlich Pakistan, wo es bis dahin noch nie demokratische Wahlen gegeben hatte. Mit diesem Vorschlag wollten die imperialistischen Kräfte zweierlei erreichen: Die Kommission sollte nur solche undemokratischen Bedingungen für die gesamtdeutschen Wahlen billigen, die es den herrschenden Kreisen des westdeutschen Imperialismus mit Hilfe dieser ausländischen Einmischung gestatten würden, der Bevölkerung der DDR erneut den Willen der imperialistischen Kräfte aufzuzwingen. Falls das nicht gelingen würde, sollte die genannte Kommission mindestens solange die „Bedingungen" für gesamtdeutsche Wahlen prüfen, bis die imperialistischen Kreise die Remilitarisierung voll verwirklicht und Westdeutschland in die aggressiven Kriegspakte des amerikanischen Imperialismus eingegliedert hätten.

Die Vertreter der DDR, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Dr. Lothar Bolz, und der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, verteidigten konsequent die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Sie erklärten am 11. Dezember, daß die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands eine innere und ureigenste Angelegenheit des deutschen Volkes sei, die ohne jede äußere Einmischung vollzogen werden könne und müsse.

Die Einladung der Vertreter beider deutschen Regierungen durch die UNO kam einer De-facto-Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten gleich und bestätigte die Richtigkeit des Standpunktes der DDR, daß es ohne eine Verständigung der beiden deutschen Staaten keine Wiedervereinigung geben konnte. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Regierung der DDR und die Nationale Front beharrlich die offene demokratische Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus ohne Einmischung von

außen anstrebten, daß nur die Regierung der DDR als Repräsentant der nationalen Interessen des deutschen Volkes handelte. Die herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands fürchteten eine demokratische Entscheidung des deutschen Volkes. Aus diesem Grund hatten sie auch die von einer Tagung in Essen am 28. Januar 1951 geforderte Durchführung einer Volksbefragung verboten, in der sich die Bevölkerung zu der Frage äußern sollte: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?"

Trotz dieses Verbots sprachen sich bei den zahlreichen Volksbefragungen, die vom Hauptausschuß für die Volksbefragung und seinen Vertretern in vielen Betrieben, Städten und Dörfern Westdeutschlands von Mai 1951 bis April 1952 durchgeführt wurden, über neun Millionen Männer, Frauen und Jugendliche der Bundesrepublik gegen die Remilitarisierung aus. In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Volksbefragung völlig frei und ungehindert vonstatten ging und von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und allen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien unterstützt wurde, gaben im Juni 1951 über elf Millionen Männer, Frauen und Jugendliche ihre Stimme für den Abschluß eines Friedensvertrages.

Die Angst der herrschenden Kreise Westdeutschlands, daß eine demokratische Willenskundgebung ihrer Politik der Remilitarisierung ein Ende bereiten könnte, kam auch in den verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen zum Ausdruck, die gegen die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland gerichtet waren. Bereits am 19. September 1950, zum gleichen Zeitpunkt also, als in New York die Remilitarisierung Westdeutschlands offiziell beschlossen wurde, hatte die Bonner Regierung unter Bruch des Grundgesetzes eine Ausnahmeverordnung – sie wurde Bonner Erlaß genannt – bekanntgegeben, die allen Angehörigen des öffentlichen

Dienstes, die sich in der KPD, der VVN, der FDJ und weiteren fortschrittlichen Organisationen politisch betätigten, Dienststrafverfahren und fristlose Entlassung androhte.

Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ von der Adenauer-Regierung verboten, und am 22. November 1951 reichte die Bonner Regierung beim sogenannten Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag gegen die KPD ein. Die UNO-Kommission sollte dann nach Bonner Vorstellungen diese Schritte – angesichts der Tatsache, daß die antikommunistische Hetze damals ihren Höhepunkt erreichte – als Voraussetzung für „freie" Wahlen gutheißen.

Abbau der Demokratie und Errichtung eines militaristisch-klerikalen Obrigkeitsregimes, Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Eingliederung in die NATO, das war der Weg, den die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus mit Unterstützung ihrer ausländischen Bundesgenossen gehen wollten, um auf diese Weise die Bedingungen für eine Wiedervereinigung in ihrem Sinne zu schaffen. Erst sollte die Remilitarisierung, die Aufstellung einer im Dienste einer aggressiven Außenpolitik und einer reaktionären Innenpolitik stehenden Armee abgeschlossen sein, dann wollte die Adenauer-Regierung von der „Position der Stärke" aus das Deutschlandproblem auf eine ihr genehme Weise lösen, die sie in der gewaltsamen Angliederung der DDR an die westdeutsche Bundesrepublik sah, das heißt, in der erneuten Ausdehnung des Machtbereichs des deutschen Imperialismus auf ganz Deutschland.

Adenauer kleidete im Frühjahr 1952 diese völlig irreale Spekulation in die zynischen Worte: „Wenn der Russe sich der Tatsache eines wiederbewaffneten Deutschlands gegenübersieht, dann wird er sich zum Verhandeln bereit erklären."[12]

Auch die Westmächte waren nicht an freien gesamtdeut-

[12] Nürnberger Nachrichten, 10. März 1952.

schen Wahlen interessiert, da sie befürchteten, daß sie die Aufrüstung Westdeutschlands behindern würden und sich die Mehrheit des deutschen Volkes für ein friedliebendes Deutschland entscheiden würde.

Der Berliner Korrespondent der einflußreichen amerikanischen Zeitung „New York Herald Tribune" brachte diese Haltung der USA sehr treffend und bildhaft zum Ausdruck: „Die Vereinigten Staaten wollen jetzt keine freien Wahlen in Deutschland, weil dadurch die ganze Äpfelfuhre umgeworfen würde. Die Äpfel sind der Schumann-Plan und die Europa-Armee einschließlich der 12 deutschen Divisionen und überhaupt all die sorgfältig ausgearbeiteten Pläne für eine westliche Gemeinschaft und die westliche Verteidigung."[13]

Während die Westmächte mit Westdeutschland Abmachungen über die Remilitarisierung und die Vorbereitung der Eingliederung Westdeutschlands in das imperialistische Paktsystem trafen, verzögerten sie mit allen Schlichen die Einberufung einer Außenministerkonferenz, die die Sowjetunion bereits im November 1950 vorgeschlagen hatte und die sich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland befassen sollte. Das Ziel der Westmächte bestand darin, gemeinsam mit den herrschenden Kreisen Westdeutschlands vollendete Tatsachen zu schaffen und so den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages nicht nur zu hintertreiben, sondern auch günstige Bedingungen für die Auslösung eines dritten Weltkrieges vorzubereiten.

Durch die forcierte Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen einerseits, vor allem der Wasserstoffbombe sowie bakteriologischer und chemischer Waffen, und die Einbeziehung des westdeutschen Kriegspotentials andererseits wollten die NATO-Mächte das militärische Kräfteverhältnis zugunsten des imperialistischen Aggressionsblocks verändern.

[13] Industriekurier (Düsseldorf), 27. März 1952.

Die Aufbauerfolge der sozialistischen Staaten, die Niederlagen des amerikanischen Imperialismus in Korea, nicht zuletzt die wachsende Friedensbewegung in Europa, darunter auch in Deutschland, brachten den Zeitplan der aggressiven Kräfte des Imperialismus durcheinander. Das Kräfteverhältnis in der Welt veränderte sich weiter zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Dies zeigte sich auch in Deutschland. Die fortschreitende Festigung der Deutschen Demokratischen Republik im Verlaufe der erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahrplans und der unermüdliche Kampf des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates für die Mobilisierung aller friedliebenden Kräfte hinderten das Monopolkapital daran, seine Ziele durchzusetzen und ganz Deutschland erneut seiner Herrschaft zu unterwerfen.

Das Fehlen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie, die in ihrer antikommunistischen Verblendung jegliche Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik ablehnten und es damit unmöglich machten, die auch von ihnen in zahlreichen Stellungnahmen verworfene Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern, hatten im Frühjahr 1952 äußerst negative Auswirkungen. Adenauer handelte gemeinsam mit den Vertretern der Westmächte eine gegen den Frieden und die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtete Abmachung aus, die die Aufstellung einer unter dem Befehl von Hitlergeneralen stehenden deutschen Söldnerarmee im Rahmen der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sowie die langfristige Besetzung Westdeutschlands durch die imperialistischen Mächte und schließlich die Verpflichtung Bonns vorsah, keine eigenen Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen. Das war ein Komplott gegen den Frieden und die Absage an das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Der verderbliche Inhalt dieser Abmachung wurde von Walter Ulbricht am 16. Januar 1952 auf einer Pressekonferenz aufgedeckt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begnügte sich jedoch nicht damit, die volksfeindliche und gegen den Frieden gerichtete Politik der Adenauer-Regierung anzuprangern, sondern sie unternahm neue Schritte, die einer internationalen Entspannung in Europa und der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer und souveräner Staat dienen sollten. Der Ministerrat der DDR wandte sich am 13. Februar 1952 an die vier Großmächte mit der Bitte, beschleunigt einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Gleichzeitig forderte er die Bundesregierung auf, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Eine Antwort kam nur von der Sowjetunion, die bereits eine Woche später die Versicherung abgab, alles zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages zu beschleunigen und die rasche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu unterstützen. Kurz darauf, am 10. März 1952, unterbreitete die UdSSR den Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Dieser Vorschlag, der die uneingeschränkte Billigung der Volkskammer der DDR fand, von den Westmächten und der Bonner Regierung jedoch in Bausch und Bogen abgelehnt wurde (es ist sehr bezeichnend, daß drei Tage nach der Veröffentlichung des sowjetischen Friedensvertragsvorschlages der damalige Bonner Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hallstein, in provokatorischer Weise die „Integration Europas bis zum Ural" forderte), ist späterhin in vielen westlichen Veröffentlichungen und Stellungnahmen westdeutscher Politiker als die große verpaßte Chance der nationalen Wiedervereinigung bezeichnet worden.

Dabei verschweigen die Verfechter dieser späten Einsicht, daß die Sowjetunion sich schon immer für die nationalen Belange Deutschlands eingesetzt hat, daß sie bereits auf

der Potsdamer Konferenz die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Einsetzung einer deutschen Zentralregierung forderte, daß die Sowjetunion auf den verschiedenen Außenministerkonferenzen – 1947 in Moskau und London sowie 1949 in Paris – den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland als die vordringlichste Aufgabe bezeichnete und sogar kurzfristige Termine für die Ausarbeitung eines Vertragstextes vorschlug. Sie übersehen geflissentlich, daß die Sowjetunion stets für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes eintrat, den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland forderte und den Standpunkt vertrat, das deutsche Volk solle ohne ausländische Bevormundung über seine Verfassung, seinen Staatsaufbau, seine Wirtschaft und seine gesellschaftliche Ordnung selbst entscheiden.

Der Friedensvertragsentwurf von 1952 war somit die konsequente Fortsetzung der Deutschlandpolitik der Sowjetunion seit dem zweiten Weltkrieg. Seine besondere Bedeutung bestand darin, daß er an einem entscheidenden Punkt der deutschen Nachkriegsentwicklung durch seine konstruktiven Vorschläge nochmals – es sollte sich zeigen letztmalig – die große Chance bot, eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer und souveräner Staat herbeizuführen. Der Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion berücksichtigte sowohl die nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch die Interessen aller Völker, die ein Opfer der faschistischen Aggression geworden waren.

Die Sowjetunion schlug im einzelnen vor:

Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat;

Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages;

keinerlei Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft;

Festlegung der deutschen Grenzen entsprechend den in Potsdam getroffenen Abmachungen;

Deutschland ist verpflichtet, sich an keinen Militärbündnissen oder Koalitionen zu beteiligen, die gegen irgendwelche Staaten gerichtet sind, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben;

Deutschland darf zur Verteidigung eigene nationale Streitkräfte unterhalten.

An der Ausarbeitung des Friedensvertrages sollte nach dem sowjetischen Vorschlag eine gesamtdeutsche Regierung teilnehmen, die aus freien Wahlen hervorgehen mußte. Diese Wahlen sollten unter Kontrolle der vier Besatzungsmächte in ganz Deutschland stattfinden. Damit war die Sowjetunion mit Zustimmung der Regierung der DDR den Wünschen der Westmächte nach internationaler Kontrolle der deutschen Wahlen entgegengekommen, wobei klar war, daß diese nicht zu einer einseitigen Einmischung der NATO in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes führen durfte.

Die Westmächte und die Bonner Regierung lehnten jedoch Verhandlungen über den sowjetischen Friedensvertragsplan ab. Statt militärischer Neutralität und Bündnisfreiheit Deutschlands wollten sie die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Paktsystem; statt nationaler Streitkräfte eines neutralen Deutschlands erstrebten sie die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee, die das militärische Potential der NATO erhöhen sollte; statt Abzug aller Besatzungstruppen und Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte planten sie den weiteren Ausbau Westdeutschlands zur wichtigsten Militärbasis der NATO im Rahmen der Vorbereitungen einer Aggression gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten; statt völkerrechtlicher Fixierung der in Potsdam beschlossenen deutschen Grenzen wollten sie die Ungewißheit über die zukünftigen deutschen Grenzen auf-

rechterhalten, um dem Revanchismus weitere Nahrung zu geben und eine Entspannung in Europa zu verhindern. Ihr Ziel war somit nicht, Deutschland als einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat wiedererstehen zu lassen, sondern die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und den Bonner Staat als Sturmbock für ihre Aggressionspläne auszubauen.

Die Deutsche Demokratische Republik, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front ließen auch diesmal nichts unversucht, um die unheilvolle Entwicklung doch noch abzuwenden, die mit der Unterzeichnung des Generalvertrags und des EVG-Vertrags unweigerlich zu einer außerordentlichen Vertiefung der Spaltung Deutschlands und zu einer Zunahme der Kriegsgefahr führen mußte.

So schlug das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor, Verhandlungen aufzunehmen, um in dieser ernsten Stunde „gemeinsam gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, für einen Friedensvertrag mit Deutschland und für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung aufzutreten"[14].

Die SPD hatte sich im westdeutschen Bundestag gegen den Abschluß der Kriegsverträge und für die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen ausgesprochen. Aber das allein genügte nicht mehr. Nur durch das gemeinsame Auftreten aller am Frieden und an der Einheit Deutschlands interessierten Kräfte, nur durch das Zusammengehen der SPD mit der KPD, die für ihr konsequentes Eintreten für den Frieden von den Bonner Machthabern verfolgt wurde, nur durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland konnte die unmittelbar bevorstehende Unter-

[14] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 14.

zeichnung der Verträge über die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das imperialistische Paktsystem noch verhindert werden. Ebendeshalb waren Verhandlungen zwischen der SED und der SPD notwendig.

Die Führung der SPD lehnte jedoch die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ab. Sie opferte dem Antikommunismus die Einheit der Nation und erwies damit dem westdeutschen Monopolkapital und seiner antinationalen Politik der Spaltung Deutschlands und der Aufrüstung einen entscheidenden Dienst.

Es kann keinen Zweifel geben, daß angesichts der 1952 in Westdeutschland vorherrschenden Stimmung ein einheitliches Auftreten der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland das bevorstehende Komplott unweigerlich unterbunden hätte. Die Politik der rechten Führung in der SPD verursachte die weitere Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse; das war die Hauptursache, warum die Remilitarisierung und die zunehmende Offensive der reaktionären Kräfte in Westdeutschland nicht verhindert werden konnten.

So konnte Adenauer am 26. Mai 1952 ungehindert den sogenannten Generalvertrag unterzeichnen, der den imperialistischen Besatzungsmächten die Stationierung ihrer Truppen für weitere 50 Jahre zusicherte und unbeschränkte Vorrechte einräumte. Die westdeutsche Regierung verzichtete ausdrücklich auf eigene Schritte zur Überwindung der Spaltung Deutschlands. Am 27. Mai folgte die Unterzeichnung des sogenannten Pariser Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der die Bildung eines westdeutschen Söldnerheeres im Rahmen der EVG vorsah.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands und damit der Vormarsch der Reaktion waren in eine neue Phase eingetreten. Die Deutsche Demokratische Republik mußte die notwendigen Schlußfolgerungen aus dieser neuen Situa-

tion ziehen und vor allem neue Maßnahmen ergreifen, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Bastion des Friedens und des Fortschritts in Deutschland, schneller zu stärken.

4. Der Aufbau des Sozialismus – die grundlegende Aufgabe

Nicht endenwollender Beifall durchbrauste die Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin am 9. Juli 1952, als Walter Ulbricht den Delegierten und Gästen der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zurief: *„Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind... jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist."*[15]

Dem Vorschlag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den Mittelpunkt der weiteren Tätigkeit der Partei, der Regierung und aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik zu stellen, stimmte die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung begeistert zu. Der Beschluß über die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR war die Antwort auf die antinationale, den Frieden gefährdende Politik der imperialistischen Kräfte Westdeutschlands und entsprach voll und ganz den Erfordernissen der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und im gesamtnationalen Maßstab.

In der Deutschen Demokratischen Republik war die Arbeiterklasse zur anerkannten führenden Kraft der Gesell-

15 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 407.

schaft geworden. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bildete die feste ökonomische Grundlage der neuen Ordnung. Der Anteil der sozialistischen Betriebe an der Bruttoproduktion – alle Bereiche der Volkswirtschaft zusammengenommen – betrug 1952 bereits 62 Prozent, während er 1949 noch nicht einmal 50 Prozent ausmachte. Mit der Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplans, mit dem Aufbau neuer und dem Ausbau bestehender Betriebe hatte sich vor allem der volkseigene Sektor in der Industrie weiter gefestigt. Auf dem Lande waren die fortgeschrittensten Landarbeiter und Bauern in den ersten Dörfern bereits zur genossenschaftlichen Bodenbearbeitung übergegangen.

Mit den Erfolgen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet hatte sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen entwickelt, die sich immer mehr von der Richtigkeit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR in ihrem Kampf um Frieden, Einheit und Sozialismus überzeugten. Auch breite Teile der Klein- und Mittelbauern, der Intelligenz sowie des Kleinbürgertums erkannten die sozialistische Perspektive als ihre eigene an. Die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der wirtschaftliche Aufschwung und die großartigen Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zeugten davon, daß in einem Drittel Deutschlands unwiderruflich das neue Deutschland entstanden war, das als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems über mächtige Freunde verfügte.

Doch die deutsche Entwicklung war auch durch das Wiedererstehen des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland gekennzeichnet. Der Abschluß der Bonner und der Pariser Verträge durch die Adenauer-Regierung zeigte, daß es den herrschenden imperialistischen und militaristischen Kräften trotz des starken Widerstandes gegen

die Remilitarisierung gelungen war, ihre Herrschaft weiter zu konsolidieren.

Die Adenauer-Regierung hatte mit dem Abschluß der Bonner und der Pariser Verträge und der Ablehnung aller Friedensvorschläge der DDR, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten die Spaltung Deutschlands wesentlich vertieft. Die herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands forderten immer offener eine gewaltsame Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik, wobei sie von den aggressivsten Teilen des amerikanischen und englischen Finanzkapitals unterstützt wurden. In dieser Situation waren entscheidende Maßnahmen notwendig, um den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat weiter zu stärken. Das bedeutete, den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zur Hauptaufgabe zu machen.

In dem einheitlichen kontinuierlichen Prozeß der volksdemokratischen Revolution hatte die sozialistische Umwälzung bereits schon vorher eingesetzt. Sie hatte damit begonnen, daß sich mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die führende Rolle der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft immer mehr festigte und die Arbeiterklasse mit Inangriffnahme des ersten Fünfjahrplans immer besser lernte, Staat und Wirtschaft zu leiten und sozialistische Methoden der Planung und der Lenkung der Wirtschaft zu meistern.

Trotzdem hatten die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung der DDR die Durchführung einer Reihe von objektiv herangereiften Aufgaben der sozialistischen Umwälzung hinausgezögert, um die noch vorhandenen Möglichkeiten für eine rasche Wiedervereinigung und eine offene demokratische Auseinandersetzung mit den Kräften des Imperialismus im Rahmen eines einigen deutschen Staates bis ins letzte auszuschöpfen. Die SED und die Regierung der DDR hatten diese Politik konsequent verfolgt, obwohl für die DDR dadurch einige zusätzliche Schwierig-

keiten entstanden und sich das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung verzögerte. Sie hatten diese Politik in der Hoffnung betrieben, daß es durch die gemeinsamen Anstrengungen aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes noch gelingen werde, die verhängnisvolle Remilitarisierung in Westdeutschland zu verhindern und ganz Deutschland zu einem friedliebenden und demokratischen Staat und damit zu einem wichtigen Faktor für die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu machen.

Im Frühjahr 1952 war jedoch eine neue Lage eingetreten. Zwar waren die imperialistischen Kräfte ihrem Ziel, den Machtbereich des deutschen Imperialismus wieder über ganz Deutschland auszudehnen, ferner als je zuvor. Aber das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus in den Westzonen und der Abschluß der Kriegsverträge durch die Bonner Regierung mußten unweigerlich zu einer Zuspitzung der Lage führen. Westdeutschland entwickelte sich als Juniorpartner des USA-Imperialismus zum Hauptkriegsherd in Europa. Für die demokratische Wiedervereinigung mußten jetzt erst im hartnäckigen Kampf gegen das antinationale Regime der westdeutschen Monopolherren und durch die Verhinderung der Ratifizierung der Verträge von Paris und Bonn wieder die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Daher galt es, alles zu tun, um die Deutsche Demokratische Republik so stark und unüberwindlich zu machen, daß sie ihren Aufgaben als Bastion des neuen, friedliebenden Deutschlands, die den westdeutschen Militarismus in die Schranken weist und den Frieden im Herzen Europas sichert, vollauf gerecht werden konnte. Der Beschluß der 2. Parteikonferenz über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR bewies, daß sich die SED in ihrer Politik auch in der veränderten Situation der hohen nationalen und internationalen Verantwortung bewußt war, die die Deutsche Demokratische Republik seit ihrem Bestehen trug.

„Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin kann sich auf den Kampf um ein einiges, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland nur günstig auswirken", erklärte Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz. „Durch den sozialistischen Aufbau wird der deutschen Arbeiterschaft und dem ganzen werktätigen Volk die Entscheidung über die Gestaltung der künftigen gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland erleichtert, denn jeder kann sich auf Grund seiner eigenen Erfahrungen und Feststellungen selbst überzeugen, welcher Weg den Interessen des arbeitenden Volkes und welcher Weg den Interessen der Rüstungsindustriellen, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer dient."[16]

Das Neue der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz, die die vom III. Parteitag 1950 ausgearbeitete Generallinie der Partei konkretisierte, waren die Richtlinien über die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, die klare Ausarbeitung des Charakters und der Aufgaben der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die Orientierung auf die planmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Industrie sowie die Inangriffnahme der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch die Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Wirtschaftspolitik der Partei wurde darauf orientiert, die materiell-technische Basis für den Sozialismus zu schaffen und die objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus durchzusetzen.

Die zentrale Aufgabe bestand daher nach wie vor darin, das sozialistische Eigentum zu mehren, die noch vorhandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft zu überwinden und durch die beschleunigte Steigerung der Arbeitsproduktivität die Voraussetzungen für die Hebung des Lebensniveaus der gesamten werktätigen Bevölkerung zu schaffen. Die Parteikonferenz betonte, daß, entgegen der

[16] Ebenda, S. 410/411.

von Westdeutschland aus betriebenen Hetze, nicht die Absicht bestehe, die kleinen und mittleren Unternehmer zu enteignen. Für die Landwirtschaft beschloß die Parteikonferenz, die Bewegung der werktätigen Bauern und Landarbeiter zur Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften voll zu unterstützen. Die Partei erinnerte dabei an die grundlegende Lehre des Marxismus-Leninismus, daß die Bauern nur durch Überzeugung für die gemeinschaftliche Produktion gewonnen werden könnten und daß es unzulässig sei, bei der Organisierung der sozialistischen Großproduktion administrativ oder gar mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Neben der besonderen Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollten auch die individuell wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern und vor allem die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe unterstützt werden.

Der Aufbau des Sozialismus erforderte, die volksdemokratische Staatsmacht als Hauptinstrument der Werktätigen zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus ständig zu festigen. Das bedeutete, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen Schichten des Volkes zu stärken sowie die Arbeit des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiterzuentwickeln. Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der Partei der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die sich in der gesamten Periode der volksdemokratischen Revolution seit 1945 im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus bewährt hatte, blieb auch für die Zeit des Aufbaus des Sozialismus – als die Staatsmacht bereits mit Erfolg die Funktionen der Diktatur des Proletariats erfüllte – weiterhin ein unverletzbares Prinzip der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Alle Parteien und Organisationen des Demokratischen Blocks begrüßten den Beschluß der 2. Parteikonferenz der

SED und erklärten ihre Bereitschaft, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse aktiv am Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik mitzuwirken.

So erklärte der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union: „Die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland ist ein entscheidender Beitrag zur Stärkung des Friedenslagers und zur Sicherung des Friedens in Europa ... Die Christlich-Demokratische Union erkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Partei der Arbeiterklasse vorbehaltlos an. Sie ist überzeugt, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nur auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft ... des Marxismus-Leninismus möglich ist."[17]

Der Politische Ausschuß des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands betonte: „In einer Zeit, in der es um Krieg und Frieden, um Sein oder Nichtsein von Menschen und Völkern geht, sind klare Entscheidungen notwendig. Weil wir uns zum Frieden, zum friedlichen Aufbau unseres Volkes bekennen, deshalb treten wir für das große Werk des Sozialismus ein."[18]

Die National-Demokratische Partei Deutschlands und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands hoben in ihren zustimmenden Stellungnahmen zu den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED hervor, daß sie die bewährte enge Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse im Interesse des Aufbaus des Sozialismus und der Sicherung des Friedens noch weiter vertiefen werden.

Angesichts der von Westdeutschland ausgehenden Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik ergab sich die Notwendigkeit, den militärischen Schutz der revolutionären Errungenschaften der Werktätigen und des Lebens der Bürger der Deut-

17 Neue Zeit (Berlin), 26. Juli 1952.
18 Der Morgen (Berlin), 29. Juli 1952.

schen Demokratischen Republik zu organisieren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärten daher, daß sie nach wie vor für die militärische Neutralität Deutschlands eintreten, jedoch die fortschreitende Aufrüstung Westdeutschlands und seine Eingliederung in das imperialistische Paktsystem nicht unbeantwortet lassen können.

Der Demokratische Block, die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, erklärte am 13. Juni 1952: „Wer heute den Frieden erhalten will, muß die Verteidigung des Friedens wollen. Wer den demokratischen Staat bejaht, darf ihn nicht schutzlos fremden Angreifern aussetzen. Wer gegenüber dem Angreifer den Frieden nicht mit der Waffe zu schützen bereit ist, ermuntert den Angreifer und gefährdet den Frieden. Die Aufstellung nationaler Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik zur Verteidigung ihrer Grenzen und des Friedens wird wesentlich dazu beitragen, den Frieden zu erhalten und von Deutschland, seinen Nachbarn und der Welt die drohende Katastrophe eines neuen Weltkrieges abzuwenden."[19]

Die Bildung nationaler bewaffneter Organe in Gestalt der Kasernierten Volkspolizei war ein notwendiger Schritt, den friedlichen sozialistischen Aufbau zu sichern; der Eintritt erfolgte auf freiwilliger Grundlage. Die besten Mitglieder des Jugendverbandes meldeten sich zum Ehrendienst in den bewaffneten Kräften der DDR und erfüllten damit die vom IV. Parlament der FDJ (27. bis 29. Mai 1952) beschlossene Losung „Bereit zum Schutze unserer Heimat und zur Verteidigung des Friedens!".

Die großen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus machten es notwendig, die sozialistische Staatsmacht weiterzuentwickeln. Deshalb schlug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Übereinstimmung mit den anderen

[19] ddz, 1952, Heft 31, Sp. 1389.

Parteien des Demokratischen Blocks vor, die Struktur des staatlichen Aufbaus in den Kreisen und Ländern umzugestalten. Das war objektiv notwendig, um den Widerspruch zwischen der ökonomischen Entwicklung und den Aufgaben der sozialistischen Staatsmacht sowie den alten Formen des noch vom kaiserlichen Deutschland übernommenen Systems der administrativen Gliederung und des Aufbaus des Staatsapparates in den Ländern und Kreisen zu beseitigen. Die historisch entstandenen Länder- und Kreisgrenzen entsprachen nicht der ökonomischen Entwicklung, sie erschwerten eine einheitliche Leitung der Wirtschaft. Der Staatsapparat arbeitete vielfach noch zu schwerfällig. Die Volkskammer beschloß am 23. Juli 1952 das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik, das an die Stelle der bisherigen fünf Länder 14 Bezirke setzte und die Kreise territorial verkleinerte, so daß sich ihre Zahl von 132 auf 217 erhöhte. In der Begründung des Gesetzes hieß es: „Der neue sozialistische Staat der Deutschen Demokratischen Republik wird ... nur dann eine unüberwindliche Kraft darstellen, wenn er dem werktätigen Volk nahesteht, wenn er die Werktätigen in die Politik einbezieht und das Volk zur ständigen, systematischen, aktiven und entscheidenden Teilnahme an der Leitung des Staates heranzieht ... Die örtlichen Organe der Staatsgewalt müssen deshalb so reorganisiert werden, daß der Staatsapparat die Möglichkeit erhält, den Willen der Werktätigen, der in den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht ist, unverbrüchlich zu erfüllen und, gestützt auf die Initiative der Massen, eine Politik des werktätigen Volkes durchzuführen."[20]

Die Durchführung des Gesetzes machte es möglich, das Prinzip des demokratischen Zentralismus noch stärker zu

[20] Ebenda, Heft 32, Sp. 1452/1453.

verwirklichen. Die neuen staatlichen Organe in den Bezirken und Kreisen konnten jetzt enger mit den Schwerpunkten der Produktion in Verbindung gebracht und so aufgebaut werden, daß die Arbeiterklasse und die anderen Schichten der Bevölkerung, so zum Beispiel durch die Bildung von Ständigen Kommissionen und ihrer Aktive, verstärkt in ihre Tätigkeit einbezogen wurden.

Durch diese Veränderungen war es auch möglich, die Arbeiter-und-Bauern-Macht klassenmäßig zu stärken. Zahlreiche Arbeiter und andere Werktätige übernahmen leitende Funktionen in den neugebildeten Räten der Bezirke und Kreise. Der Einfluß der Arbeiterklasse in den staatlichen Organen wurde wesentlich erhöht.

Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz leiteten eine neue Stufe in der ökonomischen Festigung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ein. Die Neuererbewegung und der sozialistische Wettbewerb nahmen einen neuen Aufschwung. So wurden bis Ende 1952 von den Werktätigen der sozialistischen Betriebe 291 000 Verbesserungsvorschläge mit einem jährlichen Nutzen von rund einhundert Millionen Mark eingereicht. In dieser Zeit entstand im Steinkohlenbergbau eine höhere Form des sozialistischen Wettbewerbs, die kollektive Aktivistenarbeit. Die Bergarbeiter betrachteten es als Ehre, in der vordersten Front des sozialistischen Aufbaus die für die Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft so dringend benötigte Steinkohle zu liefern. Initiator dieser Bewegung wurde der Brigadier Franz Franik vom Steinkohlenwerk „Karl Marx" in Zwickau. Er verpflichtete sich, seinen Arbeitskollegen die von ihm gesammelten Erfahrungen mitzuteilen, um so den Gesamtplan erfüllen zu helfen. Hierzu erklärte er: „Es war klar für mich. Ich verdiene zwar weniger, aber der Staat erhält mehr Kohle, der Sozialismus wird so eher verwirklicht. Das ist die Hauptsache."[21]

[21] Tribüne (Berlin), 7. August 1952.

Die Forderung Franz Franiks, den Betriebsplan auf die Brigaden und jedes ihrer Mitglieder aufzuschlüsseln, um täglich die Erfüllung und Übererfüllung des Plans kontrollieren zu können, hatte grundsätzliche Bedeutung für die Verbesserung der Leitung und Arbeitsorganisation in allen sozialistischen Betrieben der DDR. Die Bestleistungen blieben nicht mehr auf einzelne beschränkt, sondern wurden zu Bestleistungen von ganzen Kollektiven.

Im Verlauf von fünf Monaten gelang es der Brigade Franik, einen Planvorsprung von 130 Tagen zu erreichen. Die Franik-Bewegung kündete davon, daß sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter weiter erhöht hatte. Sie verwirklichte das sozialistische Prinzip der Hilfe des Fortgeschrittenen für den Zurückgebliebenen. In kurzer Zeit folgten Hunderte Brigaden des Steinkohlenbergbaus, des Mansfelder Kupferbergbaus und anderer Industriezweige dem Beispiel Franz Franiks und seiner Brigade. Gemeinsam mit den Werktätigen des Kohlen- und Erzbergbaus kämpften die Stahl- und Walzwerker für die schnellere Festigung der ökonomischen Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie traten in einen Sonderwettbewerb zu Ehren der 2. Parteikonferenz der SED ein und trugen dazu bei, die Entwicklung der Metallurgie, der eine besondere Bedeutung im Rahmen des Fünfjahrplans zukam, weiter zu beschleunigen.

Während des Wettbewerbs wurden zum ersten Male im breiteren Umfang Produktionsberatungen in den Betrieben durchgeführt. Das war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Arbeiter unmittelbar in die Leitung der Wirtschaft einzubeziehen.

Gestützt auf die Erfahrungen und Ergebnisse dieses Sonderwettbewerbs konnten die Gewerkschaften und Parteiorganisationen im IV. Quartal 1952 den ersten sozialistischen Wettbewerb eines Industriezweiges, der Metallurgie, organisieren. Die Erfüllung und Übererfüllung des Staats-

plans der Metallurgie hatte entscheidende Bedeutung für das planmäßige Wachstum auch aller anderen Zweige der Volkswirtschaft. Der Volkswirtschaftsplan 1952 wurde in der Metallurgie mit 107 Prozent erfüllt.

1952 begannen sich die Anfänge einer neuen Entwicklung auf dem Dorf abzuzeichnen. Nachdem die ersten Bauern in den Gemeinden Worin, Merxleben und Schafstedt sich nach gründlichen Beratungen zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hatten, war durch ihr Beispiel und die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED eine immer mehr um sich greifende Bewegung ins Leben gerufen worden.

In den zurückliegenden Jahren hatte die Landwirtschaft einen bedeutsamen Aufschwung genommen. So konnte die infolge des faschistischen Krieges eingetretene tiefe Krise in der Agrarproduktion überwunden werden. In den Jahren nach der Durchführung der demokratischen Bodenreform war es gelungen, die Hektarerträge bei Getreide 1951 gegenüber 1946 zu verdoppeln, der Rinderbestand nahm in der gleichen Zeit um fast 50 Prozent zu, während sich der Schweinebestand sogar fast verdreifachte. Der demokratische Staat hatte den Neubauern Kredite in Höhe von 869 Millionen DM gewährt, mit deren Hilfe sie 359 024 Baueinheiten (Wohnhäuser, Ställe und Scheunen) errichteten. Auf vielfältige Weise erwies der Arbeiter-und-Bauern-Staat den werktätigen Bauern, Neubauern wie Altbauern, Unterstützung.

Doch es zeigte sich, daß die Landwirtschaft an der Grenze der Möglichkeiten angelangt war, die die einzelbäuerlichen Wirtschaften boten. Dies begannen auch die Bauern selbst zu spüren. Die großen Maschinen der MAS konnten auf den kleinen Feldern der Bauern nur ungenügend ausgenutzt werden. Eine nutzbringende Anwendung der modernen Erkenntnisse der Agrarwissenschaften war ebenfalls kaum möglich. An die Stelle der Bauernwirtschaften muß-

ten landwirtschaftliche Großbetriebe treten. Die Erfahrungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder lehrten, daß die historisch notwendige Schaffung sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe am besten auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern erfolgt.

Die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften entspricht sowohl den Gesamtinteressen des sozialistischen Aufbaus und der ganzen Gesellschaft als auch den persönlichen Interessen der Bauern. Sie kann nur von den Bauern selbst, bei strengster Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit, vollzogen werden. Zugleich ist es jedoch notwendig, daß die Arbeiterklasse und der sozialistische Staat die Genossenschaftsbewegung nicht dem Selbstlauf überlassen, die Bauern von der Notwendigkeit dieses entscheidenden Schrittes in ihrem Leben überzeugen und ihnen bei der Festigung und Entwicklung der jungen Produktionsgenossenschaften helfen. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die komplizierteste Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus. Sie ist dies deshalb, weil die Bauern mit einer althergebrachten, tiefverwurzelten Produktionsweise und den mit ihr verbundenen Lebensgewohnheiten brechen und ein neues Leben als sozialistische Werktätige, die im Kollektiv, auf großen Flächen und mit modernen Maschinen arbeiten, beginnen müssen. Verständlicherweise fällt es den Bauern nicht leicht, diese notwendige Entscheidung zu treffen. Ebendeshalb kann die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft nur mit Hilfe der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates, nur durch eine beharrliche Überzeugungsarbeit, nur allmählich, nur in dem Maße vollzogen werden, wie die Bauern die Vorzüge der genossenschaftlichen Arbeit erkennen.

Die fortschrittlichsten Bauern und Landarbeiter der DDR erkannten, daß der Weg, den ihnen die Partei der Arbeiterklasse auf der 2. Parteikonferenz wies, voll und

ganz ihren eigenen Interessen entsprach, ihnen die Möglichkeit gab, die moderne Agrartechnik voll zu nutzen, die Erträge zu steigern, den Wohlstand zu heben, die Arbeit wesentlich zu erleichtern und die noch bestehenden Reste der Ausbeutung durch kapitalistische Kräfte zu beenden. Bis Ende 1952 hatten sich bereits über 32 000 Bauern und Bäuerinnen und über 4000 Landarbeiter zu 1906 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen.

Am 5. Dezember trat in Berlin die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen. Auf ihr berieten die Pioniere der Genossenschaftsbewegung über die Erfahrungen, die die jungen LPG gesammelt hatten. Walter Ulbricht wies in seiner Rede auf der Konferenz nach, welch große umwälzende Bedeutung die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft hat, zu der die ersten Schritte nunmehr getan waren: „Die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften bringt eine technische und kulturelle Umwälzung im Dorf mit sich:

1. Neue Produktivkräfte werden mit Hilfe neuer Maschinen, der Anwendung der fortschrittlichsten Agrotechnik und einer hohen Arbeitsorganisation entwickelt.

2. Mit der Entwicklung der neuen Produktivkräfte ist die Kulturrevolution im Dorfe verbunden ...

3. Erst durch die Produktionsgenossenschaften wird auf dem Lande die Befreiung der Frau verwirklicht ...

Die Bildung der Produktionsgenossenschaften bringt den Mitgliedern ein neues Leben und führt zur Überwindung der kapitalistischen Denkweise."[22]

Ausgehend von den Erfahrungen, die die ersten LPG gesammelt hatten, formulierte die Konferenz die Musterstatuten der LPG, die drei Typen der Genossenschaften

22 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 507/508.

vorsahen. Diese drei Typen entsprachen den Bedürfnissen eines stufenweisen Übergangs von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlichen Wirtschaft. Das Gemeinsame in allen drei Typen bestand darin, daß, während der Boden der Bauern ihr Privateigentum blieb, das Ackerland nicht mehr individuell, sondern genossenschaftlich genutzt wurde. Zugleich unterschieden sich die drei Typen durch den Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So wurde in den LPG Typ I nur das Ackerland gemeinsam genutzt, während Maschinen, Zugvieh und Nutzvieh weiterhin von den Genossenschaftsbauern individuell gehalten wurden. In den LPG Typ II wurden auch die landwirtschaftlichen Maschinen sowie ein Teil des Zugviehs bereits gemeinsam genutzt. In den LPG Typ III schließlich wurden neben dem Ackerland und den landwirtschaftlichen Maschinen auch die Wiesen, Weiden und Wälder sowie das Nutzvieh gemeinsam von den Mitgliedern der LPG auf genossenschaftliche Weise genutzt. In allen LPG behielten die Genossenschaftsbauern eine individuelle Hofwirtschaft mit einer Nutzfläche von 0,5 Hektar sowie Vieh zur persönlichen Nutzung (Kühe, Schweine, Geflügel und anderes).

Im Winter 1952/1953 nahm die Genossenschaftsbewegung einen relativ schnellen Aufschwung. Von Dezember 1952 bis Ende März 1953 wuchs die Zahl der LPG von 1906 auf 3789 an.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vollzog sich in harter Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Kräften, die Überfälle auf Aktivisten der LPG organisierten, Scheunen in Brand steckten und auf die vielfältigste Weise versuchten, die Bauern vom Eintritt in die LPG abzuhalten. Viele Bauern erhielten von Westdeutschland Drohbriefe. Bezeichnend für viele ähnliche ist das Schreiben, das der Bauer Rohrbach in Wittstock erhielt. In diesem hieß es: „Ein Freund will Sie warnen. Gegen Sie läuft ein Strafverfahren, wonach Sie mindestens mit einer

Zuchthausstrafe von fünf Jahren zu rechnen haben. Machen Sie es genauso wie Ihr Freund Weber und verschwinden Sie so schnell wie möglich nach Westberlin. Montagabend ist es schon zu spät."[23] Mit solchen Lügen sollten Bauern zum Verlassen ihrer Höfe bewogen werden.

Den imperialistischen Kräften war klar, welch entscheidende Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft für den Aufbau des Sozialismus, die restlose Beseitigung des Systems der Ausbeutung und die Entwicklung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung zukam.

Die Umstellung von der einzelbäuerlichen Arbeit auf die genossenschaftliche war ein komplizierter Vorgang. Die bisherigen Klein- und Mittelbauern, die auf meist primitive Weise auf ihren kleinen Flächen gearbeitet hatten, mußten jetzt lernen, einen Großbetrieb zu leiten und die modernen Erkenntnisse der Agrarwissenschaft anzuwenden. Zur Unterstützung der jungen LPG beschloß die Regierung der DDR zahlreiche Maßnahmen, darunter Steuer- und Ablieferungsvergünstigungen sowie einen Vorzugstarif der Maschinen-Traktoren-Stationen, in die Ende 1952 die mit verschiedenen Maschinen und Traktoren wesentlich verstärkten MAS umgewandelt wurden. Die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, darunter solcher neuen Arten wie Mähdrescher, Kartoffelkombines und anderer, wurde beträchtlich gesteigert. Tausende Arbeiter folgten einem Aufruf der Partei der Arbeiterklasse und halfen den Genossenschaftsbauern bei der Organisierung der sozialistischen Großraumwirtschaft. Zahlreiche volkseigene Großbetriebe und Institutionen schlossen Patenschaftsverträge mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ab, so daß bis 1955 fast jede LPG zusätzliche Hilfe erhielt. Diese großzügige Unterstützung war unbedingt erforderlich, damit sich das Neue

[23] Zit. nach: ddz, 1953, Heft 45, Sp. 2317.

allmählich durchsetzen und die Voraussetzungen für einen wesentlichen Aufschwung der Landwirtschaft geschaffen werden konnten.

Nachdem sich 1952/1953 die fortgeschrittensten Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hatten, nahm die Mehrzahl der Bauern zunächst eine abwartende Haltung ein. Sie wollten sich erst von den Vorzügen der LPG überzeugen. Von Ende 1953 bis Ende 1955 wuchs die Zahl der Bauern, die sich in LPG zusammengeschlossen hatten, daher lediglich von 75 000 auf etwa 80 000 an. Unter den neueingetretenen Bauern waren 2347 Großbauern, denen 1954 der Beitritt zur LPG gestattet worden war. Der Entscheidung, daß auch Großbauern Mitglieder der LPG werden konnten, kam eine hohe Bedeutung zu. Sie war ein Beweis für die Stärke der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die bereits erreichte Stabilität der jungen LPG, die es sich erlauben konnten, Großbauern als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen. Mit ihr wurde allen Landwirten, einschließlich den kapitalistischen, eine klare Perspektive und eine gesicherte Zukunft gewiesen.

Die LPG bewiesen in sehr kurzer Zeit ihre Überlegenheit über die einzelbäuerliche Wirtschaft in der pflanzlichen Produktion. So wurden die Hektarerträge der einzelbäuerlichen Wirtschaften bei Futtergetreide und Speisehülsenfrüchten bereits 1954, bei Brotgetreide, Ölfrüchten, vor allem Raps, 1955 erreicht. Die Erträge der Viehwirtschaft lagen jedoch noch bedeutend unter denen der Einzelbauern. Erschwert wurde die Situation in vielen LPG dadurch, daß sie die Flächen der meist heruntergewirtschafteten Höfe republikflüchtiger Bauern, vor allem Großbauern, übernahmen. 1955 betrug der Anteil dieses Bodens an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der LPG über 55 Prozent. Dabei waren den LPG von Ende 1953 bis Ende 1955 etwa 50 000 ehemalige Landarbeiter beigetreten. Der An-

teil der LPG an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR betrug jetzt 18,6 Prozent.

Es waren vor allem die fortgeschrittensten LPG, die die Anfangsschwierigkeiten des genossenschaftlichen Zusammenschlusses schnell überwunden hatten und am Ende des ersten Fünfjahrplans bereits deutlich die großen Vorzüge gegenüber der Einzelwirtschaft bewiesen. Ihnen ist es zu verdanken, wenn auf dem Dorfe Schritt für Schritt die Erkenntnis an Boden gewann, daß die Zukunft der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gehört, die es den Bauern am besten ermöglicht, ihre persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Interessen des sozialistischen Aufbaus in Einklang zu bringen.

5. Die Niederlage der Konterrevolution am Tag „X"

In seinem Referat auf der 2. Parteikonferenz der SED, die die neue Lage nach der Unterzeichnung der Bonner und Pariser Verträge über die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Kriegspaktsystem analysierte und den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR erklärte, traf Walter Ulbricht folgende prinzipielle Feststellung zur nationalen Politik der SED: „Man hat uns gefragt: Welche Politik wird die SED nun weiter führen? Wir setzen unsere bisherige Politik des Kampfes um einen Friedensvertrag konsequent fort... Unsere Vorschläge, eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter West- und Ostdeutschlands zur Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung und für den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland herbeizuführen, halten wir voll aufrecht."[24]

[24] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV, S. 397/398.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, wandte sich in einer Rundfunkansprache am 28. August 1952 mit der Aufforderung an das deutsche Volk, vor allem an die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland, sich zusammenzuschließen, um die geplante Ratifizierung des Generalvertrags und des EVG-Vertrags durch den Bonner Bundestag nicht zuzulassen. Die unaufschiebbare Aufgabe war, über einen Friedensvertrag zu verhandeln und gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten, und nicht die Bonner und Pariser Verträge zu ratifizieren, deren Verwirklichung die Kriegsgefahr erhöhen und eine Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit unmöglich machen mußte.

Am 5. September 1952 beschloß die Volkskammer der DDR, eine Delegation von Abgeordneten nach Bonn zu entsenden und dem Bundestag Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung zu unterbreiten. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sollten gemeinsam die Forderung nach umgehender Einberufung einer Viermächtekonferenz zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und nach der Einladung von Vertretern aus beiden deutschen Staaten zu einer solchen Konferenz erheben.

Die Volkskammerdelegation war bevollmächtigt, über die Bildung einer Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten zu verhandeln, die die Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu prüfen gehabt hätte. Die Volkskammer sprach sich auch dafür aus, der von ihr gebildeten Kommission, an deren Spitze Hermann Matern und Otto Nuschke standen, Gelegenheit zu geben, ihre Auffassungen vor dem Bundestag darzulegen, wie auch umgekehrt einer Delegation des Bundestages die Möglichkeit gegeben werden sollte, frei und ungehindert ihren Standpunkt vor der Volkskammer der DDR zu erläutern.

Trotz der ablehnenden Haltung Adenauers und der gegen die Volkskammerdelegation organisierten Provokationen, sahen sich das Präsidium des Bundestages und sein Präsident Ehlers unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, die Delegation der Volkskammer am 19. September 1952 in Bonn zu empfangen. Die Bemühungen der DDR, den Kontakt zwischen den Parlamenten der beiden deutschen Staaten zu vertiefen, der zu gemeinsamen Aussprachen und Vereinbarungen bevollmächtigter Vertreter der DDR und Westdeutschlands über die Sicherung der friedlichen Zukunft der deutschen Nation hätte führen können, blieben jedoch ohne Erfolg. Unterstützt von den Westmächten, die Beratungen über einen deutschen Friedensvertrag auf einer von der Sowjetunion nachdrücklich geforderten Außenministerkonferenz der vier Mächte verhinderten, setzte die Adenauer-Regierung alles daran, um den Generalvertrag und den EVG-Vertrag so schnell wie möglich vom Bundestag ratifizieren zu lassen. Ohne das Inkrafttreten dieser Verträge abzuwarten, forcierten die militaristischen Kräfte die Aufrüstung und die bisher noch getarnte Aufstellung einer westdeutschen Armee unter dem Kommando unverbesserlicher Hitlergenerale.

Am 19. März 1953 ratifizierte der Bundestag in dritter Lesung den Generalvertrag und den EVG-Vertrag. Aus Furcht vor dem Volk hatte die Polizei das Gebäude des Bundestages hermetisch abgeriegelt und alle Zufahrtsstraßen mit Drahtverhauen und spanischen Reitern versperrt. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei und Einheiten des Grenzschutzes mit Wasserwerfern und Schützenpanzerwagen standen in den Nebenstraßen. Selbst Wasserschutzpolizei kreuzte auf dem Rhein in der Nähe des Regierungsviertels.

Zur gleichen Zeit, als die Bonner Machthaber ihre Bemühungen verstärkten, Westdeutschland in das imperialistische Paktsystem einzugliedern, verschärften sie den kal-

ten Krieg gegen die DDR in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß.

Die imperialistischen Kräfte mußten erkennen, daß der erfolgreiche sozialistische Aufbau in einem Drittel Deutschlands und die konsequente Friedenspolitik der DDR wachsenden Einfluß auf die Menschen in Westdeutschland ausübten und die Weiterführung der antinationalen Politik des wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus beeinträchtigten. Sie scheuten deshalb weder Geld noch Mühe, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu unterminieren, das ökonomische Wachstum der DDR durch einen verschärften Wirtschaftskrieg, durch Sabotage und Diversionsakte zu hemmen und der politischen Festigung der DDR durch eine zügellose Hetz- und Verleumdungskampagne entgegenzuwirken. Bereits im März 1952 war in Westdeutschland ein sogenannter Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gebildet worden, dem Vertreter der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals und des Junkertums sowie rechte Führer der SPD und des DGB angehörten.

Dieser „Forschungsbeirat" koordinierte die Vorbereitungen für den sogenannten Tag „X", den Tag, an dem die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR gestürzt werden sollte. Er faßte konkrete Pläne für die Rekapitalisierung der volkseigenen Betriebe, die Rückgängigmachung der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft, der demokratischen Bodenreform und anderer revolutionärer Umgestaltungen, die nach 1945 durchgeführt worden waren.

Der „Forschungsbeirat" bildete spezielle Arbeitsgruppen, die einen Generalstabsplan für die „Machtübernahme" in der DDR ausklügelten. Der Minister für „Gesamtdeutsche Fragen", Kaiser, erklärte in einem Interview, das am 29. März 1953 im „Hamburger Anzeiger" erschien, zur Tätigkeit des Forschungsbeirats, es sei „unumgänglich, daß

gewisse Arbeitsergebnisse noch nicht bekanntgegeben werden können, da damit den sowjetzonalen Behörden nur die Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen gegeben" werden. Noch deutlicher konnte die Wühltätigkeit dieses Zentrums der Vorbereitung eines konterrevolutionären Putsches nicht eingestanden werden.

Die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus waren den militaristischen Kräften in Westdeutschland ein ernstes Hindernis für die Durchsetzung ihrer antinationalen Pläne. Die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland, die sich gegen die Ratifizierung der Bonner und Pariser Verträge wandten und eine Remilitarisierung Westdeutschlands verhindern wollten, erkannten an Hand der in der Deutschen Demokratischen Republik erzielten ersten Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, daß der Weg der DDR eine reale Alternative enthielt und die Zukunft Deutschlands im Sozialismus liegt. Auch aus diesem Grund verschärften die imperialistischen Kräfte ihre Anstrengungen zur Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik. Damals verfügten sie innerhalb der DDR noch über ein verhältnismäßig breites und weitverzweigtes Agentennetz, das am Tag „X" in Erscheinung treten sollte. Es gab in der DDR auch nicht wenige Angehörige der entmachteten Ausbeuterklassen sowie ehemalige Faschisten, die für die Wühlarbeit gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat gewonnen werden konnten. Eine besondere Rolle in den Plänen gegen die Deutsche Demokratische Republik war Westberlin zugedacht.

Unter dem Schutz des imperialistischen Besatzungsregimes wurden in Westberlin Dutzende von Spionage- und Terrororganisationen geschaffen, die ein Netz von Agentenstützpunkten in der DDR aufbauten und diese unter Mißbrauch der offenen Grenze unmittelbar anleiteten. Bei geeigneter Situation sollten größere Gruppen von

Diversanten und faschistischen Schlägern in die Deutsche Demokratische Republik eingeschleust werden.

Die westdeutschen und ausländischen imperialistischen Geheimdienste gaben ihren Agenten in der DDR die Anweisung, sich in einflußreiche Stellungen des Staatsapparats und der demokratischen Organisationen einzuschleichen und die Diversionstätigkeit zu verstärken. In verschiedenen Ministerien (so im Ministerium für Handel und Versorgung) und Großbetrieben trieben Agentengruppen der feindlichen Geheimdienste ihr Unwesen.

Die Wühltätigkeit der imperialistischen Propagandaeinrichtungen, besonders des RIAS, und der Geheimdienste und Agentengruppen hatte vor allem auch das Ziel, eine kontinuierliche Erfüllung der Volkswirtschaftspläne zu hintertreiben und Störungen in der Versorgung der Bevölkerung hervorzurufen. Reaktionäre Elemente aus den Kreisen der Privatunternehmer, des kapitalistischen Großhandels, der Großbauern und andere, die eine Restauration des Kapitalismus erhofften, suchten durch Steuer- und Warenhinterziehungen, Spekulationen und ähnliche Machenschaften, den sozialistischen Aufbau zu schädigen.

Der massive Druck der imperialistischen Reaktion verstärkte die Schwankungen in den kleinbürgerlichen Schichten und beeinflußte auch Teile der Arbeiterklasse. In der ersten Hälfte des Jahres 1953 stieg die Zahl der DDR-Bürger, die illegal die Republik verließen, relativ stark an. Auch im sozialistischen Sektor der Wirtschaft zeigten sich im Frühjahr größere Schwierigkeiten; sie ergaben sich aus den noch nicht beseitigten Disproportionen sowie der noch nicht befriedigend gelösten Rohstoffversorgung in der Industrie. Der verschärfte Wirtschaftskrieg Westdeutschlands gegen die DDR machte es notwendig, den Aufbau der schwerindustriellen Basis zu beschleunigen, wodurch die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen nicht in dem Umfange erfolgen konnte, wie es geplant war.

Für die Erweiterung der Schwerindustrie mußten neue Akkumulationsquellen ausfindig gemacht werden. Zu diesem Zwecke wurden neben Maßnahmen, die darauf abzielten, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu erhöhen und staatliche Mittel sparsam zu verwenden, auch Einschränkungen bei sozialen Ausgaben beschlossen. In der Volkswirtschaft wurden einige Umstellungen zugunsten der Schwerindustrie festgelegt, die zu einer Verlangsamung in der Entwicklung der Leicht- und Konsumgüterindustrie führten. Wie angespannt die Lage war, ist daraus zu ersehen, daß der Volkswirtschaftsplan für das I. Quartal 1953 nur zu 96,7 Prozent erfüllt wurde, darunter in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie lediglich zu 90 Prozent.

So hatten sich beim Aufbau des Sozialismus angesichts der Verschärfung des Wirtschaftskrieges und der Wühltätigkeit des imperialistischen Westdeutschlands gegen die DDR – die deshalb so nachhaltige Folgen haben konnten, weil das Gebiet der DDR gegenüber Westdeutschland das vor 1945 wirtschaftlich zurückgebliebene war und sich daher nach wie vor noch in vieler Hinsicht in ökonomischer Abhängigkeit von den schlimmsten Feinden des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates befand – äußerst komplizierte Probleme ergeben. Für ihre Meisterung gab es noch keine Erfahrungen – weder in der DDR noch international. Hinzu kam, daß es unter dem Einfluß der falschen Thesen Stalins von der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes im Verlauf des sozialistischen Aufbaus, der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie in jedem Land und unter allen Bedingungen sowie der Entstellungen des Prinzips der materiellen Interessiertheit 1952/1953 in der DDR einige Überspitzungen gab, die zur Unzufriedenheit unter den Werktätigen führten. Viele Funktionäre des Staates und der Partei versuchten, Schwierigkeiten in der Produktion mit administrativen Mitteln an-

statt durch Uberzeugung zu beheben. Administrativ verhängte Normenerhöhungen in der Industrie, die zur notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen sollten, wurden von den Arbeitern und Angestellten nicht verstanden und stießen auf Widerstand. Bei Verstößen gegen das sozialistische Eigentum wurde von den Justizorganen häufig die erzieherische Rolle des sozialistischen Rechts nicht genügend beachtet. Die Justizorgane unterschieden nicht immer zwischen den Feinden der Republik und solchen Werktätigen, die unter dem Druck des Gegners und angesichts der bestehenden Schwierigkeiten unehrliche Handlungen begingen. Die imperialistischen Kräfte hatten von Westdeutschland und Westberlin aus den Klassenkampf gegen die DDR erheblich verschärft; innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik war jedoch eine Zusammenarbeit aller Schichten der Bevölkerung unter Führung der Arbeiterklasse erforderlich und durchaus möglich. In dieser Zeit kam es aber zu Verletzungen der Bündnispolitik. Die Möglichkeiten, alle Schichten der Bevölkerung für den Kampf gegen den wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus und Militarismus und die von ihm ausgehende Bedrohung der ganzen Nation zu gewinnen und sie verstärkt in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen, wurden nicht voll genutzt. Statt dessen gab es Bestrebungen, die kapitalistischen Kräfte zurückzudrängen, ihnen durch verschiedene administrative Maßnahmen, zum Beispiel verschärfte Methoden der Steuererhebung und der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Entzug der Lebensmittelkarten, zusätzliche Schwierigkeiten für die Weiterführung ihrer Produktionsbetriebe zu machen. Einige Betriebe in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft wurden in diesem Zusammenhang unter Treuhandschaft gestellt.

Die Republikflucht unter der bäuerlichen Bevölkerung wirkte sich ebenfalls negativ auf die Versorgungslage aus.

Es entstanden dadurch zusätzliche Schwierigkeiten für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die die meist heruntergewirtschafteten Flächen der republikflüchtigen Bauern übernehmen mußten. So ergab sich, daß die Verbindungen des Partei- und des Staatsapparates zur Arbeiterklasse und zu den anderen Werktätigen gelockert waren.

Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR erkannten diese Lage und korrigierten durch den Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953 und den Beschluß des Ministerrats vom 11. Juni 1953 die Überspitzungen und Fehler, die sich beim Aufbau des Sozialismus in der DDR gezeigt hatten. Die Partei und die Regierung traten offen vor die Arbeiterklasse und alle Werktätigen und erklärten, daß in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden. Das Politbüro des ZK der SED sprach sich in seiner Sitzung vom 9. Juni 1953 dafür aus, „daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern“[25].

Von der Regierung der DDR wurden bestimmte Korrekturen im Volkswirtschaftsplan zugunsten der Entwicklung der Leicht- und Lebensmittelindustrie sowie Maßnahmen zur Stärkung der Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet.

Der größte Teil der Bevölkerung begrüßte diese Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit als Politik des neuen Kurses bezeichnet wurden, und erklärte sich bereit, Partei und Regierung zu unterstützen und noch aktiver am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen.

[25] Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428.

Die imperialistischen Kräfte sahen, daß sich die Politik des neuen Kurses sehr kurzfristig auswirken würde, und beschlossen daher, die von ihnen geplante Auslösung eines konterrevolutionären Putsches in der DDR zu beschleunigen. Für die Festsetzung des Putsches auf den 17. Juni waren auch einige internationale Gründe maßgebend.

So war es in dieser Zeit dank den Anstrengungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gelungen, die Kriegsfackel in Korea weitgehend zu löschen, und der Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens stand unmittelbar bevor. Die Sowjetunion erklärte, daß sie auch auf anderen Gebieten der internationalen Politik alles unternehmen werde, um den kalten Krieg zu beseitigen und einer Politik der Entspannung zum Durchbruch zu verhelfen. Die aggressivsten Kräfte des Imperialismus mußten erkennen, daß die Fortführung des kalten Krieges und die Vorbereitungen zur Auslösung eines dritten Weltkrieges viel schwieriger geworden waren. Deshalb versuchten sie im Herzen Europas, in Deutschland, einen neuen Kriegsherd zu schaffen, und wollten nicht zulassen, daß sich aus dem Waffenstillstandsabkommen in Korea eine allgemeine Tendenz zur internationalen Entspannung entwickelte.

Zu einem Zeitpunkt, als der neue Kurs der Partei und der Regierung schon verkündet war, aber sich erst in seinen Anfängen auszuwirken begann, und es daher noch zahlreiche Menschen gab, die bestimmte Vorbehalte gegenüber manchen politischen und ökonomischen Maßnahmen der SED und der Regierung hatten, setzten die imperialistischen Kräfte für den 17. Juni ihren Putschversuch an. In Westberlin trafen im Juni 1953 auch verschiedene Vertreter von USA-Dienststellen ein, um die letzten Vorbereitungen zum Putsch an Ort und Stelle zu überprüfen. Unter ihnen befanden sich der amerikanische Spionagechef Allan Dulles, seine Schwester Eleanor Dulles, die im Außenministerium eine führende Stellung innehatte, und schließlich auch der

durch seine brutale Kriegführung in Korea bekannte General Ridgway. Aus Westdeutschland wurden nach Westberlin faschistische Elemente eingeflogen. Am 17. Juni kam auch Jakob Kaiser, um die Operationen direkt von der Frontstadt aus anzuleiten. Durch ihre Agenten und andere gekaufte Subjekte, die vor allem von Westberlin aus massenhaft in die DDR eingeschleust wurden, gelang es den aggressiven Kräften des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals, im demokratischen Sektor von Berlin und in einigen Orten der Republik Teile der Bevölkerung zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen zu bewegen. Am 16. und 17. Juni zogen Tausende faschistische Schläger sowie viele irregeleitete Westberliner Jugendliche in organisierten Gruppen über die Sektorengrenze, verteilten Flugblätter und setzten Warenhäuser der HO und andere Gebäude am Potsdamer Platz und in weiteren Teilen des Berliner Stadtzentrums in Brand.

In mehreren größeren Städten drangen Horden von Provokateuren in Geschäfte, Büros demokratischer Organisationen und in staatliche Dienststellen ein, zerschlugen Fenster, Türen und Einrichtungen, legten Brände an und rissen die Fahnen der Republik und der Arbeiterklasse herunter. Verurteilte Kriegsverbrecher, wie die berüchtigte Kommandeuse des faschistischen Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn, wurden aus den Gefängnissen herausgeholt und riefen unter der Losung der „Freiheit" zum Mord an Partei- und Staatsfunktionären und zum Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Regierung auf. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzende der CDU, Otto Nuschke, wurde von faschistischen Banditen nach Westberlin verschleppt. Insgesamt kam es jedoch nur in 272 von den etwa 10 000 in der DDR bestehenden Gemeinden zu Unruhen, und zwar nur dort, wo die imperialistischen Geheimdienste ihre Stützpunkte hatten oder wohin sie Agenten schicken konnten. Aber auch da, wo es zu

Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen kam, erkannte die Mehrzahl der irregeleiteten Werktätigen sehr schnell, daß es den Rädelsführern und ihren Hintermännern keineswegs um eine Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen und eine Korrektur bestimmter Fehlentscheidungen beim Aufbau des Sozialismus ging, sondern um die Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Restauration der imperialistisch-kapitalistischen Machtverhältnisse in ganz Deutschland.

Die wahren Ziele des Putsches gab der Bonner Staatssekretär Thedieck in einem Vortrag vor Vertretern der Unternehmerverbände in Koblenz zu. Unumwunden erklärte er, das Ziel sei die Restauration des Kapitalismus auf dem Gebiet der DDR. Dabei müsse damit gerechnet werden, „daß durch die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung eine große Anzahl von Arbeitskräften freigesetzt werden wird. Der Forschungsbeirat hat bei seiner Arbeitskräftebilanz einen starken Anteil von Arbeitslosen in Rechnung gestellt."[26]

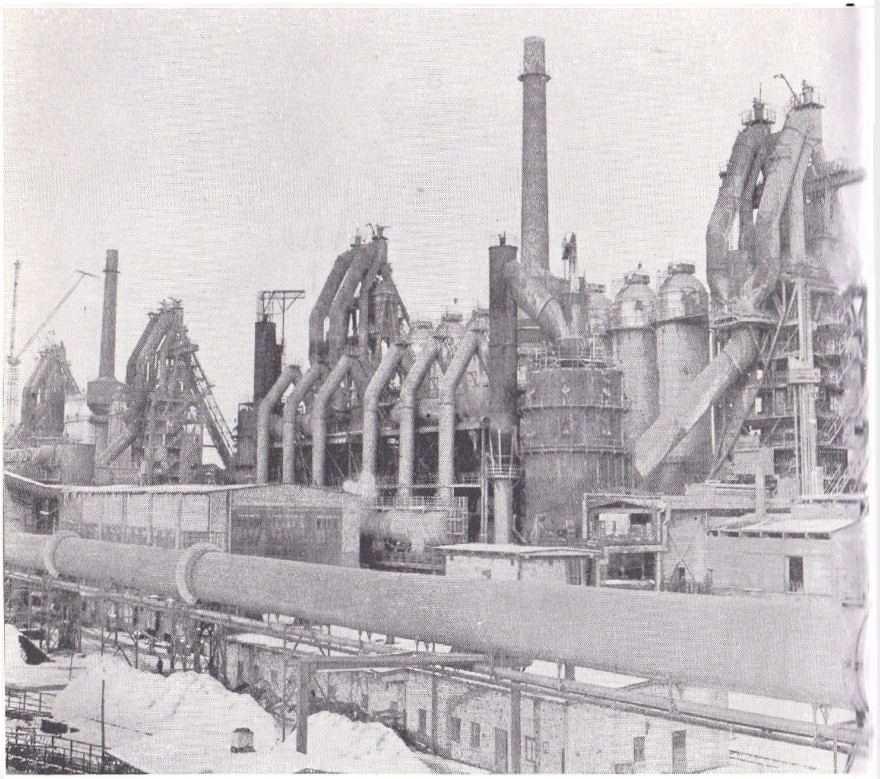
Die imperialistischen Verschwörer gegen den Frieden und den Sozialismus erlitten ein Fiasko. Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse bereiteten die Werktätigen, die staatlichen Organe und die bewaffneten Kräfte des Arbeiter-und-Bauern-Staates dem faschistischen Putsch eine Niederlage. Die Parteiorganisationen, vor allem in den Großbetrieben, bewiesen ihre Standfestigkeit. Unter ihrer Führung wiesen die Hüttenarbeiter des Eisenhüttenkombinats Ost und der Eisenwerke West in Calbe, die Kumpel des Steinkohlen- und des Erzbergbaus sowie der Braunkohlenwerke, die Werktätigen der Großkokerei Lauchhammer, der Maxhütte Unterwellenborn, des Berliner Großkraftwerks Klingenberg sowie Tausender anderer Betriebe die faschistischen Provokateure entschieden zurück. Insgesamt

[26] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn), 26. Juni 1953.

In einer machtvollen Demonstration begrüßte die Bevölkerung, voran die Jugend, am 11. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates

Die Vorbereitung der Volkswahlen am 15. Oktober 1950 gestaltete sich zu einer Aussprache der gesamten Bevölkerung der DDR über die Grundfragen der Nation. Wie hier in Dresden bekannten sich die Männer und Frauen in allen Teilen der DDR einmütig zum Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und zur Politik der Arbeiter-und-Bauern-Regierung

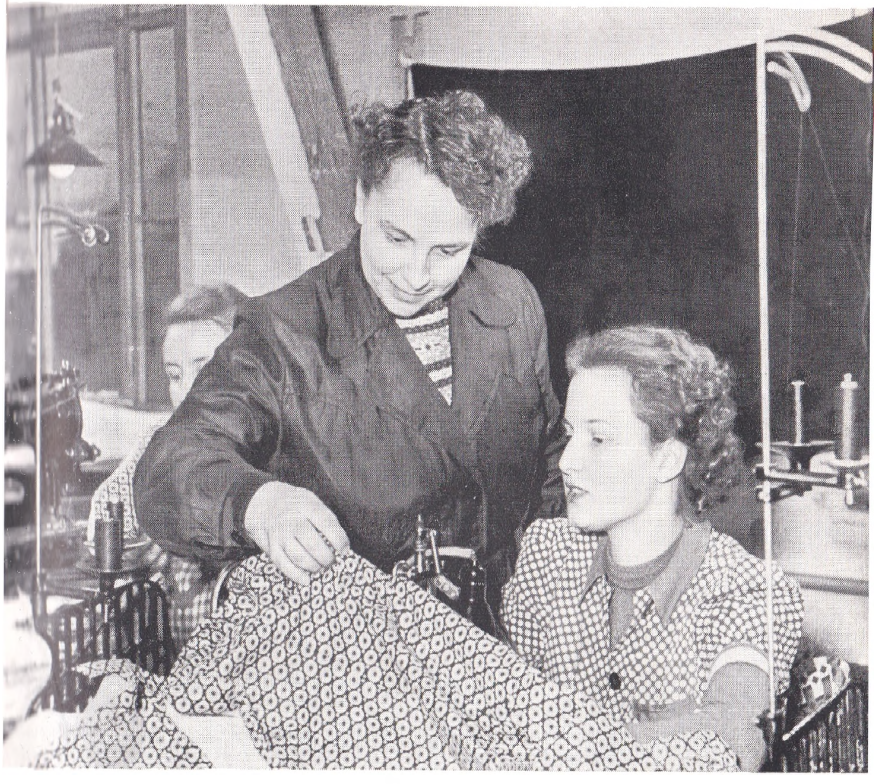
Im Dezember 1950 weilten sowjetische Neuerer, unter ihnen der Schnelldreher Pawel Bykow, in der DDR, um ihren deutschen Klassenbrüdern die fortschrittlichsten Arbeitsmethoden zu übermitteln. Dies war ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Losung „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen"



Am 1. Januar 1951 wurde der Grundstein zum Eisenhüttenkombinat Ost gelegt, das mit sowjetischer Hilfe an der Oder aufgebaut wurde. Das Eisenhüttenkombinat Ost entwickelte sich zu einem der modernsten Hüttenwerke Europas

Am 3. Februar 1952, dem Jahrestag des amerikanischen Terrorangriffs auf Berlin, fand die Grundsteinlegung für den ersten Wohnbau statt, der im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks in der Hauptstadt der DDR errichtet wurde

Die Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im September 1952 leitete einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der Landwirtschaft ein. Die Arbeiter der Industriebetriebe, wie hier Delegationen aus den Betrieben in Lockwitz bei Dresden, sagten den Pionieren der Genossenschaftsbewegung ihre allseitige Unterstützung zu



Die Näherin Luise Ermisch verpflichtete sich mit ihrer Brigade, nur noch Textilien erster Qualität herzustellen. Ihrem Beispiel folgten Tausende Brigaden in allen Teilen der Republik. Luise Ermisch qualifizierte sich zur Leiterin des VEB Kleiderwerk Mühlhausen und wurde später zum Mitglied des Staatsrates der DDR berufen

Nachdem durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO die Kriegsgefahr sich erheblich verschärft hatte, schlossen die sozialistischen Staaten Europas den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab. Die Nationale Volksarmee der DDR ist mit den anderen Armeen der Warschauer Vertragsstaaten brüderlich vereint und steht mit ihnen in Europa auf Friedenswacht. Die gemeinsamen Manöver der sozialistischen Armeen sind vom Geiste der Freundschaft und des proletarischen Internationalismus getragen

ließen sich etwa fünf Prozent der Arbeiterschaft zu Arbeitsniederlegungen verleiten. In zahlreichen Fällen wurden die Rädelsführer von den Arbeitern dingfest gemacht und den Staatsorganen übergeben. Die entscheidende Form des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den faschistischen Putsch war, entgegen den Parolen vom Generalstreik und allen Störversuchen des Feindes, die Produktion in den Betrieben unter allen Umständen fortzusetzen. In vielen Betrieben, so im Stahlwerk Brandenburg, bekundeten die Arbeiter ihre Verbundenheit mit Partei und Regierung durch neue, bis dahin nicht erreichte Höchstleistungen in der Produktion.

An der Niederschlagung des faschistischen Putsches hatten auch in der Deutschen Demokratischen Republik stationierte sowjetische Truppen Anteil. Ihr Eingreifen war erforderlich, um eine Ausbreitung des Putsches zu verhindern und vor allem klar und deutlich zu zeigen, daß die UdSSR eine Invasion von Truppen der imperialistischen Besatzungsmächte gegen die Deutsche Demokratische Republik unter keinen Umständen zulassen würde. In Berlin riegelten Einheiten der Sowjetarmee vor allem die Grenze zu den Westsektoren ab, wodurch die von den Geheimdiensten gedungenen konterrevolutionären Elemente und aufgeputschte Rowdys daran gehindert wurden, weiterhin in den demokratischen Teil Berlins einzudringen und hier ihr Unwesen zu treiben.

Die Herstellung von Ruhe und Ordnung an der Sektorengrenze zu Westberlin – vor allem am Potsdamer Platz und an anderen Übergängen im Stadtzentrum – trug entscheidend dazu bei, daß der faschistische Putschversuch in wenigen Stunden in sich zusammenbrach. Das schnelle und so entschlossene Handeln der Sowjettruppen bannte die Gefahr, daß sowohl bewaffnete Kräfte der westdeutschen Imperialisten als auch Truppeneinheiten der imperialistischen Westmächte den Versuch unternahmen, die

Kriegsfackel auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu entzünden.

Solche abenteuerliche Handlungen der imperialistischen Kräfte aber hätten unweigerlich zu militärischen Konflikten geführt, aus denen sich ein dritter Weltkrieg mit all seinen Folgen als atomarer Krieg hätte entwickeln können. Durch die rasche Niederschlagung des faschistischen Putschversuchs an der Nahtstelle der zwei Systeme wurde somit von der deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht mit Unterstützung der Einheiten der Sowjetarmee die Gefahr eines Weltkrieges gebannt.

Der Politik des Klassengegners arbeiteten der damalige Chefredakteur des „Neuen Deutschland", Rudolf Herrnstadt, und der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, in die Hände. Sie traten mit revisionistischen Auffassungen innerhalb des Politbüros des ZK der SED hervor und verkannten vor allem, daß die imperialistische Herrschaft in Westdeutschland um so mehr geschwächt wird, je systematischer die sozialistischen Gesetzmäßigkeiten in der DDR wirksam werden. Sie wollten die Parteiführung an sich reißen und die von der Partei beschlossenen Maßnahmen der Politik des neuen Kurses, die auf die konsequente Fortsetzung der Generallinie des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus unter Ausschaltung aller Hemmnisse und Überspitzungen gerichtet war, in ihr Gegenteil verkehren. Das lief darauf hinaus, den Aufbau des Sozialismus in der DDR hinauszuzögern und vor den imperialistischen Kräften der Bundesrepublik zu kapitulieren. Das Zentralkomitee der SED zerschlug unter der Leitung von Walter Ulbricht die Fraktion dieser Kapitulanten, die von Berija, damals Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Innern der UdSSR, der zur gleichen Zeit als Feind der KPdSU und des Sowjetvolkes entlarvt wurde, unterstützt worden waren, und festigte somit die Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Die Monopolherren und die Militaristen in Westdeutschland und in den USA, die mit dem faschistischen Putsch die deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht liquidieren wollten, erreichten das Gegenteil. Ihr verzweigtes Agentennetz trat an die Oberfläche und wurde weitgehend unschädlich gemacht. Die SED, die Blockparteien, die Massenorganisationen und der Staatsapparat bestanden ihre Bewährungsprobe. Die Arbeiterklasse und auch die anderen Schichten der Bevölkerung wurden um viele wertvolle Erfahrungen reicher. Die Ausschreitungen der Putschisten hatten ihnen gezeigt, daß sich hinter den Bonner Phrasen von Einheit und Freiheit und von der sogenannten Befreiung der DDR in Wirklichkeit die blutige Fratze des Faschismus und des Krieges verbarg.

Die Partei der Arbeiterklasse zog am 21. Juni auf der 14. Plenartagung des Zentralkomitees die ersten Schlußfolgerungen aus den Ereignissen des 17. Juni. Sie beschloß weitere Maßnahmen, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu festigen und die Politik der beschleunigten Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen konsequent durchzuführen. Die fortgeschrittensten Arbeiter erhöhten nach dem konterrevolutionären Putsch die revolutionäre Wachsamkeit. Aus den im Kampf gegen die faschistischen Provokateure entstandenen Arbeiterwehren wurden unter der Führung der SED bewaffnete Kampfgruppen der Arbeiterklasse gebildet.

Die SED und die anderen Parteien des Demokratischen Blocks leisteten eine beharrliche Arbeit, um alle Bürger der DDR über die Ursachen und Hintergründe des faschistischen Putsches und die Ziele seiner Organisatoren aufzuklären. In seiner Sitzung am 25. Juni 1953 nahm der Demokratische Block zu der faschistischen Provokation Stellung und erklärte: „Heute steht einwandfrei fest, daß der verbrecherische Putschversuch der Bonner Machthaber und ihrer Auftraggeber gerade zu dem Zeitpunkt unternom-

men wurde, als die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitete großzügige Wende ihrer Politik auf die schnelle Verbesserung der Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung, auf den verstärkten Kampf um die nationale Wiedervereinigung des Vaterlandes und die Herbeiführung eines Friedensvertrages mit Deutschland eingeleitet worden war. Diese Politik, die der Annäherung der beiden Teile Deutschlands dient und das Adenauer-Regime tödlich bedroht, sollte zum Scheitern gebracht werden. Dabei nutzten die Volksfeinde die durch eine Anzahl von Fehlern hervorgerufene Unzufriedenheit bei Teilen der Bevölkerung für ihre verbrecherischen Absichten aus. Die Urheber dieses Putsches, die Adenauer, Kaiser und Reuter, können die Blutschuld für ihre Provokation nicht von sich abwälzen ...

Der Demokratische Block sieht seine Aufgabe darin, mitzuhelfen, daß die Gesetze und Beschlüsse der Regierung richtig und schnell durchgeführt werden ...

Der Demokratische Block ruft zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber Provokateuren und Saboteuren auf. Die Deutsche Demokratische Republik übt keine Politik kleinlicher Rache. Sie unterscheidet scharf zwischen Urhebern, Provokateuren und irregeleiteten Menschen."[27]

Die führenden Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gingen in die Großbetriebe zu den Arbeitern und erklärten ihnen die Beschlüsse der Partei und Regierung. So sprach Walter Ulbricht im VEB Großdrehmaschinenbau „7. Oktober", Otto Grotewohl im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht", Heinrich Rau im VEB Schwermaschinenbau Wildau, Herbert Warnke und Hermann Axen zu den Berliner Bauarbeitern.

Auch jene Arbeiter, die sich zur Teilnahme an den Demonstrationen und zu Arbeitsniederlegungen verleiten ließen, erkannten in wachsendem Maße, daß sie objektiv

[27] ddz, 1953, Heft 50, Sp. 2707/2708.

gegen die Interessen ihrer eigenen Klasse, gegen den Staat der Arbeiter und Bauern und damit gegen sich selbst gehandelt hatten. Die zeitweilig eingetretene Lockerung in der Verbindung der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates zu einigen Teilen der Werktätigen konnte allmählich überwunden werden.

Im August 1953 reiste eine Regierungsdelegation der DDR auf Einladung der Sowjetregierung nach Moskau. Bei den Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR erklärte sich die Sowjetunion bereit, dem sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zusätzliche Hilfe zu erweisen. Es wurde vereinbart, daß die Warenlieferungen aus der Sowjetunion noch im zweiten Halbjahr 1953 über das geltende Handelsabkommen hinaus wesentlich erhöht werden sollten. Die DDR erhielt vor allem zusätzlich Lebensmittel, Steinkohle, Eisen, Walzgut und andere Rohstoffe. Außerdem gewährte die Sowjetregierung der DDR einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel, darunter 135 Millionen Rubel in freier Währung.

Die Sowjetregierung faßte im Einverständnis mit der Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluß, auf weitere Reparationszahlungen der DDR zu verzichten und auch die letzten bis dahin noch als Eigentum der UdSSR verbliebenen 33* SAG-Betriebe, die einen Gesamtwert von 2,7 Milliarden DM hatten, der Deutschen Demokratischen Republik entschädigungslos zu übergeben. 23 Großbetriebe, die im Rahmen der Reparationslieferungen in das Eigentum der Sowjetunion übergegangen waren, wurden der Deutschen Demokratischen Republik bereits 1950 übergeben. Im April 1952 kamen dann weitere 66 SAG-Betriebe hinzu. Da die Sowjetunion bereits im Mai 1950 die ausstehenden Reparationslieferungen der DDR um 50 Prozent herabgesetzt hatte, wurden der DDR von der in Potsdam seinerzeit auf insgesamt 10 Milliarden Dollar

festgelegten Reparationssumme insgesamt 5,7 Milliarden Dollar erlassen. Die Ergebnisse der Moskauer Beratung im August 1953 waren eine große Unterstützung für die erfolgreiche Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und für die weitere Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen.

Eine erfahrene Arbeiterin, die Weberin Frida Hockauf aus dem VEB Mechanische Weberei Zittau, dem größten Webereibetrieb der Republik, gab den Anstoß zu einer neuen Massenbewegung der Arbeiterklasse. Sie verpflichtete sich auf einer Gewerkschaftsaktivtagung am 29. September 1953, im Oktober 10 Meter, im November 15 Meter und im Dezember 20 Meter Stoff bester Qualität über ihren persönlichen Plananteil hinaus zu weben. Ihre Verpflichtung begründete sie mit den Worten: „Wie schnell das Tempo bei der Verwirklichung des neuen Kurses sein wird, hängt von uns Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz ab. So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein."[28] Frida Hockauf hatte mit ihren einfachen Worten die entscheidende Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, daß unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Verbesserung des Lebens davon abhängt, wie gearbeitet wird.

Von der Tat Frida Hockaufs angespornt, wandte sich die Belegschaft des VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" in Schwarza (Thüringen) im Oktober 1953 mit einem Wettbewerbsaufruf an alle Werktätigen der volkseigenen Betriebe, das Jahr 1954 zum Jahr der großen Initiative zu machen. Sie erklärte, daß es darauf ankomme, durch höhere Produktionsleistungen in jedem Betrieb die DDR zu stärken, den Frieden zu verteidigen und den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu führen.

Die von Frida Hockauf und den Werktätigen des Kunst-

[28] Neues Deutschland, 3. Oktober 1953.

faserwerks „Wilhelm Pieck" ausgelöste Bewegung trug dazu bei, die Stimmungen des Abwartens und des Unglaubens an die eigene Kraft zu überwinden, denen Teile der Werktätigen infolge des anhaltenden Drucks der Imperialisten erlegen waren.

Die Werktätigen aller Industriezweige begrüßten den Aufruf der Belegschaft des Kunstfaserwerks in Schwarza, das Jahr 1954 zum Jahr der großen Initiative zu machen.

6. Das Jahr der großen Initiative. Der Volkskampf gegen Bonns Kriegsverträge

Der Beginn der fünfziger Jahre wird in die deutsche Geschichte als die Zeit eingehen, da im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes eine bedeutsame und unwiderrufliche Entscheidung fiel: Die erfolgreiche Entwicklung des ersten deutschen Friedensstaates, der den Aufbau des Sozialismus auf sein Banner geschrieben hatte, war zu einer unabänderlichen Realität geworden. Den imperialistischen Kräften war es nicht gelungen, weder durch politische Wühltätigkeit noch durch ökonomischen Druck und Wirtschaftskrieg, die Aufwärtsentwicklung der DDR aufzuhalten. Es war vor allem die Arbeiterklasse gewesen, die große Opfer und Entbehrungen auf sich genommen hatte, um die Hinterlassenschaft des Imperialismus und der von ihm heraufbeschworenen nationalen Katastrophe des zweiten Weltkriegs zu überwinden. Sie war den verschiedensten Störversuchen der imperialistischen Kräfte entschlossen entgegengetreten und hatte durch den Aufbau einer eigenen schwerindustriellen Basis und die Beseitigung der schwerwiegendsten Disproportionen in der Wirtschaft die Grundlagen für eine kontinuierliche Verbesserung der

Lebensbedingungen des gesamten Volkes geschaffen. Dank dieser großen Leistungen konnten die Werktätigen jetzt immer mehr die Früchte der harten Anstrengungen seit 1945 ernten.

Die fünfziger Jahre waren aber andererseits auch dadurch gekennzeichnet, daß sich die Bedingungen des Kampfes um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes erschwerten. Nach der Ratifizierung der Bonner und Pariser Verträge durch den westdeutschen Bundestag im Frühjahr 1953 und mit der Auslösung des faschistischen Putschversuchs am 17. Juni 1953 hatte der wiedererstandene westdeutsche Imperialismus und Militarismus sein aggressives Wesen immer mehr enthüllt. Die Adenauer-Regierung hatte mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der Bonner und Pariser Kriegsverträge und der weiteren Zunahme der Remilitarisierung den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten derartig vertieft, daß eine sofortige Wiedervereinigung durch freie gesamtdeutsche Wahlen nicht mehr in dem gleichen Maße möglich war wie in den Jahren bis 1952.

Gab es unter diesen Bedingungen überhaupt noch eine Möglichkeit für eine Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage?

Ja, es gab auch jetzt noch bestimmte Möglichkeiten, und die DDR ließ nichts unversucht, sie zu nutzen, um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes zu erleichtern und die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands zu erreichen.

Worin bestanden damals diese Möglichkeiten?

Den Bonner Machthabern war es zwar gelungen, die Kriegsverträge zu ratifizieren, aber sie waren noch nicht in Kraft getreten. Einige Vertragspartner, so vor allem Frankreich, hatten angesichts der entschlossenen Kampfaktionen der friedliebenden Kräfte noch nicht ihre Zustimmung zur Remilitarisierung Westdeutschlands, zur Aufstellung einer

westdeutschen Armee und ihrer Einbeziehung in das imperialistische Paktsystem gegeben. In dieser Zeit zeichnete sich nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens in Korea – dank den Bemühungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sowie im Ergebnis des allgemeinen Aufschwungs der Weltfriedensbewegung – eine gewisse internationale Entspannung und Abschwächung des kalten Krieges ab.

Nachdem die Regierungen der Westmächte mehr als drei Jahre lang gemeinsame Verhandlungen mit der Sowjetunion verhindert hatten, sahen sie sich jetzt gezwungen, der Einberufung einer Konferenz der vier Außenminister in Berlin zuzustimmen. Dort sollte über Maßnahmen zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen, über die deutsche Frage, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit sowie den Abschluß eines Staatsvertrags mit Österreich beraten werden.

Die Deutsche Demokratische Republik begrüßte die Einberufung dieser Konferenz und ergriff erneut die Initiative, um einer Annäherung der beiden deutschen Staaten den Weg zu bahnen. Die Volkskammer und die Regierung der DDR schlugen dem Bundestag und der westdeutschen Regierung Verhandlungen über die Vorbereitung einer Wiedervereinigung Deutschlands vor. Walter Ulbricht setzte sich am 25. November 1953 im Namen der Regierung der DDR dafür ein, als Sofortmaßnahmen Verhandlungen über die Erweiterung des innerdeutschen Handels und die Regelung des Personenverkehrs, über Stärke, Bewaffnung, Standort und Aufgaben der Polizeikräfte sowie über die Verbreitung deutscher Bücher, Zeitschriften, Filme und Kunstwerke anderer Art in ganz Deutschland aufzunehmen.

Mit großem Nachdruck forderte die DDR, daß an der geplanten Außenministerkonferenz in Berlin Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen sollten, wenn die deutsche Frage zur Behandlung stünde. Sowohl die west-

deutsche Regierung als auch die Westmächte verhinderten jedoch eine Teilnahme von Vertretern des deutschen Volkes an den Beratungen über die deutsche Frage.

Die Bonner Regierung und die Vertreter der westdeutschen CDU und SPD bemäntelten ihre Ablehnung einer deutschen Initiative wie bereits früher mit dem demagogischen Argument, daß sich erst die Großmächte über die deutsche Frage einigen müßten. So lehnte zum Beispiel der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), den Vorschlag des Präsidiums der Volkskammer über die Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands an der Berliner Konferenz der vier Außenminister mit der Begründung ab, daß „dadurch die Aufgaben der Viererkonferenz nur erschwert würden"[29]. In Wirklichkeit kam die Berliner Konferenz der vier Außenminister vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 nicht zuletzt deshalb zu keiner Entscheidung in der deutschen Frage, weil die Bonner Regierung jede gemeinsame deutsche Initiative abgelehnt und eine Darlegung des deutschen Standpunkts verhindert hatte. Dabei war offensichtlich, daß es ohne Verhandlungen zwischen den verantwortlichen Politikern aus beiden Teilen Deutschlands keine deutsche Wiedervereinigung geben konnte.

Die Regierung der Sowjetunion unterbreitete der Berliner Außenministerkonferenz ein zuvor mit der Regierung der DDR abgestimmtes Programm zur Regelung der nationalen Probleme des deutschen Volkes. Es sah vor, beschleunigt einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und zu diesem Zweck im Herbst 1954 eine Friedenskonferenz einzuberufen. Die Parlamente der DDR und Westdeutschlands sollten unter breitester Teilnahme demokratischer Organisationen eine gesamtdeutsche Provisorische Regierung bilden. In ganz Deutschland sollte eine Volks-

[29] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 5. Februar 1954.

abstimmung über die Frage Friedensvertrag oder EVG-Vertrag durchgeführt werden.

Die Sowjetunion schlug auch die Bildung gesamtdeutscher Komitees für wirtschaftliche und kulturelle Fragen sowie ein Übereinkommen über Stärke und Bewaffnung der Polizei in beiden Teilen Deutschlands vor. Schließlich sprach sich die Sowjetunion dafür aus, daß zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa ein gesamteuropäischer Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa beraten werden sollte. Alle diese konstruktiven Vorschläge wurden von den Westmächten abgelehnt. Es zeigte sich, daß die imperialistischen Kräfte nach wie vor bestrebt waren, eine Friedensregelung mit Deutschland zu verzögern, um sie schließlich ganz verhindern und in dieser Zeit die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das imperialistische Paktsystem weiter fortsetzen zu können.

Die imperialistischen Kräfte hatten ihre Hoffnungen nicht aufgegeben, daß es ihnen zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein würde, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten unter Druck zu setzen, von einer „Position der Stärke" her den imperialistischen Machtbereich wieder über ganz Deutschland auszudehnen, unter entsprechenden Bedingungen mit Hilfe eines dritten Weltkrieges den Sozialismus zu vernichten und die Vorherrschaft des Imperialismus in der ganzen Welt wiederherzustellen. Diese Hoffnungen waren auf Sand gebaut. Dennoch bestimmten sie die Politik der westdeutschen Imperialisten und ihrer Verbündeten in der NATO.

Die Berliner Außenministerkonferenz hatte erneut deutlich gemacht, daß die Westmächte keinerlei Interesse hatten, die Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage wiederherzustellen. Auf dieser ersten Beratung der vier Außenminister nach der Bildung der beiden deutschen Staaten wurde noch offensichtlicher, daß die

Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem die Sache des deutschen Volkes selbst ist. Sie setzte eine Verständigung der Vertreter beider Teile Deutschlands und die Beseitigung des EVG-Vertrags und des Generalvertrags voraus.

Die Regierung der UdSSR veröffentlichte am 25. März 1954 eine Erklärung über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR in allen inneren und äußeren Angelegenheiten. In dieser Erklärung hieß es: „Die Sowjetunion nimmt mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik wird die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden."[30] Die Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der DDR durch den Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland wurde eingestellt. Im August 1954 wurden von der Sowjetregierung alle von der Sowjetischen Militärverwaltung und später von der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1953 erlassenen Befehle und Anordnungen aufgehoben. Mit dieser Entscheidung wurde die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich erhöht.

Die Beseitigung des gegen die Interessen der Nation und die Interessen des Friedens in Europa gerichteten EVG-Vertrags und des Generalvertrags wurde zur wichtigsten Aufgabe der friedliebenden und patriotischen Kräfte in Westdeutschland. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik konnten diesen Kampf, wie überhaupt das Ringen um die Sicherung des Friedens und die Abwehr der Kriegsgefahr, am besten dadurch unterstützen, daß sie durch neue ökonomische Erfolge beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus den Beweis dafür erbrachten, zu

[30] Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, S. 502.

welch großen friedlichen Leistungen jener deutsche Staat fähig ist, der souverän über seine Innen- und Außenpolitik entscheidet und in dem das Selbstbestimmungsrecht des Volkes voll und ganz verwirklicht ist.

Am 10. Dezember 1953 beschloß der Ministerrat der DDR, an dessen Beratung 300 Vertreter von Betriebsbelegschaften sowie die leitenden Funktionäre des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnahmen, die Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften. Die Verordnung enthielt in ihrer Einleitung die ausdrückliche Feststellung: „Die Arbeiter sind die führende Kraft der Gesellschaft."[31] Sie legte eine Reihe von Maßnahmen fest, um die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Leitung von Staat und Wirtschaft weiter zu erhöhen, eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern.

So sah die Verordnung vor, den Arbeits- und Unfallschutz, die sanitären Verhältnisse in den Betrieben, den vorbeugenden Gesundheitsschutz der Werktätigen und das Werkessen weiter zu verbessern und den Wohnungsbau wesentlich zu verstärken. Die Gewerkschaften erhielten die betrieblichen Kulturhäuser, Klubs und Bibliotheken mit ihren Einrichtungen zur unentgeltlichen Nutzung. Großbetriebe sollten eigene Erholungsheime und Nachtsanatorien einrichten. Den Betriebsleitern und anderen leitenden Wirtschaftsfunktionären wurde es zur Pflicht gemacht, regelmäßig vor den Belegschaften und den Gewerkschaftsleitungen über die Erfüllung der Betriebskollektivverträge, die Verwendung der Mittel für soziale und kulturelle Zwecke und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsschutz und die Verbesserung der Arbeits-

[31] Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 473.

und Lebensbedingungen der Werktätigen zu berichten. Die Gewerkschaften erhielten das Recht, die leitenden Wirtschaftsfunktionäre – vom Werkleiter bis zum Minister – aufzufordern, vor der gewählten Gewerkschaftsleitung oder der Belegschaft Rechenschaft über die Einhaltung der Kollektivverträge abzulegen; bei Verstößen gegen die Rechte der Werktätigen konnten die Gewerkschaften die Bestrafung der Schuldigen verlangen.

Die Verordnung legte ferner Maßnahmen fest, um den sozialistischen Wettbewerb und die Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten zu fördern, und trug damit dazu bei, die Arbeitsproduktivität in der sozialistischen Volkswirtschaft zu erhöhen.

Im Wettstreit der zwei Gesellschaftssysteme in Deutschland kam es jetzt darauf an, daß sich die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik ihrer führenden Rolle und ihrer Verantwortung immer besser bewußt wurde. Durch die Meisterung der sozialistischen Methoden der Wirtschaftsführung und durch eine ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität mußte sie entscheidend dazu beitragen, daß in Deutschland die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Monopolkapitalismus auch auf ökonomischem Gebiet bewiesen und die Voraussetzungen geschaffen wurden, um die Lebenslage der Werktätigen der DDR kontinuierlich zu verbessern.

Die wachsende Verbundenheit der Werktätigen mit der marxistisch-leninistischen Vorhut der Arbeiterklasse wurde zum Beispiel in den 130 000 Einzel- und Kollektivverpflichtungen sichtbar, die die Werktätigen zu Ehren des IV. Parteitages der SED übernahmen, der am 30. März 1954 in Berlin zusammentrat. Alle diese Verpflichtungen hatten zum Ziel, im Jahr der großen Initiative den Volkswirtschaftsplan 1954 vorfristig zu erfüllen und so die Beschlüsse von Partei und Regierung zur ökonomischen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik in die Tat umzusetzen.

Walter Ulbricht konnte im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees die bedeutsame Feststellung treffen: „Auf dem IV. Parteitag kann unsere Partei dem ganzen deutschen Volk über die großen Erfolge des Neuaufbaus berichten. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die das Programm, das im Jahre 1945 verkündet wurde, nicht nur im Leben durchgeführt, sondern bereits übererfüllt hat; denn wir sind nunmehr zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus übergegangen!“[32]

Die Werktätigen der DDR hatten unter Führung der SED und unterstützt von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten die im Fünfjahrplan bis Ende 1953 vorgesehenen Ziele nicht nur erreicht, sondern sogar zu einem großen Teil überboten. So erreichte die volkseigene Industrie 1953 ein Produktionsvolumen von 174,8 Prozent gegenüber 1950, während der Plan nur eine Steigerung auf 161,6 Prozent vorgesehen hatte. Zum Beispiel entwickelte sich die Schwerindustrie schneller als vorgesehen, und der Lebensstandard der Bevölkerung stieg nach den im Sommer 1953 vorgenommenen Plankorrekturen höher als ursprünglich festgesetzt.

Die Bruttoproduktion der Grundstoffindustrie und der metallverarbeitenden Industrie hatte sich gegenüber dem Vorkriegsstand mehr als verdoppelt. Das machte es möglich, bereits Ende 1953 weitgehend jene Ziele zu erreichen, die der Fünfjahrplan für die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen erst für 1955 festgelegt hatte. Der Warenumsatz des Einzelhandels betrug 1953 bereits 27,4 Milliarden DM, also 400 Millionen DM mehr als ursprünglich für 1955, das letzte Jahr des Fünfjahrplans, vorgesehen war.

Der IV. Parteitag konnte deshalb feststellen, daß alle Voraussetzungen vorhanden seien, um auch in den letzten

[32] Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 185.

beiden Jahren des ersten Fünfjahrplans die gesteckten Ziele der Volkswirtschaftspläne zu erfüllen. Er orientierte darauf, vor allem die Brennstoffindustrie, die Energieversorgung sowie einige Zweige der chemischen Industrie beschleunigt zu entwickeln, um die Bedürfnisse aller Zweige der Wirtschaft und der Werktätigen besser befriedigen zu können.

Für das Jahr 1954 stellte der Parteitag die Aufgabe, für eine Milliarde DM zusätzliche Massenbedarfsgüter herzustellen.

Großen Raum nahm in den Beratungen des IV. Parteitages der Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ein. Hierbei berücksichtigte der Parteitag die neuen Momente, die in der nationalen und internationalen Entwicklung in der vorangegangenen Zeit eingetreten waren.

In seiner Entschließung „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation" betonte der IV. Parteitag: „Das deutsche Volk steht vor den schwersten Entscheidungen seiner jüngsten Geschichte. Es kann diesen Entscheidungen nicht ausweichen ...

Zwei Lager stehen sich in Deutschland gegenüber. In einem Lager stehen die Kräfte des Friedens, im anderen Lager die Kräfte des Krieges.

Die einen sagen: Deutschland benötigt sofort einen Friedensvertrag für das einheitliche, friedliebende, demokratische und unabhängige Deutschland.

Die anderen sagen: Deutschland benötigt keinen Friedensvertrag, sondern die Bonner und Pariser Kriegsverträge, die Deutschland auf lange Zeit spalten und Westdeutschland durch Verwandlung in ein Kriegslager dem Untergang weihen ...

Die Verträge von Bonn und Paris sperren die Straße zur deutschen Einheit und öffnen den Weg zum Krieg ...

Soll Deutschland in Frieden leben, dann müssen der

Pariser EVG-Vertrag und der Bonner Generalvertrag fallen und die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden."[33]

Der Parteitag wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Lösung der nationalen Lebensfrage nur durch das aktive Handeln des deutschen Volkes möglich ist. Die Losung „Deutsche an einen Tisch!" blieb nach wie vor das höchste Gebot. Durch gesamtdeutsche Verhandlungen und die Bildung gemeinsamer west- und ostdeutscher Kommissionen zur Herstellung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mußten die Schaffung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung und wahrhaft freie Wahlen vorbereitet werden.

„Die unermüdlichen Anstrengungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für gesamtdeutsche Beratungen sind von der Geschichte heute schon gerechtfertigt"[34], konnte der Parteitag feststellen.

Das nationale Programm der SED stand auch im Mittelpunkt der Beratungen des II. Nationalkongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der am 15. und 16. Mai 1954 in Berlin tagte. Seine 5000 Delegierten und Gäste, darunter mehrere hundert Vertreter der verschiedenen Schichten der Bevölkerung aus Westdeutschland und Westberlin, erklärten in dem einmütig beschlossenen Manifest:

„Einheit und Frieden werden Wirklichkeit, wenn das deutsche Volk seinem nationalen Willen Ausdruck verleiht, die ausländische Bevormundung durch das Besatzungsstatut abzuschütteln und die Verträge von Bonn und Paris zu

33 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1097/1098.

34 Ebenda, S. 1100.

Fall zu bringen ... Über Deutschland kann niemand anderes entscheiden als das deutsche Volk selbst."[35]

Der Nationalkongreß forderte, das gesamtdeutsche Gespräch zwischen Abgeordneten, Organisationen, Betriebsbelegschaften, Wissenschaftlern, Künstlern und Sportlern beider deutschen Staaten zu verstärken und Verhandlungen zwischen den Organen der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung der Partner durchzuführen. Vor allem sollte das deutsche Volk die Möglichkeit bekommen, von seinem Selbstbestimmungsrecht in beiden deutschen Staaten Gebrauch zu machen und in einer Volksbefragung die Entscheidung darüber treffen, ob es für den Abschluß eines Friedensvertrags und den Abzug der Besatzungstruppen oder für das Inkrafttreten des EVG-Vertrags und des Generalvertrags und die Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre eintrete.

Das Präsidium des Nationalrats wandte sich am 24. Mai 1954 mit einem entsprechenden Ersuchen an die Volkskammer der DDR und an den westdeutschen Bundestag. Die Bonner Regierung verbot die Durchführung der Volksbefragung, womit sie erneut dokumentierte, daß sie der Feind jeder demokratischen Wahl und jeder freien Entscheidung des Volkes über die Lebensfragen der Nation ist. In der DDR wurde die Volksbefragung in der Zeit vom 27. bis 29. Juni 1954 mit einer Beteiligung von 98,6 Prozent durchgeführt. 93,6 Prozent der abgegebenen Stimmen entschieden sich für den Abschluß eines Friedensvertrags und gegen den EVG-Vertrag.

Im Spätsommer 1954 errangen die internationalen Friedenskräfte einen bedeutenden Erfolg. Der Kampf der Volksmassen, vor allem der französischen Werktätigen, erwies sich als stark genug, um eine Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung zu verhindern.

[35] Neues Deutschland, 18. Mai 1954.

Am 23. August hatte sich der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, an den Präsidenten Frankreichs, René Coty, gewandt und eindringlich vor den Gefahren gewarnt, die die Remilitarisierung Westdeutschlands auch für Frankreich bedeuten würde. Mit diesem Schreiben unterstützte die DDR die Haltung der französischen Patrioten, die am 30. August die Ablehnung des EVG-Vertrags durch die Nationalversammlung erzwangen.

Nach langjährigem erbitterten Kampf war das Projekt der reaktionären Kreise Washingtons und Bonns, mit Hilfe des EVG-Vertrags ihre Ziele durchzusetzen, gescheitert.

Der Präsident der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, erklärte zu dieser Niederlage der „Politik der Stärke": „Das deutsche Volk erkennt aus dem geschichtlichen Vorgang der Verwerfung des EVG-Vertrages durch die Friedenskräfte des französischen Volkes noch deutlicher als bisher, daß der Wille jedes Volkes sich allen Widerständen zum Trotz durchsetzen kann und wird, wenn er von der ganzen Kraft der Nation getragen wird."[36]

Nach dem Scheitern des EVG-Projektes betonte die Regierung der DDR am 3. September 1954, daß sich nunmehr neue Möglichkeiten für die Sicherung des Friedens in Europa, für die friedliche Lösung des Deutschlandproblems ergäben. Die Adenauer-Regierung jedoch wollte nichts von diesen neuen Möglichkeiten wissen. Sie konzentrierte ihre Bemühungen darauf, durch neue Verhandlungen die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das imperialistische Bündnissystem auf jeden Fall zu erreichen.

Gemeinsam mit den USA gelang es ihr im Oktober 1954, die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Paktsystem durchzusetzen. Die von Adenauer am 23. Oktober unterzeichneten Pariser Verträge sahen vor, den deutschen Militarismus wiederzuerrichten und West-

[36] Der Morgen, 1. September 1954.

deutschland in den NATO-Kriegspakt einzugliedern. Die Bonner Militaristen erhielten nun auch offiziell die Möglichkeit, eine Armee von 500 000 Mann aufzustellen.

Der zu den Pariser Verträgen gehörende sogenannte Deutschlandvertrag enthielt in seinem Artikel II die ausdrückliche Versicherung, daß die drei Westmächte „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung"[37], behalten. Die Adenauer-Regierung gab damit wesentliche Souveränitätsrechte preis und verzichtete auf eine selbständige nationale Politik.

In einem speziellen Schreiben an die Außenminister der drei Westmächte bestätigte Adenauer, daß die Militärbefehlshaber der Besatzungsmächte befugt sind, das Ausnahmerecht zu verkünden und, falls sie ihre Streitkräfte „bedroht" fühlen, „die angemessenen Schutzmaßnahmen (einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt) unmittelbar zu ergreifen"[38].

So bedeutete die Unterschrift Adenauers unter die Pariser Verträge den Verzicht auf nationale Selbstbestimmung. Adenauer hatte einen Staatsstreich gegen die Interessen der deutschen Nation vollzogen. Gegenüber dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet hatte Adenauer seine antinationale Politik in die Worte gekleidet: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht."[39]

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wandte sich entschieden gegen die Pariser Verträge, weil sie unvereinbar mit den nationalen Interessen des deut-

37 Zit. nach: ddz, 1954, Heft 83, Sp. 6053.
38 Zit. nach: Ebenda, Sp. 6059.
39 Hamburger Echo, 21. August 1954.

schen Volkes waren. Der Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge wurde zur wichtigsten Aufgabe im Ringen um die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands.

Das Zentralkomitee der SED wies eindringlich auf den Ernst der Situation hin, die mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge durch Adenauer heraufbeschworen worden war. Die Parteiführung der SED betonte: „Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert werden, entsteht eine neue Lage, die die Deutsche Demokratische Republik veranlaßt, gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen friedliebenden europäischen Staaten solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen."[40]

Die SED schlug vor, daß die Arbeiterorganisationen in beiden Teilen Deutschlands gemeinsame Kundgebungen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge durchführen und über gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955 beraten sollten.

Vor den friedliebenden Kräften in Westdeutschland stand die nationale Pflicht, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern und somit den Weg zur nationalen Wiedervereinigung durch die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und zu gesamtdeutschen Wahlen frei zu machen. Letztmalig konnten noch die Bedingungen für freie gesamtdeutsche Wahlen geschaffen werden. Voraussetzung hierfür war die Entfaltung des nationalen Kampfes in seinen vielfältigsten Formen, das Zusammengehen aller am Frieden interessierten Kräfte in ganz Deutschland und ganz besonders die gemeinsame Aktion der ganzen deutschen Arbeiterklasse, Verhandlungen der SPD und des DGB mit der SED und dem FDGB.

[40] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. V, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 215/216.

Die Führungen der SPD und der Gewerkschaften lehnten jedoch wiederum gemeinsame Aktionen der deutschen Arbeiterklasse und aller deutschen Patrioten ab. Diese Politik diente dem deutschen Imperialismus und Militarismus, der, gestützt auf eine ihm hörige Bundestagsmehrheit, die Ratifizierung der Pariser Verträge am 27. Februar 1955 durchsetzen konnte.

Auf einer Konferenz der Westmächte und der NATO-Partner, die vom 9. bis 11. Mai 1955 in Paris tagte, wurde Westdeutschland schließlich auch offiziell in die NATO aufgenommen.

7. Das Warschauer Verteidigungsbündnis. Der Abschluß des ersten Fünfjahrplans

Mit dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO entstand in Deutschland und damit in ganz Europa eine grundsätzlich neue Lage. Der deutsche Militarismus, die reaktionärste und aggressivste Kraft in Europa, erhob als Juniorpartner der USA aufs neue sein Haupt und wurde zur Hauptgefahr für den Frieden in Europa.

Nach der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO war es nicht mehr möglich, die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier gesamtdeutscher Wahlen und der Bildung einer gesamtdeutschen Provisorischen Regierung herbeizuführen. Die Kettung Westdeutschlands an die NATO, mit der die forcierte Aufrüstung und militaristische Durchdringung des gesamten Lebens in der westdeutschen Bundesrepublik einsetzte, wird für immer als schwarzer Tag in die Geschichte Deutschlands eingehen.

Genau zehn Jahre waren seit der bedingungslosen Ka-

pitulation der faschistischen Wehrmacht, der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg vergangen. Die Erben des Hitlerfaschismus, die reaktionären Machthaber in Bonn, hofften jetzt, den Kampf um die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges mit Erfolg beginnen zu können. Das, was den deutschen Imperialisten nicht im ersten und um so weniger im zweiten Weltkrieg gelungen war, wollten sie mit Unterstützung der USA und der anderen Mitglieder der NATO nun endgültig erreichen. Sie hatten nichts hinzugelernt. Sie meinten, diesmal mit den richtigen Verbündeten und in der richtigen Frontstellung endlich stark genug zu sein, um ihr erklärtes Ziel, die Ausdehnung des Machtbereiches des deutschen Imperialismus, durchsetzen zu können. Es war die alte Politik des „Drangs nach Osten", die, wie schon früher, mit einer für den deutschen Imperialismus notorischen Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses gekoppelt war.

Schon bei dem Bemühen, die Remilitarisierung Westdeutschlands durchzusetzen, hatten der deutsche Imperialismus und seine Verbündeten einen beträchtlichen Zeitverlust erlitten, der nie wieder gutzumachen war. Über sieben Jahre hatte es seit dem Bekanntwerden der 1948 von Clay und den westdeutschen Imperialisten geschmiedeten Pläne zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands und zur Aufstellung eines westdeutschen Söldnerheeres und fast fünf Jahre seit den offiziellen Beschlüssen der New Yorker Tagung im September 1950 über die Remilitarisierung Westdeutschlands gedauert, bis schließlich im Mai 1955 die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Kriegspaktsystem perfekt werden konnte. Die friedliebenden Kräfte der europäischen Völker, vor allem die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik, hatten durch ihr beharrliches Eintreten gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands den Zeitplan der Bonner Machthaber

durchkreuzt. In den für die westdeutschen Militaristen verlorenen Jahren hatte sich das Kräfteverhältnis in der Welt und auch in Deutschland selbst so sehr zu ihrem Nachteil verändert, daß die Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen die volksdemokratischen Staaten völlig aussichtslos wurde. Das Bestimmende in der deutschen Nachkriegsentwicklung der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ist die Tatsache, daß sich die Deutsche Demokratische Republik zu einem festgefügten, starken Staat der Arbeiter und Bauern entwickelte, daß mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR die Frage „Wer – Wen?" zugunsten des werktätigen Volkes und zuungunsten der reaktionären imperialistischen Kräfte entschieden wurde. Das neue Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland schuf die Möglichkeit, den Krieg auch auf dem Territorium Deutschlands zu verhindern.

Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge und der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO sah sich die DDR gezwungen, gemeinsam mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten Sicherheitsmaßnahmen gegen die akute Bedrohung des Friedens zu treffen. Am 14. Mai 1955 unterzeichneten die Regierungsdelegationen der DDR, der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Länder in Warschau den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand und beschlossen die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten.

Der Warschauer Vertrag unterschied sich grundsätzlich von der NATO und anderen imperialistischen Militärblöcken und Paktsystemen, da er der Erhaltung und Sicherung des Friedens und nicht der Vorbereitung einer Aggression, der gemeinsamen Sicherheit der sozialistischen Staaten, nicht aber der Schaffung neuer Spannungsherde in Europa diente.

Im Unterschied zur NATO enthielt der Warschauer Vertrag die ausdrückliche Bestimmung, daß er allen Staaten zum Beitritt offensteht. Durch ihren Beitritt als völlig gleichberechtigter Partner festigte die DDR ihre internationale Stellung und ihre Unabhängigkeit und Souveränität. Im Gegensatz zur westdeutschen Regierung, die mit dem Beitritt zur NATO auf wesentliche Souveränitätsrechte verzichtet und vor allem das Entscheidungsrecht über die Wiedervereinigung Deutschlands den drei Westmächten ausgeliefert hatte, behielt die DDR die volle Handlungsfreiheit in allen inneren und äußeren Fragen einschließlich des Rechts, aus dem Warschauer Pakt austreten zu können, wenn dies im Interesse des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und seiner nationalen Wiedervereinigung notwendig sein würde.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags nahmen zustimmend eine Erklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl zur Kenntnis, in der es hieß: „Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist."[41]

Der Warschauer Vertrag brachte sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auf völlig neuartigen Grundsätzen beruhten, wie sie die internationalen Beziehungen der kapitalistischen Staaten nicht kannten, auf den Grundsätzen einer wahren Gleichberechtigung, der gegenseitigen Hilfe, einer tatsächlichen Achtung der Souveränität der Staaten und des unabdingbaren Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes.

41 Neues Deutschland, 15. Mai 1955.

Die feste Zugehörigkeit der DDR zum sozialistischen Weltsystem bildete die wichtigste Garantie zum weiteren Vormarsch bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und im Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland. Die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und die erfolgreiche Erfüllung des ersten Fünfjahrplans war vor allem das Werk der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Im Frühjahr 1954 gaben die Weberin Charlotte Steinbach aus dem VEB Textilwerk „Einheit" in Glauchau und der Weber Paul Simon aus dem VEB Tuchfabrik Werdau das Beispiel, wie die vom IV. Parteitag der SED gestellte Aufgabe, die Selbstkosten der Produktion zu senken und die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern, erfüllt werden mußte. Charlotte Steinbach verpflichtete sich, die Selbstkosten der Produktion bei jedem Arbeitsgang zu senken. Sie rief die Werktätigen der Textilindustrie und aller volkseigenen Betriebe auf, ihrem Beispiel zu folgen. Paul Simon wurde zum Initiator der Qualitätsbewegung. Er forderte, die Arbeit nicht nur nach der Menge, sondern auch nach der Qualität zu bewerten. Das hieß, das Prinzip der materiellen Interessiertheit konsequenter durchzusetzen. Für ihre vorbildlichen Taten erhielten Charlotte Steinbach und Paul Simon am 13. Oktober 1954 die hohe Auszeichnung „Held der Arbeit".

Mit Unterstützung der Gewerkschaften breitete sich die von ihnen ausgelöste Wettbewerbsbewegung im Jahr der großen Initiative rasch aus und erfaßte Werktätige der verschiedensten Industriezweige.

Ein großes Verantwortungsgefühl für die Erfüllung des Energieprogramms bewiesen die Arbeiter, Angestellten und die technische Intelligenz des VEB Bergmann-Borsig in Berlin, des bedeutendsten Betriebes des Energiemaschinenbaus der Republik. Nachdem im ersten Halbjahr 1954 beträchtliche Planrückstände aufgetreten waren, berieten

die Parteiorganisation, die Gewerkschaft und die Werkleitung gemeinsam mit der Belegschaft, wie der Kampf um die Aufholung der Rückstände zu führen sei. Am Jahresende hatte der Betrieb seinen Plan mit 106,7 Prozent erfüllt.

Als die Arbeiterklasse und alle Werktätigen unserer Republik Ende 1954 die Bilanz des Jahres der großen Initiative zogen, konnten sie auf die von ihnen erzielten Erfolge stolz sein. Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus war ein gutes Stück vorangeschritten. Die industrielle Bruttoproduktion wurde im Vergleich zu 1953 auf 110 Prozent gesteigert. Damit war der Volkswirtschaftsplan für 1954 mit 100,2 Prozent erfüllt. Die Werktätigen hatten 1954 98 361 Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen über 60 000 realisiert wurden.

Die Produktion von Verbrauchsgütern stieg gegenüber 1953 um über 2 Milliarden DM und der Warenumsatz um 2,2 Milliarden DM. Die vom IV. Parteitag der SED gestellte Aufgabe, für eine Milliarde DM Konsumgüter über den Plan zu erzeugen, wurde mit 965 Millionen DM fast erfüllt. Zugleich gab es aber einige Hemmnisse, die einer schnelleren Entwicklung der Volkswirtschaft im Wege standen. So arbeiteten Ende 1954 noch immer 17 Prozent der volkseigenen Betriebe mit Verlust. Die Senkung der Selbstkosten war ungenügend. Ein Mißverhältnis bestand auch zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die im Jahre 1954 nur um 4,1 Prozent anwuchs, und der Erhöhung der Durchschnittslöhne, die 9,2 Prozent betrug. Diese Lage wirkte sich zum Schaden der Werktätigen aus und hemmte die weitere Verbesserung des materiellen Lebensstandards.

In dieser Zeit entstanden neue Formen des sozialistischen Wettbewerbs. So führte der sozialistische Wettbewerb von Mann zu Mann und von Brigade zu Brigade zu hervorragenden Ergebnissen. Er trug wesentlich dazu bei, daß in vielen Betrieben, ausgehend von technisch-begründeten Ar-

beitsnormen und exakteren Materialverbrauchsnormen, die Arbeitszeit voller ausgenutzt, die Selbstkosten gesenkt und die Rentabilität erhöht wurden. Die Initiatoren dieses Wettbewerbs waren die Hüttenwerker von Thale. Zu den Betrieben, die sich verpflichteten, 1955 ohne Staatszuschüsse auszukommen, gehörte der VEB Bergmann-Borsig in Berlin. Dem Kollektiv dieses Betriebes gelang es sogar, die Ziele, die es sich gestellt hatte, zu überbieten. Statt des geplanten Gewinns von 1,8 Millionen DM wurden fast 2,8 Millionen DM an den Staatshaushalt abgeführt. Auch andere Großbetriebe, so der VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" in Wildau und der VEB Werkzeugmaschinenfabrik „Hermann Schlimme" in Berlin-Treptow, erreichten die volle Rentabilität und führten 1955 erstmalig größere Summen an den Staatshaushalt ab.

So sorgten die Werktätigen 1955 dafür, daß seit langer Zeit die Arbeitsproduktivität wieder schneller als der Durchschnittslohn anstieg. Im Verhältnis zu 1954 erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie auf 107,2 Prozent, während der Durchschnittslohn 1955 auf 103,6 Prozent anstieg.

Die Brigade Wolter aus dem VEB Berliner Reifenwerk übernahm höhere Verpflichtungen zu Ehren des 80. Geburtstages des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, am 3. Januar 1956. Der Bundesvorstand des FDGB griff diese Initiative auf und veröffentlichte am 22. Juni 1955 einen Aufruf an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, im „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" den Volkswirtschaftsplan 1955 vorfristig zu erfüllen. Bis zum 13. Oktober, dem Tag der Aktivisten, schlossen sich diesem Aufgebot, der bis dahin größten Bewegung des sozialistischen Wettbewerbs, 900 000 Werktätige an. Damit hatte sich die Zahl der im Wettbewerb von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade stehenden Arbeiter gegenüber dem ersten Halbjahr 1955 mehr als verdoppelt. Bis zum Ende des Jahres

stieg die Zahl der am „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" teilnehmenden Werktätigen auf über 1,7 Millionen an. Die Teilnehmer dieses Wettbewerbs stellten sich nicht nur das Ziel, den Plan vorfristig zu erfüllen, sondern kämpften auch darum, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Qualität zu verbessern und die Selbstkosten zu senken, um auf diese Weise die Rentabilität der sozialistischen Betriebe herzustellen beziehungsweise zu erhöhen.

Dank dieser Massenbewegung wurde das Jahr 1955 zum erfolgreichsten Jahr des ersten Fünfjahrplans. Der Plan der industriellen Produktion wurde mit 101,5 Prozent erfüllt, und anstatt der vorgesehenen Steigerung von 6,5 Prozent wurde eine Steigerung von 8,3 Prozent gegenüber 1954 erreicht. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Prozent (der Plan sah eine Erhöhung um 5 Prozent vor). In 336 volkseigenen Betrieben der Industrie, des Handels und des Verkehrs, die 1954 noch mit Verlust gearbeitet hatten, wurde die Rentabilität hergestellt. Durch den Verzicht auf Staatszuschüsse und durch den erfolgreichen Kampf um die Rentabilität erhöhten sich die Finanzquellen unserer Republik um 3,3 Milliarden DM.

Insgesamt wurde der Fünfjahrplan in seinen entscheidenden Positionen erfüllt und übererfüllt. Die industrielle Bruttoproduktion erreichte 1955 46 Milliarden DM. So wuchs die Industrieproduktion in der DDR gegenüber 1950 auf 190 Prozent an, in Westdeutschland dagegen auf 178 Prozent. Damit wurde in bezug auf das Tempo der industriellen Entwicklung die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung gegenüber dem imperialistischen System des Bonner Staates bewiesen. Im Niveau der industriellen Entwicklung nahm die DDR hinter der Sowjetunion den zweiten Platz im sozialistischen Lager ein und rückte auf den fünften Platz in Europa vor. An der Vorwärtsentwicklung hatten nicht nur die sozialistischen Betriebe der Industrie Anteil, sondern auch die privatkapitalistischen Betriebe in

Industrie und Handwerk. So erhöhten sich zum Beispiel die Leistungen des Handwerks auf 171 Prozent. In der gleichen Zeit mußten in Westdeutschland von 860 000 Handwerksbetrieben über 100 000 schließen.

Wesentlich überschritten wurden die Planziele bei der Hebung der Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten. Diese stiegen nicht, wie vorgesehen, auf 116, sondern auf 144 Prozent. Betrugen die monatlichen Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten 1950 im Durchschnitt 311 DM, so wuchsen sie bis 1955 auf 432 DM an. Große Mittel wurden für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur, Sozialversicherung, Arbeitsschutz und Gesundheitswesen ausgegeben. Die im Jahre 1950 noch bestehenden 960 Einklassenschulen auf dem Lande wurden im Verlauf des ersten Fünfjahrplans bis auf einige wenige beseitigt. In der Zeit des ersten Fünfjahrplans entstanden zahlreiche neue Hoch- und Fachschulen. Die Zahl der Studenten erhöhte sich von 30 000 im Jahre 1951 auf 75 000 im Jahre 1955. Damit kamen 1955 in der DDR auf 10 000 Bürger 42 Studenten, während es in Westdeutschland nur 25 waren.

Die großen revolutionären Umgestaltungen in der DDR, die Erfolge im sozialistischen Aufbau fanden internationale Anerkennung. Die volle Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wurde durch den Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. September 1955 staats- und völkerrechtlich bekräftigt. Während die westdeutschen Machthaber den Bonner Separatstaat dem NATO-Kriegspakt auslieferten und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation mit Füßen traten, legte der Staatsvertrag die Entscheidungsfreiheit der DDR über alle Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik, einschließlich der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, fest und entsprach damit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Im Artikel 1 des Vertrages hieß es:

„Die Vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

In Übereinstimmung hiermit ist die Deutsche Demokratische Republik frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten."[42]

Die Regierungen der DDR und der UdSSR legten in Briefen, die zwischen dem Außenminister der DDR, Dr. Bolz, und dem Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, W. A. Sorin, ausgetauscht wurden, fest, daß lediglich die Kontrolle des Verkehrs von Truppen, Personal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zwischen Westdeutschland und Westberlin zeitweilig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt wird. Alle anderen Fragen, die mit der Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und den im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Verbindungswegen zwischen Westdeutschland und Westberlin zusammenhingen, einschließlich dem Verkehr von Bürgern ausländischer Staaten, gehörten ausschließlich zur Kompetenz der entsprechenden Behörden der Deutschen Demokratischen Republik.

Die UdSSR faßte weiterhin den Beschluß, die Funktion des Hohen Kommissars in Deutschland aufzuheben. Außerdem erklärte sie, daß die in den Jahren 1945 bis 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Be-

[42] Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. II, Berlin 1969, S. 209.

fehle und anderen Verordnungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihre Gültigkeit verlieren. Dabei konnte die Regierung der UdSSR ausdrücklich davon ausgehen, „daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse des Kontrollrates in Deutschland bezüglich der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf friedlicher und demokratischer Grundlage verwirklicht worden sind"[43].

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags trat die Außenpolitik der DDR in einen neuen Entwicklungsabschnitt ein.

Das Beispiel der friedlichen Aufbauarbeit in der DDR zeigte dem deutschen Volk, daß es seine nationale Größe und Zukunft nicht auf den Schlachtfeldern des Krieges, nicht durch Revancheziele und Grenzforderungen erreichen kann, sondern allein durch die friedliche Arbeit zur Entwicklung der Wirtschaft, der Wissenschaft, Technik und Kultur, durch die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen mit den anderen Völkern, vor allem mit der Sowjetunion.

Bereits in der Zeit des ersten Fünfjahrplans wurde immer sichtbarer, daß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung auch in Deutschland nicht mehr von den reaktionären Kräften der Gesellschaft bestimmt wurde, sondern von der Arbeiterklasse und allen progressiven Kräften, die Deutschland auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus führen.

43 Ebenda, S. 213.

III. Kapitel

Die Erhaltung des Friedens und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1956 bis 1961)

1. Der historische XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED

Mit der Jahreswende 1955/1956 begann eine neue Periode in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Werktätigen hatten den ersten Fünfjahrplan erfolgreich abgeschlossen und damit die Grundlagen des Sozialismus in der DDR im wesentlichen geschaffen. In harten Auseinandersetzungen mit dem wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus hatte sich die Arbeiter-und-Bauern-Macht gefestigt. Der Deutschen Demokratischen Republik fiel als dem westlichen Vorposten der sozialistischen Völkerfamilie eine wachsende Rolle im weltweiten Wettbewerb der zwei Gesellschaftssysteme zu. Die imperialistischen Kräfte hatten diese Entwicklung nicht verhindern können. Sie erwiesen sich jedoch als stark genug,

in Westdeutschland die friedliebenden und demokratischen Kräfte zurückzudrängen, die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung zu vertiefen und durch unverhüllten Terror, ökonomischen Druck und nicht zuletzt durch die Monopolisierung aller Einrichtungen zur öffentlichen Meinungsbildung den politischen Einfluß der konsequentesten Kraft im Kampf für die Sicherung des Friedens und eine demokratische Wiedervereinigung, der KPD – die nur noch eine halblegale Tätigkeit ausüben konnte –, wesentlich zu vermindern.

Die Lage in Deutschland war somit dadurch gekennzeichnet, daß der sozialistische deutsche Staat sich entscheidend gefestigt hatte, daß es aber auch den imperialistischen Kräften gelungen war, ihren Staat und ihre Macht in Westdeutschland zu konsolidieren. Die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO und der Deutschen Demokratischen Republik zum Warschauer Vertrag machten den neuen Zustand noch deutlicher. Das Nebeneinanderbestehen von zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung war für eine längere Periode zur eindeutigen Perspektive geworden. Zu ihrem Hauptinhalt wurde immer mehr der ökonomische Wettbewerb zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen; in seinem Verlauf mußte sich die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über das kapitalistische System zeigen und das Kräfteverhältnis sich zugunsten des Sozialismus und des Friedens verändern.

Die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus wollten aber einen solchen friedlichen Wettstreit vermeiden. Ihr Streben ging dahin, mit Hilfe eines verstärkten politischen, ökonomischen und militärischen Drucks und, falls die Bedingungen dazu günstig wären, auch durch die Anwendung militärischer Mittel die Deutsche Demokratische Republik in die Knie zu zwingen, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu liquidieren und den Herrschaftsbereich

des deutschen Imperialismus wieder über ganz Deutschland auszudehnen.

Zur Durchsetzung dieser Konzeption brauchten sie die Aufrechterhaltung der internationalen Spannungen und eine zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Hilfe des Antikommunismus sollte der Arbeiter-und-Bauern-Staat zum Todfeind erklärt werden, gegen den mit allen Mitteln vorgegangen werden konnte. Die imperialistischen Kräfte fürchteten einen friedlichen Wettstreit der beiden Systeme, da sie erkannten, daß dieser über kurz oder lang die Überlegenheit des Sozialismus auch in Deutschland offenbaren würde.

Die Konzeption der Deutschen Demokratischen Republik bestand darin, die besten Bedingungen für einen friedlichen Wettstreit der beiden Systeme zu schaffen. Deshalb setzte sich die DDR in jeder Hinsicht entschieden für eine Abrüstung, für eine Verminderung der Streitkräfte in Deutschland, für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf den Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, des Sports und für den Abbau des kalten Krieges ein. Deshalb traten die SED, die Nationale Front und die Regierung der DDR für gesamtdeutsche Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen und der Parlamente, zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Kultur, vor allem für gemeinsame Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen beider deutschen Staaten ein.

Es war klar, daß die Entscheidung in einem friedlichen Wettstreit nicht von heute auf morgen fallen würde. Zu groß waren die Folgen der antikommunistischen Verhetzung, der die westdeutsche Bevölkerung seit etwa vier Jahrzehnten fast pausenlos ausgesetzt war. Zu groß war der Einfluß der verschiedensten Spielarten der imperialistischen Ideologie und der diese objektiv stützenden reformistischen Ideen. Zu groß war schließlich der Unterschied in der öko-

nomischen Entwicklung der beiden deutschen Staaten, der sich aus den Folgen der kapitalistischen Vergangenheit, der Spaltung Deutschlands und des verschärften Wirtschaftskrieges der imperialistischen Kräfte ergeben hatte.

Aber sollten auch Jahre vergehen, bis die Entscheidung fallen würde, bis die Überlegenheit des Sozialismus so offensichtlich würde, daß auch die Bevölkerung Westdeutschlands, voran die Arbeiterklasse, die richtige Erkenntnis gewinnen und die Kraft aufbringen würde, die Lebensinteressen der Nation durchzusetzen, so mußte doch bereits die Schaffung der notwendigen Bedingungen für einen friedlichen Wettstreit der beiden deutschen Staaten im Interesse der überwiegenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes liegen. Das deutsche Volk sollte selbst, ohne ausländische Bevormundung und frei von der Furcht des Atomkrieges, auf Grund seiner Erfahrungen entscheiden, welches Gesellschaftssystem imstande ist, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Volksmassen besser zu befriedigen, den Fortschritt auf allen Gebieten der Technik, der Wissenschaft und des geistigen Lebens zu sichern und die gesamte deutsche Nation zu einem Leben in Frieden, Wohlstand und Glück zu führen.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Die Ablösung der überlebten, auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründeten kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die neue Gesellschaftsordnung des Sozialismus-Kommunismus ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, die von Marx, Engels und Lenin begründet und durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution erstmalig verwirklicht wurde. Sie vollzieht sich durch das revolutionäre Handeln der Volksmassen, die davon überzeugt sein müssen, daß der Sozialismus die einzig gerechte und menschliche Gesellschaftsordnung ist, die der Menschheit eine glückliche Zukunft sichert. Die Sowjetunion und die anderen Länder

des sozialistischen Weltsystems sind die Wegbereiter dieser sozialistischen Zukunft. Von ihrer Entwicklung, von ihrem mitreißenden Beispiel hängt in erster Linie ab, wie schnell bei allen Völkern der Welt die Erkenntnis reift, daß auch ihre Zukunft im Sozialismus liegt.

Zu Beginn des Jahres 1956 tagte der XX. Parteitag der KPdSU. Er trug sehr wesentlich dazu bei, die Entwicklung der sozialistischen Staaten zu beschleunigen, sie von vorhandenen Hemmnissen zu befreien und das Beispiel des Sozialismus noch anziehender und überzeugender zu machen. Noch nie zuvor hatte ein Parteitag ein so weitreichendes Echo bei Freund und Feind gefunden und eine so gewaltige Wirkung ausgeübt wie der historische XX. Parteitag der erfahrensten und mächtigsten Partei der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Ausgehend von einer Analyse der grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, die ihren Ausdruck vor allem in der Entwicklung des Sozialismus zu einem Weltsystem fanden, und der neuen gesellschaftlichen Erscheinungen, gelangte der XX. Parteitag der KPdSU in Grundfragen der internationalen Entwicklung zu Schlußfolgerungen, die eine wesentliche Bereicherung des Marxismus-Leninismus bedeuteten. Der Parteitag wandte die Leninsche Lehre von der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf die moderne Epoche an und entwickelte sie weiter. Er stellte fest: „Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung war und bleibt die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion."[1]

Unter den Bedingungen, da die Welt in zwei verschie-

1 Entschließung des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU. In: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 169.

dene Gesellschaftssysteme geteilt ist, kann nur das Prinzip der friedlichen Koexistenz als das richtige und vernünftige für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung betrachtet werden. Friedliche Koexistenz oder ein alles vernichtender Krieg, so steht in der Gegenwart die Frage. Die Kommunisten müssen entschlossen die Politik der friedlichen Koexistenz anwenden und gegen jegliche Angriffe verteidigen. Friedliche Koexistenz bedeutet Wettbewerb der Länder mit verschiedener Gesellschaftsordnung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Eine solche Politik kann nicht zur Aufgabe des Klassenkampfes, zur Aussöhnung der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie führen. Sie hat vielmehr den Kampf der Arbeiterklasse für den Triumph der sozialistischen Ideen zur Voraussetzung. Jedoch dürfen die ideologischen und politischen Differenzen zwischen den Staaten nicht durch Kriege gelöst werden.

Der XX. Parteitag der KPdSU gelangte weiter zu der Schlußfolgerung, daß unter den neuen internationalen Bedingungen die reale Möglichkeit besteht, aggressive Kriege zu verhindern. Solange der Imperialismus existiert, bleibt die ökonomische Grundlage für die Entstehung von Kriegen erhalten; deshalb ist die größte Wachsamkeit aller Friedenskräfte geboten. Aber unter den neuen Bedingungen – da sich das mächtige Lager des Sozialismus herausgebildet hat, die Volksbewegung für den Frieden in allen Ländern immer stärker geworden ist und neben den sozialistischen Ländern noch andere friedliebende Staaten bestehen – ergeben sich reale Möglichkeiten, die Entfesselung eines neuen Weltkrieges durch die Imperialisten zu verhindern. Die Schlußfolgerungen des XX. Parteitages der KPdSU über die Möglichkeit der Verhinderung von aggressiven Kriegen in der gegenwärtigen Epoche festigten bei den Volksmassen in allen Ländern der Welt die Gewißheit, daß ihr Kampf um die Erhaltung des Friedens erfolg-

reich sein werde. Sie spornten die Friedenskräfte an, sich noch enger zusammenzuschließen und noch entschiedener gegen die Ränke der imperialistischen Kriegsbrandstifter zu kämpfen.

Von großer Bedeutung waren die Feststellungen des XX. Parteitages der KPdSU über die Entstehung einer neuen, günstigeren Situation für den Übergang weiterer Länder zum Sozialismus. Anknüpfend an Lenins Leitsatz, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus vielfältig sind, kam der Parteitag angesichts des neuen internationalen Kräfteverhältnisses zu der Schlußfolgerung, daß sich größere Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung der Revolution ergeben haben: Der Grad der Schärfe des Klassenkampfes und die Anwendung oder Nichtanwendung von Gewalt beim Übergang zum Sozialismus werden nicht sosehr vom Proletariat abhängig sein, sondern von der Stärke des Widerstandes, den die Reaktion der überwiegenden Mehrheit des Volkes entgegensetzt, von der Gewaltanwendung seitens der Reaktion in irgendeiner Etappe des Kampfes für den Sozialismus. So mannigfaltig die Formen des Übergangs zum Sozialismus auch sein mögen, auf jeden Fall muß das Proletariat im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft die politische Macht erobern und die Diktatur des Proletariats errichten, muß die Arbeiterklasse unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei den sozialistischen Aufbau organisieren und leiten.

Wie der Parteitag betonte, erlangte der friedliche ökonomische Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme immer größere Bedeutung im Kampf für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen und in der weltweiten Auseinandersetzung von Sozialismus und Imperialismus.

Der XX. Parteitag der KPdSU stellte dem Sowjetvolk als ökonomische Hauptaufgabe, in historisch kurzer Frist „gestützt auf die Vorzüge des sozialistischen Wirtschafts-

systems, die am meisten entwickelten kapitalistischen Länder hinsichtlich der Produktion je Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen"[2].

Einen wichtigen Platz in der Arbeit des XX. Parteitages nahm die Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkults um Stalin und dessen Folgen ein. Der Parteitag billigte die vom Zentralkomitee der KPdSU seit 1953 geleistete umfangreiche Arbeit zur Wiederherstellung der Leninschen Normen des Parteilebens und zur Entwicklung der innerparteilichen Demokratie. Bei der Kritik am Personenkult ließ sich die KPdSU von den grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus über die Rolle der Volksmassen, der Partei und der Persönlichkeit in der Geschichte leiten. Sie ging davon aus, daß ein Personenkult um einen politischen Führer nicht geduldet werden darf, mögen seine Verdienste auch noch so groß sein. Die Kritik am Personenkult um Stalin, die entschiedene Verurteilung der unter Stalins Führung begangenen Fehler und Verbrechen und die volle Wiederherstellung der Leninschen Normen des Parteilebens und der sozialistischen Gesetzlichkeit trugen dazu bei, alle schöpferischen Energien der KPdSU und des Sowjetvolkes freizulegen.

Die KPdSU wußte, daß die Gegner versuchen würden, die Kritik an den im Zusammenhang mit dem Personenkult begangenen Fehlern für eine sowjetfeindliche Hetze auszunutzen. Sie tat trotzdem diesen Schritt, weil sie sich von prinzipiellen Erwägungen und von den Interessen des kommunistischen Aufbaus leiten ließ. Es ging um die Beseitigung einer fehlerhaften, dem Marxismus-Leninismus widersprechenden Ideologie und Praxis, die dem Sozialismus Schaden zugefügt hatte. Es ging um die Beseitigung der Bedingungen, durch die Verletzungen der Demokratie, Mißbrauch der Macht und andere der sozialistischen Ge-

[2] Ebenda, S. 175.

sellschaft fremde Erscheinungen ermöglicht worden waren. Der Parteitag beauftragte das Zentralkomitee der KPdSU, „in seinem Kampfe gegen die Überreste des Personenkults nicht nachzulassen und in seiner gesamten Tätigkeit davon auszugehen, daß die von der Kommunistischen Partei geführten Volksmassen die wahren Schöpfer des neuen Lebens sind“[3]. Die Verurteilung des Personenkults befähigte die kommunistischen und Arbeiterparteien, noch entschiedener den Kampf gegen den Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus zu führen.

Der Parteitag legte ein umfangreiches Programm für den kulturellen Aufbau und die kommunistische Erziehung der Werktätigen fest. Er stellte die Aufgabe, die in der ideologischen Arbeit noch vorhandenen Mängel, vor allem den Dogmatismus, zu überwinden und die gesamte ideologische und theoretische Arbeit, die Propaganda und Agitation mit den praktischen Erfordernissen des Kampfes um den Kommunismus zu verbinden. So vermittelte der Parteitag der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung bedeutsame Erkenntnisse für die Lösung aller Grundfragen der neuen Zeit.

Die Stellung zum XX. Parteitag der KPdSU und zu seinen Beschlüssen, die Anwendung seiner Lehren auf die konkreten Bedingungen der einzelnen Länder wurden zu einem Prüfstein für jede marxistisch-leninistische Partei.

Im März 1956 trat in Berlin die 3. Parteikonferenz der SED zusammen. Ausgehend von dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland, legte sie die Aufgaben für den neuen Entwicklungsabschnitt im Kampf um die Sicherung des Friedens, für die Entspannung der Lage in Deutschland und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik fest. Da die reaktionären Kräfte des Monopolkapitals nach

3 Ebenda, S. 185.

der Eingliederung der Bonner Bundesrepublik in den aggressiven NATO-Pakt das gesamte politische und gesellschaftliche Leben Westdeutschlands immer stärker durchdrangen, konnte von einer Wiedervereinigung durch freie gesamtdeutsche Wahlen nicht mehr die Rede sein. Infolge der aggressiven Politik und der antinationalen Konzeption der regierenden Kräfte in Bonn war die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten als unmittelbare Aufgabe nicht mehr realisierbar.

Zur vordringlichsten Aufgabe im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes war die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik geworden, des rechtmäßigen deutschen Staates, von dem der Frieden und der Fortschritt für die ganze Nation ausgeht.

Die Parteikonferenz stellte die Aufgabe, „die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems unserer Republik und seine Vorzüge gegenüber dem kapitalistischen Westdeutschland für alle Menschen sichtbar zu beweisen"[4]. Zugleich galt es, die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im weltweiten Wettbewerb der beiden Systeme zu festigen. In der von der 3. Parteikonferenz beschlossenen Direktive für den zweiten Fünfjahrplan für die Jahre 1956 bis 1960 wurde das Ziel gestellt, die industrielle Bruttoproduktion gegenüber 1955 um mindestens 55 Prozent zu steigern. Hierzu war es notwendig, die moderne Technik und die sozialistische Ökonomik zu beherrschen und die Werktätigen zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen, um die Arbeitsproduktivität erhöhen und eine bedeutende Entwicklung der Produktivkräfte erzielen zu können. Das Neue des zweiten Fünfjahrplans bestand darin, daß seine Hauptkennziffern mit den langfristigen Wirtschaftsplänen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder koordiniert und abgestimmt waren. Darin

4 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 793.

äußerte sich, daß das sozialistische Weltsystem eine höhere Stufe seiner Entwicklung erreicht hatte.

Im Mittelpunkt des zweiten Fünfjahrplans stand der Kampf um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Der Plan sah ein bedeutendes Anwachsen des sozialistischen Sektors in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Handel, eine beträchtliche Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur vor. Das wichtigste Investitionsvorhaben war der Aufbau des Kombinats Schwarze Pumpe, des größten Braunkohlenkombinats der Welt. In Rossendorf bei Dresden wurde mit dem Bau des ersten Atomreaktors in Deutschland begonnen. Dank der Unterstützung der Sowjetunion konnte er bereits Ende 1957 in Betrieb genommen werden.

Der zweite Fünfjahrplan zeigte der Bevölkerung der DDR den weiteren Weg des sozialistischen Aufbaus. Er bewies den Werktätigen in beiden deutschen Staaten, daß dem Sozialismus in Deutschland die Zukunft gehört. Die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der erfolgreiche Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR hatten zur Folge, daß die inneren Ursachen des Klassenkampfes an Gewicht immer mehr abnahmen. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Schichten der Bevölkerung erstarkte, und im steigenden Maße entwickelte sich die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Widerstand und die Anschläge gegen die sozialistischen Umgestaltungen gingen immer mehr ausschließlich von Westdeutschland und Westberlin aus.

Entsprechend den Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, beschloß die 3. Parteikonferenz der SED ein System von Maßnahmen zur weiteren Entfaltung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie. Sie sahen vor, die

sozialistische Demokratie weiterzuentwickeln, die Werktätigen noch stärker in die Leitung des Staates einzubeziehen, das Wirken der Volksvertretungen zu verstärken und die politische Aktivität der Bürger der DDR zu erhöhen.

So schlug die Parteikonferenz vor, daß die örtlichen Volksvertretungen mehr Rechte erhalten sollten, um in ihrem Bereich alle wichtigen Fragen selbständig entscheiden zu können. Die Kontrolle über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Anleitung sollten der Volkskammer übertragen werden. Der Sinn dieser wie auch anderer von der Parteikonferenz vorgeschlagenen Maßnahmen bestand darin, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen immer mehr in die unmittelbare Leitung des Staates und der Wirtschaft einzubeziehen und eine bestimmte Überzentralisation, die sich in den vorangegangenen Jahren herausgebildet hatte, zu beseitigen.

Die Parteikonferenz sprach sich dafür aus, daß die notwendigen Gesetzentwürfe vom Nationalrat der Nationalen Front ausgearbeitet und den Bürgern der DDR zur Stellungnahme überreicht werden sollten. Es gehört zu einem der Grundzüge der sozialistischen Demokratie, daß die entscheidenden Gesetze und Verordnungen vor ihrer Annahme durch die entsprechenden Körperschaften der gesamten Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt werden, damit die Interessen aller Schichten des Volkes umfassend berücksichtigt werden können.

Nachdem in den Jahren 1949 bis 1955 in der DDR die politischen und ökonomischen Grundlagen des Sozialismus im wesentlichen errichtet worden waren, galt es nunmehr, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft herbeizuführen.

Der Aufbau des Sozialismus erfordert nach der Errichtung und Festigung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats in der einen oder anderen Form, eine einheitliche sozialistische Basis zu

schaffen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft durchzusetzen. Nur dadurch können das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und die wesentlichen Voraussetzungen für die politisch-moralische Einheit des gesamten Volkes geschaffen werden.

Die den Bedingungen der DDR entsprechenden Formen und Methoden der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft waren von der SED bereits auf ihrer 2. Parteikonferenz 1952 und in der darauffolgenden Zeit ausgearbeitet und in der Praxis erfolgreich erprobt worden. Jetzt galt es, die Bauern beharrlich von der Richtigkeit dieses Weges und der Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsweise auf dem Lande zu überzeugen und zugleich die jungen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften politisch und ökonomisch zu unterstützen.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft konnte weder dem Selbstlauf überlassen und damit verzögert, noch durften Überstürzungen und eine Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit zugelassen werden. Sie war und blieb die wichtigste Aufgabe im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Die Errichtung einer einheitlichen sozialistischen Basis der Wirtschaft erfordert die Einbeziehung aller Schichten in die sozialistische Umgestaltung. Daher galt es, neben der Bauernschaft auch die städtischen Mittelschichten für den Sozialismus zu gewinnen und die notwendigen Methoden und Formen ausfindig zu machen, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie, im Handwerk und im Handel voll durchzusetzen. Dabei kam in der DDR der Gewinnung der städtischen Mittelschichten – sowohl wegen ihrer ökonomischen und politischen Rolle als auch angesichts ihres zahlenmäßigen Anteils an der Bevölkerung – eine besondere Bedeutung zu.

Die Schlüsselpositionen der Industrie, die entscheiden-

den Großbetriebe, wurden in der Deutschen Demokratischen Republik bereits im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Revolution durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in gesellschaftliches Eigentum überführt. Dabei waren vor allem die Betriebe des Monopolkapitals enteignet worden, das die Hauptschuld an den Verbrechen des deutschen Faschismus trug und eine absolute Vormachtstellung in der Industrie einnahm. Damit entfielen auf den volkseigenen Sektor der Industrie zu Beginn der sozialistischen Revolution bereits über zwei Drittel der industriellen Bruttoproduktion. Nach Abschluß der Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten im Frühjahr 1948 hat es in der Deutschen Demokratischen Republik keine weiteren Gesetze zur Enteignung beziehungsweise zur Nationalisierung von Industriebetrieben gegeben. Im Verlaufe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus erhöhten sowohl die sozialistischen als auch die privatkapitalistischen Betriebe ihre Produktion, wobei die Produktion in den sozialistischen Betrieben schneller anwuchs. Durch die Errichtung neuer und die Erweiterung und Rekonstruktion der bestehenden volkseigenen Betriebe erhöhte sich ihr Anteil so weit, daß 1955 die sozialistischen Betriebe bereits 87,3 Prozent der industriellen Bruttoproduktion erzeugten.

Jetzt, nachdem die Grundlagen des Sozialismus errichtet waren und die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf die Tagesordnung setzte, forderte der Aufbau der einheitlichen sozialistischen Basis als Voraussetzung für die Abschaffung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die notwendigen Formen zu finden, um die noch bestehenden privatkapitalistischen Betriebe in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen und auch in diesem Bereich allmählich die sozialistischen Produktionsverhältnisse durchzuset-

zen. Diese Formen wurden von der SED in enger Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks Ende 1955/Anfang 1956 ausgearbeitet. Auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1955 wurden erstmalig Vorschläge der Partei der Arbeiterklasse und der privaten Unternehmer zur Aufnahme einer staatlichen Beteiligung an den privatkapitalistischen Betrieben behandelt.

Am 20. Februar 1956 erklärten im Ergebnis einer Besprechung mit Vertretern der Regierung der DDR, des FDGB und des Hauptvorstandes der CDU die ersten acht Privatunternehmer ihre Bereitschaft, eine staatliche Beteiligung aufzunehmen. Auf der 3. Parteikonferenz wurden diese ersten Erfahrungen verallgemeinert und grundsätzlich die Perspektive der Mittelschichten in der Deutschen Demokratischen Republik geklärt.

Nach eingehenden Beratungen im Block der demokratischen Parteien und unter Hinzuziehung von Angehörigen der Mittelschichten schlug die Partei der Arbeiterklasse vor, den Angehörigen des Mittelstandes die schrittweise Einbeziehung in den Sozialismus dadurch zu ermöglichen, daß die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks gefördert wird, private Einzelhändler und Gewerbetreibende Kommissionsverträge mit der staatlichen Handelsorganisation abschließen können und privaten Unternehmern in der Industrie die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung an ihren Betrieben geraten wird.

Diese Wege und Formen dienten sowohl den persönlichen Interessen der Angehörigen des Mittelstandes als auch den gesellschaftlichen Interessen im Kampf um den Sozialismus. Die Partei der Arbeiterklasse betonte, daß der Übergang der Angehörigen des Mittelstandes von den alten, auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Formen in der Produktion zu sozialistischen Produktionsformen nicht durch Zwang und Gewalt bewirkt, son-

dern nur durch geduldige Überzeugung erreicht werden könne.

Nach der Aufnahme einer staatlichen Beteiligung wurden die privatkapitalistischen Betriebe vor allem mit neuen Maschinen und Geräten ausgestattet, mit denen sie die Produktion wesentlich steigern konnten. Auch das persönliche Einkommen des privaten Unternehmers verschlechterte sich nach der Aufnahme einer staatlichen Beteiligung keineswegs, da er als Betriebsleiter nunmehr außer dem prozentualen Anteil am Gewinn eine monatliche Vergütung entsprechend seinen Fähigkeiten und Leistungen erhielt, die nur der Lohnsteuer unterlag.

Mit der Aufnahme der staatlichen Beteiligung zeigten die Unternehmer, daß auch sie gewillt sind, den Weg des Sozialismus zu beschreiten, der ihnen und ihren Angehörigen eine klare Perspektive und eine sichere Existenz bietet.

Zugleich änderte sich mit diesem entscheidenden Schritt ihre politische und ökonomische Position in der Gesellschaft. Wohl blieben sie nach wie vor Besitzer von Produktionsmitteln, aber sie teilten diesen Besitz jetzt mit dem Staat der Arbeiter und Bauern. Ihre Tätigkeit war nicht mehr allein auf die Wahrung ihrer persönlichen Interessen und Vorteile gerichtet. Ihre Funktion als Leiter eines Betriebes mit staatlicher Beteiligung diente bereits den Interessen aller Werktätigen der DDR. Das Verhältnis der Arbeiter zum Betrieb wurde ebenfalls ein anderes. Die Arbeiter waren nunmehr direkt an der Steigerung der Produktion und an der Rentabilität der Betriebe interessiert, weil diese eng mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht verbunden waren und einen neuen ökonomischen Charakter erhalten hatten.

Der Zusammenschluß von Handwerkern zu Produktionsgenossenschaften des Handwerks diente ebenfalls der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Durchsetzung des technischen Fortschritts und der kontinuierlichen besseren

Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Die vom Kapitalismus übernommene Zersplitterung der Produktion, die einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität und dem Einsatz modernster Maschinen und Ausrüstungen im Wege stand, konnte nunmehr Schritt für Schritt überwunden werden.

Indem die SED auf ihrer 3. Parteikonferenz die Aufgabe stellte, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken, beim sozialistischen Aufbau einen neuen Aufschwung zu erreichen und zwischen den beiden deutschen Staaten normale Beziehungen herzustellen, wandte sie die Erkenntnisse und Beschlüsse des historischen XX. Parteitages der KPdSU schöpferisch auf die Bedingungen in Deutschland an. Die SED rückte vor allem die sozialistische Perspektive in den Mittelpunkt der weiteren politisch-ideologischen Arbeit.

Das Zentralkomitee der SED leitete einen beharrlichen und entschiedenen Kampf in der DDR ein, um alle Folgeerscheinungen des Personenkults um Stalin zu beseitigen, die sich vor allem auf ideologisch-propagandistischem und ökonomischem Gebiet gezeigt hatten. Dabei muß beachtet werden, daß die Folgeerscheinungen des Personenkults um Stalin in der DDR auf politischem Gebiet wesentlich geringer waren als in anderen sozialistischen Staaten. So hatte es nur geringfügige Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit gegeben, und diese wurden in den Jahren 1953 bis 1956 sehr schnell korrigiert. Es war nicht zu solchen politischen Prozessen auf der Grundlage falscher Anklagen gekommen, wie dies zum Beispiel in Ungarn, Polen und der Tschechslowakei der Fall gewesen war.

Dank der klugen Politik der Parteiführung der SED, die die Unterstützung der Sowjetischen Militärverwaltung und später der Sowjetischen Kontrollkommission fand, hatten sich die Folgen des Personenkults um Stalin in der DDR nicht so stark auswirken können. Die Einhaltung der marxi-

stisch-leninistischen Partei- und Staatsnormen, der Grundsätze der sozialistischen Demokratie und der Kollektivität der Leitung wurden durch die Entwicklung und den Charakter der SED, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen war, durch die Rolle des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien im gesamten politischen Leben, vor allem auf staatlicher Ebene, sowie auch durch den unmittelbaren harten Kampf mit den imperialistischen Kräften Westdeutschlands begünstigt.

Das Politbüro des ZK der SED nahm in einem Artikel zu Problemen der Parteiarbeit Stellung, die sich aus den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED ergeben hatten. Dabei wurden auch die Ursachen genannt, warum es in der SED nicht solche Auswüchse des Personenkults gegeben hatte: „In unserer Partei wirkten die historischen Auseinandersetzungen der Klassiker mit dem Personenkult. Wir nahmen uns die Auseinandersetzung zur Lehre, die die Klassiker des Marxismus am Gothaer Programm und an der Rolle des Lassalleanismus geübt hatten.

Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entstanden neue objektive Bedingungen, die die Kollektivität in der Führung förderten. Die Frage der Kollektivität der Leitung wurde ein aktiv wirkendes Element des Prozesses des immer fester werdenden Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien. Ohne die Entwicklung der Kollektivität hätte aus der organisatorischen Vereinigung keine ideologische Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien entstehen können ...

Alle Beschlüsse unserer Parteiführung sind kollektiv beraten und gefaßt, und das gleiche gilt für die Beschlüsse des Ministerrats ...

Die Generallinie unserer Partei war und ist richtig."[5]

5 Neues Deutschland, 29. April 1956.

Hatten die Auswirkungen des Personenkults um Stalin in der DDR auch nicht zu solchen Entstellungen der sozialistischen Demokratie und anderen schlimmsten Auswüchsen geführt, so war er natürlich nicht spurlos an der Entwicklung der DDR vorbeigegangen. So stand vor allem auf ideologischem Gebiet ein beharrlicher Kampf gegen alle Folgen des Personenkults bevor. Walter Ulbricht betonte daher in seinem Referat vor dem Parteiaktiv der SED in Leipzig am 5. April 1956: „Wenn wir die riesigen Aufgaben erfüllen wollen, die vor uns stehen, dann können wir das nicht, wenn die Volksmassen glauben, die Regierung oder das Politbüro werden schon alles machen! Diese Ideologie wurde durch den Personenkult entwickelt und gefördert ...

Wir müssen erreichen, daß sich jeder Arbeiter, jeder Bauer und jeder Werktätige voll mitverantwortlich und verpflichtet fühlt, selber zu denken."[6]

2. Das Ringen um Entspannung in Deutschland

Die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED zeigten allen Werktätigen, daß die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht das wichtigste war, wenn in Deutschland der Frieden gesichert, die Spannungen gemildert und ein normales Zusammenleben zwischen den beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden sollten.

Durch die Ratifizierung der Pariser Verträge und die Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive NATO hatte sich die Auseinandersetzung zwischen den reaktionären Kräften des deutschen Imperialismus und den fort-

[6] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 25.

schrittlichen Kräften der deutschen Nation verschärft. Dieser Tatsache mußte auch die DDR Rechnung tragen. Angesichts der Aufstellung einer aggressiven Bundeswehr, die unter der Führung ehemaliger Hitlergenerale stand, wurde es zur Sicherung des Friedens notwendig, den Schutz der DDR zu verstärken und ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.

Am 18. Januar 1956 verabschiedete die Volkskammer daher das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee, deren erste Einheiten am 1. März 1956 feierlich vereidigt wurden. Damit entstand zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands eine Armee des Volkes, eine Armee, deren höchste Aufgabe darin besteht, den Frieden erhalten zu helfen und die Errungenschaften der Werktätigen vor allen Anschlägen der aggressiven Kräfte des Imperialismus und Militarismus zu schützen. In Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag beschloß der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die Verbände der Nationalen Volksarmee in die Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten einzubeziehen und den Minister für Nationale Verteidigung der DDR als einen der gleichberechtigten Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte einzusetzen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschränkte sich jedoch nicht darauf, die angesichts der neuen Lage notwendig gewordenen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des ersten deutschen Friedensstaates zu verwirklichen. Sie unterbreitete zugleich weitreichende Vorschläge für eine weitere Entspannung in Deutschland, für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. So schlug sie im Januar 1956 vor, daß sich beide deutschen Staaten in einem Abkommen verpflichten sollten, jede Anwendung von Gewalt zu unterlassen und nur mit fried-

lichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken. Jede Kriegspropaganda und die Vorbereitung eines Atomkrieges auf deutschem Boden sollten eingestellt werden.

Die Bonner Regierung lehnte diese Vorschläge ab, wie sie schon alle früheren Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik abgelehnt hatte, und ließ sie durch den sogenannten Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen als „absurd" bezeichnen. Absurd war jedoch die Haltung der Bonner Regierung, die, nachdem sie mit der Aufstellung der Bundeswehr begonnen hatte, die völlig irreale Hoffnung hegte, von der Position einer vermeintlichen Stärke aus die DDR aufrollen und erneut in den Machtbereich des deutschen Imperialismus einverleiben zu können.

Am 29. Mai 1956 schlug die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor, daß sich beide deutschen Staaten verpflichten sollten, die Wehrpflicht nicht einzuführen. Ministerpräsident Otto Grotewohl unterbreitete in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer der DDR ein Programm zur Verringerung der Spannungen in Deutschland. Es sah unter anderem eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte, ein von den Regierungen beider deutschen Staaten gemeinsam oder getrennt ausgesprochenes Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden, ein Verbot der Tätigkeit aller militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen, die Verurteilung von Kriegshetze, Staaten- und Völkerhetze, die Weiterentwicklung wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie den Austausch von Parlamentsdelegationen beider deutschen Staaten vor.

Am 30. Juli 1956 faßte der Ministerrat der DDR den Beschluß, die Stärke der Nationalen Volksarmee von 120 000 auf 90 000 Mann herabzusetzen und für die Auf-

füllung der Armee das Prinzip der Freiwilligkeit beizubehalten. Mit diesem Beschluß leistete die DDR einen weiteren echten Beitrag zur Entspannung der Lage in Europa.

Die Sicherung des Friedens und die Entspannung der Lage in Deutschland hingen in erster Linie vom Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ab. Die SED erklärte daher, daß sie zur umfassenden Zusammenarbeit mit der westdeutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen die Remilitarisierung und Refaschisierung der Bundesrepublik, für den Frieden, die Demokratie und die nationale Wiedervereinigung Deutschlands bereit sei. Sie hatte dies dadurch bekräftigt, daß sie den Parteivorstand der SPD wie auch den Vorstand des DGB eingeladen hatte, Vertreter zu den Beratungen der 3. Parteikonferenz der SED zu entsenden. Trotz der ablehnenden Haltung der Führungen der SPD und des DGB wandte sich das Zentralkomitee der SED im April und im Juli 1956 mit weiteren Schreiben an den Parteivorstand der westdeutschen Sozialdemokratie und schlug darin vor, auf beiden Seiten alles Hemmende und Trennende zu beseitigen und gemeinsam gegen die Gefährdung des Friedens, die durch die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in den NATO-Kriegspakt entstanden war, zu kämpfen. Die Führung der SPD lehnte es jedoch weiterhin ab, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen. Diese Haltung der rechten Führer der SPD erleichterte es der adenauerhörigen Mehrheit des Bundestages, am 7. Juli 1956 das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht zu beschließen. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verstärkte die Reaktion in Westdeutschland ihren Feldzug gegen alle demokratischen Kräfte. Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten. Damit wurde in Westdeutschland – genauso wie in der Nacht der faschistischen Diktatur – die Kommunistische Partei in die Illegalität getrieben. Um jede organisierte Opposition gegen den antinationalen Kurs des

westdeutschen Imperialismus zu verhindern, verbot das Adenauer-Regime über 200 demokratische Organisationen.

Die Bonner Militaristen begnügten sich nicht mit der Aufstellung eines 500 000 Mann starken Heeres, das ihnen durch die Pariser Verträge zugebilligt worden war. Adenauer forderte vielmehr in einer Kabinettssitzung Mitte September 1956, die Bundeswehr müsse Atomwaffen haben, „denn die deutschen Soldaten dürften nicht diskriminiert werden"[7]. Eine verstärkte Vorbereitung der Aggression nach außen, vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik, und eine weitere Zunahme der Reaktion im Innern kennzeichneten somit die Politik der herrschenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus im Sommer 1956.

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beriet am 23. April 1956 die Vorschläge der 3. Parteikonferenz der SED, die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen sowie den Aufbau und die Arbeitsweise der örtlichen Organe der Staatsmacht gesetzlich neu festzulegen. Hierdurch sollte die Verantwortung der örtlichen Organe der Staatsmacht, die die unmittelbare Verbindung zur Bevölkerung haben und in denen die werktätige Bevölkerung ständig mitarbeitet, wesentlich erhöht werden. Die Abgeordneten der Volksvertretungen wurden verpflichtet, den Werktätigen die staatliche Politik zu erläutern und die Bevölkerung zur Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben zu gewinnen, regelmäßige Sprechstunden abzuhalten, Rechenschaft über die Tätigkeit der Volksvertretungen sowie über ihre eigene Arbeit zu geben und aufs engste mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Auf Empfehlung der Partei der Arbeiterklasse legte der Nationalrat beide Gesetzentwürfe der gesamten Bevölkerung zur Diskussion vor. Im Verlaufe dieser Diskussion,

7 Der Spiegel (Hamburg), 17. Oktober 1956.

an der etwa 4,5 Millionen Bürger in Hausgemeinschafts- und Einwohnerversammlungen teilnahmen, wurden rund 10 000 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe unterbreitet. Diese umfassende Volksaussprache vertiefte die Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und der Bevölkerung, und die Volksvertretungen in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken nahmen viele der Vorschläge sogleich in ihre Arbeitsprogramme auf.

Dieser Prozeß der weiteren Vertiefung der sozialistischen Demokratie war unmittelbar mit der Lösung der großen ökonomischen Aufgaben verbunden, die die 3. Parteikonferenz den Werktätigen der DDR gestellt hatte. In Produktionsberatungen, ökonomischen Konferenzen und auf vielfältige andere Weise berieten die Arbeiter, Angestellten und die Angehörigen der Intelligenz gemeinsam die besten Möglichkeiten und Methoden zur Verwirklichung des zweiten Fünfjahrplans und wandten sie erfolgreich in der Produktion an.

Eine große Hilfe für die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans stellte das Abkommen dar, das im Juli 1956 zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR in Moskau abgeschlossen wurde. Das Abkommen sah unter anderem vor, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu verstärken, um eine möglichst vollständige und rationelle Auslastung der Produktionskapazitäten der DDR zu gewährleisten. Die Sowjetunion gewährte der DDR einen langfristigen Kredit und setzte die jährlichen Kosten für den Unterhalt der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen von 1,5 Milliarden DM auf 800 Millionen DM herab.

Diese Hilfe und die von den Werktätigen vor allem seit 1955 vollbrachten Leistungen machten es möglich, die materielle Lage der Bevölkerung weiter zu verbessern. Am 1. Mai 1956 wurden die Gehälter für Krankenschwestern und andere Angehörige des mittleren medizinischen Per-

sonals erhöht. Im Juli 1956 erfolgte die 17. Preissenkung für Gebrauchsgüter, wodurch die Kaufkraft der Bevölkerung im zweiten Halbjahr 1956 um eine Milliarde DM anstieg. Am 1. Oktober 1956 wurde für alle Beschäftigten in Industrie, Handel und Verwaltung die Entlohnung nach den Ortsklassen C und D aufgehoben, so daß weitere Hunderttausende Werktätige eine nicht unbeträchtliche Lohnerhöhung erhielten. Am 1. Dezember 1956 konnten die Renten um 30 DM erhöht werden.

Umfangreiche Mittel stellte der Staat auch für die Entwicklung der Landwirtschaft bereit, die vor allem für die Erhöhung der Erfassungs- und Aufkaufpreise, die Senkung der MTS-Tarife und anderes mehr verwandt wurden.

Geleitet von den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED und des XX. Parteitages der KPdSU, verstärkten die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anstrengungen, um das Leben aller Bürger des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates noch schöner, reicher und gehaltvoller zu machen. Die Deutsche Demokratische Republik hatte die westdeutsche Bundesrepublik zum Wettstreit herausgefordert. Er sollte unter den Bedingungen des Friedens und der weiteren internationalen Entspannung zeigen, welches Gesellschaftssystem den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes entspreche und imstande sei, Industrie und Landwirtschaft, Kultur, Bildung und Wissenschaft zur vollen Blüte zu bringen.

3. Herbst 1956: Sicherung des Friedens nach innen und nach außen

Die herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands stellten der Konzeption des Friedens und der Entspannung, die die 3. Parteikonferenz der SED entwickelt

hatte, ihre Konzeption der gewaltsamen Eingliederung der DDR in die NATO entgegen. Der deutsche Imperialismus bereitete sich systematisch darauf vor, seine aggressiven Pläne zu verwirklichen. Das gesamte innenpolitische Leben Westdeutschlands wurde in zunehmendem Maße vom Militarisierungsprozeß erfaßt. Gleichzeitig verstärkten die herrschenden Kreise Westdeutschlands die psychologische Kriegsvorbereitung. Presse, Rundfunk, Fernsehen und andere Propagandamittel wurden aufgeboten, um der Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit, ja die Unvermeidbarkeit eines dritten Weltkrieges plausibel zu machen. Hierzu bedienten sie sich vor allem der Lüge von einer „Bedrohung aus dem Osten" und der Theorie von der „Notwendigkeit einer Verteidigung des Abendlandes und der westlichen Kultur" vor dem Kommunismus. Ehemalige Nazibeamte, Kriegsverbrecher und Militaristen kamen in die Schlüsselpositionen des Bonner Staates. Hitlergenerale, wie Speidel, Heusinger, Kammhuber, übernahmen die höchsten Kommandostellen in der Bonner Bundeswehr. Als Minister und Staatssekretäre der Bonner Regierung fungierten ehemalige aktive Nazis, wie Oberländer, Globke, Seebohm. 80 Prozent der Beamten des Bonner Außenministeriums waren schon in der Nazizeit Mitarbeiter des faschistischen Auswärtigen Amtes gewesen. Die revanchistischen Landsmannschaften und militaristischen Soldaten- und Traditionsverbände traten mit staatlicher Förderung immer stärker hervor und bestimmten mit ihren unverblümten expansionistischen Forderungen zunehmend das Gesicht der westdeutschen Bundesrepublik.

Angesichts der wachsenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und der ständigen Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht wurden die Hoffnungen der imperialistischen Kräfte immer geringer, in der DDR den Kapitalismus wiederaufrichten zu können. Um so krampfhafter strengten sie sich an, doch

noch einen Einbruch in die Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu erzielen.

Die Kräfte des internationalen Imperialismus, insbesondere die westdeutsche Reaktion, nahmen die Kritik des XX. Parteitages der KPdSU am Personenkult um Stalin und seinen Folgen zum Anlaß, die großen Ideen des Marxismus-Leninismus zu verleumden und das Vertrauen der Werktätigen in den sozialistischen Ländern zu ihren marxistisch-leninistischen Parteien und zur Sowjetunion zu untergraben.

Sie spekulierten, auf diese Art von den vorwärtsweisenden Beschlüssen des historischen XX. Parteitages der KPdSU ablenken zu können und unter dem Vorwand einer Kritik am Personenkult, den sie als eine gesetzmäßige Erscheinung des Sozialismus hinzustellen trachteten, eine allgemeine Fehlerdiskussion auszulösen und bei der Bevölkerung die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus und die Größe der sozialistischen Errungenschaften in Zweifel zu stellen. Ihr Ziel war, zunächst Unsicherheit in die Reihen der internationalen Arbeiterbewegung zu tragen, um dann einzelne Länder des sozialistischen Weltsystems, vor allem auch die Deutsche Demokratische Republik, vom Lager des Sozialismus abzuspalten. Mit demogogischen Losungen von der Notwendigkeit eines „menschlichen Sozialismus", der „absoluten Freiheit", einer „Liberalisierung des Sozialismus" versuchten die Imperialisten und ihre Propagandisten, die sozialistischen Länder ideologisch aufzuweichen und voneinander zu isolieren. So sollte der Boden für konterrevolutionäre Provokationen und schließlich für eine militärische Intervention durch die NATO vorbereitet werden.

Im Herbst 1956 spitzte sich die Situation sehr schnell und in gefährlicher Weise zu. In der zweiten Hälfte des Oktober gelang es den Kräften der inneren und der äußeren Reaktion, in der Volksrepublik Ungarn einen konterrevo-

lutionären Putsch zu entfesseln, der das Ziel verfolgte, die volksdemokratische Ordnung zu vernichten, ein faschistisches Terrorregime zu errichten und Ungarn in eine Kriegsbasis der NATO gegen die sozialistischen Länder zu verwandeln. Aus Westdeutschland wurden faschistische Banden und Waffen nach Ungarn eingeschleust. Der bei München stehende Sender „Freies Europa" strahlte mit wohlwollender Unterstützung Bonner Regierungskreise Tag und Nacht antikommunistische Hetzsendungen aus und peitschte die konterrevolutionären Kräfte zum Mord an Arbeiterfunktionären auf. Auch in Polen traten die Gegner der Volksmacht aktiv hervor.

Zur gleichen Zeit überfielen der britische und der französische Imperialismus mit Unterstützung Israels Ägypten. Den herrschenden Bonner Kreisen erschien das, was die konterrevolutionären Kräfte in Ungarn praktizierten, als Muster für Deutschland. Putsche und Bürgerkrieg sollten auch den Weg zur Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR ebnen. Die aggressiven Kräfte des westdeutschen Imperialismus hielten den Zeitpunkt für gekommen, auch in der Deutschen Demokratischen Republik Provokationen zu organisieren, die einen militärischen Überfall veranlassen sollten. Ihr Plan sah vor, in der Deutschen Demokratischen Republik Unruhen, Studentendemonstrationen und Streiks zu organisieren und eine Atmosphäre zu erzeugen, die dann ein militärisches Eingreifen Westdeutschlands und seiner NATO-Verbündeten rechtfertigen würde.

Die amerikanische Nachrichtenagentur United Press teilte in einem Rundschreiben an ihre Korrespondenten in Europa mit, daß nach Angaben westlicher alliierter Geheimdienste Ende Oktober 1956 in der DDR Unruhen und Streikkrawalle ausbrechen würden. Zugleich erklärten verschiedene Vertreter des westdeutschen Imperialismus, man dürfe, wenn es zu Unruhen in der DDR käme, nicht er-

warten, daß sich Westdeutschland und die NATO passiv verhalten würden.

Die Lügen und Verleumdungen, die die reaktionären westdeutschen Kräfte in die Deutsche Demokratische Republik trugen, blieben nicht ganz ohne Wirkung. Vor allem bei kleinbürgerlichen Schichten und politisch noch unerfahrenen Menschen, wie zum Beispiel Teilen der studentischen Jugend, hatten die Enthüllungen des Personenkults um Stalin einen Schock ausgelöst. Diese Menschen begriffen nicht sogleich das Wesen der vorwärtsweisenden Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und setzten fälschlicherweise zwischen dem Personenkult, der dem Marxismus-Leninismus fremd ist, und dem Aufbau des Sozialismus ein Gleichheitszeichen. Sie waren daher für die irreführenden Losungen vom „menschlichen Sozialismus", von der „wahren Freiheit" empfänglich und erkannten nicht, daß sich hinter diesen Losungen die imperialistische Konterrevolution verbarg, die nur darauf lauerte, den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistischen Errungenschaften zu entreißen und das System der klerikal-militaristischen Unfreiheit und Unmenschlichkeit auf ganz Deutschland auszudehnen.

Als in Ungarn am 23. Oktober 1956 die Konterrevolution ihr Haupt erhob, gingen auch die deutschen Imperialisten mit Hilfe einiger gedungener Elemente zum Angriff auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR über. Als Zentrum verschiedener konterrevolutionärer Gruppierungen hatte sich im Oktober in Berlin unter Leitung von Wolfgang Harich, der als Lektor beim Aufbau-Verlag beschäftigt war und enge Verbindungen zur Wochenzeitung „Sonntag" sowie zu einigen Studenten und Lehrkräften der Berliner Humboldt-Universität unterhielt, eine illegale Verschwörergruppe konstituiert. Harich stand in enger Verbindung zum amerikanischen Geheimdienst und zum Ostbüro der SPD, von denen er die Anweisungen für seine

konterrevolutionäre Tätigkeit erhielt. Die Harich-Gruppe setzte sich das Ziel, die volksdemokratische Ordnung in der DDR zu liquidieren, die Regierung zu stürzen, die führende Rolle der SED zu beseitigen, die Nationale Volksarmee und das Ministerium für Staatssicherheit aufzulösen und den Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag herbeizuführen.

Nach den Vorstellungen dieser Gruppe sollten zunächst die kleinen volkseigenen Betriebe an die Kapitalisten verkauft werden, während die westdeutschen Monopole zugleich Lizenzen in der DDR erhalten sollten. Auf dem Lande war vorgesehen, die MTS, die volkseigenen Güter und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufzulösen. Die Gruppe Harich hatte Kontakte zu weiteren staatsfeindlichen Gruppen, die ebenfalls in enger Verbindung mit den imperialistischen Geheimdiensten und den Ostbüros der westdeutschen Parteien standen.

Die Sicherheitsorgane der DDR deckten die Wühltätigkeit der Harich-Gruppe und anderer Verschwörergruppen auf, die in Halle, Leipzig, Suhl und einigen anderen Orten tätig waren. Die Verschwörer mußten vor Gericht das ganze Ausmaß ihrer Schuld und des verbrecherischen Treibens der westdeutschen imperialistischen Kräfte zugeben, in deren Auftrag sie gehandelt hatten.

Die abenteuerlichen Pläne der Harich-Gruppe und der anderen konterrevolutionären Gruppen waren völlig irreal und von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sie gefährdeten jedoch auf das höchste den Frieden in Deutschland und in Europa, da die Tätigkeit dieser Gruppen und einzelne von ihnen ausgelöste Provokationen den Anlaß zu einem militärischen Überfall des westdeutschen Imperialismus auf die DDR geben sollten. Sie waren ein Bestandteil der vom sogenannten Forschungsbeirat beim Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn ausgearbeiteten Pläne zur Wiederherstellung der imperialistischen Diktatur in

der Deutschen Demokratischen Republik, zur Vernichtung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung und zur Beseitigung der für ganz Deutschland vorbildlichen sozialistischen Errungenschaften der DDR auf politischem, wirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialem Gebiet. Die Anschläge der Konterrevolution mußten zusammenbrechen, da der westdeutsche Imperialismus unter der Bevölkerung der DDR nicht die von ihm gewünschte Basis für die Verwirklichung seiner antinationalen Pläne fand. Die Werktätigen scharten sich im Herbst 1956 noch fester um die SED und die Regierung, sie verteidigten entschieden die Errungenschaften der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Am 24. Oktober 1956 führten die Kampfgruppen der Berliner Arbeiterschaft eine machtvolle Demonstration gegen die Wühltätigkeit der imperialistischen Agentenzentralen und deren Handlanger durch. In einem Appell gelobten sie, den Frieden und die Errungenschaften der Werktätigen zu schützen und jegliche Provokation der Feinde des Volkes zunichte zu machen. An den folgenden Tagen weilten die führenden Mitglieder des Zentralkomitees und Tausende Funktionäre der Partei der Arbeiterklasse in den Betrieben, erklärten den Werktätigen die Lage und riefen sie zur höchsten Wachsamkeit auf. In einer Aussprache, die Walter Ulbricht am 26. Oktober mit den Arbeitern des Werkes für Fernmeldewesen in Berlin-Oberschöneweide über die Ereignisse in Ungarn führte, bekundeten die Arbeiter ihre Entschlossenheit, die Vorstöße der Konterrevolution im Keim zu ersticken und hierzu die Schlagkraft der Kampfgruppen zu erhöhen.

Am 3. November 1956 gab Walter Ulbricht in der Tagung der Volkskammer die Losung aus „Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!

Wer den Frieden stört, hilft den Feinden des Volkes! Wachsamkeit gegen die Friedensstörer im Innern und nach außen! Einheit aller Freunde des Friedens, der Demokratie

und des Sozialismus! Kühnheit im Kampf um die friedliche Zukunft Deutschlands!"[8].

In seiner leidenschaftlichen, mit großem Ernst vorgetragenen, aber zugleich von Siegeszuversicht erfüllten Rede bezeichnete Walter Ulbricht die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als die wichtigste Aufgabe im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Die Sprecher aller Parteien und Massenorganisationen bekundeten einmütig ihre feste Verbundenheit mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Während dieser Tagung der Volkskammer vereitelten Angehörige der Berliner Kampfgruppen eine von den imperialistischen Agentenzentralen in Westberlin vorbereitete Demonstration irregeleiteter Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität, die nach dem Beispiel der Ereignisse in Ungarn zum Signal konterrevolutionärer Provokationen hatte werden sollen.

Durch das entschlossene, disziplinierte Auftreten der bewaffneten Berliner Arbeiter standen die Organisatoren dieser geplanten Demonstration sehr bald fast völlig isoliert da. In Aussprachen und Diskussionen machten die bewaffneten Arbeiter den irregeleiteten Studenten klar, zu welch schändlichen Zwecken sie von der Konterrevolution mißbraucht werden sollten. Viele erkannten sehr schnell ihren Fehler und wandten sich von den Rädelsführern des konterrevolutionären Vorhabens ab.

Doch die Urheber der Putschversuche gaben sich noch nicht geschlagen. Sie nutzten auf ihre Weise die Ereignisse in Ungarn aus, die in den ersten Novembertagen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Die westlichen Rundfunkstationen, das Fernsehen und die Presse versuchten durch bis ins einzelne gehende Meldungen und Berichte über das Morden der Konterrevolution in Ungarn einerseits bei den Werktätigen der DDR Furcht und Unruhe zu erwecken und

[8] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, S. 224.

andererseits ihren Agenten eine Anleitung zum Handeln zu geben.

Als der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn nach der Bildung der revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung mit János Kádár an der Spitze niedergeschlagen wurde, riefen die Westberliner Frontstadtpolitiker am 5. November zu einer „Protestkundgebung" vor dem Schöneberger Rathaus auf. Von hier aus wollten sie die Werktätigen der DDR und Westberlins aufputschen. Auf dieser Kundgebung entleerten sie Kübel voll Hetze, Haß und Verleumdungen über den Sozialismus, über die Sowjetunion, die den Werktätigen Ungarns auf Bitten der revolutionären ungarischen Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu Hilfe gekommen war, und über die Deutsche Demokratische Republik. Mit dem Ruf „Alle zum Brandenburger Tor!" wurden die Teilnehmer zu einer Provokation gegen die DDR aufgestachelt. Eine johlende Gruppe baute sich vor dem Brandenburger Tor auf und grölte „Deutschland, Deutschland über alles". Die Rowdys warfen brennende Fackeln und Steine in Richtung Brandenburger Tor. Damit wollten sie die Volkspolizisten provozieren, die am Übergang zum demokratischen Sektor ihren Dienst versahen.

Nachdem ein Teil dieser Gruppe sich dem Brandenburger Tor genähert hatte, setzten die Volkspolizisten zwei Wasserwerfer, die unter dem Mittelbogen des Brandenburger Tores aufgefahren waren, in Aktion. Gegen 22 Uhr gelang es schließlich, die Unruhestifter zu zerstreuen; damit war auch diese Provokation der imperialistischen Kräfte zusammengebrochen.

Die von der SED und der Regierung der DDR mit Entschlossenheit verfolgte Politik, den Frieden und den weiteren sozialistischen Aufbau zu sichern, wurde von der Arbeiterklasse und der Mehrheit der anderen Schichten der Bevölkerung energisch unterstützt. Konkreter Beweis

hierfür ist unter anderem die Tatsache, daß allein in den Tagen des Oktober 1956 11 700 Arbeiter und andere Werktätige darum baten, als Kandidaten in die SED aufgenommen zu werden.

Dem Zentralkomitee der SED, der Regierung und dem Nationalrat der Nationalen Front gingen Tausende Briefe zu, in denen Arbeiter, Bauern, Angehörige der Intelligenz und der Mittelschichten ihre Treue zur Partei der Arbeiterklasse und zur Arbeiter-und-Bauern-Macht bekundeten. In vielen Betrieben vollbrachten die Arbeiter in diesen Tagen neue Höchstleistungen in der Produktion. Die Stahlwerker des Martin-Werkes I im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa erzielten zum Beispiel eine bis dahin noch nicht erreichte Tagesleistung von 2138 Tonnen Stahl.

Neue Erfolge errangen vor allem die Bergarbeiter, die in mehreren Tagebauen Sonderschichten fuhren, um dem Arbeiter-und-Bauern-Staat mehr Braunkohle zu geben. Die Braunkohlenindustrie der Republik überschritt am Ende des Jahres 1956 zum ersten Mal die 200-Millionen-Tonnen-Grenze. Auch die Arbeiter anderer Industriezweige leisteten im Herbst 1956 als Antwort auf die konterrevolutionären Machenschaften des Imperialismus ihren Beitrag zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik stellten sich einmütig an die Seite der Ungarischen Volksrepublik und des um seine Freiheit gegen die Intervention Großbritanniens, Frankreichs und Israels kämpfenden ägyptischen Volkes. Es konstituierten sich ein „Hilfskomitee für das sozialistische Ungarn" unter dem Vorsitz von Adolf Hennecke und ein Ausschuß „Freundschaftshilfe für Ägypten" unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dr. Theodor Brugsch. Dem ungarischen Volk wurden lebenswichtige Güter im Werte von 25 Millionen DM übersandt, um ihm bei der Überwindung der durch die Konterrevolution ver-

ursachten Schäden zu helfen. Dem ägyptischen Volk wurden ebenfalls Solidaritätsspenden, materielle Güter im Werte von mehreren Millionen Mark, zur Verfügung gestellt.

Das Fiasko, das die Imperialisten und ihre Handlanger im Herbst 1956 erlitten, bewies, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR unerschütterlich war. Dank der festen Führung des Zentralkomitees und des geschlossenen Handelns der Partei der Arbeiterklasse und der Mehrheit aller Werktätigen wurde im Herbst 1956 nicht nur die Existenz der Arbeiter-und-Bauern-Macht gesichert, sondern auch der Frieden in Europa gerettet. Die Deutsche Demokratische Republik wurde ihrer hohen nationalen und internationalen Verantwortung erneut gerecht. Nun galt es, den Aufbau des Sozialismus konsequent fortzusetzen und die von der 3. Parteikonferenz angenommenen Beschlüsse noch rascher zu verwirklichen.

4. Kurs auf den Sieg des Sozialismus und die deutsche Konföderation

Vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 fand in Berlin die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED statt, die in Auseinandersetzung mit revisionistischen und dogmatischen Auffassungen das Programm der Arbeiterklasse für den weiteren Kampf aller Friedenskräfte um die Lösung der nationalen Frage in Deutschland ausarbeitete. In seinem programmatischen Referat begründete Walter Ulbricht, ausgehend von den grundlegenden Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU und den Ergebnissen und Erfahrungen des erbitterten Kampfes zwischen den zwei entgegengesetzten Gesellschaftssystemen im Jahre 1956, die nationale Politik der SED im Kampf für den Aufbau des

Sozialismus in der DDR und die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat.

Die Ablehnung des Abschlusses eines Friedensvertrages und der friedlichen Wiedervereinigung durch die Bonner Regierung und die Westmächte sowie die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO hatten die Spaltung Deutschlands vertieft und zementiert. Das Nebeneinanderbestehen von zwei deutschen Staaten mit entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnung war für einen längeren historischen Zeitraum zur Tatsache geworden.

Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED entwickelte die Generallinie der Partei für eine längere Periode des Kampfes der Arbeiterklasse und der Werktätigen um Frieden und Sozialismus. Das ZK der SED wies nachdrücklich darauf hin, daß dem Sozialismus in ganz Deutschland die Zukunft gehört, daß der Übergang zum Sozialismus in ganz Deutschland eine historische Gesetzmäßigkeit ist.

Diese Perspektive der Entwicklung klar und deutlich auszusprechen und zu begründen, das war in der damaligen Situation besonders notwendig. Der Arbeiterklasse und allen Werktätigen mußte sehr deutlich vor Augen geführt werden, daß nicht das Auftreten der Konterrevolution und die von ihr verursachten zeitweiligen Schwierigkeiten das Wesentliche, das Bestimmende der weiteren Entwicklung waren, sondern der unaufhaltsame Vormarsch des Sozialismus, dem der historische XX. Parteitag der KPdSU neuen Elan verliehen hatte.

Die 30. Tagung präzisierte somit die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Ihre große Bedeutung bestand darin, daß sie die neuen Probleme, die sich aus der Entwicklung der vergangenen Jahre und nicht zuletzt aus den Erfahrungen des erbitterten Kampfes der zwei entgegengesetzten Gesellschaftssysteme im Jahre 1956 ergaben, umfassend und zusammenhängend beantwortete. So begründete Walter Ulbricht in seinem Referat vor allem, warum die allseitige

Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des deutschen Staates, von dem der Frieden ausgeht, die wichtigste Aufgabe im Kampf um die Sicherung des Friedens ist.

Der westdeutsche Imperialismus entwickelte sich, wie vor allem die Ereignisse des Herbstes 1956 zeigten, immer mehr zur wichtigsten militärischen Kraft der NATO auf dem europäischen Kontinent, zur Hauptkriegsgefahr in Europa. Um die von ihm ausgehende Gefahr einzudämmen und den Frieden für das ganze deutsche Volk, für alle Völker Europas zu retten, mußte die DDR zur unerschütterlichen deutschen Bastion des Friedens und des Sozialismus werden. Auf der 30. Tagung des ZK der SED wurde daher der enge Zusammenhang zwischen dem beschleunigten Aufbau des Sozialismus und der Sicherung des Friedens nachdrücklich herausgearbeitet und erklärt.

Dieser Generallinie der Partei stemmte sich die Gruppe Schirdewan-Wollweber-Ziller entgegen. Auf politischem und ökonomischem Gebiet entwickelten Karl Schirdewan (damals Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED), Ernst Wollweber (damals Minister für Staatssicherheit) und Gerhart Ziller (damals Sekretär des ZK der SED) eine revisionistische Konzeption, die den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz zuwiderlief und sich gegen ihre konsequente Durchführung wandte. Diese Gruppe hatte nicht verstanden, daß durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO eine neue Situation geschaffen worden war. Sie trat für eine Verlangsamung des Tempos des sozialistischen Aufbaus ein und meinte, daß durch eine opportunistische Politik auch von den imperialistischen Kräften Zugeständnisse in Richtung einer Entspannung erwirkt werden könnten. Damit orientierte sie sich auf eine Politik der Stagnation. Es ging also in dieser entscheidungsvollen Zeit, als die imperialistischen Kräfte zum Generalangriff auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht im Herbst 1956

übergegangen waren, um zwei verschiedene politische Grundlinien: die marxistisch-leninistische Linie der Partei, die auf den Sieg des Sozialismus gerichtet war, und die opportunistische Linie der fraktionellen Gruppierung, die auf die Erhaltung des Status quo gerichtet war, was letzten Endes zur Restauration der kapitalistischen Verhältnisse führen mußte.

Diese parteifeindliche Politik bedeutete objektiv eine Unterstützung der Wühlarbeit des Klassengegners. Die Partei zerschlug die gegen die marxistisch-leninistische Politik des Zentralkomitees gerichteten Angriffe der modernen Revisionisten und legte so den Weg zur allseitigen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Beseitigung aller Hemmnisse im sozialistischen Aufbau frei.

Da die parteifeindliche Gruppierung jedoch auf ihrer von der ganzen Partei abgelehnten falschen Position beharrte und ihre gegen die Parteiführung gerichtete fraktionelle Tätigkeit verstärkt fortsetzte, wurden ihre führenden Vertreter ein Jahr später, auf der 35. Tagung des Zentralkomitees, aus dem ZK der SED ausgeschlossen.

Mit der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und der verstärkten Aufrüstung des Bonner Staates war eine völlig neue Situation im Kampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten. Schritt für Schritt hatte die Parteiführung der SED seit Ende 1955 die nunmehr notwendig gewordene neue Konzeption in der nationalen Politik der Partei der Arbeiterklasse ausgearbeitet. Auf der 30. Tagung des ZK der SED wurden diese Überlegungen zu einem geschlossenen nationalen Programm zusammengefaßt.

Die 30. Tagung ließ keinen Zweifel daran, daß die friedliche und demokratische Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erst dann möglich sein würde, wenn auch in Westdeutschland grundlegende demokratische Umgestal-

tungen der gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgt sind, wenn auch dort die an Frieden und nationaler Verständigung interessierten Kräfte die Oberhand gewonnen haben und bestimmend für die gesellschaftliche Entwicklung geworden sind. Da hierzu eine längere Zeitspanne erforderlich sein würde, die Sicherung des Friedens und die Zurückdrängung des deutschen Imperialismus und Militarismus jedoch nicht bis zum Sieg der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland verschoben werden konnte, entwickelte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands neue Gedanken zur Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes.

Walter Ulbricht unterbreitete in seinem Referat den bedeutsamen Vorschlag, eine Konföderation, das heißt einen Staatenbund, der beiden deutschen Staaten zu bilden. Die Hauptaufgabe der Konföderation sollte sein, die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu fördern. Beide deutschen Staaten sollten auf die Anwendung von Gewalt verzichten und sich eindeutig zur Sicherung des Friedens bekennen. Als Organ der Konföderation schlug Walter Ulbricht einen Gesamtdeutschen Rat vor, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutschen Staaten zusammensetzen sollte.

„Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden... Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben und Maßnahmen vorbereiten, wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung in Deutschland, besonders zur Schaffung einer Zoll- und Valuta-Union, einer Koordinationskommission für Fragen der nationalisierten Industrie, für die Schaffung einer einheitlichen Notenbank, einer einheitlichen Währung, eines einheitlichen Transport- und Nachrichtenwesens und andere.

Der Gesamtdeutsche Rat würde ferner auf der Grundlage gleichberechtigter Verhandlungen die Maßnahmen für die Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen zur Nationalversammlung ausarbeiten ...

Freie, gesamtdeutsche Wahlen sind also das Ergebnis des Wiedervereinigungsprozesses. Sie werden möglich zu dem Zeitpunkt, da die freie und unabhängige Ausübung der Rechte des Volkes in ökonomischer, politischer und völkerrechtlicher Hinsicht gewährleistet ist, also alle ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands abgezogen sind und die ausländischen Militärstützpunkte liquidiert wurden."[9]

Mit diesem Plan der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege der allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Bildung einer Konföderation wurde die Leninsche Lehre von der friedlichen Koexistenz schöpferisch auf die in Deutschland entstandene Lage angewandt und die Theorie von der nationalen Frage weiterentwickelt. Unter den neuen Bedingungen bot eine Konföderation die besten Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren, und stellte sich als die geeignetste Form des friedlichen Miteinanderlebens und der sachlichen Zusammenarbeit dar. Eine Konföderation war der einzig mögliche Weg für die zukünftige Vereinigung beider deutschen Staaten zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland.

Mit dem Vorschlag, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden, griff die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch Gedanken auf, die 1956 von bürgerlichen Politikern Westdeutschlands, zum Teil mit Wissen Adenauers, geäußert wurden. So war die Idee, einen Staatenbund zu bilden, vom Bonner Justizminister Schäffer gegenüber dem führenden Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Vincenz Müller, vor-

[9] Ebenda, S. 320/321.

getragen worden. Einige westdeutsche Politiker hofften, daß es auf diese Weise möglich sein würde, die kleinere Deutsche Demokratische Republik durch die größere westdeutsche Bundesrepublik zu schlucken und schrittweise die völlige Ausdehnung des imperialistischen Machtbereiches über ganz Deutschland zu sichern. Ein solcher Plan war jedoch genauso irreal und indiskutabel wie die Versuche, die Deutsche Demokratische Republik der Sowjetunion „abzukaufen" oder durch anderweitigen Druck den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat zu liquidieren.

Der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterbreitete Vorschlag zur Bildung einer deutschen Konföderation dagegen zeigte den einzig noch verbliebenen und zugleich realen Weg zur Anbahnung einer deutschen Wiedervereinigung. Er ging davon aus, daß es auf deutschem Boden zwei selbständige deutsche Staaten gab. Die deutsche Konföderation sollte am Bestehen dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Der Gesamtdeutsche Rat müßte daher paritätisch zusammengesetzt sein und könnte keine Maßnahmen beschließen, die die Souveränität eines der beiden deutschen Staaten aufgehoben hätten. Weder die Übertragung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf Westdeutschland noch die Ausdehnung der kapitalistischen Verhältnisse auf die Deutsche Demokratische Republik konnten Gegenstand der Verhandlungen und der Tätigkeit der deutschen Konföderation sein. Ihre Aufgabe mußte es sein, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern, keine weiteren Maßnahmen zur Vertiefung der Spaltung zuzulassen und Schritt für Schritt dahin zu wirken, daß die Spannungen abgebaut und der die Sicherheit der europäischen Völker und den Bestand der deutschen Nation gefährdende deutsche Militarismus zurückgedrängt wurden, um so die Voraussetzungen zu schaffen, damit das deutsche Volk in Frieden und Freiheit über die nationale Wiedervereinigung entscheiden kann.

Die Konföderation konnte die nationale Einheit Deutschlands nicht sofort bringen, dafür waren keine Voraussetzungen mehr vorhanden. Aber sie konnte verhindern, daß sich die Spannungen im Herzen Europas weiter verschärften und unter Ausnutzung der Spaltung Deutschlands aggressive Handlungen durch den deutschen Militarismus und seine Bundesgenossen in der NATO ausgelöst werden, aus denen sich ein dritter und diesmal atomarer Weltkrieg entwickeln könnte. So entsprach die nationale Politik der SED und der Regierung der DDR den Lebensinteressen aller Schichten unseres Volkes mit Ausnahme der aggressiven Kräfte des Monopolkapitals und seiner Beauftragten.

Im Jahre 1957 setzte in der Deutschen Demokratischen Republik ein neuer bedeutsamer Aufschwung auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus ein. Er stand voll und ganz im Zeichen der neuen Etappe, die der XX. Parteitag der KPdSU mit seinen historischen Beschlüssen eingeleitet hatte. Gestützt auf die Ergebnisse der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED, räumten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unbeirrbar alle Hemmnisse aus dem Weg, die sich dem Sozialismus entgegenstellten.

Im ersten Jahr des zweiten Fünfjahrplans, im Jahre 1956, hatten die Werktätigen der DDR trotz des wütenden Angriffs der imperialistischen Konterrevolution durch ihre angestrengte Arbeit beachtliche Erfolge erzielt. Insgesamt jedoch konnten die im Volkswirtschaftsplan für 1956 gestellten Ziele nicht ganz erreicht werden. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion wurde nur mit 98 Prozent erfüllt. Ende 1956 machten sich die Folgen des massiven Vorstoßes der imperialistischen Verschwörer gegen das sozialistische Lager im Herbst 1956 bemerkbar. Es traten vorübergehend Störungen in den ökonomischen Beziehun-

gen zwischen verschiedenen sozialistischen Ländern ein. Diese Störungen wirkten sich in der Volkswirtschaft der DDR, die in hohem Maße von der Einfuhr von Steinkohle, metallurgischem Koks, Walzstahl, Buntmetallen und anderen Rohstoffen abhängig ist, besonders stark aus. Die Republik mußte auf wichtige Importe aus verschiedenen Ländern verzichten. Die imperialistische Aggression gegen Ägypten hatte zu Störungen im internationalen Verkehr und zu einem Ansteigen der Weltmarktpreise geführt; dadurch wurde die Versorgung der DDR mit wichtigen Rohstoffen ebenfalls behindert.

Die im Herbst 1956 aufgetretenen Schwierigkeiten wirkten sich zunächst auch auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1957 aus. Der von der Volkskammer am 26. April 1957 beschlossene Volkswirtschaftsplan für 1957 sah daher vor, die industrielle Bruttoproduktion vorerst um sechs Prozent zu steigern, obwohl diese Kennziffer unter den Planzielen lag, die in der Direktive der 3. Parteikonferenz der SED für den zweiten Fünfjahrplan enthalten waren. Ein schnelleres Entwicklungstempo ließen damals jedoch weder die materiell-technischen Mittel der DDR noch die im gesamten sozialistischen Lager vorhandenen Möglichkeiten zu.

Unter den damaligen Umständen entsprach jedoch eine jährliche Zunahme der Industrieproduktion um sechs bis sieben Prozent nicht den großen politischen Aufgaben, die die Deutsche Demokratische Republik im Kampf gegen die aggressive Politik der herrschenden Kreise Bonns und der NATO zu erfüllen hatte. Westdeutschland hatte in den Jahren 1955/1956 zeitweilig eine höhere Zuwachsrate in der Industrie erreicht als die Deutsche Demokratische Republik. Um die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über das imperialistische Regime in Westdeutschland auch in ökonomischer Hinsicht zu beweisen, mußte vor allem das Wachstumstempo der Industriepro-

duktion erheblich gesteigert werden. Diese bedeutende ökonomische Aufgabe konnte aber nur gelöst werden, wenn es gelang, alle Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik anzuspannen und zugleich die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern, in erster Linie mit der Sowjetunion, systematisch zu vertiefen.

In Verhandlungen, die Anfang Januar 1957 zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der DDR in Moskau stattfanden, wurde vereinbart, den Warenaustausch im Rahmen des Außenhandels 1957 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zu erhöhen. Die Sowjetunion gewährte der Deutschen Demokratischen Republik zu äußerst günstigen Bedingungen einen Kredit in frei verfügbarer Währung in Höhe von 340 Millionen Rubel. Weiterhin wurde vereinbart, die unmittelbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinenbaus wesentlich zu vertiefen. Gestützt auf die politische, ökonomische und moralische Hilfe der Sowjetunion, organisierte und mobilisierte die Partei der Arbeiterklasse mit Hilfe der Gewerkschaften und der staatlichen Organe den Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der im Volkswirtschaftsplan für 1957 gesteckten Ziele.

5. Der neue Aufschwung des sozialistischen Aufbaus 1957/1958

Die wegweisenden Beschlüsse der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED weckten neue große Kräfte unter den Werktätigen.

So produzierten die Kumpel des Braunkohlenbergbaus im ersten Quartal 1957 3,3 Millionen Tonnen Rohbraunkohle und 204 000 Tonnen Braunkohlenbriketts über den Plan. Dadurch konnten die Versorgung der Industrie, des Verkehrs und der Bevölkerung mit festen Brennstoffen und

mit Elektroenergie verbessert und das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft erhöht werden. In Vorbereitung der Gemeinde- und Kreistagswahlen wuchs im Frühjahr 1957 der sozialistische Wettbewerb weiter an. Hunderttausende Arbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz handelten nach der Losung „Jeder eine gute Tat für unsere gute Sache!". Ein noch größeres Ausmaß erreichte die Wettbewerbsbewegung zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Hervorragende Aktivisten, Neuerer und Ingenieure der Wismut wandten sich mit einem Appell an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im sozialistischen Wettbewerb neue große Leistungen zur Stärkung der DDR zu vollbringen. Sie stellten sich das Ziel, in den Betrieben der Wismut bis zum 7. November 1957 einen Planvorsprung von 15 Tagen zu erreichen und die Arbeitsproduktivität im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr um vier Prozent zu erhöhen. Die Wismut-Kumpel, die seit Jahren mit an der Spitze des sozialistischen Wettbewerbs standen, erreichten bereits bis zum 31. August 1957 einen Planvorsprung von 19 Tagen. Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verminderung der Selbstkosten erzielten sie einen ökonomischen Nutzen von etwa vier Millionen DM.

Dem Wettbewerb zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schlossen sich bis Ende Oktober 2,5 Millionen Werktätige an. Der sozialistische Wettbewerb in der DDR erreichte seinen bis dahin höchsten Stand; er machte die feste Verbundenheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen mit der Sowjetunion sichtbar. Die von den Werktätigen vollbrachten Leistungen spiegelten sich in den Ergebnissen des Volkswirtschaftsplans 1957 wider. Anstatt um die vorgesehenen

sechs Prozent konnte die Industrieproduktion um acht Prozent gesteigert werden.

Das Nationaleinkommen erhöhte sich um 7,3 Prozent, während 1956 nur eine Steigerung von 4,6 Prozent erzielt worden war. Die Erfolge der Werktätigen machten es möglich, 1957 in den Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben die 45-Stunden-Woche einzuführen und am 28. Mai 1958 die Reste der Rationierung von Lebensmitteln aufzuheben. Gleichzeitig wurde das Einkommen einiger Gruppen von Arbeitern und Angestellten erhöht.

Am 11. Februar 1958 verabschiedete die Volkskammer das Gesetzwerk über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik. Dieses Gesetzwerk war durch die Mitarbeit breitester Teile der Bevölkerung entstanden. Über ein halbes Jahr lang hatten die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die von der 32. Tagung des Zentralkomitees der SED im Juli 1957 beschlossenen Thesen zur Vereinfachung des Staatsapparates und zur Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates diskutiert.

Die alte Struktur und die Arbeitsweise des Staatsapparates waren immer mehr in einen Widerspruch zum erreichten Entwicklungsstand der sozialistischen Produktivkräfte geraten. So machte es sich erforderlich, die meisten der Fachministerien nunmehr aufzulösen, die in der Zeit des ersten Fünfjahrplans zur Anleitung der Betriebe in den einzelnen Industriezweigen und zur schnelleren Durchsetzung der sozialistischen Wirtschaftsmethoden gebildet worden waren.

Durch die Neubildung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) konnten die spezifischen Aufgaben der Leitung der sozialistischen Großbetriebe, die sich in den unterschiedlichen Industriezweigen und Branchen bei der Durchsetzung der Kooperation und Spezialisierung der Betriebe,

der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Verbesserung der Arbeitsorganisation ergaben, detaillierter, wissenschaftlich-präziser und zugleich umfassender gemeistert werden.

Ähnlich wie die bereits Anfang 1957 beschlossene Erhöhung der Verantwortung der örtlichen Organe der Staatsmacht, trug das neue Gesetzwerk dazu bei, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in allen Bereichen der Tätigkeit des sozialistischen Staates noch mehr durchzusetzen. Die unmittelbare Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Lenkung des Staates und der Wirtschaft konnte weiter erhöht werden. Damit waren diese Maßnahmen nach den 1952 beschlossenen Veränderungen der zweite große Schritt in der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Stärkung und Weiterentwicklung der volksdemokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik erforderte beharrliche Anstrengungen, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft weiter zu festigen. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft hatte jedoch mit der gesamten Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft nicht Schritt gehalten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hatte sich im Verlauf des Jahres 1956 lediglich von 6047 auf 6281 erhöht, und die Gewinnung der Bauern für die bereits bestehenden LPG wurde in vielen Kreisen der Republik vernachlässigt.

Manche Funktionäre vertraten die falsche Auffassung, daß die noch schwachen LPG wieder aufgelöst werden müßten und man nicht sie, sondern die Wirtschaften von Einzelbauern vorrangig mit Maschinen, Düngemitteln, Krediten usw. unterstützen müsse, um auf diese Weise eine schnellere Steigerung der Marktproduktion zu erreichen. Die Verwirklichung dieser revisionistischen Auffassungen, die auch von Fred Oelßner, damals Mitglied des Politbü-

ros und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, vertreten wurden, hätte den sozialistischen Sektor auf dem Lande geschwächt, den Kapitalismus dagegen wieder gestärkt. Die Folge wäre eine Verlangsamung des Entwicklungstempos der Landwirtschaft gewesen, die im krassen Widerspruch zu den Interessen der werktätigen Bauern gestanden und eine kontinuierliche Verbesserung der Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung unmöglich gemacht hätte.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wies diese falschen und für den sozialistischen Aufbau schädlichen Auffassungen, hinter denen sich der Unglaube an den Sieg des Sozialismus verbarg, entschieden zurück. Dadurch, daß die Partei sehr eindeutig die Perspektiven der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande klärte und weitere Maßnahmen zur materiell-technischen und organisatorischen Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einleitete, bewirkte sie, daß die Stagnation allmählich überwunden wurde und die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande neuen Auftrieb erhielt. Viele werktätige Einzelbauern wurden sich bewußt, daß die Entwicklung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem eigenen Interesse lag und von niemandem aufgehalten werden kann. Sie überzeugten sich davon, daß die genossenschaftliche Großproduktion der einzelbäuerlichen Produktion überlegen war.

Während sich die Produktion der einzelbäuerlichen Wirtschaften schon seit einigen Jahren im wesentlichen auf der gleichen Höhe hielt oder sich nur im geringen Maße steigerte, wuchs die Produktion der meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von Jahr zu Jahr an. Ihre Bruttoerträge bei Getreide, Ölfrüchten und Faserpflanzen lagen zum Teil wesentlich über denen der einzelbäuerlichen Wirtschaften. 1957 wurde das noch deutlicher. In der gesamten Landwirtschaft stieg die Bruttoproduk-

tion um 11 Prozent, im sozialistischen Sektor aber um 17 Prozent.

Zur Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung gingen an den Landsonntagen Zehntausende Mitglieder der SED, klassenbewußte Arbeiter und Aktivisten der befreundeten Parteien in die Dörfer und erläuterten den Bauern die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus. Das Ergebnis dieser Tätigkeit war, daß die Genossenschaftsbewegung einen neuen Aufschwung nahm. Auch viele wirtschaftsstarke Mittelbauern traten den LPG bei. Allein im vierten Quartal 1957, nachdem das Zentralkomitee der SED auf seiner 33. Tagung die Probleme der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft behandelt hatte, wurden 305 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften neu gebildet. Bis Mitte 1958 stieg der Anteil der von den LPG bearbeiteten landwirtschaftlichen Nutzfläche auf nahezu 30 Prozent gegenüber 19 Prozent im Jahre 1955. Allein in der Zeit von Oktober 1957 bis März 1958 traten etwa 51 000 neue Mitglieder den LPG bei. 1958 gab es in der DDR bereits 250 Orte oder Ortsteile, in denen sich alle Bauern in LPG zusammengeschlossen hatten. So wuchsen die Voraussetzungen heran, um alle Bauern der Republik für den sozialistischen Entwicklungsweg zu gewinnen.

Die Erfolge beim sozialistischen Aufbau und bei der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht wirkten sich auf alle Schichten der Bevölkerung aus. Auch bei den Angehörigen des Mittelstandes, den Handwerkern, den privaten Einzelhändlern und Unternehmern, wuchs allmählich die Erkenntnis, daß der Weg, den die Nationale Front ihnen beim Aufbau des Sozialismus wies, ihren eigenen Interessen entsprach. Bis Ende 1957 gab es bereits 440 halbstaatliche Betriebe. 500 weitere privatkapitalistische Unternehmer hatten den Antrag auf Aufnahme einer staatlichen Beteiligung an ihren Betrieben gestellt. Die halbstaatlichen Betriebe steigerten ihre Produktion im Ver-

gleich zum Vorjahr um etwa 20 Prozent, während der Zuwachs in der Privatindustrie wesentlich geringer war. Zur gleichen Zeit entstanden etwa 300 Produktionsgenossenschaften des Handwerks, und über 1500 private Einzelhändler und Gewerbetreibende schlossen Kommissionsverträge ab. Das waren zwar nur erste Anfänge, aber ihnen kam nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine große politische Bedeutung zu. In der Praxis wurde bewiesen, daß die von der 3. Parteikonferenz der SED entwickelten Formen und Methoden zur unmittelbaren Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau richtig waren. Obwohl den Angehörigen des Kleinbürgertums die Entscheidung oftmals nicht leichtfiel und sie noch viele Bedenken gegenüber der sozialistischen Entwicklung hatten, ging der Einfluß, den die westdeutsche Bourgeoisie zum Teil noch auf die Angehörigen dieser Schichten und andere nicht werktätige Teile der Bevölkerung ausübte, Schritt um Schritt zurück.

Der Aufschwung im sozialistischen Aufbau war in der zweiten Hälfte des Jahres 1957 und in der ersten Hälfte des Jahres 1958 so bedeutend, daß die als Folge der Ereignisse im Herbst 1956 eingetretenen Rückstände zu einem großen Teil aufgeholt werden konnten. Die sozialistische Industrie der Deutschen Demokratischen Republik konnte im ersten Halbjahr 1958 ihre Produktion gegenüber dem gleichen Zeitraum 1957 um fast zwölf Prozent steigern. Ein solch hohes Tempo in der Entwicklung der Volkswirtschaft hatte es in den vorangegangenen Jahren nicht gegeben.

In ihrem Bemühen, die bestmöglichen Bedingungen für den friedlichen Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme herbeizuführen, unterbreitete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der westdeutschen Bundesregierung mehrfach detaillierte Vorschläge zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur Bildung einer deutschen

Konföderation. So schlug sie am 27. Juli 1957 vor, daß beide deutschen Staaten vor allem mit einer gemeinsamen Politik der Sicherung des Friedens beginnen sollten. Diese Politik müßte ein Verbot der Lagerung und Herstellung von Atombomben, ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag, die Aufhebung der Wehrpflicht, Vereinbarungen über die beiderseitige Truppenstärke und Bemühungen für die baldige schrittweise Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus Deutschland zum Inhalt haben.

Die Regierung Westdeutschlands mißachtete jedoch auch diese Vorschläge. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Erklärung der Regierung der DDR über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands unterzeichneten die Vertreter der Westmächte und Westdeutschlands im Schöneberger Rathaus in Westberlin eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihren Standpunkt zur Wiedervereinigung Deutschlands darlegten. Diese Erklärung bewies, daß die Politik der westdeutschen Machthaber und der Regierungen der Westmächte in unüberbrückbarem Gegensatz zu einer echten Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation stand. Die Unterzeichner der Schöneberger Erklärung machten den völlig irrealen Vorschlag, unter den Bedingungen der Militarisierung Westdeutschlands und seiner Kettung an die NATO gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen. Zugleich forderten sie, ein wiedervereinigtes Deutschland dürfe durch eine Neutralisierung oder Entmilitarisierung „nicht diskriminiert werden“[10].

Die Schöneberger Erklärung enthielt kein Wort über eine zu vereinbarende Abrüstung in beiden Teilen Deutschlands und billigte somit die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Statt Zurückziehung aller ausländischen

10 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 30. Juli 1957.

Truppen aus Deutschland und Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag, wie es die Regierung der DDR gefordert hatte, nannte die Erklärung als Perspektive die Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO und den einseitigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Es war klar, daß diese Erklärung nicht als eine Verhandlungsgrundlage gedacht war. Die Bonner Regierung wollte mit Hilfe der Westmächte, getarnt durch Phrasen über eine „Wiedervereinigung in Freiheit", die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen, die forcierte Aufrüstung fortsetzen und eine Aggression gegen die DDR vorbereiten. Sie hatte nach wie vor die Wahnvorstellung, daß es dem westdeutschen Militarismus zu einem „günstigen Zeitpunkt" möglich sein werde, die DDR gewaltsam dem Herrschaftsbereich des Imperialismus einzuverleiben.

Vor allem fürchteten die imperialistischen Machthaber, daß durch die Bildung einer Konföderation und die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus noch mehr nach Westdeutschland ausstrahlen und daß die Volksmassen auch in Westdeutschland eine neue Politik herbeiführen würden. Die Irrealität der Politik Bonns wurde mit besonderem Nachdruck während des Besuchs der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR im August 1957 unterstrichen. In einer von Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, N. S. Chruschtschow und A. I. Mikojan unterzeichneten gemeinsamen Erklärung wurde ausdrücklich betont, „daß in Übereinstimmung mit den Bündnisverpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion gemeinsam die Unabhängigkeit der Deutschen Demokratischen Republik verteidigen, eine Verletzung ihrer Grenzen nicht zulassen und allen Versuchen, die friedliche Arbeit und die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen der

Deutschen Demokratischen Republik anzutasten, eine entschiedene Abfuhr erteilen werden"[11].

In seiner großen Rede vor der Volkskammer der DDR brachte N. S. Chruschtschow zum Ausdruck, daß die Sowjetunion die Vorschläge der DDR zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands durch die Bildung einer Konföderation unterstütze. Die DDR habe erneut gezeigt, „daß sie ein zuverlässiges Bollwerk der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes ist, die einen dauerhaften Frieden und ein Aufblühen ihrer großen Heimat anstreben.

Diese Vorschläge zeigen, daß die Deutsche Demokratische Republik auf dem Boden der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen steht und sich bemüht, strittige Fragen mit friedlichen Mitteln zu lösen."[12]

Der Aufenthalt der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation vom 7. bis 14. August 1957 in der Deutschen Demokratischen Republik gestaltete sich zu einem neuen Höhepunkt in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Es war nicht das erste Mal, daß die führenden Repräsentanten der Sowjetunion Berlin und die Deutsche Demokratische Republik besuchten. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, weilte bereits im Juli 1955 nach seiner Rückkehr von der Genfer Gipfelkonferenz der Regierungschefs der Sowjetunion, der USA, Frankreichs und Großbritanniens in der Deutschen Demokratischen Republik und sprach auf einer Großkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin zu den Werktätigen der Hauptstadt der DDR. A. I. Mikojan, der im Mai 1945 die Hilfsmaßnahmen der Sowjetregierung zur Überwindung der schlimmsten Kriegsfolgen

[11] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VI, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 332.

[12] N. S. Chruschtschow: Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 174.

geleitet hatte, stand 1954 an der Spitze der sowjetischen Parteidelegation, die an den Beratungen des IV. Parteitages der SED teilnahm. Kamen N. S. Chruschtschow und A. I. Mikojan somit als bewährte Freunde der Deutschen Demokratischen Republik, so trug doch ihr Besuch diesmal eine völlig neue Note. Erstmalig kam eine Partei- und Regierungsdelegation der mächtigen Sowjetunion, um auf deutschem Boden offizielle Verhandlungen auf höchster Ebene zu führen, die vom Geist des proletarischen Internationalismus, der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit und der völligen Gleichberechtigung durchdrungen waren.

Die Verhandlungen brachten zum Ausdruck, daß sich die Deutsche Demokratische Republik durch die Leistungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus und durch ihre konsequente Friedenspolitik zu einem international geachteten sozialistischen Staat, zum starken westlichen Vorposten des sozialistischen Weltsystems entwickelt hatte. Die Stärke und Unüberwindlichkeit des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates beruhte auf der Richtigkeit der von den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes ausgehenden Politik seiner Regierung, der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und ihrer führenden Kraft, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sie beruhten auf der sich entwickelnden politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und nicht zuletzt auf der festen deutsch-sowjetischen Freundschaft, der allseitigen Unterstützung, die die Sowjetunion der Deutschen Demokratischen Republik gewährte.

N. S. Chruschtschow würdigte während seines Aufenthaltes in der DDR die große Bedeutung, die dem Bestehen eines deutschen Friedensstaates im Herzen Europas zukam. „Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Ereignis von historischer Bedeutung im Leben des

deutschen Volkes, ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Erstmalig in der Geschichte Deutschlands entstand auf seinem Territorium ein friedliebender, demokratischer Staat, dessen Innen- und Außenpolitik von den Interessen der breiten Volksmassen ausgeht.

Während alle früheren deutschen Staaten Werkzeuge der aggressiven Politik der preußischen Junker, der Bankherren und Magnaten der imperialistischen Monopole waren, verwirklicht die Deutsche Demokratische Republik konsequent die Grundsätze des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern. In diesem Teil Deutschlands ist es vorbei mit der Herrschaft der imperialistischen Reaktion, mit ihrer verbrecherischen Politik der Eroberungskriege, die dem deutschen Volk so viel Leid gebracht hat.

Alle ehrlichen Menschen erkennen jetzt, daß die Deutsche Demokratische Republik das Bollwerk der friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands ist. Der Deutschen Demokratischen Republik verdankt das deutsche Volk, daß die Völker Europas, die die Schrecken der faschistischen Okkupation erlebten, die Millionen ihrer Söhne und Töchter in dem auf Leben und Tod gegen das faschistische Deutschland geführten Kampf verloren, wieder Achtung und Vertrauen zu ihm gewinnen."[13]

Die Richtigkeit der Politik der SED und die internationale Rolle der Deutschen Demokratischen Republik wurden von der Moskauer Erklärung bestätigt, die im November 1957 von den zwölf Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten beschlossen wurde.

In der Erklärung wurden die grundlegenden Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung im Kampf um den Frieden, den Aufbau des Sozialismus, die Festigung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und aller marxistisch-leninistischen Parteien sowie im ent-

[13] Ebenda, S. 163/164.

schiedenen Kampf gegen jegliche Erscheinungen des Revisionismus und Dogmatismus zusammengefaßt.

Die Beratung stellte sich einmütig hinter die Beschlüsse des historischen XX. Parteitages der KPdSU, definierte unsere Epoche als die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und formulierte die grundlegenden, allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten, auf denen die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau beruhen.

Die Vertreter der zwölf kommunistischen und Arbeiterparteien betonten in ihrer Erklärung ausdrücklich, daß der Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus, die den Frieden bedrohen, eine wichtige Aufgabe der friedliebenden Kräfte aller Völker Europas ist. „Besonders groß ist in diesem Kampf die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte, den die Teilnehmer der Beratung ihrer Solidarität und ihrer vollen Unterstützung versichern."[14]

Die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus beantworteten die neuen Erfolge im friedlichen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik damit, daß sie nach neuen Wegen suchten, um ihr Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren und die Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden zu beseitigen, doch noch zu erreichen. Aus dem Fiasko ihrer bisherigen Bemühungen zur Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik und aus dem Zusammenbruch der konterrevolutionären Anschläge im Herbst 1956 zogen sie die Schlußfolgerung, daß die Militarisierung Westdeutschlands weiter forciert werden müsse. Dadurch und durch die atomare Bewaffnung der Bundeswehr sollten die Voraussetzungen ge-

[14] Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 320.

schaffen werden, um einen Druck sowohl auf die Sowjetunion und die DDR als auch auf die Verbündeten im Lager der NATO ausüben zu können.

Im Frühjahr 1958 trat der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus in ein neues Stadium ein. Jetzt ging es nicht mehr nur um die Verhinderung oder Eindämmung der Militarisierung Westdeutschlands, sondern um die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten wie auch die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland und in den westeuropäischen Ländern verstärkten ihre Anstrengungen, damit die revanchelüsternen Hitlergenerale nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangten. Otto Grotewohl schlug am 22. Januar 1958 im Namen der Regierung der DDR vor, in beiden deutschen Staaten einen Volksentscheid darüber durchzuführen, ob die DDR und die Bundesrepublik einer atomwaffenfreien Zone angehören sollten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützte damit vorbehaltlos den Vorschlag des polnischen Außenministers Adam Rapacki, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa unter Einschluß der beiden deutschen Staaten, Polens und der Tschechoslowakei zu schaffen.

„Die atomwaffenfreie Zone", erklärte Otto Grotewohl, „würde verhindern, daß sich die Kluft zwischen beiden deutschen Staaten noch weiter vertieft und Westdeutschland zum Brennpunkt der Atomaufrüstung Europas wird. Gleichzeitig würden aber auch günstige Bedingungen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten entstehen, die nun einmal für ihre Vereinigung die wichtigste Voraussetzung sind. Wer die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands will, der muß deshalb auch den Plan einer atomwaffenfreien Zone mit ganzer Kraft unterstützen."[15]

15 Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. V, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 558.

Die Adenauer-Regierung lehnte jedoch die Durchführung eines solchen Volksentscheids ab. Damit bekundete sie erneut, daß sie dem deutschen Volk das Recht absprach, über die entscheidenden Fragen der Nation selbst zu bestimmen. Am 25. März 1958 faßte die Mehrheit des westdeutschen Bundestages den Beschluß, daß die Bundeswehr atomar bewaffnet werden solle. Diese Entscheidung der reaktionären Mehrheit des Bonner Bundestages über die atomare Aufrüstung erhöhte die Kriegsgefahr und schuf eine neue Lage.

6. Der V. Parteitag der SED und seine Beschlüsse

Mitte 1958 war die Situation in Deutschland dadurch gekennzeichnet, daß sich die Deutsche Demokratische Republik zur unerschütterlichen Bastion des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus im Herzen Europas entwickelt hatte. Im Verlauf des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus hatte die Arbeiterklasse ihre Fähigkeit bewiesen, alle Schichten der Bevölkerung im Kampf für die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung und die Sicherung des Friedens zusammenzuschließen. Unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut hatte sie es verstanden, die Volkswirtschaft immer besser zu leiten, was einen großen Aufschwung der Produktivkräfte in der Industrie und in der Landwirtschaft zur Folge hatte.

Der siegreiche Vormarsch des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, der sich in harter Auseinandersetzung mit den imperialistischen Kräften in Westdeutschland und in Abwehr ihrer Anschläge vollzog, übte immer stärkeren Einfluß auf die Zukunft der deutschen Nation aus. Er war das Hauptergebnis der Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg. Daran konnten auch die lautstar-

ken Tiraden der Adenauer-Regierung und zahlreicher Apologeten des deutschen Imperialismus nichts ändern, die der Welt weiszumachen versuchten, daß die Deutsche Demokratische Republik gar nicht existiere. Sie existierte nicht nur, sondern das Kräfteverhältnis in Deutschland veränderte sich trotz der Wirtschaftskonjunktur in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre und der Aufrüstung in Westdeutschland zugunsten des Staates, in dem unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Lehren der Geschichte beherzigt wurden und die Entwicklung sich mit der Gesetzmäßigkeit unserer Epoche im Einklang befand.

Mitte 1958 war die Situation in Deutschland aber auch dadurch gekennzeichnet, daß es dem westdeutschen Monopolkapital mit Hilfe des USA-Imperialismus und infolge der Politik der rechten Führung der SPD gelungen war, ein klerikal-militaristisches Obrigkeitsregime zu errichten und Westdeutschland zum Zentrum der Kriegsgefahr in Europa zu machen. Die Kettung Westdeutschlands an die NATO und der vom Bundestag gefaßte Beschluß über die atomare Aufrüstung der Bonner Armee hatten zur weiteren Verschärfung des nationalen Grundwiderspruchs in Deutschland beigetragen, der in der Epoche des Imperialismus zwischen der imperialistischen Großbourgeoisie und den militaristischen Kräften auf der einen Seite und den Volksmassen auf der anderen Seite entstanden war.

Die Atomkriegspolitik der herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus, dessen Abenteuertum und Brutalität geschichtsnotorisch sind, stellte eine unmittelbare Bedrohung für die Existenz der gesamten deutschen Nation, für den Frieden und die Sicherheit in Europa dar. Die militaristischen Kräfte Westdeutschlands nahmen offen Kurs darauf, die Deutsche Demokratische Republik wieder der Macht des Imperialismus und Militarismus einzuverleiben, ganz Deutschland in die NATO einzugliedern und

die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. In ihre aggressiven Pläne bezogen die imperialistischen Kräfte Westdeutschlands auch die Möglichkeit eines militärischen Alleinganges ein.

Die Lösung der nationalen Frage machte es unter den neuen Bedingungen erforderlich, vor allem den Frieden zu sichern, die friedliche Koexistenz in Deutschland durchzusetzen und hierzu die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu festigen.

Die Ausarbeitung der vor der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stehenden Aufgaben im Kampf um die Sicherung des Friedens, den Ausbau der ökonomischen Basis des Sozialismus und die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse stand im Mittelpunkt der Beratungen des V. Parteitages der SED, der im Juli 1958 in Berlin zusammentrat.

Der V. Parteitag unterbreitete detaillierte Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung der Lage in Deutschland. So schlug er vor, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, ein Nichtangriffsabkommen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO abzuschließen, die Zahl der ausländischen Truppen in Deutschland einzuschränken und sie schließlich ganz aus Deutschland abzuziehen. Als besonders vordringlich bezeichnete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages.

Walter Ulbricht entwickelte in seinem Referat die Grundsätze, auf denen ein deutscher Friedensvertrag beruhen müßte. Er sollte vor allem die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigen und gewährleisten, daß kein neuer Krieg von deutschem Boden ausgehen kann. Dazu war es notwendig, daß er den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und den Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, die Anerkennung der durch die Potsdamer Kon-

ferenz beschlossenen Grenzen Deutschlands, die Gewährleistung der demokratischen Grundfreiheiten und die Überwindung jeglichen Revanchismus zum Inhalt hatte. Weiterhin sollte er gewährleisten, daß Deutschland auf dem Wege der Herstellung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten als friedliebender, demokratischer und unabhängiger Staat wiedervereinigt wird. „Es ist also notwendig", betonte Walter Ulbricht, „die Mauer, die durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO errichtet wurde, mit Hilfe des Entwurfs eines Friedensvertrages zu beseitigen, damit die Wiedervereinigung Deutschlands möglich wird."[16]

Im Interesse der Sicherung des Friedens forderte der Parteitag, die Frontstadtpolitik in Westberlin zu beseitigen, normale, friedliche und demokratische Verhältnisse in ganz Berlin zu schaffen und dadurch auch die Normalisierung des Verhältnisses Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen. Dieses Friedensprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entsprach den Interessen der gesamten deutschen Nation.

Es galt, das Kräfteverhältnis in Deutschland noch schneller zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu verändern und dadurch den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes Geltung zu verschaffen. Dazu war es vor allem notwendig, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen und die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur zu forcieren.

Dem Beschluß des V. Parteitages der SED, den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen, kam eine hohe gesamtnationale Bedeutung zu. Das deutsche Volk in sei-

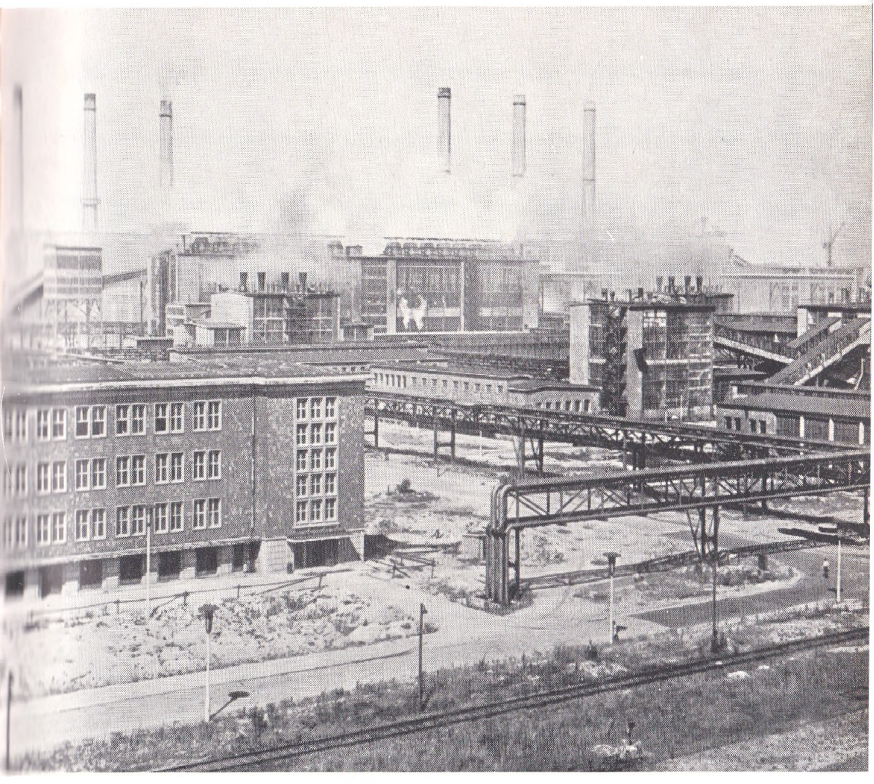
[16] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 293.

ner Gesamtheit mußte durch das Beispiel davon überzeugt werden, daß es mit dem Aufbau des Sozialismus, also ohne atomare Aufrüstung und ohne Imperialisten und Militaristen, sein Schöpfertum frei entfalten und zu einem hohen Lebensstandard und einer hohen Kultur gelangen kann.

Im Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem monopolkapitalistischen System mußte auch auf deutschem Boden der Sieg in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, errungen werden. Unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen dieses Wettbewerbs der zwei Gesellschaftssysteme in Deutschland beschloß der V. Parteitag: „Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland. Diese Aufgabe ist der Anteil unserer Republik am weltweiten Kampf für die friedliche Koexistenz und für den friedlichen Wettkampf zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in dem die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung bewiesen wird."[17]

Als entscheidende Voraussetzung für die Lösung der ökonomischen Aufgaben bezeichnete der Parteitag die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Es galt, die Produktivkräfte mit Hilfe der modernsten Technik und der sozialistischen Wettbewerbsbewegung weiterzuentwickeln und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Be-

[17] Dokumente der SED, Bd. VII, S. 259.

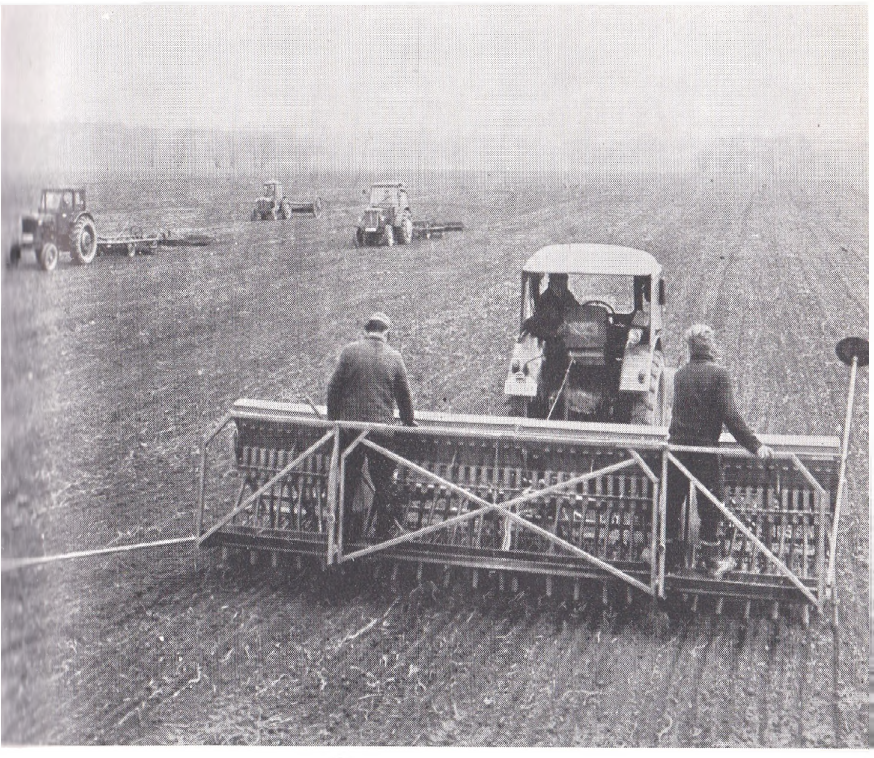


Zu den Großbauten des sozialistischen Aufbaus in der DDR gehört das Kombinat Schwarze Pumpe bei Hoyerswerda im Bezirk Cottbus

Die alte Hansestadt Rostock erhielt einen modernen Überseehafen. In ihren Mauern finden seit 1958 alljährlich die Ostseewochen statt, auf denen sich Vertreter der Ostseestaaten, Norwegens und Islands treffen und ihre Bereitschaft zur Sicherung eines dauerhaften Friedens im Ostseeraum bekunden

Auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 nahmen erstmalig die Vertreter der beiden deutschen Staaten gleichberechtigt an den Beratungen über die Friedensregelung mit Deutschland teil. Das Bild zeigt neben den Delegationen Großbritanniens, der USA, Frankreichs und der Sowjetunion an den zwei gesonderten Tischen die Delegation der DDR (rechts) und die Delegation der Bundesrepublik (links)

Die Zittauer Weberin Irmgard Richter übernahm 1959 eine zurückgebliebene Brigade, um ihr zu helfen, das Niveau der fortgeschrittensten Brigaden zu erreichen. Bereits Ende des Jahres konnte die von ihr geleitete Brigade die Arbeitsnorm mit 111 Prozent erfüllen



Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft im Frühjahr 1960 schuf die Voraussetzungen für den Einsatz der modernsten Technik und die Anwendung der fortgeschrittensten Methoden der Agrarwissenschaft

Die Bildung des Staatsrates der DDR leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Demokratie ein. In der Zusammensetzung des Staatsrates finden das enge Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Intelligenz und den anderen Schichten sowie die Zusammenarbeit der befreundeten Parteien des Demokratischen Blocks ihren Ausdruck

Die Deutsche Demokratische Republik unternahm die größten Anstrengungen, um die Verständigung und die Anbahnung sachlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz herbeizuführen. Großes Echo löste die Aussprache des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Prof. Dr. Dieckmann, mit Studenten der westdeutschen Universität von Marburg am 13. Januar 1961 aus

In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 nahmen die Kampfgruppen der Berliner Arbeiter gemeinsam mit den bewaffneten Organen der DDR die Staatsgrenze in Berlin unter wirksame Kontrolle. Am Brandenburger Tor wurde der durch die aggressiven Kräfte des westdeutschen Imperialismus bedrohte Weltfrieden gerettet

reichen der Volkswirtschaft durchzusetzen und zu vervollkommnen.

Bei der Formulierung der ökonomischen Hauptaufgabe berücksichtigte die Partei, daß sich in den vergangenen Jahren als Ergebnis des konsequenten Friedenskampfes der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten sowie infolge der wachsenden Rolle der jungen Nationalstaaten und der Friedensbewegung in den imperialistischen Staaten immer deutlicher eine Tendenz zur internationalen Entspannung gezeigt hatte. Selbst einflußreiche Politiker der kapitalistischen Länder begannen, das Kräfteverhältnis in der Welt realer einzuschätzen. Mit dem Start des ersten künstlichen Satelliten der Erde, Sputnik 1, am 4. Oktober 1957, hatte die Sowjetunion die Ära der Bezwingung des Kosmos eingeleitet und zugleich vor der Welt demonstriert, zu welch großen Leistungen Wissenschaft und Technik im Sozialismus fähig sind. Die weitere Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen mußte zu günstigen Bedingungen auch für den friedlichen ökonomischen Wettstreit zwischen den beiden deutschen Staaten führen.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte bewiesen, daß sie ein beständiges, hohes Entwicklungstempo im friedlichen Aufbau der Volkswirtschaft gewährleistete, daß die Staatsorgane und die Werktätigen immer besser lernten, die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsführung zu nutzen. Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die in der Deutschen Demokratischen Republik zeitweilig nach den Ereignissen im Herbst 1956 entstanden waren, hatte der sozialistische Aufbau erneut einen außerordentlichen Aufschwung genommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der westdeutschen Bundesrepublik stagnierte nach den vorausgegangenen Jahren einer längeren Konjunktur. So stieg die Industrieproduktion Westdeutschlands 1958 lediglich um 2,9 Prozent an,

während die Volkswirtschaft der DDR eine Zuwachsrate von über 11 Prozent erreichte. Einige Zweige der westdeutschen Wirtschaft erlebten sogar einen Rückgang, zum Beispiel die Metallurgie, die Feinmechanik, die Textilindustrie.

Auch in der Mehrzahl der übrigen kapitalistischen Länder zeigten sich 1958 Stagnationserscheinungen, und in den USA und in Großbritannien ging die Industrieproduktion sogar beträchtlich gegenüber dem Vorjahr zurück.

In den Staaten des sozialistischen Weltsystems dagegen hatte sich die Zuwachsrate erhöht. Die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, vor allem im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, vertiefte sich ständig, und es zeichnete sich der Übergang zu einer engeren Kooperation und Spezialisierung der Teilnehmerländer des RGW ab.

Ausgehend von den guten Arbeitsergebnissen der Werktätigen der DDR sowie in Abstimmung mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, die unter anderem mit der DDR eine wesentliche Erhöhung des Außenhandelsvolumens vereinbart hatten, konnte der V. Parteitag vorschlagen, die ökonomischen Ziele in den Jahren 1959 und 1960 zu erhöhen. Dies bedeutete zum Beispiel, daß der Umfang der Industrieproduktion gegenüber den im Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan vorgesehenen Aufgaben um mehr als sechs Milliarden DM erhöht werden sollte. Auf diese Weise war es möglich, die bei der Beschlußfassung über das Gesetz Anfang 1958 gegenüber den Direktiven der 3. Parteikonferenz vorgenommene Reduzierung der Zuwachsrate der Industrie von 55 auf 38 Prozent gegenüber 1955 im wesentlichen wieder rückgängig zu machen.

Der Parteitag wandte sich an die Arbeiterklasse und die gesamte werktätige Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Appell, durch gemeinsame große

Anstrengungen die ökonomische Hauptaufgabe bis Ende 1961 zu lösen.

In der Sitzung des Demokratischen Blocks, der am 21. Juli 1958 zu den Beschlüssen des V. Parteitages Stellung nahm, erläuterte Walter Ulbricht, daß es vor allem aus politischen Gründen notwendig geworden war, einen solch kurzfristigen Termin zu stellen, „denn die Bonner Regierung und die NATO haben die Absicht, die Ausrüstung der westdeutschen NATO-Armee mit Atomwaffen bis Ende 1961 zu beenden. Daraus wird offenkundig, daß die Sicherung des Friedens erfordert, daß die Friedenskräfte ihre Aufgaben bis Ende 1961 lösen müssen, das heißt bis Ende 1961 den Beweis für die Überlegenheit unserer Gesellschaftsordnung erbringen müssen, um die breiten Massen der westdeutschen Arbeiter, der westdeutschen Gewerkschafter und der westdeutschen Intelligenz für die Sache des Friedens und der Demokratie zu gewinnen. Der große Plan, der auf dem V. Parteitag beschlossen wurde, ist also sowohl von politischen als auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus so formuliert worden."[18]

Der V. Parteitag gab eine klare Orientierung für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR und legte das Schwergewicht auf ein stärkeres Wachstum der arbeitsintensiven hochveredelten Produktion. Es sollten insbesondere diejenigen Wirtschaftszweige entwickelt werden, für die in der Deutschen Demokratischen Republik eine ausreichende Rohstoffbasis vorhanden war oder die durch Lieferungen aus dem sozialistischen Lager, insbesondere der Sowjetunion, mit Rohstoffen versorgt werden konnten. Das war in erster Linie die chemische Industrie, speziell die Petrolchemie. Die Metallurgie sollte sich hauptsächlich auf die Herstellung von Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe konzentrieren.

18 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, S. 440.

Die Verwirklichung der vom V. Parteitag gestellten Aufgaben zur weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik erforderte, die Überreste des Kapitalismus im Denken und in den Lebensgewohnheiten der Menschen zu überwinden und das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen zu entwickeln. Je fester bei allen Werktätigen die Überzeugung von der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus und von der Richtigkeit der sozialistischen Perspektive der Deutschen Demokratischen Republik sein würde, desto schneller und erfolgreicher würden sie die ökonomischen, politischen und kulturellen Aufgaben beim weiteren sozialistischen Aufbau erfüllen.

Aus den neuen sozialistischen Verhältnissen in Industrie und Wirtschaft erwuchsen neue Beziehungen zwischen den Menschen sowohl in der Produktion als auch im gesamten gesellschaftlichen Leben. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß nur derjenige sittlich und wahrhaft menschlich handelt, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt, das heißt für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, formulierte der Parteitag folgende Normen der sozialistischen Moral und Ethik:

„1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.

2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.

5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusam-

menarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.

10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben."[19]

Die Teilnahme zahlreicher Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt machte den Parteitag zu einer Manifestation der internationalen Solidarität mit dem gerechten Kampf des deutschen Volkes für die Erhaltung und Festigung des Friedens, die Zurückdrängung des aggressiven, die Sicherheit der Völker bedrohenden westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für den Sieg des Sozialismus in Deutschland. Die Bedeutung des V. Parteitages wurde besonders dadurch unterstrichen, daß an ihm N. S. Chruschtschow an der Spitze der Delegation der KPdSU teilnahm. In seiner großen Rede legte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU dar, daß der Kampf für die Sicherung des Friedens und für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland von Erfolg gekrönt sein wird, wenn es gelingt, alle friedliebenden, demokratischen Kräfte zu einigen und in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus zum Siege zu führen.

Der Parteitag fand ein starkes Echo bei der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und bei breiten

[19] Ebenda, S. 377/378.

Teilen der westdeutschen Werktätigen sowie in der internationalen Öffentlichkeit.

Die vom V. Parteitag vorgezeichnete Politik des ökonomischen Wettbewerbs zwischen den beiden deutschen Staaten drängte die westdeutschen Monopolherren und Militaristen, die sich das Ziel gesetzt hatten, bis 1961 die Atomaufrüstung unter Dach und Fach zu bringen, in die Defensive. Unmittelbar nach dem Parteitag wurde die CDU-Bundestagsfraktion zusammengerufen, um zu beraten, mit welchen Maßnahmen die ökonomische und politische Entwicklung der DDR noch mehr gestört werden könne. In dieser Sitzung erklärte der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, daß es darauf ankomme, die ideologische Diversion gegen die DDR zu verstärken. Die Vorschläge der DDR für die friedliche Lösung der deutschen Frage sollten vor den Bürgern der Bundesrepublik verschwiegen werden, eine massive Propaganda sollte behaupten, die SED habe die Wiedervereinigung Deutschlands abgeschrieben. Des weiteren wurde vereinbart, Maßnahmen zur verstärkten Abwerbung von Wissenschaftlern, Technikern und Facharbeitern aus der DDR und zur ökonomischen Unterminierung der sozialistischen Volkswirtschaft zu treffen.

7. *Forcierter Kampf um Friedensvertrag und Lösung des Westberlinproblems*

Am 4. September 1958 wandte sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit dem Anliegen, die Ausarbeitung eines Friedensvertrages zu beschleunigen. Zugleich schlug sie der Regierung der Bundesrepublik vor, der Bildung einer Kommission aus Vertretern beider deutschen Staaten zuzustimmen, die sich

über einen eigenen deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag klarwerden sollte. Während sich die Regierungen der Westmächte und die Adenauer-Regierung weiterhin der Vorbereitung eines Friedensvertrages widersetzten, unterbreitete die Regierung der Sowjetunion neue konstruktive Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage.

Am 27. November 1958 schlug die Sowjetregierung vor, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln. Auf diese Weise sollte mit dem Mißbrauch Westberlins als Zentrum der Spionage, Diversion, Hetzpropaganda und anderer Formen der Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder Schluß gemacht werden. Die Gefahr, daß an der Nahtstelle der beiden großen militärischen Gruppierungen durch abenteuerliche Handlungen der aggressiven Kräfte in Europa ein neuer Kriegsbrand ausbricht, hätte erheblich verringert werden können.

In ihrem Vorschlag, für Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt festzulegen, in deren innere Angelegenheiten sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten, einmischen dürfe, wies die Sowjetregierung ausdrücklich darauf hin, daß die Bevölkerung Westberlins das Recht erhalten müßte, eine solche Ordnung zu haben, die sie selbst wünscht. Westberlin müßte seinerseits die Verpflichtung übernehmen, auf seinem Gebiet keinerlei feindliche Tätigkeit gegen die DDR und andere Staaten zuzulassen. Ein solcher Status für Westberlin sollte nach den Vorschlägen der Sowjetunion in verpflichtender Form sowohl von den vier Mächten, die nach dem Kriege an der Verwaltung Berlins beteiligt waren, als auch von der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland anerkannt werden. An der Wahrung dieses Status könnte in dieser oder jener Form auch die Organisation der Vereinten Nationen beteiligt sein.

Schließlich schlug die Sowjetunion vor, daß, angesichts

der spezifischen Lage Westberlins, entsprechende Übereinkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik bezüglich der Garantien für eine ungehinderte Verbindung der Freien Stadt Westberlin mit der Außenwelt abgeschlossen werden könnten. Die Sowjetregierung sprach sich dafür aus, daß im Verlauf von sechs Monaten Verhandlungen über die Beseitigung der anomalen Lage Westberlins und seine Verwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt stattfinden sollten.

Am 10. Januar 1959 unterbreitete die Regierung der UdSSR den Entwurf eines aus 48 Artikeln bestehenden Friedensvertrages mit Deutschland. Er ging davon aus, daß auf deutschem Boden zwei Staaten bestehen, die beide den Friedensvertrag unterzeichnen müßten. Die Sowjetunion schlug in ihrem detaillierten Entwurf vor, die von der Potsdamer Konferenz festgelegten und am 1. Januar 1959 real bestehenden Grenzen endgültig zu fixieren und anzuerkennen, die Gestaltung der Gesellschaftsordnung in beiden deutschen Staaten als deren alleinige Angelegenheit zu betrachten, zugleich die notwendigen Sicherungen – vor allem zur Beseitigung des Nazismus und Revanchismus – zu treffen, damit nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen könne.

Diesem Ziel dienten auch solche Bestimmungen wie das Verbot für Deutschland, Militärbündnissen beizutreten, die sich gegen einen Unterzeichnerstaat des Friedensvertrages richten, der vorgesehene Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte, die Begrenzung der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung ausschließlich für die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die Anerkennung aller gegen Kriegsverbrecher verhängten Urteile.

Der sowjetische Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland sah keinerlei territoriale Veränderungen oder Wiedergutmachungsleistungen vor. Er enthielt lediglich

die Bestimmung, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges vollzogenen Veränderungen, darunter die seitdem bestehenden und ohnehin unumstößlichen Grenzen anzuerkennen und auf jegliche Revanchepläne zu verzichten. Er war somit seinem Wesen nach ein Kompromißvorschlag, um die internationalen Spannungen abzubauen.

Die Artikel des Friedensvertragsentwurfs sicherten die volle Souveränität der beiden deutschen Staaten. Westberlin sollte bis zur Herstellung der Einheit Deutschlands den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt erhalten.

Die Entscheidung über alle inneren Angelegenheiten, insbesondere über die Wiedervereinigung und über die Gestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, sollte ausschließlich dem deutschen Volk überlassen sein. Die beiden deutschen Staaten sollten laut Artikel 23 die feierliche Verpflichtung übernehmen, „zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands niemals Gewalt anzuwenden oder mit der Anwendung von Gewalt zu drohen, und daß sie alle Streitfragen, die in den Beziehungen zwischen ihnen entstehen können, mit friedlichen Mitteln lösen werden"[20].

Die DDR und alle friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes begrüßten die neue sowjetische Initiative. Walter Ulbricht kennzeichnete auf der 4. Tagung des ZK der SED am 15. Januar 1959 die große Bedeutung des sowjetischen Vorschlags mit den Worten: *„Strich unter den letzten und Barriere gegen einen neuen Krieg – das ist die große Bedeutung des Friedensvertrages."*[21] Zugleich mußte er eine nationale Klammer für das gespaltene Deutschland sein und die Wiedervereinigung Deutschlands über die Bildung einer deutschen Konföderation erleichtern. Die SED unterbreitete neue detaillierte Vorschläge über Aufgaben, Organisation und Ziele der Konföderation.

20 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. II, S. 763/764.

21 Walter Ulbricht: Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 6.

Der Kampf um die Sicherung des Friedens und um die Verwirklichung des vom V. Parteitag der SED beschlossenen Programms über die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat war in eine neue Phase eingetreten.

Nach dem Start des ersten sowjetischen Sputniks und den großen ökonomischen Erfolgen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten mußten die imperialistischen Kräfte allmählich einsehen, daß die Zeit gegen sie und für die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus arbeitete. Dennoch trafen die aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus zu dieser Zeit die Fehleinschätzung, daß es ihnen 1959 noch möglich sein würde, mit Hilfe einer vermeintlichen atomaren Überlegenheit die Sowjetunion und die sozialistischen Länder in die Knie zu zwingen. Auf dieser höchst gefährlichen Fehleinschätzung beruhten die Pläne zur Forcierung der aggressiven Vorbereitungen, die darauf hinausliefen, einen Krieg auszulösen, solange sich das militärische Kräfteverhältnis nicht weiter zuungunsten des Imperialismus verändert hätte; Westberlin sollte dabei die Zündschnur sein.

In den imperialistischen Staaten forderten reaktionäre Kreise im verstärkten Maße, die sowjetischen Friedensvorschläge mit einem Präventivkrieg zu beantworten. So erklärte der amerikanische Kriegsminister McElroy am 2. März 1959, daß die „Politik des ersten Schlages" in einem künftigen Krieg im Bereich der Möglichkeiten liege. Das amerikanische Wochenmagazin „Newsweek" gab folgende Meinung der kriegslüsternen Militärs des Pentagon wieder: „Hört auf, heuchlerisch zu versprechen, daß die USA nicht den ersten Schlag tun und niemals einen Krieg beginnen werden."[22]

Die aggressiven Kräfte des westdeutschen Imperialismus versuchten, das Kriegsgeschrei aus Washington noch zu

[22] Zit. nach: Neues Deutschland, 7. Februar 1959.

übertrumpfen. So hieß es in der „Gesamtdeutschen Rundschau" am 30. Januar 1959: „Den Deutschen sollte (soweit möglich) deutlich gemacht werden, um was es in diesen Wochen geht. Wenn es zu keinem Krieg kommt, wird es irgendwann zu einem amerikanisch-sowjetischen Ausgleich kommen ... In der Deutschlandfrage arbeitet die Zeit nicht für diejenigen, die ein freiheitlich-demokratisches Gesamtdeutschland zum Ziel haben."

Noch deutlicher konnte wohl kaum die Forderung nach einem Krieg zur Wiederausdehnung des imperialistischen Machtbereichs über ganz Deutschland erhoben werden.

Der Nazigeneral Heusinger sprach von einem „möglicherweise blutigen Berlinkonflikt". Der westdeutsche Botschafter in Washington, Grewe, Staatssekretär von Scherpenberg in Paris und der Bonner Pressechef von Eckardt in Bonn propagierten während einer vom Bonner Auswärtigen Amt geleiteten Aktion die These, daß ein „Aufstand in der DDR" den NATO-Streitkräften Anlaß zum Eingreifen geben müsse, um auf diese Weise eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges herbeizuführen. Und das Sprachrohr des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, der Westberliner „Kurier", erklärte am 1. Februar 1959 unverblümt, im Frühjahr 1959 müsse von Westberlin aus die Tätigkeit der Agenten so verstärkt werden, daß ein „neuer 17. Juni" angezettelt werden könne.

Der Adenauer nahestehende „Rheinische Merkur" schließlich forderte in Nr. 13 1959, der Osterausgabe, man müsse es der Bevölkerung roh ins Gesicht sagen, „daß wir nicht um des guten Lebens, sondern um eines guten Sterbens willen auf der Welt sind".

Die sowjetischen Vorschläge für die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt und für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland wurden in ein bis Mai 1959 befristetes Ultimatum umgefälscht, das

angeblich die völlige Kapitulation der sogenannten freien Welt und die Annexion Westberlins – wenn möglich sogar Westdeutschlands – sowie die Verewigung der Spaltung Deutschlands bezwecke.

Unter der lautstark verkündeten Losung „Lieber tot als rot" versuchten die maßgeblichen Kräfte des westdeutschen Imperialismus und ihre führenden Politiker, so Adenauer, Strauß und Brentano, der Bevölkerung Westdeutschlands weiszumachen, daß ein Krieg in den nächsten Wochen oder Monaten unvermeidbar werden könnte. In dieser angespannten Situation wiesen die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion nachdrücklich auf die Gefährlichkeit des wiedererstandenen westdeutschen Militarismus hin, der die aggressiven amerikanischen Kräfte in ihrer abenteuerlichen Politik aktiv unterstützte. Die Weltöffentlichkeit wurde aufgerüttelt. Immer mehr Menschen begannen zu verstehen, daß im Herzen Europas Sprengstoff angehäuft wurde, der sehr leicht zu einer atomaren Explosion mit all ihren unwiderruflichen Folgen führen konnte.

Trotz aller Versuche der Westmächte und der Adenauer-Regierung, den wahren Inhalt der Deutschlandfrage zu verschleiern und die Bemühungen der DDR und der UdSSR für eine Friedensregelung in Mitteleuropa zu durchkreuzen, setzte sich der Gedanke immer mehr durch, daß Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und die Beseitigung der durch die Bildung des Frontstadtregimes entstandenen anomalen Lage Westberlins stattfinden müßten.

Anläßlich der Frühjahrsmesse im März 1959 besuchte N. S. Chruschtschow erneut die Deutsche Demokratische Republik. Durch sein Auftreten auf der deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig und durch die Reden, die er während seines Aufenthaltes hielt, trug er wesentlich zur Erläuterung des Standpunktes der Sowjetunion und der sozia-

listischen Staaten bei. Vor allem machte er den Ernst der Lage deutlich, der durch die aggressiven Bestrebungen der imperialistischen Kräfte entstanden war.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten führte dazu, daß in der gesamten Welt die Forderung nach Verhandlungen über das Deutschlandproblem und den Abschluß eines Friedensvertrags immer lauter wurden. Die führenden imperialistischen Kräfte sahen sich genötigt, die Weltlage neu einzuschätzen. Dabei mußten sie feststellen, daß die Bedingungen für die Auslösung eines atomaren Weltkrieges, durch den das sozialistische Lager vernichtet werden sollte, nicht gegeben waren. Die Westmächte konnten nicht umhin, der Einberufung einer Außenministerkonferenz in Genf zuzustimmen, an der neben den Außenministern der vier Großmächte auch offizielle Vertreter der beiden deutschen Staaten gleichberechtigt teilnehmen sollten.

Die konstruktiven Vorschläge der DDR und der Sowjetunion zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und für eine dauerhafte Friedensregelung sowie die Erfolge beim sozialistischen Aufbau übten auch auf die öffentliche Meinung in Westdeutschland großen Einfluß aus. In den verschiedensten Schichten der westdeutschen Bevölkerung entwickelte sich die Opposition gegen die antinationale Politik Adenauers. Besonders stark war sie unter der westdeutschen Jugend. So widerspiegelte der Kongreß westdeutscher Studenten gegen Atomrüstung, der Anfang 1959 in Westberlin stattfand – der größte westdeutsche Studentenkongreß seit 1945 –, besonders deutlich die Haltung der Jugend. Der Kongreß nahm einen Beschluß an, worin Verhandlungen der Bonner Regierung mit der Regierung der DDR gefordert wurden, die das Ziel haben sollten, die Umrisse eines Friedensvertrags zu entwickeln und die möglichen Formen einer vorläufigen Konföderation zu prüfen.

Innerhalb der SPD wurden sehr deutlich zwei Strömungen sichtbar. Die rechten Kräfte in der Parteiführung bekannten sich immer offener zur westdeutschen Aufrüstung. In der Mitgliedschaft dagegen wuchs die Forderung nach energischen Maßnahmen gegen die Gefahr eines atomaren Weltkrieges, den die Bonner Militaristen entfesseln konnten, und nach einer eigenen Konzeption der SPD zur Sicherung des Friedens und für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Situation innerhalb der SPD fand ihren Ausdruck in dem „Deutschlandplan der SPD", der am 19. März 1959 veröffentlicht wurde. Rechte Führer der SPD hofften, mit Hilfe dieses Plans die Mitglieder ihrer Partei zu beruhigen, die eigene Schritte der SPD forderten. Zugleich dachten sie, die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik beeinflussen zu können und dadurch die DDR von innen her aufzuweichen.

Für diese Politiker war die westdeutsche Bundesrepublik der Modellstaat für eine von ihnen angestrebte „Wiedervereinigung Deutschlands", bei der die sozialistischen Errungenschaften der DDR zunichte gemacht werden sollten.

Unter dem Druck der Forderungen der sozialdemokratischen Mitglieder mußten die Autoren des Deutschlandplans jedoch erklären, daß sie gegen die atomare Bewaffnung der deutschen Streitkräfte, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, für Verhandlungen über einen Friedensvertrag und für Verhandlungen von Vertretern beider deutschen Staaten über die allmähliche Vorbereitung der Wiedervereinigung seien. So war der „Deutschlandplan der SPD" – wie sich zeigen sollte letztmalig – eine Alternative zur antinationalen Politik des Bonner Regimes. Der „Deutschlandplan der SPD" enthielt gewisse Ansatzpunkte für eine Verständigung über bestimmte Fragen, wie Entspannung, Abrüstung und die Bildung einer Konföderation, die die Sozialistische Ein-

heitspartei Deutschlands in den Mittelpunkt der Aussprachen über den Weg zur Sicherung des Friedens und zu einer Wiedervereinigung gestellt hatte.

Das Zentralkomitee der SED begrüßte in einem Schreiben an den Parteivorstand der SPD und alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder die Veröffentlichung des Deutschlandplans, da er die Möglichkeit bot, zu einer von der SED und der Nationalen Front schon so oft geforderten Aussprache über die Lebensfragen der Nation zu kommen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hatte sich stets für die Aktionseinheit aller Arbeiterorganisationen im Kampf für den Frieden eingesetzt, vor allem für ein gemeinsames Handeln der SED und der westdeutschen Sozialdemokratie, die von großen Teilen der Arbeiterklasse Westdeutschlands als ihre Partei angesehen wurde.

Um diesen offenen Meinungsaustausch zu begünstigen, war das Zentralkomitee der SED zum Beispiel in einem Schreiben vom 2. Dezember 1958 an den Parteivorstand und die Mitglieder der SPD dafür eingetreten, auf allen Ebenen den gegenseitigen Besuch von Delegationen beider Parteien und der Gewerkschaften zu ermöglichen.

Als die Führung der SPD ihren Deutschlandplan veröffentlichte, machte das Zentralkomitee der SED den Vorschlag, daß offizielle Besprechungen zwischen Vertretern des Zentralkomitees der SED und des Parteivorstandes der SPD über die von beiden Parteien veröffentlichten Vorstellungen zur Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes stattfinden sollten.

Es zeigte sich jedoch, daß die rechten Führer der SPD ein Übereinkommen zwischen den friedliebenden Kräften Westdeutschlands und der DDR zu verhindern trachteten. Ihr Deutschlandplan war keineswegs als ein ehrliches Angebot zu Verhandlungen gedacht. Und als einige der in ihm enthaltenen Gedanken angesichts der konstruktiven Politik

der SED und der Haltung großer Teile der Mitgliedschaft der SPD eine mobilisierende Wirkung auf den Kampf um die Sicherung des Friedens in Westdeutschland auszuüben begannen, da revidierte die rechte Führung der SPD sehr schnell ihre eigenen Vorschläge. Sie warf ihren Deutschlandplan ganz über Bord, als sie feststellen mußte, daß er keineswegs zu einer Aufweichung der DDR führte, sondern umgekehrt dazu beitrug, das gesamtdeutsche Gespräch über die Vorschläge der SED, der Regierung der DDR und der Sowjetunion zu fördern.

Zur gleichen Zeit, da das Zentralkomitee der SED sich an den Parteivorstand der SPD wandte, unternahm auch die Regierung der DDR große Anstrengungen, um zu einem Gelingen der bevorstehenden Genfer Sechsmächtekonferenz beizutragen. Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, richtete an den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer einen Brief, in dem er vorschlug, „daß Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik – unter Zurückstellung aller formalen Bedenken – unverzüglich gemeinsam beraten, um eine Übereinstimmung in der Haltung der beiden deutschen Regierungen zur Frage des Friedensvertrages zu erreichen"[23].

Die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannte Regierungsdelegation erhielt den Auftrag, in Genf entschieden für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, für die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin und für weitere Entspannungsmaßnahmen in Europa einzutreten. Die Volkskammer der DDR unterbreitete dem westdeutschen Bundestag den Vorschlag, daß beide deutschen Parlamente noch vor Beginn der Genfer Konferenz über einen gemeinsamen deutschen Standpunkt verhandeln sollten.

[23] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VII, Berlin (1960), S. 68.

Die westdeutsche Regierung beharrte jedoch auf ihren antinationalen Positionen. Das Adenauer-Regime, das alles unternommen hatte, um den Zusammentritt der Genfer Konferenz zu verhindern, wurde durch die Friedenspolitik der DDR, deren internationales Ansehen weiter gewachsen war, überhaupt erst gezwungen, an der Konferenz teilzunehmen. Die Bonner Regierung hatte die Entsendung zweitrangiger Beamter als Beobachter und Berater der Westmächte geplant, um schon auf diese Weise ihre Mißachtung jeglicher Verhandlungen zur Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges auszudrücken und den Verlauf der Konferenz zu beeinträchtigen.

Die von hoher nationaler Verantwortung getragene Politik der DDR, die eine sehr repräsentative und in jeder Hinsicht bevollmächtigte Delegation unter der Leitung ihres Außenministers, Dr. Lothar Bolz, nach Genf entsandte, veranlaßte die westdeutsche Regierung, die Zusammensetzung ihrer Delegation zu verändern.

Der damalige westdeutsche Außenminister, von Brentano, wagte es jedoch aus Angst vor dem Zusammentreffen mit offiziellen Vertretern der nach der Bonner Doktrin nicht existierenden DDR nicht, im Konferenzsaal zu erscheinen, und verblieb in seiner Residenz, in einer Villa weitab vom Konferenzort. Gefiel sich somit der Bonner Außenminister in der Rolle eines Außenseiters, was nur die Lächerlichkeit und Unsinnigkeit der Bonner Politik offensichtlich machte, so änderte dies nichts an der Tatsache, daß das Adenauer-Regime eine Durchführung der Genfer Außenministerkonferenz unter Teilnahme beider deutschen Staaten nicht verhindern konnte.

In Genf unterbreiteten als einzige die Vertreter der Sowjetunion und der DDR konstruktive Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der Deutschlandfrage. Die Vertreter der Westmächte und Westdeutschlands hingegen äußerten zu allen Vorschlägen Vorbehalte und

verstrickten die verschiedensten Probleme, so die Abrüstung, die kollektive Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands, zu einem Knäuel, dessen Entwirrung sie von vornherein für unmöglich hielten.

Mit dieser Methode wollten sie – ähnlich, wie das schon in der Abrüstungsdebatte in der UNO von den Westmächten jahrelang praktiziert worden war – einen Erfolg der Verhandlungen verhindern.

Die DDR trat dieser Verschleppungstaktik dadurch entgegen, daß sie neue konstruktive Vorschläge machte, um die Lösung der Deutschlandfrage zu erleichtern. Walter Ulbricht schlug auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED im Mai 1959 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten vor. Einige Tage später wiederholte er diesen Vorschlag in einem Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer. Die Delegationen der beiden deutschen Staaten in Genf sollten beauftragt werden, den Abschluß eines solchen Vertrages vorzubereiten. Angesichts der Tatsache, daß die westdeutsche Regierung nach wie vor nicht bereit war, den Vorschlägen zur Beschränkung der Rüstung in beiden Teilen Deutschlands und zur Bildung einer Konföderation zuzustimmen, mußte dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes große Bedeutung zukommen.

Die der Bonner Regierung nahestehende Presse und andere Apologeten des Imperialismus lehnten diesen konstruktiven Vorschlag mit der demagogischen Begründung ab, er wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Einheit Deutschlands und mit der Verewigung der Spaltung. In Wirklichkeit wäre der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten ein wesentlicher Schritt zur allmählichen Überwindung der Spaltung gewesen, die gerade dadurch immer mehr vertieft wurde, daß von westdeutschem Boden aus Atomkanonen und Raketenabschußrampen auf die DDR gerichtet werden sollten, daß

die westdeutsche Bundeswehr Angriffsoperationen gegen die DDR übte und daß offizielle Vertreter der Bundesrepublik von der gewaltsamen Eroberung der DDR sprachen. Diesem gefährlichen antinationalen Treiben hätte durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes Einhalt geboten werden können. Aber gerade das befürchteten die herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus. Atomare Aufrüstung statt Verminderung der Rüstungen, revanchistische Hysterie statt Entspannung, fieberhafte Vorbereitung neuer militärischer Abenteuer statt Nichtangriffspakt – das war ihre antinationale Konzeption.

Die Genfer Sechsmächtekonferenz traf infolge der verständigungsfeindlichen Haltung der Westmächte und Westdeutschlands keine Entscheidung über den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, die Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin und andere wichtige Probleme zur Sicherung des Friedens. Nichtsdestoweniger hatte die Konferenz eine große Bedeutung für den weiteren Kampf um die Sicherung des Friedens und für die internationale Entspannung. Sie bildete den Auftakt zu neuen internationalen Verhandlungen, denen die Westmächte zustimmen mußten, so zu den Besprechungen des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR mit dem Präsidenten der USA während der Reise N. S. Chruschtschows nach Amerika im September 1959.

Die Initiative in der internationalen Politik, insbesondere in der Deutschlandfrage, gehörte unwiderruflich den sozialistischen Staaten. Die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, die Abrüstung und der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland – diese entscheidenden Probleme im Kampf um die Sicherung des Friedens – blieben von da an, trotz aller Störmaßnahmen der aggressiven Kreise des amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitals, als vordringliche Punkte auf der Tagesordnung. Die Regierung der DDR konnte in ihrer Einschätzung der

Genfer Konferenz folgende bedeutsame Feststellung treffen: „Die Genfer Beratungen haben den Beweis erbracht, daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind. Es wird auch in Zukunft keine Gespräche über deutsche Probleme ohne die direkte Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik geben. Die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik an der Genfer Sechsmächtekonferenz bedeutet ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte. Die Leistungen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus haben in hohem Maße zur Festigung des internationalen Ansehens unserer Republik beigetragen."[24]

8. Der Beginn der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Die Beschlüsse des V. Parteitages der SED hatten bei den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik zu der Erkenntnis beigetragen, daß es vor allem auf Erfolge in der sozialistischen Produktion ankommt, um das Bollwerk des Friedens und des Fortschritts in Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, zu stärken und einer friedlichen und glücklichen Zukunft den Weg zu bahnen. Zum sichtbarsten Ausdruck des ideologischen und politischen Wachstums der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen wurde die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Am 3. Januar 1959 rief die Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld zum sozialistischen Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf. Die Brigade erklärte: „Wir Mitglieder der Jugendbrigade ‚Nikolai Mamai' sind der

[24] Ebenda, S. 224/225.

Meinung, daß für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts besonders notwendig ist, daß sich alle Werktätigen, vor allem die Jugend, ständig weiter qualifizieren, ihr kulturelles Bildungsniveau erhöhen und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Mittelpunkt ihres Schaffens stellen. Deshalb haben wir uns das Ziel gestellt, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, um eine ‚Brigade der sozialistischen Arbeit' zu werden."[25]

Im gleichen Betrieb bildeten sich zu dieser Zeit auch die ersten Arbeits- und Forschungsgemeinschaften von Arbeitern, Meistern und Angehörigen der technischen Intelligenz, die es sich zur Aufgabe machten, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und den Titel „Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit" zu erringen.

Es war nicht zufällig, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ihren Anfang in einem großen Chemiebetrieb nahm. Die Entwicklung der Chemieindustrie war eine Schwerpunktaufgabe bei der ökonomischen Stärkung der DDR und bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. Im November 1958 hatte das Zentralkomitee der SED auf der Chemiekonferenz in Leuna, die unter der Losung „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit" stand, ein umfassendes Chemieprogramm vorgelegt. Walter Ulbricht hatte auf dieser Konferenz nachgewiesen, daß eine hochentwickelte Chemieindustrie eine wesentliche Voraussetzung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen der Volkswirtschaft und damit für die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung ist. Mit Hilfe des Chemieprogramms konnte und mußte die DDR ihren spezifischen Beitrag zur ökonomischen Stärkung des gesamten sozialistischen Weltsystems leisten.

[25] Junge Welt (Berlin), 7. Januar 1959.

Die Initiative der jungen Arbeiter des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld fand bei den Werktätigen der Republik lebhafte Zustimmung. Innerhalb weniger Tage nahmen Hunderte von Brigaden in den verschiedensten Zweigen der Industrie den Kampf um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" auf. Die Werktätigen der DDR bewiesen mit dieser neuen sozialistischen Wettbewerbsbewegung, daß die Volksmassen imstande sind, immer bewußter und zielstrebiger die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, wenn sie von Ausbeutung und Unterdrückung befreit sind, wenn sie die volle politische, wirtschaftliche und geistige Freiheit besitzen, wenn die gesellschaftlichen und persönlichen Interessen übereinstimmen und wenn der Frieden und das Glück des Volkes oberstes Gesetz der Staatspolitik sind.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit war die folgerichtige Weiterentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs angesichts der neuen Aufgaben. Die reichen Erfahrungen, die die Werktätigen bis dahin im sozialistischen Wettbewerb gewonnen hatten, kamen jetzt der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zugute, deren Entstehung ohne die Aktivisten- und Neuererbewegung und ohne die Erfolge, die diese in den Jahren des ersten und des zweiten Fünfjahrplans errungen hatte, undenkbar gewesen wäre.

Die Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit riefen eine bis dahin nicht gekannte Massenbewegung des Lernens ins Leben, die sich das Ziel setzte, die fachliche und kulturelle Bildung der Werktätigen zu erweitern. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen wurden in vielen Betrieben Betriebsakademien gebildet. Die Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit zogen zugleich gegen alte, überlebte kapitalistische und kleinbürgerliche Anschauungen und Gewohnheiten zu Felde, entwickelten neue, sozialistische gesellschaftliche Beziehungen der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe und Zu-

sammenarbeit und trugen damit wesentlich zur Formung des Menschen der sozialistischen Epoche bei.

Eine große Hilfe für die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit war das Studium und die Anwendung der reichen Erfahrungen, die die sowjetischen Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb gesammelt hatten. Im Mai 1959 fand in Bitterfeld eine Beratung zwischen den Vertretern sowjetischer „Brigaden der kommunistischen Arbeit" und den Vertretern sozialistischer Brigaden der DDR statt, die zu einem Höhepunkt der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zwischen den Werktätigen beider Länder wurde.

Großen Anteil an der Wettbewerbsbewegung hatte die Freie Deutsche Jugend. Zehntausende von Jugendlichen übernahmen konkrete Verpflichtungen, wie sie auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben wollten. Diese Verpflichtungen betrachteten sie als ihren persönlichen Beitrag im Kampf um den Sieg des Sozialismus.

Einen neuen Höhepunkt erreichte die Wettbewerbsbewegung zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Unter der Losung „Für des Volkes Frieden, Wohlstand, Glück decken wir den Tisch der Republik" beteiligten sich 2,6 Millionen Werktätige am sozialistischen Wettbewerb. 30 000 Brigaden bemühten sich zu dieser Zeit darum, die Bedingungen für den Erwerb des Titels „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu erfüllen. Gemeinsam mit 18 000 Kollektiven, die den Ehrentitel einer sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaft erwerben wollten, demonstrierten sie im Wettbewerb zu Ehren des 10. Jahrestages ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates die gewaltige Kraft der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

Der Plan der industriellen Bruttoproduktion für die ersten neun Monate des Jahres 1959 wurde übererfüllt, und es konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung

von 13,5 Prozent erreicht werden. Ein so hohes Entwicklungstempo der industriellen Bruttoproduktion war seit Jahren nicht mehr erzielt worden.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit brachte nicht nur großen ökonomischen Nutzen, sondern diente auch unmittelbar der weiteren Formung des sozialistischen Menschen. Ein besonders sichtbarer Ausdruck dieses Prozesses waren die Taten, die von den am weitesten fortgeschrittenen Werktätigen vollbracht wurden, um den zurückgebliebenen Brigaden zu helfen, das Niveau der besten Brigaden zu erreichen.

Irmgard Richter, Brigadeleiterin im VEB Textilkombinat Zittau, gab ein Beispiel dieser uneigennützigen kameradschaftlichen Hilfe. Geleitet von ihrem hohen sozialistischen Bewußtsein und unter dem tiefen Eindruck stehend, den eine ähnliche Tat der sowjetischen Textilarbeiterin Valentina Gaganowa auf sie gemacht hatte, ging sie Anfang August 1959 aus einer fortgeschrittenen in eine zurückgebliebene Brigade. Sie begründete ihren Schritt damit, daß es im Interesse der allgemeinen Stärkung der DDR und der Bändigung des westdeutschen Militarismus notwendig sei, alle Brigaden zu hervorragenden Brigaden zu machen. „Was nützt mir eine halbe Mark mehr", sagte Irmgard Richter, „wenn die Bonner Militaristen mit ihrer Atomrüstung zum Zuge kämen und es Krieg gäbe. Damit nicht die, sondern wir den Wettlauf gewinnen, übernehme ich die Brigade im Werk 1."[26]

Durch ihr vorbildliches Verhalten erwarb sich Irmgard Richter sehr bald das Vertrauen ihrer neuen Kolleginnen, von denen viele ihr anfangs noch abwartend gegenübergestanden hatten. Unter der Leitung Irmgard Richters verbesserte die Brigade schnell ihre Arbeit und wurde in kurzer Zeit zu einer der besten Brigaden des Betriebes, die

[26] Zit. nach: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 8.

den Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit" aufnahm.

Dem Beispiel Irmgard Richters folgten Hunderte und Tausende von Werktätigen. Die Brigade „Fritz Weneck" vom VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht", an deren Spitze der Brigadier Harald Röhr stand, schloß unter der Losung „Keiner siegt ohne den anderen" einen Wettbewerbsvertrag mit der Jugendbrigade Hansch ab. Das Neue an diesem Vertrag war, daß jeder der Wettbewerbspartner nur dann einen Siegesanspruch erheben konnte, wenn auch der andere Partner seinen Plan erfüllt hatte.

Die sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften trugen durch ihre Arbeit wesentlich dazu bei, die führende Rolle der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau zu verstärken und deren Ansehen bei den anderen Schichten der Werktätigen zu erhöhen.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bewertete die Taten Irmgard Richters, der Brigade „Fritz Weneck" und anderer sehr hoch und verpflichtete alle Parteiorganisationen, dafür zu sorgen, daß die Erfahrungen der Besten zum Allgemeingut würden.

Am 7. Oktober 1959 ehrte die Regierung der DDR die hervorragenden Leistungen der Werktätigen mit hohen staatlichen Auszeichnungen. Sie verlieh zum ersten Mal an 103 der besten Arbeitskollektive den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit".

Der Aufschwung in der Produktion ermöglichte es der Partei und der Regierung, die auf die ständige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung gerichtete Politik konsequent weiterzuführen. Durch Preissenkungen und Lohnerhöhungen für viele Werktätige, insbesondere für Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Einkommen, erhöhte sich die Kaufkraft der Bevölkerung erheblich. Der Warenumsatz des Einzelhandels konnte in den ersten Monaten des Jahres 1959 um

elf Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gesteigert werden. So wurden unter den komplizierten Bedingungen des Bestehens einer offenen Grenze zu Westberlin durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Werktätigen der Republik, durch die Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit und die neue Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs bedeutende Erfolge im Kampf um die vom V. Parteitag der SED formulierte ökonomische Hauptaufgabe erzielt.

Am Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedete die Volkskammer den Siebenjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1959 bis 1965. Der Siebenjahrplan gründete sich auf die Richtlinien zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur sozialistischen Umgestaltung, die der V. Parteitag der SED beschlossen hatte. Mit dem Siebenjahrplan wurde der zweite Fünfjahrplan auf höherer Stufe fortgesetzt. Die in diesem für die letzten beiden Jahre (1959/1960) festgelegten Aufgaben wurden nicht schlechthin in den Siebenjahrplan übernommen, sondern beträchtlich erhöht. Walter Ulbricht sagte hierzu bei der Begründung des Gesetzes über den Siebenjahrplan vor der Volkskammer am 30. September 1959: „Als uns die aggressiven Pläne des westdeutschen Militarismus und der NATO bekannt wurden, entschieden wir uns im Interesse der Sicherung des Friedens, vor der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, vor der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern die Frage zu stellen, die ökonomische Hauptaufgabe so auszuarbeiten, daß sie bis Ende 1961 erfüllt werden kann. Auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 20. bis 23. Mai 1958 in Moskau – *St. D.*) unterstützte das Zentralkomitee der KPdSU diesen Vorschlag, und Genosse

N. S. Chruschtschow erklärte, daß dieser Plan richtig sei, obwohl das für die Sowjetunion und für die volksdemokratischen Länder, die ihren Plan bereits ausgearbeitet hatten, zusätzliche Anstrengungen bedeutete. So wurde der Siebenjahrplan geboren."[27] Er erleichterte auch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die im Januar 1959 ebenfalls einen Siebenjahrplan bis 1965 beschlossen hatte.

Die Verabschiedung des Siebenjahrplans durch die Volkskammer war durch eine umfangreiche Volksaussprache vorbereitet worden, in der die Werktätigen zahlreiche Anregungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft gegeben und viele Vorschläge zur sozialistischen Umgestaltung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gemacht hatten. Der Siebenjahrplan stellte die Aufgabe, auf der Grundlage einer stärkeren internationalen Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern, vor allem zwischen der DDR und der Sowjetunion, in erster Linie diejenigen Zweige der Industrie und der Landwirtschaft zu entwickeln, für die es in der Deutschen Demokratischen Republik günstige natürliche Voraussetzungen und geeignete ökonomische Bedingungen gab.

In diesem Sinne sah der Siebenjahrplan vor, die Energiewirtschaft, die chemische Industrie, die Elektrotechnik und die für den technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität der gesamten Volkswirtschaft wichtigen Produktionszweige des Maschinenbaus vorrangig zu entwickeln. Zu den wichtigsten Großbauten des Siebenjahrplans gehörten die Großkraftwerke Lübbenau und Vetschau, die größten Braunkohlenwärmekraftwerke Europas, die nach ihrer Fertigstellung im Jahre 1965 zusammen mehr Energie erzeugen werden als alle Kraftwerke, die es im Jahre 1936 auf dem Gebiet der heutigen DDR gegeben hat. Ebenso große Bauvorhaben waren umfangreiche Erweiterungsbauten des Eisenhüttenkombinats an

[27] Ebenda, S. 18.

der Oder, ein Halbleiterwerk in Frankfurt an der Oder, ein Kunstfaserkombinat in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben und das Chemiewerk Leuna II. Außerordentliche Bedeutung für die Entwicklung der Industrie der DDR kam dem Bau der Erdölleitung „Freundschaft" von der Sowjetunion nach der DDR zu, an deren Endstelle in Schwedt an der Oder ein hochleistungsfähiges Erdölverarbeitungswerk gebaut wurde.

Gegenüber den Jahren 1952 bis 1958, in denen die Arbeitsproduktivität um 68 Prozent gestiegen war, sah der Siebenjahrplan eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 85 Prozent vor, das heißt für jedes Jahr 9 bis 9,5 Prozent.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität hing in erster Linie von den Fortschritten ab, die bei der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie gemacht wurden. Das Zentralkomitee der SED hatte sich wiederholt, insbesondere auf seiner 5. Tagung im Mai 1959, mit der sozialistischen Rekonstruktion befaßt. Die alte, aus der Zeit des Kapitalismus herrührende Zersplitterung der Produktion, mangelnde Typisierung und Standardisierung, überlebte Formen der Arbeitsorganisation und vielerorts veraltete Technik hemmten den Aufschwung der Arbeitsproduktivität und damit die Entwicklung der Volkswirtschaft. Nur durch eine wesentliche Einschränkung der Typen war es möglich, in zunehmendem Maße zur Serienfertigung in der Produktion überzugehen. Die sozialistische Rekonstruktion war somit die Voraussetzung dafür, daß Erzeugnisse hergestellt werden konnten, die dem Weltniveau entsprachen, und daß die Exportfähigkeit der sozialistischen Industrie gesichert wurde.

Die Feiern zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gestalteten sich zu einer Manifestation der untrennbaren Verbundenheit der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Geistesschaffenden und der

Angehörigen anderer Schichten mit ihrem Staat und dessen führender Kraft, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Millionen Bürger der DDR vollbrachten gute Taten zur Stärkung des deutschen Friedensstaates. In diesen Tagen und Wochen wurde erneut offenbar, welch große Bedeutung die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die kameradschaftliche Zusammenarbeit aller im Demokratischen Block zusammengeschlossenen befreundeten Parteien und Massenorganisationen im Kampf um die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus hatten.

Die Teilnahme hervorragender Staatsmänner aus den sozialistischen Ländern an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik unterstrich erneut die brüderliche Verbundenheit des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates mit der sozialistischen Völkergemeinschaft und ihrer führenden Kraft, der Sowjetunion. Die sozialistischen Staaten wie auch die Vertreter zahlreicher Delegationen aus kapitalistischen Ländern und aus den jungen Nationalstaaten würdigten während ihres Aufenthaltes in der DDR die Erfolge des ersten sozialistischen deutschen Staates beim friedlichen Aufbau und sein konsequentes Eintreten für die Sicherung des Friedens in Europa. Die Feierlichkeiten ließen erkennen, wie sehr die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik gewachsen war. In welch bedeutendem Maße sich das Kräfteverhältnis in Deutschland verändert hatte und das internationale Ansehen der DDR gestiegen war, zeigte sich auch darin, daß am 23. November 1959 etwa fünf Millionen amerikanische Fernsehteilnehmer zum ersten Mal aus dem Munde eines Repräsentanten der DDR, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, die Wahrheit über Deutschland und über die Politik der beiden deutschen Staaten hörten.

Durch ihr konsequentes Eintreten für den Frieden und

die Gleichberechtigung der Völker konnte die DDR trotz des erbitterten Widerstandes des Bonner Staates vielseitige Beziehungen zu zahlreichen Staaten der Welt herstellen und erlangte die Mitgliedschaft in vielen internationalen Organisationen. Als entschiedener Gegner der imperialistischen Kolonialherrschaft stellte die DDR ein grundlegend neues Verhältnis zu den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas her. Sie knüpfte freundschaftliche, auf der Basis der Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zu den neu entstandenen antiimperialistischen Nationalstaaten an und unterstützte sie auf vielfältige Weise bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur ihrer Länder. Die DDR unternahm auch große Anstrengungen, um zu allen Nachbarvölkern Deutschlands, die von dem wiedererstandenen westdeutschen Militarismus bedroht wurden, enge Beziehungen herzustellen. Sie ergriff beispielsweise die Initiative für die besonders enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ostseeländern. Auf diese Weise konnte die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik in der ganzen Welt bedeutend wachsen.

Durch ihre zielstrebige friedliche Außenpolitik, durch die Verurteilung der aggressiven imperialistischen Handlungen und die Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes der Völker wurde der Wesensunterschied zwischen dem deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat und dem militaristisch-klerikalen Staat der westdeutschen Monopolkapitalisten für alle Welt immer sichtbarer. Die Deutsche Demokratische Republik entwickelte sich zu einer entscheidenden Kraft im Kampf für die Sicherung des Friedens in Europa.

9. Der sozialistische Frühling auf dem Dorfe 1960. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse

In den Jahren des sozialistischen Aufbaus hatte der Sozialismus auf dem Lande bereits festen Fuß gefaßt. Bis zum 31. Dezember 1959 hatte sich fast die Hälfte aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. Die Entwicklung war in den einzelnen Bezirken der Republik sehr unterschiedlich. Während in den Bezirken Halle, Rostock, Leipzig, Magdeburg und Schwerin die LPG über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, waren es in den Bezirken Dresden, Cottbus und Karl-Marx-Stadt nur kaum ein Viertel und im Bezirk Suhl lediglich 16 Prozent. Doch insgesamt hatte die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande bereits einen solchen Stand erreicht, daß der Zeitpunkt für den Übergang aller Bauern zur sozialistischen Produktionsweise herangereift war. Immer deutlicher zeigte sich die wachsende Überlegenheit der genossenschaftlichen Großproduktion über die bäuerliche Einzelwirtschaft. Der Zuwachs der Bruttoproduktion der LPG lag wesentlich höher als der der Einzelbetriebe. Immer mehr Bauern erkannten, daß die Anwendung der modernen Technik und Agrarwissenschaft, die Einschränkung der zeit- und kraftraubenden Arbeit nach althergebrachten Methoden, die Steigerung der Erträge und der Marktproduktion nur möglich sind durch den Übergang zur genossenschaftlichen sozialistischen Arbeit.

Viele Bauern begannen zu begreifen, daß die in der einzelbäuerlichen Wirtschaft vorhandenen Reserven zur Steigerung der Produktion im wesentlichen ausgeschöpft waren und daß nur in der sozialistischen Großraumwirtschaft die Voraussetzungen geschaffen werden konnten für einen wach-

senden Wohlstand der gesamten Bevölkerung – sowohl der städtischen als auch der ländlichen.

In vielen Dörfern gehörte die Mehrzahl der Bauern der LPG an. Trotzdem verursachten die zwischen den genossenschaftlichen Schlägen liegenden sogenannten Handtuchflächen der Einzelbauern viele zusätzliche Kosten. Sie führten zu langen Transportwegen, verhinderten den rationellen Einsatz der modernen landwirtschaftlichen Großraumtechnik und hemmten überhaupt die volle Anwendung von Wissenschaft und Technik. Darum setzte sich bei den Bauern immer mehr die Meinung durch, „wenn wir in die LPG gehen, dann gehen wir alle". Die Zahl der vollgenossenschaftlichen Dörfer stieg bis Ende des Jahres 1959 bereits auf 389 an. Doch viele Bauern hatten noch große Bedenken. Es war für sie nicht leicht, sich von der althergebrachten Produktionsweise zu lösen, ihren Boden, ihr Vieh und ihre Produktionsgeräte der genossenschaftlichen Wirtschaft zur gemeinsamen Nutzung zu übergeben und den bedeutungsvollen Schritt vom Privateigentümer an den Produktionsmitteln zum Genossenschaftsbauern zu tun.

Der Klassengegner suchte die Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zu verunglimpfen. Mit Hilfe von RIAS-Parolen unternahmen reaktionäre Elemente große Anstrengungen, Unruhen zu stiften, die Bauern unter Druck zu setzen und Zweifel am Sieg des Sozialismus zu säen.

Noch vorhandene Unzulänglichkeiten in den bestehenden LPG wurden aufgebauscht, um die Bauern vom Eintritt in die Genossenschaft abzuhalten. Die imperialistischen Kräfte stützten sich dabei vor allem auf einige ehemalige faschistische Bauernführer, die in dieser Zeit ihr wahres Gesicht zeigten und gegen die sozialistische Umgestaltung auftraten.

Die Partei der Arbeiterklasse und die anderen Parteien des Demokratischen Blocks unterstützten die Bauern energisch

bei der Auseinandersetzung mit diesen reaktionären Elementen. Tausende von Industriearbeitern und Parteifunktionären wurden in die Dörfer entsandt. Sie erläuterten den Bauern die persönlichen und gesellschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses in den LPG. In den Aussprachen, die das ganze Dorf erfaßten, ging es meistens nicht nur um Probleme der Landwirtschaft schlechthin und um die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise, sondern auch um die Perspektiven der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und in ganz Deutschland.

Je besser die Bauern, dank der beharrlichen Überzeugungsarbeit der Partei der Arbeiterklasse und der Nationalen Front, begriffen, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, daß die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer sozialistischen Grundlagen die wichtigste Voraussetzung ist, um die revanchistischen Kräfte in Westdeutschland an der Auslösung militärischer Abenteuer zu hindern und den Frieden zu retten, um so schneller erkannten sie auch die Notwendigkeit, eben in diesen Monaten des Jahres 1960 in die LPG einzutreten.

Auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1959 wurde festgestellt, daß das Wachstum der sozialistischen Produktionsverhältnisse eng mit dem Ansteigen der Marktproduktion in der gesamten Landwirtschaft verbunden sein müsse. Die Erfahrungen lehrten, daß die Marktproduktion vor allem dort schnell wuchs, wo auch die sozialistische Umgestaltung die größten Fortschritte machte. So erhöhte sich 1958 zum Beispiel im Kreis Jüterbog, wo die von den LPG bewirtschaftete Fläche um 18,2 Prozent zugenommen hatte, die Milchproduktion um 19,7 Prozent, während im Kreis Strausberg, wo die von den LPG bewirtschaftete Fläche nur um 3 Prozent gewachsen war, die Milchproduktion des Kreises lediglich um 8,3 Prozent gesteigert werden konnte. Allmählich reiften die Bedingungen heran, die dazu führten, daß sich Anfang 1960 in der so-

zialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft eine entscheidende Etappe abzuzeichnen begann.

Zu dieser Zeit hatten sich im Kreis Eilenburg alle Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. Der Kreis Eilenburg war damit der erste vollgenossenschaftliche Kreis der Republik. Das war möglich, weil die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die anderen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien in Eilenburg eine beharrliche Aufklärungsarbeit in den Dörfern geleistet und die Produktionsgenossenschaften in ihrer Entwicklung unterstützt hatten. Die Bauern taten daher aus eigener Überzeugung den bedeutsamsten Schritt ihres Lebens.

In vielen Dörfern begnügten sich die Bauern nicht mit ihrem Zusammenschluß in den LPG, sondern sie berieten auch sofort, wie sie die landwirtschaftlichen Erträge auf neuer Grundlage erheblich steigern könnten. Die Initiative hierzu ergriff die LPG in Jesewitz, die sich das Ziel stellte, in der Viehwirtschaft höhere Ergebnisse zu erzielen, als das in den fortgeschrittenen Betrieben der westdeutschen Landwirtschaft geschah, wo die Erträge seit Jahrzehnten weit über denen im Osten Deutschlands lagen. Ähnliche Verpflichtungen übernahm die LPG Golßen im Kreis Luckau. Die Initiative dieser beiden Genossenschaften fand rasch Anklang in anderen sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben.

In der ganzen Republik führten die Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Parteien der Nationalen Front zahlreiche Aussprachen mit der bäuerlichen Bevölkerung über ihre weitere Perspektive. Besonders die Genossenschaftsbauern und die Mitarbeiter der MTS wiesen am anschaulichsten die Überlegenheit des sozialistischen Großbetriebes nach.

Im Februar/März 1960 entfaltete sich in der ganzen Republik eine gewaltige Bewegung, die schließlich zum Ein-

tritt aller Bauern in die LPG führte. Die Zahl der vollgenossenschaftlichen Dörfer wuchs, und es bildeten sich auch immer mehr vollgenossenschaftliche Kreise.

Am 4. März 1960 hatten sich im Bezirk Rostock alle Bauern zur sozialistischen Produktionsweise bekannt. Weniger als zwei Wochen später folgte der Bezirk Neubrandenburg. Vom Norden nach Süden breitete sich die Bewegung aus. Hierbei erklärten viele Bauern: „Der Apfel ist reif, wir gehen alle in die LPG." Am 15. April 1960 konnte auch der Bezirk Karl-Marx-Stadt melden, daß sich in ihm als letztem Bezirk der Deutschen Demokratischen Republik die Bauern für die sozialistische Produktionsweise in der Landwirtschaft entschieden hatten.

So waren in den ersten drei Monaten des Jahres 1960 insgesamt über 500 000 Bauern und Bäuerinnen sowie Landarbeiter den bereits bestehenden oder neugegründeten LPG beigetreten. Damit wurde der jahrhundertelange Befreiungskampf der deutschen Bauern nunmehr auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik siegreich beendet. Der Zusammenschluß aller Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war nach der Herausbildung des sozialistischen Sektors in der Industrie das wichtigste Ereignis im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit ihm wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf der festen Grundlage der gemeinsamen sozialistischen Arbeit, der gemeinsamen Interessen an der weiteren Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Entwicklung der moralisch-politischen Einheit des Volkes weiter vertiefen konnte.

Fast alle der 1960 neugegründeten etwa 9500 LPG gehörten zum Typ I. In ihnen wurden also zunächst im wesentlichen nur die Feldarbeiten gemeinsam durchgeführt. Die

SED und die befreundeten Parteien wandten sich dagegen, wenn einige Funktionäre und LPG-Aktivisten für den übereilten Übergang zur LPG Typ III eintraten. Zum Beispiel mußten für die genossenschaftliche Viehhaltung erst die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden. Vor allem aber mußten sich die Bauern an Hand ihrer eigenen Erfahrungen in der gemeinsamen Feldarbeit von den Vorzügen der sozialistischen Produktionsweise überzeugen, bevor sie zu den höheren Formen der genossenschaftlichen Arbeit übergingen.

Unter den 265 000 einzelbäuerlichen Betrieben, die sich im Frühjahr 1960 zu LPG zusammengeschlossen hatten, waren etwa 14 000 großbäuerliche Betriebe mit über 20 Hektar. Insgesamt waren damit über 23 000 Großbauern den LPG als gleichberechtigte Mitglieder beigetreten. Manche von ihnen, die gute Fachkenntnisse hatten und aktiv an der Festigung der sozialistischen Betriebe teilnahmen, wurden mit verantwortlichen Leitungsfunktionen betraut, einige wurden LPG-Vorsitzende. Dies war ein neuer Beweis für die schöpferische Agrarpolitik der SED, für die bereits erreichte Stärke der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Es war nicht zufällig, daß der sozialistische Frühling auf dem Lande gerade in den ersten Monaten des Jahres 1960 seinen großen Sieg feiern konnte. Dieser Zeitpunkt des Zusammenschlusses aller Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde durch eine Reihe von Umständen bestimmt:

1. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der gesamten Bauernschaft war die wichtigste Aufgabe im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik in dieser Periode erforderte daher, daß sich die Partei der Arbeiterklasse und alle Parteien des Demokratischen Blocks im besonderen Maße auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft konzentrierten.

2. In den Jahren 1952 bis 1959 waren kontinuierlich die notwendigen politischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse geschaffen worden. Die bestehenden LPG hatten sich so weit gefestigt, daß die Bauern immer mehr die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise erkannten.

3. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der gesamten Bauernschaft war das Ergebnis der richtigen Bündnispolitik der Arbeiterklasse, des gemeinsamen politischen Kampfes aller Klassen und Schichten der Bevölkerung der DDR für die Sicherung des Friedens und die Abwehr der abenteuerlichen Aggressionspläne des westdeutschen Imperialismus. Viele Bauern erkannten, welch große Bedeutung ihr Schritt, ihr eindeutiges Bekenntnis zum Sozialismus und zur Arbeiter-und-Bauern-Macht in einer Zeit haben mußte, da die friedliebenden Kräfte in der DDR und in der ganzen Welt die dank den Friedensbemühungen der Sowjetunion einberufene Pariser Gipfelkonferenz aktiv vorbereiteten, während die aggressiven Kräfte im Lager des Imperialismus, vor allem in Westdeutschland, alle Anstrengungen unternahmen, um eine internationale Entspannung zu verhindern und der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz entgegenzuwirken.

Mit dem Eintritt aller Bauern in die LPG war der Prozeß der Formierung der Genossenschaftsbauern als Klasse noch nicht abgeschlossen. Die neue Klasse konnte sich nur auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Prozeß der gemeinsamen Arbeit und des Übergangs zu wirklich sozialistischen Wirtschaftsmethoden sowie in der Durchsetzung neuer, sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen entwickeln und festigen. Vielen Bauern fiel es anfangs schwer, sich von alten Gewohnheiten zu trennen. Einige ehemalige Großbauern versuchten zu spekulieren oder sich auf Kosten der übrigen LPG-Bauern persönlich zu bereichern. Es war klar, daß noch eine bestimmte Zeit-

spanne vergehen mußte, bis sich nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse jede LPG politisch und ökonomisch gefestigt hatte und das Prinzip der guten genossenschaftlichen Arbeit durchgesetzt war.

Eine große Bedeutung kam in diesem Prozeß den Bäuerinnen zu. Zum ersten Male in der Geschichte konnten sie von ihrer im Sozialismus gewonnenen Gleichberechtigung vollen Gebrauch machen. Mancher Bauer wurde erst durch seine Frau, die die Hauptlast der einzelbäuerlichen Wirtschaft zu tragen hatte, zum Eintritt in die Genossenschaft bewogen. In vielen LPG standen die Bäuerinnen an der Spitze im Kampf um die Festigung der Genossenschaften.

Auch die Landjugend erhielt durch die sozialistische Großlandwirtschaft eine neue Perspektive. In den einzelbäuerlichen Betrieben hatten Hoch- und Fachschulkenntnisse kaum angewandt werden können. Viele Söhne und Töchter der Bauern waren deshalb in die Städte abgewandert und hatten keine landwirtschaftlichen Berufe ergriffen. Jetzt brauchte aber jede LPG Techniker, Agronomen, Wissenschaftler und Spezialisten. Die zehnklassige Oberschule, die das Bildungsniveau der ländlichen an das der städtischen Schulen anglich, wurde zu einer der Voraussetzungen für gute genossenschaftliche Arbeit. Die Freie Deutsche Jugend unterstützte die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft, indem sie vor allem die Patenschaft über die Erhöhung der Marktproduktion an tierischen Erzeugnissen übernahm. Mit dieser Patenschaft trug die FDJ wesentlich dazu bei, daß die Aufzucht von Schweinen und Rindern in den LPG verbessert und mehr Milch und Fleisch erzeugt wurden.

Die Gegner der sozialistischen Umgestaltung hatten von Westdeutschland aus, vor allem über Rundfunk und Fernsehen, versucht, die Bauern dadurch vom Eintritt in die LPG abzuhalten und zugleich die städtische Bevölkerung gegen die sozialistische Umgestaltung aufzuwiegeln, daß

sie die Behauptung aufstellten, mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion würden die Erträge der Landwirtschaft unweigerlich absinken.

Zweifellos gab es Beispiele, sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch früher schon in anderen sozialistischen Ländern, daß der Übergang zur sozialistischen Produktionsweise mit einem zeitweiligen Absinken der Produktionsergebnisse verbunden war. Das war entweder die Folge davon, daß manche Bauern vor dem Eintritt in die Genossenschaft ihre Viehbestände abschlachteten und damit ihren eigenen Interessen zuwider handelten oder daß die Bauern nicht sogleich imstande waren, die neuen Probleme der Leitung eines großen landwirtschaftlichen Betriebes zu meistern, die höhere Kenntnisse und neue Erfahrungen erforderten. Die große Leistung, die von den Bauern der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dank der großzügigen Unterstützung des Staates und der Arbeiterklasse vollbracht wurde, besteht gerade darin, daß der vollständige Übergang zur sozialistischen Produktionsweise nicht nur die Voraussetzungen für einen späteren kontinuierlichen Aufschwung der Landwirtschaft schuf. Bereits im Jahre des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, also 1960, wurde trotz der Umstellung auf die genossenschaftliche Arbeit ein nicht unwesentlicher Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt. So wuchs vor allem das staatliche Aufkommen an den Erzeugnissen der Viehwirtschaft. 1960 stieg die Marktproduktion bei Schlachtschweinen um 9,2 Prozent, bei sonstigem Schlachtvieh um 13 Prozent, bei Milch um 5,3 Prozent und bei Eiern sogar um 22,7 Prozent an. Bei Ölfrüchten wurde eine Steigerung um etwa 3 Prozent, bei Zuckerrüben sogar um 50 Prozent erzielt. Auch die Ernteerträge an Getreide, Kartoffeln und Futterhackfrüchten nahmen gegenüber dem Vorjahr erheblich zu.

Der Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktionsweise schuf vor allem für die weitere Perspektive die Voraussetzungen für eine systematische Erhöhung der Produktion bei ständiger Steigerung der Arbeitsproduktivität. Jetzt kam es darauf an, die gute genossenschaftliche Arbeit durchzusetzen, das hieß vor allem, die gemeinsame Arbeit in den Brigaden und in der gesamten LPG zu verbessern. Nur so war zu erreichen, daß alle Bauern ein neues, sozialistisches Verhältnis zum gemeinsamen Eigentum gewannen.

Auch der erfahrenste Bauer, der bis dahin in seinem Einzelbetrieb gut gewirtschaftet hatte, mußte jetzt als Mitglied des genossenschaftlichen Großbetriebes mit vertrauten Gewohnheiten im Denken und Arbeiten brechen und manches Neue hinzulernen. Er mußte vor allem lernen, daß dem genossenschaftlichen Eigentum der Vorrang vor dem individuellen gebührt, daß sein eigener Wohlstand in erster Linie von der guten genossenschaftlichen Arbeit abhing. Die Genossenschaftsbauern mußten sich neue Fähigkeiten aneignen und die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung einer neuen Fruchtfolge, dem rationellsten Einsatz der Maschinen und Geräte und der Organisation der kollektiven Arbeit ergeben würden, meistern.

Auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaft, wo noch privatkapitalistische Betriebe bestanden, setzten sich in dieser Zeit die sozialistischen Produktionsverhältnisse immer mehr durch. So hatte sich die Zahl der halbstaatlichen Industriebetriebe von 1958 bis 1960 verdreifacht. Betrug der Anteil dieser Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion 1958 erst 3,2 Prozent, während die privatkapitalistischen Betriebe noch 8 Prozent der Gesamtproduktion erzeugten, so hatte sich 1960 der Anteil der halbstaatlichen Betriebe bereits auf 7,5 Prozent erhöht gegenüber einem Anteil der privatkapitalistischen Betriebe von 3,8 Prozent. Die Be-

triebe mit staatlicher Beteiligung bestimmten jetzt neben den sozialistischen Betrieben das Gesicht der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik.

Von Anfang 1958 bis Ende 1960 hatten sich die Zahl der Produktionsgenossenschaften des Handwerks mehr als verzehnfacht und der Mitgliedsstand von etwa 8000 auf fast 144 000 erhöht. Der Anteil der Produktionsgenossenschaften an den Leistungen des Handwerks war von nur 1,7 Prozent auf 31 Prozent angestiegen. Der Anteil des Kommissionshandels am Einzelhandelsumsatz hatte sich von 1958 bis 1960 ebenfalls verdreifacht. Er betrug 1960 6,5 Prozent, während 16,3 Prozent auf den privaten Einzelhandel einschließlich des privaten Einzelhandels des Handwerks, 32,9 Prozent auf die Konsumgenossenschaften und 44,3 Prozent auf die HO und andere sozialistische Handelsbetriebe entfielen.

Durch die schrittweise Einbeziehung der privatkapitalistischen Unternehmer, Gewerbetreibenden, Handwerker und Einzelhändler in den sozialistischen Aufbau halfen die SED und die befreundeten Parteien der Nationalen Front den Angehörigen dieser Schichten, ihre Perspektive beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu erkennen.

Mit dieser Umwandlung zahlreicher bisher kapitalistischer Betriebe in halbstaatliche Betriebe durch die Übernahme staatlicher Beteiligung wurde in der Deutschen Demokratischen Republik ein Weg beschritten, der in den anderen sozialistischen Ländern wie auch in den kapitalistischen Staaten aufmerksam verfolgt wurde. Sehr bald wuchs auch außerhalb der Grenzen der DDR die Erkenntnis, daß dieser Weg durchaus im Interesse der bisherigen privatkapitalistischen Unternehmer lag.

Die Erfahrungen, die bei der schrittweisen Einbeziehung dieser Schichten in den sozialistischen Aufbau in der DDR gesammelt wurden, hatten große nationale und internatio-

nale Bedeutung, nicht zuletzt auch für die weitere Perspektive der Entwicklung in ganz Deutschland, wie dies von Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1960 hervorgehoben wurde:

„Die Arbeiterklasse ist stark genug, um Angehörigen der Kapitalistenklasse, die einsichtig, guten Willens und verständigungsbereit sind, eine in jeder Beziehung gesicherte Lebensgrundlage und schöpferische Arbeit zu gewährleisten... Diese Möglichkeit der aktiven Beteiligung kapitalistischer Unternehmer am sozialistischen Aufbau öffnet zugleich einen neuen Weg zur praktischen Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, deren Überreste auch in der DDR noch vorhanden sind, auf friedlichem Wege, ohne Zwang. Dieser Weg ermöglicht es den Unternehmern zugleich, ihre fachlichen Fähigkeiten uneingeschränkt in den Dienst der weiteren raschen Entwicklung der halbstaatlichen Betriebe zu stellen und so mitsamt ihren Angehörigen in die neue, in die sozialistische Gesellschaftsordnung hineinzuwachsen. Und man kann feststellen, daß sie dabei in jeder Beziehung recht gut fahren. Die Erfahrungen der DDR lehren also, daß es bei entsprechenden Voraussetzungen und entsprechender gründlicher Vorarbeit durchaus möglich ist, in einem sozialistischen Staat kapitalistische Unternehmer in erheblichem Umfang für den schrittweisen allmählichen Übergang zum Sozialismus zu gewinnen und ihre Arbeit dem sozialistischen Aufbau fruchtbar zu machen."[28]

[28] Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED. 15.—17. Dezember 1960, Dietz Verlag, Berlin (1961), S. 138, 159.

10. Das Pariser Gipfeltreffen und seine Torpedierung durch die Ultras

Die unermüdlichen Anstrengungen der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und aller sozialistischen Staaten, den Frieden zu sichern, hatten zu einer zunehmenden internationalen Entspannung geführt. Von besonderer Bedeutung waren die Reise des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, in die USA, die Aussprachen, die er dort mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower und anderen amerikanischen Politikern führte, und seine Rede vor der UNO-Vollversammlung, der er den Vorschlag für eine allgemeine und totale Abrüstung unterbreitete. Infolge der Veränderungen in der internationalen Situation und auf Grund des starken Widerhalls, den der Besuch N. S. Chruschtschows in den USA gefunden hatte, sahen sich die führenden Politiker der USA gezwungen, einem Gipfeltreffen zuzustimmen, bei dem die Abrüstung, die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland und andere Maßnahmen zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz beraten werden sollten.

Der Außenpolitische Ausschuß des USA-Senats sah sich Ende 1959 zu der bedeutsamen Feststellung veranlaßt: „Unser Problem in den Verhandlungen wie auch in anderen Aspekten bei der Durchführung unserer Außenpolitik besteht darin, daß wir nicht auf unhaltbaren Positionen und bei einer bankrotten Politik verharren dürfen, wenn sich die Lage ändert."[29]

Die maßgebenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus wollten jedoch nicht anerkennen, daß sich das Kräfteverhältnis und die Lage in der Welt und in Deutschland grundlegend zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert hatten. Verblendet

[29] Zit. nach: Prawda (Moskau), 3. Dezember 1959.

von chauvinistischer Arroganz und maßloser Überschätzung der eigenen Kräfte, beharrten die Bonner Machthaber auf ihren gefährlichen Fehleinschätzungen. Es war das erklärte Ziel der westdeutschen Politik, jegliche internationale Entspannung zu verhindern und jene aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus zu unterstützen, die eine Fortsetzung des Wettrüstens und des kalten Krieges um jeden Preis forderten.

Infolge dieser Haltung gerieten die Bonner Machthaber in einen wachsenden Gegensatz zu denjenigen Politikern in den anderen kapitalistischen Staaten, vor allem in Großbritannien, die sich immer mehr zu der Erkenntnis durchrangen, daß Wege zur Beseitigung der Gefahr eines die gesamte menschliche Zivilisation bedrohenden atomaren Krieges gesucht und gefunden werden müßten. Die DDR entlarvte ständig die aggressiven Pläne des westdeutschen Militarismus, prangerte die Refaschisierung in Westdeutschland an und enthüllte das reaktionäre Wesen des wiedererstandenen deutschen Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit. Dadurch trug sie wesentlich zu einer wachsenden Isolierung der deutschen Militaristen bei. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR nahmen jede Möglichkeit wahr, auch auf deutschem Boden den Prozeß der Entspannung zu fördern und neue Schritte zur Sicherung des Friedens einzuleiten.

So wandte sich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, am 23. Januar 1960 in einem Brief an den Vorsitzenden der westdeutschen CDU/CSU, Konrad Adenauer. Wie Walter Ulbricht in seinem Brief schrieb, tat er das, um nichts, aber auch gar nichts unversucht zu lassen, die herrschenden Kreise Westdeutschlands von dem für die nationalen Interessen des deutschen Volkes und für den Frieden Europas so gefährlichen Weg abzubringen und die Menschen in Westdeutschland vor den unausbleiblichen Folgen dieser Politik zu warnen.

Walter Ulbricht deckte in diesem Brief die Abenteuerlichkeit und Aussichtslosigkeit der Aggressionspläne Bonns auf und zeigte, daß aus dem geplanten Blitzkrieg gegen die DDR unweigerlich ein Blitzselbstmord werden würde. Den antinationalen Plänen stellte Walter Ulbricht die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber. Er machte deutlich, daß im Interesse des deutschen Volkes eine Übereinkunft zwischen beiden deutschen Staaten notwendig und möglich war. Walter Ulbricht appellierte an Adenauer: „Werfen Sie Ihre Pläne für einen Eroberungszug nach Osten in den Papierkorb ...

Spielen Sie nicht mit dem Atomkrieg, machen Sie die atomare Bewaffnung der westdeutschen NATO-Armee rückgängig.

Lassen Sie der Bevölkerung Westdeutschlands das Recht der Entscheidung über die Atomrüstung und über den Friedensvertrag ...

Denken Sie bitte einmal an Deutschland ... Die friedliche Lösung der deutschen Frage, das ist die größte nationale Aufgabe, die vor dem deutschen Volke steht."[30]

Im Frühjahr 1960 kamen die Vertreter der vier Großmächte überein, im Mai eine Gipfelkonferenz in Paris abzuhalten, auf der die Basis für eine friedliche Koexistenz geschaffen werden sollte. Das war das Ergebnis der konsequenten Bemühungen der Sowjetunion zur Entspannung der internationalen Lage und des weltweiten Kampfes der Volksmassen zur Sicherung des Friedens. Die Einberufung der Pariser Gipfelkonferenz löste einen wütenden Angriff der aggressiven imperialistischen Kreise der USA und der militaristischen Kräfte in Bonn aus. Sie setzten alles daran, um die Konferenz, koste es, was es wolle, zum Scheitern zu bringen, da sie ihre aggressiven Pläne behindern mußte.

Für die Bonner Machthaber war die Hauptsache, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr durchzusetzen und zu-

[30] Neues Deutschland, 27. Januar 1960.

gleich die Positionen Westdeutschlands im Rahmen der EWG und der NATO zu stärken. Adenauer verlangte daher bei Beratungen der Westmächte, daß diese auf der Gipfelkonferenz folgende Positionen vertreten sollten: Für ganz Deutschland müsse die Möglichkeit erhalten bleiben, in die NATO und in die EWG eingegliedert zu werden; die militaristisch-klerikale Staatsordnung Westdeutschlands und ihre Gesetze müßten auf die Deutsche Demokratische Republik übertragen werden; unter Beachtung dieser Forderungen sollte eine Kommission der vier Großmächte die deutsche Wiedervereinigung vollziehen und somit ganz Deutschland wieder dem Machtbereich des deutschen Imperialismus einverleiben; wenn eine solche „Lösung" im Sinne des deutschen Imperialismus und Militarismus nicht möglich wäre – und die Bonner Machthaber konnten nicht übersehen, wie aussichtslos es sein mußte, die Sowjetunion zu einer solchen „Lösung" zu zwingen –, dann sollte die Gipfelkonferenz gesprengt werden.

Gerade zu diesem entscheidenden Zeitpunkt sagte sich die rechte Führung der SPD auch offiziell vom „Deutschlandplan der SPD" los und kam damit den Interessen der aggressiven Kräfte des Monopolkapitals nach. Die Rolle des Totengräbers des Deutschlandplans übernahm Herbert Wehner, der in einem Artikel zum Jahrestag der Veröffentlichung dieses Plans zynisch erklärte, der Deutschlandplan gehöre der Vergangenheit an, da die Bonner Regierung ihn nicht akzeptiert habe. „Heute kommt es nicht mehr darauf an, den Deutschlandplan von 1959 auszudeuten, sondern nach Vorschlägen zu suchen, die der gewandelten Lage gerecht werden können."[31]

In Wirklichkeit hatte sich der Inhalt der nationalen Frage in Deutschland keineswegs gewandelt, und er konnte sich auch nicht wandeln, solange der deutsche Imperialismus und Militarismus, der nach Atombomben und Revanche

31 Vorwärts (Bonn), 18. März 1960.

strebte, die Lebensinteressen der Nation bedrohte. Die Lebensfrage des deutschen Volkes bestand unverändert darin, den Frieden durch die Zurückdrängung und Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus zu sichern. Einen entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus aber suchte die rechte Führung der SPD gerade zu verhindern. Unter dem Druck des Großkapitals und der militaristischen Kräfte hatte sie alle sozialdemokratischen Ziele preisgegeben und auf jede Politik einer echten Alternative gegenüber dem klerikal-militaristischen Adenauer-Regime verzichtet. Sie hatte sich die Argumente und Forderungen des Revanchismus und Chauvinismus zu eigen gemacht und auf dem Godesberger Parteitag im November 1959 ein Programm der Selbstaufgabe und Unterordnung unter die imperialistische Politik durchgesetzt. Mit der nunmehr auch offiziell verkündeten Preisgabe ihres Deutschlandplans reihten sich die rechten Führer in der SPD offen in die Front jener ein, die das Gipfeltreffen verhindern wollten. Ihre Konzeption gipfelte in den Worten: „Die Sozialdemokratie ist bereit, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die, wie sie, entschlossen sind, dem Kommunismus eine überlegene demokratische und soziale Ordnung gegenüberzustellen."[32]

Diese Politik, die das folgerichtige Ergebnis des blindwütigen Antikommunismus, der Hetze gegen die DDR und der Feindschaft gegen den Sozialismus und die Ideen des Marxismus-Leninismus war, bedeutete eine völlige Abkehr von den Traditionen und Zielsetzungen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie stand im krassen Widerspruch zu den nationalen Belangen und war ein schwerer Schlag gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen friedliebenden Kräfte in Westdeutschland.

Eine entschieden andere Haltung zur Vorbereitung des Pariser Gipfeltreffens nahm die Deutsche Demokratische

32 Ebenda, 9. Februar 1960.

Republik ein. Im Frühjahr 1960 verstärkte sie ihre Anstrengungen, um günstige Voraussetzungen für ein Gelingen dieser so wichtigen internationalen Beratung zu schaffen. Am 24. März 1960 richtete Otto Grotewohl erneut ein Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer. Darin schlug die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten Vertreter für eine gemeinsame deutsche Friedensvertragsdelegation benennen sollten. Diese sollte die Aufgabe haben, der Konferenz der Regierungschefs in Paris den Standpunkt der Regierungen beider deutschen Staaten zu Fragen des Friedensvertrags mit Deutschland zu unterbreiten. Die Vertreter der beiden deutschen Staaten sollten danach streben, die Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Abschlusses eines Friedensvertrages zu betonen. Zu den noch strittigen Fragen sollten sie die Standpunkte der beiden deutschen Regierungen vortragen.

Am 15. April 1960 leistete das Zentralkomitee der SED mit der Veröffentlichung des „Deutschlandplans des Volkes" einen weiteren wichtigen Beitrag zur Vorbereitung der Pariser Gipfelkonferenz. Der „Deutschlandplan des Volkes" hatte zum Ziel, alle friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland für den Abschluß eines Friedensvertrags und die Ausschaltung des deutschen Militarismus zusammenzuschließen. Das Zentralkomitee der SED machte darauf aufmerksam, daß die Gefahr für das deutsche Volk, durch die aggressive NATO-Politik in einen atomaren Krieg hineingezogen zu werden, größer geworden war.

Sachlich und überzeugend zeigte der „Deutschlandplan des Volkes" die Alternative, die es für das deutsche Volk gab. Die Adenauer-Regierung hatte sich für den Weg des Krieges entschieden. Sie plante die gewaltsame Eroberung der DDR, um auf diese Weise eine Wiedervereinigung in ihrem Sinn durchzusetzen. Falls die gewaltsame Eroberung der DDR undurchführbar sein würde – und sie war ange-

sichts des Kräfteverhältnisses ausgeschlossen –, wollte die Adenauer-Regierung wenigstens die Spaltung Deutschlands vertiefen, um in Westdeutschland solange wie möglich die Herrschaft der aggressiven Kräfte des Monopolkapitals aufrechterhalten zu können.

Den für die Arbeiterklasse und alle friedliebenden patriotischen Kräfte unseres Volkes unannehmbaren politischen Zielen der herrschenden Kreise in Bonn setzte die SED im „Deutschlandplan des Volkes" die einzig mögliche Alternative entgegen: „Die Arbeiter in Ost und West verständigen sich und erreichen durch ihren gemeinsamen Kampf die Verständigung der beiden deutschen Staaten. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten werden endgültig die Reste des zweiten Weltkrieges liquidiert. Der westdeutsche Militarismus wird ausgeschaltet. Die Verständigung der deutschen Arbeiter in Ost und West und der beiden deutschen Staaten erfolgt auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für die anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Kreise der westdeutschen Bourgeoisie annehmbar ist."[33]

Im „Deutschlandplan des Volkes" wurde umfassend die historische Mission der Arbeiterklasse im Kampf für eine friedliche Zukunft Deutschlands erläutert. Nur die Arbeiterklasse war imstande, die Führung der Nation zu übernehmen und alle friedliebenden, demokratischen Kräfte der verschiedenen Klassen und Schichten zusammenzufassen. Die Herstellung der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse beider Teile Deutschlands war daher zur wichtigsten Frage geworden. Das Zentralkomitee der SED nannte fünf wichtige Gemeinsamkeiten, die die Arbeiter ganz Deutschlands verbanden; sie bestanden darin, daß für die

[33] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VIII, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 107.

Arbeiter in beiden deutschen Staaten die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse die Lebensfrage unseres Volkes war, daß sie an der Erhaltung des Friedens interessiert waren, daß sie sich nicht damit abfinden konnten, Deutschland für alle Ewigkeit gespalten zu sehen, daß sie entschlossen waren, für die Arbeiterklasse und alle ehrlich arbeitenden Menschen den höchsten Wohlstand und größte soziale Sicherheit zu erkämpfen und daß sie die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern wünschten. Gegenüber den gemeinsamen Interessen, die die gesamte deutsche Arbeiterklasse und die Mehrheit der Werktätigen an der Sicherung einer friedlichen und glücklichen Zukunft hatten, mußten die noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Fragen in den Hintergrund treten.

Die Vorschläge der SED gingen davon aus, daß es in Deutschland zwei Staaten mit unterschiedlicher Staatsordnung und grundverschiedenen Gesellschaftssystemen gab. Die Aufgabe, zwei deutsche Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen auf friedlichem Wege zusammenzuführen, hatte noch niemals vor dem deutschen Volke gestanden. Bei der Lösung dieser Aufgabe im Interesse der Nation und des Friedens in der ganzen Welt mußte Neuland betreten werden. Nachdem Walter Ulbricht Anfang 1957 auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED erstmalig die Idee einer Konföderation beider deutschen Staaten entwickelt hatte, blieb dieser Vorschlag auf der Tagesordnung.

Der Vorschlag zur Bildung einer Konföderation sah den Abschluß eines nationalen Kompromisses vor, der die Interessen aller Bevölkerungsschichten berücksichtigte. „Im Rahmen dieser friedlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten werden die beiden gesellschaftlichen Systeme miteinander wetteifern und zeigen, welches am meisten für das deutsche Volk zu leisten vermag"[34], erklärte das Zentralkomitee der SED im „Deutschland-

[34] Ebenda, S. 122.

plan des Volkes". Der Abschluß eines solchen nationalen Kompromisses war zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden; denn es gab keinen anderen Weg, um zu einer Entspannung in Deutschland zu gelangen und die Voraussetzungen für eine künftige nationale Wiedervereinigung zu schaffen.

Der nationale Kompromiß machte nicht eine Veränderung der sozialökonomischen Ordnung in einem der beiden deutschen Staaten zur Vorbedingung, sondern lediglich die Absage an die verderbliche Politik des kalten Krieges und der Vorbereitung des heißen Krieges, die von den aggressiven Kräften des westdeutschen Imperialismus betrieben wurde. Sollte der nationale Kompromiß den Interessen der Nation dienen, so durfte die sozialistische Entwicklung in der DDR in keiner Weise beeinträchtigt werden; denn je fester die Arbeiter-und-Bauern-Macht in Deutschland stand, je größer die Erfolge im sozialistischen Aufbau waren, desto gesicherter war auch der Frieden.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik leisteten ihren Beitrag zur Vorbereitung der Pariser Gipfelkonferenz und zur Sicherung des Friedens in Deutschland vor allem dadurch, daß sie ihre Anstrengungen zur erfolgreichen Erfüllung der ökonomischen Aufgaben verstärkten und in allen Zweigen der Volkswirtschaft die sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickelten und weiter festigten.

Angesichts der zunehmenden Aggressivität des westdeutschen Imperialismus und der von ihm ausgehenden Bedrohung des Friedens, verstärkte die Deutsche Demokratische Republik im Interesse des gesamten deutschen Volkes die militärischen Schutzmaßnahmen zu ihrer Verteidigung. Zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft wurde im Februar 1960 der Nationale Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen. Die Verteidigungsbereitschaft der Nationalen Volksarmee, die sich immer mehr zu einer modernen sozialistischen Armee ent-

wickelte, die gemeinsam mit der Sowjetarmee und den Armeen der anderen sozialistischen Staaten fest und unbeirrbar auf Friedenswacht stand, wurde weiter erhöht.

Die Hoffnungen, die die Völker im Hinblick auf eine weitere Entspannung der internationalen Lage, die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und die Einstellung des atomaren Wettrüstens an die Pariser Gipfelkonferenz der vier Großmächte geknüpft hatten, gingen nicht in Erfüllung. Die aggressiven Kreise des USA-Imperialismus inszenierten abenteuerliche Provokationen, um die internationale Entspannung zu verhindern. Sie entsandten am 1. Mai 1960 – zwei Wochen vor der für den 14. Mai nach Paris einberufenen Gipfelkonferenz – ein Flugzeug vom Typ U 2 zur Luftspionage über die Sowjetunion, das von sowjetischen Raketentruppen im Raum von Swerdlowsk abgeschossen wurde. Wenige Tage später erließ der amerikanische Präsident Eisenhower Anordnungen zur Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen und befahl einen Probealarm für alle USA-Streitkräfte, um die „Stärke" der USA zu demonstrieren. Schließlich erklärte die amerikanische Regierung die Spionage und die Verletzung der elementarsten Normen des Völkerrechts, die mit der Entsendung der U 2 praktiziert worden waren, zum Bestandteil der Staatspolitik der USA.

Die Gipfelkonferenz, zu der die Regierungschefs der vier Großmächte im Mai 1960 in Paris eingetroffen waren, wurde dadurch gesprengt. Die reaktionären imperialistischen Kräfte hatten erneut die internationale Situation verschärft. Neben dem USA-Imperialismus waren es vor allem die deutschen Militaristen, die sich als internationale Störenfriede betätigt hatten und nach Kräften bemüht gewesen waren, die Situation zuzuspitzen. Sie brauchten internationale Spannungen und Reibungen, auf denen ihre Politik der Atomrüstung und der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges beruhte.

Auf die erneute Zuspitzung der internationalen Lage und die Verschärfung des kalten Krieges durch die aggressiven Kräfte des westdeutschen und des amerikanischen Imperialismus wirkte sich auch die bereits damals einsetzende Spaltungstätigkeit der Führer der Kommunistischen Partei Chinas aus. Sie begannen in dieser Zeit in Theorie und Praxis offen von den vereinbarten Beschlüssen der kommunistischen Weltbewegung abzuweichen und fügten dadurch dem Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und einer internationalen Entspannung großen Schaden zu.

Die aggressiven, entspannungsfeindlichen Kräfte des westdeutschen und des amerikanischen Imperialismus setzten ihre Hoffnungen auf eine Spaltung der sozialistischen Kräfte und spekulierten darauf, daß sich das internationale Kräfteverhältnis erneut zugunsten des Imperialismus verändern könnte, so daß es ihnen doch noch möglich sein würde, ihre aggressiven Bestrebungen durchzusetzen.

Die dem sozialistischen Weltsystem und dem Friedenskampf abträgliche Politik der Führer der Volksrepublik China trug somit nicht unwesentlich dazu bei, daß die aggressiven Kräfte des Imperialismus wieder die Oberhand über die einsichtigeren Politiker im imperialistischen Lager gewannen und die sich seit 1959 anbahnende internationale Entspannung torpedieren konnten.

Die mit der Sprengung des Pariser Gipfeltreffens verfolgten Absichten der imperialistischen Kräfte, die Sowjetunion unter Druck zu setzen und die friedliebenden Kräfte in der Welt einzuschüchtern, erwiesen sich jedoch als Bumerang. Die von der Eisenhower-Regierung mit der vollen Unterstützung Bonns betriebene Politik am Rande eines neuen Krieges erlitt durch das entschlossene Auftreten der Sowjetunion und ihres Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow eine Niederlage. Die Provokationen der aggressivsten imperialistischen Kreise wurden vor der ganzen

Welt bloßgestellt. Zugleich bewies die Sowjetunion, die als einzige von den vier Großmächten für das Gipfeltreffen ein konstruktives Programm zur internationalen Entspannung und zur Sicherung des Friedens ausgearbeitet hatte, daß sie auch weiterhin nach ehrlichen Verhandlungen und internationaler Verständigung strebte, daß sie es jedoch nicht zulassen würde, Provokationen gegen den Weltfrieden mit Verhandlungen zu tarnen.

Auf dem Rückflug von Paris machte N. S. Chruschtschow auf Einladung des ZK der SED und der Regierung der DDR in Berlin Zwischenstation. Chruschtschows Besuch wurde zu einer begeisternden Demonstration der deutsch-sowjetischen Freundschaft und der engen Kampfgemeinschaft im Ringen um die Sicherung des Friedens. Die Reden N. S. Chruschtschows und Walter Ulbrichts zeigten die volle Übereinstimmung der Politik der UdSSR und der DDR in allen Fragen, insbesondere in bezug auf die Fortsetzung der Bemühungen für eine allgemeine und vollständige Abrüstung, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung der Westberlinfrage auf dieser Grundlage.

11. Die westdeutschen Militaristen steuern auf Krieg. Die DDR bietet friedliche Koexistenz an

Die weitere politische und ökonomische Stärkung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates war und blieb die wichtigste Aufgabe im Kampf für die Sicherung des Friedens in Deutschland. Zur Bewältigung dieser Aufgabe waren im ersten Halbjahr 1960 günstige Voraussetzungen geschaffen worden. Das im Siebenjahrplan vorgesehene Entwicklungstempo der Industrieproduktion war erreicht worden. Die Bruttoproduktion war im Vergleich zum ersten

Halbjahr 1959 auf 110 Prozent und die Arbeitsproduktivität auf 109 Prozent gestiegen. Wichtige Investitionsvorhaben, zum Beispiel das Kraftwerk Berzdorf I, die Gipsschwefelsäurefabrik Coswig und eine Anzahl chemischer Anlagen in den Buna-Werken, konnten vorfristig in Betrieb genommen werden. Die Beschlüsse der SED und der Regierung zur Entwicklung und schnellen Einführung der neuen Technik begannen Früchte zu tragen. Im ersten Halbjahr 1960 wurden allein in den zentralgeleiteten volkseigenen Maschinenbaubetrieben rund 900 Neukonstruktionen in die Produktion aufgenommen. Bei vielen Staatsplanpositionen wurde eine bedeutende Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahr erreicht, zum Beispiel bei Walzstahl, Zement und Phosphordünger. Die weitere erfolgreiche Durchführung des Volkswirtschaftsplans 1960 und des Siebenjahrplans hing vor allem von einer Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab.

Im Gegensatz zur Politik der friedlichen Koexistenz und des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs verstärkte der Bonner Staat nach der gescheiterten Gipfelkonferenz seine Anstrengungen, um die atomare Aufrüstung der Bundeswehr nunmehr zu erreichen und die Kriegsvorbereitungen gegen die DDR zu forcieren. Unfähig, das reale Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen, glaubten die westdeutschen Militaristen, auch unter den neuen Bedingungen ihre aussichtslose, auf die Annexion der DDR gerichtete Politik fortsetzen zu können.

Über das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen der Bonner Ultras wurde die Weltöffentlichkeit von Walter Ulbricht auf einer internationalen Pressekonferenz am 19. Juli 1960 an Hand aufschlußreichen Tatsachenmaterials informiert. Walter Ulbricht wies darauf hin, daß sich die in seinem Brief an Bundeskanzler Adenauer vom Januar 1960 enthaltenen Angaben über die Atomkriegspläne der Bonner Regierung vollinhaltlich bestätigt hatten. Sie waren inzwi-

schen durch in die DDR übergetretene Offiziere der Bonner NATO-Armee ergänzt worden. Walter Ulbricht enthüllte, wie der geplante Krieg auf deutschem Boden ausgelöst werden sollte. Die Bonner Ultras wollten systematisch faschistische Provokationen in der DDR vorbereiten und gleichzeitig Grenzzwischenfälle herbeiführen, um den Vorwand für einen Überfall auf die DDR zu schaffen.

Die militärische Planung dafür war bereits vollständig ausgearbeitet und sollte durch einen blitzartig geführten Schlag verwirklicht werden. Der deutsche Imperialismus beabsichtigte, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen, die Berührung mit sowjetischen Truppen zu vermeiden und dadurch den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine innere Angelegenheit der Deutschen. Um eben eine solche Möglichkeit der Auslösung eines „nur deutschen" Konflikts zu haben, hatte die Bundesrepublik den völkerrechtlich haltlosen Ausschließlichkeitsanspruch Bonns, für ganz Deutschland sprechen zu dürfen, erfunden. Jetzt sollte der Verkündung der revanchistischen juristischen Theorien die revanchistische militärische Tat folgen.

An Hand des militärischen Kartenmaterials, das von Sicherheitsorganen der DDR bei amerikanischen und britischen Offizieren beschlagnahmt worden war, konnte Walter Ulbricht die Vorbereitung eines Atomkrieges auf deutschem Boden dokumentarisch nachweisen. Gleichzeitig gab er bekannt, daß zwischen den Regierungen Westdeutschlands und der USA Verhandlungen darüber geführt worden waren, die westdeutsche Atomrüstung zu beschleunigen und Maßnahmen zur Aufhebung aller Rüstungsbeschränkungen für Westdeutschland einzuleiten.

Die Enthüllungen Walter Ulbrichts fanden mit der Veröffentlichung der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr am 19. August 1960 ihre volle Bestätigung. Die Bonner Militaristen verkündeten darin mit zynischer Offenheit ihren Plan des totalen Atomkrieges gegen die DDR

und die anderen sozialistischen Länder. Die Denkschrift kennzeichnete das Bestreben der aggressivsten Kreise des deutschen Militarismus und Imperialismus, das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz auszunutzen, um ihre revanchistischen Ziele durchsetzen und die internationale Lage weiter verschärfen sowie den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages verhindern zu können. Unverblümt forderten die militaristischen Ultras die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Atom- und Raketenwaffen, die totale Militarisierung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland sowie die endgültige Vorherrschaft in der NATO, durch die sie sich die ökonomischen und militärischen Potenzen Westeuropas vollständig dienstbar machen wollten.

Dieses abenteuerliche Programm des westdeutschen Militarismus, das freilich auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses von vornherein zu einer eklatanten Niederlage verurteilt war, stellte eine ernste Bedrohung für den Frieden in Deutschland und in der Welt dar und verschärfte die internationalen Spannungen.

Durch die Aufdeckung der Kriegspläne Bonns erwies die DDR dem Frieden einen großen Dienst. Getreu ihrer nationalen Verantwortung, unterbreitete die DDR wiederum konstruktive Vorschläge mit dem Ziel, ein militärisch neutrales Deutschland zu schaffen. Walter Ulbricht wandte sich mit der Aufforderung an die Bevölkerung Westdeutschlands, alles zu tun, um die Pläne der Adenauer und Strauß zu durchkreuzen und gemeinsam mit der DDR für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Einige rechte Führer der SPD zogen auf ihre Weise Schlußfolgerungen aus dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz. In der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 30. Juni 1960 bekannten sich Wehner und Erler offen zur NATO und befürworteten eine „gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition". Damit voll-

zogen sie öffentlich die Gleichschaltung der SPD-Politik mit der aggressiven Außenpolitik der Adenauer-CDU und besiegelten ihren bereits in Godesberg vollzogenen Übergang auf die Positionen des revanchelüsternen westdeutschen Imperialismus und Militarismus.

Das Zentralkomitee der SED wies in einem offenen Brief an alle westdeutschen Sozialdemokraten darauf hin, daß die neuerliche Kapitulation der rechten Führer der SPD zu höchst verderblichen Folgen für die westdeutschen Werktätigen führen würde und daß sie der weiteren Militarisierung und reaktionären Entwicklung Westdeutschlands sowie verschärften Angriffen des Monopolkapitals auf die soziale Lage der Bevölkerung Vorschub leisten mußte. Das Zentralkomitee der SED machte in diesem Brief alle Mitglieder der westdeutschen Sozialdemokratie darauf aufmerksam, daß das nunmehr „zur offiziellen Politik erhobene Zusammenwirken der Führer Eurer Partei mit den westdeutschen Scharfmachern es für uns notwendig machen könnte, zu geeigneter Zeit geeignete Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes der friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu erwägen"[35].

Die von den Bonner Ultras mit Begünstigung rechter Führer der SPD gegen die DDR inszenierte politisch-ideologische und ökonomische Aggression mußte scheitern, weil die gesellschaftliche Ordnung in der DDR auf der Grundlage einheitlicher sozialistischer Produktionsverhältnisse eine immer größere Stabilität erlangte. Das sozialistische Lager, vor allem die Sowjetunion, half der DDR mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Pläne der deutschen Militaristen zunichte zu machen. Der westdeutsche Imperialismus war aus diesem Grunde nicht imstande, den Aufbau des Sozialismus in der DDR aufzuhalten.

Am 7. September 1960 verstarb der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck. Ein großes

[35] Ebenda, S. 209.

Leben im Dienste der Arbeiterklasse, im Dienste Deutschlands, des Friedens und des Sozialismus, hatte sich erfüllt. Elf Jahre lang hatte Wilhelm Pieck als erster deutscher Arbeiterpräsident die verantwortliche Stellung des Staatsoberhauptes der Deutschen Demokratischen Republik bekleidet. Gemeinsam mit den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik trauerten die Bevölkerung in den befreundeten sozialistischen Staaten und die friedliebenden und fortschrittlichen Menschen in vielen Ländern der Welt, vor allem in Westdeutschland, über das Ableben des verdienten Staatsmannes und Vorkämpfers für den Frieden, die Einheit der Arbeiterklasse und den Sozialismus.

Nach dem Tode Wilhelm Piecks schlug das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dem Demokratischen Block und dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Bildung eines Staatsrates vor und empfahl, als Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht zu wählen. Das Gesetz über die Bildung des Staatsrates wurde von der Volkskammer beschlossen.

Wie bei der Begründung des Gesetzes festgestellt wurde, war die Bildung des Staatsrates ein wichtiger Schritt zur Festigung der Einheit der staatlichen Führung. In der Zusammensetzung des Staatsrates kam sehr überzeugend und anschaulich der Charakter der volksdemokratischen Ordnung der DDR zum Ausdruck, in der unter der Führung der Arbeiterklasse im festen Bündnis mit der Bauernschaft alle Schichten des Volkes zusammenarbeiten.

So wurden als Stellvertreter des Vorsitzenden so bewährte Partei- und Staatsfunktionäre berufen, wie Otto Grotewohl, Johannes Dieckmann, Gerald Götting, Heinrich Homann, Manfred Gerlach und Hans Rietz, die alle Parteien und Bevölkerungsschichten vertreten. Als Mitglieder wurden hervorragende Vertreter der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der ande-

ren schaffenden Werktätigen, der christlichen Bevölkerung sowie bewährte Partei- und Staatsfunktionäre gewählt, so unter anderen der Arbeiter Günter Christoph aus dem VEB Federnwerk Zittau, der LPG-Vorsitzende Karl Rieke aus der LPG Rogäsen und die LPG-Bäuerin Irmgard Neumann aus Niendorf; die weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannten Wissenschaftler Prof. Dr. Dr. Erich Correns, Prof. Dr. Dr. Peter-Adolf Thießen und Prof. Dr. Karl Polak; der Vertreter der künstlerischen Intelligenz Hans Rodenberg; als Vertreter der christlichen Bevölkerung Herr Friedrich Kind; der 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Horst Schumann; die hervorragenden Partei- und Staatsfunktionäre Bruno Leuschner, Friedrich Ebert, Bernard Koenen.

Die Bildung des Staatsrates leitete eine neue, höhere Stufe in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie ein. Der Ausgangspunkt für die Tätigkeit des Staatsrates war die Programmatische Erklärung, die der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer abgab. In der Erklärung wurden die Grundsätze der Staatspolitik und der sozialistischen staatlichen Leitungstätigkeit sowie die enge Verbindung der neuen Aufgaben mit der Vertiefung der sozialistischen Demokratie erläutert.

„Unsere Politik beruht auf wissenschaftlicher Grundlage. Es gehört zu ihren Prinzipien, stets von einer realen Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung der Lage in Deutschland auszugehen, rechtzeitig das Neue, Fortschrittliche zu erkennen, die bei der Entwicklung des Sozialismus und der Gesellschaft neu auftauchenden Probleme rechtzeitig zu durchdenken, zu beraten und zu entscheiden. *Das Wichtigste sind: Wahrheit und Klarheit.* Jeder Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik setzt die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes voraus. Deshalb ist es die Aufgabe des

Staatsrates wie aller staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik, sich eng mit dem Volk zu verbinden, aus den Erfahrungen der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz und anderer Werktätiger zu lernen, die fortgeschrittensten Erkenntnisse der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder auszuwerten und die weitere Entwicklung vorausschauend zu gestalten."[36]

Die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, in der die Grundzüge der Politik der DDR zur Sicherung des Friedens und für den Aufbau des Sozialismus herausgearbeitet wurden, fand die Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung.

Der Staatsrat entwickelte in seiner Arbeit die Grundsätze sozialistischer staatlicher Leitungstätigkeit. Durch sein Wirken, durch die für alle Staatsorgane beispielhafte Art des Herangehens an die Lösung der Aufgaben – wie den Beschluß über die weitere Entwicklung der Rechtspflege, den Erlaß über die Eingaben der Bürger und ihre Bearbeitung durch die Staatsorgane, die Beratungen über die Verbesserung der Leitungstätigkeit und der Arbeit im Bauwesen und andere – entwickelte der Staatsrat die Einheit von Volkswirtschaftsplan und Entfaltung der sozialistischen Demokratie staatsrechtlich weiter und festigte das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und ihrer volksdemokratischen Staatsmacht. Der Staatsrat trug wesentlich dazu bei, das nationale Ansehen unserer Republik zu stärken und ihre internationale Autorität weiter zu erhöhen.

In einer Erklärung vor dem Diplomatischen Korps am 26. September 1960, die den Grundsätzen der Außenpolitik der DDR gewidmet war, versicherte der Vorsitzende des Staatsrates, daß die DDR alle Anstrengungen zur Sicherung des Friedens unternehmen werde. „Die friedliche

[36] Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 33/34.

Koexistenz hat besonders für die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten größte Bedeutung; denn nur auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ist es möglich, normale Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit den anderen Völkern zu schaffen, die Abrüstung in Deutschland zu sichern und die Wiedervereinigung Deutschlands durch die friedlichen Kräfte der Bevölkerung beider deutscher Staaten herbeizuführen."[37]

Die Regierung der DDR unterbreitete der westdeutschen Regierung und der UNO-Vollversammlung am 15. September 1960 Vorschläge für einen deutschen Beitrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Sie sahen vor, in beiden deutschen Staaten innerhalb von vier Jahren in drei aufeinanderfolgenden Etappen die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen. Diese Vorschläge machten erneut deutlich, daß nur der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat ein deutscher Friedensstaat war, während der westdeutsche Staat der Monopolherren und Militaristen sich jeder internationalen Entspannung, jeder Abrüstung widersetzte und bestrebt war, den kalten Krieg zu forcieren und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr mit allen Mitteln durchzusetzen.

Die Friedensvorschläge der DDR wurden von Bonn mit einer verstärkten antikommunistischen Hetze gegen den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat beantwortet. Im Herbst 1960 begannen die aggressiven Kräfte des westdeutschen Imperialismus die Situation in Deutschland immer mehr anzuheizen. In Westberlin organisierten sie in provokatorischer Weise Revanchistentreffen, auf denen offen und unverblümt die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und großer Gebiete der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei gefordert wurde. Auch in vielen westdeutschen Städten fanden zahlreiche Kundge-

37 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VIII, Berlin (1961), S. 196.

bungen der Landsmannschaften und verschiedener militaristischer Organisationen statt, auf denen revanchistische Forderungen erhoben wurden. Offizielle Vertreter des Bonner Staates, darunter der Bundespräsident Lübke und der Verkehrsminister Seebohm, beteiligten sich an dieser Kampagne gegen den Frieden. Die Bundeswehr erprobte in Manövern ihre Bereitschaft zu einem militärischen Überfall auf die DDR, und in der Presse häuften sich verschiedenartigste Erörterungen über Wahrscheinlichkeit und Bedingungen eines modernen Krieges.

Vor allem verstärkte das westdeutsche Monopolkapital seine Anstrengungen, um auf jede nur mögliche Weise die ökonomische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu stören und ihre Volkswirtschaft zu schädigen. Am 30. September 1960 kündigte die Bonner Regierung das Abkommen über den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten. Die westdeutsche Regierung hoffte, durch die Einstellung der Lieferung wichtiger Rohstoffe und Halbfabrikate die Wirtschaft der DDR untergraben und die Republik an der Erfüllung ihrer Volkswirtschaftspläne hindern zu können. Das westdeutsche Monopolkapital fürchtete den friedlichen Wettbewerb der zwei Gesellschaftssysteme, in dem die DDR in der Zeit nach dem V. Parteitag bereits große Erfolge errungen hatte. Infolge der Aggressionspolitik und des verschärften Wirtschaftskrieges des westdeutschen Militarismus und seiner NATO-Partner sowie der damit verbundenen Zuspitzung des Klassenkampfes ergaben sich zusätzliche Belastungen für die Volkswirtschaft der DDR.

Sowohl durch die Spaltung Deutschlands als auch durch das kapitalistische Erbe waren bestimmte Disproportionen innerhalb der Wirtschaft der DDR noch immer spürbar. Zahlreiche Betriebe waren nach wie vor von Zulieferungen aus Westdeutschland abhängig. Dies machte es den Bonner Machthabern möglich, die wirtschaftliche Entwicklung der

Deutschen Demokratischen Republik weitgehend zu stören. Um den weiteren planmäßigen Aufbau des Sozialismus und das kontinuierliche Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung zu gewährleisten, wurde es daher dringend notwendig, die Volkswirtschaft der DDR vor den Anschlägen des westdeutschen Monopolkapitals zu schützen.

Das Zentralkomitee der SED rief alle Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler auf, sich in enger Gemeinschaftsarbeit auf die Lösung jener Aufgaben zu konzentrieren, die es ermöglichen würden, die ökonomische Störtätigkeit aus Westdeutschland unwirksam zu machen. Das Zentralkomitee war sich darüber im klaren, daß die Überwindung der Störanfälligkeit eine außerordentlich komplizierte und langwierige Aufgabe darstellte. Die Zahl der westdeutschen Erzeugnisse, von deren Lieferung eine kontinuierliche Produktion lebenswichtiger Güter und anderer wichtigster Fabrikate der Industrie der DDR abhing, ging in die Hunderte. Die DDR führte den Kampf zur Überwindung der Störanfälligkeit in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Länder des sozialistischen Lagers. Eine besonders große Hilfe erwies die Sowjetunion, die erneut, wie schon früher, umfangreiche Kredite zur Verfügung stellte.

Am 30. November 1960 sagte N. S. Chruschtschow in einer Besprechung mit Walter Ulbricht im Namen der Sowjetunion zu, daß die UdSSR alles tun werde, um die von der DDR benötigten Rohstoffe, Halbfabrikate und anderen Erzeugnisse zu liefern, die bisher aus Westdeutschland bezogen wurden. Mit diesem großzügigen Angebot wurde die Wirkung des von Bonn angedrohten Boykotts weitgehend herabgemindert. Aber trotzdem erforderte die Überwindung der Störanfälligkeit, genauer gesagt, die völlige Beseitigung der noch bestehenden teilweisen Abhängigkeit von den westdeutschen Monopolen, große eigene Anstrengungen und Umstellungen in der Volkswirtschaft der DDR.

Allein die Normung der Mehrzahl der Erzeugnisse war in der DDR eine andere als in der Sowjetunion. Gleichwertige Halbfabrikate, Einzelteile usw., die in der Sowjetunion erzeugt wurden, konnten nicht ohne weiteres in den Industriebetrieben der DDR verwendet werden. Etwa zwei Jahre angespannter Arbeit waren erforderlich, um die Störanfälligkeit der Volkswirtschaft voll zu überwinden.

12. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht ist unerschütterlich

Empört über den angedrohten Abbruch der Handelsbeziehungen durch Westdeutschland und beseelt von dem festen Willen, die Deutsche Demokratische Republik zu stärken, begannen die Werktätigen der DDR im Vertrauen auf die eigene Kraft systematisch zu überprüfen, wie die Produktion ohne Zulieferungen aus Westdeutschland gesichert und welche Erzeugnisse in gleicher oder besserer Qualität in der DDR selbst hergestellt oder aus den sozialistischen Ländern eingeführt werden könnten.

Einen großen Beitrag in diesem Kampf leisteten die Stahlwerker der Republik. Unter der Losung „Mehr Stahl für unsere Republik" produzierten sie im zweiten Halbjahr 1960 64 000 Tonnen Roheisen, 70 000 Tonnen Walzstahl und über 9000 Tonnen Erzeugnisse der zweiten Verarbeitungsstufe über den Plan. Der Stahlwettbewerb war beispielgebend für alle Industriezweige der DDR.

Die Verschärfung des kalten Krieges, vor allem des Wirtschaftskrieges, der westdeutschen Imperialisten gegen die DDR hatte jedoch insgesamt zu einer Verzögerung in der Entwicklung der Volkswirtschaft seit Herbst 1960 geführt. Für ihre Anschläge gegen die DDR mißbrauchten die imperialistischen Kräfte vor allem die offene Grenze zwischen

der Hauptstadt der DDR und Westberlin. Von Westberlin aus betrieben sie eine vielseitige Wühltätigkeit gegen die DDR, organisierten Währungsspekulationen großen Umfangs sowie ein ausgeklügeltes System der Abwerbung von Arbeitskräften. Das westdeutsche Monopolkapital zog jahrelang auf Kosten der DDR riesige Profite aus dem Bestehen der offenen Grenze. Besonders stark machte sich die langjährige organisierte Abwerbung von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Facharbeitern, Chemikern, Ärzten und anderen Fachleuten bemerkbar. Auf allen Gebieten zeigte sich ein spürbarer Mangel an qualifizierten Kadern. Die Möglichkeiten, über die der imperialistische Gegner in seinem Bemühen, die DDR zu schädigen, noch verfügte, waren unterschätzt worden.

Unter diesen Bedingungen des verschärften Wirtschaftskrieges und der Wühltätigkeit, denen die DDR angesichts der offenen Grenze nicht genügend wirksam entgegentreten konnte, wurde die konsequente Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus behindert. Beispielsweise wurden die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, das Wachstum der führenden Zweige der Industrie wesentlich beeinträchtigt. Es verlangsamte sich das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität und der Akkumulation, während andererseits die Durchschnittslöhne schneller stiegen als geplant. Auf diese Weise vollzog sich allmählich eine Umverteilung des Volkseinkommens auf Kosten der Akkumulation. Dadurch verringerte sich das Wachstumstempo wichtiger Zweige der Grundstoffindustrie und verzögerte sich die Lösung anderer Schwerpunktaufgaben der Wirtschaft, was sich unweigerlich auf die weitere Erhöhung des Lebensstandards auswirken mußte.

So war zum Beispiel für die Zeit von 1958 bis 1961 ein Zuwachs der Investitionen in Höhe von 6,5 Milliarden DM vorgesehen, tatsächlich wurde jedoch nur ein Zuwachs von

3,3 Milliarden DM erreicht. Die Folge war, daß in wichtigen Bereichen der Grundstoffindustrie, des Maschinenbaus und ganz besonders des Bauwesens nicht alle Aufgaben erfüllt wurden. Das wirkte sich wiederum auf das Wachstumstempo der gesamten Industrie aus. Während 1959 ein Zuwachs von 7,2 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr erzielt worden war, betrug der Zuwachs 1960 nur 5,4 Milliarden DM und 1961 sogar nur 4,4 Milliarden DM. Dieses unterschiedliche Wachstum der Industrieproduktion spiegelte den komplizierten und angespannten Kampf wider, der sich auf ökonomischem Gebiet infolge der verschärften Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und angesichts des Bestehens der offenen Grenze vollzog.

Die neuen Aufgaben zur Bewahrung der Volkswirtschaft vor Störungen, weitere Maßnahmen zur proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Tatsache, daß die notwendigen Investitionsmittel nicht im geplanten Umfang erwirtschaftet worden waren, während die Konsumtion zum Teil schneller gewachsen war, als es der Plan vorgesehen hatte, machten es erforderlich, die Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1961 neu festzulegen.

Die Zunahme der internationalen Spannungen machte von seiten der DDR, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten verstärkte Anstrengungen für die Sicherung des Friedens und die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft notwendig, die mit nicht unbeträchtlichen materiellen Aufwendungen verbunden waren. Die Sicherheit, ja das Leben der Völker stand auf dem Spiel, und für die Rettung des durch die imperialistischen Kräfte erneut unmittelbar bedrohten Friedens konnten keine materiellen Opfer zu groß sein.

Die verschärfte Vorbereitung einer Aggression gegen die DDR durch den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, die Störtätigkeit der imperialistischen Kräfte gegen

die Volkswirtschaft der DDR, die großen Schäden, die der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bevölkerung durch das Bestehen der offenen Grenze gegenüber Westberlin zugefügt worden waren, all das hatte dazu geführt, daß die vom V. Parteitag der SED beschlossene ökonomische Hauptaufgabe nicht in jenem Zeitraum erfüllt werden konnte, wie dies von der Partei der Arbeiterklasse ursprünglich vorgesehen war, obwohl in den ersten zwei Jahren, dank der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit der Werktätigen und der großzügigen Unterstützung durch die Sowjetunion, beträchtliche Erfolge zur Verwirklichung der 1958 gestellten Ziele errungen worden waren.

Es muß jedoch auch berücksichtigt werden, daß es dem westdeutschen Imperialismus in höherem Maße, als vorher angenommen wurde, gelang, seine ökonomischen und politischen Positionen innerhalb der EWG zu festigen und auszubauen. Durch verstärkte Kapital- und Warenausfuhr im Rahmen der neokolonialistischen Entwicklung war es ihm möglich geworden, seine ökonomische Basis zu stärken.

So erlebte die westdeutsche Wirtschaft nach den Stagnationserscheinungen des Jahres 1958 erneut einen nicht geringen Aufschwung. Das konnte auf den ökonomischen Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme in Deutschland und damit auch auf die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe der DDR nicht ohne Einfluß bleiben. Ein Vergleich der jährlichen Zuwachsrate der Industrieproduktion in beiden deutschen Staaten soll das deutlich machen:

	1958	1959	1960	1961
Deutsche Demokratische Republik	11,1	12,4	7,7	6,5
Westdeutschland	2,9	7,1	11,1	5,2

Um Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an den wichtigsten Lebensmitteln und Konsumgütern zu überholen, waren daher größere Leistungen notwendig, als das zunächst angenommen wurde.

So konnte die vom V. Parteitag gestellte Aufgabe aus den genannten Gründen zwar nicht voll erfüllt werden, jedoch nahm die Volkswirtschaft der DDR und die Lebenshaltung der Bevölkerung dank den großen Arbeitstaten, die die Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse vollbrachten, einen beträchtlichen Aufschwung. Die Pläne der imperialistischen Ultras, die Volkswirtschaft der DDR zu unterminieren, ein ökonomisches Chaos in der DDR herbeizuführen und somit einen günstigen Boden für die Auslösung einer Aggression zu schaffen, gingen nicht in Erfüllung, sondern wurden durch die Werktätigen der Republik vereitelt.

Der Deutschen Demokratischen Republik gelang es, bis Ende 1960 die Industrieproduktion auf 121,5 Prozent gegenüber dem Jahre 1958 zu steigern. Die Deutsche Demokratische Republik festigte immer mehr ihre bedeutsame internationale Stellung als einer der zehn führenden Industriestaaten der Welt. Die Lebensbedingungen der Werktätigen hatten sich wesentlich verbessert. So erhöhte sich das durchschnittliche monatliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten von 494 DM im Jahre 1958 auf 578 DM im Jahre 1961 (wobei die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dieser Entwicklung nicht ganz Schritt gehalten hatte und hinter höheren Löhnen nicht immer die notwendigen Leistungen standen). Der Verbrauch an Fleisch und Butter stieg schneller, als es im Siebenjahrplan vorgesehen war. Während 1958 pro Kopf der Bevölkerung 50,2 Kilogramm Fleisch verbraucht wurden, waren es 1960 56,9 Kilogramm (in Westdeutschland wurden vergleichsweise 54,5 Kilogramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung verbraucht). Auch der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Butter, Fisch, Zucker und anderen Lebensmitteln war höher als in Westdeutschland. Beträchtlich hatte auch der Umsatz von Industriewaren zugenommen. Dies spiegelte sich zum Beispiel darin wider, daß 1958 erst jede

zwanzigste Familie in der DDR einen Fernsehapparat besaß, 1961 dagegen bereits fast jede vierte Familie. 1958 gab es erst in jedem dreiundsechzigsten Haushalt eine Waschmaschine, 1961 dagegen schon in jedem elften Haushalt. 1958 besaß erst jede achtundvierzigste Familie einen Kühlschrank, 1961 jede elfte Familie. Die Mengen an hochwertigen Konsumgütern und einigen Nahrungs- und Genußmitteln reichten jedoch noch nicht aus, um den ständig wachsenden Bedarf der Bevölkerung völlig zu befriedigen.

Die Ausgaben des Arbeiter-und-Bauern-Staates für kulturelle, gesundheitliche und soziale Zwecke wuchsen von 1958 bis 1961 von 15,3 auf 19,7 Milliarden DM, das heißt um fast 30 Prozent, an. Damit wurden in der DDR pro Kopf der Bevölkerung doppelt soviel Mittel vom Staatshaushalt für Volksbildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen und ähnliche Zwecke zur Verfügung gestellt wie in Westdeutschland.

Zieht man die Bilanz der Entwicklung in dieser Zeit, so besteht ihr Hauptergebnis zweifellos in folgendem:

1. Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik – sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft und andere Zweige – nahm trotz der verstärkten Störtätigkeit der imperialistischen Kräfte einen bedeutsamen Aufschwung, so daß die Deutsche Demokratische Republik an Elektroenergie, an zahlreichen Erzeugnissen der chemischen Industrie und anderer Wirtschaftszweige mehr produzierte als das wesentlich größere Deutsche Reich im Jahre 1936. Die 1956 auf der 3. Parteikonferenz der SED für 1960 festgelegten Planziele wurden im wesentlichen erfüllt.

2. In der Deutschen Demokratischen Republik hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt. Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war für immer beseitigt. Die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus waren im wesentlichen gelöst.

3. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik entwickelten sich immer mehr zu sozialistischen Menschen. Diese Entwicklung und die sich daraus ergebenden neuen gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen, der Übergang vom „Ich" zum „Wir", hatten um so größere Bedeutung, als sich dieser Prozeß in der Deutschen Demokratischen Republik unter den Bedingungen des verstärkten ideologischen Drucks der imperialistischen Kräfte vollzog.

4. Die sozialistische Gesellschaftsordnung bewies immer mehr ihre Überlegenheit über die Ordnung des Imperialismus in Westdeutschland. Trotz der ungünstigen Ausgangspositionen des Wettbewerbs der beiden Systeme, trotz der zusätzlichen Erschwernisse, die sich aus der Spaltung Deutschlands ergaben, hatte die Deutsche Demokratische Republik, was die Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke, für Volksbildung und Hochschulwesen betrifft, Westdeutschland schon längst weit hinter sich gelassen. Auch hinsichtlich der materiellen Lebensbedingungen (der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungs- und Konsumgütern ist dabei ein wichtiges, wenn auch nicht das einzige Merkmal) bewies die Deutsche Demokratische Republik in zunehmendem Maße, daß der Aufbau des Sozialismus den ureigensten Interessen aller Werktätigen entspricht. Immer wieder zeigte es sich, daß nur der Sozialismus imstande ist, den Menschen wahre Freiheit und Frieden, Glück und Wohlstand zu garantieren.

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie war das am 12. April 1961 von der Volkskammer verabschiedete Gesetzbuch der Arbeit. Den Entwurf, der bereits im November 1960 veröffentlicht worden war, hatten etwa sieben Millionen Werktätige diskutiert. In den Aussprachen waren weit über 20 000 Änderungsvorschläge eingebracht worden. Das Gesetzbuch der Arbeit fixierte die neue Stellung der Werktätigen nach dem

Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und legte ihre Rechte und Pflichten beim Aufbau des Sozialismus fest.

Eine außerordentlich wichtige Maßnahme zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie ergriff der Staatsrat mit den Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe, die am 28. Juni 1961 verabschiedet wurden. Der Ausarbeitung dieser Ordnungen lagen gemeinsame Beratungen sowie Vorschläge des Staatsrates, der örtlichen Volksvertretungen, der Nationalen Front und der Bevölkerung der Republik zugrunde. Zur Vorbereitung dieses Erlasses besuchte der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht Städte und Gemeinden in der Republik. Er sprach mit Vertretern der verschiedensten Bevölkerungsschichten über ihre Sorgen und Probleme und informierte sich bei den Werktätigen über den Stand der Produktion. Auf Grund dieser engen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wurden die besten Erfahrungen bei der Leitung der sozialistischen Produktion und der staatlichen Organe ausgewertet und die notwendigen neuen Maßnahmen festgelegt. Die vom Staatsrat beschlossenen Ordnungen legten fest, daß sich die gesamte Tätigkeit der Volksvertretungen auf die Lösung der ökonomischen, technischen und kulturellen Aufgaben des Volkswirtschaftsplans und auf die Berücksichtigung der Belange der werktätigen Bevölkerung konzentrieren muß.

Während der Diskussion über die Entwürfe der Ordnungen erhielt die Kanzlei des Staatsrates über zehntausend Vorschläge. Die umfassende Aussprache war ein lebendiges Beispiel der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, des weiteren Zusammenwachsens des Volkes mit seinem sozialistischen Staat, dem Hauptinstrument zur Organisierung der gesellschaftlichen Umwälzung. Sie zeigte, wie die Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angehörigen der In-

telligenz gelernt hatten, ihren Staat und ihre Wirtschaft selbst zu leiten.

Die Deutsche Demokratische Republik tat alles nur Erdenkliche, um eine Entspannung in Deutschland herbeizuführen, die Gefahr eines Krieges auf deutschem Boden abzuwenden und vor allem eine weitere Vertiefung der Spaltung zu verhindern. Die Verdienste des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, seine große Verantwortung im Kampf für die Sicherung des Friedens in Europa, zur Abwehr der aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus wurden von der Moskauer Beratung der Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 gewürdigt. In der Erklärung der Beratung hieß es ausdrücklich: „Die Teilnehmer der Beratung betrachten es als die Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers, aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, des Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, des wahren Künders der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes."[38]

Die Moskauer Beratung bestätigte die Einschätzung, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bezüglich des westdeutschen Militarismus gegeben hatte. Sie stellte fest, daß der Bonner Staat sich zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa entwickelt hatte und daß die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas immer größer geworden war.

Das Zentralkomitee der SED beschäftigte sich auf seiner 11. Tagung (15. bis 17. Dezember 1960) mit den Aufgaben, die sich aus der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Hinblick auf Deutschland ergaben, und begrüßte die von ihr formulierten grundlegenden Thesen. Die

[38] Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien . . ., S. 30.

Moskauer Beratung hatte vor allem betont, daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens die vordringlichste Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte ist und die Verwirklichung des von der Sowjetunion unterbreiteten Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung historische Bedeutung für die Geschicke der Menschheit haben würde. Sie hatte hervorgehoben, daß das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern die unerschütterliche Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist und daß das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung sowie alle friedliebenden Kräfte in der Welt imstande sind, durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg zu verhindern.

Die Moskauer Erklärung betonte mit Nachdruck: „Die Kommunisten sehen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend im Weltmaßstab abzuschaffen und die Möglichkeit eines beliebigen Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen. Die kommunistischen Parteien in allen Ländern werden der Verwirklichung dieser großen geschichtlichen Mission ihre ganze Kraft und Energie widmen."[39]

In konsequenter Fortsetzung der seit Bestehen der beiden deutschen Staaten von der DDR betriebenen Politik der Sicherung des Friedens in Deutschland machte Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED den Vorschlag, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten die Erhaltung des Friedens für zunächst zehn Jahre vereinbaren sollten. Angesichts der Tatsache, daß die westdeutsche Regierung nicht bereit war, einer vollständigen

[39] Ebenda, S. 39.

Abrüstung zuzustimmen, wäre einer Vereinbarung über die Erhaltung des Friedens für wenigstens zehn Jahre eine außerordentlich große Bedeutung zugekommen. Sie hätte die Gefahr eines Krieges in Europa wesentlich vermindert, die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten gefördert und so der nationalen Wiedervereinigung den Weg gebahnt.

Zugleich hätte sie der realen Lage in Deutschland, dem Bestehen von zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, Rechnung getragen und die Interessen aller Klassen und Schichten mit Ausnahme der kriegslüsternen Kreise des Monopolkapitals berücksichtigt.

Die 11. Tagung des ZK der SED hob erneut hervor, welche große Bedeutung dem Vorschlag der Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten zukommt. So erklärte das Zentralkomitee in seiner Entschließung zu den Ergebnissen der Moskauer Beratung:

„In konsequenter Anwendung des Deutschlandplanes des Volkes und der Prinzipien der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien setzt die SED der Parole Adenauers von der ‚unfriedlichen Koexistenz' die Politik der friedlichen Koexistenz entgegen ...

Die Politik der DDR hat zum Inhalt, durch die weitere Stärkung der DDR und die breiteste Entwicklung der Friedensbewegung die Bonner Regierung zu veranlassen, auf den friedlichen Wettbewerb, auf friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzugehen ... Unsere Partei wendet die große Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit dem Vorschlag der Konföderation schöpferisch auf die historisch-konkrete Situation und die nationalen Bedingungen in Deutschland an."[40]

Natürlich konnte es keine schematische Übertragung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, wie sie in der Poli-

[40] Ebenda, S. 183, 184/185.

tik zwischen verschiedenen Nationalstaaten Geltung haben, auf die Bedingungen in Deutschland geben. In Deutschland ging es um das friedliche Zusammenleben von zwei deutschen Staaten und um die Wiederherstellung der Einheit einer gespaltenen Nation. Die Politik der friedlichen Koexistenz, die ihren sichtbaren Ausdruck in den Vorschlägen zum Abschluß eines Abkommens zur Erhaltung des Friedens für zunächst zehn Jahre sowie von Vereinbarungen über einen Rüstungsstopp und die Bildung einer Konföderation fand, mußte daher nicht nur das friedliche Nebeneinanderleben, sondern auch das friedliche Zusammenleben der sozialistischen DDR und der monopolkapitalistischen Bundesrepublik vorsehen, das nur durch die Bändigung des Militarismus und Neonazismus und die Herbeiführung eines Übergewichts der Friedenskräfte in Westdeutschland vorbereitet werden konnte.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte seit der Spaltung Deutschlands und der Errichtung des Bonner Regimes des Militarismus und der Revanchepolitik weit über hundert konkrete Vorschläge zur Sicherung des Friedens gemacht. All diese Vorschläge wurden von den Bonner Machthabern abgelehnt. Waren die Bemühungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Nationalen Front und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik deshalb vergeblich? Hatte es überhaupt einen Sinn, Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Vorbereitung der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten, da doch bekannt war, daß die Adenauer-Regierung weder Entspannung und friedliche Koexistenz noch die Wiedervereinigung wollte?

Die klare Antwort hierauf gab Walter Ulbricht am 8. Mai 1960 in seiner Rede zum 15. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus: „Im Kampf um die Rettung der Nation vor einem neuen Krieg und um die Schaffung der Voraussetzungen für die friedliche

Wiedervereinigung Deutschlands darf einen niemals die Geduld verlassen, darf man nichts versäumen, auch wenn es im Augenblick ohne Resultat zu bleiben scheint. Da gibt es für uns keine sogenannten Prestigefragen. Denn *wir kennen nur ein Prestige:*

Als revolutionäre Sozialisten der deutschen Nation zu dienen, die unsere Nation ist, an der wir leidenschaftlich hängen. Wir wollen nicht, daß diese Nation über anderen oder unter anderen steht. Wir ersehnen für sie friedliche Größe, materiellen und kulturellen Höchststand, Freude für ihre Bürger und die Freundschaft aller Völker. *In diesem Geist, Vorkämpfer der Nation zu sein, darin besteht die nationale Mission der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.*"[41]

13. Am Rande des atomaren Krieges

Im Frühjahr 1961 beschleunigte der westdeutsche Militarismus und Imperialismus mit Unterstützung seiner Bundesgenossen in der NATO außerordentlich die Aggressionsvorbereitung gegen die Deutsche Demokratische Republik. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, die sich im wachsenden Maße dafür aussprach, internationale Streitfragen durch Verhandlungen beizulegen, mußte sich der amerikanische Präsident John F. Kennedy jedoch bereit finden, zu einem Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow nach Wien zu reisen. Während dieses Treffens am 3. und 4. Juni 1961 legte N. S. Chruschtschow zwei Memoranden der Sowjetregierung vor: über die Einstellung der Kernwaffenversuche und über den Abschluß

41 Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß. Vier Reden und Aufsätze zur Geschichte der DDR, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 186.

eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems.

In dem Memorandum über die deutsche Frage, das die Dringlichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags hervorhob, machte die Regierung der UdSSR konstruktive Vorschläge, wie eine Lösung gefunden werden könnte, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. In voller Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes regte die UdSSR an, die vier Großmächte sollten sich an die deutschen Staaten mit dem Appell wenden, „sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen. Die vier Mächte werden von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird."[42]

Diese vom Geist der Verständigung getragenen Vorschläge wurden jedoch von den Westmächten und der Bonner Regierung wiederum abgelehnt. Die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland waren auf Provokationen aus und hofften, daß sie einer Friedensregelung und damit einer Entspannung in Europa zuvorkommen könnten. Die Deutsche Demokratische Republik dagegen verkündete den Deutschen Friedensplan. Sie machte sich damit erneut zum Sprecher des ganzen deutschen Volkes und vertrat zugleich die Interessen aller europäischen Völker. Der auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961 beschlossene Deutsche Friedensplan enthielt umfassende Vorschläge zur Sicherung des Friedens und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Volkskammer der DDR erklärte, sie sehe „in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die

42 Neues Deutschland, 11. Juni 1961.

vier Mächte von vornherein erklären sollen, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation"[43].

Der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands wurde im Deutschen Friedensplan vorgeschlagen, eine deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der beiden deutschen Staaten zu bilden, die eigene deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag ausarbeiten sollte. Um das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern, schlug die Volkskammer der DDR ein Abkommen des guten Willens vor. Beide deutschen Staaten sollten auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte verzichten, sich über Stärke, Bewaffnung und Standorte der Streitkräfte verständigen, Kriegs- und Revanchepropaganda nicht zulassen, den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO sowie die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unterstützen. Beide deutschen Staaten sollten die Verpflichtung übernehmen, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen, sie sollten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten betrachten. Schließlich sollten sich beide deutschen Staaten verpflichten, den Handel miteinander zu erweitern, die kulturellen und sportlichen Beziehungen auszubauen und Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs zu treffen.

Der aus hoher nationaler Verantwortung beschlossene Deutsche Friedensplan bewies, daß der Staat der Arbeiter

[43] Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. IX, Berlin 1962, S. 104/105.

und Bauern bestrebt war, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und eine Entspannung der Lage in Europa herbeizuführen. Die DDR war trotz der von Bonn ausgehenden Hetze zu Kompromissen bereit, die einer Verständigung im Interesse der Nation und des Friedens dienlich sein und zur Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands beitragen könnten. Eine Verständigung über die im Deutschen Friedensplan enthaltenen Vorschläge hätte im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes gelegen, mit Ausnahme einer kleinen, an der Fortsetzung des kalten Krieges und der Vorbereitung aggressiver Abenteuer interessierten Gruppe militaristischer Politiker. Obwohl die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ein friedliebendes Deutschland, wie es im Deutschen Friedensplan vorgesehen war, einem Leben unter den Bedingungen des Wettrüstens und der Atomkriegspolitik offensichtlich vorgezogen hätte, gelang es zu dieser Zeit noch nicht, die aggressiven Kräfte in Westdeutschland zurückzudrängen. Die maßgeblichen Kreise des westdeutschen Monopolkapitals und ihre Politiker und Generale beantworteten die Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Kriegshetze und verstärktem Revanchismus. Das fand vor allem seinen Ausdruck in der Grundsatzerklärung der westdeutschen CDU/CSU vom 11. Juli 1961. In dieser Erklärung gab die führende Partei des westdeutschen Monopolkapitals unverblümt zu, daß es das Ziel der Bonner Politik sei, die Deutsche Demokratische Republik dem Machtbereich des deutschen Imperialismus einzuverleiben und so „ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft und damit auch in die NATO integriert ist“[44].

Diese Grundsatzerklärung war das Fazit aus der bisherigen Politik der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Sie faßte die antinationale Konzeption des west-

[44] Süddeutsche Zeitung (München), 12. Juli 1961.

deutschen Monopolkapitals zusammen und führte sie weiter. Gestützt auf diese Konzeption, ging die Adenauer-Regierung dazu über, ihre Diversionstätigkeit gegen die DDR, vor allem die Abwerbung von Bürgern aus der DDR, zu verstärken, um die Wirtschaft der Republik mit allen Mitteln zu stören. Die dadurch hervorgerufene Republikflucht von Wissenschaftlern, Ärzten, Technikern, Facharbeitern und anderen Bürgern der DDR nahm sprunghaft zu.

Durch die verstärkte Abwerbung, den regelrecht organisierten Menschenhandel und die zunehmende Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik wollten die aggressiven Kräfte künstlich eine Situation der allgemeinen Unsicherheit und der Panik erzeugen. Die westdeutschen Militaristen hofften, wie das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" am 12. Juli 1961 feststellte, mit der schon lange geplanten gewaltsamen Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges endlich zum Zuge zu kommen. Die Bonner Ultras hatten hierfür sehr konkrete Vorstellungen. So forderte der persönliche Freund des damaligen westdeutschen Kriegsministers Strauß und Sprecher des Bonner Generalstabs, Alfons Dallmar, im „Münchner Merkur" vom 24./25. Juni offen, man müsse eine „Explosion" in der DDR herbeiführen. Hierfür bedürfe es, wie er schrieb, „entsprechender politischer, ökonomischer, propagandistischer und nicht zuletzt organisatorischer und subversiver Vorbereitungen des Westens".

In der „Bonner Rundschau" vom 9. Juli erklärte Robert Ingrim, die imperialistischen Mächte müßten imstande sein, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges, anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr."

Der vom westdeutschen Monopolkapital und den Bonner Parteien für die gewaltsame Wiedereingliederung der DDR unter dem hochtrabenden Namen „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen" gebildete Ausschuß veröffentlichte am 6. Juli 1961 einen detaillierten Plan, wie die Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Wiedererrichtung der Macht des Monopolkapitals nach der gewaltsamen Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik vor sich gehen und wie vor allem die Aufteilung der volkseigenen Betriebe unter die großen Monopole bewerkstelligt werden sollten.

Dieser Plan fand die ausdrückliche Billigung der westdeutschen Regierung im offiziellen Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. Juli 1961. An der psychologischen Vorbereitung der Aggression hatten auch die reaktionären Kräfte der westdeutschen Kirchenleitung Anteil. So verstieg sich der stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Lilje, in einem Interview im westdeutschen Rundfunk und Fernsehen zu der provokatorischen Erklärung, die Christen in der DDR hätten ein „aktives Widerstandsrecht".

Unverhüllt rief Bischof Lilje zur Vorbereitung eines Bürgerkrieges auf. Da Bonn für dessen Auslösung den Zeitpunkt noch bestimmen mußte, hielt es der christliche Herr lediglich für nicht zweckmäßig, „voreilig zu einer Flinte zu greifen".[45]

Strauß erklärte schließlich am 1. August in seiner Eigenschaft als westdeutscher Kriegsminister auf einer Pressekonferenz in New York, daß der Westen auf „eine Art Bürgerkrieg" vorbereitet sein müsse. Bereits früher hatte Strauß dem Chefredakteur der Londoner Wochenzeitschrift

[45] Rheinische Post (Düsseldorf), 29. Juli 1961.

„Punch" gegenüber geäußert, daß es im Herbst eine Berlinkrise geben würde.

Westberlin nahm in diesen Plänen zur „Aufrollung der DDR" eine Schlüsselstellung ein. Ihm war die Rolle eines Einfalltores zugedacht, durch das gedungene Banden in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik eingeschleust werden sollten. Nach den Vorstellungen der aggressiven Kräfte sollte sich die Vorbereitung der Eroberung der DDR „von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum vollständigen passiven Widerstand, bis zum regelrechten Volksaufstand"[46] erstrecken.

So absurd auch die Spekulationen, daß es gelingen könnte, einen „Volksaufstand" in der DDR zu organisieren, so illusionär auch der Glaube an eine „innere Schwäche" der DDR, so hirnverbrannt schließlich die Idee, daß die Sowjetunion und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages einem Überfall der Bonner Militaristen auf die DDR tatenlos zusehen würden, so waren doch die Absichten der Bonner Ultras, Provokationen auszulösen, die eine Handhabe für den vom Bonner Generalstab geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen die DDR bieten sollten, äußerst gefährlich.

Die deutschen Militaristen hatten schon oft die reale Lage und das reale Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt. Ebendeshalb bestand die akute Gefahr, daß sie durch ihre abenteuerliche Politik, durch militärische Provokationen gegen die DDR einen Weltbrand auslösen würden. Das Ausmaß dieser Gefahr wurde dadurch noch größer, daß die aggressiven Kreise in Westdeutschland in ihren Absichten durch die Haltung der Westmächte bestärkt wurden.

So hatte General de Gaulle schon am 1. Juli 1961 in Nancy erklärt, daß man in der DDR und anderswo „budapestisch" sprechen müsse. Der amerikanische Präsident

[46] Münchner Merkur, 24./25. Juni 1961.

Kennedy forderte am 25. Juli vom amerikanischen Kongreß weitere Mittel zur Aufrüstung und traf zugleich Maßnahmen zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft der USA. Anfang August wurden die NATO-Verbände in Europa in Alarmbereitschaft versetzt. Es begannen verschiedene Manöver der NATO-Truppen, was ebenfalls zu einer Erhöhung der Kriegsgefahr beitrug.

Der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Clark, forderte am 3. Juli dazu auf, sich „aufs Äußerste" vorzubereiten. Am 7. August 1961 wurde im Auftrag Westberliner Agentenzentralen im Großberliner Vieh- und Schlachthof ein Brand gelegt, um die Fleischversorgung erheblich zu stören. Einige Tage später wurden in der Berliner Humboldt-Universität Brandsätze entzündet. Die Vorbereitung eines konterrevolutionären Putsches, der von Westberliner Boden aus organisiert wurde, lief auf Hochtouren. Die westdeutsche Presse steigerte ihre Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik, die in Aufrufen zu militärischen Abenteuern gipfelte, wie das zum Beispiel in der Behauptung des „Rheinischen Merkur" vom 11. August zum Ausdruck kam, daß die DDR eine „Gefahr für die Welt" darstelle.

Die Pläne der aggressiven Kräfte des deutschen Monopolkapitals sahen auch vor, daß die westdeutsche Bundeswehr nach dem Ausbruch von „Unruhen", die von Westberlin aus auf dem Territorium der DDR inszeniert werden sollten, direkt eingriff. Die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik sollte mit „Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durch das Brandenburger Tor unter klingendem Spiel" gefeiert werden, wie dies der „Industriekurier", eine Zeitung der großen Monopole, am 2. September 1961 zugab.

Doch die Liebhaber militärischer Abenteuer hatten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht, ihre eigenen Kräfte maßlos überschätzt, die Stärke der Deutschen Demokra-

tischen Republik dagegen, die der unumschränkten Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten gewiß war, unterschätzt und die Haltung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik völlig verkannt. Die Werktätigen Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik setzten sich für entschlossene Maßnahmen gegen die Provokationen und gegen die von der Frontstadt Westberlin ausgehende Untergrabung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ein. Sie forderten ein entschiedenes Vorgehen gegen die organisierte Abwerbung, den Schwindelkurs und das der Volkswirtschaft abträgliche Grenzgängertum.

Ende Juli 1961 wandte sich die Brigade „Otto Krahmann" vom Berliner Kabelwerk Oberspree an alle Werktätigen der DDR mit dem Appell: „Laßt keinen Planrückstand zu! Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion, und der Deutsche Friedensplan wird verwirklicht!"[47]

Dieser Aufruf fand ein starkes Echo, vor allem unter den Berliner Werktätigen. Der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse erkannte, daß die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität der wichtigste Beitrag der Werktätigen im Kampf für die Sicherung des Friedens sein mußte.

Der Magistrat von Groß-Berlin machte dem Senat von Westberlin Vorschläge zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen Westberlin und der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, zur Regelung des Grenzgängerproblems und zur Entspannung der von den aggressiven Kräften bis auf den Siedepunkt angeheizten Atmosphäre in Berlin. Als Antwort steigerten die Machthaber in Westberlin und Bonn die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Die Deutsche Demokratische Republik hatte jahrelang größte Besonnenheit an den Tag gelegt und gegenüber den

47 Neues Deutschland, 30. Juli 1961.

ständigen Provokationen eine fast grenzenlose Geduld geübt. Sie hatte alles Erdenkliche unternommen, um die Lösung der nationalen Frage unseres Volkes, um die Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine künftige nationale Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat unter Bedingungen zu erreichen, die die persönlichen Interessen der Bürger in ganz Deutschland, insbesondere die Verbindung zwischen den Bürgern beider deutschen Staaten, möglichst nicht beeinträchtigten. Die Deutsche Demokratische Republik hatte im Interesse der Entspannung und der Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Bürgern Erschwernisse und ökonomische Verluste auf sich genommen, wie sie kein Staat in der Welt jemals geduldet hat.

Die offene Grenze zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin hatte zu gewaltigen wirtschaftlichen Verlusten geführt, die ein ernstes Hemmnis für den sozialistischen Aufbau waren. Nach sehr unvollkommenen Schätzungen betrugen sie mehr als 30 Milliarden DM. Mit den der DDR geraubten Mitteln hätten Investitionen gemacht werden können, um zahlreiche neue Betriebe zu errichten, bestehende zu modernisieren, die Produktion zu steigern und damit den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich zu erhöhen.

Um eine Vorstellung von der Höhe dieser Verluste zu haben, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die in der sozialistischen Industrie und Bauindustrie verausgabten Investitionsmittel zum Aufbau neuer Produktionskapazitäten und zur Modernisierung der vorhandenen in den Jahren 1956 bis 1961 ebenfalls etwa 30 Milliarden DM betrugen. Mit anderen Worten, die durch die offene Grenze geraubten Mittel hätte die DDR in den vorangegangenen fünf Jahren dafür verwenden können, um die so notwendigen

Investitionen etwa zu verdoppeln und so ein noch wesentlich höheres Entwicklungstempo zu erzielen.

Die militaristischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin legten die von der DDR geübte Geduld als Schwäche aus. Sie glaubten, ihr sträfliches Spiel mit dem Leben und der Sicherheit von Millionen Menschen fortsetzen und die offene Grenze dazu benutzen zu können, ihre aggressiven Absichten durchzusetzen.

Durch die abenteuerliche Politik der westdeutschen Ultras und ihrer Bundesgenossen in der NATO war im Spätsommer 1961 eine äußerst bedrohliche Lage entstanden. Noch nie seit Beendigung des zweiten Weltkrieges war der Frieden in Europa in einem solchen Maße gefährdet gewesen. In einer in der ganzen Welt beachteten Fernseh- und Rundfunkansprache hatte N. S. Chruschtschow am 7. August die ernste Warnung ausgesprochen, daß die Westmächte die Welt bis zum Abgrund eines atomaren Krieges gebracht haben und „die Entstehung der Gefahr eines militärischen Überfalls der Imperialisten auf die sozialistischen Staaten nicht ausgeschlossen ist. Ich möchte Ihnen versichern, daß das Zentralkomitee der KPdSU und die Sowjetregierung alles, was von ihnen abhängt, tun und tun werden, um die Entfesselung eines Krieges zu verhüten. Doch nicht alles hängt von uns ab."[48]

14. Die Rettung des europäischen Friedens am 13. August 1961

Die äußerst ernste Situation, die im Ergebnis der aggressiven Handlungen der imperialistischen Kräfte entstanden war, erforderte, daß die Deutsche Demokratische Republik entschiedene Vorkehrungen zur Gewährleistung ihrer

[48] ddz, 1961, Heft 245, S. 45.

Sicherheit und der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens traf.

Im Morgengrauen des 13. August 1961, es war Sonntag, nahmen die bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam mit den Kampfgruppen der Berliner Arbeiterschaft die gesamte bisher offene Grenze gegenüber Westberlin unter Kontrolle und dämmten damit den schwelenden Kriegsherd ein. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik faßte den Beschluß: „Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist."[49]

Die Kampfgruppen der Berliner Arbeiter und die Angehörigen der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen bei der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls eine hohe Einsatzbereitschaft. Mit größter Präzision, schnell und zuverlässig bezogen die an der Aktion beteiligten Kräfte die befohlenen Bereitstellungsräume und lösten diszipliniert, energisch und umsichtig die Aufgabe, an den Grenzen nach Westberlin eine zuverlässige Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten. Durch ihr entschlossenes Handeln und ihre hohe Disziplin ermöglichten sie es, die notwendigen Sicherungsvorkehrungen reibungslos auszuführen. Sie nahmen allen Provokateuren von vornherein die Lust und die Möglichkeit, gefährliche Zwischenfälle heraufzubeschwören.

In kürzester Zeit hatten sich die in der Nacht vom 12. zum 13. August alarmierten Kämpfer der Berliner Kampfgruppen an ihren Sammelplätzen eingefunden, so daß sie im frühen Morgengrauen bereits die Grenze am Branden-

[49] Dokumente zur Außenpolitik . . ., Bd. IX, S. 159.

burger Tor, am Potsdamer Platz, im Norden und Südosten Berlins unter Kontrolle nehmen konnten. Die Machthaber in Bonn und Westberlin waren von den Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik überrascht. Am wenigsten hatten sie damit gerechnet, daß es die bewaffneten Berliner Arbeiter selbst sein würden, die so schnell und exakt die Aufgaben zur Sicherung des Friedens und zur Eindämmung des Kriegsherdes Westberlin erfüllen würden.

Als diensttuende Beamte der Westberliner Polizei in den frühen Morgenstunden des 13. August bemerkten, daß Kampfgruppen und Angehörige der Volkspolizei die Sicherungsmaßnahmen an der Grenze durchführten, berichteten sie sofort ihren vorgesetzten Dienststellen. Der Westberliner Bürgermeister Brandt und der sogenannte Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, wurden aus dem Schlaf geholt. Sie informierten umgehend Adenauers rechte Hand, den berüchtigten Judenmörder Globke, und baten um Anweisungen, wie es weitergehen solle. Nach einigem Zögern wurde auch Adenauer aus dem Bett geholt. Doch zu dieser frühen Stunde wagte er es nicht, die Botschafter der Westmächte zu benachrichtigen und um eine Entscheidung zu bitten.

Adenauer hielt es jedoch für richtig, Korrespondenten gegenüber die provokatorische Erklärung abzugeben, daß Westdeutschland und seine Bundesgenossen in der NATO die Maßnahmen der Regierung der DDR nicht anerkennen und alles unternehmen würden, um sie unverzüglich rückgängig zu machen. Einige Stunden später mußte er selbst veranlassen, daß diese Erklärung, die bereits über den Rundfunk gegangen war, nicht mehr wiederholt würde. Es zeigte sich, daß die maßgeblichen Kräfte der imperialistischen Westmächte nicht bereit waren, im Interesse der westdeutschen Revanchisten ihre eigene Sicherheit aufs Spiel zu setzen und das Risiko einer militärischen Ausein-

andersetzung an der Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik einzugehen, bei der sie sich der gemeinsamen militärischen Macht aller Staaten des Warschauer Vertrages gegenüber gesehen hätten. Sie mußten einsehen, daß sie an der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik nicht rütteln konnten und daß ein militärisches Abenteuer gegen die sozialistischen Staaten unweigerlich mit der vollständigen Niederlage der imperialistischen Aggressoren geendet hätte.

Vielfältig waren die Beweise für die weiteren Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis – auf politischem, ökonomischem, nicht zuletzt auch militärischem Gebiet –, die in den letzten Jahren und Monaten zugunsten des sozialistischen Lagers eingetreten waren.

Am deutlichsten und überzeugendsten waren offensichtlich die Pionierleistungen der Sowjetunion bei der Bezwingung des Kosmos: Am 12. April 1961 hatte Juri Gagarin als erster Mensch die Erde in einem Weltraumschiff umkreist, am 7. August 1961 landete German Titow nach einer 17fachen Umrundung der Erde wohlbehalten im vorausbestimmten Raum.

Im August 1961 hatten die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ihr ganzes internationales Gewicht, ihre ganze ungeheure Stärke für die Sicherung des bedrohten Friedens eingesetzt. In einer Beratung, die vom 3. bis 5. August in Moskau stattfand, hatten die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der dem Warschauer Vertrag angehörenden sozialistischen Länder zu der ernsten Lage Stellung genommen und die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens vereinbart.

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten veröffentlichten am 13. August eine Erklärung, in der sie den Ernst der durch die revanchistischen Kräfte des westdeutschen Imperialismus und seine Bundesgenossen im Herzen

Europas geschaffenen Situation deutlich machten. In dieser Erklärung hieß es: „Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die Westmächte beantworteten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfachung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt... Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert wären und wo sie sich so ungestraft betätigen können wie in Westberlin. Diese zahlreichen Wühlzentralen schleusen in die DDR Agenten ein, damit sie verschiedene Diversionen unternehmen, sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zur Organisation von Sabotageakten und Unruhen in der DDR auf... Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten."[50]

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wandten sich daher an die Volkskammer und an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, längs der Westberliner Grenze eine Ordnung einzuführen, durch die die Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig unterbunden werden könnte. So stand hinter den Sicherheitsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik die feste Entschlossenheit der verbündeten sozialistischen Staaten, mit allen Mit-

[50] ddz, 1961, Heft 245, S. 39.

teln die Erhaltung des Friedens zu gewährleisten und jeden Versuch einer Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik sofort zunichte zu machen.

Durch ihr rasches und diszipliniertes Handeln hatten die Kampfgruppen der Berliner Arbeiter, die Nationale Volksarmee und die anderen bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik dem deutschen Imperialismus und Militarismus am 13. August 1961 eine spürbare Niederlage bereitet und den Frieden in Deutschland und Europa, ja in der ganzen Welt gerettet. Am Brandenburger Tor, das in der Vergangenheit allzuoft von den deutschen Militaristen als Schauplatz ihrer Aggressionspolitik mißbraucht worden war, der Stätte, an der die schlimmsten Drohungen gegen den Frieden und gegen die Völker Europas ausgestoßen worden waren, an diesem Brandenburger Tor wurden die aggressiven Pläne der revanchistischen Kräfte des westdeutschen Imperialismus und ihrer Hintermänner und Bundesgenossen in den Metropolen der imperialistischen Großmächte zerschlagen.

Die Aggressionspläne der westdeutschen Militaristen gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen den Frieden in Europa und in der Welt erlitten angesichts des neuen Kräfteverhältnisses genauso gesetzmäßig Schiffbruch, wie die Niederlagen des deutschen Imperialismus in den beiden Weltkriegen gesetzmäßig eingetreten waren. Der 13. August hatte schlagartig das wahre Kräfteverhältnis nicht nur in der Welt, sondern auch in Deutschland offenbart. Diesmal waren die deutschen Militaristen von der deutschen Arbeiterklasse und von deren Verbündeten besiegt worden. Diesmal waren sie geschlagen worden, bevor sie Millionen Menschen in den Tod hetzen konnten.

Die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hatte Anteil an dem entscheidenden Schlag, den der westdeutsche Imperialismus und Militarismus einstekken mußte. 285 000 junge Arbeiter, Bauern und Studenten

folgten dem Aufgebot der Freien Deutschen Jugend „Das Vaterland ruft! Schützt die Republik!" und meldeten sich freiwillig zum Ehrendienst in den bewaffneten Einheiten der Republik, um den Schutz des sozialistischen Vaterlandes zu übernehmen. Der Zentralrat der FDJ orientierte in seinem Kampfauftrag vom 16. August 1961 den Jugendverband auch darauf, alle Kräfte für die Stärkung der Volkswirtschaft der DDR und für die Klärung politischer Grundfragen aufzubieten.

In den Betrieben und LPG erklärten sich viele Werktätige bereit, die notwendigen Mehrleistungen zu vollbringen, um den zeitweiligen Ausfall ihrer Arbeitskollegen wettzumachen, die mit der Waffe in der Hand auf Friedenswacht gezogen waren. Der 13. August hatte endgültig bewiesen, daß die Revanchepläne des westdeutschen Militarismus bankrott waren. Aller Welt wurde klar, daß die Absicht Bonns, die Deutsche Demokratische Republik aufzurollen, gescheitert, daß der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik unantastbar war.

Der 13. August machte den Bankrott der Politik Adenauers deutlich. Er löste auch in Westdeutschland ein großes Nachdenken aller Schichten der Bevölkerung aus. Unter dem unmittelbaren Eindruck der antifaschistischen Schutzmaßnahmen begannen sich in Westdeutschland die Stimmen zu mehren, die eine Abkehr von der irrealen Konzeption der Eroberung der DDR und eine Überprüfung der gesamten Politik Westdeutschlands forderten.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen vom 13. August trugen zur weiteren Festigung des internationalen Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik bei. Der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund der Demokratischen Jugend, zahlreiche demokratische Organisationen vieler Länder, die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt unterstützten die gerechten, dem Frieden dienenden Maßnahmen der Regierung der DDR. Vielen Menschen in der Welt

wurde nunmehr vollends klar, daß der wiedererstandene westdeutsche Militarismus die Sicherheit aller europäischen Völker und den Frieden in der ganzen Welt bedrohte. Sie begannen zu erkennen, daß die Sicherung des Friedens der Hauptinhalt der Deutschlandfrage war und daß das Deutschlandproblem nur durch Verhandlungen gelöst werden kann, denen die Anerkennung des Bestehens von zwei deutschen Staaten zugrunde liegen muß.

Das zeigte sich besonders klar auf der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten, die Anfang September 1961 stattfand. Auf ihr sprachen sich die Vertreter der bedeutendsten nichtpaktgebundenen Staaten für eine dauerhafte Friedensregelung mit Deutschland aus. Sie betonten die Notwendigkeit, einen Friedensvertrag abzuschließen, und erklärten zugleich, man müsse in der Deutschlandfrage davon ausgehen, daß zwei deutsche Staaten existieren. Die Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten bestätigte damit, wie richtig die Politik der Deutschen Demokratischen Republik zur Sicherung des Friedens war.

Die antifaschistischen Schutzmaßnahmen vom 13. August trugen vor allem dazu bei, daß führende Politiker der Westmächte die Lage realer einzuschätzen begannen. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß an der Souveränität und an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik nichts zu ändern war, auch nicht durch Kriegsprovokationen. Die Verbündeten des westdeutschen Imperialismus, an ihrer Spitze die USA, fanden sich daher auch nicht bereit, das von Adenauer, Brandt und verschiedenen anderen westdeutschen und Westberliner Politikern geforderte „letzte Risiko" auf sich zu nehmen und die antifaschistischen Schutzmaßnahmen mit einer militärischen Aktion zu beantworten.

Einflußreiche Kreise im imperialistischen Lager, unter ihnen vor allem die führenden Kräfte des westdeutschen

Imperialismus, trachteten aber auch noch nach dem 13. August danach, durch Provokationen und andere Mittel eine Entspannung zu verhindern und ihre abenteuerliche Politik fortzusetzen. So forderte die „Deutsche Soldatenzeitung" am 18. August 1961 provokatorisch: „Was wir jetzt brauchen, das sind keine papierenen Deklarationen, das sind keine flammenden Proteste, keine tönenden Resolutionen, das sind harte und realistische Maßnahmen." Dabei verstand dieses Propagandaorgan des Revanchismus unter „realistischen Maßnahmen" schlimmste Abenteuer. Die Forderung nach wirklich realistischen Maßnahmen, nach Verhandlungen und einem echten Entspannungsbeitrag, erfaßte trotz des Geschreis der geschlagenen Revanchisten immer breitere Kreise der Öffentlichkeit.

Der 13. August beschleunigte den Differenzierungsprozeß im westlichen Lager. Im wachsenden Maße machten sich einflußreiche Politiker und Publizisten zu Sprechern der Massen der friedliebenden Bevölkerung der kapitalistischen Staaten, indem sie dafür eintraten, die gesamte außenpolitische Konzeption des imperialistischen Lagers zu überprüfen und sie in wesentlichen Teilen zu revidieren.

Unmittelbar unter dem Eindruck der Sicherungsmaßnahmen vom 13. August schrieb die einflußreiche Londoner Zeitung „Daily Express" am 14. August: „Gesunder Menschenverstand und gemeinsames Interesse führen zu der Schlußfolgerung: Jetzt ist Zeit zum Verhandeln." Und die Pariser „Liberation" schrieb am gleichen Tag, daß die DDR „Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen" getroffen habe: „Ist es nicht ganz normal, daß sich die DDR gegen jede Provokation (man weiß, daß die Bonner und Westberliner Politiker Meister auf diesem Gebiet sind) schützt? Jede Maßnahme, die verhindern kann, daß das Pulverfaß in Brand gesteckt wird, ist nicht einzig und allein deshalb schlecht, weil sie vom Osten kommt."

Zugleich verdichtete sich die Meinung, daß es notwendig

sei, die in Europa bestehenden Grenzen, besonders die Grenzen der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, anzuerkennen, die Politik der sogenannten Befreiung der europäischen Völker, die Politik des „roll back" aufzugeben und zu dauerhaften Vereinbarungen zu gelangen, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen müßten.

So bereitete der 13. August 1961 den deutschen Imperialisten und ihren Bundesgenossen die größte Niederlage seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

IV. Kapitel

Der Beginn des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (1961 bis 1964)

1. Am Anfang eines neuen Abschnitts der deutschen Geschichte

Der 13. August 1961 war eine Schocktherapie für alle diejenigen, die den Sinn unserer Epoche und das wahre Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland nicht begriffen hatten oder nicht begreifen wollten.

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin hatte nicht zuletzt das Ziel, die kalten Krieger, ihre Anhänger und Mitläufer von allzulieb gewordenen Illusionen zu kurieren und ihnen zu helfen, jahrelang getroffene Fehleinschätzungen über Bord zu werfen, aus denen sich die größten Gefahren für den Frieden ergeben hatten.

Die Hoffnungen der Bonner Machthaber, durch politischen und ökonomischen Druck die Deutsche Demokratische

Republik in die Knie zwingen zu können, waren endgültig gescheitert. Alle Bemühungen, mit Hilfe von Provokationen, die vornehmlich von Westberlin aus unter Mißbrauch der bis zum 13. August 1961 bestehenden offenen Grenze gegen die DDR gestartet werden sollten, einen begrenzten Krieg auszulösen, um den sozialistischen deutschen Staat gewaltsam zu beseitigen, hatten unwiderruflich Schiffbruch erlitten.

Die von der Deutschen Demokratischen Republik im Einverständnis und mit Unterstützung der verbündeten sozialistischen Staaten getroffenen Maßnahmen dienten einem großen Ziel: der Entspannung und der Stabilisierung des Friedens. Im Sommer/Herbst 1961 wurden die Weichen für die weitere Entwicklung in Deutschland, in Europa, ja in der Welt gestellt. Ebendeshalb waren die Maßnahmen vom 13. August nicht eine lokal begrenzte Aktion, sondern sie hatten größte Bedeutung für die gesamte internationale Entwicklung.

Heute ist für jedermann klar, daß sich in den letzten drei Jahren seit dem 13. August 1961 die Kräfte des Friedens in der ganzen Welt immer mehr durchgesetzt haben, daß es gelungen ist, die akute Bedrohung des Weltfriedens allmählich immer mehr zurückzudrängen. Heute ist es klar, daß seitdem eine schrittweise Beruhigung der Situation in Berlin, in Deutschland und in Europa, nicht aber eine weitere Verschärfung der internationalen Spannungen eingetreten ist.

Doch die deutschen Militaristen hätten aufgehört, deutsche Militaristen zu sein, und ihren Traditionen, ihrer Grundhaltung, ihrem ganzen Wesen abgeschworen, wenn sie sogleich ihre Niederlage zugegeben und den Zusammenbruch ihrer bisherigen Konzeption eingestanden hätten.

So beeindruckend und machtvoll der Schlag war, den sie am 13. August durch die präzise, besonnene und von Kraft getragene Aktion der Deutschen Demokratischen Republik

einstecken mußten, so groß war der Katzenjammer, der sie angesichts ihrer Ohnmacht befiel; sie brauchten noch einige Nachhilfestunden, um die Lektion vom 13. August zu begreifen.

Ähnlich wie zu Zeiten Wilhelms II. oder Adolf Hitlers, wollten sie ihre gescheiterte Politik bis zur letzten Grenze, ja selbst noch 5 Minuten nach 12, fortsetzen, in der irrigen Annahme, daß sich doch alles wieder ändern könnte. Die maßgeblichen Kreise in Bonn und Westberlin sträubten sich, die mit dem 13. August 1961 entstandene neue Lage zu akzeptieren. Sie taten alles, um einer Entspannung in Deutschland entgegenzuwirken und die Maßnahmen der Regierung der DDR in ihr Gegenteil zu verkehren.

Sie organisierten die verschiedenartigsten Provokationen gegen die Staatsgrenze, hetzten faschistische Rowdys von Westberlin aus zu Steinwürfen auf Angehörige der Kampfgruppen und der Grenzsicherungskräfte der DDR auf, inszenierten Krawalle an den Grenzübergängen, forderten zur „Durchlöcherung der Mauer" auf und versuchten so auf jede erdenkliche Weise, Westberlin auch weiterhin die Rolle des Störenfrieds spielen zu lassen. Hierbei fanden sie die Unterstützung der aggressivsten Kräfte des amerikanischen Imperialismus.

Die Haltung der Regierungen der Westmächte war jedoch insofern zweideutig, als sie einerseits dem Treiben der abenteuerlichen Kräfte zunächst nicht Einhalt boten und selbst dazu beitrugen, die allgemeine Kriegshysterie zu schüren, andererseits jedoch in wachsendem Maße zu erkennen gaben, daß sie nicht bereit wären, im Interesse der westdeutschen Imperialisten das wahnsinnige Wagnis eines atomaren Weltkrieges einzugehen. Zunächst hatte sich jedoch in der zweiten Augusthälfte die internationale Situation durch das Treiben der aggressiven imperialistischen Kräfte noch weiter verschärft.

Unter diesen Bedingungen sahen sich die sozialistischen Staaten gezwungen, weitere Schritte zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des sozialistischen Lagers zu unternehmen und den imperialistischen Kräften eindringlich vor Augen zu führen, daß sie bereit sind, ihre ganze Kraft in die Waagschale zu werfen, um einen Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik zu verhindern und den Frieden zu erhalten. Die Regierung der UdSSR beschloß, die von ihr einseitig eingestellten Atomwaffenversuche wiederaufzunehmen und Atomwaffen von bis dahin unbekannter Stärke mit einer Explosivkraft von 20 bis 100 Megatonnen gewöhnlichen Sprengstoffs zu erproben.

In diesem Zusammenhang betonte die Regierung der UdSSR am 31. August 1961: „Die Sowjetregierung würde ihre heilige Pflicht vor den Völkern ihres Landes, vor den Völkern der sozialistischen Länder und vor allen Völkern, die nach einem friedlichen Leben streben, nicht erfüllen, wenn sie angesichts der Drohungen und der Kriegsvorbereitungen in den USA und einigen anderen NATO-Ländern nicht die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Vervollkommnung der wirksamsten Waffenarten nutzen würde, die geeignet sind, die Hitzköpfe in den Hauptstädten einiger NATO-Mächte abzukühlen... Um dem Aggressor die Lust zu nehmen, ein verbrecherisches Spiel mit dem Feuer zu treiben, muß er wissen und sehen, daß es in der Welt eine Kraft gibt, die bereit und genügend gerüstet ist, jeden Anschlag auf die Unabhängigkeit und Sicherheit der friedliebenden Staaten zurückzuschlagen und daß die Waffe der Vergeltung den Aggressor in seiner eigenen Höhle treffen wird."[1]

In der gleichen Erklärung wird betont, daß die Sowjetunion weiterhin alle Anstrengungen unternehmen wird, um den Frieden zu sichern, eine allgemeine und vollständige Abrüstung durchzusetzen und die Einstellung jeglicher

1 Neues Deutschland, 31. August 1961.

Atomwaffenversuche durch alle Staaten zu erreichen. Die Sowjetregierung erklärte feierlich, daß die Streitkräfte der UdSSR niemals als erste Waffengewalt anwenden werden.

Der notwendige Schritt der Sowjetunion wirkte nach den Maßnahmen vom 13. August zusätzlich ernüchternd. Die maßgeblichen Kreise in den NATO-Staaten mußten erkennen, welch verheerende Folgen die Fortsetzung der abenteuerlichen Politik des Imperialismus haben würde. Selbst Adenauer sah sich gezwungen, in einer Fernsehrede am 2. September zu erklären, daß er zu Verhandlungen bereit sei und keineswegs ein letztes Risiko fordere. War diese Erklärung auch nicht ehrlich, so brachte sie doch den Bankrott der abenteuerlichen Politik des westdeutschen Imperialismus zum Ausdruck.

Aber auch in den folgenden Wochen gab es noch zahlreiche Versuche, die sich anbahnende Entspannung zu verhindern und statt dessen die Lage immer wieder zu verschärfen, um die alte, bankrotte Politik doch noch fortsetzen zu können. Ein Höhepunkt in diesem vergeblichen Bemühen, die Wirkung der Maßnahmen vom 13. August zu beeinträchtigen, war die von dem amerikanischen Exgeneral Clay und den westdeutschen Ultras geplante Provokation, Ende Oktober 1961 – zur selben Zeit, als in Moskau der XXII. Parteitag der KPdSU tagte – mit Panzern in den Stadtkern der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik vorzustoßen.

Dank der besonnenen Haltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Soldaten und Offiziere des Grenzschutzes konnten Zwischenfälle größeren Ausmaßes verhindert werden. Die DDR sah sich gezwungen, den antifaschistischen Schutzwall – vor allem im Stadtzentrum – weiter zu befestigen; sie führte damit den Abenteurern, die mit dem Leben ganzer Völker ein frevlerisches Spiel trieben, mit Stahl und Beton anschaulich vor Augen, daß jeder Versuch, die Staatsgrenze der DDR anzutasten,

einen Aggressionsakt gegen den Frieden darstellt, dem die notwendige Abfuhr erteilt wird.

Die westdeutschen und die amerikanischen Politiker, die hysterisch nach dem letzten Risiko geschrien hatten, wurden in die Schranken gewiesen. Die Regierungen der Westmächte mußten erkennen, daß sie an der Realität des sozialistischen deutschen Staates nicht mehr rütteln konnten und daß die Bemühungen, den Einflußbereich des Imperialismus bis an die Oder – oder gar noch weiter östlich – auszudehnen, gescheitert waren.

Am 13. August 1961 waren somit die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß nicht mehr durch Provokationen und unverantwortliche Handlungen abenteuerlicher Elemente – begangen unter Mißbrauch der offenen Grenze der DDR gegenüber Westberlin – ein Krieg auf deutschem Boden entbrennen konnte, aus dem nur zu leicht ein atomarer Weltkrieg werden könnte. Westberlin konnte nicht mehr im gleichen Maße wie früher als ein inmitten der DDR und des sozialistischen Lagers gelegener Provokationsherd die Rolle eines Sarajevo spielen. Die gefährliche Zeitbombe war entschärft worden. Im Herzen Europas trat die ersehnte Beruhigung der bis zum Siedepunkt erhitzten Atmosphäre ein. Die Lage stabilisierte sich. Eine der wichtigsten Aufgaben eines deutschen Friedensvertrages – die eindeutige Markierung der zwischen der DDR und dem besonderen Territorium Westberlin real bestehenden Staatsgrenze und damit die Eindämmung der Frontstadt Westberlin – war im wesentlichen gelöst.

Die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten hatten mehrfach darauf hingewiesen, daß die angespannte Situation in Mitteleuropa den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages noch im Jahre 1961 erfordere. Die Westmächte und die westdeutsche Bundesrepublik hatten jedoch den Abschluß eines Friedensvertrages vereitelt und durch ihre Politik die Situation zeitweilig weiter

verschärft. Mit den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August war nunmehr dem Treiben der aggressiven Kräfte ein wirksamer Riegel vorgeschoben worden, so daß die Entscheidung über den Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr unbedingt im Jahre 1961 herbeigeführt werden mußte und sich der Abschluß eines Friedensvertrages nur mit der Deutschen Demokratischen Republik erübrigte. Der Kampf für die Sicherung des Friedens konnte jetzt von neuen Positionen aus geführt werden.

Der 13. August leitete auch deshalb einen neuen Abschnitt in der deutschen Geschichte ein, weil mit ihm alle Grundfragen der Gegenwart klarer aufgeworfen, die Perspektive der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und der ganzen deutschen Nation deutlicher sichtbar geworden waren als je zuvor. Wie an anderen Wendepunkten, wurden durch die klare Aktion der sozialistischen Kräfte am 13. August bei breiten Kreisen der Öffentlichkeit in wenigen Tagen Schranken der Erkenntnis geöffnet, die in langen Jahren des Alltags durch Gewohnheit, Routine und Wunschdenken verschlossen waren.

Die noch verbreiteten Positionen des Schwankens, des Abwartens, des Wanderns zwischen den Fronten wurden mehr und mehr als das erkannt, was sie seit jeher waren: Illusionen und Unklarheiten über den objektiven, unabwendbaren Gang der Entwicklung.

Ein allgemeines Nachdenken setzte in der Bevölkerung ein. Sowohl die verantwortlichen Politiker als auch jeder einzelne mußte die Situation neu durchdenken und seine Stellung zu der neuen Entwicklung bestimmen. Den Menschen war der Alpdruck eines militärischen Zusammenstoßes und damit eines atomaren Krieges im Herzen Deuschlands genommen. Die Werktätigen der DDR hatten die Sicherheit erhalten, daß all das, was sie mit ihren eigenen Händen in ihren eigenen Betrieben schufen, auch ihnen und ihrem Staat allein zugute kommt. Die Möglichkeiten der

imperialistischen Kräfte, einen Teil der Bürger der DDR, vor allem ihrer Hauptstadt, tagtäglich ideologisch auf die verschiedenste Weise zu verseuchen, durch den Schwindelkurs und andere Machenschaften wirtschaftlich zu korrumpieren und gegen ihre ureigenen Interessen handeln zu lassen, waren außerordentlich zusammengeschrumpft.

Natürlich war es für manche nicht leicht, sofort die richtige Entscheidung zu fällen und sich aktiv zu ihrem Staat, zur Deutschen Demokratischen Republik, zu bekennen. So war vor allem auch die Eingliederung der Zehntausenden sogenannten Grenzgänger nicht nur eine Frage der Bereitstellung von Arbeitsplätzen – dies war verhältnismäßig schnell zu lösen –, sondern vor allem ein langwieriger politisch-ideologischer Prozeß.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die anderen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen und die Staatsorgane stellten daher die Klärung der politischen Grundfragen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Vor allem war es notwendig, den Klasseninhalt der nationalen Frage deutlich zu machen, eindeutig zu betonen, daß nicht die Spaltung Deutschlands, sondern die Herrschaft des Militarismus in Westdeutschland, die die Existenz der Nation tödlich bedrohte, die Quelle des größten Unglücks für das deutsche Volk war und ist.

Der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht rief in einer Ansprache im Fernsehen am 15. September alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf, die Dinge zu Ende zu denken, um sich in der neuen Situation zurechtzufinden. „Unsere Position ist klar", sagte Walter Ulbricht, „wir treten konsequent für Freiheit und Frieden und Sicherheit des deutschen Volkes ein. Unsere Deutsche Demokratische Republik ist stark. Sie wird wirtschaftlich und auf allen anderen Gebieten weiter wachsen. Wir können uns heute, wo wir den Westberliner Frontstadtsumpf ab-

geriegelt haben, ungestörter auf unsere inneren Aufgaben, auf die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie konzentrieren."[2]

Die Maßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August hatten nicht nur die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsgefahr bewirkt, sondern auch dem Wirtschaftskrieg des westdeutschen imperialistischen Staates gegen den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat einen empfindlichen Schlag versetzt. Jahrelang hatten die imperialistischen Kreise Westdeutschlands die wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik geschädigt und mit Hilfe Westberlins das sozialistische Aufbauwerk weitgehend behindert. Der Gesamtschaden, der den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik durch die organisierte Abwerbung von Fachleuten der verschiedensten Zweige der Wirtschaft, des Gesundheitswesens und der Volksbildung, durch Währungsmanipulationen, durch den Arbeitsausfall der sogenannten Grenzgänger und durch andere Erscheinungen des Wirtschaftskrieges in der Zeit der offenen Grenze zugefügt worden war, betrug mindestens 30 Milliarden DM. Nach Angaben amerikanischer Wissenschaftler machte er sogar insgesamt über 80 Milliarden DM aus.

Angesichts dieses Aderlasses waren die großartigen ökonomischen Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik noch eindrucksvoller, ist es verständlich, wenn von bürgerlichen Ökonomen die Formel geprägt wurde, daß das wahre deutsche Wirtschaftswunder in der Deutschen Demokratischen Republik vollbracht wurde. Doch unter den Bedingungen der offenen Grenze war es schwierig gewesen, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus konsequent durchzusetzen. Die real vorhandenen Möglichkeiten, die der Sozialismus zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bietet, konnten infolge der ideologischen Einflüsse und der

[2] Ebenda, 16. September 1961.

Störtätigkeit des Klassengegners nicht ausgeschöpft werden. Neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und bewährte Neuerermethoden wurden oftmals ungenügend verallgemeinert und nur zögernd in der Praxis angewandt. Das heißt, das Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität wurde verletzt. Das gezielte Embargo durch die Bonner Regierung, die mal diese und mal jene vereinbarte Lieferung sperrte, störte die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Infolge der organisierten Abwerbung von Fachkräften und der anderen ökonomischen Verluste konnten wichtige Investitionen nicht planmäßig durchgeführt werden, wurden die Durchsetzung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts und die vorrangige Entwicklung der ausschlaggebenden Industriezweige beeinträchtigt.

Die Relation zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der Durchschnittslöhne hatte sich in den letzten Jahren verschlechtert, weil der technische Fortschritt in den Arbeitsnormen nicht genügend Niederschlag fand und auch der Kampf gegen Verstöße der Arbeitsdisziplin nicht entschieden genug geführt wurde. Die Übereinstimmung zwischen dem Warenfonds und der Kaufkraft wurde gestört. Das führte dazu, daß in den ersten drei Jahren des Siebenjahrplans die individuelle und gesellschaftliche Konsumtion schneller stieg, als es im Plan vorgesehen war, während die Produktion und die Akkumulation nicht die im Siebenjahrplan gestellten Ziele erreichten.

Mit anderen Worten: Es ergab sich die Tendenz, daß mehr verbraucht als produziert wurde und nicht genügend Mittel für eine kontinuierliche Entwicklung der Produktion übrigblieben. So entstanden erhebliche volkswirtschaftliche Belastungen durch die Aufnahme von Krediten und die zeitweilige Verschuldung im Außenhandel.

Alle diese unter den Bedingungen der offenen Grenze

eingetretenen Verluste galt es nun durch angestrengte Arbeit wettzumachen. Dabei war klar, daß insgesamt ein längerer Zeitraum erforderlich sein mußte, um diese Aufgabe zu lösen und zugleich die Störfreimachung der Betriebe und Industriezweige weiterzuführen, damit die Deutsche Demokratische Republik, ungeachtet aller gegen sie gerichteten Aktionen des westdeutschen Imperialismus, ihre Aufgabe als Bastion des Friedens und des Sozialismus in Deutschland voll erfüllen konnte. Zugleich war es notwendig, Teile der nationalen Wirtschaft so umzustellen, daß unter Verwendung von Rohstoffen, Halbfabrikaten, Komplettierungsteilen und Zulieferungen aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten das wissenschaftlich-technische Weltniveau erreicht werden konnte.

Diese notwendige Überwindung der enormen Verluste, die zur Zeit der offenen Grenze entstanden waren, und die Veränderung des Produktionsprofils bestimmter Abschnitte der Wirtschaft konnten um so schneller und wirksamer erfolgen, je besser es gelang, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus konsequent durchzusetzen, die Leitungstätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane zu verbessern, in allen Schichten der Bevölkerung das sozialistische Bewußtsein zu stärken und somit vor allem die Arbeitsproduktivität in den entscheidendsten Zweigen der Volkswirtschaft beträchtlich zu steigern.

Jetzt, nachdem die Staatsgrenze gesichert und damit eine große Tat für die Festigung des Friedens in ganz Europa vollbracht worden war, ergab sich für die Deutsche Demokratische Republik die Möglichkeit, auch auf ökonomischem Gebiet den geschichtlichen Verpflichtungen gegenüber der deutschen Nation immer besser nachzukommen.

Auf diese Aufgaben orientierte die 14. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die vom 23. bis 26. November 1961 stattfand und auf der die Aufgaben in dem neuen Entwicklungsabschnitt

in Deutschland ausgearbeitet, die Theorie und Taktik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland weiterentwickelt und zugleich die grundlegenden Erkenntnisse des XXII. Parteitages der KPdSU ausgewertet wurden.

Die welthistorische Bedeutung des XXII. Parteitages der KPdSU, der vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau stattfand, bestand vor allem darin, daß er das wissenschaftliche Programm des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion beschloß. So, wie das von Marx und Engels vor einem Jahrhundert ausgearbeitete „Manifest der Kommunistischen Partei" den gesetzmäßigen Niedergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den Aufstieg der Arbeiterklasse zur führenden Kraft begründet und eingeleitet hatte, so wies das neue Programm der KPdSU den Weg zum vollen Triumph des Kommunismus, für dessen Aufbau es die konkreten Aufgaben in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens festlegte.

Es formulierte exakt die Aufgaben für die nächsten zwanzig Jahre. Die Planung für eine so lange Frist war einmalig in der Geschichte. Sie konnte nur in einem Staat erfolgen, dessen gesamte Entwicklung in Übereinstimmung mit der Gesetzmäßigkeit des historischen Prozesses verläuft. Die Vorausbestimmung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Sowjetunion für die nächsten zwanzig Jahre sowie der gewaltigen Veränderungen, die auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eintreten werden, brachte besonders deutlich die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zum Ausdruck.

Der Aufbau des Kommunismus erfordert die Lösung von drei eng miteinander verbundenen historischen Aufgaben: die Schaffung einer materiell-technischen Basis, die Entwicklung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen und die Erziehung des neuen Menschen. Die ökonomische

Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sowjetvolkes für die nächsten zwanzig Jahre – so wurde auf dem XXII. Parteitag betont – besteht in der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, die die höchste Stufe in der Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet. Entsprechend der Leninschen These, daß in letzter Instanz die höhere Arbeitsproduktivität entscheidend für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist, enthält das Programm der KPdSU die wichtige Feststellung, daß „eine im Vergleich zu den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern bedeutend höhere Arbeitsproduktivität die wichtigste Voraussetzung für den Sieg der kommunistischen Ordnung"[3] ist.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde ganz besonders die Bedeutung der bewußten schöpferischen Arbeit und eines hohen Klassenbewußtseins für den Aufbau des Kommunismus hervorgehoben. Nachdrücklich wies N. S. Chruschtschow in seiner Ansprache auf der Schlußsitzung des Parteitages noch einmal darauf hin, daß Kommunismus und Arbeit eine untrennbare Einheit bilden: „Zur Durchsetzung des Kommunismus sind eine feste materielle Basis und ein Überfluß an materiellen und geistigen Gütern erforderlich. Und das läßt sich nicht durch Beschwörungen und Aufrufe erreichen. Der Kommunismus kann nur durch die Arbeit, die Arbeit und nur die Arbeit von Millionen erbaut werden."[4]

Die KPdSU erklärte, daß sie den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion als Bestandteil des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft durch die Völker des gesamten sozialistischen Weltsystems betrachtet.

3 Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 68.

4 Schlußwort und Schlußansprache N. S. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU. Resolution des XXII. Parteitages zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, 17.—31. Oktober 1961, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 70.

Die Entwicklung der sozialistischen Staaten im Rahmen des einheitlichen Weltsystems des Sozialismus, die Ausnutzung der Gesetzmäßigkeiten und Vorteile dieses Systems ermöglichen allen sozialistischen Staaten, die Fristen des sozialistischen Aufbaus abzukürzen, und eröffnen ihnen die Perspektive ihres mehr oder minder gleichzeitigen Übergangs zum Kommunismus innerhalb derselben geschichtlichen Epoche. „Die objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Weltsystems, die Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft und die Lebensinteressen der Völker in den sozialistischen Ländern bedingen eine immer größere Annäherung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften. Wie W. I. Lenin voraussah, entwickeln sich die Tendenzen zur Schaffung einer künftigen kommunistischen Weltwirtschaft, die von den siegreichen Werktätigen nach einem einheitlichen Plan gelenkt wird."[5]

Großen Raum widmete der XXII. Parteitag der KPdSU den Fragen der internationalen Entwicklung. Er betonte, daß der Kampf der sozialistischen Länder und aller friedliebenden Kräfte gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges den Hauptinhalt der gegenwärtigen Weltpolitik bildet. Mit aller Entschiedenheit bestätigte der Parteitag, daß die sowjetische Außenpolitik auf den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht. Aus den grundlegenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus hatte sich die Perspektive eröffnet, die friedliche Koexistenz für die gesamte Periode durchzusetzen, in der es in der Welt noch zwei Gesellschaftssysteme geben wird.

Trotz Zunahme der Aggressivität der imperialistischen Kräfte und besonders der gesteigerten Kriegshysterie des westdeutschen Imperialismus und Militarismus, waren in den verflossenen Jahren die Kräfte gewachsen, die für eine Politik der friedlichen Koexistenz eintraten. Die aggressi-

5 Programm und Statut der KPdSU, S. 128.

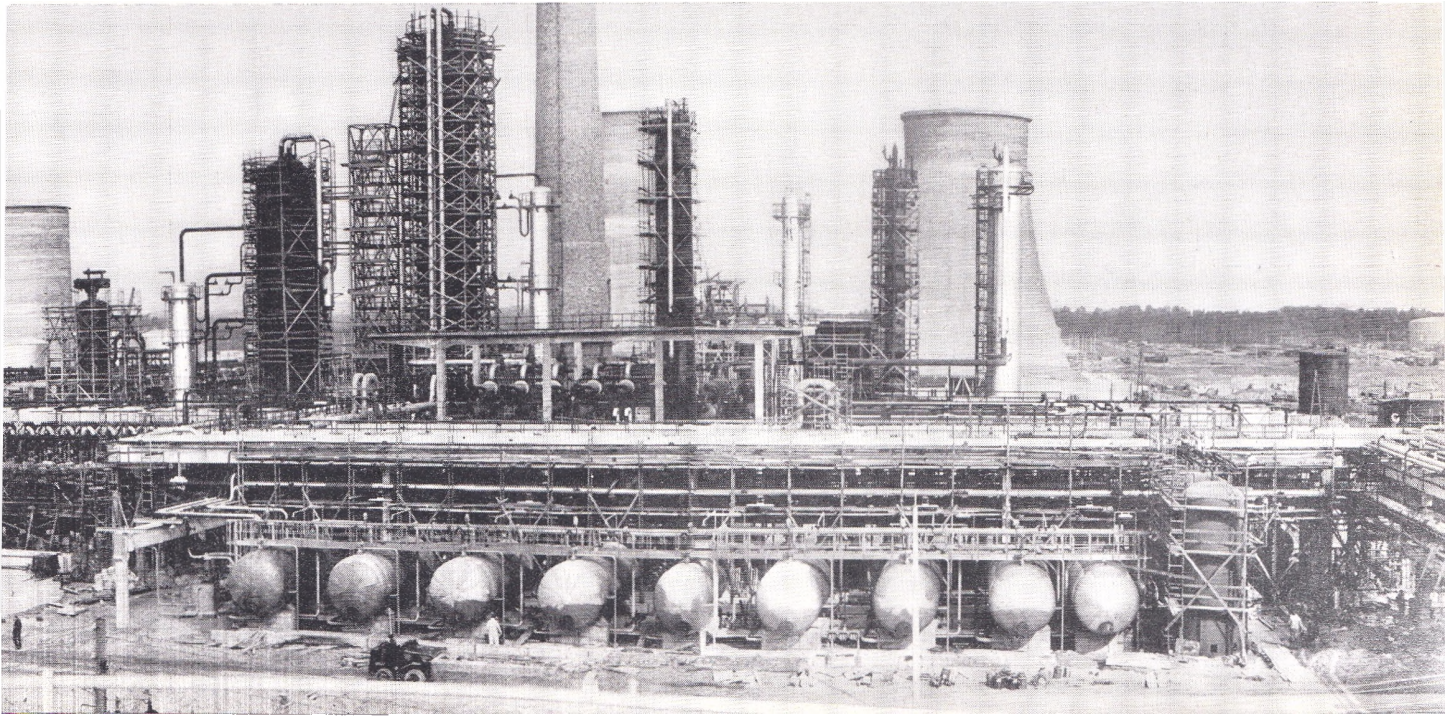
Die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg riefen nach eingehender Beratung alle Werktätigen der DDR zum Produktionsaufgebot auf, die dem Arbeiter-und-Bauern-Staat zugefügten Schäden wettzumachen und somit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten

Eine Delegation der Jungen Pioniere überbrachte den Delegierten des VI. Parteitages der SED und ihren Gästen die Grüße der künftigen Hausherren eines sozialistischen Deutschlands

Der 70. Geburtstag Walter Ulbrichts gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der internationalen Verbundenheit der friedliebenden Kräfte der Welt mit der Deutschen Demokratischen Republik und ihrem ersten Repräsentanten, dem bedeutenden Staatsmann und Vorkämpfer der internationalen Arbeiterbewegung. An dem Geburtstagsempfang zu Ehren Walter Ulbrichts nahmen hervorragende Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung teil. Unser Bild zeigt von links nach recht: Todor Shiwkow, Etienne Fajon, Antonín Novotný, János Kádár, Wladyslaw Gomulka, Friedrich Ebert, N. S. Chruschtschow, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl

Zu den ersten Ländern, die ihre Unterschrift unter den Moskauer Vertrag über die Einstellung von Atomwaffenversuchen setzten, gehörte die Deutsche Demokratische Republik

Ausdruck der engen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik ist der Bau der Erdöl-Fernleitung „Freundschaft", an deren Ende in Schwedt an der Oder ein modernes Erdölverarbeitungswerk entstand



Dank den beharrlichen Bemühungen der DDR und den einmütigen Forderungen der Westberliner Bevölkerung konnte im Dezember 1963 ein Passierscheinabkommen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat abgeschlossen werden. In den Weihnachts- und Neujahrstagen besuchten 1,2 Millionen Westberliner ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR

Das Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1964, an dem neben über 500 000 Jugendlichen aus der DDR auch 24 000 Jugendliche aus Westdeutschland teilnahmen, wurde zu einem Höhepunkt im offenen deutschen Gespräch. Unter den Linden und in der Karl-Marx-Allee gab es zahlreiche rege Diskussionen zwischen Jugendlichen der DDR und der Bundesrepublik

Der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Sowjetunion im Mai/Juni 1964 gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft.
Walter Ulbricht besuchte während seiner Reise durch Sibirien auch das Wasserkraftwerk von Bratsk an der Angara

ven Kreise des Imperialismus wurden nicht zuletzt deshalb an der Entfesselung eines Krieges gehindert, weil das sozialistische Weltsystem den Ländern des Imperialismus auch militärisch überlegen war.

Walter Ulbricht, der an der Spitze der Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem XXII. Parteitag der KPdSU stand, betonte, daß der Parteitag der Erbauer des Kommunismus ein Lehrbuch für den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik ist.

Die schöpferische Anwendung der im neuen Programm der KPdSU und in den anderen Dokumenten des XXII. Parteitages enthaltenen grundsätzlichen Erkenntnisse stand im Mittelpunkt der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1961. Das Zentralkomitee der SED gab vor allem eine Antwort darauf, welche Perspektive nunmehr in der neuen Etappe der Entwicklung vor der Deutschen Demokratischen Republik stand, nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hatten und durch die Maßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August die unmittelbare Kriegsgefahr gebannt worden war.

Walter Ulbricht traf in seinem Referat die bedeutungsvolle Feststellung: „Wir müssen uns über eins völlig klar sein: Unabhängig davon, wie sich die internationalen Beziehungen in nächster Zeit entwickeln, unabhängig davon, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickeln, ob es in absehbarer Zeit zu einer Zusammenarbeit zwischen ihnen kommt oder nicht, werden wir in engster Freundschaft mit der Sowjetunion und in engster Zusammenarbeit mit ihr und den anderen sozialistischen Ländern den Sozialismus in der DDR zum Siege führen und zum Aufbau des Kommunismus weiterschreiten ... Kann man sagen, die DDR müßte mit dem Sieg des Sozialismus und dem Aufbau des Kommunismus warten, bis die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte in West-

deutschland das Übergewicht gewonnen und den deutschen Imperialismus überwunden haben? Natürlich wäre das, wenn es rasch erfolgte, für die Zukunft der deutschen Nation ein Glück. Aber die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik können doch nicht auf unbestimmte Zeit auf der Stelle treten, für unabsehbare Zeit auf ihre gesellschaftliche Weiterentwicklung verzichten!"[6]

In der neuen Etappe der Entwicklung kam es darauf an, die gesellschaftlichen Produktivkräfte allseitig zu entfalten, die sozialistische Demokratie weiter zu vertiefen, die sozialistische Leitungstätigkeit der staatlichen Organe zu verbessern, die sachkundige wissenschaftliche Leitung der politischen, ökonomischen, technischen und kulturellen Entwicklung mit der breiteren Einbeziehung aller Werktätigen in den sozialistischen Aufbau zu vereinigen und zugleich die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und ihre Errungenschaften vor allen Anschlägen der imperialistischen Kräfte zu schützen.

Jetzt mußten die Bemühungen konsequent fortgesetzt werden, damit nie wieder von deutschem Boden aus ein Krieg seinen Anfang nehmen konnte.

Es kam also darauf an, eine dauerhafte Sicherung des Friedens herbeizuführen; hierzu konnte am besten die Herstellung normaler, sachlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienen.

Die friedliche Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes setzte die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten voraus. In der neuen Entwicklungsetappe mußte die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz im Verhältnis der beiden deutschen Staaten Verzicht auf Krieg, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, beiderseitiges Respektieren der Souveränität und der Grenzen bedeuten. „Friedliche Koexistenz", betonte Wal-

[6] Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 32/33.

ter Ulbricht in seinem Referat vor dem Zentralkomitee der SED, „das ist Regelung aller Streitfragen durch Verhandlungen, Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Entwicklung der Zusammenarbeit im Sinne einer Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern. Eine solche Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten setzt voraus, daß Westberlin eine entmilitarisierte Freie Stadt wird und nicht mehr von imperialistischen Kräften als Störzentrum gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten ausgenutzt wird."[7]

Das Zentralkomitee der SED sprach sich dafür aus, daß die Regierung der DDR erneut an die Regierung der Bundesrepublik mit dem Vorschlag herantrete, ein unbedingt notwendiges Minimum von Maßnahmen zur Sicherung des Friedens für das deutsche Volk und zur Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu vereinbaren.

Am 30. November 1961 unterbreitete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der westdeutschen Bundesregierung den Vorschlag, zunächst wenigstens über folgende Fragen eine Vereinbarung zu erzielen:

1. Beide deutschen Staaten verpflichten sich gegenseitig, die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß zu Grenzkonflikten beseitigt wird.

2. Beide deutschen Staaten treten in Verhandlungen über ihre Stellung zum Inhalt eines deutschen Friedensvertrages ein.

3. Beide deutschen Staaten verzichten auf die atomare Aufrüstung ihrer bewaffneten Kräfte sowie auf die Produktion von Atomwaffen.

7 Ebenda, S. 46.

4. Beide deutschen Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO.

5. Beide deutschen Staaten bemühen sich um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Die Regierung der DDR schlug des weiteren vor, daß die Bundesrepublik und die DDR die beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten anerkennen und einen Handelsvertrag zwischen den zuständigen Ministerien der beiden deutschen Regierungen abschließen sollten.

Die Vorschläge dienten, wie es in dem Schreiben Otto Grotewohls an Konrad Adenauer hieß, dem Ziel, „Verhandlungen über einen Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen"[8].

Die westdeutschen Machthaber lehnten jedoch auch diese konstruktiven Vorschläge ab. Konnten sie schon die Vorwärtsentwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre wachsende nationale und internationale Autorität nicht verhindern, so suchten sie mit allen Mitteln, die auf der Tagesordnung stehende Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten unmöglich zu machen. Ihr Ziel war, die Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR zu erschweren und zugleich die notwendige Handhabe zu besitzen, um die Politik des Revanchismus, der politischen und wirtschaftlichen Expansion, der Aufrüstung und der reaktionären Durchdringung des gesamten innerpolitischen Lebens in der Bundesrepublik unter dem Banner des Antikommunismus fortführen zu können.

Zwar hatte diese Konzeption, mit der die alte, bankrotte Politik des Adenauer-Regimes weitergeführt wurde, noch weniger Chancen als vor dem 13. August 1961. Aber die

8 Dokumente zur Außenpolitik . . ., Bd. IX, S. 258.

Tatsache, daß es den reaktionären imperialistischen Kräften in Westdeutschland angesichts der Schwäche der demokratischen Bewegung möglich war, mit Unterstützung der rechten Führer der SPD diese entspannungsfeindliche, abenteuerliche und antinationale Politik fortzusetzen, zeigte, daß für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nach wie vor angespannte Bedingungen bestanden und weiterhin ein harter, anstrengender Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland notwendig sein würde.

2. Das Produktionsaufgebot und die Überwindung der in der Zeit der offenen Grenze entstandenen Verluste

Die deutsche Geschichte, nicht zuletzt die Entwicklung seit 1945, hat eindeutig bewiesen, daß die Herrschaft des Monopolkapitals das Unglück des deutschen Volkes war und ist. Die nationale Lebensfrage besteht daher in der Überwindung des deutschen Imperialismus. Die Deutsche Demokratische Republik hatte sich in den vergangenen Jahren als Wegbereiter des gesellschaftlichen Fortschritts und als Bastion des Friedens in Deutschland bewährt. Nunmehr galt es, den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat weiter zu festigen und auf allen Gebieten die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Kapitalismus in Westdeutschland unter Beweis zu stellen.

Die Erfüllung dieser großen Aufgabe, die für eine längere Periode des Nebeneinanderbestehens der beiden deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Tagesordnung stand, erforderte zunächst, die An-

strengungen darauf zu konzentrieren, die in der Zeit der offenen Grenze der DDR zugefügten ökonomischen Schäden weitgehend zu überwinden. Zugleich galt es, die Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu verbessern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt entschiedener durchzusetzen und damit eine kontinuierliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Das bedeutete vor allem, das sozialistische Bewußtsein beträchtlich zu heben. Nur aus einer wahrhaft sozialistischen Einstellung der Werktätigen zur Arbeit konnte die Kraft erwachsen, die notwendig war, um die großen ökonomischen Aufgaben zu lösen. Die durch die Verletzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und infolge des ideologischen und ökonomischen Drucks des Klassengegners entstandenen negativen Auswirkungen auf das Bewußtsein der Werktätigen mußten rasch überwunden werden.

Das Produktionsaufgebot des fortgeschrittenen Teils der Werktätigen war ein gutes Mittel, die gesamte Arbeiterklasse zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen. Es trug dazu bei, die Verstöße gegen das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung zu überwinden und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Mittel für die Erweiterung der Produktion und für die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen in volkswirtschaftlich richtigen Proportionen anwuchsen. Mit Hilfe des Produktionsaufgebotes konnten alle Werktätigen in den Kampf um die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze und um die Erfüllung des Plans einbezogen werden.

Anknüpfend an den Aufruf der Brigaden „Otto Krahmann" und „Anton Saefkow" vom Berliner Kabelwerk Oberspree Ende Juli 1961, als die Bedrohung des Friedens besonders groß war, ergriffen die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg eine neue, bedeutsame Initiative.

Am 6. September 1961 richteten sie an alle Werktätigen

der DDR den Aufruf, die Deutsche Demokratische Republik durch ein Produktionsaufgebot zu stärken. Dabei gingen sie von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Arbeitsproduktivität durch die Aufdeckung aller Reserven schneller als der Durchschnittslohn gesteigert werden müsse. Das bedeutete, den Arbeitstag voll zu nutzen und die Arbeitsdisziplin zu erhöhen, die Arbeitsorganisation und zugleich die Qualität der Arbeit zu verbessern.

Nach gründlichen Überlegungen waren sie zu der Schlußfolgerung gelangt, daß in jeder Brigade eine solche Präzision und Zuverlässigkeit in der Arbeit erreicht werden müsse, wie sie bei der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik von den Kampfgruppen und den bewaffneten Organen demonstriert worden war.

Der Brigadier der Elektrodendreher, Harri Jädicke, berichtete später, wie es zu der Annahme des Aufrufes zum Produktionsaufgebot gekommen war: „Als wir von unserem Kampfgruppeneinsatz zurückkamen, gab es eine grundsätzliche Diskussion aller drei Schichten über das Für und Wider der Richtigkeit der Maßnahmen unserer Regierung am 13. August... Dieser ehrliche Meinungsstreit schuf Klarheit in den Köpfen der in unserer Abteilung tätigen Kollegen über die zwei deutschen Staaten, über die Notwendigkeit der Erhaltung und Sicherung des Friedens und über die Rolle unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates in diesem Friedenskampf... Die erste Voraussetzung für unser Produktionsaufgebot war, Klarheit über die politischen Fragen zu schaffen. Es gab heiße Diskussionen, bevor wir über das Aufgebot und die Übernahme von Verpflichtungen eine Übereinstimmung erreichten. In der Brigade unserer Abteilung, wo sich die politisch-ideologische Klarheit in den Köpfen zielstrebig durchsetzte, ging die Übernahme der Verpflichtungen am besten vor sich."[9]

[9] Die Wirtschaft (Berlin), 18. Oktober 1961.

Der Aufruf der Lichtenberger Elektrodendreher zum Produktionsaufgebot wurde von den Werktätigen in zahlreichen Betrieben der Republik unterstützt. Zu den ersten, die sich dem Produktionsaufgebot anschlossen, gehörte auch die Brigade „Nikolai Mamai" aus Bitterfeld.

Am 11. September 1961 fand eine außerordentliche Tagung des Bundesvorstandes des FDGB statt, an der auch die Initiatoren und Aktivisten des Produktionsaufgebotes teilnahmen. Die Gewerkschaften verpflichteten sich, die Organisierung und Leitung des Produktionsaufgebotes in ihre Hand zu nehmen. Das Neue gegenüber den bisherigen Formen des sozialistischen Wettbewerbs bestand darin, daß das Produktionsaufgebot mit der Losung „Für das gleiche Geld in der gleichen Zeit mehr produzieren" bewußt darauf orientierte, eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Produktion bei annähernd gleichbleibendem Lohnniveau zu erreichen. Nur so konnten der infolge des Wirtschaftskrieges und der aggressiven Drohungen des westdeutschen Imperialismus in der Zeit vor dem 13. August 1961 entstandene Tempoverlust in der Steigerung der Arbeitsproduktivität überwunden und die vorhandene Schere zwischen Warenangebot und Kaufkraft geschlossen werden. Nur so konnten die Voraussetzungen für die notwendigen Investitionen geschaffen und der technische Fortschritt durchgesetzt werden, ohne den der Volkswohlstand nicht zu erhöhen ist.

Das Produktionsaufgebot orientierte auf die volle Ausnutzung der Reserven an Material und Arbeitszeit, die volle Auslastung aller Maschinen und Aggregate, die Schaffung einer bewußten Arbeitsdisziplin und die Verbesserung der Arbeitsorganisation in den Betrieben. Es förderte die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Das Produktionsaufgebot war somit konzentrierter Ausdruck des Klassenkampfes, da die Schlacht zwischen den Kräften des Friedens und des Krie-

ges, des Sozialismus und des Imperialismus, durch die ökonomische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, durch die bessere Ausnutzung der Vorzüge des sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und durch die Entwicklung der politisch-ideologischen Einheit der Bevölkerung der DDR entschieden werden mußte.

Im Dezember 1961 forderte die Brigade Siegfried Porstmann aus dem VEB Installation Karl-Marx-Stadt, dem Normenwirrwarr innerhalb der Betriebe und auch zwischen den Betrieben ein Ende zu bereiten. Sie nahm die unterschiedlichen Normen und Verdienste bei gleicher Arbeit auf den Baustellen in Rostock und Karl-Marx-Stadt zum Anlaß eines offenen Briefes an ihre Kollegen vom VEB Wohnungsbau Rostock: „Die einen haben Tricks, sich dicke Brieftaschen zu machen, die anderen haben das Produktionsaufgebot. Das haut doch nicht hin ... Wir fordern, daß bei den gleichen Arbeiten für die ganze DDR einheitliche Normen geschaffen werden, die auf den besten Werten beruhen."[10]

Die ehrlichen und offenen Worte der Brigade Porstmann fanden unter den Arbeitern ein lebhaftes, allerdings auch widersprüchliches Echo. Manche wandten ein, daß dieser Schritt die Fortführung des Produktionsaufgebotes behindere, da diese Forderung im Widerspruch zum Prinzip der materiellen Interessiertheit stehe.

In Wirklichkeit ging es bei dem Produktionsaufgebot gerade darum, das Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn in Ordnung zu bringen und überall echte, technisch begründete Normen einzuführen. Nur so konnte die materielle Grundlage dafür gesichert werden, daß für höheren Lohn auch dem Bedürfnis entsprechend Waren bereitstanden. Produktionsaufgebot und materielle Interessiertheit standen somit in einem untrennbaren Zusammenhang. Ein großer Teil der Arbeiterklasse erkannte, daß

[10] Neues Deutschland, 14. Dezember 1961.

die in der Zeit der offenen Grenze entstandenen ökonomischen Schäden nur dann wettgemacht werden konnten, wenn es gelang, die Arbeitsproduktivität in bedeutend stärkerem Maße zu steigern als die Löhne.

Der Brief der Brigade Porstmann war kein Einzelbeispiel. Das Streben, sich ehrlich und aufrichtig zu seinem Staat und seiner Klasse zu verhalten, fand auch in dem offenen Brief der Schweißerbrigade Sperling vom VEB Reichsbahn-Stahlbau Dessau an einen ihrer Kollegen Ausdruck, der, um mehr Geld zu verdienen, in einen anderen Betrieb ging, weil dort die Normen niedriger waren: „In dieser entscheidenden Zeit, wo sich doch jeder Gedanken macht über die Zukunft, was aus unserer Heimat, aus Deutschland werden wird, wo sich jeder ehrliche Arbeiter um Frieden und Sozialismus sorgt, wo viele sich den Kopf zerbrechen, wie bei ihrer Arbeit mehr herauszuholen wäre, damit die DDR und der Friede stärker werden – da handelst Du wie ein Egoist! Wer hat denn heute das Recht, nur an sich allein zu denken? ... Das beste, was jeder Arbeiter jetzt tun kann, ist, in seinem Betrieb für Ordnung zu sorgen, ehrlich alle Reserven in der Produktion auf den Tisch zu legen. Wir tun es doch für den Frieden! Jeder an seinem Platz."[11]

Immer mehr Arbeiter und Brigaden forderten einheitliche Normen auf der Grundlage einer einheitlichen Technologie. Damit erreichte das Produktionsaufgebot eine neue Stufe. Es wurde zu einer Bewegung, die ganze Industriezweige erfaßte.

In den letzten Monaten des Jahres 1961 gelang es, in vielen Betrieben die Arbeitsproduktivität kontinuierlich zu erhöhen. Im VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg zum Beispiel, von dem das Produktionsaufgebot ausgegangen war, konnten die Verpflichtungen überboten und ein richtiges Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeits-

[11] Ebenda, 27. Januar 1962.

produktivität und der Erhöhung der Durchschnittslöhne hergestellt werden.

Bis Ende 1961 war es jedoch noch nicht gelungen, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit für das Produktionsaufgebot zu gewinnen. Im wesentlichen hatte nur der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse und der Intelligenz aktiv den Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und für die vorbildliche Erfüllung des Volkswirtschaftsplans aufgenommen.

Die Zuwachsrate der Durchschnittslöhne lag in dieser Zeit noch immer über den im Plan vorgesehenen Kennziffern. Der Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität schneller als den Durchschnittslohn zu steigern, wurde noch unvollkommen Rechnung getragen. Das wirkte sich so aus, daß nach wie vor nicht genügend Mittel für die Entwicklung der Produktionskapazitäten in entscheidenden Industriezweigen bereitgestellt werden konnten und die produzierte Warenmenge nicht in der richtigen Relation zur Lohnsumme der Werktätigen stand.

Auf das Ziel, alle Arbeiter für die Teilnahme am Produktionsaufgebot zu gewinnen, war die Tätigkeit der SED-Organisation des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" in Karl-Marx-Stadt gerichtet. Bereits Anfang Dezember 1961 hatten die Hobler die Belegschaft des Betriebes aufgerufen, nach Wegen zu suchen, um 1962 nur noch hochproduktive automatische und programmgesteuerte Maschinen zu erzeugen und in der gleichen Zeit für das gleiche Geld statt 64 Maschinen 80 zu produzieren.

In Aussprachen und kameradschaftlichen Diskussionen, die von der Betriebsparteiorganisation der SED und von der Gewerkschaftsorganisation geführt wurden, gelang es, die Belegschaft des Betriebes für die Teilnahme am Produktionsaufgebot zu gewinnen. In gemeinsamer Arbeit mit allen Werktätigen des Betriebes schufen die Betriebsparteiorganisation, die Gewerkschaftsleitung und die Be-

triebsleitung erstmalig einen Plan, der für einen ganzen Betrieb die wichtigsten Aufgaben im Produktionsaufgebot enthielt und somit die Grundlage für die Mitarbeit aller Werktätigen bildete.

Die Maschinenbauer aus Karl-Marx-Stadt erklärten: „Produktionsaufgebot heißt – gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten!"[12]

Diese vier Leitgedanken kennzeichneten die neue Qualität des Produktionsaufgebotes. Gründlich denken, das hieß mit dem Erreichten nicht zufrieden sein, überholte Methoden der Arbeit und der Leitung über Bord werfen und die Methoden der Besten übernehmen; wirtschaftlich rechnen, das war das Motto des täglichen Ringens um kluge und strenge Sparsamkeit; technisch verbessern, das hieß, ständig zu überprüfen, ob Konstruktion, Technologie und Organisation der Produktion dem neuesten wissenschaftlich-technischen Stand entsprachen; ehrlich arbeiten, das betraf die politische und moralische Haltung jedes einzelnen zu seiner Leistung, zur Qualität seiner Arbeit und zu seiner persönlichen Verantwortung gegenüber sich selbst und gegenüber der Gesellschaft.

Das Neue des Karl-Marx-Städter Plans bestand darin, daß alle Brigaden und Abteilungen des Betriebes nach einer einheitlichen Konzeption am Produktionsaufgebot teilnahmen und sich auf die systematische Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konzentrierten. Die besten Beispiele, Erfahrungen und Methoden des ganzen Industriezweiges wurden ausgewertet und konnten so entsprechend den eigenen Bedingungen Eingang in den Plan des Betriebes finden.

Die Methode der Karl-Marx-Städter wurde von vielen Großbetrieben, so von den Chemischen Werken Buna, dem Wälzlagerwerk „Josef Orlopp", Berlin, dem Schwermaschinenbau „Heinrich Rau", Wildau, der Schiffswerft „Nep-

[12] Ebenda, 17. März 1962.

tun", Rostock, und dem Chemiefaserwerk „Wilhelm Pieck", Schwarza, übernommen. Mit dem auf der Grundlage konkreter und einheitlicher Programme zur Steigerung der Arbeitsproduktivität geführten Kampf begann eine neue, höhere Stufe des Produktionsaufgebotes, die den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Jahre 1962 entsprach.

Seit Beginn des Jahres 1962 wurden in den Industriebetrieben die richtigen Proportionen in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Durchschnittslohnes im wesentlichen eingehalten. Die Arbeitsproduktivität stieg gegenüber dem Vorjahr im Monatsdurchschnitt auf 109,5 Prozent, während sich der Durchschnittslohn auf 101 Prozent erhöhte. Bis Ende 1962 stieg die Industrieproduktion der Republik insgesamt um 6,1 Prozent gegenüber 1961 an, während die Selbstkosten um 2,8 Prozent gesenkt werden konnten.

Komplizierte Aufgaben mußten in der Landwirtschaft bewältigt werden. Infolge der witterungsbedingten Mißernte 1961 hatte die Landwirtschaft erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen. So war der Ernteertrag an Getreide 1961 gegenüber dem Vorjahr von 6,4 Millionen Tonnen auf 4,8 Millionen Tonnen und bei Kartoffeln sogar von 14,8 auf 8,4 Millionen Tonnen zurückgegangen. Bei Zuckerrüben gab es einen Rückgang des Reinertrages von 6,8 auf 4,7 Millionen Tonnen und bei Futterhackfrüchten von 10,3 auf 7,1 Millionen Tonnen. Dadurch war es zu einer äußerst angespannten Futterlage gekommen. Die Viehbestände nahmen 1962 gegenüber dem Vorjahr wesentlich ab. Im Verlaufe eines Jahres verminderten sich die Kuhbestände um 78 000 und die Schweinebestände um 820 000 Stück; außerdem war das Schlachtgewicht erheblich zurückgegangen, und das staatliche Aufkommen an Schlachtschweinen sank von 692 000 auf 548 000 Tonnen. Hieraus ergaben sich Schwierigkeiten in der Fleischversorgung der Bevölkerung.

Auch beim Aufkommen von Milch und Eiern zeigten sich nicht unbeträchtliche rückläufige Tendenzen.

Die imperialistische Propaganda versuchte für diese Schwierigkeiten die Durchsetzung der genossenschaftlichen Arbeitsweise auf dem Lande verantwortlich zu machen. Zweifellos erforderte der Übergang von der einzelbäuerlichen Wirtschaft zur genossenschaftlichen Wirtschaft verschiedene Umstellungen, so zum Beispiel in der Fruchtfolge. Die Vorzüge der Großraumwirtschaft konnten sich nicht gleich im ersten oder im zweiten Jahr nach dem Eintritt der Bauern in die LPG in vollem Umfang bemerkbar machen. Vor allem waren für die Leitung der Genossenschaften wie auch für die Arbeit eines jeden einzelnen Genossenschaftsbauern neue Erfahrungen und Kenntnisse notwendig, die sich sowohl die Bauern als auch ganz besonders die Mitglieder der Vorstände und die anderen leitenden Funktionäre erst aneignen mußten. Trotzdem hatte der Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion 1961 und 1962 seine Hauptursache in den schlechten Witterungsbedingungen, die zu einem erheblichen Absinken der Hektarerträge bei wichtigen Fruchtarten führten.

Gerade dank dem Sieg der Genossenschaftsbewegung war es möglich, noch größere Rückschläge zu verhindern und die Verluste verhältnismäßig schnell zu überwinden. Erneut wurde bewiesen, daß der Zeitpunkt des genossenschaftlichen Zusammenschlusses aller Bauern richtig gewesen war. Nur dank dem Siege der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft konnten im Frühjahr 1962 trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse die agrotechnischen Termine durch die unermüdliche Arbeit der Genossenschaftsbauern im wesentlichen eingehalten werden. In vielen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde auch die Qualität der Aussaat bedeutend verbessert. Der gemeinsamen Arbeit aller gesellschaftlichen Kräfte in den Gemeinden und Kreisen war es zu verdan-

ken, daß das Kartoffelpflanzgut, an dem infolge der schlechten Ernte von 1961 ein großer Mangel bestand, durch gegenseitige sozialistische Hilfe beschafft und der Staatsplan für den Kartoffelanbau erfüllt werden konnten. Die Anbaufläche konnte sogar gegenüber 1961 um zehn Prozent erweitert werden. Während der Frühjahrsbestellung bewährte sich die einheitliche Leitung der Landwirtschaft durch die ständigen Kommissionen der Bezirks- und Kreistage unter der Leitung der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED beziehungsweise der Sekretäre für Landwirtschaft.

Eine weitere Bewährungsprobe hatte die sozialistische Landwirtschaft bei der Einbringung der Ernte zu bestehen. Auch 1962 waren die Bedingungen für die Ernte wesentlich ungünstiger als gewöhnlich. Trotz verspäteter Reife und ungünstiger Witterung gelang es, die Getreide- und Hackfruchternte im wesentlichen verlustlos einzubringen. Entsprechend dem Aufruf des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front wurde die Getreide- und Hackfruchternte zur Sache der gesamten Bevölkerung der DDR.

Den Anstrengungen der Genossenschaftsbauern, der Landarbeiter und Traktoristen, vieler Menschen aus der nichtberufstätigen Bevölkerung der Dörfer und Städte, Zehntausender freiwilliger Helfer aus den sozialistischen Industriebetrieben und Verwaltungen sowie dem Einsatz der Angehörigen der bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik und auch der aktiven Hilfe der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte war es zu verdanken, daß in allen wichtigen pflanzlichen Erzeugnissen der Staatsplan für das Jahr 1962 erfüllt und teilweise sogar überboten wurde.

Das staatliche Aufkommen konnte gegenüber 1961 wesentlich gesteigert werden, darunter bei Getreide um 11 Prozent und bei Kartoffeln um 26,7 Prozent. Der Rein-

ertrag an Kartoffeln erhöhte sich sogar um 58 Prozent – von 8,4 auf 13,3 Millionen Tonnen. Damit wurden die Voraussetzungen für die Steigerung der tierischen Produktion im Jahre 1963 und für eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung geschaffen.

Die witterungsbedingten Rückschläge konnten nur deshalb verhältnismäßig schnell überwunden werden, weil in diesem Zeitraum ein beharrlicher Kampf für die Verbesserung der Leitungstätigkeit in den LPG sowie für eine gute genossenschaftliche Arbeit in allen Dörfern geführt wurde. Die aktivsten Genossenschaftsbauern begannen in ihren LPG über Ordnung und Ehrlichkeit sowohl in der Arbeit als auch gegenüber ihrem Staat zu diskutieren. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die die Arbeiter in der Industrie gesammelt hatten, konnte sich das Produktionsaufgebot auch auf die Landwirtschaft ausdehnen. Das Beispiel hierfür gaben vor allem die Genossenschaftsbauern von Krien, Krusenfelde und Albinshof.

Für den Prozeß der weiteren Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hatte der VII. Deutsche Bauernkongreß, der im März 1962 in Magdeburg tagte, eine große Bedeutung. Die Delegierten des Kongresses beschlossen wichtige Grundsätze, um die Marktproduktion erheblich zu steigern und die Wirtschaftlichkeit der LPG zu erhöhen. So wurde zum Beispiel von den Delegierten empfohlen, allmählich von den unwirtschaftlichen Subventionen, die zur Zeit der Gründung der LPG notwendig gewesen waren, abzugehen und den materiellen Anreiz für die Produktion zu verstärken. Die Regierung der DDR entsprach dieser Forderung durch die Erhöhung der Aufkaufpreise für Kartoffeln und andere Erzeugnisse der Landwirtschaft.

3. Sozialismus, Imperialismus und die nationale Frage

Die Fortschritte bei der ökonomischen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik konnten vor allem deshalb erreicht werden, weil die Staatsmacht, die Partei der Arbeiterklasse und die Nationale Front die Erläuterung der ökonomischen Aufgaben immer besser mit der Klärung wichtiger ideologischer Probleme verbanden. Das entscheidende Problem, das es zu klären galt, war das wirkliche Verhältnis, in dem Sozialismus, Imperialismus und die Nation in Deutschland zueinander stehen, und in diesem Zusammenhang die weitere Perspektive der Entwicklung in Deutschland.

Eine besonders hervorragende Rolle bei der Klärung dieser grundsätzlichen Fragen spielte die große Volksaussprache im Frühjahr 1962 in Vorbereitung des Nationalkongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hatte sich in seiner 16. Sitzung am 4. Dezember 1961 mit Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Lösung des Westberlinproblems beschäftigt. Dabei führte er einen Gedankenaustausch, in dem die Verantwortung und die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um den Frieden und die Bändigung des westdeutschen Militarismus und Imperialismus besonders unterstrichen wurden. Eine vom Staatsrat beauftragte Kommission faßte die vorgetragenen Gedanken in einem Dokument zusammen.

Die Ergebnisse dieses Gedankenaustausches wurden auf der 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beraten. Auf der 11. Tagung des Nationalrats begründete Walter Ulbricht den Entwurf des nationalen Dokuments „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft

Deutschlands". Der Nationalrat legte den Entwurf des Nationalen Dokuments der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und auch der westdeutschen Bevölkerung zur öffentlichen Diskussion vor. Weshalb war es notwendig, gerade zu diesem Zeitpunkt eine nationale Bilanz aufzustellen und die Grundlagen der nationalen Politik der Deutschen Demokratischen Republik neu zu formulieren?

Die Notwendigkeit hatte sich deshalb ergeben, weil bestimmte grundsätzliche Entscheidungen in beiden deutschen Staaten gefallen waren und nach dem 13. August 1961 ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte begonnen hatte.

Das Nationale Dokument deckte den Inhalt der nationalen Frage in Deutschland auf und wies den Weg zu ihrer endgültigen Lösung. Es ging, wie Walter Ulbricht in seiner Rede vor dem Nationalrat erklärte, „von der Tatsache aus, daß die deutsche Nation heute in zwei Staaten gespalten ist, die sich auf dem Boden Deutschlands feindlich gegenüberstehen, ein Zustand, den wir nicht wünschen und der nicht anhalten darf"[13].

Die deutsche Nation war durch die Schuld der imperialistischen Westmächte und der herrschenden Kreise der westdeutschen Bourgeoisie in zwei Staaten gespalten worden, die grundverschiedene Gesellschaftssysteme und Traditionen verkörpern. Das Dokument brachte den geschichtlichen Nachweis, daß die deutsche Bourgeoisie unfähig ist, die Nation zu führen. Durch ihr Versagen und ihren Verrat hat sie das Volk ständig um die Früchte seines Talents und seiner Arbeit gebracht. Allein die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung, so zeigte das Dokument, hatte alle Prüfungen der Geschichte bestanden und deshalb

13 Walter Ulbricht: An alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik! An die ganze deutsche Nation! In: Nationalkongreß, Berlin, 16./17. Juni 1962 (Berlin 1962), S. 45.

das geschichtliche Recht auf die Führung der Nation erworben.

Das Dokument bewies, daß die Wiedervereinigung der Nation an zwei grundlegende Voraussetzungen geknüpft ist: an den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und an die Überwindung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen und national gesinnten Kräften. Daraus ergibt sich, daß jeder Bürger der DDR ein Pionier der deutschen Nation ist und daß allein die sozialistische Deutsche Demokratische Republik die wahren nationalen Interessen und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes verkörpert. Ferner ergibt sich daraus, daß der Wiedervereinigung Deutschlands eine längere Periode des Nebeneinanderbestehens der beiden deutschen Staaten vorausgehen wird. Es entspricht den Lebensinteressen des deutschen Volkes, wenn die beiden deutschen Staaten nicht nur nebeneinander bestehen, sondern im Geiste der friedlichen Koexistenz zusammenarbeiten und sich schließlich einander annähern.

Das Nationale Dokument machte erneut deutlich, daß die den gegebenen Bedingungen entsprechende Form der friedlichen Koexistenz eine deutsche Konföderation ist, an der auch die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin teilnehmen könnte. Diese Konföderation wird sich in dem Maße, wie die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, Handwerkern, Angehörigen der Intelligenz und breiten Schichten des Bürgertums die Kraft gewinnt, Imperialismus und Militarismus zu überwinden, zu einem Organ der fortschreitenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Westberlins entwickeln. Bis eine Konföderation zustande kommt, sollten die beiden deutschen Staaten wenigstens zu einem Minimum an korrekten Beziehungen und gemeinsamen Maßnahmen gelangen. Das Nationale Dokument und die Maßnahmen zur weiteren allseitigen Stärkung der

DDR brachten somit zum Ausdruck, daß die Deutsche Demokratische Republik sich auf eine Politik auf lange Sicht einstellte, und zwar eine Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland, die den deutschen Friedensvertrag, die Konföderation und auf diesem allein verbliebenen Wege die Wiedervereinigung zum Ergebnis haben soll.

Die Veröffentlichung des Nationalen Dokuments leitete eine bisher beispiellose Volksaussprache über die Lebensfragen der deutschen Nation ein. In der DDR nahmen über sieben Millionen Bürger an Aussprachen in Betrieben und Dörfern, in Wohngemeinschaften und Klubs der Nationalen Front sowie auf zahlreichen öffentlichen Foren teil. Die Aussprachen wurden beherrscht von der Losung „Vaterland, Frieden, Sozialismus – wir siegen". Häufig übernahmen die Werktätigen dabei Verpflichtungen zur weiteren Stärkung der DDR, besonders zur Durchführung des Produktionsaufgebotes. Oft wurden Unzulänglichkeiten in der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung, das bürokratische Verhalten und die Bequemlichkeit einzelner Funktionäre kritisiert. Diese Aussprachen waren sozialistische Demokratie in Aktion.

Auf dem Nationalkongreß, der am 16. und 17. Juni 1962 in Berlin tagte und an dem neben 2000 Delegierten 350 Gäste aus Westdeutschland und Westberlin teilnahmen, konnte der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrats, Prof. Dr. Dr. Erich Correns, feststellen, daß die große Volksaussprache über das Nationale Dokument zur weiteren Festigung der moralisch-politischen Einheit, besonders zur Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins und des nationalen Selbstvertrauens der Bevölkerung der DDR, geführt hatte.

Die 32 Diskussionsredner, unter ihnen der Vorsitzende des Staatsrates und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, Betriebsarbeiter und LPG-Vorsitzende, Wissen-

schaftler und Hausfrauen sowie Gewerkschaftsfunktionäre und bürgerliche Patrioten aus Westdeutschland, brachten zum Ausdruck, daß das Nationale Dokument für Millionen Menschen aus allen Schichten zum unbestechlichen Ratgeber für das Verständnis der Geschichte des deutschen Volkes und für seinen Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft geworden ist. „Das große Bündnis aller Bürger und ihre verantwortungsvolle Zusammenarbeit in der Nationalen Front ist notwendig, um den geschichtlichen Auftrag der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen: den Frieden zu erhalten, die Geschicke der Nation zum Guten zu wenden und das ganze Deutschland zu neuer Blüte zu führen. Jeder ist eingeladen, mitzuplanen, mitzuarbeiten und mitzuregieren."[14]

Das zweite grundlegende Dokument, in dem der Klasseninhalt der nationalen Frage in Deutschland und die Strategie und Taktik des Kampfes zu ihrer Lösung weiter ausgearbeitet wurden, war der von einer Kommission des ZK der SED unter Vorsitz von Walter Ulbricht verfaßte und auf der 16. Tagung des ZK der SED im Juli 1962 beratene Entwurf eines Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Grundriß war die erste kurze wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Er bewies die historische Rolle und nationale Mission der deutschen Arbeiterklasse und deckte die Grundfragen der Strategie und Taktik im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfragen auf. Die ausführliche Diskussion über den Grundriß erhöhte das Geschichtsbewußtsein der Werktätigen der DDR und half ihnen, die Lehren der Geschichte richtiger zu verstehen und damit die gegenwärtigen Aufgaben im Kampf um die allseitige politische und ökonomische Stärkung der Deutschen Demokra-

[14] Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands. In: Ebenda, S. 41.

tischen Republik sowie den Inhalt der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes besser zu erkennen.

Nach etwa zehnmonatiger Diskussion wurde im April 1963 der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" unter Berücksichtigung der zahlreich eingegangenen Vorschläge in seiner endgültigen Fassung von der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED bestätigt.

Die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten konnten sich nach dem 13. August 1961 nicht damit zufriedengeben, daß die akute Kriegsgefahr beseitigt und die Möglichkeiten zur Auslösung militärischer Abenteuer von Westberliner Boden aus eingedämmt worden waren, so daß Westberlin nicht mehr in der alten Weise einem Pulverfaß glich. Ihr Bemühen ging dahin, eine dauerhafte Friedensregelung zu erzielen, die Situation in Deutschland weiter zu entspannen und dem Gedanken der friedlichen Koexistenz auch auf deutschem Boden zum Durchbruch zu verhelfen.

Dank den Bemühungen der Sowjetunion begannen Ende 1961 Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über eine deutsche Friedensregelung und die Westberlinfrage, in deren Verlauf die führenden Politiker der Westmächte allmählich die Lage realer einzuschätzen begannen. Trotzdem weigerten sich die Westmächte nach wie vor, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und einer vertraglichen Friedensregelung mit Deutschland sowie der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zuzustimmen.

Es waren vor allem die herrschenden Kreise Bonns, die ihren – der gewachsenen ökonomischen Rolle Westdeutschlands im System der imperialistischen Staaten entsprechenden – Einfluß geltend machten, um eine wirkliche Entspannung auf deutschem Boden zu verhindern. Durch verstärkte revanchistische und antikommunistische Hetze versuchten sie in den westlichen Ländern eine Pogromstimmung gegen

die „Mauer in Berlin" zu erzeugen, was ihnen jedoch nur in geringem Umfang gelang.

Im Sommer gingen die revanchistischen Kräfte in Westdeutschland und Westberlin zur Organisierung unmittelbarer bewaffneter Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR über, ermordeten Angehörige der Grenzsicherungskräfte der DDR und provozierten andere gefährliche Zwischenfälle. Sie verfolgten damit vor allem das Ziel, die sich im Verlaufe der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA abzeichnenden Fortschritte hinsichtlich des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Regelung der Westberlinfrage zunichte zu machen. Höhepunkt dieser Provokationen waren die Tage um den 17. Juni und den 13. August 1962. Dank der Besonnenheit der Regierung der DDR und der Wachsamkeit ihrer Grenzsicherungskräfte konnte verhindert werden, daß sich aus den Anschlägen der westdeutschen und der Westberliner Revanchisten gegen die Staatsgrenze der DDR Konflikte größeren Ausmaßes ergaben.

Von Westberlin aus in die Hauptstadt der DDR eingedrungene Terroristen wurden von den Grenzsicherungskräften unschädlich gemacht, so im August 1962 eine größere Gruppe von Agenten, die den Auftrag hatte, unter Anwendung automatischer Waffen größere Schießereien zu provozieren und damit ernste internationale Verwicklungen heraufzubeschwören.

Die erfolgreiche Abwehr der Provokationen im Sommer 1962 bewies erneut, daß durch die Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 günstigere Voraussetzungen geschaffen worden waren, um den Frieden im Herzen Europas zu erhalten. Ihrer historischen Mission getreu, erfüllte die DDR ihre Pflicht vor dem deutschen Volk und vor allen Völkern der Welt: dafür zu sorgen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.

Die permanenten Störversuche der westdeutschen und

der Westberliner Ultras zeigten aber auch, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt nach wie vor vordringliche Aufgaben im Kampf um die Sicherung eines dauerhaften Friedens blieben.

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges war die Auflösung der Kommandantur der sowjetischen Armee in Berlin am 23. August 1962. Zum Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR wurde der Generalmajor der Nationalen Volksarmee der DDR, Helmut Poppe, ernannt. Damit wurde zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ein deutscher Arbeitersohn Stadtkommandant von Berlin.

Das wichtigste Ergebnis der Politik der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten war auch in dieser Zeit die Erhaltung des Friedens. Obwohl die Kriegsgefahr zeitweilig bedeutend wuchs, gelang es den aggressiven Kräften in den imperialistischen Staaten nicht, die Menschheit in einen thermonuklearen Weltbrand zu stürzen.

Im Herbst 1962 stand die ganze Welt im Banne der Krise, die sich im karibischen Raum entwickelte. Die USA betrieben fieberhaft Vorbereitungen zu einer Invasion gegen das freie Kuba. Das reichste und mächtigste Land der kapitalistischen Welt wollte sich nicht damit abfinden, daß unmittelbar vor seinen Toren ein kleines Volk seinen eigenen Weg ging und sein Leben auf sozialistischer Grundlage aufbaute. Angesichts der wachsenden Gefahr eines Überfalls auf Kuba hatte sich die kubanische Regierung an die Sowjetunion mit der Bitte gewandt, der Republik Kuba notwendige Unterstützung, darunter auch militärische Hilfe, zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit zu gewähren. Entsprechend dieser Bitte wurden von der Sowjetunion auf Kuba auch Raketentruppen stationiert. Die Sowjetunion bekundete damit ihre Bereit-

schaft, die Freiheit und Unabhängigkeit Kubas mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen und einen Überfall der USA auf Kuba mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zu beantworten.

Die aggressiven Kräfte in den USA glaubten jedoch, daß sie in der westlichen Hemisphäre immer noch schalten und walten könnten wie in früheren Zeiten. Die USA-Regierung verhängte eine Seeblockade über Kuba und erteilte ihrer Kriegsmarine den Befehl, jedes Schiff auf der Fahrt nach Kuba zu stoppen und zu durchsuchen. Die USA-Streitkräfte in allen Teilen der Welt wurden in Gefechtsbereitschaft gesetzt. Mit dieser abenteuerlichen Handlung, die dem Völkerrecht hohnsprach, gedachten die aggressiven Kräfte in den USA die Sowjetunion einzuschüchtern und Kuba in die Knie zu zwingen. Das kubanische Volk erhob sich wie ein Mann zur Verteidigung seiner Freiheit. Aus den Piratenhandlungen der amerikanischen Aggressoren ergab sich jedoch die Gefahr militärischer Konflikte im karibischen Raum, aus denen sich sehr leicht ein thermonuklearer Weltkrieg entwickeln konnte.

Die Sowjetregierung erklärte in dieser Situation, daß der Frieden unteilbar ist und daß ein Überfall auf das sozialistische Kuba im Keime erstickt werden würde. Sie erteilte die Anweisung, die gesamte sowjetische Armee in erhöhte Kampfbereitschaft zu versetzen.

Auch die anderen Länder des Warschauer Paktes ordneten für ihre Streitkräfte die volle Kampfbereitschaft an. Gleichzeitig forderte die Sowjetunion die unverzügliche Einberufung des Weltsicherheitsrates. Die USA sahen sich mit der gesamten Macht des sozialistischen Lagers konfrontiert und mußten erkennen, daß ein militärischer Überfall auf Kuba einem Selbstmord der amerikanischen Imperialisten gleichkommen würde.

Die Sowjetunion begnügte sich jedoch nicht damit, den USA die Gefährlichkeit ihrer Politik vor Augen zu

führen. In dem kritischen Augenblick, als die Gefahr eines neuen Weltkrieges besonders groß war, ergriff sie eine neue Initiative. Der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chruschtschow übermittelte dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy eine Botschaft, in der er eine für alle Seiten annehmbare Lösung vorschlug. Die Sowjetunion erklärte sich bereit, die für die Verteidigung Kubas bestimmten Raketen wieder abzuziehen, wenn sich die USA verpflichteten, keine Invasion gegen Kuba zu unternehmen und auch die anderen mit ihnen verbündeten Staaten von einer Aggression gegen Kuba abzuhalten. Angesichts dieser verantwortungsbewußten Haltung der Sowjetunion, angesichts der weltweiten Forderungen nach Erhaltung des Friedens und in richtiger Erkenntnis des realen politischen und militärischen Kräfteverhältnisses gab USA-Präsident Kennedy sein Einverständnis zu dem Vorschlag N. S. Chruschtschows und erklärte feierlich, daß die USA keine militärische Aktion gegen Kuba unternehmen würden.

Im Ergebnis der festen und besonnenen Haltung der Sowjetunion, die von den friedliebenden Kräften in der ganzen Welt unterstützt wurde, konnte der Weltfrieden in diesen kritischen Tagen gerettet werden. Gleichzeitig wurde die Freiheit und Unabhängigkeit Kubas gewahrt; der amerikanische Imperialismus mußte einsehen, daß er selbst mit militärischen Mitteln nicht mehr in der Lage ist, den Vormarsch des Sozialismus auch auf der westlichen Halbkugel aufzuhalten.

Standen die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August 1961 am Beginn des neuen Abschnittes in den internationalen Beziehungen, als die Weichen für die Beendigung des kalten Krieges, für friedliche Koexistenz und Entspannung gestellt wurden, so trug die friedliche Beilegung der Krise im karibischen Raum dazu bei, daß diese Ergebnisse des Friedenskampfes der sozialistischen Staaten weiter gefestigt wurden und auch maß-

gebliche Kreise des Weltimperialismus sich zu einer realeren Neueinschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses durchzuringen begannen.

Wie schon so oft in der Geschichte, schätzten jedoch auch diesmal die westdeutschen Militaristen das internationale Kräfteverhältnis falsch ein. Sie glaubten, daß sich aus der Krise im karibischen Raum ein Vormarsch der imperialistischen Kräfte und neue internationale Spannungen ergeben würden, die es auch dem westdeutschen Imperialismus ermöglichen könnten, der Durchsetzung seiner reaktionären innenpolitischen und expansionistischen außenpolitischen Ziele näher zu kommen. Nicht zufällig starteten daher die extremsten Kreise des westdeutschen Imperialismus – an ihrer Spitze der Kriegsminister Strauß –, die die aggressiven Handlungen der USA voll und ganz unterstützten, in dieser Situation einen Großangriff auf alle demokratischen und oppositionellen Kräfte in Westdeutschland. Er wurde damit eröffnet, daß das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel", das verschiedene Beiträge gegen die Kriegspolitik der Bonner Ultras und auch gegen Strauß persönlich veröffentlicht hatte, des Landesverrats beschuldigt wurde. Die herrschenden Kreise in Bonn wollten die Notstandsgesetze vorwegnehmen und erreichen, daß niemand mehr in Westdeutschland es wagen sollte, gegen die offizielle Politik und die abenteuerlichen Machenschaften der Bonner Machthaber aufzutreten. Doch die „Spiegel"-Affäre schlug auf ihre Urheber zurück. Unter dem Druck der Öffentlichkeit war Strauß, der am meisten belastete Exponent des kalten Krieges und geschworene Scharfmacher einer aggressiven Außen- und reaktionären Innenpolitik, gezwungen, aus der Regierung auszuscheiden.

Die Forderung nach dem Rücktritt von Strauß verbanden viele Menschen in Westdeutschland mit der Hoffnung auf eine Wende in der gesamten Bonner Politik. Die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland erwiesen sich jedoch

dazu als noch nicht stark genug, und der Reaktion gelang es sogar, die demokratische Opposition teilweise weiter einzuschüchtern und zurückzudrängen. Dennoch war der Rücktritt von Strauß und die damit verbundene Regierungskrise in Bonn ein Ausdruck dafür, wie schwach im Grunde genommen die Positionen des so kraftmeierisch auftretenden westdeutschen Imperialismus und Militarismus waren.

Zur gleichen Zeit, als das Bonner Regime eine erneute Krise durchlebte, wurde die Stabilität und Festigkeit der Deutschen Demokratischen Republik erneut sichtbar. Am 23. November 1962 veröffentlichte das Zentralkomitee der SED den Entwurf eines Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, damit er nach einer öffentlichen Diskussion dem für Januar 1963 einberufenen VI. Parteitag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden konnte. Während in Bonn krampfhaft ein Ausweg aus der tiefen politischen Krise gesucht und darüber diskutiert wurde, wie die Kanzlerschaft Adenauers wenigstens noch für ein Jahr aufrechterhalten werden könnte, um nicht zu offensichtlich den Bankrott der gesamten Konzeption Adenauers und damit der herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus zugeben zu müssen, wies die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit wissenschaftlicher Exaktheit den weiteren Entwicklungsweg der Deutschen Demokratischen Republik und des gesamten deutschen Volkes.

4. Der VI. Parteitag der SED und die Annahme des Programms des Sozialismus

Vom 15. bis 21. Januar 1963 fand in Berlin der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Er zog die Bilanz des von der Deutschen Demokratischen Re-

publik beim Aufbau des Sozialismus zurückgelegten Weges und beschloß das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das bedeutendste theoretische Dokument der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels.

Der Parteitag strahlte weit über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik aus. Das wurde schon dadurch dokumentiert, daß an seinen Beratungen Delegationen von mehr als 70 Bruderparteien aller Kontinente teilnahmen, unter ihnen der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Władisław Gomułka, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Shiwkow, sowie die Ersten Sekretäre, Generalsekretäre oder Vorsitzenden von zahlreichen weiteren Bruderparteien.

Zwei untrennbar miteinander verbundene Ergebnisse kennzeichneten die gesamte Tätigkeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands seit ihrem V. Parteitag im Juli 1958: Die Deutsche Demokratische Republik hatte mit Unterstützung der sozialistischen Bruderländer die aggressiven Absichten der herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus und Militarismus durchkreuzt, für das ganze deutsche Volk den Frieden gerettet und damit entscheidend dazu beigetragen, die Auslösung eines Krieges im Herzen Europas zu verhindern. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden die Grundaufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um im Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden die Überlegenheit des Sozialismus allseitig zu beweisen.

In den Jahren des sozialistischen Aufbaus hatte sich in der DDR eine grundlegende Veränderung der sozialökono-

mischen Verhältnisse, der Eigentumsformen und der Klassenbeziehungen vollzogen. Die wichtigsten Produktionsmittel waren endgültig in die Hände des Volkes übergegangen. 1950, zu Beginn des sozialistischen Aufbaus, entfielen auf die sozialistischen Betriebe erst 59,4 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Industrie, Landwirtschaft und den anderen Bereichen der Volkswirtschaft, während 40,6 Prozent noch von privaten Betrieben bestritten wurden. 1962 betrug der Anteil der sozialistischen Betriebe am Gesamtprodukt bereits 85,0 Prozent, und nur noch 8,2 Prozent entfielen auf private Betriebe, 6,8 Prozent wurden von halbstaatlichen Betrieben erzeugt.

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bedeutete, daß in der DDR die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für eine Wiederherstellung des Kapitalismus ein für allemal beseitigt waren. Das Fortbestehen von kleinen und mittleren Privatunternehmen konnte nichts am Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ändern, da diese Betriebe bereits eng mit der sozialistischen Wirtschaft verbunden waren.

Im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus hatte die kapitalistische Klasse aufgehört zu existieren. Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war damit in der DDR abgeschafft und der in der Ausbeutergesellschaft vorhandene Klassenantagonismus fast vollständig überwunden. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bedeutete, daß an die Stelle der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung neue gesellschaftliche Beziehungen der sozialistischen Zusammenarbeit getreten waren.

Ausgehend von diesen tiefgreifenden Veränderungen und großen Erfolgen legte der Parteitag die Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus fest, mit deren Verwirklichung die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abgeschlossen wird. Damit wurde zugleich die

Frage beantwortet, ob die Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Beseitigung des Systems der Ausbeutung schon den Sieg des Sozialismus bedeuten.

In der Vergangenheit hatte es die Vorstellung gegeben, daß die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse bereits mit dem Sieg des Sozialismus identisch seien. Der VI. Parteitag korrigierte diese Vorstellungen und wies darauf hin, daß, so groß die Errungenschaften bei der Festigung der Grundlagen des Sozialismus und beim Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR auch waren, so bedeutend der Umfang der Produktion, der Investitionen, des Außenhandels und der Verbrauch der Bevölkerung auch gewachsen waren, dennoch der erreichte Stand es nicht rechtfertige, davon zu sprechen, daß der Sozialismus bereits voll gesiegt habe.

Im Programm der SED hieß es: „Unsere Erfolge haben frühere Maßstäbe verändert. In wenigen Jahren wird unsere Industrieproduktion den Umfang der Produktion des gesamten Deutschen Reiches von 1937 – abgesehen von einigen Zweigen der Montan-Industrie – erreicht haben, obwohl die Deutsche Demokratische Republik weniger als ein Viertel des Territoriums des ehemaligen Deutschen Reiches umfaßt. Aber dieses Niveau ist für den Sozialismus nicht ausreichend. Die Ziele werden höher gesteckt. Die Interessen des Volkes, die Bedürfnisse der Werktätigen sind eine starke Triebkraft. Sie dulden kein Verweilen auf dem erreichten Stand. Sie verlangen den Sozialismus in seiner Gesamtheit und in seiner Vollständigkeit."[15]

Die DDR ist im Rahmen des sozialistischen Weltsystems der einzige Staat, in dem die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet eines schon früher hochindu-

15 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. IV, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 337.

strialisierten Landes, einer der Hochburgen des Imperialismus, gesiegt haben, in dessen größerem und ökonomisch begünstigterem Teil jedoch der Imperialismus noch herrscht und erneut eine Vormachtstellung im kapitalistischen Weltsystem einnimmt. Der ökonomische Wettbewerb mit dem hochindustrialisierten Westdeutschland, in dessen Verlauf die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus bewiesen werden muß, verlangt daher besonders große Anstrengungen und setzt wissenschaftlich-technische Leistungen voraus, die dem Weltniveau entsprechen.

Das Programm der SED nennt folgende Hauptziele des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik:

1. Die nationale Volkswirtschaft der DDR zu entwikkeln, die Produktion und die Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik weiter rasch zu steigern, um das Leben der Werktätigen angenehm und schön zu gestalten und ihre wachsenden Bedürfnisse besser zu befriedigen. Das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung" voll zu verwirklichen.

2. Die neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen zu fördern und zu vertiefen. Hohes Bewußtsein, Arbeitsfreude und Verantwortungsgefühl gegenüber den Interessen der Gesellschaft müssen hervorragende Eigenschaften der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft werden.

3. Bildung und Kultur zum Besitz aller Werktätigen zu machen, um ihr Dasein zu bereichern und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Das wird es ihnen auch ermöglichen, die modernen Produktionsmittel zu beherrschen. Sie werden der Gesellschaft mehr geben können und damit auch die Voraussetzung schaffen, von der Gesellschaft mehr zu empfangen und ihre persönlichen Bedürfnisse besser befriedigen zu können.

4. Die Deutsche Demokratische Republik zu einem modernen sozialistischen Staat zu machen, der gegenüber der ganzen Welt das neue Deutschland verkörpert, dessen Friedenspolitik, Ansehen und Anziehungskraft seine Bürger mit Stolz erfüllen.

„Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wird das Werk des ganzen Volkes sein, weil er seinen Interessen zutiefst entspricht. Das Volk ist die Kraft, die diese große Aufgabe meistern wird."[16]

Die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität, die nutzbringende Anwendung der modernen Erkenntnisse der Wissenschaft, die allseitige und vollständige Durchsetzung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus – das ist der Weg, der die deutsche Nation durch friedliche Arbeit zur Blüte und Größe führt. Der Sozialismus ist das Ergebnis unzähliger guter Taten von Millionen Menschen.

Dem Programm der SED liegt die wissenschaftliche Erkenntnis Lenins zugrunde, daß der Sozialismus den Kapitalismus durch die höhere Arbeitsproduktivität besiegen muß. Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. Im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist demnach – wie im Weltmaßstab, so auch in Deutschland – die Wirtschaft das Hauptfeld der Auseinandersetzung.

Deshalb maß der VI. Parteitag der SED der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR die größte Bedeutung bei. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse hatte den Weg für einen wirkungsvollen Kampf um eine dem Kapitalismus überlegene höhere Arbeitsproduktivität frei gemacht.

Die Ausgangsstellungen für diesen Kampf waren sehr unterschiedlich; denn historisch hatte es sich in Deutschland so ergeben, daß der Sozialismus zunächst in dem wirtschaft-

[16] Ebenda, S. 338.

lich schwächeren und zurückgebliebenen Teil des Landes Fuß gefaßt hatte. Die dadurch unvermeidlich schlechteren Startbedingungen, die die DDR gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik im wirtschaftlichen Wettstreit der beiden Systeme hatte, sowie die seitens Westdeutschlands systematisch und mit großem Aufwand betriebene Politik der Störung des wirtschaftlichen Aufbaus der DDR unter den Bedingungen der offenen Grenze, die nicht zuletzt auch die Akkumulationsmöglichkeiten und damit den technischen Fortschritt beschränkte und hemmte, führten dazu, daß Anfang 1963 die Arbeitsproduktivität in der DDR gegenüber Westdeutschland noch einen Rückstand von durchschnittlich 25 Prozent aufwies, der aufgeholt werden mußte.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus erfordert harte Anstrengungen der Werktätigen; denn nur durch die bewußte sozialistische Arbeit kann der Sieg des Neuen über das Alte errungen und die allseitige Überlegenheit des Sozialismus bewiesen werden.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus muß das Werk des ganzen Volkes sein. In der sozialistischen Gesellschaft steht nur das zur Verfügung, was von den arbeitenden Menschen geschaffen und erzeugt wird. Andere Quellen des Einkommens, die für die kapitalistische Gesellschaft typisch sind, so zum Beispiel die Ausbeutung der Werktätigen und fremder Völker, sind in ihr erfreulicherweise für immer ausgeschaltet. Die wachsenden Bedürfnisse der Volksmassen können und werden deshalb nur durch die Arbeit der Volksmassen, durch die Arbeit jedes einzelnen immer besser befriedigt werden.

Der raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Deutschen Demokratischen Republik kommt auch eine weitere Bedeutung zu, wie auf dem Parteitag betont wurde. Die höhere Arbeitsproduktivität in Westdeutschland erschwert noch vielen Werktätigen das Verständnis für die

gesellschaftliche Entwicklung und läßt sie an der Überlegenheit des Sozialismus zweifeln. Mancher Arbeiter stellt heute, wie N. S. Chruschtschow in seiner Begrüßungsrede auf dem VI. Parteitag der SED sehr treffend betonte, noch solche Überlegungen an: „Der Fritz, der in der Deutschen Demokratischen Republik arbeitet, bekommt soviel, und der Hans, der im Westen arbeitet, bekommt soviel. Auf diese Weise stellt er fest, wo es besser und wo es schlechter ist. Jawohl, Genossen! So ist es vorläufig noch. Deshalb besteht Ihre Rolle, Ihre Aufgabe darin, die Produktion besser zu organisieren und die Arbeitsproduktivität auf einen solchen Stand zu heben, daß sie höher ist als in den kapitalistischen Ländern. Weder Gott noch Teufel werden Ihnen Brot oder Butter geben, wenn Sie das nicht mit Ihren eigenen Händen schaffen. Ich denke, das ist allen klar."[17]

Auch gegen die Wirkung des wütenden Antikommunismus, die ideologische Hauptwaffe des westdeutschen Imperialismus, sind höhere ökonomische Leistungen der DDR die besten Argumente. Die nationale Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, den ausgebeuteten Volksmassen in Westdeutschland überzeugend zu beweisen, daß sich unter der Führung der Arbeiterklasse die Initiative und die Schaffenskraft des Volkes in ungeahnter Weise entfalten können und dadurch allen Menschen ein besseres, schöneres und wohlhabenderes Leben gesichert wird, als es im Kapitalismus möglich ist.

Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch höhere und bessere Leistungen in der Produktion, durch die weitere Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen und die Entwicklung eines gehaltvollen kulturellen und geistigen Lebens werden die Werktätigen der DDR dazu beitragen, daß auch Westdeutschland schneller den An-

17 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 299.

schluß an die neue Epoche der Menschheit, das Zeitalter des Sozialismus, findet. Das wird zugleich der Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zum Sieg des Sozialismus im großen Wettbewerb unserer Zeit und der entscheidende Schritt zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland sein.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betonte in ihrem Programm, daß sie unverrückbar an ihrem Ziel festhält: der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und der Überwindung der von den imperialistischen Westmächten im Komplott mit dem westdeutschen Monopolkapital vollzogenen Spaltung. Die geeignetste Form der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland ist nach wie vor eine Konföderation der beiden deutschen Staaten, der sich auch die Freie Stadt Westberlin anschließen könnte. Die Konföderation muß auf der Souveränität und Gleichberechtigung beider deutschen Staaten und der Freien Stadt Westberlin beruhen. Sie schafft keine über ihnen stehende zentrale Staatsgewalt und erfordert keine Veränderung ihrer Gesellschaftsordnung.

Ohne gesicherten Frieden ist jedoch die Überwindung der Spaltung Deutschlands nicht möglich. In diesem Sinne sind Frieden und nationale Einheit, wie es im Programm heißt, untrennbar miteinander verbunden. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betrachtet die Sicherung der Nation vor Krieg und Vernichtung und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens als die Hauptfrage unserer Zeit. Sie will den Krieg aus dem Leben des deutschen Volkes für immer verbannen. Sie will die Quelle des Krieges in Westdeutschland und Westberlin verstopfen. Sie will dem unerträglichen feindseligen Gegenüberstehen von zwei deutschen Staaten ein Ende bereiten."[18]

[18] Ebenda, Bd. IV, S. 330/331.

Deutschland ist ein solcher Knotenpunkt in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, daß eine kriegerische Auseinandersetzung die größten Gefahren für den Weltfrieden und, was die deutsche Nation betrifft, für ihre weitere Existenz überhaupt heraufbeschwören würde.

Um Schritt für Schritt Voraussetzungen für sachliche, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen, schlug Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED vor, ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens abzuschließen, das folgende Hauptpunkte zum Inhalt haben könnte:

1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates und seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung in jeder Form.

2. Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates. Feierlicher Verzicht auf alle Versuche und Bestrebungen, diese Grenzen anzutasten oder zu verändern.

3. Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.

4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Verpflichtung, die Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen.

5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutschen Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs.

6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen beider deutschen Staaten mit dem Ziel, den Handel zwischen ihnen zu erweitern und zu entwickeln.

Ein solches Minimum an sachlichen Beziehungen würde der Sicherung des Friedens und der Schaffung der notwen-

digen Voraussetzungen für die Bildung einer deutschen Konföderation dienen.

Der 7-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts fand lebhafte Zustimmung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Westdeutschlands und des Auslands. Die Bonner Machthaber setzten jedoch ihren entspannungsfeindlichen Kurs fort.

Bei der Lösung der neuen und komplizierten Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus konnte sich die Deutsche Demokratische Republik auf die brüderliche Hilfe der befreundeten sozialistischen Länder stützen.

Die Deutsche Demokratische Republik steht seit ihrer Gründung fest im Lager der sozialistischen Staaten. Die enge Freundschaft mit der Sowjetunion, so wird im Programm betont, ist ein Grundpfeiler der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. In der DDR ist aus der deutschen Geschichte die wichtige Lehre gezogen worden, daß die deutsch-sowjetische Freundschaft eine Lebensnotwendigkeit für den Frieden und die glückliche Zukunft der deutschen Nation ist. Diese Freundschaft beruht auf der Gemeinsamkeit der Ziele unserer Völker im Kampf um die Sicherung des Friedens, um den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

Durch die Lieferung von Rohstoffen, Lebensmitteln und Maschinen, die Überlassung wichtiger technischer Dokumentationen, die Ausbildung Tausender Studenten aus der DDR an sowjetischen Hochschulen und auf andere Weise unterstützt die Sowjetunion den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik. Die zeitweise in der DDR stationierten Truppenteile der Sowjetarmee stehen gemeinsam mit der Nationalen Volksarmee auf Friedenswacht und schützen die Unantastbarkeit der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, das friedliche Leben ihrer Arbeiter und Bauern, ihrer Frauen und Kinder.

Als erfahrenstes, mächtigstes und führendes Land des sozialistischen Weltsystems erweist die Sowjetunion, getreu den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der Deutschen Demokratischen Republik wie allen sozialistischen Ländern unschätzbare brüderliche politische und materielle Hilfe. Sie leistet den größten und effektivsten Beitrag zur Verteidigung aller Länder des sozialistischen Weltsystems. Das Programm der SED enthält daher eine klar formulierte Stellungnahme zur Sowjetunion, der mächtigsten Kraft des Fortschritts in der Welt, der Retterin des Friedens und der Völker vor einem vernichtenden Nuklearkrieg. „Als Vortrupp der Menschheit war und ist die Sowjetunion stets die große moralische und politische Hoffnung der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung und der Völker in ihrem weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Die Stellung zur Sowjetunion – dem Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung, dem Bollwerk des Marxismus-Leninismus und des Friedens – ist heute wie eh und je der Prüfstein für die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien und der sozialistischen Staaten; sie ist entscheidend für den Erfolg des Kampfes gegen Revisionismus, Sektierertum und Nationalismus. Sie ist die Gewähr für die Reinheit der revolutionären humanistischen Ideen des Marxismus-Leninismus, für die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems und der internationalen Arbeiterbewegung."[19]

Die Vertreter der Bruderparteien gaben in ihren Begrüßungsansprachen ihre Zustimmung zu den Dokumenten des VI. Parteitages der SED und bekundeten die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse mit der DDR, mit ihrem Kampf für die Sicherung des Friedens in Europa und den Sieg des Sozialismus. Zu einem Höhepunkt des Parteitages gestaltete sich vor allem die bedeutsame Rede N. S.

[19] Ebenda, S. 389.

Chruschtschows. Begeisterte Aufnahme fanden die leidenschaftlichen Worte: „Deutschland ist hier! Die Zukunft Deutschlands wird hier geschmiedet, in diesem Saal! Die Wege des deutschen Volkes werden hier vorgezeichnet, und darin besteht die Stärke der deutschen Arbeiterklasse, der Deutschen Demokratischen Republik."[20]

Der VI. Parteitag der SED bewies erneut, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrer Politik und in ihren programmatischen Erklärungen stets die Grundinteressen der Volksmassen vertritt. Sie hat das Vertrauen der Massen gewonnen, weil sie ihnen an Hand der eigenen Erfahrungen die Richtigkeit des von der Partei der Arbeiterklasse gewiesenen Weges und Zieles beweisen konnte. Deshalb ist sie zum allgemein anerkannten Führer und Organisator der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR geworden, zu der großen nationalen Kraft, die dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit den Weg in eine glückliche Zukunft weist.

Die Übereinstimmung von wissenschaftlich begründeter Zielsetzung mit der richtigen Strategie und Taktik, die Verbindung von Prinzipientreue und Beweglichkeit, die enge Verbundenheit mit den Volksmassen, deren Interessen sie konsequent vertritt – das sind die Grundlagen für die Erfolge der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Als Erbe und Fortsetzer aller revolutionären und humanistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und des gesamten deutschen Volkes hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands alles Große und Gute aus der Geschichte des deutschen Volkes in sich aufgenommen, hat sie die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und besonders die der Sowjetunion stets beachtet und die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus gehütet und schöpferisch weiterentwickelt. Das vom VI. Parteitag beschlossene Programm der Sozialistischen Ein-

[20] Ebenda, Bd. I, S. 298.

heitspartei Deutschlands ist ein Programm der Vernunft und des Friedens. Die Ziele des Programms entsprechen den Hoffnungen und Interessen der ganzen deutschen Nation. Im Kampf um ihre Durchsetzung wird sich unser Zeitalter – das Zeitalter des Friedens, der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude, das Zeitalter des Sozialismus – für die ganze deutsche Nation voll entfalten.

5. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft

In seinem großen Referat über das Programm des Sozialismus entwickelte Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED die Grundzüge eines neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Seine Einführung war eine unbedingte Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus.

Walter Ulbricht betonte auf dem VI. Parteitag der SED: „Hauptaufgabe der Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft ist es, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus richtig und vollständig auszunutzen, um eine optimale und damit zugleich proportionale Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern. Allein auf diese Weise ist es möglich, die entscheidenden Vorzüge unserer Wirtschaftsordnung zu nutzen."[21]

Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurde von der Partei der Arbeiterklasse im Ergebnis des langjährigen kontinuierlichen Entwicklungsprozesses der sozialistischen Produktionsweise in

[21] Ebenda, S. 299.

der Deutschen Demokratischen Republik ausgearbeitet. Hierbei fanden die durch die Partei, die Staatsorgane und die Werktätigen gesammelten praktischen Erfahrungen sowie die theoretischen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten ihre allseitige Berücksichtigung. Zu den objektiv notwendigen Bedingungen für seine Erarbeitung und Anwendung gehörten vor allem der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der in der DDR 1961/1962 erreichte Stand der Produktivkräfte, das gewachsene sozialistische Bewußtsein und die politischen und technisch-ökonomischen Erfahrungen der Werktätigen sowie die im August 1961 durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik in der Hauptstadt Berlin.

Nachdem Walter Ulbricht die Kernsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf dem VI. Parteitag der SED entwickelt hatte, wurden seine Grundzüge im einzelnen durch verschiedene Kommissionen, denen Wissenschaftler, Wirtschaftsfunktionäre und Vertreter der Produktion angehörten, weiter präzisiert und nach und nach in der Praxis erprobt. Besondere Bedeutung hatten die Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR im Juni 1963 und die 5. Tagung des ZK der SED im Februar 1964, auf denen die neuen Erfahrungen allseitig beraten und zusammengefaßt wurden.

Das Ziel des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft besteht vor allem darin, die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsordnung unter den gegenwärtigen Bedingungen voll zu nutzen. Haupttriebkraft der ökonomischen Entwicklung muß die völlige Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Werktätigen, der Kollektive und Gruppen sein. Die bewußte Herstellung

dieser Übereinstimmung, die Einheit von materiellen und moralischen Faktoren, bildet das Wesen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Es geht darum, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus so durchzusetzen, daß jeder einzelne Werktätige materiell und moralisch daran interessiert ist und seine ganze Kraft einsetzt, das größtmögliche Tempo im wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den höchsten ökonomischen Nutzeffekt für die Gesellschaft zu erreichen. Dabei kann sich das neue ökonomische System nicht auf dieses oder jenes Teilgebiet der Wirtschaftstätigkeit beschränken, sondern muß notwendigerweise alle wesentlichen Seiten der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sich aufnehmen.

Auf der 5. Tagung des ZK der SED wies Walter Ulbricht darauf hin, daß das neue ökonomische System eine Anwendung und Weiterentwicklung der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in einem hochentwickelten Industrieland darstellt. Das neue ökonomische System hat mit der wissenschaftlich begründeten Planung, der Anwendung der ökonomischen Hebel der materiellen Interessiertheit und schließlich der richtigen Führungstätigkeit drei Bestandteile zum Inhalt, die organisch zu einem einheitlichen Ganzen verbunden sind. Diese Bestandteile werden im einzelnen durch folgendes gekennzeichnet: Im Vordergrund der Planung, vor allem der Perspektivplanung, steht nicht die Frage, um wieviel Prozent die derzeitige Produktion mengenmäßig gesteigert werden kann. Es geht somit zunächst nicht um die Produktionsmenge, sondern um die genaue Ermittlung und die ökonomisch wirksamste Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, insbesondere in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft. Erst das ist die Grundlage, um auch jene

Produktionsmenge zu sichern, die dem volkswirtschaftlichen Bedarf entspricht.

Daher steht der Übergang von einer vorwiegend mengenmäßigen Planung zu einer in erster Linie auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerichteten Perspektivplanung im Mittelpunkt des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Systematisch müssen alle neuen Erkenntnisse und Forschungsergebnisse aus der ganzen Welt ausgewertet werden, und es muß ökonomisch genau berechnet werden, was der Volkswirtschaft der DDR den größten Nutzen bringt.

Die Ausarbeitung des Perspektivplans kann keine einmalige Aufgabe sein. Am Perspektivplan muß ständig gearbeitet werden. Jede neue wissenschaftliche Erkenntnis, jede neue Bedingung macht Ergänzungen, Abänderungen und unter Umständen wesentliche Korrekturen erforderlich. Die Perspektivplanung wird um so exakter sein, je besser es gelingt, eine möglichst große Zahl von Wissenschaftlern, Arbeitern und anderen Werktätigen an ihr zu beteiligen.

Die Ausarbeitung des Perspektivplans und des daraus abgeleiteten Plans für die nächsten Jahre wird nicht nur von den zentralen staatlichen Organen vorgenommen, sondern auch von den Vereinigungen Volkseigener Betriebe und den Betrieben selbst. Dadurch wird erstens gesichert, daß jeder Betrieb seine Perspektive für einen langen Zeitraum genau kennt, und zweitens wird gewährleistet, daß so viele Werktätige wie nur möglich an der Ausarbeitung des Plans und damit an der Planung der Volkswirtschaft unmittelbar teilnehmen.

Diese neuen Methoden der Planung sind auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, auf die Verwirklichung der technischen Revolution gerichtet. Sie gewährleisten eine lebendige Verbindung der langfristigen Perspektivplanung mit dem kurzfristigen Plan zur Realisierung dieser Perspektive.

Die Ausarbeitung und vor allem die Erfüllung der Planaufgaben muß vorwiegend mit Hilfe eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel gewährleistet werden. Es geht darum, die materielle Interessiertheit so zu gestalten, daß jede Vereinigung Volkseigener Betriebe, jeder Betrieb, jeder Werktätige ökonomisch daran interessiert werden, die Aufgaben des Plans, besonders der technischen Umwälzung, durch Erreichung eines hohen Nutzeffektes zu erfüllen. Auf diese Weise erfolgt die Leitung der Wirtschaft auf der Grundlage der wissenschaftlich fundierten Planung vorwiegend mit ökonomischen Mitteln. Durch die organische Verbindung des Plans mit einem in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel wird das Prinzip durchgesetzt: Was der Gesellschaft nutzt, muß auch jedem Kollektiv und jedem einzelnen nutzen, und umgekehrt, was der Gesellschaft schadet, muß auch jedem einzelnen materielle Nachteile bringen.

Das Neue besteht darin, daß nunmehr nur wenige, wichtige ökonomische Aufgaben des Plans von den zentralen staatlichen Organen für die Vereinigungen Volkseigener Betriebe und die einzelnen Betriebe festgelegt werden, während diese materiell daran interessiert werden, selbst die ökonomisch beste Lösung zur Erfüllung des Plans sowie auch aller anderen Aufgaben zu finden. Das heißt, die ökonomischen Hebel sind nunmehr die entscheidenden Mittel, um die Planaufgaben durchzusetzen.

Die neue Qualität besteht darin, daß jetzt alle zur Verfügung stehenden ökonomischen Hebel, wie Selbstkosten, Preis, Gewinn, Kredit, Lohn, Prämie, so aufeinander abgestimmt werden, daß sie ein einheitliches, in sich abgestimmtes System darstellen, das organisch mit dem Plan verbunden ist und ohne Widersprüche in der gleichen Richtung wirkt. Die zentrale Stellung im System ökonomischer Hebel wird der Gewinn einnehmen, weil seine Höhe bei der richtigen Preis- und Kostenberechnung nicht nur

diese oder jene Seite der Arbeit, sondern die gute oder schlechte Gesamtarbeit eines Betriebes, einer Vereinigung Volkseigener Betriebe usw. widerspiegelt.

Die richtige Ausarbeitung und Einführung eines so umfassenden Systems ökonomischer Hebel ist nur schrittweise möglich. So wird die Industriepreisreform in drei Etappen durchgeführt und etwa zwei Jahre dauern. Ähnlich steht es mit einigen anderen Aufgaben. Die erste Etappe der Industriepreisreform begann am 1. April 1964. Dabei wurden zunächst die Grundstoffpreise erfaßt. Das Ziel dieser Reform besteht darin, Industriepreise auf der Grundlage des Wertes der Waren zu schaffen, die soweit wie möglich den Arbeitsaufwand widerspiegeln und zugleich den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und höchste Qualitätsarbeit fördern. Die Industriepreisreform und die Umbewertung der Grundmittel tragen vor allem dazu bei, daß der Gewinn tatsächlich die gute oder schlechte Arbeit eines Betriebes zum Ausdruck bringen kann.

Die Ausarbeitung des neuen ökonomischen Systems ist kein einmaliger Akt. Die ökonomischen Hebel stellen die Verbindung her zwischen den materiellen Interessen und den zu lösenden ökonomischen Aufgaben. Daraus ergibt sich, daß jede inhaltliche Veränderung der ökonomischen Aufgabenstellung auch zur entsprechenden Umgestaltung des Systems der ökonomischen Hebel führen muß, um die Lösung der neuen Aufgaben materiell wirksam stimulieren zu können.

Die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft macht schließlich eine wesentliche Veränderung der Wirtschaftsführung, vor allem die konsequente Einführung der Leitung nach dem Produktionsprinzip, erforderlich. Eine wissenschaftlich fundierte Führungstätigkeit bedingt, daß sowohl die staatlichen Leitungen, beginnend beim Ministerrat, als auch die Parteiarbeit, beginnend beim Zentralkomitee der SED,

von der Produktion in den einzelnen Betrieben ausgehen und daß alle anderen Fragen der ökonomischen und der gesellschaftlichen Entwicklung auf dieser Grundlage gelöst werden.

Diese Umstellung der Führungstätigkeit stellt an die Leitungen hohe Anforderungen. Die Leitungen der VVB, die früher nur den Charakter eines Zwischengliedes zwischen Regierung und volkseigenem Betrieb hatten, sind nunmehr die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Führungszentren ihres Zweiges und für dessen Leitung uneingeschränkt verantwortlich.

Da die volkseigene Wirtschaft so organisiert ist, daß die VVB jeweils für einen Wirtschaftszweig beziehungsweise einen selbständigen Bereich verantwortlich sind, stellen sie für die Durchsetzung des Produktionsprinzips die entscheidenden Zentren dar.

Die praktische Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems ist untrennbar mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der schöpferischen Mitarbeit aller Werktätigen an der Planung und Leitung der Wirtschaft verbunden. Das neue ökonomische System gibt den Werktätigen alle Möglichkeiten, ihre Initiative maximal zu entfalten und sie auf die grundlegenden ökonomischen Aufgaben zu lenken.

Die Ausarbeitung sowohl des Perspektivplans als auch der kurzfristigen Pläne setzt die breite Mitarbeit vieler Hunderttausender Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Wissenschaftler voraus. Auch davon hängt letzten Endes die Qualität der gesamten Planung ab. Von großer Bedeutung ist die Bildung von Produktionskomitees in den Großbetrieben. Sie werden von allen Werktätigen gewählt, fassen alle gesellschaftlichen Kräfte zusammen und nehmen bei Wahrung der vollen Verantwortung des Werkleiters in vielfältigen Formen an der Leitung des Betriebes teil.

Die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft braucht, wie Walter Ulbricht auf der 5. Tagung des ZK der SED erklärte, solche Leiter der sozialistischen Wirtschaft, die perspektivisch denken können, die den Mut haben, Risiken zu tragen, und die ihre eigene Arbeit und die ihrer Mitarbeiter ständig daran messen, ob der höchste Nutzen für die Volkswirtschaft und damit für das ganze Volk herauskommt. „Solche Leiter sind hochqualifizierte Persönlichkeiten, in den technischen und ökonomischen Fragen ihres Gebietes beschlagen. Sie verstehen, den Marxismus-Leninismus anzuwenden und sind der Arbeiterklasse treu ergeben. Sie zeichnen sich besonders aus durch Verantwortungsfreude, Schöpfertum und Kühnheit, aber auch durch geschäftliche Sachlichkeit, nüchternes Kalkulieren und eiserne Arbeitsdisziplin. Und sie verstehen es, diese Eigenschaften auf das Arbeitskollektiv zu übertragen und es so zur höchsten Leistung zu führen. Solche Leiter werden nicht einfach geboren, sondern unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erzogen... Für den erfolgreichen sozialistischen Leiter ist es eine unabdingbare Voraussetzung, daß er die Rolle der Volksmassen in der Geschichte, die Rolle der Werktätigen in der materiellen Produktion richtig begreift. *Er muß darüber hinaus imstande sein, ideologische Klarheit in diesen Fragen in praktisches Handeln umzusetzen.* Das heißt, er muß gewährleisten, daß die Werktätigen in seinem Verantwortungsbereich zur Beratung wichtiger Entscheidungen herangezogen werden, daß ihre Vorschläge und Kritiken genau analysiert werden, daß ihnen aber auch das notwendige Wissen vermittelt wird, durch das sie erst in der Lage sind, auf schöpferische Weise zu arbeiten."[22]

[22] Walter Ulbricht: Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 31/32, 41.

In Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages und bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems errangen die Werktätigen der DDR 1963 bereits beträchtliche Erfolge. Die in der Zeit der offenen Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zugefügten Schäden wurden zu einem wesentlichen Teil wettgemacht. Die Volkswirtschaft der DDR entwickelte sich ohne erneute Inanspruchnahme ausländischer Kredite, und es konnte sogar mit der Rückzahlung von Krediten in größerem Umfang begonnen werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Jahr 1963 in der Durchsetzung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft lediglich ein Jahr der Vorbereitung war.

Durch den strengen und langen Winter waren in den ersten Monaten des Jahres große Rückschläge in vielen Zweigen der Wirtschaft, vor allem in der Energiewirtschaft und im Bauwesen, eingetreten. Am 3. Mai 1963 riefen die Gewerkschaftsvertrauensleute des VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik in Marzahn alle Werktätigen der DDR unter der Losung „Uns allen zum Nutzen – Walter Ulbricht zu Ehren – am 30. Juni planschuldenfrei" zum Wettbewerb zu Ehren des 70. Geburtstages des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR auf. Dieser Aufruf wurde von den Werktätigen in allen Teilen der Republik lebhaft unterstützt. Im Mai/Juni 1963 vollbrachten sie große Leistungen, so daß die Planrückstände des I. Quartals im wesentlichen aufgeholt werden konnten. Die Initiatoren des Wettbewerbs, die Werktätigen der Werkzeugmaschinenfabrik in Marzahn, die ihre eingegangenen Verpflichtungen vorbildlich erfüllt hatten, beschlossen, den Wettbewerb auch nach dem 30. Juni 1963 unter der Losung „Mit hoher Qualität, niedrigen Kosten, moderner Technik – zum Nutzen für die Gesellschaft und für jeden einzelnen" bis zum Jahresende weiterzuführen.

Die Feiern zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht waren ein Ausdruck der großen Verehrung, die Walter Ulbricht als einem der bedeutendsten Führer der internationalen Arbeiterbewegung nicht nur im deutschen Volk, sondern darüber hinaus in allen Teilen der Welt entgegengebracht wird. An der Geburtstagsfeier nahmen unter anderem so bedeutende Repräsentanten der internationalen Arbeiterbewegung teil wie N. S. Chruschtschow, Władisław Gomułka, Antonín Novotný, János Kádár, Todor Shiwkow. Das war ein Beweis, wie groß das Ansehen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und damit zugleich auch der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Arbeiterklasse in der Welt ist.

Zu einem besonderen Höhepunkt der Feierlichkeiten gestaltete sich die Verleihung des Titels „Held der Sowjetunion", der höchsten Auszeichnung des ersten sozialistischen Staates der Welt, an Walter Ulbricht.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands würdigte in seinem Grußschreiben die großen Verdienste Walter Ulbrichts, der als unbeirrbarer Revolutionär und Vorkämpfer für das Glück der Nation den Weg vom Tischler zum Repräsentanten des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, zum Baumeister der sozialistischen Gesellschaft gegangen ist. In dem Grußschreiben hieß es: „Dein ganzes bewußtes Leben, mehr als ein halbes Jahrhundert beispielhaften revolutionären Kampfes, hast Du dem Höchsten der Menschheit, der Sache des Sozialismus, des Friedens gewidmet... Ständig das Kollektiv der Partei festigend, von den Massen lernend und Dich mit ihnen beratend, hast Du den hauptsächlichen Beitrag zur schöpferischen Weiterentwicklung und praktischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie auf die konkreten Bedingungen in Deutschland geleistet... Mit dem Blick für das Neue und mit Umsicht leitest Du an der

Spitze des Zentralkomitees die komplizierten Prozesse des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in einem hochindustriellen, gespaltenen Land, das einen besonderen Platz im weltweiten Kampf der beiden Gesellschaftssysteme einnimmt... Von der Partei erzogen und gestählt, vom Volk geliebt, vom Feind gefürchtet – so bist Du zu einem der Hervorragendsten aus dem Stamm bewährter marxistisch-leninistischer Führer der deutschen Arbeiterbewegung und unserer Nation geworden!"[23]

Entsprechend den Festlegungen des VI. Parteitages der SED, wurde die Aufmerksamkeit 1963 vor allem auf folgende, für die Entwicklung der Wirtschaft der DDR bestimmende Wirtschaftszweige konzentriert: die chemische Industrie, besonders die Petrolchemie, die metallurgische Industrie der zweiten Verarbeitungsstufe, die Elektrotechnik, vor allem die Elektronik, jene Zweige des Maschinenbaus, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und Automatisierung bestimmen, die Entwicklung des wissenschaftlichen Gerätebaus, die rasche Entwicklung der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens und die weitere Intensivierung und schrittweise Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse.

Die Industrieproduktion der DDR konnte 1963 gegenüber dem Vorjahr um etwa fünf Prozent gesteigert werden. Das war um so beachtlicher, als, bedingt durch die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung, die Zahl der Beschäftigten zurückging. Diese Erhöhung der Industrieproduktion war vor allem deshalb möglich, weil die Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie auf etwa 106,5 Prozent gesteigert wurde. Gleichzeitig gelang es, die Selbstkosten in den volkseigenen zentralgeleiteten Betrieben um mehr als eine Milliarde DM gegenüber dem Vorjahr zu senken. Besonders beträchtliche Steigerungen

[23] Neues Deutschland, 30. Juni 1963.

wurden bei der Erzeugung von Plasten, Chemiefasern und Erzeugnissen der zweiten metallurgischen Verarbeitungsstufe erzielt. Auch bei der Produktion industrieller Konsumgüter konnten 1963 erhebliche Fortschritte erreicht werden. So wuchs zum Beispiel die Produktion von elektrischen Waschmaschinen auf 130 Prozent, von Haushaltskühlschränken auf 128 Prozent, von Fernsehempfängern auf 126 Prozent und von synthetischen Geweben auf 138 Prozent an.

Eine Reihe wichtiger Planaufgaben konnte jedoch nicht in vollem Umfang erfüllt werden. So ergaben sich ernste Rückstände bei der Verwirklichung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsvorhaben der chemischen Industrie und bei der Durchsetzung der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik in verschiedenen Industriezweigen.

Noch immer arbeiteten etwa 20 Prozent der Betriebe der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie mit Verlust.

Die Genossenschaftsbauern und die Arbeiter der volkseigenen Güter erzielten gute Erfolge bei der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft. Die durch die Mißernte 1961 eingetretenen Rückstände wurden im wesentlichen aufgeholt. Das staatliche Aufkommen an tierischen Produkten nahm beträchtlich zu, und der Viehbestand vergrößerte sich. So lieferte die Landwirtschaft 1963 11 Prozent mehr Schlachtvieh für die Versorgung der Bevölkerung als im Vorjahr. Der Schweinebestand nahm im Laufe eines Jahres um über 15 Prozent zu und war Ende 1963 höher als in allen vorangegangenen Jahren.

Diese Erfolge zeigten, welch große Möglichkeiten die sozialistische Landwirtschaft in sich birgt. Während die fortgeschrittensten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften es verstanden, die schöpferische Initiative aller Mitglieder durch die Bildung von Spezialistengruppen, durch eine gute Leitungstätigkeit und die richtige Anwen-

dung des Prinzips der materiellen Interessiertheit zu wekken, gab es aber noch immer zahlreiche LPG, in denen sich die gute genossenschaftliche Arbeit noch nicht voll durchgesetzt hatte.

Auch auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft war das Jahr 1963 durch beträchtliche Erfolge gekennzeichnet. Es konnten die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Aufschwung in den Jahren bis 1970 geschaffen werden.

6. Das offene deutsche Gespräch setzt sich durch

Die wirtschaftlichen Erfolge trugen entscheidend dazu bei, daß sich die Deutsche Demokratische Republik politisch und ökonomisch weiter stärken konnte und der Entspannung und friedlichen Koexistenz in Deutschland der Weg bereitet wurde.

Die Deutsche Demokratische Republik, ihr Staatsrat und ihre Regierung, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und alle befreundeten Parteien der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben es stets als ihre Hauptaufgabe angesehen, alles zu unternehmen, um den Frieden in Deutschland zu sichern und konstruktive Schritte zur Entspannung einzuleiten. Die Deutsche Demokratische Republik unterstützte jederzeit vorbehaltlos alle Initiativen zu einer wirksamen Abrüstung, zur Beilegung internationaler Konflikte auf friedlichem Wege, zur Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz.

Durch eigene Vorschläge an die Organisation der Vereinten Nationen, an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß in Genf und an verschiedene andere internationale Gremien bewies die Deutsche Demokratische Republik, daß es auf deutschem Boden einen Staat gibt, der eine grund-

sätzlich neue deutsche Außenpolitik vertritt und ein zuverlässiger Verbündeter aller friedliebenden Kräfte in der Welt ist.

Das Jahr 1963 war international gesehen dadurch gekennzeichnet, daß die Kräfte des Friedens Schritt um Schritt an Boden gewannen und einige erste Vereinbarungen zur Verminderung der internationalen Spannungen durchsetzen konnten. Eine besondere Bedeutung kam dem Abschluß des Moskauer Abkommens über die Einstellung von Atombombentests in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser zu, das am 5. August 1963 von den Außenministern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens unterzeichnet wurde und allen Staaten der Welt zur Unterzeichnung offensteht. Dieses Abkommen wurde von den friedliebenden Menschen aller Kontinente als erster wichtiger, wenn auch noch begrenzter Schritt zur Verminderung der internationalen Spannungen, zur Festigung des internationalen Vertrauens und damit zur Durchsetzung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz begrüßt.

Die Haltung zu diesem Vertrag wurde zu einem Prüfstein für alle Staaten der Welt. Die Deutsche Demokratische Republik begrüßte das Abkommen und unterzeichnete es als einer der ersten Staaten. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dagegen machte zunächst die verschiedenartigsten Vorbehalte gegen das Abkommen geltend. In Wirklichkeit waren die Bonner Machthaber schokkiert, weil dadurch weiteren Initiativen auf dem Wege zu einer internationalen Entspannung das Tor geöffnet worden war. Das aber versetzte der entspannungsfeindlichen Grundhaltung und der antinationalen und aggressiven Konzeption des Bonner Staates und seiner Außenpolitik einen spürbaren Schlag. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit und aus Angst, in der ganzen Welt, selbst bei den eigenen NATO-Verbündeten, als offen friedensfeindlicher,

revanchistischer Staat isoliert dazustehen, erklärte sich die Bundesrepublik bereit, das Moskauer Abkommen zu unterzeichnen.

Obwohl sich durch die Friedenspolitik des sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion die internationale Situation nach dem Atomteststoppabkommen etwas entspannte und die „Politik der Stärke" immer sichtbarer der Politik des Friedens unterlag, bemühten sich die westdeutschen herrschenden Kreise um so hartnäckiger, die „Politik der Stärke" und des kalten Krieges aufrechtzuerhalten. Sie verdoppelten ihre Anstrengungen, um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen.

Aber Adenauer, der 14 Jahre lang den Untergang der DDR prophezeite und ununterbrochen den Zusammenbruch der Sowjetunion voraussagte, mußte das ständige Erstarken des sozialistischen Lagers erleben. Vor den Augen der Welt wurde 1963 besonders sichtbar, daß der kalte Krieg, der von seiten Westdeutschlands unter Führung Adenauers 14 Jahre lang gegen die DDR geführt wurde, die Bonner Regierung von einer Krise in die andere geworfen hatte und daß Adenauer letztlich an dieser „Politik der Stärke" scheiterte. Er ging nicht freiwillig und nicht nur, weil er zu alt für die Führung der Regierungsgeschäfte war. Er mußte im Oktober 1963 vor allem deshalb abtreten, weil seine Politik, die die Eroberung der DDR zum Hauptziel hatte, am 13. August 1961 endgültig gescheitert war. Gemeinsam mit Adenauer mußten nach der bereits Ende 1962 vorgenommenen Ablösung des militärischen Scharfmachers Strauß auch des Kanzlers graue Eminenz, der Nazi Globke, und noch einige der aktivsten Vertreter der westdeutschen Ultras ihre Posten verlassen. Adenauer und seine Politik, mit der er die Interessen der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals Westdeutschlands vertreten hatte, waren an den Erfolgen des sozialistischen Lagers im Kampf für friedliche Koexistenz, nicht zuletzt an der Existenz der

Deutschen Demokratischen Republik und der wachsenden Wirkung ihrer Friedenspolitik, gescheitert.

Der Regierungswechsel in Bonn führte jedoch nicht zu der notwendigen Wende in der westdeutschen Politik. Ludwig Erhard, der Nachfolger Adenauers und wie er ein Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals, stellte sich das Ziel, die imperialistische Politik seines Vorgängers fortzusetzen und nur die Methoden etwas zu ändern.

In seiner ersten Regierungserklärung sprach er sich dafür aus, einen Beitrag zur Beendigung des kalten Krieges zu leisten. Die herrschenden Kräfte in Bonn hatten erkannt, daß das offene Eintreten für eine entspannungsfeindliche Politik Westdeutschland nur in eine rettungslose Isolierung führen konnte. Daß sie jedoch ihre aggressive imperialistische Konzeption nicht aufgegeben hatten, bewiesen die revanchistischen Forderungen, die ebenfalls in der ersten Regierungserklärung Erhards enthalten waren. Offen forderte auch der neue Bundeskanzler die Wiederherstellung der Grenzen des faschistischen Deutschlands von 1937.

Dieser Anspruch war von seiten der westdeutschen Regierung mit dem weiteren Streben nach der sogenannten multilateralen Atomstreitmacht verbunden, mit deren Hilfe die westdeutschen Ultras die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten wollen. Damit machte Erhard seine Bemerkungen über die Beendigung des kalten Krieges und die von ihm erklärte Bereitschaft, an der Abrüstung mitzuwirken, von vornherein unglaubwürdig.

Die neue westdeutsche Regierung setzte somit seit ihrer Amtsübernahme die gefährliche und verderbliche Politik fort, Westdeutschland die Rolle eines Hauptstörenfrieds in Europa spielen zu lassen. Sie handelte damit weiterhin gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes und aller friedliebenden Menschen der Welt.

Die Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden

Kräften des deutschen Volkes, die in der Deutschen Demokratischen Republik eine staatliche Basis haben, und den aggressiven Kräften des westdeutschen Imperialismus, die sich auf den Machtapparat des Bonner Staates stützen, blieb nach wie vor das Bestimmende der Politik in Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik ergriff im Herbst 1963 erneut die Initiative, um allmählich eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu erreichen und so zu einer friedlichen Koexistenz in Deutschland zu gelangen. Von besonderer Bedeutung war dabei das offene deutsche Gespräch, das durch ein Interview Walter Ulbrichts mit der Hamburger Illustrierten „Stern" im November 1963 mächtige Impulse erhielt. Das offene deutsche Gespräch fand in Westdeutschland starken Widerhall, und immer dringender wurde von vielen Seiten ein Gespräch zwischen beiden deutschen Regierungen gefordert.

Ein erster beträchtlicher Erfolg dieser von der Deutschen Demokratischen Republik konsequent betriebenen Politik war der Abschluß des Berlinabkommens zur Passierscheinregelung im Dezember 1963. Die reaktionären Kräfte in Westdeutschland und Westberlin versuchten auch 1963, wie sie es bei ähnlichen Angeboten der Regierung der DDR in der vergangenen Zeit – damals noch mit Erfolg – getan hatten, sachliche Verhandlungen über die Ausgabe von Passierscheinen für Westberliner zum Besuch der Hauptstadt der DDR zu verhindern und jeglicher Entspannung entgegenzuwirken.

Nach der Veröffentlichung des Angebots der DDR wurden sie jedoch mit dem Willen der Westberliner Bevölkerung konfrontiert, die das Angebot der DDR unterstützte und vom Westberliner Senat Verhandlungen mit der Regierung der DDR erzwang.

Dank der beharrlichen Bemühungen der Regierung der

DDR und der Unterstützung, die ihr Angebot durch die Westberliner Bevölkerung erhielt, sahen sich die verantwortlichen Politiker in Westberlin in eine Lage versetzt, in der sie dem Abschluß des Passierscheinabkommens zustimmen mußten. Den Menschen in Westberlin und in Westdeutschland wurde mit dem Abschluß dieses Abkommens offenbar, daß Verhandlungen mit der Regierung der DDR für die Bürger Westberlins und Westdeutschlands nur von Vorteil sein können.

Über eine Million Westberliner besuchten in den 16 Tagen der Dauer des Passierscheinabkommens die Hauptstadt der DDR und überzeugten sich von den Erfolgen des sozialistischen deutschen Staates, von dem gewachsenen Wohlstand seiner Bevölkerung, von der Unerschütterlichkeit der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Ebendeshalb strengten sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands besonders an, um eine Weiterführung des Berliner Abkommens zu hintertreiben und die Ansätze einer Entspannung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR sowie zwischen beiden deutschen Staaten nach Möglichkeit rückgängig zu machen.

Aber es bleibt eine Tatsache, daß durch das Berliner Abkommen die Starrheit der Fronten aufgelockert wurde. Sowohl in Westberlin wie auch in Westdeutschland wurde damit begonnen, durch Verhandlungen zur Verständigung und Annäherung zu gelangen.

Anläßlich des 45. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands wandte sich Walter Ulbricht am 3. Januar 1964 an die Bürger in Westdeutschland und Westberlin sowie an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik und den Senat von Westberlin mit dem Vorschlag, das Jahr 1964 zu einer Wende in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu machen, die zur Entspannung, Verständigung und Sicherung des Friedens beiträgt.

Walter Ulbricht kennzeichnete in dieser Rede die in Deutschland bestehende Lage mit den Worten: „Die Regierungen beider deutscher Staaten stehen vor einer neuen Lage. Die Deutsche Demokratische Republik hat sich zu einem stabilen sozialistischen Staat mitten in Westeuropa entwickelt. Sie ist durch eigene Kraft und das Bündnis mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern gesichert.

Die westdeutsche Bundesrepublik hat sich zu einem ökonomisch starken Staat mit autoritären Herrschaftsmethoden entwickelt. Sie verfügt über die stärkste militärische Kraft unter den westeuropäischen kapitalistischen Staaten und ringt um die Gleichberechtigung mit den USA ...

In der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die Bevölkerung auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechtes für einen sozialistischen Staat entschieden. Die Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik haben von ihrem Recht auf Selbstbestimmung gut und vernünftig Gebrauch gemacht ...

In Westdeutschland haben sich die Bürger auf Grund eines in mancher Hinsicht eingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes für eine kapitalistische Staats- und Gesellschaftsordnung entschieden."[24]

Ausgehend von dieser realen Lage, müssen beide deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens abschließen, um so gemeinsam den Weg zur Entspannung zu beschreiten. Das ganze Streben der Deutschen Demokratischen Republik geht dahin, normale Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und auch auf anderen Gebieten zwischen den beiden deutschen Staaten zu entwickeln, die bestehenden Spannungen abzubauen und zu

[24] Walter Ulbricht: Die Kraft, die Deutschland verändert und seine Zukunft gestaltet, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 36/37.

gewährleisten, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht und daß mit der Sicherung des Friedens die Voraussetzungen für die endgültige Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes geschaffen werden.

„Eine friedliche Lösung der deutschen Frage ist nur möglich bei Verzicht auf multilaterale Kernrüstung, bei Verzicht auf Revanche und bei gutem Willen zur Abrüstung. Eine Politik der Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik schließt jede Möglichkeit der Wiedervereinigung aus. Uns gefällt die Bonner Regierung auch nicht. Wir sind jedoch zu gleichberechtigten Verhandlungen und zur Anerkennung der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik auf der Basis der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung bereit."[25]

Den unentwegten Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Herbeiführung einer Entspannung, zur Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienten vor allem die beiden Briefe, die der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den westdeutschen Bundeskanzler Ludwig Erhard richtete. In diesen Briefen machte Walter Ulbricht erneut darauf aufmerksam, daß es höchste Zeit ist, die Lehren der Geschichte zu beherzigen und die gescheiterte Politik des kalten Krieges, der Erpressung und Einschüchterung der DDR und der Vorbereitung militärischer Abenteuer einzustellen. Es gilt jetzt, mit der Herstellung normaler Beziehungen zwischen den in Deutschland bestehenden zwei Staaten den entscheidenden Schritt zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zu tun und günstige Bedingungen für den Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme zu schaffen.

Walter Ulbricht wies sehr überzeugend nach, wie aussichtslos die abenteuerliche, von Illusionen getragene Politik des westdeutschen Staates ist, welche gefährlichen Fol-

25 Ebenda, S. 38/39.

gen sie aber für das Leben des deutschen Volkes und die Sicherheit aller europäischen Völker heraufbeschwört.

Die konkreten Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für einen gemeinsamen Abrüstungsbeitrag beider deutschen Staaten, den Verzicht auf atomare Bewaffnung und die schrittweise Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, liegen auf dem Tisch. Sie haben ein gewaltiges Echo ausgelöst und erneut bewiesen, daß die Deutsche Demokratische Republik der deutsche Staat des Friedens ist. Ihr gehört die Zukunft. Sie bestimmt bereits in der Gegenwart immer mehr das Denken und Fühlen aller Deutschen und die Politik in ganz Deutschland.

Besonders deutlich wurde dies auch beim Deutschlandtreffen der Jugend vom 16. bis 18. Mai 1964 in Berlin. An ihm nahmen neben über 500 000 Jugendlichen aus der Deutschen Demokratischen Republik 24 000 Jungen und Mädchen aus Westdeutschland und 1000 aus Westberlin teil. Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik war in diesen Tagen eine Stätte des offenen deutschen Gesprächs. In der Karl-Marx-Allee und Unter den Linden, vor der Humboldt-Universität und am Brandenburger Tor diskutierten die Jugendlichen aus beiden deutschen Staaten über die Grundfragen der deutschen Nation, die Perspektiven ihrer Entwicklung und die Gegenwart und Zukunft der deutschen Jugend.

Das Fest der Jugend und die Begegnung mit den Jungen und Mädchen der Deutschen Demokratischen Republik trugen wesentlich dazu bei, die Wahrheit über das sozialistische Deutschland zu verbreiten, und veranlaßten tieferes Nachdenken bei vielen Jugendlichen und auch anderen Menschen in der Bundesrepublik. Der Westberliner Bürgermeister Albertz hatte zunächst vorgeschlagen, etwa 100 000 westdeutsche Jugendliche nach Berlin zu bringen, damit sie den Inhalt der Diskussionen bestimmen und die

Jungen und Mädchen der DDR im Geiste des Antikommunismus beeinflussen. Doch sehr bald mußte er diesen Plan aufgeben, da die westdeutschen und Westberliner Politiker, die das Deutschlandtreffen der Jugend für ihre Ziele auszunutzen gedachten, Angst vor der eigenen Courage bekamen. Wahrscheinlich erkannten sie, daß ihre Wunschvorstellungen von der Haltung und Stimmung der Jugend in der DDR mit der Wirklichkeit nichts gemein hatten. Sie befürchteten daher, daß das Deutschlandtreffen auf die Jugend der Bundesrepublik noch stärker wirken würde, wenn so viele westdeutsche Jugendliche zum Besuch der Hauptstadt der DDR aufgefordert würden.

Die Hamburger Studentenzeitschrift „konkret" bestätigte dies in einer Nachbetrachtung zum Deutschlandtreffen, in der sie sehr richtig schrieb: „Agitatoren aus dem Westen notierten erstaunt eine neue, selbstbewußte Generation inmitten moderner Hochhäuser und Industriekombinate, kritische junge Leute, die keiner Frage auswichen: ein neuer Typus von Deutschen, mit denen man rechnen, mit denen man sprechen muß."[26]

Das offene deutsche Gespräch kann nicht mehr abgebrochen werden. Es erfaßt immer breitere Kreise der Bevölkerung der Bundesrepublik, und viele Forderungen und Hoffnungen, die noch vor kurzer Zeit niemand in Westdeutschland auszusprechen wagte, werden heute immer vernehmlicher auf Kundgebungen und in den Spalten vieler Zeitungen und Zeitschriften vorgetragen. Es ist sehr bezeichnend, daß zu diesen Forderungen vor allem auch jene gehören, die seit Jahren von der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitet werden. So ist es vor allem der Gedanke, daß die Lösung der deutschen Frage in erster Linie eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst, seiner politischen Kräfte und besonders der Regierungen der beiden deutschen Staaten ist. Die demokratischen Kräfte des deut-

[26] Zit. in: Forum (Berlin), 1964, Nr. 13. S. 3.

schen Volkes, die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung haben diese Ansicht seit eh und je vertreten und sich dagegen gewehrt, daß, unter der falschen Losung, die Hauptverantwortung trügen die vier Großmächte, jeder Versuch einer eigenen deutschen Politik durch die herrschenden Kreise in Westdeutschland torpediert wurde.

Auch der Gedanke, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nur auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen können, daß es notwendig ist, Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen zur Normalisierung ihrer Beziehungen aufzunehmen und daß schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands heute am besten durch die schrittweise Entspannung und die Bildung einer deutschen Konföderation eingeleitet werden kann, tritt immer mehr in den Mittelpunkt des offenen deutschen Gesprächs. Es bestätigt somit die Richtigkeit der von der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrem Bestehen konsequent betriebenen nationalen Politik. Es beweist, daß die bald 200 Vorschläge, die von der Deutschen Demokratischen Republik und ihren politischen Organisationen an die Bundesrepublik gerichtet wurden, nicht umsonst waren, daß sie dazu beigetragen haben, den Boden zu bereiten, damit Frieden und Entspannung auch in Deutschland Fuß fassen und sich die Perspektive für die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes eröffnet.

7. Der Sozialismus beweist seine Überlegenheit

Der wachsende Einfluß der Deutschen Demokratischen Republik zeigt sich auf allen Gebieten. Er hat seine Ursache darin, daß die Werktätigen der DDR, geleitet von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Be-

schlüsse des VI. Parteitages der SED und das dort angenommene Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erfolgreich in die Tat umzusetzen begannen. Die wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik, die trotz ihrer geringen Bevölkerungszahl und der ausgesprochenen Armut an wichtigsten Rohstoffen zu den zehn größten Industriestaaten der Welt zählt, haben weitgehend internationale Anerkennung gefunden. Besonders deutlich wird dies auf den Leipziger Messen, wo Vertreter zahlreicher Staaten der Welt ihr Interesse für die hochwertigen Erzeugnisse der sozialistischen Industriebetriebe der Deutschen Demokratischen Republik bekunden.

In den anderthalb Jahrzehnten seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die Bruttoproduktion der Volkswirtschaft verdreifacht. Dabei wuchsen gegenüber dem Jahr 1950 die Industrieproduktion 1963 auf 356 Prozent, die landwirtschaftliche Erzeugung auf 217 Prozent und die Leistungen des Bauwesens sogar auf 370 Prozent. Das Nationaleinkommen der Deutschen Demokratischen Republik stieg von 30,3 Milliarden DM im Jahr 1950 auf 79,7 Milliarden DM im Jahr 1963 an.

Im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus traten zugleich wesentliche Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaft ein. Während zu Beginn des sozialistischen Aufbaus 1950 der Anteil der Industrie und des Bauwesens am Nationaleinkommen nur 53,3 Prozent betrug, wuchs er bis 1963 auf 70,8 Prozent an. Dies ist um so bedeutungsvoller, als auch sämtliche anderen Bereiche der Volkswirtschaft in den Jahren des sozialistischen Aufbaus einen beträchtlichen Aufschwung nahmen. Diese Veränderungen machen deutlich, daß die Deutsche Demokratische Republik erfolgreich auf dem Wege zu einem hochleistungsfähigen Industriestaat weiter schreitet.

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist untrennbar mit dem wachsenden ge-

sellschaftlichen Reichtum und der beträchtlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung verbunden.

Trotz schwieriger Bedingungen beim sozialistischen Aufbau gehört die DDR dank der hervorragenden Leistungen der Werktätigen heute durch den hohen Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu den führenden Ländern Europas. Das wird deutlich sowohl im wachsenden individuellen Verbrauch der Bevölkerung an Lebensmitteln und Industriewaren wie auch in starkem Maße im beträchtlichen Anwachsen der gesellschaftlichen Aufwendungen für die Hebung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. So hat sich das monatliche Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten 1963 gegenüber dem Jahr 1950 mehr als verdoppelt. Gleichzeitig lag der Index der Preise für Waren und Dienstleistungen 1963 insgesamt um etwa 50 Prozent niedriger als im Jahre 1950. Das monatliche Nettoeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte betrug 1962 durchschnittlich 765 DM.

Allein in den letzten vier Jahren sind wesentliche Veränderungen zu verzeichnen. 1959 hatten 34 Prozent aller Arbeiter- und Angestelltenhaushalte ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von über 800 DM. 1963 verfügten bereits 45 Prozent dieser Haushalte über ein solches Nettoeinkommen. Die Deutsche Demokratische Republik gehört auf dem Gebiet der Ernährung mit einem täglichen Verbrauch von etwa 3050 Kalorien und über 80 Gramm Eiweiß im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung zu den fortgeschrittensten Ländern der Welt.

In raschem Tempo entwickelte sich auch die Versorgung mit Industriewaren. 1963 wurde pro Kopf der Bevölkerung mehr als dreimal soviel für Industriewaren ausgegeben als im Jahre 1950. Besonders stark hat sich der Ausstattungsgrad der Haushalte mit hochwertigen industriellen Konsumgütern erhöht. So nahm die Zahl der Haushaltskühlschränke, die sich im Besitz der Bevölkerung befinden, von

1958 bis 1963 auf das Achtfache, die Zahl der Fernsehempfänger auf das Siebeneinhalbfache und die Zahl der Haushaltswaschmaschinen sogar auf fast das Zwölffache zu.

Erhebliche Mittel gibt der Arbeiter-und-Bauern-Staat zur Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse der Werktätigen auf kulturellem und sozialem Gebiet aus. Die Ausgaben für kulturelle, gesundheitliche und soziale Zwecke waren 1963 dreimal so hoch wie 1950. Nach einer Untersuchung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) steht die Deutsche Demokratische Republik, was die Aufwendungen für die Volksbildung betrifft, an vierter Stelle in der Welt, während Westdeutschland erst auf dem 22. Platz rangiert. Besonders vorbildlich ist die Unterstützung der werktätigen Frauen durch die großzügige Förderung der Kindergärten, Kinderkrippen und anderen Einrichtungen. Auf diesem Gebiet nimmt die DDR nach dem Bericht der UNESCO den ersten Platz in der Welt ein.

Jahr für Jahr wuchsen die Ausgaben, die der Arbeiter-und-Bauern-Staat für die Ausbildung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, für die Betreuung der Kranken in den stationären Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesen, für Feierabendheime und Pflegeheime, für Renten und Kuren, für den Bau neuer Theater und die Unterstützung der verschiedensten kulturellen Einrichtungen zur Verfügung stellt.

Werden diese Ausgaben des Staates auf die Anzahl der Einwohner umgerechnet, so waren es 1950 weniger als 400 DM, während 1963 der Staatshaushalt über 1200 DM für jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aufwandte.

Mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus wurden auch einige wesentliche Veränderungen in der Klassenstruktur und in den Klassenbeziehungen der Bevölkerung deutlich. So betrug der Anteil der sozialistischen Werk-

tätigen an der arbeitenden Bevölkerung 1963 etwa 96 Prozent gegenüber 81 Prozent im Jahre 1955 und nur 70 Prozent im Jahre 1950. Im einzelnen hatten sich in den Jahren 1955 bis 1963 folgende Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Beschäftigten der DDR ergeben (in Prozent):

	1955	1963
Arbeiter und Angestellte	78,5	82,1
Mitglieder von LPG und GPG	2,3	11,1
Mitglieder von PGH	—	2,4
Komplementäre und Kommissionshändler	—	0,5
Einzelbauern, private Gärtner	12,5	0,2
Private Handwerker	3,9	2,6
Privatunternehmer und -händler	2,4	0,9
Freiberuflich Tätige	0,4	0,3

Nachdem das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der DDR beseitigt ist und auch die Angehörigen der ehemaligen Ausbeuterklassen sich in wachsendem Maße zu sozialistischen Werktätigen entwikkeln, festigen sich die bereits vorher entstandenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Schichten und Teilen der Bevölkerung weiter, so daß Schritt für Schritt in der Deutschen Demokratischen Republik eine sozialistische Menschengemeinschaft entstehen kann. Natürlich ist dies kein gradliniger Prozeß. Es gibt auch heute noch viele, zum Teil nicht unwesentliche Unterschiede, die ihre Ursache in der bisherigen Klassenzugehörigkeit, in der Stellung zu den Produktionsmitteln, in den Lebensformen und nicht zuletzt in weltanschaulichen Standpunkten haben. Und doch sind diese Unterschiede nicht das Bestimmende. Immer mehr setzt sich das Neue durch und findet seine Bestätigung in dem gemeinsamen Kampf aller Bürger der Republik für die weitere Sicherung und Festigung des Friedens und die allseitige Stärkung der DDR durch den umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Die ständige Vertiefung der sozialistischen Demokratie, die immer breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Lenkung ihres Staates, ist ein Grundzug in der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. In Zahlen ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild der aktiven Mitwirkung der Bevölkerung an der Leitung und Lenkung des Staates:

Anfang 1964 waren von den 17 Millionen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik 211 000 als Abgeordnete der Volkskammer, der Bezirkstage und der anderen Volksvertretungen unmittelbar an der Leitung des Staates beteiligt. Weitere 650 000 Bürger waren Mitglieder der ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Aktive, 48 000 wurden als Schöffen an den Gerichten gewählt, 300 000 zu Mitgliedern der Ausschüsse der Nationalen Front gewählt; 155 000 waren Mitglieder der Elternbeiräte an den Oberschulen der DDR. Außerdem waren 377 000 Werktätige Mitglieder der ständigen Produktionsberatungen in den volkseigenen Betrieben. Mit anderen Worten, Millionen Bürger der Republik nehmen in irgendeiner Form unmittelbar an der Lösung staatlicher Aufgaben teil.

Der Aufbau des Sozialismus ist die Sache aller politischen Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik, aller Parteien und Massenorganisationen, die sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen haben. Sie alle wirken aktiv mit an der Einbeziehung der verschiedensten Schichten der Bevölkerung, darunter der Frauen, der Jugendlichen, der christlichen Bevölkerung, der Kulturschaffenden, der Handwerker.

Die Rolle der Nationalen Front und des Demokratischen Blocks hat sich in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus weiter erhöht. Die Nationale Front, die sich zu einer sozialistischen Volksbewegung entwickelt hat, nahm an Bedeutung zu, und ihre Aufgaben wurden größer

und umfassender. Mehr als bisher widmen sich jetzt die Nationale Front und die befreundeten Parteien des Demokratischen Blocks den Problemen der Durchführung des Volkswirtschaftsplans und der sozialistischen Ökonomik. Alle im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien leisten ihren Beitrag zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen, zur Festigung der moralisch-politischen Einheit des Volkes, zur breiten Entfaltung der sozialistischen Demokratie und zur Entwicklung eines kulturvollen Lebens in den Wohngebieten.

Durch die weitgehende Überwindung der Gegensätze zwischen den einzelnen Schichten und Klassen der Bevölkerung und durch die Tatsache, daß sich die Mehrzahl der ehemaligen Angehörigen des Kleinbürgertums und bürgerlicher Schichten zu sozialistischen Werktätigen entwickelt hat, ergeben sich in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus einige neue Momente in der Rolle des Mehrparteiensystems, das nach wie vor die Grundlage der sozialistischen Staatsmacht in der DDR ist.

Die Parteien des Demokratischen Blocks vertreten nunmehr nicht nur schlechthin die spezifischen Interessen der Schichten, denen ihre Mitglieder angehören, sondern sie nehmen in wachsendem Maße auch die Interessen der ganzen Bevölkerung der DDR wahr und haben Anteil am sozialistischen Aufbau.

Bei der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen anderen Schichten der Bevölkerung, bei der Entwicklung der politisch-moralischen Einheit kommt den Massenorganisationen eine ständig wachsende Rolle zu. Daraus erklärt es sich auch, daß sich die Zusammensetzung der 1963 gewählten Volkskammer etwas von der Zusammensetzung der Volkskammer in der Vergangenheit unterscheidet. Während der Anteil der befreundeten Parteien gleichgeblieben ist, und die CDU, die LDPD, die NDPD und die

DBD weiterhin jeweils 45 Abgeordnete stellen, hat sich die Stärke der Fraktionen der demokratischen Massenorganisationen erhöht. So besteht die Fraktion des FDGB nunmehr aus 60 statt aus 45, die der FDJ aus 35 statt aus 25, die des DFD aus 30 statt aus 25 und die des Deutschen Kulturbundes aus 19 statt aus 15 Abgeordneten (ohne die Vertreter Berlins, die in der Volkskammer beratende Stimme haben).

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß sich beim umfassenden Aufbau des Sozialismus die Rolle und die Teilnahme der parteilosen Werktätigen am politischen Leben gesetzmäßig weiter erhöht, daß die Vorhut der Arbeiterklasse ihre Aufgabe darin erblickt, die gesamte Bevölkerung immer stärker in die Leitung und Lenkung des Staates und der Wirtschaft mit einzubeziehen.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Beweis angetreten, daß es sehr wohl möglich ist, im Zeitalter des Sozialismus alle ehrlichen und aufrichtigen Menschen für das höchste Ziel der Menschheit, für die Errichtung einer von Ausbeutung freien Ordnung, zusammenzuschließen. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die umfassendste menschliche Gemeinschaft geschmiedet, die es je auf deutschem Boden gab, und damit gezeigt, auf welchem Wege die gesamte deutsche Nation zu einer wirklich stabilen Einheit im Interesse des Friedens, des Glücks und des Wohlstands geführt werden kann.

Die Tätigkeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalen Front ist vielseitig und vielschichtig. Im Grunde genommen gibt es kein Gebiet, keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, dem nicht die ständige Sorge des Arbeiter-und-Bauern-Staates, seiner Volksvertretungen, seiner Parteien und Organisationen gilt. Die Entwicklung der Volkswirtschaft, die Hebung des Wohlstandes der ganzen Bevölkerung, die Rechte und

Pflichten der Jugend beim Aufbau des Sozialismus, die Förderung der werktätigen Frauen, die Probleme des kulturellen Lebens, die Entwicklung des Volksbildungswesens und viele andere Fragen stehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus im Mittelpunkt der Tätigkeit des Staatsrates, der Regierung und der Volkskammer, der Bezirks- und Kreistage, der Gemeindevertretungen sowie der Beratungen, die von den politischen Parteien und Massenorganisationen einberufen werden.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die gesamte Bevölkerung Anteil an der Ausarbeitung der neuen Prinzipien eines einheitlichen sozialistischen Bildungswesens, an den Diskussionen über die Rolle der Jugend beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, nicht zuletzt auch an der Gestaltung eines sozialistischen geistigen und kulturellen Lebens.

Die von der Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Kommuniqués zur Lage der Frauen 1961 und der Jugend 1963, die von der Volkskammer verabschiedeten Gesetze, so das neue Jugendgesetz, der Frauenkongreß der DDR, die Aussprachen mit Kulturschaffenden – das sind wichtige Meilensteine auf dem Wege zur Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.

So geht das von der Volkskammer der DDR im Mai 1964 beschlossene neue Jugendgesetz von dem Grundsatz aus, daß mit der Erziehung und Selbsterziehung der Jugend von heute das Gesicht der sozialistischen Gesellschaft von morgen geprägt wird und daß hohe Anforderungen an junge Menschen zugleich das beste Vertrauen in sie ausdrücken. Das neue Jugendgesetz hat die Rechte und Pflichten der Jugend zum Inhalt, die der Hausherr des sozialistischen Deutschlands von morgen sein wird. Seine Annahme wurde notwendig und möglich, weil der Arbeiter-und-

Bauern-Staat die im Jugendgesetz 1950 festgelegten Grundrechte der jungen Generation voll verwirklicht hat und neue gesellschaftliche Erfordernisse herangereift sind.

Ein wesentlicher Bestandteil des Aufbaus des Sozialismus ist die tiefgreifende sozialistische Kulturrevolution, die Umwälzung auf dem Gebiet des gesamten geistigen Lebens und der Kampf um die Schaffung einer sozialistischen deutschen Nationalkultur.

Die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur vollzieht sich im ständigen Kampf des Neuen gegen das Alte, des Positiven gegen das Negative, des sich Entwickelnden gegen das Absterbende. In diesem Kampf formt sich immer mehr das sozialistische Bewußtsein, bilden sich die sozialistischen Normen und Regeln des persönlichen und des gesellschaftlichen Lebens heraus.

In erbitterter Auseinandersetzung mit den reaktionären ideologischen Einflüssen aus Westdeutschland gelang es in der DDR, die faschistische und imperialistische Vergangenheit auch im Denken der Menschen weitgehend zu überwinden. Die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur bewies, daß in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der SED und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland alle schöpferischen Kräfte des Volkes voll zur Entfaltung kommen können. Der Weg zum Sieg des Sozialismus ist der Weg zur kulturell hochstehenden und gebildeten Nation.

Die Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus ist zugleich eine Periode des Aufschwungs der sozialistischen Kultur. Zwischen der Arbeiterklasse und den Kulturschaffenden hat sich ein enges Bündnis entwickelt. Die Arbeiter, Bauern und die anderen Werktätigen haben durch ihre aktive Teilnahme am Kunstschaffen Zugang zu allen Kunstbereichen gefunden. Die überwältigende Mehrheit

der Künstler hat sich der realistischen Gestaltung bedeutender Lebensprozesse innerhalb der sozialistischen Gesellschaft von sozialistischen Positionen aus zugewandt. Dadurch ist, wie Walter Ulbricht in seiner Rede auf der zweiten Bitterfelder Konferenz am 25. April 1964 betonte, „in unserem Staat die Kluft zwischen Kunst und Volk überwunden worden. Es hat sich ein neues Verhältnis der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der Macht der Arbeiter und Bauern und dem sozialistischen Künstler herausgebildet, und die Arbeiterklasse ist zur bestimmenden Kraft auch im kulturellen Bereich geworden... Mit großer Freude können wir feststellen, daß seit der ersten Bitterfelder Konferenz (sie fand im April 1959 statt – *St. D.*) die Anteilnahme an der Entwicklung von Literatur und Kunst für viele Werktätige unserer Republik zu einem echten Lebensbedürfnis geworden ist... Die immer weitere Kreise unserer Bevölkerung erfassende Literatur- und Kunstdiskussion findet in der Tat keinen Vergleich in der bisherigen Geschichte unseres Volkes."[27]

In den letzten Jahren erschien eine Reihe bedeutender Werke der Literatur, die nicht nur bei den Werktätigen der DDR, sondern auch weit über die Grenzen des sozialistischen Deutschlands hinaus Anerkennung gefunden hat. So Anna Seghers' Roman „Die Entscheidung", der Roman „Nackt unter Wölfen" von Bruno Apitz, Erwin Strittmatters „Ole Bienkopp" und viele andere. Mit vielen hervorragenden Werken zu Themen der Geschichte und Gegenwart traten vor allem auch junge literarische und künstlerische Kräfte hervor.

Besonders starken Anklang bei den Lesern fanden unter vielen anderen Dieter Noll mit seinem Roman „Die Abenteuer des Werner Holt", Christa Wolf mit „Der geteilte Himmel", Brigitte Reimann mit „Die Geschwister", Erik Neutsch mit „Spur der Steine". Hervorragende Leistungen

[27] Zweite Bitterfelder Konferenz, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 74, 75/76.

wurden auf dem Gebiet der Dramatik, der bildenden Kunst, des Films und in anderen Kunstgattungen vollbracht.

In einem spezifischen Genre der Filmkunst erreichte die DEFA eine führende Stellung in der Welt: auf dem Gebiet des großen Dokumentarfilms. Eine besondere Leistung, die größte internationale Anerkennung gefunden hat, war das von Annelie und Andrew Thorndike geschaffene Meisterwerk des Dokumentarfilms „Das russische Wunder".

In den zehn Jahren seines Bestehens entwickelte sich der Deutsche Fernsehfunk zu einem wichtigen Förderer der sich herausbildenden sozialistischen Nationalkultur. Vor allem das Fernsehspiel wurde zu einer eigenständigen literarisch-dramatischen Gattung von großer gesellschaftlicher Wirksamkeit. Geradezu ein klassisches Werk dieses Genres wurde der fünfteilige Fernsehfilm „Gewissen in Aufruhr".

Vielseitig gestaltete sich die Anteilnahme der Werktätigen an der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur. Einen eindrucksvollen Beweis für den raschen Aufschwung der schöpferischen Tätigkeit der Werktätigen bieten vor allem die Arbeiterfestspiele, die jährlich in einem Bezirk der DDR durchgeführt werden.

Die Entwicklung der über hundert Arbeiter- und Bauerntheater in unserer Republik, der verschiedensten Laienensembles, der über 1000 Kulturhäuser und 6000 Dorfklubs macht deutlich, wie die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geprägte Losung „Die Arbeiterklasse muß die Höhen der Kultur erstürmen und von ihnen Besitz ergreifen" in die Wirklichkeit umgesetzt wird. So vereinigen sich in der Deutschen Demokratischen Republik die bedeutenden Leistungen der Berufskunst mit der an Umfang und Qualität wachsenden Bewegung der Laienkunst.

Genauso wie die Deutsche Demokratische Republik in ihrer demokratischen Ordnung, in ihrer sozialistischen

Wirtschaftsordnung, auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Entwicklung, im Volksbildungs- und Hochschulsystem, im Gesundheitswesen, in der Förderung der Frauen und in der Jugendförderung Westdeutschland überlegen, ja eine ganze Epoche voraus ist, dokumentiert auch die sozialistische Literatur und Kunst der DDR immer mehr ihre gesellschaftliche und künstlerische Überlegenheit.

Die große nationale Rolle der sozialistischen Kultur in der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Imperialismus wurde von Walter Ulbricht auf der zweiten Bitterfelder Konferenz ausführlich erläutert. *„Die sich in der DDR entwickelnde sozialistische Nationalkultur ist zu einem entscheidenden Faktor im ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland geworden.* So wird die DDR immer mehr zum kulturellen Vorbild für die werktätigen Menschen und besonders auch für die humanistischen Künstler Westdeutschlands, mit denen wir um die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland, um normale staatliche Beziehungen, darunter auch um kulturelle Beziehungen, kämpfen."[28]

8. Der Moskauer Freundschaftsvertrag und die Deutsche Friedensdoktrin

Ein bedeutsamer Höhepunkt bei der Festigung des nationalen und internationalen Ansehens der Deutschen Demokratischen Republik war der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Sowjetunion vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 und die in seinem Ergebnis abgeschlossenen Vereinbarungen, vor allem der am 12. Juni 1964 unterzeichnete „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit

[28] Ebenda, S. 94/95.

zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken".

Der Freundschaftsvertrag ist Ausdruck einer neuen Etappe in den Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. Er bekräftigt, daß sich die allseitige Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR ständig weiterentwickelt und festigt, daß sich zwischen beiden Staaten unzerstörbare Beziehungen der Freundschaft und Brüderlichkeit herausgebildet haben.

Mit ihm wurde die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR als Grundfaktor des Friedens und der Sicherheit in Europa gewährleistet. Damit besiegelte er den Bankrott der aggressiven Politik der westdeutschen Imperialisten und Revanchisten gegen die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und machte dadurch auch ihre Gebietsforderungen gegen die Volksrepublik Polen, die UdSSR und die ČSSR völlig aussichtslos. Der Vertrag trägt somit sehr wesentlich zur Beruhigung und Stabilisierung der Lage in Europa bei.

Der Vertrag enthält eine völkerrechtliche Fixierung der realen Lage und ist gegen jegliche revanchistischen Umtriebe und Annexionsbestrebungen gerichtet, die der Aufrechterhaltung der Spannungen dienen und eine große Gefahr für den Frieden darstellen. Er enthält keinerlei Bestimmungen oder Forderungen, die in irgendeiner Weise die Interessen dritter Staaten berühren beziehungsweise Veränderungen auf Kosten dritter Staaten anstreben. In dem Vertrag wird die im Ergebnis der Nachkriegsentwicklung entstandene Realität festgehalten, daß das inmitten des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik gelegene Westberlin eine selbständige politische Einheit darstellt. Nicht minder wichtig ist die im Hinblick auf die zwischen den Westmächten und Westdeutschland bestehenden Verträge getroffene ausdrückliche Feststellung, „daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages die Ver-

einigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich nach wie vor ihre Verantwortung für die Verwirklichung der Forderungen und Verpflichtungen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland tragen, die die Regierungen der vier Mächte gemeinsam im Potsdamer und in anderen internationalen Abkommen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und zur Verhinderung einer deutschen Aggression übernommen haben"[29].

Größte Bedeutung haben die im Vertrag fixierten Grundlagen der brüderlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, die auf der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie den hohen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beruhen. Die während des Staatsbesuchs getroffenen Vereinbarungen über die weitere Annäherung und Abstimmung der nationalen Wirtschaften der beiden sozialistischen Staaten dienen der Erhöhung der Produktivität und tragen zum wachsenden Wohlstand der werktätigen Menschen in beiden Staaten bei.

Der Vertrag ist von den Leninschen Prinzipien einer sozialistischen Außenpolitik durchdrungen. Das wird besonders im Artikel 7 deutlich, dessen Bestimmungen von der strikten Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten ausgehen. Es heißt dort:

„Die hohen vertragschließenden Seiten bekräftigen ihren Standpunkt, daß angesichts der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten – der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland – die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates nur durch gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten erreicht werden kann."[30]

[29] ddz, 1964, Heft 313, S. 31.
[30] Ebenda.

Die große Bedeutung des Moskauer Freundschaftsvertrages, seine stabilisierende Wirkung als Dokument des Friedens und der Entspannung sind von breiten Kreisen der Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen gewürdigt worden. Das hysterische Geschrei, das von den imperialistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland gegen den Vertrag erhoben wurde, bestätigt nur, daß er zum richtigen Zeitpunkt abgeschlossen wurde und die völkerrechtlichen Bestimmungen enthält, die den annexionistischen Bestrebungen der aggressiven Kräfte einen wirksamen Riegel vorschieben und der weiteren Entspannung und damit auch der überfälligen Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges den Weg ebnen.

Im Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 24. Juni 1964 wurde der in Moskau abgeschlossene Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR begrüßt und besonders die Bedeutung des Vertrages für die weitere Stärkung der internationalen Position des sozialistischen deutschen Staates hervorgehoben: „Die Deutsche Demokratische Republik ist in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens zu einer achtunggebietenden Realität und zu einem bedeutenden Friedensfaktor in Europa geworden. Ohne sie können weder die deutschen noch die Probleme der europäischen Sicherheit gelöst werden. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Staates und jeder Regierung, die einen Beitrag zur internationalen Entspannung und zum friedlichen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten leisten wollen, von der deutschen Friedensdoktrin auszugehen, die bestehenden Realitäten auf deutschem Boden anzuerkennen und ihre Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu normalisieren."[31]

31 Neues Deutschland, 25. Juni 1964.

Der Moskauer Vertrag bekräftigte, daß heute – fast zwei Jahrzehnte nach Beendigung des zweiten Weltkrieges und 15 Jahre nach der Entstehung der zwei deutschen Staaten – von allen Seiten die notwendigen Schlüsse gezogen und Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Nachkriegszeit durch eine stabile Friedensregelung – nicht zuletzt in der deutschen Frage – abzulösen. Walter Ulbricht machte diese historische Notwendigkeit, die den Interessen des ganzen deutschen Volkes und aller Völker entspricht, in seiner großen Rede im Kremlpalast am 12. Juni 1964 eindringlich deutlich: „Es ist notwendig, daß beide deutsche Staaten zunächst einmal ohne Vorbehalte ihre gleichberechtigte Existenz anerkennen und in gleichberechtigten Verhandlungen Wege für ihr friedliches Zusammenleben und für die Regelung möglichst vieler Fragen suchen, die beide deutsche Staaten und ihre Bürger berühren und interessieren. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger gegenseitig ihr Selbstbestimmungsrecht und die in dessen Ausübung in den fast 20 Jahren nach Beendigung des zweiten Weltkrieges entstandene Lage anerkennen und auf dieser Grundlage ihre Annäherung und Verständigung suchen."[32]

Diesem Ziel dient die Deutsche Friedensdoktrin, die Walter Ulbricht in den folgenden drei Punkten zusammenfaßte:

„Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa.

Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutschen Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichert den Frieden in Deutschland und Europa und bahnt den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland.

Die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Euro-

[32] ddz, 1964, Heft 313, S. 42.

pas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen."[33]

Die Deutsche Friedensdoktrin steht der Bonner Doktrin des kalten Krieges, der ewigen Spannung und der Revanchepolitik gegenüber. Sie zeigt den Weg, den jeder Bürger der beiden deutschen Staaten mit gutem Gewissen beschreiten kann, einen Weg, der dazu führt, daß der Frieden in Deutschland und in Europa gesichert wird. Diese Deutsche Friedensdoktrin wird sich durchsetzen, da sie von den nationalen Belangen des deutschen Volkes, seiner Bürger in beiden deutschen Staaten ausgeht, der realen nationalen und internationalen Lage Rechnung trägt und in voller Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung steht.

Der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Sowjetunion dokumentierte erneut, daß die Deutsche Demokratische Republik der Wegbereiter einer friedlichen und glücklichen Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist, daß die Arbeiter und Bauern, die Geistesschaffenden und alle Bürger der DDR, nicht zuletzt die Jugend, die Pioniere eines in der Welt geachteten, den gesellschaftlichen Fortschritt mitbestimmenden, starken und wohlhabenden sozialistischen, einigen Deutschlands sind.

[33] Ebenda.

Zeittafel

1945

30. April Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD unter Leitung von Walter Ulbricht nimmt ihre Tätigkeit zum antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in Berlin auf.

8. Mai Unterzeichnung der bedingungslosen militärischen Kapitulation des faschistischen Deutschlands im Stab der siegreichen Sowjetarmee in Berlin-Karlshorst. Einstellung der Kampfhandlungen wird beschlossen.

9. Mai A. I. Mikojan, Stellvertretender Vorsitzender der Regierung der UdSSR, trifft in Deutschland ein, um die ersten Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau Berlins und Dresdens und zur Linderung der drohenden Hungersnot einzuleiten.

13. Mai Berliner Rundfunk nimmt seine Sendungen wieder auf.

15. Mai „Tägliche Rundschau" erscheint in Berlin als erste deutschsprachige Zeitung nach Kriegsende.

17. Mai Bildung des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin. Oberbürgermeister wird Dr. Arthur Werner.

1. Juni Erste Einheiten der Volkspolizei in Berlin werden gebildet.

5. Juni Verkündung der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs.
Bildung des Alliierten Kontrollrates.

9. Juni Bildung der Sowjetischen Militärverwaltung (SMA) in Berlin.

10. Juni Befehl Nr. 2 der SMA erlaubt Zulassung der Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften.

11. Juni Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das deutsche Volk.

15. Juni Neukonstituierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bildung des Zentralausschusses der SPD in Berlin.

15. Juni Bildung eines vorbereitenden Ausschusses zur Neugründung freier Gewerkschaften.

19. Juni Abkommen über enge Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD. Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses der beiden Parteiführungen in Berlin.

25. Juni Bildung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

26. Juni Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Berlin.

4. Juli SMA bestätigt die Präsidien der Landesverwaltungen Sachsens und Mecklenburgs und der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg.

5. Juli Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in Berlin.

14. Juli Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und eines gemeinsamen Ausschusses aus je fünf Vertretern der KPD, der SPD, der CDU und der LDPD in Berlin.

16. Juli SMA bestätigt die Präsidien der Landesverwaltung Thüringens und der Provinzialverwaltung Sachsens (ab 1946 Sachsen-Anhalt).

17. Juli–2. August Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, Großbritanniens und der USA.

12. August Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien begrüßt auf seiner ersten Kundgebung in Berlin die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz.

3. September Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

Die Landesverwaltungen der Länder Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und der Provinz Mark Brandenburg erlassen in den folgenden Tagen ähnliche Verordnungen.

1. Oktober Wiederaufnahme des Schulunterrichts.

14. Oktober Gemeinsamer Aufruf der KPD und der SPD für eine demokratische Schulreform.

22. Oktober SMA räumt den Landes- und Provinzialverwaltungen das Recht ein, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

29. Oktober Landesverwaltung Sachsen beschließt die Enteignung aller Betriebe des Kriegsverbrechers Flick.

20./21. Dezember Gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD in Berlin beschließt, Vereinigung der beiden Parteien vorzubereiten.

1946

20. Januar Berliner Universität nimmt Lehrtätigkeit wieder auf.

3.–5. Februar Erste zentrale Kulturtagung der KPD in Berlin.

9.–11. Februar 1. Bundeskongreß des FDGB für die sowjetische Besatzungszone in Berlin.

26. Februar Gemeinsame Tagung der Parteiführungen der KPD und der SPD beschließt Maßnahmen zur bevorstehenden Vereinigung beider Parteien zur SED und nimmt die Entwürfe der Grundsätze und Ziele und des Parteistatuts an.

2./3. März Parteikonferenz der KPD in Berlin.

7. März Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Berlin. Erich Honecker wird Vorsitzender.

19./20. April 15. Parteitag der KPD und 40. Parteitag der SPD beschließen in Berlin die Vereinigung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

21./22. April Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin.

8. Mai Eröffnung der ersten Friedensmesse in Leipzig.

9./10. Mai Erste Arbeitstagung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) für die sowjetische Besatzungszone. Bildung eines vorläufigen zentralen Ausschusses der VdgB.

17. Mai Gründung der Deutschen Film AG (DEFA) in Potsdam-Babelsberg.

8.–10. Juni I. Parlament der FDJ in Brandenburg (Havel).

15.–17. Juni I. Parteitag der CDU in Berlin.

15. Juni–12. Juli Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Paris.

30. Juni Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten.

6.–8. Juli I. Parteitag der LDPD in Erfurt.

13./14. Juli Erste Delegiertenkonferenz der antifaschistischen Frauenausschüsse aus der sowjetischen Besatzungszone in Berlin.

24. Juli–16. August Verordnungen der Landes- und Provinzialverwaltungen von Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mark Brandenburg und Mecklenburg über die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten.

1. August Wiedereröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

17. August SMA ordnet gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Männer, Frauen und Jugendliche an.

1. September Einheitliches Gesetz zur Demokratisierung der Schule tritt in allen Ländern und Provinzen in Kraft.

1. Oktober Alliiertes Militärtribunal verkündet in Nürnberg das Urteil über die faschistischen Hauptkriegsverbrecher.

20. Oktober Demokratische Wahlen der Land- und Kreistage in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mark Brandenburg und Mecklenburg sowie Wahlen der Stadt- und Bezirksverordneten von Groß-Berlin.

14. November SED stellt den Entwurf einer Verfassung für eine deutsche demokratische Republik zur öffentlichen Diskussion.

1947

13. Februar Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschließt Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in das Gemeineigentum von Groß-Berlin.

1. März SED ruft zu einem Volksentscheid über ein einheitliches Deutschland, die sofortige Einsetzung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung und die baldmögliche Bildung einer zentralen Regierung auf.

7.–9. März Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) in Berlin.

10. März–24. April Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Moskau.

6.–9. Juni Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München.

13. Juni Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin gegründet.

20.–24. September II. Parteitag der SED in Berlin nimmt ein Manifest an das deutsche Volk an mit der Forderung nach Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Zentralverwaltungen als Vorstufe einer gesamtdeutschen Regierung und Durchführung einer Volksabstimmung in ganz Deutschland über die künftige Staatsordnung werden vorgeschlagen. Walter Ulbricht unterbreitet die Grundsätze eines deutschen Plans zur Wiedergesundung der Wirtschaft.

22./23. November I. Deutscher Bauerntag in Berlin. Bildung des Hauptverbandes der VdgB.

25. November–5. Dezember Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in London.

6./7. Dezember I. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin.

1948

15. Januar Parteivorstand der SED fordert Volksabstimmung über Friedensvertrag und Einheit Deutschlands.

9. März Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) übernimmt die zentrale Leitung und Lenkung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Heinrich Rau wird zum Vorsitzenden der DWK berufen.

10. März Abschluß der Entnazifizierungsverfahren in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

17./18. März II. Deutscher Volkskongreß in Berlin. Wahl des Deutschen Volksrates. Vorsitzende des Präsidiums: Wilhelm Pieck (SED), Wilhelm Külz (LDPD), Otto Nuschke (CDU).

20. März USA und Großbritannien verweigern im Alliierten Kontrollrat Auskunft über ihre Besatzungspolitik.
Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates kommt zum Erliegen.

3. April Sequesterkommissionen beenden ihre Tätigkeit. Überführung der Betriebe von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten in Volkseigentum abgeschlossen.

10. April Vorsitzender der LDPD, Wilhelm Külz, gestorben.

29. April Konstituierung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) in Berlin.

23. Mai–13. Juni Mehr als 13 Millionen Deutsche setzen sich mit ihrer Unterschrift auf die Listen des Volksbegehrens für die Durchführung eines Volksentscheids über die Einheit Deutschlands ein.

25. Mai Konstituierung der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in Berlin.

21. Juni Durchführung des Geldumtausches in der sowjetischen Besatzungszone als Antwort auf die separate Währungsreform in den drei Westzonen wird beschlossen.

23./24. Juni Warschauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns.

30. Juni SED legt die Entwürfe eines Halbjahrplans für 1948 und eines Zweijahrplans für 1949/1950 vor.

10. Juli Deutscher Volksrat unterbreitet Gesetz über einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands.

16./17. Juli I. Parteikonferenz der DBD in Schwerin. Ernst Goldenbaum wird Vorsitzender.

21. Juli Annahme des Zweijahrplans durch die DWK.

2. August Aufnahme der FDJ in den Weltbund der Demokratischen Jugend.

3. August Deutscher Volksrat stellt Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik zur öffentlichen Diskussion.

2./3. September Erste Parteitagung der NDPD in Potsdam. Dr. Lothar Bolz wird Vorsitzender.

3. September Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien konstituiert sich nach Aufnahme der NDPD und der DBD sowie des FDGB und der FDJ als Demokratischer Block.

13. Oktober Adolf Hennecke gibt durch die Übererfüllung seines Tagessolls mit 380 Prozent den Anstoß zur Aktivistenbewegung.

15. November Eröffnung der ersten Verkaufsstellen der Staatlichen Handelsorganisation (HO).

27. November Erweiterung der DWK durch Einbeziehung gewählter Vertreter der Landtage und Vertreter der demokratischen Parteien und Organisationen durch SMA beschlossen.

30. November Bildung eines neuen demokratischen Magistrats von Groß-Berlin unter Leitung von Friedrich Ebert.

2. Dezember Aufnahme des DFD in die Internationale Demokratische Frauenföderation.

13. Dezember Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere in Berlin.

1. Januar Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund.

25.–28. Januar 1. Parteikonferenz der SED in Berlin nimmt ein Manifest an das deutsche Volk an, in dem zum nationalen Widerstand gegen die Spaltungspolitik der Westmächte aufgefordert wird. Maßnahmen zur weiteren politischen und wirtschaftlichen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland werden beschlossen.

7. März DWK beschließt Maßnahmen zur Erweiterung der Hilfe für die werktätigen Bauern durch die Festigung der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS).

7. Mai Deutscher Volksrat schlägt dem Parlamentarischen Rat der Westzonen in Bonn vor, gemeinsam über die Herstellung der deutschen Einheit zu beraten.

10. Mai Deutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden in Berlin gegründet.

15./16. Mai Allgemeine und geheime Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß.

23. Mai–20. Juni Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Paris.

29. Mai–3. Juni III. Deutscher Volkskongreß in Berlin. Wahl des Deutschen Volksrates. Annahme einer Verfassung für eine deutsche demokratische Republik. Wahl einer gesamtdeutschen Delegation für die Pariser Außenministerkonferenz.

22. Juni Deutscher Volksrat wendet sich gegen die Durchführung von Separatwahlen in Westdeutschland am 14. August.

1./2. Juli II. Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Berlin beschließt Umbenennung der Organisation in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

4. Juli DWK schlägt dem Verwaltungsrat für Wirtschaft der Bizone die Schaffung eines gesamtdeutschen Wirtschaftsausschusses vor.

22. Juli Deutscher Volksrat fordert gesamtdeutsche Besprechungen und wendet sich gegen die Durchführung von Separatwahlen in Westdeutschland.

25. August Erstmalige Verleihung von Nationalpreisen durch den Deutschen Volksrat in Weimar.

4. Oktober Parteivorstand der SED beschließt Dokument „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands".

5. Oktober Gemeinsame Tagung des Präsidiums des Deutschen

Volksrates und des Demokratischen Blocks fordert Umbildung des Deutschen Volksrates zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

7. *Oktober* Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Deutscher Volksrat konstituiert sich als Provisorische Volkskammer.

10. *Oktober* SMA übergibt alle Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der DDR.

11. *Oktober* Provisorische Volkskammer der DDR und Provisorische Länderkammer der DDR wählen Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR.

12. *Oktober* Provisorische Volkskammer der DDR bestätigt Regierung der DDR unter Leitung von Otto Grotewohl.

15. *Oktober* Diplomatische Anerkennung der DDR durch die Regierung der UdSSR.

17.–25. *Oktober* Austausch diplomatischer Missionen zwischen der DDR und Albanien, Bulgarien, China, Korea, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei wird beschlossen.

26. *Oktober* Präsident Wilhelm Pieck fordert die westdeutsche Bundesregierung auf, Verhandlungen über die Herstellung der Einheit Deutschlands aufzunehmen.

7. *November* Nationalhymne der DDR erstmals öffentlich vorgetragen.

7. *Dezember* Provisorische Volkskammer der DDR beschließt Landarbeiterschutzgesetz.

1950

7. *Januar* Konstituierung des Sekretariats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

8. *Februar* Provisorische Volkskammer der DDR beschließt Jugendförderungsgesetz.

15. *Februar* Verkündung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

15. *Februar* Grundsteinlegung für das Stahl- und Walzwerk Brandenburg (Havel).

19. *April* Provisorische Volkskammer der DDR beschließt das Gesetz der Arbeit.

15. *Mai* Regierung der UdSSR setzt die noch zu zahlenden Reparationen um 50 Prozent herab.

16. *Mai* Demokratischer Block beschließt Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten für die Wahlen am 15. Oktober 1950.

27.–30. Mai Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden und Völkerfreundschaft, für Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands in Berlin.

5./6. Juni Delegation der Provisorischen Regierung der DDR unter Leitung von Walter Ulbricht besucht die Volksrepublik Polen.

21.–23. Juni Delegation der Provisorischen Regierung der DDR unter Leitung von Walter Ulbricht besucht die Tschechoslowakei.

24. Juni Delegation der Provisorischen Regierung der DDR unter Leitung von Walter Ulbricht besucht die Volksrepublik Ungarn.

4.–6. Juli Gründung des Deutschen Schriftstellerverbandes auf dem 2. Deutschen Schriftstellerkongreß in Berlin.

6. Juli Unterzeichnung eines Abkommens über die deutsch-polnische Friedensgrenze an der Oder und Neiße durch Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz in Zgorzelec.

20. Juli Zweijahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1949/1950 wird von den Werktätigen der DDR zu Ehren des III. Parteitages der SED vorfristig erfüllt.
Stahl- und Walzwerk Brandenburg (Havel) liefert den ersten Stahl.

20.–24. Juli III. Parteitag der SED in Berlin unter Teilnahme von Delegationen von 25 Bruderparteien. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen der Kampf um den Frieden und um die demokratische Einheit Deutschlands sowie der Entwurf des ersten Fünfjahrplans. Der Parteitag nimmt die Entschließung „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED" und das neue Parteistatut für eine Partei neuen Typus sowie das Dokument „Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR" an und billigt den Bericht des Parteivorstandes und den Entwurf des Manifestes an das deutsche Volk.

25./26. August I. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Berlin.

8. September Provisorische Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR und über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern.

22. September Ministerrat der DDR wendet sich gegen die Beschlüsse der Konferenz der drei Westmächte vom 12.–18. September 1950 in New York, die die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen. Er ruft das ganze deutsche Volk zum

nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression auf.

27. September Provisorische Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau.

29. September Deutsche Demokratische Republik in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgenommen.

15. Oktober Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, den Kreistagen und Gemeindevertretungen. 99,7 Prozent der Wahlberechtigten stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front.

20./21. Oktober Die Sowjetunion, die europäischen Staaten der Volksdemokratie und die DDR nehmen auf einer gemeinsamen Konferenz in Prag zur Konferenz der Westmächte in New York vom 12.–18. September 1950 Stellung. Sie verurteilen die Politik der Westmächte, fordern Rückkehr zu den Beschlüssen von Potsdam, Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

12. November Dreiländertreffen der Jugend der DDR, Polens und der Tschechoslowakei in Zittau.

20. November Zusammenschluß der VdgB und des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften Deutschlands zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft).

30. November Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl richtet Schreiben an Bundeskanzler Adenauer zwecks Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

2.–27. Dezember Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Sowjetische Aktivisten und Neuerer besuchen die DDR.

15. Dezember Volkskammer der DDR beschließt Gesetz zum Schutz des Friedens.

1951

1. Januar Grundsteinlegung für den ersten Hochofen des Eisenhüttenkombinats Ost.

21.–26. Februar Tagung des Weltfriedensrates in Berlin. Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahr 1951 wird erhoben.

5. März Präsidium der Volkskammer der DDR fordert von den

vier Großmächten, über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 zu verhandeln.

14. März Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl gibt vor der Volkskammer der DDR eine Regierungserklärung über den Kampf um einen Friedensvertrag und die Einheit Deutschlands ab. Er wiederholt das Angebot an die Regierung Westdeutschlands, Verhandlungen über die zahlenmäßige Stärke, die Bewaffnung und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu führen.

23.–25. März Europäische Arbeiterkonferenz in Berlin gegen Militarismus und Krieg.

22. April Gründung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der DDR in Berlin.

3.–5. Juni 96 Prozent der Wähler stimmen in einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages.

13.–15. Juni 6. Tagung des Zentralkomitees der SED faßt Beschlüsse über Steigerung der Arbeitsproduktivität und über Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben.

5.–19. August III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden in Berlin.

15. September Volkskammer der DDR fordert vom westdeutschen Bundestag erneut gesamtdeutsche Beratungen über die Durchführung freier Wahlen für eine Nationalversammlung.

19. September Erster Hochofen des Eisenhüttenkombinats Ost vorfristig angeblasen.

27. September Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR und eines Handelsabkommens für die Jahre 1952 bis 1955.

1. Oktober Beginn des Aufbaus der Großkokerei Lauchhammer.

15. Oktober Erster Abstich im Eisenhüttenkombinat West bei Calbe.

17. Oktober Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin.

31. Oktober Gesetz über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft für 1951 bis 1955 von der Volkskammer der DDR beschlossen.

2. November Volkskammer der DDR wählt Kommission zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung. Vorsitzender der Kommission wird Walter Ulbricht.

2. *November* Präsident Wilhelm Pieck schlägt dem westdeutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss eine Zusammenkunft zur Erörterung von Fragen der deutschen Einheit vor.
25. *November* Zentralkomitee der SED ruft zur Durchführung eines Nationalen Aufbauprogramms für Berlin auf.
8. *Dezember* Gründung der Deutschen Bauakademie in Berlin.
11. *Dezember* Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Lothar Bolz und Friedrich Ebert wendet sich vor der UNO-Vollversammlung in Paris gegen die von den Westmächten geplante Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten durch den Einsatz einer UNO-Kommission, die die Durchführung von Wahlen überprüfen soll.

1952

2. *Januar* Beginn des Nationalen Aufbauprogramms in Berlin.
9. *Januar* Volkskammer der DDR billigt den Entwurf eines demokratischen Gesetzes über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung.
16. *Januar* Walter Ulbricht gibt auf einer Pressekonferenz in Berlin Einzelheiten über den Inhalt des von der Adenauer-Regierung bisher geheimgehaltenen sogenannten Generalvertrages bekannt.
19. *Januar* Richtkrone über dem ersten im Rahmen des Nationalen Aufbauprogramms geschaffenen Hochhaus in Berlin.
13. *Februar* Ministerrat der DDR richtet an die vier Großmächte die Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.
10. *März* UdSSR unterbreitet in einer Note an die Westmächte den Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland.
17. *April* Ministerrat der DDR fordert in einer Erklärung das deutsche Volk zum Kampf gegen den Generalkriegsvertrag, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung durch freie Wahlen auf.
29. *April* Stapellauf des ersten Hochseehandelsschiffes der DDR in Rostock.
13. *Juni* Demokratischer Block protestiert gegen die von Adenauer vorgenommene Unterzeichnung der Kriegsverträge von Bonn und Paris am 26./27. Mai.
14. *Juni* Großkokerei Lauchhammer beginnt mit der Produktion.

9.–12. Juli 2. Parteikonferenz der SED in Berlin beschließt nach der Diskussion des Grundsatzreferates von Walter Ulbricht die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zur wichtigsten Aufgabe.

23. Juli Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe sowie die Aufteilung der Länder in 14 Bezirke.

24. Juli Ministerrat der DDR beschließt Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

28. August Präsident Wilhelm Pieck wendet sich im Rundfunk gegen Ratifizierung der Bonner und der Pariser Verträge und tritt für Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen ein.

19. September Delegation der Volkskammer der DDR überreicht dem Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Ehlers, Vorschläge zur Verständigung der beiden deutschen Parlamente.

5.–10. Oktober Staatsbesuch einer Regierungsdelegation der UdSSR unter Leitung des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, N. M. Schwernik, anläßlich des dritten Jahrestages der Gründung der DDR.

5./6. Dezember Erste Konferenz der Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Berlin. Annahme der Musterstatuten der LPG vom Typ I, II und III.

1953

30. Januar Grundsteinlegung zum Neuaufbau Rostocks im Rahmen des Nationalen Aufbauprogramms.

4. Februar Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl ruft in einer Erklärung vor der Volkskammer der DDR alle Werktätigen zur strengen Sparsamkeit auf, um die Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus schneller zu bewältigen.

12. Mai Arbeiterstadt Chemnitz wird anläßlich des 135. Geburtstages von Karl Marx in Karl-Marx-Stadt umbenannt. Der Leipziger Universität wird der Name Karl-Marx-Universität verliehen.

31. Mai Walter Ulbricht legt auf dem Altmarkt in Dresden den Grundstein zum sozialistischen Aufbau des Stadtzentrums.

9. Juni Politbüro des Zentralkomitees der SED empfiehlt der Regierung der DDR eine Reihe von Maßnahmen zur entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und zur Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR.

11. Juni Ministerrat der DDR beschließt Durchführung der Politik des neuen Kurses.

17. Juni Von Westdeutschland und Westberlin aus organisierter faschistischer Putschversuch gegen die DDR bricht zusammen.

15. Juli Ministerrat der DDR schlägt vor, eine Beratung der Vertreter beider Teile Deutschlands zur Vorbereitung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen einzuberufen.

24.–26. Juli 15. Tagung des Zentralkomitees der SED beschließt Dokument „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei". Walter Ulbricht wird zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED gewählt.

20.–22. August Verhandlungen einer Regierungsdelegation der DDR mit der Regierung der UdSSR in Moskau. Vereinbarungen über den Erlaß der deutschen Reparationen und über wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die DDR werden getroffen.

26. August Volkskammer der DDR erklärt ihre Bereitschaft, gemeinsam mit westdeutschem Bundestag eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die sofort mit den Vorbereitungen für die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen beginnen soll.

7. Oktober Einstimmige Wiederwahl Wilhelm Pieks zum Präsidenten der DDR durch Volks- und Länderkammer.

22. Oktober Arbeiter des Kunstfaserwerks „Wilhelm Pieck", Schwarza, rufen auf, das Jahr 1954 zum Jahr der großen Initiative zu machen.

10. Dezember Ministerrat der DDR beschließt Verordnung über weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften.

1954

1. Januar Entschädigungslose Übergabe der letzten der Sowjetunion gehörenden 33 SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR.

25. Januar–8. Februar Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Berlin.

30. Januar Regierung der DDR übergibt der Außenministerkonferenz ein Memorandum zur Deutschlandfrage.

18. Februar 200 000 Berliner demonstrieren für Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und kollektive Sicherheit in

Europa und erheben Protest gegen die negative Haltung der Westmächte auf der Berliner Außenministerkonferenz.

25. März Regierung der UdSSR veröffentlicht Erklärung über die Anerkennung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik. DDR erhält das Recht, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik zu entscheiden.

30. März–6. April IV. Parteitag der SED in Berlin berät über die Aufgaben für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der DDR und für die Fortführung des nationalen Kampfes des deutschen Volkes. Er beschließt das Dokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation".

6. April Volkskammer der DDR richtet an Bonner Bundestag ein Telegramm mit dem Vorschlag, einen gemeinsamen Beschluß über das Verbot der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie ihrer experimentellen Erprobung zu fassen.

15./16. Mai II. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland schlägt der Volkskammer der DDR und dem Bonner Bundestag vor, eine Volksbefragung über den Abschluß des EVG-Vertrages oder eines Friedensvertrages durchzuführen.

6./7. Juni II. Deutschlandtreffen der deutschen Jugend für Frieden, Einheit und Freiheit in Berlin.

27.–29. Juni 93,7 Prozent der Wähler in der DDR verlangen in einer Volksbefragung den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.

19.–22. August I. Deutsches Turn- und Sportfest in Leipzig.

10. September I. Gesamtdeutsche Arbeiter- und Gewerkschaftskonferenz in Leipzig.

18. September Volkskammer der DDR unterbreitet nach Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung dem westdeutschen Bundestag erneut Vorschläge für gesamtdeutsche Verhandlungen über kollektive Sicherheit in Europa und Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

17. Oktober Wahlen zur Volkskammer der DDR und zur Volksvertretung von Groß-Berlin.

29. November–2. Dezember Teilnahme der DDR an der Moskauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit.

29.–31. Dezember Konferenz der Volksvertretungen der DDR, Polens und der Tschechoslowakei in Prag. Appell an die fran-

zösische Nationalversammlung, die Ratifizierung der Pariser Verträge abzulehnen. Annahme einer Entschließung über den gemeinsamen Schutz der Unantastbarkeit der Grenzen der DDR, Polens und der Tschechoslowakei.

1955

14.–16. Januar Kongreß junger Neuerer der Landwirtschaft in Berlin.

25. Januar UdSSR beschließt Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland.

29./30. Januar Gesamtdeutsche Offizierstagung auf Einladung des ehemaligen Generalfeldmarschalls Paulus in Berlin spricht sich für ein souveränes wiedervereinigtes Deutschland mit eigener nationaler Armee aus.

18. Februar Volkskammer der DDR schlägt westdeutschem Bundestag den Austausch von Delegationen und Aussprache über die Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen vor.

2. März Volkskammer der DDR wendet sich in einer Proklamation an das deutsche Volk gegen Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge durch den westdeutschen Bundestag. Sie schlägt eine Volksbefragung über friedliche Wiedervereinigung durch freie gesamtdeutsche Wahlen vor.

27. März Erste Jugendweihen finden in Berlin statt.

11.–14. Mai Teilnahme der DDR an der Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Warschau.
Abschluß des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den sozialistischen Staaten Europas.
Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes.

18.–23. Juli Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Genf.

26. Juli N. S. Chruschtschow erklärt auf einer Großkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands sei vor allem Sache des deutschen Volkes selbst.

18. August Ministerrat der DDR beschließt Verordnung über die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und die Musterstatuten der PGH.

27. August Die NOK der DDR und der Bundesrepublik beschlie-

ßen die Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1956 in Melbourne.

31. August Erster Spatenstich zum Aufbau des Kombinats Schwarze Pumpe und der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda.

4. September Wiedereröffnung der Deutschen Staatsoper in Berlin Unter den Linden.

17.–20. September Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR in Moskau.
Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, der die volle Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik weiter festigt.

27. Oktober–16. November Tagung der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Genf.

5. November Beobachterdelegation der DDR betont in Genf, daß freie Wahlen in ganz Deutschland erst nach der Demokratisierung und Entmilitarisierung der Bundesrepublik durchgeführt werden können.

27. November Eröffnung der Ausstellung der aus der Sowjetunion zurückgekehrten Gemälde der Dresdner Galerie in Berlin.

1956

14. Januar Stapellauf des ersten 10 000-Tonnen-Motorfrachters „Frieden" auf der Warnow-Werft in Warnemünde.

18. Januar Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee.

4. Februar Deutsche Lufthansa eröffnet die erste internationale Fluglinie nach Warschau.

14.–25. Februar Delegation des Zentralkomitees der SED mit Walter Ulbricht und Otto Grotewohl nimmt am XX. Parteitag der KPdSU in Moskau teil.

20.–26. März Regierungsdelegation der DDR nimmt an der Konferenz zur Gründung eines Vereinigten Instituts für Kernforschung in Moskau teil.

24.–30. März 3. Parteikonferenz der SED in Berlin beschließt die Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR in den Jahren 1956 bis 1960 sowie Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie.

26. April Walter Ulbricht und Otto Grotewohl richten an den Vorstand der SPD ein Schreiben mit dem erneuten Vorschlag,

alles Trennende in den Beziehungen zwischen der SPD und der SED zurückzustellen und eine Verständigung über die Grundfragen der Nation zu erzielen.

29. Mai Volkskammer der DDR spricht sich für einen 8-Punkte-Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik zur innerdeutschen Entspannung aus.

31. Mai Baubeginn eines neuen Schwefelsäurekombinats in Coswig (Anhalt).

3. Juni Eröffnung der Semper-Galerie mit den von der Sowjetunion geretteten und der DDR übergebenen Dresdner Gemälden im Rahmen der 750-Jahr-Feier der Stadt Dresden.

30. Juni Zentralkomitee der SED schlägt dem Parteivorstand der SPD Beratungen über das einheitliche Vorgehen beider Parteien zur Verhinderung der Einführung der Wehrpflicht vor.

1. Juli Ministerrat der DDR veröffentlicht einen Beschluß über die Reduzierung der Nationalen Volksarmee um 30 000 Mann auf eine Stärke von 90 000 Mann und die weitere Beibehaltung des Prinzips der Werbung von Freiwilligen.

16./17. Juli Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Otto Grotewohl führt in Moskau Verhandlungen mit der Regierung der UdSSR. Es werden die Herabsetzung der Unterhaltskosten für die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland um 50 Prozent sowie die Gewährung eines langfristigen Kredits an die DDR und die Erhöhung der gegenseitigen Warenlieferungen vereinbart.

4. August Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der durch den Krieg völlig zerstörten Innenstadt von Frankfurt (Oder).

18. August 200 000 Berliner und die Werktätigen in anderen Städten der DDR demonstrieren in machtvollen Kundgebungen gegen das am Vortag ausgesprochene Verbot der KPD in Westdeutschland.

13. September FDGB-Bundesvorstand schließt mit der Regierung der DDR Vereinbarung über Erhöhung der Löhne ab, die die Aufhebung der Ortsklassen C und D vorsieht.

20. September Außenministerium der DDR protestiert gegen die sich häufenden Grenzprovokationen, die von westdeutscher Seite aus unternommen werden.

5. Oktober Inbetriebnahme der modernsten Zuckerfabrik der DDR in Delitzsch.

24. Oktober Machtvolle Kampfdemonstration der Berliner Kampfgruppen gegen die Diversionstätigkeit Westberliner Agentenorganisationen.

31. Oktober Ministerium für Staatssicherheit der DDR gibt die Verhaftung von 73 Agenten amerikanischer Geheimdienste bekannt, die gemeinsam mit westdeutschen Spionageorganisationen konterrevolutionäre Anschläge gegen die DDR vorbereiteten.

6. November Eindrucksvolle Solidaritätskundgebung der Berliner Bevölkerung gegen die imperialistischen Machenschaften in Ungarn und Ägypten.

10. November Konstituierung des „Hilfskomitees für das sozialistische Ungarn" und des Ausschusses „Freundschaftshilfe für Ägypten" in Berlin.

14. November Regierung der DDR stellt dem ungarischen Volk eine Warenhilfe im Werte von 22 Millionen DM zur Beseitigung der durch die Konterrevolution verursachten schweren Schäden unentgeltlich zur Verfügung.

31. Dezember 3000-Tonnen-Frachter „Rostock" trifft mit Solidaritätsspenden für das ägyptische Volk in Alexandria ein.

1957

3.–8. Januar Partei- und Regierungsdelegationen der DDR führen in Moskau Verhandlungen mit dem ZK der KPdSU und der Regierung der UdSSR. Es wird unter anderem eine Erhöhung der Warenlieferungen um 30 Prozent vereinbart.

9. Januar Bildung eines Zentralen Beirats für Fragen der staatlichen Beteiligung an Privatbetrieben.

17. Januar Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht und Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen.

30. Januar–1. Februar 30. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Walter Ulbricht schlägt die Bildung einer Konföderation beider deutschen Staaten als einzig realen Weg zur Wiedervereinigung vor. Die Tagung begründet die Perspektive des Sieges des Sozialismus in der DDR und in ganz Deutschland und zeigt den Weg auf, alle Schichten der Bevölkerung der DDR in die sozialistische Umgestaltung einzubeziehen.

1. März Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden für Werktätige der Industrie, der Bauwirtschaft und des Verkehrswesens tritt in Kraft.

12. März DDR und UdSSR unterzeichnen ein Abkommen über

Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR zusammenhängen.

27./28. April Gründung des Deutschen Turn- und Sportbundes.

30. April Regierung der DDR fordert die Regierung der Bundesrepublik in einer Note auf, die Bundeswehr nicht atomar aufzurüsten, und erklärt die Bereitschaft der DDR, auf eine atomare Aufrüstung zu verzichten.

30. Mai Inbetriebnahme der ersten vollautomatischen Schnellwalzstraße der DDR im Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin" in Hennigsdorf.

27. Juli Regierung der DDR setzt sich in einer grundsätzlichen Erklärung für die Bildung eines Staatenbundes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Erklärung wird den bei der Regierung der DDR akkreditierten diplomatischen Missionen überreicht.

7.–14. August Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR unter Leitung von N. S. Chruschtschow und A. I. Mikojan besucht DDR. N. S. Chruschtschow hebt in seiner Rede vor der Volkskammer die enge freundschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und der DDR im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Festigung des sozialistischen Weltsystems hervor.

24. August Konstituierung des Forschungsrates der DDR.

2. September Regierung der DDR unterbreitet allen Ostseestaaten den Vorschlag, gegenseitige Verpflichtungen zum Nichtangriff zu übernehmen.

2. Oktober Feierliche Eröffnung der I. Berliner Festtage.

6. Oktober Regierung der DDR stimmt in einem Telegramm an die 12. UN-Vollversammlung dem Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu.

7. Oktober Volks- und Länderkammer der DDR beschließen in gemeinsamer Sitzung, die Amtszeit Wilhelm Pieks als Präsident der DDR um weitere vier Jahre zu verlängern.

15. Oktober Regierungen der DDR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien kommen überein, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

23. Oktober Grundsteinlegung für das größte Wärmekraftwerk der DDR in Lübbenau.

14.–16. November Delegation der SED unter Leitung von Walter Ulbricht nimmt in Moskau an der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien und an der Abfassung der Erklärung und des Friedensmanifestes teil.

11. Dezember Volkskammer der DDR richtet an westdeutschen

Bundestag einen Appell mit dem Vorschlag, eine atom- und raketenwaffenfreie Zone in Europa zu bilden.

16. Dezember Inbetriebnahme des ersten Atomreaktors der DDR in Rossendorf bei Dresden.

27. Dezember Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der CDU, Otto Nuschke, gestorben.

1958

22. Januar Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl schlägt einen Volksentscheid in ganz Deutschland darüber vor, ob die DDR und die Bundesrepublik einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen.

10./11. Februar Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates, das unter anderem die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe und die Auflösung der Industrieministerien vorsieht.

27. März Hunderttausende Bürger demonstrieren in vielen Städten und Orten der DDR gegen die vom Bundestag am 25. März 1958 beschlossene atomare Aufrüstung der westdeutschen Armee.

4.–7. April Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands in Erfurt. 30000 Delegierte der Arbeiterjugend aus der DDR und Westdeutschland rufen die Arbeiterjugend Deutschlands auf, sich im Kampf gegen Atomtod und für die Einheit Deutschlands durch die Bildung einer Konföderation zu vereinigen.

24./25. April Schulkonferenz der SED berät Probleme der polytechnischen Erziehung in den allgemeinbildenden Schulen.

16. Mai Brief Walter Ulbrichts im Namen des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Stuttgarter Parteitages der SPD, in dem erneut gemeinsame Aktionen beider Parteien vorgeschlagen werden.

29. Mai Aufhebung der Reste der Rationierung und Einführung eines einheitlichen Preisniveaus für Lebensmittel.

3. Juni Magistrat von Groß-Berlin beschließt Aufbauprogramm der Berliner Innenstadt.

29. Juni Erstes sozialistisches Pressefest der Zeitung „Neues Deutschland" in Berlin.

5.–12. Juli Erste Ostseewoche in der DDR.

7. Juli Beschluß der UdSSR, auf den Unterhaltsbeitrag der

DDR für die sowjetischen Truppen, die zeitweilig auf dem Territorium der DDR stationiert sind, ab 1. Januar 1959 zu verzichten.

10.–16. Juli V. Parteitag der SED in Berlin unter Teilnahme von Delegationen von 45 Bruderparteien. Er beschließt die Richtlinien für die Entfaltung des sozialistischen Aufbaus bis 1965. Walter Ulbricht unterbreitet Grundsätze für einen deutschen Friedensvertrag. Das auf dem Parteitag neugewählte Zentralkomitee wählt Walter Ulbricht wieder zu seinem Ersten Sekretär.

1. September Einführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion für Schüler der 7.–12. Klasse mit Beginn des neuen Schuljahres.

4. September Regierung der DDR schlägt den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in gleichlautenden Noten vor, eine Vier-Mächte-Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu bilden.

14. September Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar unter Teilnahme von Widerstandskämpfern aus ganz Europa.

20.–22. September III. Kongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschließt Aufruf zu den Wahlen für die Volkskammer und appelliert an die Regierungen der vier Großmächte, unverzüglich mit den Vorbereitungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu beginnen.

20.–28. September I. Sommerspartakiade der befreundeten Armeen der sozialistischen Länder in der DDR.

7. Oktober Vorfristige Fertigstellung der Hafeneinfahrt für den Seehafen Rostock.

3./4. November Zentrale Chemiekonferenz des Zentralkomitees der SED und der Staatlichen Plankommission beschließt im Klubhaus der Leuna-Werke „Walter Ulbricht" das Chemieprogramm „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit".

7. November Oberbürgermeister von Groß-Berlin Friedrich Ebert unterbreitet dem Westberliner Senat das Angebot zur Entwicklung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Teilen der Stadt durch den Abschluß eines Handelsabkommens.

16. November Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen der DDR.

27. November Regierung der UdSSR schlägt in Noten an die DDR und die drei Westmächte vor, den gefährlichen Spannungs- und Kriegsherd, der mit der anomalen Lage West-

berlins entstanden ist, zu beseitigen, und für Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt festzulegen.

1. Dezember Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stimmt den konstruktiven Vorschlägen der UdSSR zur Beseitigung der anomalen Lage Westberlins zu.

5. Dezember Zentralkomitee der SED fordert in einem offenen Brief den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD auf, gemeinsame Aktionen zur Bändigung des deutschen Militarismus zu unternehmen und eine offene Diskussion innerhalb der Arbeiterklasse, ihrer Organisationen und Presseorgane, in beiden deutschen Staaten zu führen.

8. Dezember Volkskammer der DDR beschließt Auflösung der Länderkammer der DDR.

1959

3. Januar Jugendbrigade „Nikolai Mamai" aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld stellt sich als erste Brigade der DDR das Ziel, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, und wendet sich mit der Aufforderung an alle Werktätigen der Republik, einen Wettbewerb um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit" zu beginnen.

5. Januar Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie in der Geschichte Deutschlands in Dresden; sie erhält den Namen „Friedrich Engels".

10. Januar Regierung der UdSSR legt Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vor.

21. Januar Volkskammer der DDR begrüßt in einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen den sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages und billigt den Vorschlag der Regierung der DDR, die Regierung der Bundesrepublik zu gesamtdeutschen Verhandlungen über einen Friedensvertrag aufzufordern.

4.–12. März N. S. Chruschtschow besucht auf Einladung der Regierung der DDR die Leipziger Frühjahrsmesse, nimmt an der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz am 7. März in Leipzig teil und führt Gespräche mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Notwendigkeit internationaler Verhandlungen unter Teilnahme beider deutschen Staaten.

9. April Otto Grotewohl fordert in einem Brief an Konrad Adenauer ein Zusammentreffen von Vertretern der Regierungen bei-

der deutschen Staaten, um einen übereinstimmenden Standpunkt zur Frage des Friedensvertrages noch vor der Genfer Außenministerkonferenz zu erreichen.

24. April Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages berät in Bitterfeld unter dem Motto „Greif zur Feder, Kumpel! Die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" Grundfragen der Entwicklung der sozialistischen deutschen Nationalkultur, vor allem die engere Volksverbundenheit der Künstler.

30. April Kombinat Schwarze Pumpe liefert die ersten Briketts und gibt den ersten Strom an das Netz ab.

11. Mai–20. Juni und 13. Juli–5. August Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Teilnahme von Vertretern beider deutschen Staaten in Genf, die auf Initiative der UdSSR zustande kam. Der Leiter der Delegation der DDR, Außenminister Dr. Lothar Bolz, stellt zu Beginn der Konferenz fest, daß ohne das deutsche Volk keine Entscheidungen über Deutschland mehr getroffen werden können.

22./23. Mai 5. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Walter Ulbricht schlägt den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten vor.

12. Juni Eröffnung der ersten Arbeiterfestspiele in Halle (Saale).

19. Juni Lothar Bolz überreicht den Teilnehmern der Genfer Konferenz den Entwurf eines Nichtangriffsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten.

23. Juni Eisenbahnfährschiff „Saßnitz" 100 Tage vorfristig von den Werktätigen der Rostocker Neptun-Werft an die Deutsche Reichsbahn übergeben.

1. Oktober Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über den Siebenjahrplan.

3. Oktober Rapp-Bode-Talsperre fertiggestellt.

20. Oktober Beginn des Aufbaus eines weiteren modernen Wärmekraftwerkes in Vetschau im Bezirk Cottbus.

15. November–20. Dezember Erste Lehrschau für Standardisierung in Leipzig.

1960

23. Januar Walter Ulbricht spricht sich in einem Brief an Konrad Adenauer für Volksabstimmung über allgemeine und vollständige Abrüstung, Abschluß eines Friedensvertrages und Bildung

einer deutschen Konföderation aus und fordert die Bonner Regierung auf, ihre abenteuerliche antinationale Politik einzustellen.

7. Februar Volkskammer der DDR verabschiedet Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates, zu dessen Vorsitzenden der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht berufen wird.

4. März Bezirk Rostock arbeitet als erster Bezirk der DDR vollgenossenschaftlich.

9. März Lieferung des ersten Stroms an das öffentliche Netz durch das Großkraftwerk „Artur Becker" in Trattendorf.

14. April Endgültiger Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auch auf dem Lande. In allen Bezirken der DDR haben sich die Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen.

17. April Offener Brief des Zentralkomitees der SED mit dem „Deutschlandplan des Volkes" an die Arbeiterschaft Westdeutschlands.

7. Mai Beginn des Aufbaus eines neuen Chemiefaserwerkes in Guben.

19.–21. Mai N. S. Chruschtschow besucht nach dem von den imperialistischen Kräften verursachten Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz die DDR und setzt sich gemeinsam mit Walter Ulbricht auf einer Großkundgebung in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin für die baldige friedliche Lösung der deutschen Frage ein.

6. Juli Otto Grotewohl und Jozef Cyrankiewicz sprechen anläßlich des 10. Jahrestages des Abkommens über die Oder-Neiße-Friedensgrenze auf einer Großkundgebung in Magdeburg.

17. Juli Walter Ulbricht unterbreitet auf internationaler Pressekonferenz in Berlin Tatsachen über konkrete Angriffspläne und Kriegsvorbereitungen Westdeutschlands gegen die DDR.

7. September Präsident der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck nach schwerer Krankheit im 85. Lebensjahr gestorben.

8. September Regierung der DDR fordert in Noten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf, gegen die in der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr geforderte Vorbereitung eines Atomkrieges einzuschreiten.

12. September Volkskammer der DDR beschließt einstimmig das Gesetz über die Bildung des Staatsrates der DDR. Walter Ulbricht wird zum Vorsitzenden des Staatsrates gewählt, dem

führende Persönlichkeiten aller Parteien und Massenorganisationen, Vertreter aller Schichten der Bevölkerung angehören.

15. September Regierung der DDR unterbreitet in einer Denkschrift an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutschen Staaten in drei Etappen.

4. Oktober Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht vor der Volkskammer der DDR, in der er zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung nimmt und die Prinzipien der sozialistischen Leitungstätigkeit des Staates und seiner engen Verbindung zu allen Teilen der Bevölkerung entwickelt.

15. Oktober–30. November Erstmalig in Deutschland Wahl der Richter durch die Volksvertretungen in den Kreisen und Bezirken der DDR.

11. November Grundsteinlegung für ein Erdölverarbeitungswerk in Schwedt (Oder), das am Endpunkt der Erdölfernleitung „Freundschaft" entsteht, die aus der Sowjetunion in die DDR führt.

November Delegation der SED unter Leitung von Walter Ulbricht nimmt in Moskau an der Beratung von Vertretern von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien teil.

6. Dezember Veröffentlichung der Erklärung der Beratung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien.

15.–17. Dezember 11. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Walter Ulbricht unterbreitet der Bonner Regierung das Angebot, einen Vertrag über die Sicherung des Friedens für die nächsten zehn Jahre abzuschließen.

20. Dezember Politbüro des Zentralkomitees der SED veröffentlicht ein Kommuniqué über Maßnahmen zur weiteren Förderung des Gesundheitswesens und zur Förderung der Arbeit der medizinischen Intelligenz.

29. Dezember Bonner Regierung sieht sich gezwungen, das von ihr einseitig gekündigte Abkommen des innerdeutschen Handels mit der DDR wieder in Kraft zu setzen.

1961

30. Januar Staatsrat der DDR verabschiedet Beschluß über die weitere Entwicklung der Rechtspflege.

12. April Volkskammer der DDR beschließt das erste deutsche

Gesetzbuch der Arbeit, dessen Entwurf von etwa sieben Millionen Werktätigen diskutiert worden war.

23. April Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte im ehemaligen faschistischen Konzentrationslager Sachsenhausen.

28. April Eröffnung der 1. Internationalen Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder in Erfurt.

1. Mai Erstes in der DDR gebautes Urlauberschiff „Fritz Heckert" geht auf Jungfernfahrt.

28. Juni Staatsrat der DDR verabschiedet die Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Bezirkstage, der Kreistage, der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe.

5. Juli Ministerrat der DDR beschließt die Bildung des Volkswirtschaftsrates.

6. Juli Volkskammer der DDR verabschiedet den Deutschen Friedensplan, der erneut ein Abkommen des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten vorschlägt.

13. August Ministerrat der DDR setzt im Einklang mit einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Maßnahmen zum Schutze des Friedens an der Staatsgrenze der DDR in Berlin in Kraft.

6. September Aufruf der Werktätigen der Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg zu einem Produktionsaufgebot der Arbeiter und der Intelligenz zur Stärkung der DDR.

17. September Wahlen zu den Volksvertretungen der Gemeinden, Städte und Kreise. Die Bürger der DDR bekunden erneut einmütig ihre Zustimmung zu den antifaschistischen Schutzmaßnahmen vom 13. August.

28. September Regierung der DDR erklärt in einem Memorandum an die 16. UNO-Vollversammlung erneut ihre Bereitschaft, sich einem internationalen Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung anzuschließen, und fordert, sofort mit der allgemeinen, vollständigen Abrüstung in Deutschland zu beginnen.

10./11. Oktober Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrats der DDR in Berlin berät über die Verbesserung und Vervollkommnung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die Störfreimachung der Wirtschaft der DDR und die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der der Volkswirtschaft in der Zeit der offenen Grenze zugefügten Schäden.

17.–31. Oktober Delegation des Zentralkomitees der SED unter

Leitung von Walter Ulbricht nimmt am XXII. Parteitag der KPdSU in Moskau teil.

23.–26. November 14. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Walter Ulbricht schlägt vor, daß beide deutschen Staaten ein Minimum von Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der friedlichen Koexistenz in Deutschland vereinbaren.

23. Dezember Politbüro des Zentralkomitees der SED veröffentlicht Kommuniqué „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus".

1962

6. Januar Bauarbeiten am Hafenbecken des Rostocker Überseehafens werden abgeschlossen.

24. Januar Volkskammer der DDR beschließt Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht.

15. März Aufruf des Parteiaktivs des VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai" in Karl-Marx-Stadt an alle Werktätigen der Industrie. Kampfprogramm für die Teilnahme der gesamten Belegschaft am Produktionsaufgebot 1962.

25. März 11. Tagung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland übergibt nach Referat von Walter Ulbricht der Bevölkerung der DDR das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands".

28. März Regierung der DDR unterbreitet dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß der UNO ein Memorandum mit Abrüstungsvorschlägen.

9. April Bildung des Komitees zum Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland und ihrer Veränderung beim Nationalrat der Nationalen Front.

25. Mai Offener Brief des Zentralkomitees der SED an die Mitglieder der SPD, in dem diese aufgefordert werden, für friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten und friedliche Regelung aller Fragen einzutreten.

16./17. Juni Nationalkongreß in Berlin beschließt das nationale Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands".

21. Juni Erklärung der Regierung der DDR gegen die zunehmenden Provokationen und bewaffneten Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR, die vorsätzlich und planmäßig von Westberlin aus organisiert und ausgeführt werden.

26.–28. Juni 16. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Walter Ulbricht berichtet über die Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die vom RGW angenommenen Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.
Das Zentralkomitee der SED legt den von einer Delegation des ZK unter Leitung von Walter Ulbricht ausgearbeiteten Entwurf eines Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur öffentlichen Diskussion vor.

9.–14. Juli Delegation des Friedensrats der DDR nimmt am Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden in Moskau teil.

24. Juli Regierung der DDR übermittelt allen Staaten der Welt eine Dokumentation über die friedensgefährdenden Anschläge, die von Westberlin aus gegen die Staatsgrenze der DDR und das Leben ihrer Bürger verübt werden.

23. August Ernennung des Generalmajors der Nationalen Volksarmee, Helmut Poppe, zum Stadtkommandanten von Berlin.

24. August Erster Flottenbesuch der DDR in der UdSSR. In Leningrad trifft ein Schiffsverband der Volksmarine mit dem Flaggschiff „Karl Liebknecht" ein.

3. Oktober 17. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin beruft den VI. Parteitag der SED zum 15. Januar 1963 nach Berlin ein.

8. Oktober Militärdelegation der Nationalen Volksarmee unter Leitung von Armeegeneral Heinz Hoffmann trifft in Moskau zu einem zehntägigen Besuch ein.

15.–19. Oktober Polnische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Władisław Gomułka und Jozef Cyrankiewicz besucht die DDR. Władisław Gomułka hält am 19. Oktober eine große Rede vor dem Plenum der Volkskammer.

23. Oktober Aufruf der Werktätigen des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda zum sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED. Grundsatz: „Gründlich denken, ehrlich arbeiten, wirtschaftlich rechnen, wissenschaftlich forschen, froh und kulturvoll leben". Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand der Erzeugnisse und technologischen Verfahren muß im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

25. Oktober Machtvolle Kundgebung von 250 000 Berlinern gegen die Aggressionshandlungen der USA gegen das freie Kuba.

29. Oktober Regierung der DDR begrüßt die dem Frieden die-

nenden Maßnahmen der Sowjetunion gegen die USA-Provokation im karibischen Raum.

21. November Zentralkomitee der SED veröffentlicht Entwurf des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

2. Dezember Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Cottbus. Walter Ulbricht entwickelt die Prinzipien einer Politik der friedlichen Koexistenz und des nationalen Kompromisses in Deutschland.

1963

12. Januar DDR und Kuba beschließen, die bisher bestehenden Missionen in den Rang von Botschaften zu erheben.

15.–21. Januar VI. Parteitag der SED in Berlin berät die ökonomischen und politischen Grundfragen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Der Parteitag beschließt das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und legt die Perspektiven der nationalen Wirtschaft der DDR für die Jahre 1964 bis 1970 fest. Walter Ulbricht unterbreitet der Regierung Westdeutschlands ein 7-Punkte-Programm der Verständigung und des guten Willens. Am Parteitag nehmen Vertreter von 70 Bruderparteien, darunter der Erste Sekretär des ZK der KPdSU N. S. Chruschtschow, teil. Walter Ulbricht wird einstimmig als Erster Sekretär des ZK wiedergewählt.

1. Februar Erklärung der Regierung der DDR über die große Gefahr, die der am 22. Januar von Adenauer und de Gaulle in Paris beschlossene Pakt über die Bildung einer Achse Bonn–Paris heraufbeschwört.

7. Februar Beim Ministerrat der DDR, in den Bezirken und Kreisen werden Landwirtschaftsräte mit Produktionsleitungen gebildet.

11. Februar Staatsrat der DDR beschließt Erlaß über Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat der DDR.

27. Februar Politbüro des Zentralkomitees der SED legt entsprechend den Beschlüssen des VI. Parteitages der SED fest, beim Politbüro ein Büro für Industrie und Bauwesen (Leiter: Dr. Günter Mittag), ein Büro für Landwirtschaft (Leiter: Gerhard Grüneberg), eine Kommission für Agitation (Leiter: Prof. Albert Norden) und eine Ideologische Kommission (Leiter: Prof. Kurt Hager) zu bilden.

15. März Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wählt Prof. Dr. Johannes Dieckmann zum

Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

25./26. März Politbüro des Zentralkomitees der SED und Präsidium des Ministerrats der DDR beraten mit Schriftstellern und Künstlern über Fragen der Parteilichkeit und Volksverbundenheit der Literatur und Kunst.

4. April Staatsrat der DDR verabschiedet Erlaß über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege, dessen Entwurf in etwa 80 000 Veranstaltungen von 2,5 Millionen Bürgern beraten wurde.

10.–12. April 2. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin beschließt den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".

3. Mai Aufruf der Belegschaft des VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik in Berlin-Marzahn an alle Werktätigen, im sozialistischen Massenwettbewerb die infolge der Frostperiode in den ersten Monaten des Jahres entstandenen Planrückstände bis zum 30. Juni, dem 70. Geburtstag Walter Ulbrichts, aufzuholen. In der DDR entwickelt sich eine große Wettbewerbsbewegung unter der Losung „Uns allen zum Nutzen, Walter Ulbricht zu Ehren".

14. Mai Zentralkomitee der SED und Ministerrat der DDR beschließen Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR.

30. Juni 70. Geburtstag Walter Ulbrichts. Mit zahlreichen Glückwunschadressen und Geschenken bekundet die Bevölkerung ihre Liebe und Achtung zu dem ersten Repräsentanten des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Hervorragende Staatsmänner und Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung nehmen an den Geburtstagsfeierlichkeiten teil.

2. Juli Großkundgebung in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin. N. S. Chruschtschow und Walter Ulbricht unterbreiten konstruktive Vorschläge zur Entspannung in der Welt, darunter zum Abschluß eines Abkommens über das Verbot von Atomtests und zur friedlichen Lösung der Deutschland- und Westberlinfrage.

3. Juli Freundschaftskundgebung in Frankfurt (Oder). N. S. Chruschtschow, Walter Ulbricht und Jozef Cyrankiewicz bekunden die enge Freundschaft und Zusammenarbeit der drei Bruderländer im Kampf um die Sicherung des Friedens und beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus.

15. Juli Staatsrat der DDR bestätigt die vom Ministerrat der

DDR beschlossene Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

23. Juli Oberstes Gericht der DDR verurteilt Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Josef Maria Globke, als intellektuellen Massenmörder zu lebenslänglichem Zuchthaus.

31. Juli Erklärung Walter Ulbrichts vor der Volkskammer der DDR über die vom Staatsrat geleistete Arbeit und mit Vorschlägen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie für einen deutschen Beitrag in der Abrüstungsfrage.
Volkskammer der DDR billigt einstimmig die Erklärung und den Tätigkeitsbericht des Staatsrates.

8. August Außenminister der DDR, Dr. Lothar Bolz, unterzeichnet in Moskau für die DDR das Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen.

29. August Regierung der DDR weist in einer Erklärung die verleumderischen Behauptungen der chinesischen Regierung zurück, mit denen der Versuch unternommen wird, die Bedeutung des Moskauer Atomtestverbotsabkommens zu entstellen und die Beziehungen zwischen DDR und UdSSR zu trüben.

9.–15. September Manöver „Quartett" im Süden der DDR unter der Leitung von Armeegeneral Heinz Hoffmann, an dem Verbände und Truppenteile der Nationalen Volksarmee, der polnischen Armee, der Sowjetarmee und der Tschechoslowakischen Volksarmee beteiligt sind.

28. September Mitteilung der Wahlkommission der DDR, daß gegenwärtig in Westdeutschland wohnende Bürger der DDR von ihrem Wahlrecht bei den Wahlen zur Volkskammer in der DDR Gebrauch machen können.

20. Oktober Wahlen zur Volkskammer der DDR und zu den Bezirkstagen sowie zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. An den Wahlen nehmen insgesamt 20 119 Bürger der DDR teil, die gegenwärtig in Westdeutschland wohnen.

11. November Staatsrat der DDR ratifiziert den Moskauer Vertrag über das Atomtestverbot.

13./14. November Volkskammer der DDR wählt Walter Ulbricht erneut zum Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Prof. Dr. Johannes Dieckmann zum Präsidenten der Volkskammer der DDR und bestätigt die neue Regierung der DDR mit Otto Grotewohl als Vorsitzenden des Ministerrats und Willi Stoph als Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats.

19.–23. November 6. Bundeskongreß des FDGB in Berlin.

5. Dezember Vorschlag der Regierung der DDR an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, für die Ausgabe von Passierscheinen an Westberliner Bürger zum Besuch ihrer Verwandten in der Hauptstadt der DDR während der Weihnachts- und Neujahrstage.

8. Dezember Walter Ulbricht erklärt im Fernsehen und Rundfunk die Bereitschaft der DDR, mit der Regierung Erhard zu verhandeln, um ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens herbeizuführen.

17. Dezember Unterzeichnung eines Übereinkommens über die Ausgabe von Passierscheinen durch die bevollmächtigten Vertreter der Regierung der DDR und des Westberliner Senats. In der Zeit bis zum 5. Januar 1964 besuchen über 1,2 Millionen Westberliner Bürger ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR.

18. Dezember Feierliche Einweihung des auf dem Gebiet der DDR liegenden Teilstücks der internationalen Erdölfernleitung „Freundschaft" in Schwedt (Oder).

1964

6. Januar Vorsitzender des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht unterbreitet Bundeskanzler Ludwig Erhard den Entwurf eines Vertrages zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen.

1.–9. Februar Delegation unter Leitung von Georg Stibi, Stellvertretender Außenminister der DDR, übergibt den Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf eine Erklärung der DDR mit dem Entwurf eines Vertrages zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Bundesrepublik über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen.

3.–7. Februar 5. Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin behandelt ökonomische Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie und wertet die ersten Erfahrungen bei der Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft aus.

27. Februar Verhandlungen über die Fortführung des Passierscheinabkommens werden auf Wunsch der Westberliner Seite bis Mitte April unterbrochen. Auf Druck der Bonner Regierung lehnt der Westberliner Senat eine Regelung der Verwandten-

besuche für Ostern wie auch Besuche Westberliner Bürger in dringenden familiären Angelegenheiten in der Hauptstadt der DDR ab.

28. Februar–1. März VIII. Deutscher Bauernkongreß in Schwerin befaßt sich mit der Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der sozialistischen Landwirtschaft und mit der Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden in den LPG.

11. März 70. Geburtstag Otto Grotewohls. Unter den zahlreichen Gästen befindet sich der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Anastas Mikojan.

31. März Vorschlag des Produktionskomitees und der Belegschaft des VEB Chemiefaserwerkes „Friedrich Engels" in Premnitz, anläßlich des 15. Jahrestages der DDR einen sozialistischen Massenwettbewerb unter der Losung „Dem Volke zum Nutzen – der Republik zu Ehren" durchzuführen.

1.–10. April Sowjetische Militärdelegation unter Leitung von Verteidigungsminister Marschall Rodion Malinowski besucht DDR.

8. April Brief der Bäuerinnen und Bauern der LPG „Neues Deutschland" in Köchelsdorf (Kreis Gadebusch) an die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern in der DDR, den Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestags der DDR auch auf die Werktätigen der Landwirtschaft auszudehnen.

14. April Zentralkomitee der SED veröffentlicht Stellungnahme gegen die Spaltungspolitik der chinesischen Führer und für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien. Das Zentralkomitee der SED vertritt die Auffassung, daß eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien notwendig geworden sei.

17. April Walter Ulbricht überreicht in Moskau N. S. Chruschtschow anläßlich seines 70. Geburtstages die höchste Auszeichnung der DDR, den „Karl-Marx-Orden".

24./25 April Zentralkomitee der SED und Ministerium für Kultur führen die Zweite Bitterfelder Konferenz durch, auf der in Anwesenheit von Walter Ulbricht sowie zahlreicher Mitglieder des Staatsrates und der Regierung, von über 1000 Schriftstellern und Künstlern sowie Werktätigen aus der sozialistischen Produktion Grundfragen des kulturellen Lebens behandelt werden.

2. Mai Veröffentlichung des Entwurfs der Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems durch den Ministerrat der DDR.

4. Mai Volkskammer der DDR beschließt neues Jugendgesetz, das die Pflichten und Rechte der Jugend der DDR beim umfassenden Aufbau des Sozialismus festlegt.
Walter Ulbricht schlägt auf einer Großkundgebung der Berliner Jugend vor, eine Kommission aus jungen Abgeordneten beider deutschen Parlamente und des Abgeordnetenhauses von Westberlin zur Beratung der Jugendfragen und -gesetzgebung zu bilden.

6.–11. Mai Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Walter Ulbricht und Lothar Bolz stattet der Ungarischen Volksrepublik einen Freundschaftsbesuch ab.

16.–18. Mai Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin. 560 000 Jugendliche, unter ihnen 24 000 aus Westdeutschland und über 1000 aus Westberlin, nehmen teil.

17. Mai Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, gegenseitige Unterstützung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tanganjika und Sansibar in Sansibar.

26. Mai Brief Walter Ulbrichts an Ludwig Erhard mit dem Vorschlag, daß die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR sich verpflichten sollen, Kernwaffen weder zu produzieren noch zu erwerben oder anzunehmen, an Versuchen mit Kernwaffen nicht teilzunehmen und auf dem eigenen Hoheitsgebiet Kernwaffen nicht stationieren zu lassen.

29. Mai–13. Juni Staatsbesuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht in der UdSSR.

12. Juni Abschluß des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in Moskau.

Register[1]

Personennamen

Adenauer, Konrad 60 105 106 109 136 178 180 181 188 190 195 214 228 243–245 298 331 bis 333 338 364–366 368 375 377 409 413 414 426 436 460 487 488 *522 524 535 536 542*
Albertz, Heinrich 493
Apitz, Bruno 505
Arnim, Hermann von 53
Attlee, Clement 40
Axen, Hermann 228

Bach, August 126
Becher, Johannes R. 85
Beethoven, Ludwig van 69
Berija, Lawrenti Pawlowitsch 226
Bilkenroth, Georg 175
Bolz, Lothar 186 255 337 *518 524 536 544 547*
Brandt, Willy 409 414 *545*
Brecht, Bertolt 85
Brentano, Heinrich von 185 332 337
Brugsch, Theodor 292
Byrnes, James F. 100 101

1 Die kursiv gedruckten Seitenzahlen beziehen sich auf die Zeittafel.

Christoph, Günter 380
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 310–312 325 332 339 346 347 363 373 374 384 397 407 431 458 461 467 471 482 *528 532 535 537 542 543 546*
Chwalek, Roman 36
Clark, Bruce C. 404
Clay, Lucius D. 108 247 423
Correns, Erich 163 380 452
Coty, René 243
Cyrankiewicz, Jozef 171 *521 537 541 543*

Dahrendorf, Gustav 34
Dallmar, Alfons 401
Dieckmann, Johannes 126 161 243 379 *536 538 543 544*
Dorn, Erna 223
Dulles, Allan W. 222
Dulles, Eleanor 222
Dulles, John F. 97 112

Ebert, Friedrich 110 186 380 *518 524 534*
Eckardt, Felix von 331
Ehlers, Hermann 215 *525*
Eisenhower, Dwight D. 363 372
Engels, Friedrich 49 62 72 85 262 430 461
Erhard, Ludwig 488 492 *545 547*
Erler, Fritz 377

Fechner, Max 34
Feuchtwanger, Lion 85 147
Flick, Friedrich *515*
François-Poncet, André 244
Franik, Franz 205 206
Friedeburg, Hans Georg von 17

Gaganowa, Valentina 344
Gagarin, Juri 410
Gaulle, Charles de 403 *542*
Gerlach, Manfred 379
Globke, Hans Josef Maria 284 409 487 *544*
Goldenbaum, Ernst *518*
Gomułka, Władisław 461 482 *541*
Göring, Bernhard 36
Götting, Gerald 160 379
Grewe, Wilhelm 331
Grotewohl, Otto 34 69 72 86 107 133 138 140 147 171 180 182 249 279 310 315 336 368 379 436 *520–523 525 529 530 533 535 537 544 546*
Grüneberg, Gerhard *542*

Hager, Kurt *542*
Hallstein, Walter 191
Harich, Wolfgang 287 288
Heine, Heinrich 85
Hennecke, Adolf 120 292 *518*
Hermes, Andreas 55
Herrnstadt, Rudolf 226
Heusinger, Adolf 284 331
Heuss, Theodor 136 *524*
Hickmann, Hugo 159
Hitler, Adolf 32 82 421
Hockauf, Frida 230
Hoffmann, Heinz *541 544*
Homann, Heinrich 379
Honecker, Erich *515*
Hübner, Erhard 91

Ingrim, Robert 401

Jädicke, Harri 439
Jendretzky, Hans 36

Kádár, János 291 482

Kaiser, Jakob 36 82 83 105 106 216 223 228
Kammhuber, Josef 284
Keitel, Wilhelm 17
Kennedy, John F. 397 404 458
Kind, Friedrich 380
Koenen, Bernard 380
Külz, Wilhelm 126 *517*

Lehmann, Helmut 34
Lemmer, Ernst 36 82 83 105 326 331 409
Leuschner, Bruno 380
Lenin, Wladimir Iljitsch 72 74 117 262 265 432
Lilje, Hanns 402
Lobedanz, Reinhold 126 160
Loch, Hans 126 161
Lübke, Heinrich 383

Malinowski, Rodion Jakowlewitsch *546*
Mann, Heinrich 147
Mann, Thomas 85
Marx, Karl 62 72 85 262 430 461
Matern, Hermann 22 214
Mc Cloy, John 178
McElroy, Neil 330
Mikojan, Anastas Iwanowitsch 23 310–312 *513 532 546*
Mittag, Günter *542*
Moog, Leonhard 160
Müller, Vincenz 298

Neutsch, Erik 505
Neumann, Irmgard 380
Noll, Dieter 505
Norden, Albert *542*
Novotný, Antonín 482
Nuschke, Otto 126 160 214 223 *517 533*

Oberländer, Theodor 284
Oelßner, Fred 305

Paulus, Friedrich *528*
Petershagen, Rudolf 21
Pieck, Wilhelm 28 69 72 86 139 140 145 147 166 214 243 252 378 379 *517 520 524–526 532 535 537*
Polak, Karl 380
Porstmann, Siegfried 441 442
Poppe, Helmut 456 *541*
Puttbus, Malte von 53

Rammler, Erich 175
Rapacki, Adam 315
Rau, Heinrich 228 *517*
Reimann, Brigitte 505
Reuter, Ernst 185 228
Rohner, Gerhard 160
Richter, Irmgard 344 345
Ridgway, Matthew B. 223
Rieke, Karl 380
Rietz, Hans 379
Rodenberg, Hans 380
Röhr, Harald 345
Rohrbach 210

Seghers, Anna 505
Schäffer, Fritz 298
Scherpenberg, Hilger von 331
Schirdewan, Karl 295
Schlimme, Hermann 36
Schönburg-Waldenburg, Fürst von 53
Schreiber, Walter 55
Schumacher, Kurt 63 67 69 106 109
Schumann, Horst 380
Schwernik, Nikolai Michailowitsch *525*
Säuberlich, Kurt 174
Seebohm, Franz 284 383
Shiwkow, Todor 461 482
Simon, Paul 250

Sobottka, Gustav 22
Sorin, Valerian Alexandrowitsch 255
Speidel, Hans 284
Sperling 442
Stalin, Josef Wissarionowitsch 40 219 266 275 277 285 287
Steinbach, Charlotte 250
Stibi, Georg *545*
Stollberg, Fürst zu *53*
Stoph, Willi *544*
Strauß, Franz Josef 332 377 401 402 459 460 487
Strittmatter, Erwin 505
Stumpff, Hans-Jürgen 17
Suhrbier, Max 161

Taft, Robert A. 178
Thedieck, Franz 224
Thorndike, Andrew 506
Thorndike, Annelie 506
Thießen, Peter-Adolf 380
Titow, German 410
Truman, Harry S. 40
Ulbricht, Walter 22 28 36 53 61 64 65 103 120 127 171 176 180 184 191 196 200 209 213 226 228 233 239 277 289 290 293 294 297 310 318 319 323 329 338 341 346 349 362 364 365 370 374–377 379 380 384 392 394 396 426 433 435 450 bis 453 469 470 473–475 480 bis 482 489–492 505 507 511 bis *513 517 521 523–526 529 531 bis 538 540–547*
Warnke, Herbert 228
Wehner, Herbert 234 366 377
Werner, Arthur 22 *513*
Wilhelm II. 421
Wollweber, Ernst 295
Wolf, Christa 505
Wolter, Kurt 252
Zaisser, Wilhelm 226
Ziller, Gerhart 295

Orts- und Ländernamen[2]

Ägypten 286 292 301 *531*
Albanien 147 *518 520*
Albinshof 448
Alexandria *531*
Bautzen 93
Belgien 109
Berlin 22 23 26 27 34 36 39 62 65–69 85 103 105 110 bis 113 131 133 137 138 140 147 153 182 183 186 196 209 223–225 233 238 244 250 252 267 287 289 311 318 319 374 404 405 408 420 444 452 456 460 493 *513–519 521–529 531 533 534 536 bis 545 547*
Berlin-Karlshorst 17 139 *513*
Berlin-Lichtenberg 438 442 *539*
Berlin-Marzahn 481 *543*
Berlin-Oberschöneweide 289
Berlin-Treptow 252

2 Deutschland und die beiden deutschen Staaten wurden nicht in das Register aufgenommen.

Berlin-Zehlendorf 68
Berlin (Westsektoren) – siehe Westberlin
Bern 22
Berzdorf *375*
Bitterfeld 340 342 343 440 *535 536*
Böhlen 137
Bonn 136 177 190 199 214 231 243 247 268 301 310 331 365 369 382 384 400 402 405 459 460 488 *519 524*
Brandenburg 44 90 158 225 *514–516 520 521*
Brasilien 186
Brüssel 22
Buchenwald *534*
Bulgarien 147 *518 520*
Buna 444

Calbe 174 224 *523*
China 147 373 *521*
Coswig *375 530*
Cottbus 351
ČSSR 41 147 171 275 315 382 508 *518 520–522 527 528*

Delitzsch *530*
Dessau 442
Dresden 23 93 269 351 *513 525 530 535*
Düsseldorf 184

Eilenburg 354
England – siehe Großbritannien
Erfurt *516 533 539*
Essen 183

Frankfurt (Oder) 349 508 *530 543*
Frankreich 26 27 40 60 64 68 96 106 178 243 255 292 311 326 509 *514 516 517 519 526 528 529 534 536 537*

Gadebusch *546*
Gelsenkirchen 183
Genf 333 336–338 485 *528 529 545*
Glauchau 123 250
Godesberg 378
Golßen 354
Greifswald 21
Großbritannien 26 27 40 41 60 64 68 96 106 108 178 255 292 311 322 326 364 486 509 *514 516 517 519 526 528 529 534 536 537*
Guben (seit 1961 Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 348 *537*

Halle *53* 183 288 351 *536*
Hennigsdorf *532*
Hoyerswerda *529*

Island 186
Israel 286 292

Jalta 107
Jesewitz 354
Jüterbog 353
Jugoslawien *518 532*

Karl-Marx-Stadt (bis 1953 Chemnitz) 62 351 355 441 442 444 *525 540*
Kassel 183
Koblenz 224
Köchelsdorf *546*
Korea 147 166 178 179 222 223 233 *520*
Krien 448
Krusenfelde 448
Kuba 456 457 458 *541 542*

Lauchhammer 175 224 *523 524*

Leipzig 183 277 288 351 *515 527 535 536*
Leningrad *541*
Leuna 341
London 104–106 192 *517*
Luckau 354
Lübbenau 347 *532*
Luxemburg 109
Magdeburg 351 *537*
Mansfeld 206
Mecklenburg 22 44 90 158 *514–516*
Meerane 123
Melbourne *529*
Merxleben 207
Mönchen-Gladbach 184
Moskau 192 229 282 302 410 423 430 510 *516 526 529 bis 532 538 540 541 544 547*
München 102 286 *517*
Nancy 403
Neubrandenburg 355
New York 178 187 402 *521 522*
Niederlande 109 186
Niendorf 380
Nürnberg *516*
Österreich 95 233
Pakistan 186
Paris 130 185 192 199 246 331 365 368 372 374 *516 519 524 542*
Polen 41 42 120 171 173 174 229 275 286 382 415 508 *518 520 522 527 528*
Potsdam 96 107 193 *518 522*
Potsdam-Babelsberg *515*
Prag 130 179 *522 527*
Premnitz *546*
Ravensbrück 223
Riesa 292
Rogäsen 380
Rossendorf 269 *533*
Rostock 175 351 355 441 445 *524 525 534 537 540*
Rumänien 147 *518 520*
Sachsen 22 44 80 81 83 84 90 92 160 *514–516*
Sachsen-Anhalt (bis 1946 Provinz Sachsen) 27 44 53 90 91 158 *514 516*
Sachsenhausen *538*
Sansibar *547*
Sarajevo 424
Schafstedt 207
Schwarza 230 231 *526*
Schwedt (Oder) 348 *538 545*
Schwerin 351 *518 546*
Senftenberg 62
Sömmerda *541*
Sowjetunion – siehe UdSSR
Starnberg 183
Strausberg 353
Stuttgart 101
Suhl 288 351
Swerdlowsk 372
Tanganjika *547*
Teheran 107
Thale 252
Thüringen 27 44 86 90 92 160 *514–516*
Trattendorf *537*
Tschechoslowakei – siehe ČSSR
UdSSR 23 24 26 28 40–43 45 bis 48 60 79 96 103–105 111 114 119 122 124 129 bis 131 139 147 154 170 173 174 179 189 191–193 198 208 215 222 225 226 229 234–236 239 245 247 248 253–256 262 263 268 269 282 285 299 302 303 310 bis

312 315 321 323 326–328 330 332 333 336 337 346 bis 349 357 363 365 366 372 bis 374 378 380 384 385 387 388 394 398 403 405 410 422–424 430 431 454–458 470–472 486 487 507 508 bis 510 511 *513 514 516–519 522 526 528–530 534 536 537 547*
Ungarn 41 147 171 275 285 bis 287 289–292 *518 520 521 531*
Unterwellenborn 172 224
USA 26 27 40 41 43 60 64 68 96 101 103 104 106 107 112 130 173 178 186 189 227 243 246 247 255 311 322 326 339 363 365 372 376 404 414 455–459 486 491 508 *514 516 bis 519 526 528 529 534 536 537*
Vetschau 347 *536*
Warnemünde *529*
Warschau 171 248 *528 529*
Washington 243 330 331
Weimar *519*
Werdau 250
Westberlin 67 68 82 111–113 123 154 211 217 222 223 225 241 255 269 290 291 309 319 327–333 336 339 346 382 384 386 403–409 411 420 421 424 427 451 452 455 456 468 489 490 493 508 *526 535 540 541 545 547*
Wien 95 397
Wildau 228 252 444
Wittstock 208
Worin 207
Zgorzelec 171 *521*
Zittau 230 344 380 *522*
Zwickau 62 205

Inhalt

Vorbemerkung 5
Statt einer Einleitung 7

I. Kapitel

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Osten Deutschlands. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949)

1. Totaler Zusammenbruch und Befreiung 17
2. Das Programm des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus 27
3. Das Potsdamer Abkommen und die Rolle der Sowjetischen Militärverwaltung 39
4. Die demokratische Bodenreform 48
5. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 58

6. Die endgültige Entmachtung des Monopolkapitals 74
7. Die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung 84
8. Der Kampf um die Verhinderung der Spaltung Deutschlands 95
9. Aufbau aus eigener Kraft 113
10. Das historische Jahr 1949 129

II. Kapitel

Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (1949 bis 1955)

1. Die ersten Schritte der jungen Republik 145
2. Der Beginn der sozialistischen Revolution – die Annahme des ersten Fünfjahrplans 164
3. Deutsche an einen Tisch. Der Kampf der DDR für gesamtdeutsche freie Wahlen 177
4. Der Aufbau des Sozialismus – die grundlegende Aufgabe 196
5. Die Niederlage der Konterrevolution am Tag „X" 213
6. Das Jahr der großen Initiative. Der Volkskampf gegen Bonns Kriegsverträge 231
7. Das Warschauer Verteidigungsbündnis. Der Abschluß des ersten Fünfjahrplans 246

III. Kapitel

Die Erhaltung des Friedens und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1956 bis 1961)

1. Der historische XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED 259
2. Das Ringen um Entspannung in Deutschland 277
3. Herbst 1956: Sicherung des Friedens nach innen und nach außen 283
4. Kurs auf den Sieg des Sozialismus und die deutsche Konföderation 293
5. Der neue Aufschwung des sozialistischen Aufbaus 1957/1958 302
6. Der V. Parteitag der SED und seine Beschlüsse 316
7. Forcierter Kampf um Friedensvertrag und Lösung des Westberlinproblems 326

8. Der Beginn der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit 340
9. Der sozialistische Frühling auf dem Dorfe 1960. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 351
10. Das Pariser Gipfeltreffen und seine Torpedierung durch die Ultras 363
11. Die westdeutschen Militaristen steuern auf Krieg. Die DDR bietet friedliche Koexistenz an 374
12. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht ist unerschütterlich 385
13. Am Rande des atomaren Krieges 397
14. Die Rettung des europäischen Friedens am 13. August 1961 407

IV. Kapitel

Der Beginn des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (1961 bis 1964)

1. Am Anfang eines neuen Abschnitts der deutschen Geschichte 419
2. Das Produktionsaufgebot und die Überwindung der in der Zeit der offenen Grenze entstandenen Verluste 437
3. Sozialismus, Imperialismus und die nationale Frage 449
4. Der VI. Parteitag der SED und die Annahme des Programms des Sozialismus 460
5. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft 473
6. Das offene deutsche Gespräch setzt sich durch 485
7. Der Sozialismus beweist seine Überlegenheit 495
8. Der Moskauer Freundschaftsvertrag und die Deutsche Friedensdoktrin 507

Zeittafel 513
Register 549